

„Wer spricht von Siegen?

Überstehn ist alles“

**Über das Scheitern der US-Strategie
im Afghanistankrieg**

**Dissertation am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
der Freien Universität Berlin,**

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften.

Disputation am 03.06.2015 in Berlin.

Vorgelegt von Anton Friesen, M.A.

Gutachter:

Prof. Dr. Manfred Kerner

Prof. Dr. Christian Lammert

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis

Grafikverzeichnis

Kartenverzeichnis

Tabellenverzeichnis

<u>Vorwort</u>	12
1.0 <u>Einleitung</u>	14
1.1 Begründung der Relevanz der Fragestellung	14
1.2 Begriffliche Definitionen	19
2.0 <u>Theorie</u>	51
2.1 Forschungsfrage	51
2.2 Forschungsstand	52
2.3 Eigener theoretischer Ansatz	95
2.3.1 Theoriegeleitete Hypothesen	99
2.3.2 UV: Zentralisierungsgrad des politischen Regimes	101
2.3.3 IV: Strategiefähigkeit der Exekutive	112
2.3.4 AV: Erfolg der Gesamtstrategie	114
3.0 <u>Methodologie</u>	117
4.0 <u>Die US-Präsidentschaft als außenpolitisches Machtzentrum</u>	119
4.1 Die außenpolitische Stellung der Präsidentschaft in der Verfassung	121
4.2 Die strukturellen Vorteile der Präsidentschaft in der außenpolitischen Praxis	126
4.3 Die unilaterale Präsidentschaft und das Beispiel der <i>War Powers</i>	131
4.4 Die imperiale Präsidentschaft unter Bush und Obama	147
4.5 Die Administrative Präsidentschaft und das Beispiel des NSC	167
4.6 Schlussfolgerungen	179

5.0 <u>Die US-Strategie im Afghanistankrieg</u>	181
5.1 Afghanistan: Die Vorgeschichte eines Krieges	181
5.2 Die Gesamtstrategie der Exekutive	198
5.2.1 Die Debatten und Entscheidungen zur Gesamtstrategie unter Bush (2001-2008)	198
5.2.2 Die Debatten und Entscheidungen zur Gesamtstrategie unter Obama (2009-2012)	232
5.3 Die einzelnen Teilstrategien in der Praxis	306
5.3.1 Die militärische Teilstrategie	306
5.3.2 Die außenpolitische Teilstrategie	347
5.3.3 Die innenpolitische Teilstrategie	437
5.3.4 Die ökonomische Teilstrategie	456
6.0 <u>Schlussfolgerungen</u>	503

Anhang

Kurzfassung der Dissertationsergebnisse (Abstract)

A Short Summary of Main Findings (abstract) of the PhD-Thesis

The American Strategy in the Afghanistan War: A Questionnaire

Die US-amerikanische Strategie im Afghanistankrieg: Ein Fragebogen

Liste der Gesprächspartner

Literaturverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACU	Anti-Corruption-Unit	IWF	Internationaler Währungs Fonds
AfPak	Afghanistan-Pakistan	MCC	China Metallurgical Construction Corp.
AGS	Afghanistan Geological Survey	MIK	Militärisch-Industrieller Komplex
ANA	Afghanische National Armee	NATO	North Atlantic Treaty Organization
ANP	Afghan National Police	NGO	Non-Governmental Organization
APRP	Afghan Peace and Reintegration Program	NSA	National Security Adviser
BIP	BruttoInlandsProdukt	NSC	National Security Council
CENTCOM	CENTRAL COMmand	NSD	National Security Directive
CIA	Central Intelligence Agency	NSS	National Security Strategy
CIMIC	Civil-Military Cooperation	NWFP	North-Western Frontier Province
CNPC	China National Petroleum Corp.	OEF	Operation Enduring Freedom
COIN	COunter INsurgency	OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
CRS	Congressional Research Service	PAs	Politische Agenten
CT	Counter Terrorism	PCCs	Policy Coordinating Committees
CTPT	Counter Terrorism Pursuit Teams	PMCs	Private Military Companies
DNI	Director of National Intelligence	PR	Public Relations
DoD	Department of Defense	PRT	Provincial Reconstruction Team
EU	Europäische Union		
FATA	Federally Administered Tribal Areas		
HDI	Human Development Index		
IED	Improvised Explosive Device		
ISAF	International Security Assistance Force		
ISI	Inter-Service Intelligence		

PTBS	Post-Traumatische Belastungs Störung	UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
SIGAR	Office of the Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction	UNOCAL	Union Oil Company of California
SOF	Special Operations Forces	USA	United States of America
TAPI	Turkmenistan Afghanistan Pakistan Indien (Pipeline)	USAID	US Agency for International Development
TTP	Tehrik-e Taliban Pakistan	USGS	United States Geological Survey
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjet Republiken	VA	Veterans Authority
UN(O)	United Nations	WPR	War Powers Resolution

GRAFIKVERZEICHNIS

Grafik 1: *Die Hierarchieebenen der Strategie nach Liddell Hart*

Grafik 2: *Die Hierarchieebenen der Strategie nach Ruge*

Grafik 3: *Die Hierarchieebenen der Strategie nach Luttwak*

Grafik 4: *Ideologische Kongruenz im Kongress, in % Prozent*

Grafik 5: *Durch IEDs getötete Soldaten der ISAF und OEF,
in % aller durch Neo-Taliban getöteten Soldaten, 2002-2012*

Grafik 6: *Die Truppenentwicklung der ISAF und der Neo-Taliban,
2002-2011*

Grafik 7: *Amerikanisierung des Afghanistankrieges:
Das Verhältnis von U.S.- zu anderen Ausländischen Streitkräften
(in Tausend), 2003-2011*

Grafik 8: *Die Gesamtstärke der afghanischen Sicherheitskräfte
(in Tausend), 2003-2012*

Grafik 9: *U.S. Gelder für Wiederaufbau in Afghanistan, 2001-2010
(in Milliarden US-Dollar)*

Grafik 10: *Die jährliche afghanische Opium-Produktion aus der
Vorjahresernte 2003-2009, angegeben in % Prozent der
Weltproduktion*

Grafik 11: *Afghanische Einstellungen gegenüber den USA, 2005-2010*

Grafik 12: *Die Bewertung der U.S. und NATO Leistungen durch die
Afghanen, 2009-2010*

Grafik 13: *Afghanistans Entwicklungsrichtung, 2004-2010*

Grafik 14: *Die Bewertung der Verhältnisse vor Ort durch die Afghanen,
2005-2010*

Grafik 15: *Wer soll Afghanistan regieren? Die Meinung der Afghanen,
2005-2010*

- Grafik 16: *Die Einschätzung der Arbeit H. Karzais durch die Afghanen, 2005-2010*
- Grafik 17: *Pakistaner, die die USA „positiv“ sehen, in % Prozent (1999/2000-2012)*
- Grafik 18: *Die Verschlechterung der Einstellung gegenüber den USA in der Türkei, Indonesien und Jordanien in der Bush-Ära (2000-2008), in Prozent %*
- Grafik 19: *Positive Einstellungen gegenüber den USA in der Türkei, Jordanien, Pakistan und Indonesien während der Bush-Ära (1999/2000-2008) in % Prozent*
- Grafik 20: *Befürchtungen, dass die USA zu einer militärischen Bedrohung werden könnten in der Islamischen Welt, in % Prozent (2007)*
- Grafik 21: *Sinkende Zustimmung zu Obamas Außenpolitik. Vergleich zwischen 2009 und 2012, in % Prozent*
- Grafik 22: *Die Zustimmungswerte für Präsident George W. Bush (2001-2008), in % Prozent*
- Grafik 23: *Wahlentscheidende Themen bei der Präsidentschaftswahl 2004, in % Prozent*
- Grafik 24: *Durchschnittliche Zustimmungswerte der „Kriegspräsidenten“ Truman, Johnson und Bush in % Prozent*
- Grafik 25: *Berichterstattung über Afghanistan in den USA, in % Prozent der gesamten Berichterstattung (2007-2010)*
- Grafik 26: *Die Ablehnung der Amtsführung Obamas (2009-2012), in % Prozent*
- Grafik 27: *Anzahl der us-amerikanischen Gefallenen pro Jahr (2007-2012)*
- Grafik 28: *Die Entwicklung in Afghanistan für die USA aus Sicht der us-amerikanischen Bevölkerung, in % Prozent (2007-2011)*

Grafik 29: *Wahlentscheidende Themen bei der Präsidentschaftswahl 2012,
in % Prozent*

Grafik 30: *Das Haushaltsdefizit der USA 2002-2011, in Mrd. US-Dollar*

KARTENVERZEICHNIS

Karte 1: *Ethnien und ihre geografische Verteilung in Afghanistan*

Karte 2: *Das Taliban-kontrollierte Afghanistan vor der militärischen
US-Intervention 2001*

Karte 3: *Die Ausdehnung der Aktivitäten von Taliban und anderen
aufständischen Gruppierungen in Afghanistan und Pakistan 2009*

Karte 4: *Die regionale Verteilung der ISAF-Truppen und ihre
Gefährdungstufen*

Karte 5: *Die pakistanischen Stammesgebiete (FATA)*

Karte 6: *Mineralien in Afghanistan*

Karte 7: *Die Kupfermine Aynak in der Logar-Provinz*

Karte 8: *Geologisch mögliche, geschätzte Öl- und Gasressourcen
Afghanistans in Nordafghanistan*

Karte 9: *Der Streckenverlauf der TAPI-Erdgaspipeline*

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: *Teilstrategien und ihre Mittel*

Tabelle 2: *Kriegserklärungen des Kongresses*

Tabelle 3: *US-Hilfe für Afghanistan*

Tabelle 4: *Evaluation der Gesamtstrategie unter Bush (2001-2008)*

Tabelle 5: *Evaluation der Gesamtstrategie unter Obama (2009-2012)*

Vorwort

„Krieg! ist das Losungswort.

Sieg! und so klingt es fort“

Johann Wolfgang von Goethe: Faust. Der Tragödie zweiter Teil

„Wir waren dreizehntausend Mann,

Von Kabul unser Zug begann,

Soldaten, Führer, Weib und Kind,

Erstarrt, erschlagen, verraten sind“

Theodor Fontane: Das Trauerspiel von Afghanistan

„Wer spricht von Siegen? Überstehn ist alles“, schrieb der Lyriker Rilke Anfang des 20. Jahrhunderts.

Zu dieser Zeit war (wieder einmal) eine ausländische Militärmacht in dem gebirgigen Land am Hindukusch gescheitert; in drei brutal geführten Kriegen konnten die Briten Afghanistan nicht unterwerfen, wovon auch das oben zitierte Gedicht Fontanes von 1898 kündigt.

Doch damals schien Afghanistan eine Ausnahme von der Regel zu sein, wonach Demokratien in Guerillakriegen erfolgreich sind. Die Briten selbst, ebenso wie die Franzosen oder Amerikaner bewiesen es in zahlreichen – normativ höchst fragwürdigen – Kolonialkriegen.

Nach 1945 drehte sich das Bild: Die USA in Vietnam, Frankreich in Algerien, Israel im Libanon scheiterten an militärisch-ökonomisch unterlegenen Partisanen.

Heute stehen die USA und der Westen insgesamt vor einer Niederlage am Hindukusch.

Ein Scheitern der Vereinigten Staaten und der NATO in Afghanistan würde nicht nur den Zusammenhalt der Allianz gefährden, sondern islamistische Terroristen und anti-westlich gesinnte Regime weltweit ermutigen, ihre politischen Ziele mit den Mitteln des Guerillakriegs und Terrorismus durchzusetzen.

Bereits heute dominiert asymmetrische Kriegsführung gegenüber den konventionellen Staatenkriegen. Ihre Bedeutung dürfte in der Zukunft nur noch zunehmen.

Die Bedeutung dieser Arbeit, die nach den Ursachen der Niederlagen – verstanden als das Nichterreichen der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele – von Demokratien in Guerillakriegen fragt, geht also weit über Afghanistan und den Nahen/Mittleren Osten hinaus.

Das vorweggeschickt, ging der Verfasser frohen Mutes ans Werk.

Meinen Eltern, den Betreuern, ebenso wie den Mitgliedern der Promotionskommission danke ich für Beistand in einer schwierigen Zeit.

1.0 Einleitung

1.1 Begründung der Relevanz der Fragestellung

Warum gelang es den USA im Afghanistan-Krieg (2001-2012) nicht ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele zu erreichen?

Die obige forschungsleitende Frage dieser Arbeit ist, wenn sie auf die nächsthöhere Abstraktionsebene verlagert wird, damit auch:

Warum gelingt es dem von seinen politisch-militärisch-ökonomischen Ressourcen her stärkeren Staat nicht, seine politisch-militärisch-ökonomischen Ziele in einem Guerillakrieg zu erreichen?

Die Forschungsfrage dieser Arbeit ist sowohl von hoher wissenschaftlicher, als auch praktisch-politischer Relevanz. Wissenschaftlich gesehen erscheint es gemäß den vorherrschenden realistischen Ansätzen und Theorien, die die überragende Bedeutung von militärischer und ökonomischer Macht in den Internationalen Beziehungen postulieren, paradox, dass überhaupt westliche, industrialisierte Staaten unter den Bedingungen der Asymmetrie *nicht* ihre politisch-militärischen Ziele gegen einen schwächeren, nicht-staatlichen Gewaltakteur, der oftmals aus der Dritten Welt kommt, kriegerisch durchsetzen können.¹ Außerdem dürfte dieses Scheitern Realisten zu Folge nichts mit dem politischen Regime, der Regierungsform eines Staates zu tun haben, so dass sich die Frage für alle realistischen Ansätze gar nicht stellt.²

Ein vollkommen anderes Bild allerdings liefert die historische Erfahrung.

¹ Vgl. G. Merom: How Democracies Lose Small Wars. State, Society, and the Failures of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam. Cambridge. 2003. S. 5.

² Vgl. Ebd., S. 9.

Seit 1945 sind die sogenannten *low-intensity conflicts* (LICs), auch Kleine Kriege oder Guerillakriege genannt, die vorherrschende Kriegsform³ und haben den „klassischen“, zwischenstaatlichen Krieg längst abgelöst.⁴ Tatsächlich schafften es die aufständischen Guerillas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Mehrzahl der Fälle, den Stärkeren zu besiegen.⁵ Sehr oft waren in Guerillakriegen westliche Demokratien involviert, vor allem USA, Großbritannien, Frankreich.⁶ Dabei gibt es seit 1945 nur zwei weithin anerkannte Fälle, in denen eine Demokratie aus einem solchen Krieg siegreich hervorging: Beide Male war es Großbritannien, zuerst in Malaya und dann im „inneren Ausland“ Nordirland.

Die Frage nach dem *demokratischen Scheitern* drängt sich also geradezu auf. Zumal westliche Demokratien in Gegenwart und Zukunft in noch mehr asymmetrische Kriege involviert sein werden.⁷ Afghanistan und Irak sind wie Menetekel an der Wand. Wenn westliche Demokratien in solchen Kriegen nicht in moralischer, politischer und finanzieller Hinsicht teuer

³ Vgl. M. van Creveld: Die Zukunft des Krieges. Neuausgabe mit einem Vorwort von Peter Waldmann. 3., überarbeitete deutsche Ausgabe mit einem neuen Vorwort des Autors, September 2004. Hamburg 2004. S. 48-49.

⁴ Vgl. zur Empirie: K. J. Gantzel: Über die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg: Tendenzen, ursächliche Hintergründe, Perspektiven. In: Wegner, Bernd (Hg.): Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten. (KRIEG IN DER GESCHICHTE (KRiG), 4). Paderborn, München, Wien u.a. 2000. S. 299–318; Vgl. **auch** I. Kende: Fünfundzwanzig Jahre lokaler Kriege. In: Krippendorf, Ekkehart (Hrsg.): Internationale Beziehungen. Köln. 1973. S. 242-269.

⁵ Vgl. I. Arreguin-Toft: How the Weak Win Wars. A Theory of Asymmetric Conflict. In: International Security, Jg. 26, H. 1, 2001. S. 93–128. Online verfügbar unter <http://www.stanford.edu/class/polisci211z/2.2/Arreguin-Toft%20IS%202001.pdf>, zuletzt geprüft am 31.05.2010; hier: S. 97; Vgl. **auch** A. J. Enterline / J. Magagnoli: Reversal of Fortune?: Strategy Change & Counterinsurgency Success by Foreign Powers in the Twentieth Century. (Unpublished manuscript, 2010). 52 Seiten. Online verfügbar unter: <http://www.psci.unt.edu/enterline/em-freshlook-v58-identified.pdf>; zuletzt geprüft am 17.04.2011; hier: S.18; Vgl. J. Lyall; I. Wilson: Rage Against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars. In: International Organization, Jg. 63, H. 1. 2009. S. 67–106; hier: S. 69; Vgl. M. van Creveld, a.a.O., S. 51-52.

⁶ Vgl. K. J. Gantzel, a.a.O., S. 310-311.

⁷ Vgl. M. van Creveld, a.a.O., S. 303.

scheitern, sondern ihre politisch-militärischen Interessen durchsetzen wollen, muss das Wesen solcher Konflikte erforscht werden.

Aus der Geschichte sollte man für die Zukunft lernen.⁸

Dabei wird die Forschung über die Ursachen von Kriegsausgängen (*outcomes*) jedoch innerhalb der sicherheitspolitischen Forschung gegenüber der nach Kriegsursachen nach wie vor vernachlässigt, obwohl beide von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung sind.⁹

Deshalb ist diese Arbeit von wissenschaftlicher Relevanz und will einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Feldes und der Schließung von Forschungslücken leisten.

Hierbei setzt der Verfasser an seiner Masterarbeit an, die die Frage nach dem Scheitern des Stärkeren in Guerillakriegen bereits theoriegeleitet am Beispiel der Afghanistankriege der Sowjetunion und der USA zu beantworten versucht hat¹⁰ und geht über die Masterarbeit theoretisch und methodologisch hinaus:

⁸ Für einen solchen Ansatz, der die Bedeutung von historischer Kenntnis und Analyse betont Vgl. Ch. Hacke: Zuviel Theorie? Zuwenig Geschichte? Eine kritische Zwischenbilanz der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland. In: Studien zur Internationalen Politik, herausgegeben vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, Heft 2. 2003. S. 7-90. Online verfügbar unter: <http://www.politik.uni-bonn.de/institut/lehrkoerper/theorie.pdf> ; zuletzt geprüft am 15.11.2011.

⁹ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 94.

¹⁰ Die *Masterarbeit* ist in Buchform erschienen:

Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich. Reihe Gesellschaftswissenschaften. Saarbrücken. 2012.

Für die *Zusammenfassung* der Masterarbeit:

Vgl. A. Friesen: Wem die Stunde schlägt. Warum Supermächte gegen Aufständische verlieren – Lehren aus Afghanistan. In: Denkwürdigkeiten. Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft (pmg). Nr. 79 (Juli 2012). S. 5-6. Online verfügbar unter: <http://www.pmg-ev.com/deutsch/dw/2012-79-Denkwaerdigkeiten.pdf>; zuletzt geprüft am 03.09.2012;

Für einen kleineren veröffentlichten *Artikel* des Verfassers:

Vgl. A. Friesen: Ins Grab der Supermächte. Warum sich in Afghanistan Geschichte wiederholt. In: 360°. 6. Jahrgang, Nr. 1/2011 (1001 Orient). Themenausgabe Naher und Mittlerer Osten. S. 61-71.

Die Dissertation des Verfassers ist sowohl theoretisch, als auch methodologisch innovativ:

Erstens wird ein interdisziplinärer Ansatz angestrebt, der politik- und geschichtswissenschaftliche theoretische Ansätze und Methoden zusammenbringt.¹¹

Zweitens schlägt die Arbeit innerhalb der Politikwissenschaft selbst die Brücke zwischen ihren verschiedenen Teilbereichen wie den Internationalen Beziehungen und der Vergleichenden Regierungslehre.

Drittens bringt die Arbeit innerhalb der Internationalen Beziehungen die Kriegsursachen – und Kriegsergebnisforschung zusammen, indem sie wesentliche Einsichten der Theorien des Demokratischen Friedens auf die Erforschung von Kriegsausgängen anwendet.¹²

Viertens gibt es bis zum heutigen Tage abgesehen von dem Clausewitz-Spezialisten W. Hahlweg und H. Münkler (deren Schriften in dieser Arbeit rezipiert werden) im deutschsprachigen Raum nur die Monographie von Ch. Daase, was einen theoretisch-analytisch fundierten Zugang zur Thematik der Guerillakriege (asymmetrische Kriege) angeht.¹³

¹¹ J. Levy stellte in seinem grundlegenden Aufsatz über die innenpolitischen Ursachen von Kriegen fest, dass Politikwissenschaftler die Geschichtswissenschaft als Hypothesenquelle vernachlässigen, dabei bietet die letztere viele interessante Hypothesen an. Vgl. J. S. Levy: Domestic Politics and War. In: The Journal of Interdisciplinary History, Jg. 18, H. 4. 1988. S. 653–673; hier: S. 673. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/204819>, zuletzt geprüft am 31.10.2011.

¹² Die theoretischen Ansätze des Demokratischen Friedens wurden bislang kaum für die Erforschung der Kriegsausgänge – und allgemein der Kriegsführungsfähigkeit von Demokratien genutzt. Auch G. Merom streift sie *en passant*, integriert sie nicht systematisch in seine Monographie, die heute als Standardwerk der Kriegsergebnisforschung gilt. Vgl. G. Merom, a.a.O., S. 244-245.

¹³ So die renommierte Historikerin und Politologin B. Heuser, eine Professorin für Internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt *Strategic Studies* an der Universität Reading. Vgl. B. Heuser: Rebellen - Partisanen - Guerilleros. Asymmetrische Kriege von der Antike bis heute. Paderborn u.a. 2013. S. 11.

Gleichwohl unterscheidet sich die vorliegende Arbeit in mehreren Hinsichten von der Daases:¹⁴

(1) Daases *Fragestellung* ist eine andere: Er untersucht nicht, warum Demokratien in Guerillakriegen verlieren, sondern wie Guerillakriege dafür sorgen, dass Staaten (Demokratien und autoritäre Staaten, u.a. die Türkei als Fallstudie) die Prinzipien ihrer eigenen Staatlichkeit durch irreguläre Kriegsführung untergraben und damit für einen grundlegenden Wandel des Internationalen Systems sorgen;

(2) Wie hieraus hervorgeht, ist zweitens die *Analyseebene* eine andere als beim Verfasser: Daase setzt auf der Ebene des Internationalen Systems an, während ich auf der Ebene der Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates bleibe;

(3) Drittens ist der *theoretische Rahmen* ein anderer: Daase wendet gemäß seiner Analyseebene Großtheorien der Internationalen Beziehungen (konkret den Konstruktivismus) an und entwickelt diese weiter; während bei mir ein analytischer Ansatz auf der Grundlage des liberalen Paradigmas, der Theorien des demokratischen Friedens und der Literatur zur Strategie entwickelt wird.

Doch liefert meine Dissertation nicht nur einen Beitrag zum thematisch begrenzten Forschungsfeld der Kriegstheorien, insbesondere der asymmetrischen Kriegsführung.

¹⁴ Vgl. Ch. Daase: Kleine Kriege - Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegsführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden. 1999. Das ist Daases Dissertation, mit der er 1995 am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin promovierte.

Vielmehr geht die wissenschaftliche Relevanz dieser Arbeit über die Spezifik von Guerillakriegen hinaus und berührt die Problematik der Strategiefähigkeit demokratischer politischer Regimes in der Außen – und Sicherheitspolitik und damit grundlegende Fragen der Zukunfts - und Überlebensfähigkeit unserer demokratischen Ordnung.

1.2 Begriffliche Definitionen

Bevor man zum theoretisch-methodischen Teil übergeht, ist es wichtig, die zentralen Begriffe dieser Arbeit zu klären: In der Fragestellung ist von *Demokratie, Krieg (Guerillakrieg, Neuer Krieg) und dem Nicht-Erreichen der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele (Niederlage)* die Rede; die grundlegende Hypothese der Arbeit wird die Konzepte des *politischen Regimes, der Strategie(fähigkeit) und der Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung* gebrauchen.

Unter einer **Demokratie** wird im zeitgenössischen Gebrauch, in der politischen Welt seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, allgemein ein politisches Regime verstanden, in dem die Regierenden in freien, fairen, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlen an die Macht kommen, die Exekutive also entweder durch die wahlberechtigten Bürger direkt gewählt wurde oder gegenüber einer Legislative verantwortlich ist, die direkt gewählt wurde. Die Machtausübung der Exekutive wie die Gesetzgebung der Legislative und die Gesetzesanwendung der Judikative sind an Bürger – und Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung gebunden.¹⁵ Dies ist eine Definition, die in der

¹⁵ Vgl. B. Russett: Grasping the Democratic Peace. Principles for a post-cold war world. Princeton, N. J. 1993. S. 14.

Demokratie- und Demokratisierungsforschung allgemein akzeptiert wird und den Forschungskonsens darstellt.¹⁶

Allerdings ist die Frage wie man Demokratie misst höchst umstritten. Diese Frage kann man bei etablierten Demokratien wie den hier untersuchten USA in der Tat als nebensächlich bezeichnen, da hier der gemeine (politische) Menschenverstand, der *common sense*, eine eindeutige Klassifizierung als konsolidierte, liberale Demokratie erlaubt.

Bei Transformationsländern fällt die Klassifizierung als Demokratie bereits nicht mehr so leicht.¹⁷ Dies kann man am Beispiel Russlands unter El'cin (1992-2000) veranschaulichen. Russland ist in dieser Periode ein Transformationsland, ein Land im Übergang von Planwirtschaft und Autoritarismus zu (womöglich, aber nicht vorherzusehen) Kapitalismus und Demokratie. Einer der Hauptvertreter der deutschen Transformationsforschung, W. Merkel, spricht von einem „hybriden Regime“. Wenn man minimalistisch davon ausgehe, dass *allein* freie Wahlen schon für die Einordnung als eine Demokratie ausreichen, dann würde auch Russland unter El'cin eine Demokratie sein. Nach dem Index von *Freedom House* (USA) würde Russland auch als eine solche erscheinen. Allerdings verweist Merkel darauf, dass Russland laut der Verfassung zwar demokratisch und rechtsstaatlich sein mag, die Verfassungswirklichkeit außerhalb der Wahlen jedoch eine andere Sprache sprach: Die Regierung manipulierte die Massenmedien, kontrollierte diese;

¹⁶ Zu Kriterien und Definitionen der Demokratie vgl. R. A. Dahl: *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven, Conn. 1971; S. P. Huntington: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman. 1991.

¹⁷ L. Seeling spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die gängigen Demokratieindizes aussagekräftig auf ihren Extremen sind – die USA sind eine Demokratie und Saudi-Arabien ist ein Diktatur – in der Mitte, in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur, können sie aber im Grunde nichts über den Charakter der Regime aussagen. Vgl. L. Seeling: *Demokratie-Indizes: Die schwierige Vermessung der Grauzone*. In: *Internationale Politik (IP)*, Jg. 65, H. 3, 2010. S. 24–25.

bevorzugte bestimmte Gruppen (im Hinblick des Zugangs zur Macht) gegenüber anderen; mischte sich in die Arbeit des Parlaments durch präsidentielle Dekrete ein und kontrollierte faktisch die Justiz. Demokratisch nicht-legitimierte Akteure wie Oligarchen und ihre Wirtschaftsunternehmen wiederum bestimmten faktisch über die Regierung, der sie die Kontrolle über viele Politikfelder entzogen haben. Russland unter El'cin sei somit eine „oligarchische Kleptokratie“ gewesen und keine Demokratie.¹⁸ Mit dieser Einschätzung würden viele in Russland übereinstimmen.

Gleichwohl stellt sich die grundlegende Frage, ob westliche Demokratiekonzepte nicht immer, wenn sie exportiert werden, auf lokale Bedingungen treffen und es nicht eine „russische“ oder z. B. „indische“ Demokratie gibt, die anders aussieht, als die etablierte westliche.¹⁹

Die Ausführungen zur Klassifizierung von Transformationsstaaten als „Demokratien“ sollten vor einer allzu schnellen (mutmaßlich politisch gewollten) Einordnung von hybriden Regimen als „lupenreine“ Demokratien warnen, zumal diese auch den Pfad zur Diktatur einschlagen können.²⁰

Nach dieser etwas längeren Demokratiediskussion werde ich die hier verwendete Definition von Krieg und Guerillakrieg erläutern.

¹⁸ Vgl. W. Merkel: Das Ende der Euphorie. Der Systemwettbewerb zwischen Demokratie und Diktatur ist eingefroren. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 3, 2010. S. 18–23, hier: S. 19.

¹⁹ An dieser Stelle würde wiederum der Vorwurf des „Relativismus“ laut. Vgl. L. Seeling, a.a.O., S. 24-25. Allerdings ist es nicht relativistisch, wenn man an bestimmten Kernkriterien festhält und nur behauptet, dass diese um weitere lokalspezifische Merkmale „angereichert“ (nicht aufgehoben!) sein könnten.

²⁰ Der damalige Bundeskanzler G. Schröder bezeichnete den damaligen wie heutigen russischen Präsidenten Putin (2000-2008; seit 2012) als „lupenreiner Demokrat“. Die politische Entwicklung Russlands unter Putin spricht eine andere Sprache.

Unter **Krieg** wird ein besonderer Konflikttypus verstanden, in dem die beiden Konfliktparteien (seien beide Staaten, oder wie in diesem Fall, Staat gegen nicht-staatliche Gruppen, die aufständischen Guerillas) organisiert, zielgerichtet und zweckhaft, systematisch und über einen längeren Zeitraum militärische Gewalt gegeneinander anwenden.²¹

Dabei findet der **Guerillakrieg** unter der Bedingung der Asymmetrie statt – des massiven militärischen Übergewichts des Stärkeren (siehe unten).²²

Hierbei wendet der militärisch – ökonomisch unterlegene Schwächere eine Guerillastrategie an: Er organisiert einen Teil seiner Gesellschaft so, dass er durch bewaffnete Kräfte dem Gegner Kosten zufügen kann ohne eine *direkte* militärische Konfrontation mit dem Gegner zu suchen.²³ Eine direkte Konfrontation würde nämlich zur garantierten militärischen Vernichtung des Schwächeren führen.²⁴

Die **neuen Kriege** sind ein neuer Typus des Guerillakriegs im ausgehenden 20. / Anfang des 21. Jahrhunderts (allerdings mit historischen Wurzeln).²⁵

Da der hier behandelte Afghanistankrieg der USA zu den neuen Kriegen

²¹ Vgl. I. Kende, a.a.O., S. 244. Die renommierte AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg) gebraucht diese Definition bis heute. Vgl. den Beitrag ihres Gründers K. J. Gantzel, a.a.O., S. 299-300; Vgl. **auch** M. van Creveld, a.a.O., S. 287.

²² Vgl. R. Thornton: *Asymmetric Warfare: Threat and Response in the 21st Century*. Basingstoke. 2007. S. 1.

²³ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 103.

²⁴ Vgl. R. M. Cassidy: *Counterinsurgency and Military Culture: State Regulars versus Non-State Irregulars*. In: *Baltic Security & Defence Review*, Band 10. 2008. S. 53–85; hier: S. 75. Online verfügbar unter:

https://www.bdccl.ee/files/files/documents/Research/3_%20%20Robert%20Cassidy-Military%20Culture%20State%20Regulars%20and%20Non-State%20Irregulars.pdf, zuletzt geprüft am 02.12.2010.

²⁵ Zu den neuen Kriegen siehe auch:

Vgl. A. Friesen: *Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich*, a.a.O., S. 9-12.

Die einflussreichsten Werke zu den *neuen Kriegen* sind: Vgl. M. van Creveld, a.a.O.; M. Kaldor: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Cambridge. 1999; H. Münkler: *Die neuen Kriege*. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg. 2010.

gehört, lohnt sich eine ausführlichere Beschäftigung mit diesem heute und in absehbarer Zukunft wichtigen Konflikttypus. In den neuen Kriegen tauchen neue Kriegsakteure auf, die die Zwecke des Krieges und seine Strategie im Vergleich mit dem Zeitalter der „klassischen Kriege“ (1789-1945) fundamental verändern. Diese Kriegsakteure sind ethno-religiöse Gruppierungen, terroristische Organisationen, nicht-staatliche Kriegsherren (*warlords*) und Kriegsunternehmer.²⁶ Während früher in Anlehnung an Clausewitz vom Kriegszweck als Aufzwingen des eigenen Willens gegen den Gegner gesprochen wurde, tritt heute eine neu-alte Mannigfaltigkeit von Motivationen auf: ökonomische, ethno-religiöse oder einfach der Wille zu (über)leben.²⁷ Kriegsherren – zugleich oftmals Kriegsunternehmer – plündern, beuten die auf ihren Territorien liegenden Rohstoffe aus oder treiben Steuern ein, ethno-religiöse Gruppierungen wollen ihre Religion mit gewalttätigen Mitteln verbreiten und den Staat unter die Gesetze ihres heiligen Buches stellen (Fundamentalismus) und viele einfache Bürger tun das, was sie können, um überhaupt am Leben zu bleiben.

Die neuen Kriege hängen eng mit dem weltwirtschaftlichen Prozess der Globalisierung zusammen, genauer gesagt, mit deren „dunkler Seite“, der „Schattenglobalisierung“.²⁸ Diese manifestiert sich im internationalen Drogen- und Menschenhandel, in Prostitution und Sklaverei. Der Krieg wird zu einem einträglichen Geschäft und dauert sehr lange, weil ihm immer wieder neue finanzielle Ressourcen zugeführt werden.²⁹

„Der Krieg ernährt den Krieg“ – an dieser Devise aus dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) sieht man, dass die neuen Kriege in vielfacher Hinsicht

²⁶ Vgl. H. Münkler, a.a.O., S. 7.

²⁷ Vgl. Ebd., S. 29; S. 35.

²⁸ Vgl. Ebd., S. 7-8 und *passim*.

²⁹ Vgl. Ebd., S. 24-27.

eher den Kriegen des vorwestfälischen Zeitalters entsprechen, als denen des nationalstaatlichen spätestens seit der Französischen Revolution 1789.

Dabei werden die neuen Kriege zu einer Gefahr für die internationale Sicherheit: Stabile westliche Staaten wie die USA greifen militärisch in Ländern wie Afghanistan ein, um „Stabilität“ zu exportieren, negative Folgen der Kriege wie illegale Migration, Drogenhandel, Destabilisierung des eigenen Landes oder ganzer Regionen einzudämmen oder ihre Interessen zu schützen.

Bei diesen Interventionen fällt Analytikern die militärstrategische Neuartigkeit der neuen Kriege auf. Diese besteht in einer doppelten Asymmetrie – einer zweifachen Ungleichartigkeit der Gegner.³⁰

Zum einen besitzt der Stärkere weitaus mehr militärische und ökonomische Ressourcen als der Schwächere (Kriegsherren, Terroristen, Guerillas).³¹

Zum anderen führt das militärisch-ökonomische Übergewicht des Stärkeren zur Asymmetrierung der Strategie: Die schwächere Seite muss gegen ihren überlegenen Gegner eine Guerillastrategie anwenden, um erfolgreich sein zu können, der Stärkere setzt zumeist auf eine konventionelle Militärstrategie, die auf die Zerstörung der Streitkräfte des Gegners und seiner Infrastruktur zielt.³²

³⁰ Meiner Meinung nach könnte man sogar von einer dreifachen Asymmetrie sprechen, wenn man diesen Begriff noch weiter auf die internationale Ordnung selbst ausdehnt: Das internationale System zeichnet sich durch seinen Bellismus aus – militärisch-ökonomisch überlegene Staaten der Ersten Welt üben Hegemonie über marginalisierte „Dritte-Welt-Staaten“ aus, die sie mit ökonomischen wie militärischen Mitteln aufrecht erhalten (Sanktionen wie militärische Gewalt). Vgl. U. C. Wasmuth: Wider den westlichen Fundamentalismus. Über den Zusammenhang von Krieg, Bellismus und dualistischem Denken. In: DIALOG. Beiträge zur Friedensforschung, Jg. 22, H. 1-2, (1992). S. 15–29; hier: S. 17-18.

³¹ Vgl. H. Münkler, a.a.O., S. 48ff.; Vgl. R. Thornton, a.a.O., S. 1.

³² Gleichwohl haben nicht alle Aufständischen von einer Guerillastrategie auch Gebrauch gemacht. In diesem Fall kann man von einem asymmetrischen Krieg sprechen – aber nicht von einem *Guerillakrieg*.

Die neuen Kriege sind kein rein akademischer Gegenstand. Sie prägen vielmehr viele sicherheitspolitische Kontroversen und Entscheidungen seit 1991.

Friedens- und Konfliktforscher U. Albrecht von der Freien Universität Berlin, ehemaliger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, geht in einem lesenswerten Artikel besonders auf die internationalen Bemühungen um Einhegung dieses besorgniserregenden sozio-ökonomisch-militärischen Phänomens ein.³³

Demnach hat der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali, das Problem der neuen Kriege in seinem „Supplement zur Agenda für den Frieden“ bereits 1995 eingängig beschrieben. So geht er auf den Charakter der neuen Kriege ein, die er als innerstaatlich, häufig ethno-religiös motiviert und grausam gegenüber der Zivilbevölkerung beschreibt. Die Irregularität der Kriegsteilnehmer (zumindest von einer Konfliktseite aus) führt dazu, dass Kommandostränge nicht klar sind, sodass man die Verantwortlichkeiten für „humanitäre Katastrophen“ (früher würde man gemäß den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen sagen: Verbrechen gegen die Menschlichkeit) nicht eindeutig zuordnen kann.³⁴ Tatsächlich sind viele Gewaltakte in den neuen Kriegen eher Pogrome als militärische Handlungen, die sich an der tradierten Haager Landkriegsordnung orientieren würden. B. Miyet, bis Herbst 2000 Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen für friedenserhaltende Maßnahmen, spricht von ebendieser Problematik der Unkontrollierbarkeit und Unverantwortlichkeit der Akteure in den Neuen

³³ Vgl. U. Albrecht: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen? In: Wissenschaft & Frieden, H. 1. 2001. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0088&PHPSESSID=tf4s0khrms2uhikcdl42kqa7m5>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

³⁴ Vgl. Ebd.

Kriegen, die dazu führen würde, dass viele Waffenstillstände nicht eingehalten würden. Schließlich sei es ja nicht klar, gegenüber wem (wenn überhaupt) die militärischen nichtstaatlichen Akteure verantwortlich seien.³⁵

Auch die Weltbank beschäftigte sich bereits 1997 (noch vor Erscheinen von Münklers grundlegendem Werk zu den neuen Kriegen) mit dem neuen Konfliktphänomen und beleuchtete dessen ökonomische Existenzbedingungen.³⁶

In ihrem Jahresbericht beschreibt sie die Bürgerkriegsökonomie der neuen Kriege und ihre inhärente Verknüpfung mit der Weltwirtschaft über die „Schattenglobalisierung“. In Angola, Liberia und Somalia sei ein Kreislauf der Gewalt entstanden, der sich immer weiter perpetuiert, weil er auf Plünderungen, Erpressung, dem internationalen Drogenhandel, der Geldwäsche, dem Raubbau an der Natur und dem Schröpfen von Edelsteinen („Blutdiamanten“) und Mineralien beruht.³⁷ Jean-Christophe Ruffin, einer der profilierten Forscher zu den ökonomischen Bedingungen der neuen Kriege³⁸, pflichtet der Weltbank in ihrer Analyse bei und erwähnt ein weiteres, paradoxes, Phänomen der Bürgerkriegsökonomie im 21. Jahrhundert: Durch die Einrichtung von humanitären Schutzzonen häufig jenseits der Landesgrenzen des Kriegsgebiets würde die internationale Gemeinschaft trotz der hehren Motive wie Flüchtlingsschutz tatsächlich eine weitere Eskalation der Gewalt fördern, denn die Rebellen in den neuen Kriegen können sich in die Flüchtlingslager zurück ziehen, dort untertauchen, neue Rekruten werben – und vor allem die humanitäre

³⁵ Vgl. U. Albrecht: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen?, a.a.O., o.S.

³⁶ Vgl. Ebd.

³⁷ Vgl. Ebd.

³⁸ Vgl. das von ihm mitherausgegebene Sammelwerk: Vgl. F. Jean; Ruffin, Jean-Christoph (Hg.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg. 1999.

Hilfe für ihre eigenen Zwecke missbrauchen und so den Krieg am Laufen halten.³⁹ Aus dem sowjetischen Afghanistankrieg (1979-1989) ist zum Beispiel überliefert, dass die islamistischen Widerstandskämpfer (Mudschaheddin) die humanitäre Hilfe in den Flüchtlingslagern für sich abpressten und sie nur an diejenigen Flüchtlinge verteilten, die Mitglied in einer der sieben islamistischen Parteien von Peschawar waren bzw. wurden. So konnten sie gleichzeitig neue Rekruten werben.⁴⁰ Vor diesem Hintergrund sollte der westlich-türkische Vorschlag einer „Schutzzone“ für syrische Flüchtlinge in der Türkei skeptisch stimmen.

Die humanitären Schutz zonen verweisen auch auf das generelle Problem der Destabilisierung von Nachbarstaaten. Die Weltbank erwähnt dies auch und verweist neben Flüchtlingsströmen auf Gewalt und Banditentum.⁴¹

Vor dem Hintergrund der in die Weltwirtschaft integrierten Bürgerkriegsökonomien der neuen Kriege erscheint eine „einfache“ militärische (sogenannte „humanitäre“⁴²) Intervention als eine unzureichende Lösungsmethode. Die Bürgerkriege des 21. Jahrhunderts lassen sich nicht einfach mit dem „Holzhammer“ lösen.⁴³

³⁹ Vgl. U. Albrecht: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen?, a.a.O., o.S.

⁴⁰ Vgl. M. Pohly: Krieg und Widerstand in Afghanistan. Ursachen, Verlauf und Folgen seit 1978. Berlin (Studien zum modernen islamischen Orient, 6). 1991. S. 251.

⁴¹ Vgl. U. Albrecht: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen?, a.a.O., o.S.

⁴² Albrecht verweist darauf, dass die Legitimation als (angebliche) humanitäre Intervention nichts Neues sei. So würden schon die europäischen Großmächte Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem (ehemals türkischen) Balkan und auf Zypern intervenieren, um ihre geostrategischen Interessen zu befriedigen und das Osmanische Reich unter sich aufzuteilen. Tatsächlich propagierten sie den Schutz der diskriminierten christlichen Minderheiten als Interventionsgrund.

Vgl. U. Albrecht: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen?, a.a.O., o.S.

⁴³ Vgl. Ebd.

Vielmehr gilt es, so Albrecht, einem erweiterten Sicherheitsbegriff zu folgen.⁴⁴ Sicherheit wurde traditionell – in der engen Definition – als die Abwesenheit von Krieg auf dem eigenen Staatsgebiet oder der Bedrohung des Krieges für ebendieses verstanden. Damit könnte man sagen, dass der enge Sicherheitsbegriff dem negativen Friedensbegriff entsprach, wonach Frieden die Abwesenheit von Krieg sei.⁴⁵

Diese Begriffsbestimmung ist, was die neuen Kriege angeht, problematisch. In diesen ist oftmals der Übergang von Krieg zu Frieden und umgekehrt fließend – niemand erklärt formell den Krieg, niemand hält sich an Waffenstillstände, es gibt kein Friedensabkommen, das zivile Leben geht auch mitten im Krieg weiter (die Menschen „gewöhnen“ sich an den Krieg).

Die zivile und die Kriegsökonomie verschmelzen, weder werden alle Ressourcen für den Krieg mobilisiert – weil es einen national-staatlichen Gewaltapparat in zerfallenden Staaten kaum noch gibt, der die Anwendung dieser Ressourcen koordinieren und steuern könnte – noch kann man die Erwerbsbeschäftigung der Minenarbeiter oder Drogendealer als „zivil“ beschreiben.

Der österreichische Friedensforscher A. Pelinka schlägt stattdessen einen erweiterten Sicherheitsbegriff vor, der von einer transnationalen Sicherheit ausgeht, neben den militärischen Aspekt der Sicherheit gleichberechtigt die

⁴⁴ Vgl. Ebd.

⁴⁵ Vgl. U. Albrecht u. a.: INTRODUCTORY REMARKS ON CERTAIN KEY CONCEPTS. In: Instant Research on Peace and Violence, Jg. 2, H. 4, 1972. S. 183–186; hier: S. 183. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/40724664>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

Dieser bis heute nichts an seiner wissenschaftlichen und politischen Aktualität verlierende Aufsatz ist von Albrecht zusammen mit J. Galtung und mehreren anderen (u.a. finnischen) Friedensforschern verfasst worden und wurde in der Zeitschrift des im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung führenden tapri (Tampere Peace Research Institute) an der University of Tampere, Finnland, publiziert.

ökonomischen, ökologischen, kulturellen und religiösen Gesichtspunkte berücksichtigt und die traditionelle Unterscheidung zwischen „äußerer“ und „innerer“ Sicherheit aushebt.⁴⁶

Operationalisiert hat diesen erweiterten Sicherheitsbegriff die internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, die ILO (International Labour Organization). Im Begriff der Menschlichen Sicherheit (*Human Security*) fasste sie das menschliche Streben nach sozialer Sicherheit, zum Beispiel einem gesicherten menschenwürdigen Grundeinkommen, Schutz vor der – auch bei Akademikern im reichen Deutschland – grassierenden Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen, grundlegend den Schutz vor ungesicherter Ernährung (Mangelernährung, Hunger), ungewissem Gesundheitszustand und unsicherer Bleibe. Albrecht fügt dieser sozialen noch die ökologische Dimension hinzu – es geht um Nachhaltigkeit. Schließlich soll auch noch die nächste Generation von den Ressourcen menschenwürdig leben können (ohne an Kohlenstoffdioxid zu „ersticken“ oder Opfer von klimabedingten Fluten und anderen Naturkatastrophen zu werden).⁴⁷

Solch ein erweiterter Sicherheitsbegriff bringt sicherlich auch die Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen nicht nur von „oben nach unten“ (nicht umgekehrt!), sondern auch vom Militärapparat an andere gesellschaftliche Bereiche wie Bildung und Forschung, Gesundheit und Integration. Dies wurde von Albrecht, Galtung und anderen Friedensforschern bereits in den 70er Jahren erkannt und ist hochaktuell.⁴⁸ Solch eine Demilitarisierung würde die Umverteilung von Geldern vom

⁴⁶ Vgl. U. Albrecht: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen?, a.a.O., o.S.

⁴⁷ Vgl. Ebd.

⁴⁸ Vgl. U. Albrecht u. a.: INTRODUCTORY REMARKS ON CERTAIN KEY CONCEPTS, a.a.O., S. 186.

Verteidigungs- zum Außen-⁴⁹ , Bildungs- oder Gesundheitsministerium, von Rüstungsforschung zu ziviler Forschung, von Waffenexporten zur Entwicklungshilfe erfordern und einen gerechten Warenhandel, der die Interessen der „Zweiten“ und „Dritten“ Welt berücksichtigt.⁵⁰ Neben den positiven „innenpolitischen“ Folgen solch einer Demilitarisierung für die entwickelte westliche Welt, die in einer Krise des realexistierenden finanzkapitalistischen Systems steckt, würde eine Demilitarisierung nach „außen“ Entwicklungsfortschritte und eine friedliche(re) Welt bedeuten.⁵¹

⁴⁹ Die Problematik der Rüstungsausgaben in der entwickelten und sich entwickelnden Welt war eines der Hauptthemen von U. Albrecht. Siehe hierzu z. B.: Vgl. U. Albrecht: Rüstungsforschung und Dritte Welt. In: Wissenschaft & Frieden, H. 5, (1984). Online verfügbar unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0599&PHPSESSID=tf4s0khrms2uhikcdl42kqa7m5>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

⁵⁰ Vgl. Ebd.

⁵¹ Ganz abgesehen davon verbreiten sich auch in der Westlichen Welt „Räume begrenzter Staatlichkeit“, in denen die Staatsautorität „nichts zu sagen hat“ und teilweise bereits heute mit militärischen Mitteln – dem Einsatz des Militärs droht bzw. sich gezwungen sieht, diese einzusetzen. Teile von Großstädten werden durch das Scheitern von Integration und durch die daraus resultierende (und sich wiederum aus ihr speiende) soziale und ökonomische Exklusion und Entfremdung „unregierbar“. So forderte die sozialistische (!) französische Senatsabgeordnete S. Ghali, in Marseille Einheiten der französischen Armee einzusetzen, da die Polizei dem Treiben von Drogenbanden in dieser von Arbeitslosigkeit und illegaler Migration geprägten Hafenstadt in der Nähe des Maghrebs nicht mehr Herr wird. Vgl. F .Hurst: Drogenkrieg am Mittelmeer. SPIEGEL ONLINE, 04.09.2012. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/drogenkrieg-in-marseille-mordserie-erschuettert-frankreich-a-853547.html>; zuletzt geprüft am 04.09.2012. Es kam zu mehreren chaotischen Jugendunruhen in Frankreich und Großbritannien. Potenziell könnte das Gleiche auch in Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern passieren. Der Verfall der staatlichen Macht, die wirtschaftlich-gesellschaftlich-politische Krise, das Auflammen von ethno-religiösen Konflikten im Inneren (manche würden von drohenden „jugoslawischen Zuständen“ sprechen), die wachsende Segregation von Reich und Arm und das Entstehen von sozio-kulturell abgegrenzten „Parallelgesellschaften“ mitten in der „Wohlstandinsel“ Westeuropa ist eine Aussicht auf den neuen Krieg in der bislang von dieser „Geißel des 21. Jahrhunderts“ verschonten Westlichen Welt.

Vgl. aus *politikwissenschaftlicher* Perspektive: H. Münkler: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 59ff.; vgl. auch M. van Creveld: Die Zukunft des Krieges, a.a.O., S. 94ff. und 281ff. Von einer dezidiert *linken* politischen Position aus:

Nachdem dargestellt wurde, dass internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Weltbank die Problematik der neuen Kriege zumindest erkannt haben und welche konkreten Schritte zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff nötig sind, um das Phänomen neue Kriege einzuhegen und politisch konstruktiv bearbeiten zu können⁵², soll kurz die völkerrechtliche Problematik der neuen Kriege an der *deutschen Diskussion um den Afghanistankonflikt* dargestellt werden. Auf die Position der Bush-Administration wird an dieser Stelle ebenfalls eingegangen, so dass beide verglichen werden können.

Die deutsche Debatte drehte sich um die schwierige Frage, ob der Afghanistankonflikt einen Krieg darstellt oder einen international mandatierten Polizeieinsatz.⁵³

Die Bundesregierung vertrat lange Zeit die letztgenannte Position. Der völkerrechtlich legitimierte Afghanistaneinsatz diene dem Aufbau von effektiven afghanischen Sicherheitskräften und der Gewährleistung von Sicherheit in Kabul und der angrenzenden Region, hieß es.⁵⁴ Das Töten von Gegnern würde demnach – wie bei der Polizei –

Vgl. H. M. Enzensberger: *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt am Main. 1996; von einer dezidiert *konservativen* die Gedanken des russischen Militärwissenschaftlers E. È. Messner. Vgl. dazu: E. F. Morozov: *Predislovie kommentatora*. In: E. È. Messner: *Vsemirnaja mjateževojna. Žukovskij*, Moskau. 2004. S. 3-12; hier: S. 7ff.

Auf die allgemeine Faszination der Gewalt mitten in der befriedeten Westlichen Zivilisation geht M. Rutschky in einem lesenswerten Essay ein. Vgl. M. Rutschky: *Das Aggressionstabu*. In: *MERKUR. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*. Sonderheft *Zerstören und Bewahren*. Herausgegeben von K. H. Bohrer. Jg. 39, H. 9/10. September/ Oktober 1985. S. 755-763.

⁵² Eine allumfassende Lösung ist anzustreben, schließlich ist eine friedlichere Welt möglich. Diese Vision ist aber ein Projekt für Jahrzehnte, für die fernere Zukunft.

⁵³ Vgl. A. Friesen: *Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich*, a.a.O., S. 9-12.

⁵⁴ Vgl. T. Darnstädt u.a.: *Welt-Streit ums Töten*. In: *DER SPIEGEL*, H. 49, (2009). S. 28-35; hier: S. 30.

nur in Fällen von Notwehr legal sein. Diese Auffassung vom Afghanistankonflikt wurde jedoch nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch bei der Führungsmacht USA kontrovers diskutiert. Die Vereinigten Staaten proklamierten nach den Anschlägen des 11. September den globalen „Krieg gegen den Terrorismus“.⁵⁵ Dabei prägte die Bush-Administration eine neue Klassifikation ihrer Gegner, der Al-Qaida-Terroristen und der Taliban. Diese waren weder einfache Verbrecher (wie bei einem Polizeieinsatz) *noch* waren sie Kriegsgegner nach den Gepflogenheiten der überlieferten Haager Kriegsrechtskonventionen. Sie waren vielmehr „unrechtmäßige feindliche Kombattanten“ („*unlawful enemy combatants*“). Damit fielen sie in das dunkle Loch des rechtsfreien Raums: weder galt das innerstaatliche Strafrecht für sie, noch genossen sie den Schutz der Haager Konventionen zur Behandlung von Kriegsgefangenen. Nichtstaatliche Akteure durften erschossen, ohne Haftbefehl festgenommen und auf unbestimmte Zeit ohne Gerichtsprozess festgehalten, in Gewahrsam gefoltert werden.⁵⁶ Zumindest die Folter von (vermeintlichen) Taliban und Al-Qaida-Mitgliedern auf dem in Kuba liegenden US-Stützpunkt Guantanamo Bay war international, aber auch innerhalb der USA selbst höchst umstritten; man denke aber auch an die Vorkommnisse im us-amerikanischen Abu Ghraib Gefängnis im Irak. Die politischen Akteure wie die Massenmedien in Deutschland grenzten sich von dieser us-amerikanischen, als völkerrechtswidrig angesehenen Praxis ab.

Online verfügbar unter:

<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=67963949&aref=image040/2009/11/28/ROSP200904900280035.PDF&thumb=false> ; zuletzt geprüft am 28.03.2011.

⁵⁵ Vgl. T. Darnstädt u.a., a.a.O., S. 29-30.

⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 31.

Allerdings ist der Afghanistankonflikt auch nicht einfach ein Polizeieinsatz. Er ist Krieg. In der Politik ist das erst von Verteidigungsminister zu Guttenberg offen ausgesprochen worden.⁵⁷

Doch dieser Krieg ist *anders* als die Kriege zuvor⁵⁸: In ihm kämpfen Aufständische, Terroristen und Kriegsherrn – er ist ein neuer Krieg.

Darum wird die Diskussion weiter gehen, wie mit Kombattanten in Afghanistan umgegangen werden soll, wer getötet werden darf und wer vor Gericht gestellt wird. Zuletzt flammte die Diskussion auf, als der Chef von Al-Qaida, Osama bin Laden, am 01. Mai 2011 von us-amerikanischen Spezialeinheiten getötet wurde.⁵⁹

Diese etwas längere Diskussion um die neuen Kriege ist wichtig, um die Spezifika des Afghanistankriegs der USA vor dem Hintergrund des globalen Phänomens der neuen Kriege erklären zu können.

Wichtig für diese Untersuchung ist die Konzeptualisierung von Niederlage bzw. Sieg. Schließlich hängt das Untersuchungsergebnis direkt davon ab, was man unter einer „Niederlage“ versteht. Daher soll sich im Folgenden ein längerer Abschnitt mit dieser Problematik beschäftigen.

Zunächst einmal sei vorangestellt:

Unter einer **Niederlage** wird in dieser Arbeit aus der Perspektive des demokratischen Stärkeren das Nichterreichen der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele verstanden. Folglich ist der Sieg das Erreichen der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele.

Allerdings ist die Definition des „Sieges“ bzw. der „Niederlage“ umstritten; im Gegensatz zu dieser Arbeit fehlt diese in den meisten

⁵⁷ Vgl. Ebd., S. 30.

⁵⁸ Vgl. T. Darnstädt u.a., a.a.O., S. 32.

⁵⁹ Vgl. z. B. den Artikel von K. Ambos, Professor für Völkerrecht, der die Tötung bin Ladens als völkerrechtswidrig einstuft. Vgl. K. Ambos: Auch Terroristen haben Rechte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.05.2011, S. 6.

fachwissenschaftlichen Untersuchungen gänzlich. Wie ich zu der obigen Definition komme, wie sie präzisiert werden kann und welche Probleme sich bei der Definition von „Sieg“ stellen können, soll daher hier erläutert werden.

Zunächst einmal gehe ich vom Konsens der heutigen Kriegswissenschaft (Polemologie) aus, der das Verhältnis von Krieg und Politik mit Clausewitz definiert:

„Wir behaupten dagegen, der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in etwas ganz anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch seine Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient, und daß die Hauptlinien, an welchen die kriegerischen Ereignisse fortlaufen und gebunden sind, nur seine Lineamente sind, die sich zwischen den Krieg durch bis zum Frieden fortziehen.“⁶⁰

Die Politik setzt also die Zwecke des Krieges, der Krieg ist (nur) eines von mehreren Mitteln, diese Zwecke zu erreichen. Daraus folgt, dass „Sieg“ oder „Niederlage“ sich nicht am Erfolg von militärischen Operationen allein bemessen, sondern nur an dem Effekt der militärischen Aktionen auf das Erreichen der von der Regierung gesetzten und daher politischen

⁶⁰ C. von Clausewitz: VOM KRIEGE. Neunzehnte Auflage - Jubiläumsausgabe, mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Dr. phil. Werner Hahlweg, Professor für Militärgeschichte und Wehrwissenschaften an der Universität Münster/W. Unveränderter Nachdruck der 19. Auflage. Bonn, 1991 (1832). S. 990–991.

Zwecke.⁶¹ Es kann auch Schlachten geben, die militärisch gewonnen wurden, aber verheerende politische Auswirkungen zeitigten.⁶² Man denke an die Tet-Offensive der nordvietnamesischen Vietcong gegen die USA und das von ihnen unterstützte Südvietnam, die militärisch erfolgreich von der US Army zurück geschlagen wurde; allerdings wurde im Verlaufe dieser Offensive unter Südvietnamesen viel Panik gestiftet, die Vietcong kamen bis an die Tore Saigons. Noch wichtiger war das Bild in der Weltöffentlichkeit: Die kleinen Guerillas trotzen jahrelang nicht nur der Weltmacht USA, sondern gehen sogar in die Offensive. Im Verlaufe dieser Offensive wurde die us-amerikanische Öffentlichkeit durch die Macht der Fernsehbilder überzeugt, dass der Vietnamkrieg nicht zu gewinnen sei. Weitere Beispiele aus dem Vietnamkrieg sind die Vertreibung der Bevölkerung oder das weitflächige Verteilen von Napalm.⁶³ Diese mögen militärisch effektiv sein – die allgemeine Öffentlichkeit allerdings wird durch Massenmedien aufgeschreckt, opponiert gegen die Kriegsfortführung und will den sofortigen Abzug, ohne die eigenen Ziele erreicht zu haben. Ein anderer Fall war der Erste Weltkrieg, den die Alliierten zwar militärisch gewonnen haben, aber um den Preis der vollständigen Erschöpfung der nationalen Ressourcen. So konnten sie den darauffolgenden Friedenszustand nicht zu ihren Gunsten gestalten und ihren militärischen Sieg nicht für eine Neuordnung Europas politisch nutzen. Die inneren Probleme wie die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, Gewalt und Verelendung verhinderten den Aufbau einer

⁶¹ Vgl. B. Heuser: DEN KRIEG DENKEN. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike. Paderborn u.a. 2010. S. 464-467. Heuser nimmt hierbei auf General von Lilienstern Bezug (siehe unten); Vgl. **auch** E. Luttwak: STRATEGIE. Die Logik von Krieg und Frieden. Lüneburg. 2003. S. 332.

⁶² Vgl. E. Luttwak, a.a.O., S. 332.

⁶³ Vgl. dazu I. Arreguin-Toft, a.a.O.; und das Buch des damaligen US-Verteidigungsministers R. S. McNamara: Vietnam: das Trauma einer Weltmacht. 2. Aufl., Hamburg 1996.

für die Alliierten vorteilhaften Nachkriegsordnung.⁶⁴ Man kann sich, um es einfach auszudrücken, auch „zu Tode siegen“.

Daher formuliert, ausgehend von Clausewitz, der britische Stratege Liddell Hart, dass der „Sieg“ als solcher nur verstanden werden kann, wenn man ihn als einen Frieden definiert, der den eigenen Interessen entspricht (also die eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele, die im Krieg verfolgt wurden, befriedigt) und einen vom Standpunkt der Sicherheitslage und der ökonomischen Ressourcen besseren Zustand bringt als die Vorkriegssituation.⁶⁵

Es geht beim „Sieg“ also um einen nachhaltigen, die Interessen des Siegers befriedigenden Frieden, der die Sicherheitslage und die Wohlfahrt des Staates und seiner Bürger erhöht. Ein Staat darf sich nicht im Krieg erschöpfen; wenn der Krieg lange dauert, muss er so geführt werden, dass der Einsatz von Mitteln proportional zu den eigenen Ressourcen ist. Wenn die Erschöpfung droht, sei es besser der Frieden zu schließen, als bis zum „Endsieg“ weiter zu kämpfen.⁶⁶ Auch hier ließe sich mit Clausewitz denken, dass die Regierung stets bedenken sollte, bevor sie einen Krieg anfängt, ob sie den gesetzten politischen Zweck mit ihr zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt erreichen kann. Wenn nicht, soll der Zweck an die (militärischen) Mittel angepasst werden: Die Regierung, so Clausewitz, soll „das Instrument kenne[n], welches sie gebrauchen will“.⁶⁷ Der „globale Krieg gegen den Terrorismus“ der USA zum Beispiel setzt

⁶⁴ Vgl. B. H. Liddell Hart: STRATEGY. Second revised edition. 2., revidierte Auflage. New York u.a. 1967. S. 353.

⁶⁵ Vgl. B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. xvii; S. 353.

⁶⁶ Vgl. Ebd., S. 357.

⁶⁷ Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 111; S. 994; Vgl. auch den Kommentar von W. Hahlweg: DAS CLAUSEWITZBILD EINST UND JETZT. Mit textkritischen Anmerkungen. In: C. von Clausewitz, a.a.O., S. 1-172; hier: S. 41-42.

sich als politischen Zweck den internationalen islamistischen Terrorismus⁶⁸ militärisch endgültig zu besiegen – hierfür reichen aber wahrscheinlich selbst die Armee und die Waffen einer Supermacht nicht aus.⁶⁹ Dagegen droht den USA schon heute infolge eben dieses weltweiten Krieges die ökonomische Erschöpfung, die Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger und die (soziale wie politische) Spaltung der Gesellschaft. Auch die Vereinigten Staaten drohen sich „tot zu siegen“.

Zusammenfassend lässt sich also der im Krieg zu verfolgende politische Zweck in Annäherung an Liddell Hart näher bestimmen als ein Friedenszustand, der den Sicherheitsinteressen des Staates und der Wohlfahrt der eigenen Bevölkerung zuträglicher ist, als der Vorkriegszustand. Wenn dieser Friedenszustand erreicht wird, kann man von einem „Sieg“ sprechen; wenn nicht, von einer Niederlage.

Weitere beachtenswert aktuell klingende Kriterien für einen „Sieg“ im Krieg liefert der preußische General August Rühle von Lilienstern (1780-1847), Kollege Clausewitz' an der Kriegsakademie in Berlin, der ähnliche Ideen wie Liddell Hart schon um 1818 in seinem „Handbuch für den Offizier“ vertreten hat. Interessanterweise beurteilt von Lilienstern das

⁶⁸ Islamisten streben die Errichtung eines islamischen Staats an, der ausschließlich auf dem Koran und der Sunna – überlieferte Aussprüche und Taten des Propheten Mohammed – gründen soll. Sie unterscheiden sich in der Wahl ihrer Mittel (friedlich - manchmal sogar demokratisch - bis gewaltsam), nicht aber in ihrem politischen Zweck. Vgl. B. Gräf: Begriffe aus der islamischen Rechtsordnung. In: Das Parlament, Ausgabe Weltreligion Islam, 18./25.01.2002, S. 7.

Im Falle Afghanistans handelt es sich um Islamisten, die Gewalt nicht nur für legitim erachten, sondern sie auch ausüben, wie die Al-Qaida oder die Taliban. Zur dschihadistisch-terroristischen Ideologie der Al-Qaida siehe die Ausführungen im Unterkapitel *Militärische Teilstrategie*.

⁶⁹ Möglicherweise ließe sich der internationale Terrorismus aber mit einer Kombination aus militärischen, kulturellen, ökonomischen und diplomatischen Mitteln besiegen. Dies wäre eine erfolgsversprechende Gesamt-Strategie (siehe unten) im Kampf gegen den Terrorismus.

Kriegsergebnis und die Kriegsführung auch im Hinblick auf die *öffentliche Meinung* im eigenen Land und auf das Verhältnis zu den *übrigen Staaten*.⁷⁰

Rühle von Lilliensterns Ausführungen klingen hochaktuell:

Man denke nur an die Feindschaft gegenüber den USA, die sich in der Islamischen Welt in Folge des Afghanistan- und Irakkrieges noch gesteigert hat (insofern waren beide Kriege außenpolitische Niederlagen der USA). Die öffentliche Meinung ist in den USA der Kriege müde, ein „Weiter so“ im Kampf gegen den Terrorismus erscheint daher unrealistisch (auch so waren der Afghanistan – und der Irakkrieg Niederlagen).

Die Kriterien von Lilliensterns sollen zusammen mit den Kriterien von Liddell Hart in dieser Arbeit verwendet werden, um das Kriegsergebnis als „Sieg“ bzw. „Niederlage“ zu klassifizieren. Zusammengefasst lauten diese für einen **Sieg**:

- **Bessere Sicherheitslage für den Staat (im Vergleich mit dem Vorkriegszustand)**
- **Höhere Wohlfahrt für die Bevölkerung (im Vergleich mit dem Vorkriegszustand)**
- **Höheres Ansehen der politischen Führung innerhalb der eigenen Bevölkerung**
- **Verbesserung des Verhältnisses zu anderen für den kriegsführenden Staat relevanten Staaten bzw. Regionen**

Dieser klare Kriterienkatalog hat den Vorteil, dass er die Unklarheiten, die der abstrakte Begriff der „politischen Zwecke“ mit sich bringt, elegant reduzieren hilft. Im nächsten Kapitel, das sich mit Theorie und Methodik beschäftigt, führe ich auf der Grundlage der soeben vorgenommenen

⁷⁰ Vgl. B. Heuser: DEN KRIEG DENKEN, a.a.O., S. 464-467.

theoretischen Erörterung ganz konkrete, empirisch verifizierbare und auf den Fall Afghanistan angepasste politisch-militärisch-ökonomische Ziele auf, deren Erreichen (bzw. Nicht-Erreichen) als Erfolg („Sieg“) oder Misserfolg („Niederlage“) definiert wird (siehe die Diskussion der abhängigen Variable unter 2.3.4: AV: *Erfolg der Gesamtstrategie*).

Damit wären die Begrifflichkeiten der Fragestellung geklärt.

In den Hypothesen dieser Arbeit spielen noch weitere Konzepte eine wichtige Rolle, die an dieser Stelle daher definiert werden sollen.

Das Konzept des **politischen Regimes** beschreibt in der Vergleichenden Regierungslehre die Regierungsform.

Diese „bezieht sich auf die formalen und faktischen Bedingungen des Zugangs zur und der Ausübung von Regierungsmacht sowie auf die Art und Weise des Umgangs mit der Opposition“.⁷¹

Eine **Strategie** bezeichnete ursprünglich die *militärische* Feldherrnkunst.⁷²

Im Laufe der Zeit wurde der Begriff allerdings weiter gefasst, so schrieb Clausewitz von der Strategie als dem Gebrauch des Gefechts zum *politischen* Zwecke des Krieges.⁷³ Schließlich kam es im Zeitalter des Kalten Krieges zu einer Vermischung von Krieg und Frieden und folglich Strategie und Politik. Die Friedensfähigkeit wurde zur entscheidenden Größe einer Strategie, da der Nuklearkrieg nicht zur Durchsetzung der eigenen politischen Zwecke, sondern zur allgemeinen und allumfassenden Vernichtung führen würde. Es gab also eine Nachfrage nach einer

⁷¹ B. Thibaut: Regimewechsel. In: D. Nohlen / R.-O. Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Band 2 (N-Z). München. 2005. S. 846-847.

⁷² Ursprünglich kommt der Begriff aus dem Militärischen: *stratos* = Heer und *agein* = führen, also: *strategos* = der Heerführer. Vgl. B. Heuser: DEN KRIEG DENKEN, a.a.O., S. 18; Vgl. **auch**: Strategie. In: Wahrig. Fremdwörterlexikon. Herausgegeben, grundlegend überarbeitet und erweitert von Dr. Renate Wahrig-Burfeind. Gütersloh, München 1999. S. 898.

⁷³ Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 271.

Grand-Strategy, einer Gesamt-Strategie, die den Gebrauch der vielfältigen politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Ressourcen eines Staates bezeichnet, um die eigenen politischen Zwecke gegenüber einem Gegner durchzusetzen.⁷⁴ Die Gesamt-Strategie bedarf also der Integration und Koordination aller einzelnen Teil-Strategien, seien diese militärischer, ökonomischer, politischer oder kultureller Art. Das ist die Aufgabe der Exekutive, der Regierenden eines Landes.⁷⁵ In dieser Arbeit wird die moderne Konzeptualisierung der Strategie als Gesamt-Strategie verwendet, die den Begriff der Strategie nicht militärisch verengt, sondern ihn in der Mannigfaltigkeit der Mittel des Staates begreift. Die **Strategiefähigkeit** unter den Bedingungen eines demokratischen politischen Regimes bezeichnet die Fähigkeit der Exekutive.⁷⁶

⁷⁴ Vgl. B. Heuser: DEN KRIEG DENKEN, a.a.O., S. 49.

⁷⁵ Vgl. Ebd.; vgl. auch F. Ruge: Strategie. In: Stern, Carola u. a. (Hg.): Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. Band 2 (L-Z) Köln. 1971. S. 761. Grundlegende Werke zur Strategie sind u.a.: SUN TZU: THE ART OF WAR (Über die Kunst des Krieges). London, Oxford, New York. 1971 (402-320 v. Chr.); C. von Clausewitz: Vom Kriege. Herausgegeben von W. Hahlweg. 19. Aufl., Bonn 1991 (1831).

Außerdem die modernen Klassiker: B. H. Liddell Hart: Strategy. London. 1941;

R. Aron: Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt. Frankfurt a. M. 1963;

F. Ruge: Politik und Strategie. Frankfurt a.M. 1967.

Diese (und andere) Werke werden unter 2.2 *Forschungsstand* analysiert.

⁷⁶ Das Konzept der Strategiefähigkeit ist die eigene Ausarbeitung des Verfassers in Anlehnung an die unter *Forschungsstand* rezipierten, sich mit Strategie beschäftigenden „Klassiker“ und den theoretischen Ansatz zur Analyse der Außenpolitik E. Krippendorffs: Vgl. E. Krippendorff: Ist Außenpolitik Außenpolitik? Ein Beitrag zur Theorie und der Versuch, eine unhaltbare Unterscheidung aufzuheben. In: Krippendorff, Ekkehart (Hg.): Internationale Beziehungen. Köln (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, B. 62). 1973. S. 189–213.

- (1) Eine Grand-Strategy zu entwerfen (zu konzeptualisieren),
- (2) Über sie einen Konsens mit anderen politischen Akteuren wie der Opposition im politischen Prozess zu finden und die allgemeine öffentliche Meinung für die Unterstützung der Grand-Strategy zu gewinnen,
- (3) Die Gesamt-Strategie zu implementieren.⁷⁷

Die Strategie und Strategiefähigkeit als die zentrale Erklärungsvariable dieser Arbeit werden unter *Forschungsstand* und *Eigener theoretischer Ansatz* ausführlich besprochen. Auch die Probleme der Formulierung und Umsetzung einer Gesamt-Strategie werden dort erläutert. Daher soll an dieser Stelle nicht näher auf sie eingegangen werden.

Die Strategiefähigkeit der Exekutive wird unmittelbar von ihrer Interaktion mit der Legislative (dem Parlament) und der **allgemeinen Öffentlichkeit** beeinflusst.⁷⁸

Der Begriff der allgemeinen Öffentlichkeit wird hierbei in einem zweifachen Sinne verwendet, einem normativen und einem empirischen.

Im normativen Sinne setzt er die Abgrenzung vom Staat und die Kritik an seinem Handeln schon voraus, die von zivilgesellschaftlichen sozialen Gruppen, Bewegungen, Vereinen, Organisationen und Interessengruppen geübt wird.⁷⁹ Die Funktionen einer allgemeinen Öffentlichkeit liegen demnach in der Freiheitssicherung durch Kritik der Herrschenden

⁷⁷ Diese Aufzählung ist nicht zwangsläufig strikt chronologisch gemeint, auch wenn im Allgemeinen die einzelnen Schritte aufeinander folgen. Doch muss zum Beispiel die Exekutive im Laufe des Krieges immer wieder um die Zustimmung der Legislative und der allgemeinen Öffentlichkeit werben, während sie gleichzeitig die Gesamt-Strategie anzuwenden versucht.

⁷⁸ Vgl. E. Krippendorff, a.a.O., S. 199.

⁷⁹ Vgl. dazu: H. J. Kleinsteuber: Öffentlichkeit. In: D. Nohlen / R.-O. Schulze (Hrsg.), a.a.O., S. 628-629.

(Öffentlichkeit als Methode der Freiheitssicherung in Anlehnung an Kant und die Aufklärung) und in der realen politischen Kontrolle der Herrschaft, die sich aus der Kritik an der Herrschaft ergibt

(Öffentlichkeit als Strukturprinzip einer modernen bürgerlichen Demokratie nach Habermas).⁸⁰

Im empirischen Sinne wird hier die allgemeine Öffentlichkeit *auch* als **allgemeine öffentliche Meinung der wahlberechtigten Bevölkerung**, wie sie sich in Umfragen und Befragungen manifestiert, verstanden.

Die öffentliche Meinung umfasst in diesem Sinne die Wahlbevölkerung und übt eine Kontrolle des Regierungshandelns aus.⁸¹ Die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung im Regierungshandeln ist in einer Demokratie von höchster Bedeutung. Regierende beschäftigen sich nicht umsonst intensiv mit Umfragen und Befragungen, schließlich hängen ihre Wiederwahlchancen im hohen Maße von der öffentlichen Meinung der Wahlbevölkerung ab.

Wie sich allgemeine öffentliche Meinung formt und wie sie auf das Regierungshandeln Einfluss nimmt, darüber gibt es bis heute nur wenige theoretische Arbeiten.

Eine in dieser Hinsicht sehr aufschlussreiche normativ gerichtete und empirisch fundierte Untersuchung von W. Karl an der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung in Berlin analysiert explizit, ausgehend von einem normativen Öffentlichkeitsbegriff in Anlehnung an Kant und Habermas die (Struktur)Probleme der öffentlichen Meinungsbildung im Bereich der Sicherheitspolitik.⁸²

⁸⁰ Vgl. B. Schäfers: Öffentlichkeit. In: B. Schäfers (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. 6. Auflage. 6. Aufl. Opladen. 2000. S. 259–261.

⁸¹ Vgl. A. Gallus / M. Lühe: Öffentliche Meinung und Demoskopie. Berlin. 1998. S. 11.

⁸² Vgl. W. Karl: Die sicherheitspolitische Berichterstattung der Deutschen Presse-Agentur. Berghof-Stiftung für Konfliktforschung. (Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung

Sicherheitspolitik ist nach wie vor der „Arkanbereich“ staatlicher Machtentfaltung, die Geheimhaltung wird durch die Funktionsbedingungen von Nachrichtendiensten und Militär gerechtfertigt. Diese Geheimhaltung führt dazu, dass nur wenige Informationen an die Öffentlichkeit kommen, so dass sich öffentliche Kritik nur in seltenen Fällen manifestieren kann. Eine „andere“ Sicherheits- bzw. Friedenspolitik wie sie im Zusammenhang mit den neuen Kriegen behandelt wurde, scheitert damit oftmals bereits an der wenig informierten und kritischen Öffentlichkeit.⁸³ Der Publizitätsgrundsatz Kants, nachdem die Maxime jeder staatlichen (und das heißt: öffentlichen) Handlung auch öffentlich gerechtfertigt werden müsste, gilt für den „dunklen und schattigen“ Bereich der Sicherheitspolitik in nur beschränktem Maße.⁸⁴ Oftmals wird von staatlicher Seite, besonders von den staatlichen Sicherheitsbehörden, auf die Interessen des Staates – den Staatsschutz – verwiesen, der Vorrang vor dem Schutz der Verfassung haben sollte.⁸⁵

Dagegen entschied das Bundesverfassungsgericht in seinem einflussreichen Urteil zur Spiegel-Affäre (1962)⁸⁶, dass umgekehrt der Schutz der

für Konfliktforschung, 38). 1989. Online verfügbar unter:
http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2638/pdf/ap_38.PDF, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

⁸³ Vgl. W. Karl, a.a.O., S. 2.

⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 3.

⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 4.

⁸⁶ Der „Spiegel“ als investigatives politisches Magazin nach dem Vorbild der us-amerikanischen „Time“ veröffentlichte am 10.10.1962 in seiner Ausgabe Nr. 41 einen Artikel unter dem Titel: „Bedingt abwehrbereit“. In dem Artikel wurde über die Debatte über die Nuklearstrategie der NATO referiert. Der Generalbundesanwalt leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen „publizistischen Landesverrats“ ein, die Verlagsräume wurden nachts besetzt und durchsucht, der Autor und stellvertretende Chefredakteur, C. Ahlers, verhaftet, die Arbeit der Redaktion durch Vorzensur behindert. Es kam zu einer Staatskrise in der jungen Demokratie der Bundesrepublik unter Adenauer. Schließlich trug die oben referierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aber zu einer Erweiterung und Festigung der Pressefreiheit bei. Vgl. Ebd., S. 3-4.

freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) Vorrang habe vor dem Staatsschutz. Schließlich seien nicht nur die Staatsorgane und damit seine formale Struktur, sondern vor allem seine Wertebasis, die durch die Grundrechte des Grundgesetzes kodifiziert ist, zu schützen.⁸⁷

Das Bundesverfassungsgericht dehnte also mit seinem Urteil den Publizitätsgrundsatz Kants auf die Sicherheitspolitik aus.

Doch in der Verfassungswirklichkeit nicht nur Deutschlands, sondern aller modernen westlichen Demokratien ist die Sicherheitspolitik nach wie vor weit von Transparenz und Öffentlichkeit entfernt.

Hier wirken mehrere *allgemeine, strukturelle Faktoren*⁸⁸:

Zunächst die von Habermas diagnostizierte „Mediatisierung der Öffentlichkeit“. Demnach wird die kritische Öffentlichkeit durch die Simulation einer Öffentlichkeit ersetzt, die durch PR-Maßnahmen „von oben“ durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten gelenkt wird. Knapp zusammengefasst: *Publicity* statt Publikum.⁸⁹

Auf die PR-Maßnahmen und Propagandabemühungen der USA wird im empirischen Teil noch einzugehen sein.

Hinzu kommt als weiterer struktureller Faktor die privatwirtschaftliche Organisationsform von Medienunternehmen. Marktwirtschaftliche Effizienzkriterien führen zum „Abbau von Beschäftigung“ (lies: Entlassung) oder zum „Outsourcing“ von Mitarbeitern, die durch die befristete Leiharbeit exploitiert werden.⁹⁰ Die Krise der Printmedien,

⁸⁷ Vgl. Ebd., S. 4.

Die Entscheidung ist zu finden unter: Vgl. Bundesverfassungsgericht: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Nr. 15, Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von Durchsuchungen in Presseräumen, Band 20, 1967. S. 162-230.

⁸⁸ Vgl. W. Karl, a.a.O., S. 5-8.

⁸⁹ Vgl. Ebd., S. 5.

⁹⁰ Der Verfasser sprach mit einem Mitarbeiter der Regionalzeitung „Neue Westfälische“ (Bielefeld). Dieser beschrieb die Situation innerhalb der (sozialdemokratisch ausgerichteten) Tageszeitung wie folgt: Es werden immer mehr Redaktions- und übrige

ausgelöst durch das Internet und das „Weglaufen“ von Anzeigenkunden zu den Neuen Medien⁹¹, hat zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen. Eine fachorientierte, spezialisierte Beschäftigung mit Sicherheitspolitik (oder mit anderen Politikfeldern) ist unter diesen Bedingungen nicht im ausreichenden Maße möglich.⁹²

Außerdem die weltwirtschaftliche Globalisierung, die nicht nur zu prekären Arbeitsbedingungen für Journalisten beiträgt, sondern auch die Schnelligkeit, den Umfang der Information pro Zeiteinheit, rapide gesteigert hat. Die elektronische Datenverarbeitung und das Internet haben den Zeitdruck für Redakteure gesteigert und führen dazu, dass Hintergründe und Analysen (sicherheits)politischer Entscheidungen in unzureichendem Maße publiziert werden, vor allem bei akuten außen- und sicherheitspolitischen Krisen, Kriegen und Konflikten nicht.⁹³

Schließlich, mit der privatwirtschaftlichen Organisationsform zusammenhängend, eine Tendenzhaftigkeit in der Berichterstattung. Nicht nur in Deutschland (durch die im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Tendenzschutzregelung) bestimmt der Eigentümer die politische Linie des Blattes und kann so „unliebsame“ Äußerungen unterdrücken

Stellen „ausgelagert“. Damit gibt es immer weniger feste Redakteure und immer mehr prekäre Beschäftigung. Gespräch des Verfassers mit einem Mitarbeiter der „Neuen Westfälischen“ in Paderborn am 01.02.2012.

Auch ein dem Verfasser bekannter langjähriger Nahost – und DDR-Korrespondent der „Welt“ und der „Tageszeitung“ sprach von der heutigen schwierigen Beschäftigungslage der Journalisten. In einem persönlichen Gespräch am 03.04.2011 in Berlin sprach er davon, dass er unter den heutigen prekären Arbeitsbedingungen nicht mehr Journalist werden würde.

⁹¹ Vgl. z. B. „New York Times“ und „Washington Post“ verkünden Einschnitte. In: SPIEGEL ONLINE, 26.03.2009. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/us-zeitungskrise-new-york-times-und-washington-post-verkuenden-einschnitte-a-615765.html>; zuletzt geprüft am 04.09.2012.

⁹² Vgl. W. Karl, a.a.O., S. 7.

⁹³ Vgl. Ebd., S. 8.

Das Internet als weltumspannendes Netz gab es zu Zeiten Karls nur in ersten Ansätzen, die Informatisdichte war also beileibe nicht so groß wie heute.

(bzw. nicht drucken).⁹⁴ Meinungspluralismus innerhalb des Blattes ist – bis auf wenige Ausnahmen – nicht erwünscht.

Karl bietet neben der Analyse der problematischen Faktoren für eine fundierte (sicherheits)politische Berichterstattung auch einige normativ gedachte Lösungswege für eine besser informierte, kritische Öffentlichkeit.⁹⁵

So führt er schon den erwähnten Binnenpluralismus auf; hinzu kommt die Forderung nach einer „Gegen-Öffentlichkeit“, die sich bewusst vom Elitenkonsens abgrenzt und eigene Massenmedien aufbaut. Diese

„Gegen-Öffentlichkeit“ tritt bewusst für marginalisierte soziale Gruppen mit geringem Organisationsgrad wie die Friedensbewegung, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund ein.⁹⁶ Außerdem empfiehlt er eine

Qualitätssteigerung durch die Beschäftigung von mehr (fest angestellten), auf Sicherheitspolitik spezialisierten, Redakteuren.⁹⁷ Zusätzlich schlägt er eine Erweiterung der sicherheitspolitischen Debatte vor: Weg vom

(damals üblichen) „Raketenzählen“, hin zu einer Diskussion über die Richtigkeit (die Effizienz und Effektivität) der Mittel und die Frage nach der Gerechtigkeit der (außen- und sicherheitspolitischen) Ziele.⁹⁸

Schließlich sollte der nationalstaatliche „Egoismus“ überwunden werden, indem die eigenen Interessen und Werte im Verhältnis zu den Werten und Interessen der anderen dargestellt, analysiert und evaluiert werden.⁹⁹

Interessante theoriegeleitete empirische Analysen lassen sich im Hinblick auf die Berichterstattung über (außen)politische Krisen und Kriege mit der These vom *knowledge gap* (Wissenslücke) machen.

⁹⁴ Vgl. Ebd., S. 7-8.

⁹⁵ Vgl. W. Karl, a.a.O., S. 8-10.

⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 8-9.

⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 9.

⁹⁸ Vgl. Ebd.

⁹⁹ Vgl. Ebd., S. 9-10.

Diese verweist – ebenso wie Karl in Anlehnung an Habermas – auf die Formung und Lenkung der öffentlichen Meinung durch die politische Elite und untersucht diesen Zusammenhang genauer. Demnach würde es der allgemeinen Öffentlichkeit erst bewusst, wie wenig sie über die Krisenregion bzw. den konkreten Krieg weiß, wenn über diesen extensiv in den Massenmedien berichtet wird. Daher vertraut die allgemeine Öffentlichkeit gerade in Krisen auf die „Weisheit“ der politischen Elite, von der schließlich erwartet wird, dass sie sich mit Politik auskennt.¹⁰⁰ Allerdings kann es vorkommen, dass die politische Elite selbst in einer Frage von Krieg und Frieden gespalten ist. In diesem Fall, darauf weist der us-amerikanische Historiker E. May in seiner Studie über den Einfluss der öffentlichen Meinung auf den Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 hin, tun sich Lücken auf, in welche neue Meinungsführer aus dem „Publikum“ aufsteigen können.¹⁰¹ Was relativ unbestritten sein dürfte ist jedenfalls, dass freie Massenmedien einen Einfluss auf die Kriegsunterstützung der Bevölkerung haben, indem sie Bilder des Krieges, Bilder von eigenen Toten oder Kriegsverbrechen bringen. Wenn diese Medien allerdings unter die Kontrolle des Staates geraten, können sie auch Kriegspropaganda senden. Auch kann der Präsident sie nutzen, um sich direkt an das Volk zu wenden, um seine Politik zu erklären und die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu überzeugen (oder rhetorisch zu überreden). Der Nexus zwischen der politischen Elite, den Massenmedien und der öffentlichen Meinung soll jedenfalls in dieser Arbeit im Auge behalten werden.

¹⁰⁰ Vgl. E. May: IMPERIAL DEMOCRACY. The Emergence of America as a Great Power. Mit einem neuen Vorwort des Verfassers. Chicago. 1991 (1961). S. xvi.

¹⁰¹ Vgl. Ebd.

Als letzter wichtiger Begriff ist auf die sogenannte *casualty aversion* einzugehen.

Dieses Phänomen ist in der obigen Diskussion über die Rolle der öffentlichen Meinung und der Massenmedien schon angeklungen. Bilder des Krieges, von Toten und Verletzten drängen durch die Massenmedien ins Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit.

Diese Bilder stoßen auf eine in westlichen, industrialisierten Staaten weit verbreitete Haltung der Abneigung gegen eigene Verluste im Krieg.¹⁰²

Bevor das Konzept der *casualty aversion* weiter diskutiert wird, soll nicht unerwähnt bleiben, dass es auch Kritiker dieses Konzepts gibt. Schon de Tocqueville hat in seinem berühmten Werk über die Demokratie in Amerika darauf hingewiesen, dass Demokratien, wenn sie erst einmal durch eine äußere Aggression in einen Krieg hineingezwungen werden, sich umso euphorischer in diesen stürzen. Die demokratischen Massen, so Tocqueville, seien zwar schwer zum Krieg zu bewegen.¹⁰³ Wenn sie sich aber erst einmal in einem eben solchen befinden, dann stürmen sie nach vorne, ohne Rücksicht auf Verluste.¹⁰⁴ Für den Bürger einer Demokratie

¹⁰² Vgl. R. Thornton, a.a.O., S. 9.

Worauf diese Haltung beruht, welche Ursachen sie hat, ist im vorliegenden Untersuchungszusammenhang nicht von Bedeutung, da die *Folgen* von *casualty aversion* im Vordergrund stehen. Hier soll lediglich darauf verwiesen werden, dass es zwei größere Ansätze gibt, um sie zu erklären. Der erste ist der *demographische*, der darauf hinweist, dass die modernen Ein-Kind-Familien schwerer mit dem Verlust ihres einzigen Kindes umgehen, in das sie viel emotionales („Wunschkind“) und finanzielles Kapital (Bildungskosten) investiert haben. Der zweite ist der *massenmediale*, der die Massenmedien mit ihren Bildern des Todes und des Elends im Krieg als Ursache für *casualty aversion* ausmacht. Die beiden Ansätze sind im Grunde genommen komplementär: Auf Grund der demographischen Struktur moderner Gesellschaften wird die Wirkung der massenmedial transportierten Bilder der Schrecken des Krieges noch gesteigert. Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 25-26.

¹⁰³ Vgl. A. de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band. München. 1976 (1835/1840). S. 767-769.

¹⁰⁴ Vgl Ebd.

sei es ein Leichtes, sein Leben aufs Spiel zu setzen, genauso wie im Kapitalismus sein Hab und Gut zu verspekulieren. Schließlich sei der Krieg keine Arbeit, wo man kontinuierlich viele Anstrengungen unternehmen muss. Folglich setzt der demokratische Bürger sein Leben ein, wie er auch sein Geld einsetzt, um ohne Mühe an Besitz zu kommen (oder sein Geld zu verlieren). Dadurch erhofft sich der Bürger einen *schnellen* Sieg; die Verluste sind ihm egal.¹⁰⁵

Tocqueville überträgt also die gerade in den USA allgegenwärtige kapitalistisch-unternehmerische Mentalität als ein Analysekonzept auf die Haltung des demokratischen Bürgers im Krieg.

Diese Kritik Tocquevilles steht aber nicht im Widerspruch zur jüngsten Forschung zur *casualty aversion*. Diese behauptet nicht mehr, wie es noch Mueller in seiner Untersuchung des Vietnamkriegs getan hat¹⁰⁶, dass die öffentliche Unterstützung linear mit der zunehmenden Zahl der eigenen Gefallenen abnimmt.¹⁰⁷

Demnach wirke sich *casualty aversion* nur unter bestimmten Bedingungen auf die Kriegsunterstützung aus.

Eichenberg und Gelpi/Feaver/Reifler fokussieren z. B. auf die Rolle des wahrgenommenen Erfolgs: Durch ihre statistischen Untersuchungen kommen sie zum Ergebnis, dass die öffentliche Unterstützung zu aller erst vom Glauben der Öffentlichkeit an den eigenen Erfolg

¹⁰⁵ Vgl. A. de Tocqueville, a.a.O., S. 767-770.

¹⁰⁶ Vgl. J. E. Mueller: War, Presidents and Public Opinion. New York u.a. 1973. S. 62; S. 155; Vgl. **auch** Ch. Gelpi; P. D. Feaver; J. Reifler: Success Matters: Casualty Sensitivity and the War in Iraq. In: International Security, Jg. 30, Nr. 3. 2005/2006. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/4137486> ; zuletzt geprüft am 21.03.2011. S. 7-46; hier: S. 11ff.

¹⁰⁷ Vgl. Ch. Gelpi; P. D. Feaver; J. Reifler, a.a.O., S. 11ff.

(definiert als Erreichen der politischen Zwecke des Krieges, wie diese von den einzelnen Befragten aufgefasst werden) abhängt.¹⁰⁸

Solange die öffentliche Meinung also daran glaubt, dass der Krieg noch gewonnen werden kann, unterstützt sie dessen Fortführung und nimmt eigene Opfer in Kauf. Diese These steht nicht im Widerspruch zu Tocqueville, der ja vom *Glauben an den schnellen Sieg* spricht.

Allerdings dauern Guerillakriege lange. Und wenn sich dazu noch ein militärischer Stillstand an der Front ergibt, kombiniert mit steigenden Gefallenenzahlen, dann schwindet der Siegesglaube und die Öffentlichkeit entzieht der Kriegsfortführung ihre Unterstützung.

Was im Afghanistankrieg der USA der Fall gewesen ist, wie im empirischen Teil gezeigt wird. Zunächst einmal soll aber der Forschungsstand referiert und auf dessen Basis der eigene theoretische Ansatz entwickelt werden. In diesem wird deutlich, wie die hier definierten Konzepte zusammenhängen.

¹⁰⁸ Vgl. R. C. Eichenberg: Victory Has Many Friends: U.S. Public Opinion and the Use of Military Force, 1981-2005. In: *International Security*, Jg. 30, Nr. 1. 2005. S. 140-177; hier: S. 141; Vgl. Ch. Gelpi; P. D. Feaver; J. Reifler, a.a.O., S. 8; 24; 44.

In ihrem Artikel machen Gelpi, Feaver und Reifler auch darauf aufmerksam, dass die politischen Zwecke, wie sie von den einzelnen Befragten formuliert werden, von der politischen Elite geformt werden. Diese setzt also im öffentlichen Diskurs die politischen Zwecke. Vgl. Ch. Gelpi; P. D. Feaver; J. Reifler, a.a.O., S. 41.

Zur allgemeinen Diskussion über *casualty aversion* Vgl. auch A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 25-27.

2.0 Theorie

2.1 Forschungsfrage

Die forschungsleitende Fragestellung der vorliegenden Arbeit lautet:

Warum gelang es den USA im Afghanistan-Krieg (im Zeitraum 2001-2012) nicht ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele zu erreichen?

Es handelt sich also hierbei um eine evaluative Fragestellung, deren Beantwortung anhand klar formulierter, empirisch nachprüfbarer Indikatoren vorgenommen wird.

Meine Vorgehensweise im theoretischen Kapitel baut sich auf folgenden, logisch aufeinander folgenden Schritten auf:

Zunächst erfolgt eine Darstellung des Forschungsstandes im Hinblick auf die Ursachen der relativen Erfolgslosigkeit der aufgrund ihrer immensen politisch-militärisch-ökonomischen Ressourcen überlegenen Staaten in Guerillakriegen.

Danach erläutere ich die Konzeptualisierung der unabhängigen Variable (Zentralisierungsgrad), entwerfe ein eigenes innovatives Modell zu ihren Funktionsbedingungen in ihrer interinstitutionellen Ausprägung, gehe auf die Konzeptualisierung der intervenierenden Variable (Strategiefähigkeit) ein und bestimme schließlich operativ die abhängige Variable (Erfolg im Sinne der Zielerreichung).

Schließlich stelle ich die kausale Verknüpfung dieser Variablen im Rahmen eines Erklärungsansatzes in Form von Hypothesen dar.

2.2 Forschungsstand

Im Hinblick auf das Paradoxon der Niederlage des Stärkeren (verstanden als die Nichterreicherung der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele) gegen einen militärisch-ökonomisch Schwächeren im Guerillakrieg wurden in der Forschung zu den Kriegsergebnissen mehrere Ansätze formuliert.¹⁰⁹ Dabei lässt sich eine grundlegende Unterscheidung treffen zwischen Ansätzen, die **militärisch** genannt werden können, weil sie ausschließlich auf die Interaktion der militärischen Strategien auf dem Schlachtfeld fokussieren bzw. auf die militärische Organisation und die historisch-kulturell bedingten Präferenzen des Militärs als Erklärungsfaktor abheben¹¹⁰ und **politischen Ansätzen**, die die Niederlage entweder auf strukturelle Willensasymmetrien, dem ungleich geringeren Maß an politischer Entschlossenheit, den Krieg „um jeden Preis fortzuführen“ auf Seiten des Stärkeren im Vergleich mit dem Schwächeren zurückführen oder auf die Interaktion zwischen den militärischen Strategien an der „wirklichen“ und der allgemeinen Öffentlichkeit an der „Heimatfront“.¹¹¹ Zunächst einmal sollen die **militärischen Ansätze** besprochen werden. Einen strukturellen **force structure** Ansatz propagieren Lyall und Wilson. Sie führen die vielen Niederlagen der Stärkeren auf die *force structure*, das Verhältnis zwischen Maschinen und Soldaten in den modernen

¹⁰⁹ Zur Übersicht Vgl. z. B. A. J. Enterline / J. Magagnoli, a.a.O. (wie FN 5); vgl. **auch** Ch. Freuding: Wie Goliath gewinnen kann. Westliche Demokratien und ihr Einsatz in Kleinen Kriegen. In: Internationale Politik (IP). Jg. 66, H. 6. 2011. S. 18–25; vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 18-22.

¹¹⁰ Vgl. A. J. Enterline / J. Magagnoli, a.a.O (wie FN 5); J. Lyall / I. Wilson, a.a.O (wie FN 5); R. M. Cassidy: Counterinsurgency and Military Culture, a.a.O. (wie FN 24).

¹¹¹ Vgl. A. Mack: Why Big Nations Lose Small Wars: The Politics of Asymmetric Conflict. In: World Politics, Jg. 27, H. 2. 1975. S. 175–200; I. Arreguin-Toft, a.a.O. (wie FN 5); und die weiteren in diesem Unterkapitel besprochenen Ansätze von Caverley und Merom (siehe unten).

Streitkräften¹¹², zurück. Dieses Verhältnis hat sich seit dem 1. Weltkrieg eindeutig in die Richtung der Maschinen bewegt; die mechanisierte Armee hat ihren Siegeszug in den Armeen der entwickelten, industrialisierten Länder angetreten. Damit stellt sich für moderne Streitkräfte aber das Problem der Ressourcenzufuhr und der damit zusammenhängenden Logistik: Für letztere werden immer mehr Soldaten abgestellt, die folglich nicht kämpfen können, während erstere ob des technologischen Rückstandes der wenig bzw. unterentwickelten Länder, in denen Krieg geführt wird, aus der Heimat eingeführt werden müssen.¹¹³

Die Folge der Abhängigkeit vom Heimatland ist eine Isolation im Entsendeland: Die Armee des Stärkeren hat keine „Augen und Ohren“ unter der Bevölkerung, sie weiß nicht, was in der (potentiell feindlichen) Bevölkerung vorgeht. Ihr fehlen Nachrichtenquellen über Sympathien für Aufständische, ihre Unterstützung durch die Bevölkerung vor Ort.¹¹⁴ Ohne eigene Kontaktmöglichkeiten lässt sich auf der anderen Seite auch kein Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und den fremden Truppen schaffen. Die Isolation des Stärkeren hat gravierende Konsequenzen für die Aufstandsbekämpfung: Die Armee kann nicht zielgerichtet gegen Guerillas vorgehen, da sie nicht weiß, wo sich diese verstecken. Stattdessen wird nach dem „Rasenmäherprinzip“ pauschal gegen die einheimische Bevölkerung vorgegangen.¹¹⁵ Schließlich könnten die Aufständischen ja überall sein. Dieses brutale Vorgehen führt nur zu einem Untergraben der Legitimität der Besatzungstruppen – und zu einem Vertrauensverlust gegenüber der von ihnen gestützten Regierung.¹¹⁶

¹¹² Vgl. J. Lyall; I. Wilson, a.a.O., S. 72.

¹¹³ Vgl. Ebd., S. 75-77.

¹¹⁴ Vgl. Ebd., S. 76-77.

¹¹⁸ Vgl. Ebd., S. 68

¹¹⁹ Vgl. Ebd.

Zusammengefasst erklärt der force structure – Ansatz, warum moderne westliche Armeen häufig auf die konventionelle Strategie mit viel nicht diskriminierender Feuerkraft und großen mechanisierten Verbänden setzen (obwohl diese gegen Aufständische wenig effektiv ist).

Ein weiterer militärischer Ansatz fokussiert auf die **militärische Kultur** (*military culture*). Er wird u.a. von Cassidy vertreten. Die militärische Kultur wird definiert als:

„Die impliziten (*embedded*) Präferenzen innerhalb einer militärischen Organisation, die die Präferenzen der Organisation über die Frage „wann“ und „wie“ das militärische Instrument eingesetzt werden sollte, prägen.“¹¹⁷

Diese Präferenzen entwickeln sich nicht im „luftleeren Raum“. Vielmehr wird auch hier die prägende Kraft der Geschichte offenbar.¹¹⁸ Die Organisationen der Armee versuchen ihre Niederlagen zu „vergessen“ und sich nur noch an die Siege und ihre dabei eingesetzte Militärstrategie zu „erinnern“.¹¹⁹ Es gibt viele Wege des organisierten, organisatorischen „Vergessens“: An den Militärakademien wird nur die konventionelle Strategie gelehrt, von Aufstandsbekämpfung (COIN) fehlt jede Spur, Militärstrategien behandeln die eigenen Erfahrungen aus Kriegen gegen Partisanen gar nicht oder nur am Rande.¹²⁰

¹²⁰ Eigene Übersetzung. R. M. Cassidy: Counterinsurgency and Military Culture, a.a.O., S. 54.

¹²¹ Vgl. Ebd.

¹²² Vgl. Ebd., S. 62.

¹²³ Vgl. Ebd., S. 65; S. 74.

Folglich rüstet und trainiert man für den konventionellen Krieg und ist für den Guerillakrieg nicht gewappnet.¹²¹

Angewendet auf den Afghanistankrieg der USA könnte man hypothesieren, dass sich die US Army nur noch an die konventionelle, gegen andere Staaten „erfolgreiche“ Strategie „erinnern“ kann – aber nicht an Vietnam.¹²²

Genauso wie der besprochene force structure Ansatz kann auch der Ansatz der militärischen Kultur erklären, warum der Stärkere auf die konventionelle Militärstrategie setzt.

Doch reicht es – besonders im Guerillakrieg – nicht aus, rein militärisch zu denken. Vor dem Hintergrund der Diskussion des Siegesbegriffs und im Rahmen einer modernen Strategiekonzeption ist das Endergebnis des Krieges von vielen nichtmilitärischen, z. B. politischen, Faktoren abhängig. Außerdem ist jeder Guerillakrieg per definitionem hochpolitisch – es geht um die Unterstützung der Öffentlichkeit an der „Heimatfront“, um die Legitimation der Kriegsführung, die die Guerillas unterminieren wollen.¹²³

*Der politischen Dimension des (Guerilla)Krieges werden die im Folgenden besprochenen **politischen Ansätze** besser gerecht.*

Ausgehend vom Vietnamkrieg formulierte Mack in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den **Ansatz der Willenasymmetrie**. Demnach liegt der hauptsächliche, entscheidende Unterschied zwischen den beiden Gegnern in ihren strukturell verschiedenen politischen Willen. Für den Stärkeren ist der Guerillakrieg immer ein begrenzter Krieg. Er *muss nicht* alle seine Ressourcen mobilisieren – und hat gerade deshalb die Erwartung, dass der

¹²⁴ Vgl. R. M. Cassidy: Counterinsurgency and Military Culture, a.a.O., S. 80.

¹²⁵ Vgl. Ebd., S. 79-80.

¹²⁶ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 120; Vgl. auch: Vgl. R. M. Cassidy: Counterinsurgency and Military Culture, a.a.O., S. 55.

Krieg kurz und siegreich sein wird. Für einen langen Guerillakrieg fehlt ihm der politische Wille; einen „totalen Krieg“ unter Einsatz aller nationalen Ressourcen würde die Öffentlichkeit in Demokratien nicht zulassen (in autoritären Systemen spielt die Gegenelite diesen Part, die andere Interessen als die herrschenden Gruppen hat).

Für den Schwächeren dagegen bedeutet die Willensasymmetrie, dass er unter Aufbietung all' seiner geringen Ressourcen um seine Existenz kämpfen muss. Gerade weil er so schwach ist und weil es für ihn um so vieles geht – die ethnokulturelle oder nationale Existenz steht auf dem Spiel – kann der Schwächere all' seine Ressourcen mobilisieren und sein Volk auf der Grundlage des Nationalismus¹²⁴ (man möchte hinzufügen: oder der Religion) einen. Alle anderen partikularen Interessen von sozialen Gruppen werden dem politischen Zweck untergeordnet.¹²⁵

Problematisch an dem Ansatz Macks ist dessen Annahme, dass der Stärkere per se einen schwächeren politischen Willen hat. Für die USA in Vietnam z. B. stand viel auf dem Spiel: Der „Dominotheorie“ zu Folge, würde durch ein kommunistisch geeintes Vietnam ganz Südostasien „umfallen“ und rot werden.¹²⁶

Der politische Wille sollte nicht hypothetisch vorausgesetzt werden. Vielmehr ist er eine Resultante der Strategiefähigkeit eines politischen Regimes. Es ist zu untersuchen, ob die Exekutive es schafft, eine Strategie zu formulieren, für diese in der Öffentlichkeit und im Parlament erfolgreich zu werben, sie erfolgreich anzuwenden und an ihr über einen langen Zeitraum festzuhalten.

¹²⁴ Vgl. A. Mack, a.a.O., S. 182-183.

Der Artikel wurde von Mack im Jahr 1975 geschrieben. Mack sind also die nationalen Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern gegenwärtig, deren Nationalismus er in seine Erklärung miteinbezieht.

¹²⁵ Vgl. Ebd., S. 181-182; S. 184-185.

¹²⁶ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 98.

Ein weiterer politischer Ansatz wird von Arreguin-Toft vertreten. Ihn zeichnet die **strategische Interaktion** zwischen den Militärstrategien des Stärkeren und des Schwächeren aus. Dabei setzt Arreguin-Toft voraus, dass der Stärkere zwischen zwei Militärstrategien wählen kann: einer konventionellen und einer barbarischen. Dem Schwächeren stehen die konventionelle und die Guerillastrategie zur Verfügung.

Eine *konventionelle Strategie* will mit einem direkten Angriff auf die militärischen Mittel des Gegners diesen zur Aufgabe seines politischen Willens zwingen.¹²⁷ Der eigene politische Zweck soll durchgesetzt werden, indem die gegnerische Armee zerstört, ihre Einrichtungen, die ihr zur Verfügung stehende Infrastruktur vernichtet oder in Besitz genommen werden. Die wirtschaftlichen Ressourcen zur Kriegsführung sollen dem Gegner entzogen werden, die politischen Entscheidungszentren (Hauptstadt) besetzt.¹²⁸

Die *barbarische Strategie* dagegen will den politischen Willen direkt brechen, ohne den Umweg über die militärischen Kapazitäten des Gegners. Daher verstößt sie in systematischer Weise gegen das geltende Kriegsrecht, um ihre Ziele zu erreichen.¹²⁹ Zivilisten werden mit Gewalt und Vertreibung von den Guerillas ferngehalten. Dabei können sie physisch von diesen abgetrennt und in Lagern gehalten oder psychisch, z. B. durch Folter oder Vergewaltigung „gebrochen“ werden. So wird der „See“

¹²⁷ Vgl. A. Mack, a.a.O., S. 178.

¹²⁸ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 100-101.

¹²⁹ Vgl. Ebd., S. 101-102.

Eine Militärstrategie als „barbarisch“ zu bezeichnen, bringt sicherlich auch eine Wertung mit sich. Allerdings muss hier auf die Überlegung von Creveld verwiesen werden, wonach der Stärkere qua seines Starkseins automatisch im Unrecht erscheint. Wenn er wie die Katze mit der Maus mit dem Schwächeren „spielt“ (anstatt ihn schnell zu erledigen), ihn grausam quält, dann erscheint es unserem westlichen Moral- und Rechtsempfinden als noch verwerflicher als es schon ohnehin der Fall ist. Vgl. M. van Creveld, a.a.O., S. 258-260.

getrocknet, in dem nach dem großen Guerillatheoretiker Mao die Partisanen wie die „Fische“ schwimmen.¹³⁰ Die Guerillas werden von Informationen, Unterstützung und Nachschub der Zivilbevölkerung abgeschnitten. Sie werden isoliert, jegliche Möglichkeit, unterzutauchen wird ihnen genommen.

Wichtig ist, dass die zahlreichen Menschenrechts- und Kriegsrechtsverstöße bei der barbarischen Strategie *systematisch* zu Stande kommen: sie wurden von der obersten militärischen oder politischen Führung beschlossen und werden von den Streitkräften oder Paramilitärs umgesetzt. Die Verbrechen basieren also *nicht* auf fehlender Disziplin in den Truppen, auf unsystematischen Massakern an Zivilisten etc.

Die Guerillastrategie wurde bereits unter *1.2 Begriffliche Definitionen* besprochen. Hier soll hinzugefügt werden, dass die Guerillastrategie des Schwächeren im Hinblick auf ihre Ziele der barbarischen Strategie des Stärkeren entspricht: In beiden Fällen soll der politische Wille weiter zu kämpfen angegriffen und zerstört werden. In beiden Fällen wird versucht, direkt auf die Zivilisten einzuwirken, sie zu zwingen ihre Unterstützung für die Armee bzw. die Guerillas einzustellen. Insofern sind beide Militärstrategien „politischer“ als die konventionelle, die ihren Hauptaugenmerk auf die Zerstörung der Streitkräfte des Gegners richtet und nur indirekt auf seinen politischen Willen zielt.

Das Wichtigste an Arreguin-Tofts Ansatz passiert in Folge des Aufeinandertreffens der genannten Militärstrategien: Wenn der Stärkere eine konventionelle Strategie gegen die Guerillastrategie des Schwächeren anwendet, kommt es zur Verlängerung des Krieges.¹³¹ Wenn er dagegen

¹³⁰ Gemäß den Worten Maos. Vgl. M. Pohly, a.a.O., S. 303.

¹³¹ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 107; S. 120.

die barbarische gegen die Guerillastrategie einsetzt, kommt es zu einer Verkürzung.¹³²

Nun greift der politische Faktor in den Erklärungsmechanismus ein: Bei einer Verlängerung des Krieges wird die Öffentlichkeit an der „Heimatfront“ zunehmend kriegsskeptischer. Die Zahl der eigenen Opfer nimmt zu, ohne dass es militärische Siege gibt.

Jetzt kommt es unter den Bedingungen einer Demokratie zur Gründung von kriegskritischen Organisationen, immer mehr Demonstrationen und Proteste finden statt. Die politische Unterstützung für die Kriegsfortführung wird dem Stärkeren entzogen, was sich auch in verlorenen Wahlen zeigen kann.¹³³ Die politische Führung hat Angst vor einem Machtverlust, ihr Wille zur Kriegsfortsetzung sinkt.¹³⁴ Lieber nimmt sie das Nichterreichen der eigenen politischen Zwecke in Kauf, als dass sie in den nächsten Wahlen nicht wieder gewählt wird. Folglich zieht der Stärkere seine Streitkräfte ab, ohne seine eigene Ziele erreicht zu haben. Er scheitert.

Bei einer Verkürzung des Krieges hingegen werden die allgemeinen Erwartungen von einem kurzen, schnellen, siegreichen Krieg mit geringen eigenen Verlusten befriedigt. Daher manifestiert sich in der allgemeinen Öffentlichkeit auch kein Protest gegen den Krieg.¹³⁵

Das Resultat ist, dass der Stärkere siegt, wenn er gegen die Guerillas die barbarische Strategie anwendet.¹³⁶

¹³² Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 109.

¹³³ Vgl. Ebd., S. 107; S. 120.

¹³⁴ Vgl. A. Mack, a.a.O., S. 185.

¹³⁵ Vgl. I. Arreguin-Toft, a.a.O., S. 120.

¹³⁶ Ein Problem bei I. Arreguin-Toft - wie bei anderen Ansätzen - ist, dass er nirgends schreibt was unter „Sieg“ bzw. „Niederlage“ des Stärkeren zu verstehen ist. Dabei ist doch gerade die Niederlage das Phänomen, welches er erklären will. So kommt es zu Verwirrungen: Arreguin-Toft widerspricht seiner eigenen Hypothese und schreibt später, dass eine barbarische Strategie gegen die Guerillastrategie scheitert, weil die Kriegsverbrechen aufgedeckt werden und die allgemeine Öffentlichkeit eingreift.

Wenn er zur konventionellen Strategie greift, wird er dagegen gegen die Guerillastrategie des Schwächeren scheitern.

Der strategische Interaktionsansatz Arreguin-Tofts wurde in der Masterarbeit des Verfassers getestet. Dabei kam heraus, dass es keinen Unterschied ergibt, ob der Stärkere die konventionelle oder die barbarische Militärstrategie anwendet. In beiden Fällen verlängert sich der Krieg, die Zahl der eigenen Opfer steigt und die Öffentlichkeit im Heimatland des Stärkeren begehrt gegen den Krieg auf. Der Stärkere sieht sich gezwungen abzuziehen, ohne die eigenen politischen Zwecke erreicht zu haben und scheitert. Die Hypothesen Arreguin-Tofts wurden also empirisch falsifiziert.¹³⁷ Daher wird in dieser Arbeit ein neuer Ansatz entwickelt, der wiederum gegen empirische Evidenz zu prüfen ist (siehe unten).

In letzter Zeit gab es zwei neue theoretische Ansätze, die für die Spezifik des demokratischen Scheiterns aufkommen und einen theoretisch hergeleiteten kausalen Mechanismus aufweisen:

J. D. Caverley führte 2009/2010 die Niederlagen von Demokratien in Guerillakriegen auf ökonomische Faktoren zurück, die er mit der Abneigung der allgemeinen demokratischen Öffentlichkeit gegen eigene Verluste (*casualty aversion*) verband¹³⁸: Demnach vermindern Politiker (die Exekutive) die Wahrscheinlichkeit des wahlentscheidenden „**mittleren Wählers**“ eingezogen zu werden und im Krieg zu fallen, indem sie auf eine kapitalintensive militärische Doktrin (viel mechanische Feuerkraft,

Der Stärkere sieht sich von der protestierenden Öffentlichkeit zum Abzug gezwungen und verliert. So wird aus einem militärischen Sieg eine politische Niederlage – etwas, was gemäß seiner Theorie nicht passieren dürfte. Vgl. Ebd., S. 122-123.

¹³⁷ Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 103.

¹³⁸ Vgl. J. D. Caverley: The Myth of Military Myopia. Democracy, Small Wars, and Vietnam. In: International Security. Jg. 34, H. 3. 2009/2010. S. 119–157.

wenige, gut geschützte Soldaten) setzen, deren Kosten wiederum die Reichen in der demokratischen Gesellschaft in Form von Extra-Steuern etc. zahlen.¹³⁹ Eine kapitalintensive Doktrin sei jedoch zur Bekämpfung von Aufständischen nicht geeignet, weil wenig effektiv – was aber für den mittleren Wähler, der ja dank dieser Doktrin nicht zu kämpfen und auch nicht die Kosten des Krieges zu tragen braucht, unerheblich ist.¹⁴⁰ Über den Wahlprozess stellt Caverley also eine kausale, demokratispezifische Verbindung zwischen militärischer Strategie, der allgemeinen Öffentlichkeit und der Exekutive an der „Heimatfront“ dar.

*Diese Argumentationskette ist interessant und durchdacht, kann aber Variationen **innerhalb** der demokratischen politischen Regimes nicht erklären: Warum waren manche – lies: Großbritannien – doch erfolgreicher als andere (z. B. Frankreich oder die USA)? Laut der für alle Demokratien gültigen kausalen Kette dürfte es zwischen diesen Ländern **keine** Unterschiede im Hinblick auf Sieg/Niederlage in Guerillakriegen geben. Historisch aber gab es sie. Eine wichtige Erklärungsvariable scheint also in Caverleys Ansatz zu fehlen.*

G. Merom hat 2003 in seiner Monographie ebenfalls einen demokratispezifischen Kausalmechanismus theoretisch hergeleitet und empirisch überprüft.¹⁴¹ Demnach verlieren Demokratien in Guerillakriegen, weil sich im Verlaufe des Krieges eine zunehmende **Wertelücke** (*value gap*) zwischen dem Staat mit seinen Institutionen und der allgemeinen Öffentlichkeit, spezifischer der gebildeten Minderheit in der Mittelklasse, auftut.¹⁴² So schon der Staat die gebildete Minderheit (Studenten und Intellektuelle), vor deren Protest er sich fürchtet, und stellt

¹³⁹ Vgl. J. D. Caverley, a.a.O., S. 120.

¹⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 128-130.

¹⁴¹ Vgl. G. Merom, a.a.O. (wie FN 1).

¹⁴² Vgl. Ebd., S. 18-19.

sie weitgehend von der Wehrpflicht (falls existierend) frei. Das aber führt nur dazu, dass – ähnlich wie bei Caverley – auf eine kapitalintensive, mechanisierte Doktrin gesetzt wird, die durch ihre nichtunterscheidende Feuerkraft zu einer Brutalisierung der Kriegsführung führt. Diese militärische Doktrin und ihre praktischen Ergebnisse wie eine Vielzahl von getöteten Zivilisten führen wiederum zum Protest der gebildeten Minderheit, die humanistische Werte vertritt. Darauf kann der Staat nur reagieren, indem er entweder Zensur einführt (und damit die Demokratie gefährdet, was zu weiterem Protest führt) oder aber seine Streitkräfte abzieht und den Krieg beendet, ohne seine Ziele erreicht zu haben.¹⁴³

Die Demokratie scheitert.

*Auch Merom hat einen interessanten und theoretisch gut durchdachten Ansatz formuliert. Aber ebenso wie Caverley berücksichtigt er die Unterschiede **zwischen** den demokratischen Regimes nicht. Warum haben manche, wie Großbritannien in Nordirland, trotz starken öffentlichen Widerstands jahrzehntelang an ihrer Strategie festgehalten und ihre Ziele nicht aufgegeben? Das ist die Frage nach der **Strategiefähigkeit** der Demokratie, oder genauer gesagt, die Frage, warum manche Demokratien strategiefähiger sind als andere.*

Diese im Kontext der vorliegenden Untersuchung imminently wichtige Frage lässt sich analytisch in zwei Unterfragen aufsplitten:

- (1) Was ist Strategie?
- (2) Welche Faktoren beeinflussen die Strategiefähigkeit?

Zu diesen Fragen existiert eine über die Jahrhunderte (und nicht nur im Westen) gewachsene Literatur. Hier kann es nicht darum gehen, alle oder auch nur den Großteil dieser Literatur zu rezipieren. Dies würde eine andere Dissertation oder Habilitation erfordern (oder eher mehrere).

¹⁴³ Für eine Zusammenfassung Vgl. G. Merom, a.a.O., S. 229-231.

Vielmehr wird in dieser Arbeit das Hauptaugenmerk auf den Kanon der wichtigsten Autoren der modernen Strategiedebatte gelegt, immer unter dem Gesichtspunkt des praktischen Nutzens für die nachfolgende empirische Untersuchung des us-amerikanischen Afghanistankrieges. Durch Literaturberichte¹⁴⁴ und das Schneeballsystem der Querverweise wurden folgende strategische Denker aus verschiedenen historischen Epochen ausgewählt: Sun Tzu, Clausewitz, Liddell Hart, R. Aron, F. Ruge und E. Luttwak.¹⁴⁵

Dabei gehe ich chronologisch vor und fange mit **Sun Tzu** an.

In seinem Hauptwerk „Über die Kunst des Krieges“ (402-320 v. Chr., genaue Datierung unbekannt)¹⁴⁶ stellt Sun Tzu als erster überhaupt den Krieg in den politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Kontext und analysiert diesen rational:

„Sun Tzu versuchte eine realistische Basis für eine rationale Analyse der relativen Macht [der Kriegsgegner, Anm. des Verfassers] zu etablieren, indem er den Krieg in Verhältnis setzte zu seinem unmittelbaren politischen Kontext. Das heißt, er behandelte die Frage, ob Allianzen vorhanden sind oder fehlen und ob die Heimatfront geeint und stabil ist und die Armee über eine hohe Moral verfügt – im Kontrast mit der Uneinigkeit im Land des Feindes [die man gemäß Sun Tzu versuchen sollte

¹⁴⁴ Vgl. Literaturempfehlungen. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 5. 2010. S. 46-47.

¹⁴⁵ Man beachte auch die beachtenswerte Strategiemonographie von B. Heuser, die die Entwicklung des strategischen Denkens von der Antike bis zum heutigen Tage analysiert. Vgl. B. Heuser: DEN KRIEG DENKEN. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike. Paderborn u.a. 2010.

¹⁴⁶ Vgl. SUN TZU: THE ART OF WAR. Translated and With an Introduction by Samuel B. Griffith. With a Foreword by B. H. Liddell Hart. London, Oxford, New York. 1971 (402-320 v. Chr.).

durch Propaganda zu steigern bzw. erst hervorzurufen, Anm. des Verfassers] und einer niedrigen Moral in seiner Armee.“¹⁴⁷

Dabei geht Sun Tzu generell davon aus, dass es strategisch besser ist, den Feind *ohne* Waffengewalt zu besiegen:

„Denn einhundert Mal in einhundert Schlachten zu siegen ist nicht der Gipfel der Kriegskunst. Den Feind ohne Kampf zu unterwerfen ist der Gipfel der Kriegskunst.“¹⁴⁸

Die erstbeste Lösung ist dabei, die Pläne (Strategien) des Feindes zu Nichte zu machen, bevor sie sich materialisieren, die zweitbeste Lösung ist, den Feind zu isolieren, indem man seine Allianzen zerstört (Dissens sät, vgl. den altrömischen Grundsatz des *divide et impera!*), erst die drittbeste Variante ist der Krieg.¹⁴⁹

Wenn es allerdings zu dieser drittbesten Variante kommen soll, weil die erste und die zweite nicht mehr anwendbar sind, soll auch hier unbedingt eine rationale Abwägung erfolgen.

Dabei spielen für die von der Exekutive (Tempelrat) vorgenommene Einschätzung fünf Faktoren eine zentrale Rolle:¹⁵⁰

¹⁴⁷ Eigene Übersetzung. Samuel B. Griffith: INTRODUCTION. In: SUN TZU, a.a.O. S. 1-55, hier: S. 39-40.

¹⁴⁸ Eigene Übersetzung. SUN TZU, a.a.O., S. 77.

¹⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 77-78.

¹⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 63ff.

- (1) Die Einigkeit (der moralische Einfluss der Führer, Harmonie der Führer und Geführten): Einer gerechten Regierung (Rechtschaffenheit, Wohlwollen, Gerechtigkeit gegenüber dem Volk) dienen die Truppen gerne - sie folgen ihr bis in den Tod. Hierbei sei angemerkt, dass staatliche Propaganda und Zensur durchaus auf die Einschätzung der Bürger von der Gerechtigkeit des Krieges (und der Regierung) Einfluss nehmen können, worauf Sun Tzu ja auch selbst hinweist. Die informationellen Ressourcen der Regierung weise zu nutzen, um die nach Sun Tzu sehr wichtige psychologische Dimension des Krieges für sich zu entscheiden – darauf kommt es an;
- (2) Wetter und Klima im Kriegsschauplatz (man denke nur an die klimatischen Verhältnisse in Afghanistan!);
- (3) Das Terrain (ein Faktor, der nach Sun Tzu immer wieder von Theoretikern und Praktikern des Guerillakriegs hervorgehoben wurde);
- (4) Das Kommando (die Führungsqualitäten der Generalität): Weisheit, Ehrlichkeit, Humanität, Mut und Strenge;
- (5) Organisation und Logistik:
Organisation, Kontrolle, angemessene Ränge für verschieden begabte Offiziere, die Regulierung der Nachschubwege, Logistik. Hier fallen die Probleme der USA und der NATO mit dem Nachschub in Afghanistan ein

Nur wenn diese fünf Faktoren der nationalen Gesamt-Strategie für „uns“ und gegen den Feind sprechen, nehmen Militärexperten eine weitere Einschätzung vor.

Hierbei untersuchen sie das Training und die Stärke der eigenen und der gegnerischen Armee und prüfen die gerechte Administration innerhalb der eigenen Streitkräfte (gerechte Gesetze sorgen für Disziplin und Loyalität).¹⁵¹

Die Einschätzung der insgesamt sieben Faktoren erst ergibt ein Lagebild: Wenn sie insgesamt für „uns“ sprechen und gegen den „Feind“, dann haben wir Aussicht auf den Sieg und sollten den Krieg führen; wenn nicht, dann nicht.¹⁵²

Sollte sich die politische Führung für einen Krieg entscheiden und wird dieser tatsächlich geführt, so spielt die Kriegsdauer für Sun Tzu eine wichtige Rolle. Die Kriegsdauer wurde nach Sun Tzu von vielen Guerillatheoretikern als wichtig erkannt; auch deshalb hat der theorisierende Praktiker des Guerillakriegs, Mao, Sun Tzu mit großem Interesse rezipiert und seine Lehren im Chinesischen Bürgerkrieg erfolgreich angewandt und weiter entwickelt.¹⁵³ Sun Tzu interessieren bei der Kriegsdauer zwei Aspekte: die Ökonomie (Materie) und die Haltung der Bevölkerung (der Geist).

Ökonomisch betrachtet führt der Krieg zu einem Preisanstieg im Inland (Inflation). Außerdem wird die Bevölkerung (die Bauern) über Steuern und Extra-Abgaben belastet. Der Transportaufwand für eine weit entfernt kämpfende Armee ist immens und der Transport ziemlich teuer. Auch für die Staatskasse ist ein langwieriger Krieg schädlich: Die Ausgaben für Waffen, Nachschub und Logistik steigen auf 60 % Prozent (sic!) der Staatsausgaben.¹⁵⁴

¹⁵¹ Vgl. SUN TZU, a.a.O., S. 66.

¹⁵² Vgl. Ebd., S. 71 (Anm. 1).

¹⁵³ Vgl. S. Griffith, a.a.O., S. 45ff.

¹⁵⁴ Vgl. SUN TZU, a.a.O., S. 74.

Hinzu kommen *nicht-ökonomische Faktoren* der Kriegsmüdigkeit unter der Bevölkerung: So steigt mit einer langen Kriegsdauer der Widerwille der Männer und Frauen gegen den Krieg, da sie nicht heiraten können (Krieg und Privatleben).¹⁵⁵

Insgesamt fasst Sun Tzu die Folgen eines langandauernden (Guerilla)Kriegs folgendermaßen zusammen:

„Der Sieg ist der hauptsächliche Zweck im Krieg. Wenn dieser auf sich warten lässt, werden die Waffen stumpf und die Moral wird niedriger (...). Wenn die Armee sich in einem langen Krieg befindet, dann werden die Ressourcen des Staates nicht ausreichen.“¹⁵⁶

Daher als Schlussfolgerung:

„Denn es gab keinen langen Krieg, der je einem Land genutzt hat.“¹⁵⁷

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Sun Tzu die Faktoren einer erfolgsversprechenden Gesamt-Strategie definiert (die es schon vor dem Kriegsbeginn geben sollte), auch wenn er nirgendwo von einer „Gesamt-Strategie“ spricht. Sein Ansatz klingt erstaunlich modern, vor allem die Betonung des Primats von nicht-militärischen Konfliktlösungsmethoden und nicht-militärischen Teilstrategien, wie der informationell-psychologischen Kriegsführung. Diese spielt bei der Analyse des Afghanistankrieges eine wichtige Rolle. Auch die ökonomischen und moralischen Folgen eines langen Guerillakrieges hat

¹⁵⁵ Vgl. SUN TZU, a.a.O., S. 74.

¹⁵⁶ Eigene Übersetzung. Ebd., S. 73.

¹⁵⁷ Eigene Übersetzung. Ebd.

Sun Tzu schon im fünften oder vierten Jahrhundert vor Christus als Erster analysiert.

Der weltweit an Militärakademien gelehrte preußische Militärtheoretiker und Praktiker während der Napoleonischen Kriege, **Carl von Clausewitz** (1780-1831), dessen Hauptwerk „Vom Kriege“ postum 1832 erschien, hat wie kein anderer das moderne Bild vom Krieg und von der Strategie geprägt.¹⁵⁸

Auf seine Bestimmung des Verhältnisses zwischen Krieg und Politik – die Politik setzt die Zwecke des Krieges, der Krieg ist nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – ist bereits unter den *Begrifflichen Definitionen* eingegangen worden, da sie auch für diese Arbeit grundlegend sind. Trotz dieses weiten begrifflichen Rahmens ist für Clausewitz allerdings die Strategie eine reine Militärstrategie und keine Gesamt-Strategie, die auch *nicht-militärische* Mittel umfassen würde:

„Die Strategie ist *die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.*“¹⁵⁹

Trotzdem weist Clausewitz immer wieder darauf hin, dass die Politik den Zweck setze und man keinen Krieg anfangen sollte, bevor man sich klar wird, was man mit diesem erreichen will. Die definierten politischen Zwecke bestimmen dann über die militärischen Ziele, die im Krieg verfolgt werden sollten.¹⁶⁰ Die Politik hört auch im Krieg nie auf.¹⁶¹ Die Implikation dieses Gedankens Clausewitz' führt gerade zur Gesamt-Strategie: Wenn der Krieg nur eines der Mittel der Politik ist, um ihre Ziele zu erreichen und

¹⁵⁸ Vgl. C. von Clausewitz: VOM KRIEGE. Neunzehnte Auflage - Jubiläumsausgabe, mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Dr. phil. Werner Hahlweg, Professor für Militärgeschichte und Wehrwissenschaften an der Universität Münster/W. Unveränderter Nachdruck der 19. Auflage. Bonn. 1991 (1832).

¹⁵⁹ Ebd., S. 271.

¹⁶⁰ Vgl. Ebd., S. 952.

¹⁶¹ Vgl. Ebd., S. 990-991.

wenn, darüber hinaus, auch im Kriege die Politik nie aufhört¹⁶², dann darf und sollte die Regierung im Kriege (wie im Frieden) verschiedene nicht-militärische Mittel wie Diplomatie, Propaganda, ökonomische und kulturelle Mittel einsetzen.

Clausewitz spricht davon, dass es Kriege verschiedener Intensität und Umfangs gebe, je nach der „Größe“ der politischen Zwecke, die in ihnen verfolgt würden. So sei von einem begrenzten Krieg bis zu einem nationalen Befreiungskrieg alles möglich.¹⁶³ Auch hier kommt es auf die schon erwähnte Abstimmung zwischen dem politischen Zweck und den militärischen Mitteln an: Die Politik sollte das Instrument des Krieges kennen, bevor sie es leichtfertig einsetzt.¹⁶⁴ Sie sollte wissen, ob man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die gesetzten politischen Zwecke erreichen kann.¹⁶⁵ Das setzt seitens der Politiker einen gewissen militärischen Sachverstand voraus und in der Tat begrüßt Clausewitz die Einsetzung von so etwas wie einem Nationalen Sicherheitsrat, wo Politiker und Militärs zusammen kommen, sich austauschen und über die Kriegsführung beraten sollten (womit Clausewitz zum theoretischen Begründer des Nationalen Sicherheitsrates der USA und nach 1991 auch des Sicherheitsrates Russlands wird).¹⁶⁶

Tatsächlich wird aber die richtige Abstimmung von politischen Zwecken und (militärischen) Mitteln noch komplexer, weil sie nicht nur intern

¹⁶² So spricht Clausewitz davon, dass man im Kriege bei allen militärischen Operationen stets daran denken sollte, was diese für den Frieden im Nachkriegszustand bedeuten würden. Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 196. Dieser Gedanke wurde schon im Zusammenhang mit der Diskussion der Konzeption des Sieges unter den *Begrifflichen Definitionen* besprochen.

¹⁶³ Vgl. Ebd., S. 200-201.

¹⁶⁴ Vgl. Ebd., S. 994.

¹⁶⁵ Die politischen Zwecke wiederum können sich im Kriegsverlauf auf Grund des militärischen (Miss)Erfolgs ändern. Vgl. W. Hahlweg, a.a.O., S. 41-42.

¹⁶⁶ Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 990ff.

erfolgt, sondern es auch noch einen Gegner gibt. Der politische Zweck von diesem ist oft nicht bekannt, kann nur geschätzt werden.¹⁶⁷ Da der Aufwand an einzusetzenden Mitteln sich aber aus dem eigenen und dem gegnerischen politischen Zweck bemisst, ist damit auch nicht genau kalkulierbar, wie viele (und welche) eigene Mittel man einsetzen sollte.¹⁶⁸ Dieses Phänomen könnte man „strategische Ungewissheit“ nennen; jede Strategie beschäftigt sich per definitionem mit Ungewissheit und wird danach beurteilt, wie sie damit umgeht – ob sie verschiedene Szenarien entwirft, deren Folgen und Kosten kalkuliert, über einen „Plan B“ im Falle des Scheiterns von „Plan A“ verfügt usw.¹⁶⁹

Da sich diese Arbeit im Speziellen mit dem Guerillakrieg beschäftigt, sollen auch die Gedanken Clausewitz' hierzu nicht unerwähnt bleiben.

Im Guerillakrieg, so Clausewitz, spiele die Dauer eine entscheidende Rolle. Gelingt es dem Guerilla über die Dauer ein militärisches Patt auf Recht zu erhalten, dann wird der Aufwand (die Kosten) für den Stärkeren zu groß. Sein politischer Wille ist damit gebrochen.¹⁷⁰

Hier taucht ein in der Guerillatheorie häufiger Gedanke auf, der schon im Zusammenhang mit Sun Tzu und den zeitgenössischen Theoretikern wie Mack oder Arreguin-Toft besprochen wurde. Bei Gebirgskrieg – man denke an Afghanistan oder Tschetschenien – ist der Guerilla ob des Geländes im Vorteil. Hier kommt dem Volksgeist (Eifer, Fanatismus) eine entscheidende Rolle zu, da die Kämpfer weitgehend verstreut und

¹⁶⁷ Hierbei sollten auch die Regimeform des Gegners (Demokratie, Monarchie; Föderation oder Konföderation) und der Charakter und die Fähigkeiten seiner Regierung bzw. politischen Führung beachtet werden, was die Sache weiter verkompliziert. Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 960ff.

¹⁶⁸ Vgl. Ebd.

¹⁶⁹ Auch jenseits der obersten Ebene der Strategie herrscht im Krieg Unsicherheit. Clausewitz spricht von „Friktionen“ und dem „Nebel des Krieges“. Vgl. Ebd., S. 265 und passim.

¹⁷⁰ Vgl. Ebd., S. 221.

jeder auf sich selbst gestellt ist.¹⁷¹ Die eigene Entschlossenheit und Motivation im Kampf „Mann gegen Mann“ tritt in den Vordergrund. Demgegenüber tritt die Leitung durch die Generalität in den Hintergrund.¹⁷²

Summa summarum sind die Gedanken Clausewitz' über das Verhältnis und die nötige Abstimmung zwischen dem politischen Zweck und den (militärischen) Mitteln beachtenswert und für die Analyse nützlich. Die Frage, ob die Regierung auch weiß, was sie mit ihrem Militär erreichen kann (und was nicht) ist im hier analysierten Afghanistankrieg (und im globalen „Krieg gegen den Terrorismus“ allgemein) wichtig.

Schließlich stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Politikern und Militärs – die Frage, ob Politiker auch genügend militärischen Sachverstand haben oder sich diesen in Gremien wie den Nationalen Sicherheitsrat holen, ob Generäle sich bei der Kriegsführung den politischen Zwecken unterordnen und generell wie die Koordination ziviler und militärischer Maßnahmen verläuft.

Außerdem ist bedenkenswert, dass die Ideen von Clausewitz implizit über die rein militärische Definition der Strategie hinausgehen und auf die in dieser Arbeit analysierte Gesamt-Strategie verweisen.

¹⁷¹ Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 359-360. Demgegenüber speist sich die kriegerische Tugend des Heeres aus Methode, Übung, Gehorsam, Disziplin und Kriegsgewohnheit. Vgl. Ebd., S. 361.

¹⁷² Vgl. Ebd. Hier begegnet man der für Clausewitz typischen Einteilung in (drei) Elemente des Krieges: das Volk als das „wilde“, „pathetische“ und „leidenschaftliche“, von Eifer und Fanatismus erfüllt, das Heer mit der Generalität, die für die kreative Anwendung der militärischen Mittel unter den Bedingungen der Ungewissheit im Kriege zuständig ist und der Regierung, die das rationale Element ist und den politischen Zweck des Krieges setzt. Zusammengenommen ergibt das die berühmte „wunderliche Dreifaltigkeit“, auf der die Clausewitzsche Kriegstheorie beruht. Vgl. Ebd., S. 213.

Ein paar Jahrhunderte später entwickelt der britische Militärtheoretiker **Liddell Hart**, wie Clausewitz, Sun Tzu und andere Strategen aus der militärischen Praxis kommend, den Gedanken der Gesamt-Strategie weiter.¹⁷³

Die Militärstrategie, so Liddell Hart, habe sich der Gesamt-Strategie unterzuordnen, um ein erfolgreiches Kriegsergebnis zu bewerkstelligen.¹⁷⁴

Erfolg meint hierbei einen wünschbaren Frieden, der den eigenen Interessen an Sicherheit und Wohlfahrt entspricht und den Staat und die Bevölkerung in einen Zustand versetzt, der besser ist als der Vorkriegszustand.¹⁷⁵

Dabei wird Militärstrategie (*strategy*) definiert als:

„Die Kunst, militärische Mittel zu verteilen und anzuwenden, um die Zwecke der Politik zu erfüllen.“¹⁷⁶

Hierbei ist zu betonen, dass Militärstrategie das *Ergebnis* der Interaktion im Auge hat - bei *tatsächlicher* Anwendung der militärischen Mittel wird die Kontrolle und Bestimmung über diese „Taktik“ genannt.¹⁷⁷ Die Taktik ist also die Anwendung der Militärstrategie auf einer niedrigeren (nicht abstrakten) Ebene.

Dagegen wird die Militärstrategie wiederum von der noch abstrakteren Gesamtstrategie geleitet („*grand strategy*“). Diese hat:

¹⁷³ Vgl. B. H. Liddell Hart: STRATEGY. Second revised edition. 2., revidierte Auflage. New York u.a. 1967. Die erste Auflage ist bereits 1929 in London erschienen.

¹⁷⁴ Vgl. Ebd., S. xvii.

¹⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 357. Dies wurde bereits unter den *Begrifflichen Definitionen* (Konzept des „Sieges“) diskutiert und soll hier daher nicht weiter erläutert werden.

¹⁷⁶ Eigene Übersetzung. B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. 321.

¹⁷⁷ Vgl. Ebd.

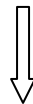
„Alle Ressourcen einer Nation (...) im Hinblick auf die Erreichung des politischen Zwecks des Krieges zu koordinieren und zu lenken.“¹⁷⁸

Der politische Zweck des Krieges wiederum wird von der allgemeinen, grundlegenden Politik („*fundamental policy*“) definiert.¹⁷⁹

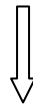
Die Hierarchieebenen der Strategie nach Liddell Hart ließen sich grafisch folgendermaßen veranschaulichen:

Grafik 1: Die Hierarchieebenen der Strategie nach Liddell Hart¹⁸⁰

Grundlegende Politik (*fundamental policy*)



Gesamtstrategie (*grand strategy*)



Militärstrategie (*strategy*)

¹⁷⁸ Eigene Übersetzung. B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. 322.

¹⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 321-322. Eigentlich müsste die Gesamtstrategie als *Strategie* ihr Ziel schon in sich erhalten, daher ist die nochmalige Unterscheidung zwischen der Gesamtstrategie und der allgemeinen Politik unnötig - schreibt Liddell Hart doch selbst, dass die Gesamtstrategie nichts anderes sei als „die Politik, welche die Kriegsführung leitet“ (Vgl. Ebd., S. 321-322), da ist es nicht sinnvoll, noch eine andere Politik zu postulieren, die das Ziel der vorgennanten Politik formulieren soll.

¹⁸⁰ Eigene Grafik auf der Grundlage von B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. 321-322 und *passim*.

Für diese Arbeit von besonderer Relevanz ist die nähere Charakterisierung der Gesamtstrategie.

Ihre *Funktion* ist die fundierte Abschätzung der ökonomischen, moralischen und humanen Ressourcen, ihre Integration in einen Gesamtplan und ihre bestmögliche Entwicklung. Außerdem sollte sie die Verteilung der Macht zwischen den verschiedenen Staatsbehörden, aber auch zwischen der Staatsadministration und der (privatwirtschaftlichen) Industrie regeln.

Als *Mittel* wendet die Gesamtstrategie sowohl militärische, als auch finanzielle, diplomatische, moralische und die Instrumente der Handelsmacht an.¹⁸¹

Wie schon erläutert ist das *Ziel* der Gesamtstrategie ein Frieden in Sicherheit und Wohlstand. Daher kommt es darauf an, nicht nur die verschiedenen Mittel der Gesamtstrategie effektiv zu koordinieren und anzuwenden, sondern ihren Gebrauch so zu regulieren, dass sie nicht den künftigen Frieden gefährden.¹⁸²

Für den Untersuchungszweck interessant sind neben der Charakterisierung der Gesamtstrategie die allgemeinen Prinzipien der Strategie überhaupt. Diese können helfen, eine gegebene (Gesamt)Strategie nach objektiven Kriterien zu beurteilen.¹⁸³

¹⁸¹ Vgl. B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. 322.

¹⁸² Vgl. Ebd.

¹⁸³ Hierbei ist erwähnenswert, dass Liddell Hart darauf hinweist, dass diese allgemeinen Prinzipien primär für eine Militärstrategie (*strategy*) gedacht sind. Demgegenüber könnten sie für die Gesamtstrategie (*grand strategy*) durchaus anders aussehen und den erläuterten Prinzipien widersprechen. Vgl. Ebd., S. 353. Gleichwohl erläutert Liddell Hart die Unterschiede nicht und formuliert auch keine allgemeinen Prinzipien der Gesamtstrategie.

Die *allgemeinen Prinzipien der Strategie* sind:¹⁸⁴

Positiv:

- (1) Passe deine Ziele deinen Mitteln an
- (2) Behalte dein Ziel immer im Auge, passe die Mittel aber den Bedingungen an
- (3) Wähle den Weg, der vom Gegner am wenigsten erwartet wird
- (4) Nutze die Linie des geringsten Widerstands aus
- (5) Plane so, dass du bei der Handlung verschiedene alternative Ziele erreichen kannst
 - So kannst du wenigstens eines der Ziele erreichen -
- (6) Stelle sicher, dass sowohl der Plan, als auch die konkreten Mittel, ihn anzuwenden flexibel sind
 - Denke also den nächsten Schritt und die Handlungsalternativen bereits voraus; wende die Mittel so an, dass sie schnell auf die jeweilige Situation angepasst und angewandt werden können -

Negativ:

- (7) Werfe nicht dein ganzes Gewicht in einen Schlag, wenn der Gegner auf der Hut ist
- (8) Wenn eine Attacke gescheitert ist, wiederhole sie nicht (jedenfalls nicht in derselben Form)

¹⁸⁴ Vgl. B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. 335-337.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Liddell Harts Charakterisierung der Gesamtstrategie und die allgemeinen Prinzipien der Strategie für die vorliegende Untersuchung von Nutzen sind. Die Koordination und Entwicklung aller nationalen Mittel für einen politischen Zweck, wobei die Anwendung dieser Mittel so reguliert werden soll, dass der Zweck selbst nicht schaden nimmt, ist eine praktisch bedeutsame Konzeptualisierung der Gesamtstrategie. Zum Beispiel ließe sich fragen, ob in Afghanistan nicht die Anwendung der militärischen Mittel durch die USA, so wie sie konkret stattgefunden hat, nicht kontraproduktiv für das Erreichen des jeweiligen politischen Zwecks gewesen ist. Die allgemeinen Prinzipien helfen bei der Evaluation der Gesamtstrategie, können aber auch auf jede der Teilstrategien - inklusive, aber nicht beschränkt auf die militärische - angewandt werden.

Im gleichen Zeitraum wie die zweite, revidierte Auflage von B. H. Liddell Harts Hauptwerk über die Strategie erschien eine große Monographie des französischen Kriegstheoretikers, Journalisten und Clausewitz-Spezialisten **Raymond Aron** über „Frieden und Krieg“.¹⁸⁵

R. Aron vertritt dabei zwei verschiedene Strategiebegriffe. Zum einen lehnt er sich stark an Clausewitz an und definiert die Strategie rein militärisch, als *Militärstrategie*:

„Nennen wir fortan Strategie die Gesamtführung militärischer Operationen.“¹⁸⁶

Zum anderen steckt aber auch ein erweiterter Strategiebegriff, der an die *Gesamtstrategie* erinnert, in seinem Werk:

¹⁸⁵ Vgl. R. Aron: FRIEDEN UND KRIEG. Eine Theorie der Staatenwelt. Frankfurt a. M. 1963.

¹⁸⁶ Ebd., S. 36.

„Unter Strategie verstehe ich zugleich die langfristigen Ziele und die Vorstellung der historischen Welt, die deren Wahl begreiflich macht.“¹⁸⁷

Mit dieser Definition geht er im Grunde über die in dieser Arbeit vertretene Konzeption der Gesamtstrategie hinaus und beschreibt die *grand strategy* als eine Weltordnungskonzeption, als die Vorstellung der Weltordnung wie sie (im Auge der jeweiligen politischen Eliten eines Landes) „ist“ (und möglicherweise auch, wie sie „sein sollte“). Diese Vorstellung von der Gesamtstrategie ist für die vorliegende Arbeit zu umfassend und abstrakt, wird aber von zeitgenössischen us-amerikanischen Theoretikern wie St. Krasner vertreten.¹⁸⁸

Nutzbringender erscheinen Arons Ausführungen zur *Strategiefähigkeit* von Demokratien.

Die Demokratie hat nach Aron als Regimetypus aus mehreren Gründen ein inhärentes *Strategiedefizit*, das zum Problem in der allgemeinen Außenpolitik und im Krieg wird.

Zum einen – hier lehnt sich Aron an Tocqueville an – tut die Demokratie in Friedenszeiten zu wenig für die Abschreckung, indem sie keine strategische Voraussicht aufweist und zu wenig Soldaten aufstellt.¹⁸⁹ Wenn sie dann – aus der eigenen Nachlässigkeit heraus – zur Aggression einlädt, gibt es allerdings einen „demokratischen Furor“, die Demokratie wird nicht

¹⁸⁷ R. Aron, a.a.O., S. 330.

¹⁸⁸ Vgl. St. D. Krasner: Verantwortliche Souveränität. Ein Orientierungsprinzip für das 21. Jahrhundert. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 5, 2010. S. 10-20; hier S. 10.

¹⁸⁹ Vgl. R. Aron, a.a.O., S. 56.

eher ruhen, bis sie den autoritären Aggressor niedergeworfen hat.¹⁹⁰ Dabei „schießt sie über das Ziel hinaus“:

In Kriegszeiten „vergisst“ sie das Instrument der Diplomatie, die doch nach Clausewitz und den anderen besprochenen Ansätzen auch in Kriegszeiten nicht aufhört zu existieren.¹⁹¹ *Die Demokratie ist also zu friedfertig im Frieden und zu kriegerisch im Krieg.*

Hinzu kommt ihre *Inflexibilität* im Hinblick auf die *Mittel*, die für die eigenen politischen Zwecke angewandt werden können. Die öffentliche Meinung kontrolliert die Regierung. Diese muss sich für ihre Mittelwahl rechtfertigen, sie kann zum Beispiel schlecht begründen, warum die Feinde von gestern die Verbündeten von heute sind (oder umgekehrt) – auch wenn der Allianzenwechsel strategisch gesehen geboten wäre. Im autoritären System dagegen gibt es die Ideologie und die Propaganda, die jedes Mittel als mit der eigenen Weltsicht konform darstellen kann (man denke zum Beispiel an die Staatsideologie des Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion, die im Hinblick auf Mittel nie wählerisch war).¹⁹²

Die *politischen Zwecke* wiederum sind in Demokratien *flexibel*, können sich von Regierung zu Regierung ändern, während in autoritären Systemen die Ideologie die Zwecke fixiert.¹⁹³

¹⁹⁰ Vgl. R. Aron, a.a.O., S. 392-393. Hier geben die heutigen Ansätze des demokratischen Friedens R. Aron Recht: Die Demokratie ist friedfertig gegen ihresgleichen – aber durchaus kriegerisch gegen autoritäre Regime.

Vgl. die Ausführungen unter *Eigener theoretischer Ansatz*.

¹⁹¹ Vgl. Ebd., S. 56.

¹⁹² Vgl. Ebd., S. 332-333.

In autoritären Systemen können allerdings die Mittel durch die Ideologie beeinflusst werden, sind also nicht immer flexibel einsetzbar; auf der anderen Seite können auch die Zwecke variieren. Vgl. Ebd. Es geht also um einen tendenziellen Unterschied zwischen Demokratien und autoritären Systemen und keinen deterministischen Zusammenhang, der immer zutrifft.

¹⁹³ Vgl. Ebd., S. 332-333.

So können autoritäre Systeme über einen längeren Zeitraum am gleichen Ziel festhalten (wobei es nicht automatisch ein Vorteil ist, da das Ziel ja auch unrealistisch und jenseits der zur Verfügung stehenden Mittel sein kann).

Schließlich geben Demokratien auf Grund ihrer Freiheitlichkeit Bürgern die Möglichkeit, sich *Opfern* zu entziehen und können gleichzeitig nicht so viele *Ressourcen* mobilisieren wie autoritäre Regime, die über mehr Zwangsmittel verfügen.¹⁹⁴

Das alles sind die inhärenten Nachteile der Demokratien im Krieg.

Nicht unerwähnt bleiben sollen Arons Gedanken zum Guerillakrieg, der ein wichtiges Thema dieser Arbeit ist.

Die Guerilla, so Aron wie viele andere Guerillatheoretiker, könne in einem Guerillakrieg militärisch nicht siegen. Also gehe es ihr darum, den Siegesglauben des Stärkeren vermittels der Dauer und der Kosten des Krieges zu erschöpfen.¹⁹⁵ Schließlich nimmt der Stärkere eine politische Niederlage hin, ohne militärisch verloren zu haben, weil sich die moralischen Bedenken der eigenen Bevölkerung an der Kriegsführung (man denke z. B. an den französischen Algerienkrieg, den Aron vor Augen hat), aber auch der Unwillen, sich an den Kosten für die Besatzung und den Aufbau zu beteiligen im Druck auf die Politik auswirken, den Krieg zu beenden.¹⁹⁶ Die Bevölkerung nimmt den Verlust ehemaliger Gebiete wie zum Beispiel Kolonien dabei ob der genannten Gründe nicht einmal als „Niederlage“ wahr. Schließlich hat man jetzt keine moralische

¹⁹⁴ Vgl. R. Aron, a.a.O., S. 369.

¹⁹⁵ Vgl. Ebd., S. 44.

¹⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 48-50.

Verantwortung für den „ungerechten“ und „grausamen“ Krieg und auch keine Kosten für den Aufbau zu schultern.¹⁹⁷

Besonders die „Kostenfrage“ spielt in der us-amerikanischen allgemeinen und parlamentarischen Öffentlichkeit mit zunehmender Kriegsdauer und der ab Ende 2008 einsetzenden Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle in der Untergrabung der Kriegsunterstützung, wie im empirischen Teil aufgezeigt wird.¹⁹⁸

Zusammengefasst macht Aron auf die verminderte Strategiefähigkeit von Demokratien aufmerksam, beleuchtet ihre Ursachen und Auswirkungen im Frieden und Krieg. Die Demokratie als Regimetypus sei zu friedfertig im Frieden und zu kriegerisch im Krieg, sie sei in der Wahl ihrer Mittel inflexibel und bei der Wahl der Zwecke zu flexibel, um eine Strategie über einen längeren Zeitraum hinweg zu verfolgen. Außerdem entbehre sie der Zwangsmittel, um eine volle Ressourcenmobilisierung durchzuführen und jeden einzelnen Bürger zur Kriegsanstrengung zu verpflichten.

Als ein Kriegstheoretiker, der sich intensiv mit dem Guerillakrieg beschäftigt hat, analysiert er die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung des Stärkeren, ihren Unwillen die moralischen und finanziellen Kosten des Krieges und des Wiederaufbaus zu tragen und ihre Erleichterung über den Friedensschluss, auch wenn dieser mit einer politischen Niederlage verbunden ist.

¹⁹⁷ Vgl. R. Aron, a.a.O., S. 48-50.

¹⁹⁸ Siehe insbesondere die Gesamtstrategie unter Obama und die Ökonomische Teilstrategie.

Der ehemalige deutsche Admiral im 2. Weltkrieg und erster Inspekteur der Bundesmarine, **Friedrich Ruge**, liefert in seinem Werk „Politik und Strategie“ eine detaillierte Analyse der Gesamtstrategiekonzeption.¹⁹⁹

Zunächst einmal geht er dabei, wie Liddell Hart, von mehreren Stufen der Strategie aus, die er in Anlehnung an Clausewitz und den schweizerisch-französischen Kriegstheoretiker Jomini (ein Zeitgenosse Clausewitz’) ausarbeitet. Auch diese lassen sich grafisch darstellen:

Grafik 2: Die Hierarchieebenen der Strategie nach Ruge²⁰⁰

Staatskunst oder Politik des Krieges (Gesamtstrategie)



Teilstrategien



Operationen



Taktik

¹⁹⁹ Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie. Strategisches Denken und politisches Handeln. Frankfurt a. M. 1967.

²⁰⁰ Eigene Grafik auf der Grundlage von: Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 32.

Die *Gesamtstrategie* definiert Ruge als:

„Der Gebrauch aller Kräfte der Nation (...) zum Zwecke des Krieges (in der ganzen Skala von der Spannung bis zum Heißen Krieg mit allen Mitteln) mit dem Ziel, einen Frieden zu erhalten oder wieder herzustellen, der mit der nationalen Politik (...) vereinbar ist.“²⁰¹

Hier klingt die bereits mehrfach erläuterte Konzeption des den eigenen Interessen – der Sicherheit und Wohlfahrt – entsprechenden Friedens als des „Sieges“ im Krieg an.²⁰²

Eine solche Gesamtstrategie ist schwer zu formulieren und noch schwerer erfolgreich anzuwenden.²⁰³ Die Probleme fangen schon bei der Formulierung an. Früher war die gesamte Befehlsgewalt in einer Person vereint und die militärische Teilstrategie war die unter den verschiedenen Teilstrategien wichtigste; heute allerdings ist beides nicht der Fall.²⁰⁴

Daher erfordert eine Gesamtstrategie eine gute Koordination zwischen dem Staatsmann und der Generalität. Diese muss den Politiker (den Präsidenten als Oberbefehlshaber in den USA) laufend über den Fortgang der militärischen Operationen unterrichten, hängt doch die militärische Teilstrategie (wie alle anderen Teilstrategien auch) von der Politik der obersten Staatsleitung, der Gesamtstrategie ab und darf dieser nicht zu wider laufen.²⁰⁵ Folglich dienen die militärischen Kräfte dem politischen

²⁰¹ F. Ruge, *Politik und Strategie*, a.a.O., S. 36.

²⁰² Vgl. Ebd., S. 233.

²⁰³ Vgl. Ebd.

²⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 231.

²⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 38.

Zweck der Gesamtstrategie, indem sie den eigenen politischen Willen dem Gegner aufzwingen.²⁰⁶

Damit eine Gesamtstrategie erfolgreich ist, bedarf sie der ausreichenden und angemessenen Beteiligung aller Ressourcen des Staates, nicht nur der militärischen.²⁰⁷ Hieraus folgt, dass die Gesamtstrategie die ökonomischen, politischen, psychologischen, wissenschaftlich-technischen und militärischen Teilstrategien koordiniert und für eine gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Machtmitteln des Staates sorgt.²⁰⁸

Die einzelnen Teilstrategien können auf der Grundlage von Ruge, Sun Tzu und Liddell Hart detailliert mit Berücksichtigung ihrer Mittel analysiert werden. Einen Überblick über die Mittel der Teilstrategien gibt die folgende vom Verfasser erstellte tabellarische Übersicht:

²⁰⁶ Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 38.

Dies ist eine direkte Anlehnung an Clausewitz, der schreibt, dass der Krieg ein „Akt der Gewalt“ mit dem Ziel der Aufzwingung des eigenen Willens sei.

Vgl. C. von Clausewitz, a.a.O., S. 191-192.

²⁰⁷ Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 231ff.

²⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 235.

Tabelle 1: Teilstrategien und ihre Mittel²⁰⁹

Militärische Teilstrategie	Ökonomische Teilstrategie	Innenpolitische Teilstrategie	Außenpolitische Teilstrategie
Landmacht	Entwicklungshilfe	Propaganda	Diplomatie
Luftmacht	Zölle	Solidarität	Allianzen
Seemacht	Embargos	„Geistige Aufrüstung“ ²¹⁰	Täuschungen
Atommacht	Einfuhrverbote	Menschenrechte ²¹¹	Propaganda
Personelle Stärke	Erteilung von Visa/Arbeitserlaubnissen	„Gerechter Feind“ ²¹²	Subversion
Rüstung	Einfrieren von Bankguthaben		Bestechung, Erpressung, moralische Korruption
Ausbildung des Heeres	Anleihen, Kredite		Kulturelle Anziehungskraft („soft power“)

²⁰⁹ Eigene Ausarbeitung auf der Grundlage von: Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 319; Vgl. SUN TZU, a.a.O., *passim*; Vgl. B. H. Liddell Hart, a.a.O., S. 322; Vgl. **auch** E. Krippendorff, a.a.O., *passim*; und eigenen Ideen.

Einzelne Mittel können auch zu mehreren Teilstrategien gleichzeitig gehören (siehe z. B. Entwicklungshilfe). Die psychologische Teilstrategie wurde aufgelöst: Für Untersuchungszwecke ist es vorteilhafter, konkrete strategische Bereiche wie Innenpolitik und Außenpolitik zu analysieren; folglich finden sich psychologische Mittel wie Propaganda sowohl in der innen-, als auch der außenpolitischen Strategie.

²¹⁰ Hiermit ist das offensive Vertreten von eigenen kulturellen/nationalen Werten gemeint (z. B. *American values* wie Freiheit, Gerechtigkeit und Individualität nach dem 11. September).

²¹¹ Diese stehen für den Verweis auf allgemeine, universelle Werte, die über die nationalen hinausgehen, aber tief in der eigenen Kultur verankert sind (Menschenrechte in den USA und Europa).

²¹² „Gerechter Feind“ steht für einen „gerechten Krieg“, in dem es um die Wiederherstellung der durch eine Aggression verletzten Gerechtigkeit geht (z. B. in den USA nach dem 11. September).

Militärische Teilstrategie (ff.)	Ökonomische Teilstrategie (ff.)	Innenpolitische Teilstrategie (ff.)	Außenpolitische Teilstrategie (ff.)
Militärische Erziehung ²¹³	Direkte Investitionen		Menschenrechte
			„Gerechter Feind“
			Unterstützung oder ihr Entzug (z. B. Entwicklungshilfe)
			Waffenlieferungen
			Ausbildung von Sicherheitskräften
			Politische Unterstützung für Regierung bzw. Opposition
			Isolation ²¹⁴
			Historisches Verständnis zwischen Völkern und Staaten ²¹⁵
			Demokratieförderung

²¹³ Also die Erziehung zur Kampfmoral und Disziplin.

²¹⁴ Die Isolation dient der internationalen Delegitimierung des Feindes und dem Entzug von internationaler Unterstützung für den Gegner. Konkret z. B. eine Politik, die die diplomatischen Beziehungen mit jenen Staaten abbricht bzw. nicht aufnimmt, die den Feind international anerkennen. Weitere Mittel wären die Grenzschießung, Einreiseverbot, „Persona non grata“ etc.

²¹⁵ Zwischen Völkern im Bereich der Kultur, Religion und Sprache. Zwischen Staaten ist die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen relevant (Krieg, Feindschaft, Neutralität, Freundschaft?).

Für eine erfolgreich koordinierte Gesamtstrategie sind nach Ruge ein einheitliches, schnell handelndes politisches Zentrum mit klarer Funktionsverteilung²¹⁶, eine eindeutige politische Zielsetzung und überhaupt das Vorhandensein vieler Ressourcen erforderlich, was erst die Auswahlmöglichkeiten zwischen den einzelnen Mitteln schafft.²¹⁷ Der Staatsmann ist der Koordinator und derjenige, der die Entscheidungen trifft und die Verantwortung übernimmt.²¹⁸

Der *Gesamtstrategie* und den einzelnen *Teilstrategien* sind bei Ruge *Operationen* (die Planung und Führung des Gebrauchs von Ressourcen) und die *Taktik*, die konkrete Anwendung der Ressourcen auf dem Kriegsschauplatz, untergeordnet.²¹⁹

Als *Beispiel* lässt sich die britische Wirtschaftsstrategie gegen das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg anführen. Diese hatte zum Ziel, eine Kontinentalblockade über das vom faschistischen Deutschland beherrschte Europa zu verhängen. Auf der operativen Ebene stellte z. B. die Royal Navy, die britische Flotte, Zertifikate für alle Schiffe aus neutralen Staaten aus, die Deutschland *nicht* mit (Kriegs)Material belieferten. Ohne diese Zertifikate durften die Schiffe nicht auslaufen. Im konkreten Fall, auf der Ebene der Taktik, mussten die Schiffe der neutralen Staaten in ihren Häfen von Patrouillen überprüft werden; bei Widerstand gegen die Durchsuchung wurden die Schiffe im Hafen blockiert.²²⁰ Das Beispiel steht auch für die geschickte Verknüpfung von militärischen und ökonomischen Mitteln innerhalb einer Teilstrategie.

²¹⁶ Hierbei sind für die effektive Koordination nicht formale Gesetze oder Bestimmungen (das institutionelle Gefüge), sondern die gute Form der Kooperation ausschlaggebend. Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 253.

²¹⁷ Vgl. Ebd., S. 230.

²¹⁸ Vgl. Ebd., S. 235.

²¹⁹ Vgl. Ebd., S. 32.

²²⁰ Vgl. Ebd., S. 38-39.

Innerhalb der Teilstrategien geht Ruge besonders auf die *psychologische Teilstrategie* ein. Dies begründet er damit, dass psychologische Aspekte auch in allen anderen Teilstrategien und auf der Ebene der Gesamtstrategie eine wichtige Rolle spielen.²²¹

Um eine effektive psychologische Teilstrategie zu formulieren, muss man sich zunächst in den Gegner rein versetzen und hineindenken; wenn man es richtig macht, kann man große Wirkungen mit geringen Kosten erzielen. Gemäß dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit (bessere Wirkung mit geringerem Aufwand) seien psychologische Maßnahmen effektiver als militärische. Ein zu deutliches Zeigen der militärischen Macht und die Anwendung der militärischen Macht können hingegen schädlich sein.²²²

Politik ohne psychologisches Verständnis ist nach Ruge ein „Widerspruch in sich“, kommt aber vor (was im empirischen Teil an Hand beider Fälle aufgezeigt wird).²²³ Ruge unterscheidet zwischen aktiven und passiven psychologischen Teilstrategien und benennt ihre konkreten Maßnahmen:²²⁴

Passiv für die Verteidigung:

Innere Haltung und Willen der Bevölkerung zum geistigen und physischen Widerstand gegen einen Angreifer stärken

²²¹ Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 69-70.

²²² Vgl. Ebd., S. 69-70.

Die Kontraproduktivität der militärischen Macht in manchen Fällen wurde bereits in den *Begrifflichen Definitionen* angesprochen.

²²³ Vgl. Ebd.

²²⁴ Vgl. Ebd., S. 70-71.

Aktiv für den Angriff:

- politische Zersetzung, um die Herrschenden und ihre Politik unglaubwürdig zu machen;
- Infiltration (Agitatoren, Spione) und zwar in Führungsstellen und in großer Zahl;
- Kaderbildung für Sabotage und Aufruhr;
- Aufruhr und schließlich Aufstand;
- Waffenhilfe von außen (plus finanzielle oder organisatorische Hilfe)

Eine wichtige Rolle sowohl für die Verteidigung, als auch (besonders!) für den Angriff spielt die *Propaganda*, die Vermischung von faktischen Sachverhalten mit Lügen.²²⁵

Die Medien einer freien, demokratischen Gesellschaft, so Ruge, böten dieser eine große Angriffsfläche, würden sie doch allzu oft nach Sensationen gieren, Meinungsmache betreiben, partikuläre politische Ansichten als „Wahrheit“ verkaufen und einer mangelnden Selbstkontrolle unterworfen sein.²²⁶ Während Ruge in demokratischen Gesellschaften das defizitäre journalistische Ethos moniert, ist es in autoritären gerade die Kontrolle der Machthaber über die Massenmedien, die der Propaganda Tür und Tor öffnet.²²⁷ Allerdings ist es in dem Fall ja die eigene Propaganda und nicht die fremde, die den Willen weiter zu kämpfen und die Solidarität der Bevölkerung mit der politischen Führung und der Armee zerstören soll. Als *Gegenmittel* gegen die feindliche Propaganda eignet sich nach Ruge politische Bildung, sowie allgemein eine „moralische Gesundheit“ (Patriotismus) der eigenen Bevölkerung. Außerdem hängt die Einwirkung

²²⁵ Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 71.

²²⁶ Vgl. Ebd., S. 252.

²²⁷ Vgl. Ebd., S. 71.

von Propaganda natürlich auch von der politischen, ökonomischen und militärischen Lage des Landes ab, das sich im Krieg befindet.²²⁸

Auch der Staatsmann, zum Beispiel der Präsident, kann die Massenmedien aktiv nutzen und der feindlichen Propaganda entgegentreten. Hierfür komme es auf Ehrlichkeit (öffentliche Lügen werden dem Politiker nicht verziehen, während die Propaganda die ihrigen geschickt verpackt), Persönlichkeit und klar formulierte Ziele an.

Der Präsident muss die Gesamtstrategie einfach erklären können, sie begründen und an das Volk appellieren sie mitzutragen.²²⁹

Zusammenfassend lässt sich mit Ruge eine detaillierte Untersuchung der Gesamtstrategie und der einzelnen Teilstrategien mitsamt der ihnen untergeordneten Ebenen der Operationen und der Taktik erstellen. Ruge liefert also wertvolle analytische Instrumente für eine tiefgehende, systematische Auseinandersetzung mit der Empirie. Sein Betonen des psychologischen Faktors (hier knüpft er an Sun Tzu an) ist für moderne Kriegsführung von besonderem Interesse. So wird bereits seitens des US-Militärs von „information operations“ gesprochen.²³⁰ Besonders in einem Guerillakrieg ist der psychologische Faktor oftmals entscheidend.

²²⁸ Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 71.

²²⁹ Vgl. Ebd., S. 253.

²³⁰ Vgl. „information operations“. In: Department of Defence (DoD): Department of Defence Dictionary of Military and Associated Terms. Joint Publication 1-02. Washington D.C. 2010. S. 225.

Dies ist das offizielle US-Begriffshandbuch für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Verteidigung, also für die gesamten US-Streitkräfte und alle militärischen Operationen, die im Rahmen der NATO unter Einbezug der US Army ablaufen.

Aus dem grundlegenden strategischen Werk des us-amerikanischen Politikwissenschaftlers **E. Luttwak**²³¹ lässt sich vor allem die *Zweidimensionalität von Strategie* und ihre damit zusammenhängende *paradoxe Logik* entnehmen. Demnach:

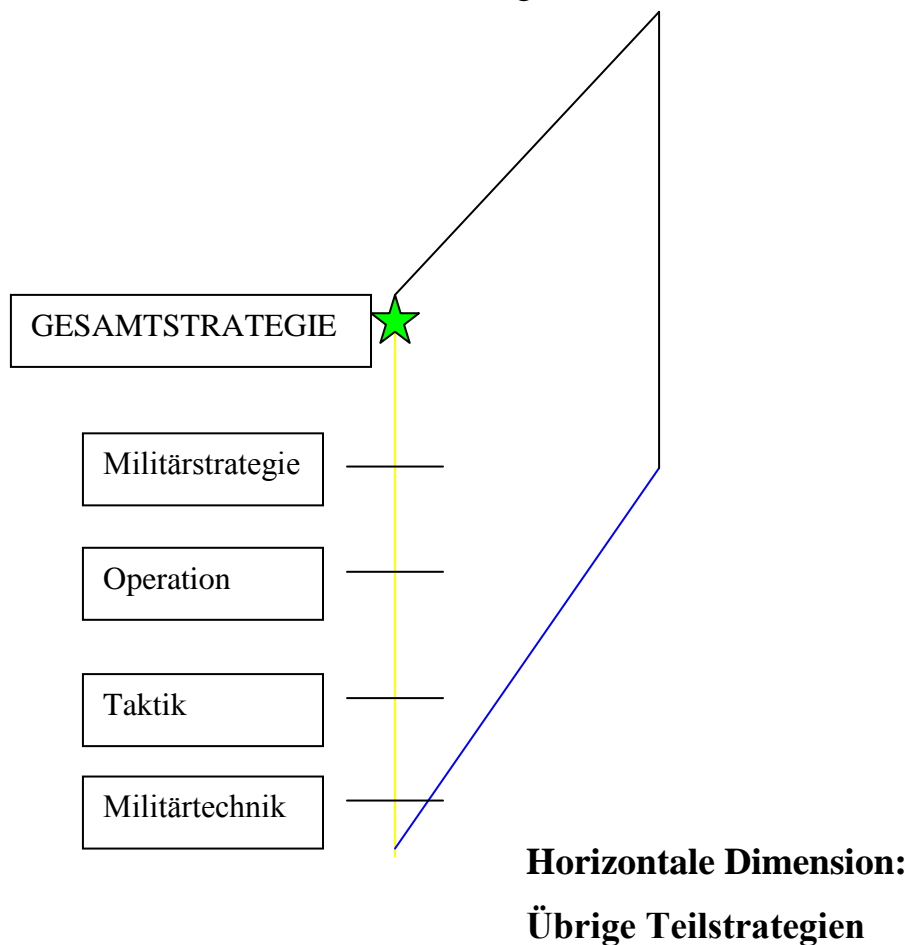
„Schien sich [die Logik der Strategie, Anmerkung des Verfassers] in zwei Dimensionen zu entfalten: in den 'horizontalen' Auseinandersetzungen zwischen Gegnern, die sich den Schachzügen des jeweils anderen widersetzen, sie abwenden und umkehren wollen - dadurch wird Strategie paradox; und dem 'vertikalen' Zusammenspiel der technischen, taktischen, operativen und höheren Konfliktebenen - die nicht miteinander im Einklang sind.“²³²

Dabei ist die Gesamtstrategie das Resultat des Aufeinandertreffens der beiden Dimensionen. Die *vertikale* ist die rein militärische, die man - mit den Begriffen der Operationen und der Taktik - bereits der Grafik 2 (*Die Hierarchieebenen der Strategie nach Ruge*) entnehmen kann, auch wenn diese bei Ruge nicht nur auf die militärische Teilstrategie bezogen sind. Die *horizontale* dagegen umfasst alle übrigen Teilstrategien, die politische, ökonomische oder psychologische:

²³¹ Vgl. E. Luttwak: STRATEGIE. Die Logik von Krieg und Frieden. Lüneburg. 2003.

²³² E. Luttwak, a.a.O., S. 8.

Grafik 3: Die Hierarchieebenen der Strategie nach Luttwak²³³



Vertikale Dimension: Militärstrategie

Die vorliegende Untersuchung findet auf der Ebene der Gesamtstrategie statt, dessen also, was Luttwak als die Ebene des Zusammenflusses der beiden Dimensionen, der „Ergebnisse“ (Sieg/Niederlage) betrachtet.²³⁴

Nur auf dieser Ebene kann man die endgültigen Resultate des Krieges analysieren, alle anderen Ebenen sind für die Analyse unzureichend, weil man aus ihnen nicht das Gesamtergebnis entnehmen kann. So können, wie bereits in den *Begrifflichen Definitionen* beschrieben, selbst Teilerfolge auf

²³³ Eigene Grafik auf der Grundlage von: Vgl. E. Luttwak, a.a.O., S. 8; S. 282 und *passim*.

²³⁴ Vgl. Ebd., S. 282.

den einzelnen militärischen Ebenen oder aber Erfolge auf der horizontalen Ebene, z. B. in der Diplomatie, auf der Ebene der Gesamtstrategie entweder folgenlos bleiben oder sich sogar ins Gegenteil verkehren, wenn man in der *jeweils anderen* Dimension scheitert. Auf der anderen Seite können sogar bescheidene Erfolge in der militärischen, vertikalen Dimension *zusammen* mit größeren Erfolgen auf der Ebene der horizontalen, politischen, Dimension zum Sieg führen (vgl. das Beispiel der Nordvietnamesen in den *Begrifflichen Definitionen*). Es kommt also auf das harmonische Zusammenspiel der beiden Ebenen an; alleine in einer Dimension zu gewinnen, reicht nicht, um der endgültige Sieger zu sein.²³⁵ Das ist die *paradoxe Logik der Strategie*.²³⁶

Diese paradoxe Logik der Gesamtstrategie im Frieden und Krieg stößt im *innenpolitischen Alltag*, wo ja die Ziele von Strategien festgelegt werden, auf Probleme. Die Innenpolitik „tickt“ nach anderen Regeln, nach der *linearen Logik* des politischen Alltagsgeschäfts, nach dem politischen „common sense“. Zum Beispiel gilt in Parteinauseinandersetzungen:

Gut ist, was Wählerstimmen bringt, ein großer außenpolitischer (Image)gewinn ist besser als ein kleiner etc.²³⁷ An die paradoxe Logik der Strategie in der Außenpolitik wird hierbei nicht gedacht. Es *kann* durch die verantwortlichen Politiker in Demokratien auch nicht daran gedacht werden: Wie lässt sich auch die paradoxe Logik der Strategie im massenmedialen Alltagsdiskurs erklären?²³⁸ Jede Entscheidung, z. B. ein Überraschungsangriff, muss im Voraus vor der allgemeinen Öffentlichkeit gerechtfertigt werden. Das Resultat davon ist, dass z. B.

²³⁵ Vgl. E. Luttwak, a.a.O., S. 332.

²³⁶ Vgl. Ebd., S. 284.

²³⁷ Vgl. Ebd., S. 284-285.

²³⁸ Vgl. Ebd., S. 345.

Überraschungsangriffe von Demokratien höchst selten vorkommen, was wiederum ein *Strategiedefizit* ist.²³⁹

Auch gibt es zahlreiche *Hindernisse* für die Formulierung einer kohärenten *Gesamtstrategie* (weswegen ihr Formulieren auch so selten ist):

Es gibt zahlreiche Lobbygruppen, konkurrierende Bürokratien und politische Fraktionen. Auch inhaltlich gestaltet sich die Strategieformulierung als äußerst schwierig: Wenn man die Folgen der Entscheidungen auf *jeder* einzelnen der vier militärischen Ebenen und auf der horizontalen Ebene mit ihren zahlreichen Teilstrategien kalkulieren muss *und* das Resultat der Interaktion der militärischen Strategie und aller nicht-militärischen Teilstrategien prognostizieren soll, wird es sehr kompliziert und sehr zeitintensiv.²⁴⁰

Selbst wenn eine solche Gesamtstrategie formuliert, vom Parlament akzeptiert und von den Interessengruppen mitgetragen werden würde: Die Implementierung der Gesamtstrategie würde durch die moderne Bürokratie erheblich verzögert bzw. deformiert: Jede Dienststelle verfolgt ihre eigenen Ziele, hat ihre eigene bürokratische Kultur und Tradition. Sie wird sich jeder Strategie widersetzen, die mit ihren Zielen, Interessen und Gewohnheiten nicht in Einklang steht. Gleichzeitig ist die moderne Bürokratie aber auch das einzige Instrument, was dem modernen Verwaltungsstaat zur Verfügung steht, um eine Gesamtstrategie zu implementieren.²⁴¹

Man sieht also: Die von der Öffentlichkeit (und von Politikwissenschaftlern) immer wieder verlangte „Gesamtstrategie“, „Kohärenz in der Außenpolitik“ etc. ist nur sehr schwer herzustellen.

²³⁹ Vgl. E. Luttwak, a.a.O., S. 345.

²⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 341-344.

²⁴¹ Vgl. Ebd., S. 344-346.

Sie ist nicht unmöglich, dennoch sollte man sich nicht dazu verleiten, einen theoretischen Gesamtplan aufzuschreiben und zu denken, dass dieser genau so einfach umgesetzt – und dieselben, theoretisch gewünschten Folgen haben wird! – wie man es als Politikwissenschaftler gerne hätte. Vielmehr kommt es im politischen Alltag darauf an, sich pragmatisch „durchzuwursteln“ und häufig ad-hoc Entscheidungen zu treffen.²⁴²

Das alles heißt noch nicht, dass man nicht Gesamtstrategien formulieren kann oder mit ihnen (bzw. mit ihrem Fehlen und ihrer Unvollständigkeit, Widersprüchlichkeit etc.) Ergebnisse in Kriegen erklärt oder prognostiziert. Mit Hartnäckigkeit lässt sich eine Gesamtstrategie nicht nur formulieren, sondern auch durchsetzen und implementieren. Allerdings sollte man sich dabei immer einer großen Gefahr bewusst sein: Wird eine irrtümliche Gesamtstrategie „erfolgreich“ in die Praxis umgesetzt ist ihr Endresultat das Scheitern. Daher sind Demokratien, die ihre Außen- und Sicherheitspolitik nicht straff koordinieren können, oftmals erfolgreicher als Diktaturen, die damit weniger Probleme haben. Es hat also auch etwas Gutes, dass Gesamtstrategien in Demokratien selten zu Stande kommen.²⁴³

Summa summarum bietet die paradoxe Logik der (Gesamt)Strategie von Luttwak eine geeignete konzeptionelle Grundlage, um praktische Fallstricke bei der Implementierung von Strategien und ihre oftmals nicht erwarteten unerwünschten, negativen Auswirkungen analysieren zu können. Auch macht Luttwak besonders auf die enormen Schwierigkeiten der Formulierung und Anwendung einer Gesamtstrategie aufmerksam. Dies ist bei der nach dem theoretischen Teil folgenden empirischen Untersuchung immer im Hinterkopf zu behalten:

²⁴² Vgl. E. Luttwak, a.a.O., S. 344; S. 350.

²⁴³ Vgl. Ebd., S. 349-350.

Es gibt oftmals keine staatlich vorformulierte Gesamtstrategie; die Konzeption einer Gesamtstrategie ist nur ein externes analytisches Konstrukt zur besseren Untersuchung der realen Politik.²⁴⁴ Mit diesem Analyseinstrument lässt sich auch beurteilen, inwieweit die USA unter Bush bzw. Obama einer koordinierten Gesamtstrategie in der Praxis nahe kamen. Zunächst einmal jedoch wird auf der Grundlage des Forschungsstandes der eigene theoretische Ansatz erarbeitet.

2.3 Eigener theoretischer Ansatz

Wie ausführlich erläutert, ist die Frage nach der Strategiefähigkeit insbesondere von Demokratien, wenn man sich mit der politischen Ideengeschichte beschäftigt, nicht neu. So hat de Tocqueville in seinem Opus Magnum „Über die Demokratie in Amerika“ (1835/1840) die mangelnde Strategiefähigkeit von demokratischen Regimen im Allgemeinen beklagt:

„Aber die Demokratie kann nur mit Mühe die Einzelheiten eines großen Unternehmens in Einklang bringen, an einem Plan festhalten und ihn dann hartnäckig durch alle Fährnisse hindurch fortführen.“²⁴⁵

Dagegen seien die USA nach Meinung Tocquevilles aber strategiefähig, eben weil dort die Außenpolitik der Kontrolle des Volkes entzogen und

²⁴⁴ Vgl. E. Luttwak, a.a.O., S. 281.

²⁴⁵ A. de Tocqueville, a.a.O. (wie FN 103), S. 264.

Tocqueville begründete dies mit den erratischen Schwankungen der öffentlichen Meinung. Vgl. Ebd., S. 261-265.

eine Prärogative des Präsidenten (und zu einem geringeren Grade des Senats) sei.²⁴⁶

An de Tocqueville haben später (us-amerikanische) Historiker wie E. May oder A. Schlesinger angeknüpft und eine „*imperiale Präsidentschaft*“ der USA postuliert, eine These die im empirischen Teil dieser Arbeit ausführlich im Kapitel 4.4 diskutiert wird.²⁴⁷

Doch die Hypothese, dass präsidentielle Systeme durch ihr Wesen (eben weil sie prsidentiell sind) strategiefhiger und ergo erfolgreicher sind als parlamentarische, wird durch die historische, empirische Basis nicht bestätigt: So war das parlamentarische Großbritannien nach 1945 in Guerillakriegen erfolgreicher als die präsidentiellen USA, die ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele in Vietnam und Irak (2003-2010) nicht erreichten und auch in Afghanistan (seit 2001) nicht zu erreichen scheinen.

Interessanterweise gibt es in der heutigen Politikwissenschaft einen erfolgsversprechenderen Anknüpfungspunkt für die Untersuchung der Strategiefähigkeit von Demokratien, der in den theoretischen Ansätzen des *demokratischen Friedens* liegt. Diese versuchen die empirische Tatsache zu erklären, dass Demokratien *untereinander* keine Kriege führen.²⁴⁸

²⁴⁶ Vgl. A. de Tocqueville, a.a.O., S. 261.

²⁴⁷ Vgl. E. May, a.a.O. (wie FN 100); A. M. Schlesinger: *The Imperial Presidency*. With a New Introduction. Boston, New York. 2004 (1973);

R. G. Neumann: *Leadership: Franklin Roosevelt, Truman, Eisenhower and Today*. In: *Presidential Studies Quarterly*. Jg. 10, H. 1. 1980. S. 10–19. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/27547529>, zuletzt geprüft am 31.10.2011.

²⁴⁸ Grundlegend:

I. *Kant*: *Zum ewigen Frieden*. Erlangen. 1984 (1795); A. *de Tocqueville*, a.a.O.; E.-O. *Czempiel*: *Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisation, Demokratisierung und Wirtschaft*. 2. Aufl., Paderborn u.a. 1986; Ders.: *Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?* In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*. Jg. 3, H. 1. 1996. S. 79-101;

B. *Russett*, a.a.O. (wie FN 15); B. Russett/John R. Oneal: *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*. New York. 2001.

Insbesondere ist das *institutional constraints* Modell innerhalb dieser Ansätze erwähnenswert, das die demokratische Friedfertigkeit (aber nur gegenüber Demokratien!) auf die institutionellen Beschränkungen wie Gewaltenteilung, Gewaltenverschränkung (*checks and balances*) und die nötige Zustimmung und Unterstützung der Öffentlichkeit zurückführt. Dies würde zu einem langsamen Entscheidungsablauf führen und überhaupt die Wahrscheinlichkeit verringern, dass es zu einem Konsens über den Beginn eines Krieges kommt.²⁴⁹ Dies ist ein beachtenswerter Ansatz aus der Kriegsursachenforschung, der fokussiert angewendet die verschiedene Strategiefähigkeit von demokratischen politischen Regimes und damit ihren Erfolg / ihr Scheitern in Guerillakriegen erklären kann.

T. Risse tut, wiederum aus den theoretischen Ansätzen des demokratischen Friedens kommend, einen wichtigen Schritt in diese Richtung, indem er die unterschiedliche Häufigkeit, mit der Demokratien gegen Nicht-Demokratien Kriege führen, auf den *Zentralisierungsgrad* des jeweiligen politischen Systems zurück führt.²⁵⁰

Konsequent führt auch E. Krippendorff die Außenpolitik auf innenpolitische institutionelle und strukturelle Faktoren zurück. Krippendorff sieht die Führung und Koordination – die Strategiefähigkeit – von Außenpolitik als entscheidend für ihren Erfolg an.²⁵¹

Als Sekundärliteratur u.a.:

J. Levy, a.a.O. (wie FN 11); T. Risse-Kappen: Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB). Jg. 1, H. 2. 1994. S. 367–379; A. Hasenclever: Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“. In: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2., überarbeitete Auflage. Opladen, Farmington Hills. 2006. S. 213–241.

²⁴⁹ Vgl. B. Russett, a.a.O., S. 40.

²⁵⁰ Vgl. T. Risse-Kappen: Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“?, a.a.O., S. 374.

²⁵¹ Vgl. E. Krippendorff, a.a.O., S. 189-213.

Für die Strategiefähigkeit eines politischen Regimes seien folgende zwei Fragen entscheidend:

1.

- (a) Welche Ressourcen (politisch, militärisch, ökonomisch, kulturell) gibt es, die von der politischen Führung (Exekutive) im Rahmen ihrer Grand-Strategy²⁵² eingesetzt werden können?
- (b) Welche Ressourcen stehen ihr tatsächlich zur Verfügung?²⁵³

Die erste Frage ist die nach dem Verhältnis der allgemeinen Öffentlichkeit, der Legislative und der Exekutive. Hierbei ist (b) entscheidend, denn es kommt in der politischen Praxis darauf an, welche Ressourcen sich die politische Führung tatsächlich bedienen kann und nicht, welche ihr potentiell zur Verfügung stehen. Zum Beispiel kann das demographische Reservoir an jungen Soldaten bei Nichtvorhandensein einer allgemeinen Wehrpflicht nur teilweise ausgeschöpft werden.

2.

- (a) Welcher tatsächliche Gebrauch wird von den verschiedenen Ressourcen gemacht?
- (b) Wie werden sie von der politischen Führung koordiniert? Das impliziert die formale und faktische Verfassungsstruktur und die Frage nach der Verteilung der Kommandoverantwortlichkeiten und

²⁵² Krippendorff gebraucht nirgendwo das Wort Grand-Strategy oder Gesamt-Strategie. Jedoch geht aus seinen Ausführungen zur Strategie hervor, dass er eine ebensolche meint.

²⁵³ Vgl. E. Krippendorff, a.a.O., S. 208-209.

ihrer tatsächlichen Ausübung: Wer hat die Macht (de jure) und wer übt sie aus (de facto)?²⁵⁴

Die zweite Frage ist die nach der Struktur der Exekutive.

Zusammen analysieren die beiden Fragen die Strategiefähigkeit eines politischen Regimes in Abhängigkeit von seinem Zentralisierungsgrad.

2.3.1 Theoriegeleitete Hypothesen

Aus den eben erläuterten Konzeptionen der Gesamtstrategie, dem analytischen Ansatz Krippendorffs und dem *institutional constraints* Modell der theoretischen Ansätze des demokratischen Friedens lassen sich zwei die Untersuchung leitende Hypothesen generieren:

- (1) Je weniger zentralisiert das demokratische politische Regime ist, desto niedriger ist die Strategiefähigkeit der Exekutive*
- (2) Je niedriger die Strategiefähigkeit der Exekutive, desto wahrscheinlicher ist es, dass der demokratische Staat in einem Guerillakrieg seine politisch-militärisch-ökonomischen Ziele nicht erreicht*²⁵⁵

Dabei hängt der Erfolg einer Demokratie in einem Guerillakrieg nicht nur vom Zentralisierungsgrad (unabhängige Variable) und der Strategiefähigkeit (abhängige Variable) ab, sondern auch von *substantiellen Erfolgskriterien* der konkreten Grand-Strategy,

²⁵⁴ Vgl. E. Krippendorff, a.a.O., S. 208-209.

²⁵⁵ Die beiden Hypothesen ließen sich – mit notwendigen Abänderungen, was die Kriterien für Strategiefähigkeit anbetrifft – auch auf nicht-demokratische, autoritäre, Regime anwenden. Dies zeigt ihre hohe Erklärungskraft und theoretische Nützlichkeit.

wie ihrer (ausgereiften) Formulierung, ihrer Flexibilität in der Anpassung auf unerwartete Ereignisse bei gleichzeitigem Festhalten an den postulierten politischen Zwecken, ihrer Verbindlichkeit für die politische Führung (Wechsel der politischen Führung durch Wahlen bedeutet nicht den Wechsel der Strategie) und ihrer Praktikabilität (Ist die Strategie unter den gegebenen Bedingungen und mit den vorhandenen Mitteln durchführbar?).²⁵⁶ *Die Hypothese (2) muss also durch eine Untersuchung der inhaltlichen Qualitäten der Grand-Strategy angereichert werden.*

Nach der Herleitung und dem Aufstellen der beiden Hypothesen folgt der logische nächste Analyseschritt: Die nähere konzeptionelle und operative Bestimmung der in ihnen enthaltenen Variablen.

Die beiden aufgestellten Hypothesen beinhalten drei Variablen:

(1) UV (unabhängige Variable):

Zentralisierungsgrad des politischen Regimes

(2) IV (intervenierende Variable): *Strategiefähigkeit* der Exekutive

(3) AV (abhängige Variable): *Erfolg* im Sinne der Erreichung der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele im Guerillakrieg

Jede dieser Variablen wird im Folgenden dargestellt.

²⁵⁶ Vgl. E. Krippendorff, a.a.O., S. 212-213.

2.3.2 UV: Zentralisierungsgrad des politischen Regimes

Der Zentralisierungsgrad des politischen Regimes als unabhängige (erklärende) Variable hat nach der vom Verfasser entworfenen Konzeptualisierung zwei Dimensionen: eine *intrainstitutionelle* (innerhalb der Exekutive) und eine *interinstitutionelle* (zwischen der Exekutive und der Legislative).

Für die ***intrainstitutionelle Dimension*** definiere ich den Zentralisierungsgrad als den tatsächlichen, sich in der politischen Praxis (*politics*)²⁵⁷ manifestierenden Einfluss eines außen- oder sicherheitspolitischen Organs auf die Formulierung oder Implementation der Außen – und Sicherheitspolitik – in Abgrenzung zu dem außen- und sicherheitspolitischen Einfluss eines anderen, um den Einfluss konkurrierenden Organs.²⁵⁸ Je größer der Einfluss eines einzelnen Organs innerhalb der Exekutive, desto größer der intrainstitutionelle Zentralisierungsgrad. Unter Einfluss wird eine Veränderung in der Außen-

²⁵⁷ Gemäß der bekannten politikwissenschaftlichen Unterscheidung zwischen *polity* (die normative Ordnung eines politischen Gemeinwesens, wie sie sich z.B. in der Verfassung, in den Institutionen manifestiert), *policy* (die inhaltliche Dimension des Politischen, bezogen auf ein bestimmtes Politikfeld) und *politics* (die Macht- und Aushandlungsprozesse, der Entscheidungsprozess mit dem Resultat der Zuteilung / des Entzugs eines materiellen oder immateriellen Gutes (Beispiel für ersteres: Welches Ministerium bekommt welchen Etat? Beispiel für letzteres: Welche Behörde bekommt welche Kompetenz?)).

Vgl. Politics. In: Online Dictionary of the Social Sciences. Online verfügbar unter: <http://bitbucket.icaap.org/dict.pl?alpha=P>; zuletzt geprüft am 02.10.2014;

Vgl. Polity. In: Online Dictionary of the Social Sciences. Online verfügbar unter: <http://bitbucket.icaap.org/dict.pl?alpha=P>; zuletzt geprüft am 02.10.2014.

²⁵⁸ Ein solches Organ kann ein Ministerium, eine Behörde, eine Kommission, ein Rat innerhalb der Exekutive sein, das im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess eine Rolle spielt. Beispiele: Verteidigungsministerium, Außenministerium, Nationaler Sicherheitsrat (NSC) etc. Hinzu kommen Akteure wie der Vizepräsident, der zwar über keine eigene Behörde mit festen Mitarbeitern (*staff*) verfügt, aber durch seine Nähe zum Präsidenten doch einen großen Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausüben kann (s.u.).

und Sicherheitspolitik des Staates verstanden (z.B. in der Gesamtstrategie, der militärischen Teilstrategie in Afghanistan etc.), die sich auf das Wirken des jeweiligen Organs zurückführen lässt.²⁵⁹ Diese Veränderung kann sich in einer neuen Formulierung der (Gesamt)Strategie niederschlagen (in der sich die Position des Organs widerfindet), in der zur Verfügung Stellung von Ressourcen zur Implementierung der Strategie (die der Position des Organs entspricht) etc.

Mit anderen Worten geht es dabei um die Interaktion in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Behörden und Ministerien oder allgemeiner gesagt, zwischen allen Organen, die innerhalb der Exekutive für die Planung und Implementierung von Außen- und Sicherheitspolitik zuständig sind und wer sich innerhalb dieser Interaktion mit seinen Präferenzen durchsetzt.

Für die Einflusschancen der einzelnen Behörde, des Ministeriums, des Organs innerhalb des außen/sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses sind zwei Faktoren ausschlaggebend. Es sind gleichsam Bedingungen, unter denen – im Rahmen derer – das betreffende Organ agiert:²⁶⁰

- (1) Die personell-finanziellen Ressourcen
- (2) Der Zugang (die Nähe) zum Präsidenten innerhalb der
domestic structures

²⁵⁹ Vgl. S. Fischer: Russlands Westpolitik in der Krise 1992-2000. Eine konstruktivistische Untersuchung. Frankfurt a.M.; New York 2003. S. 40. Fischer setzt sich intensiv mit der theoretischen Konzeptualisierung von „außenpolitischem Einfluss“ in Entscheidungsprozessen auseinander. Vgl. Ebd., S. 26ff.

²⁶⁰ Beide Faktoren wurden vom Verfasser aus der empirischen Beschäftigung mit der us-amerikanischen Exekutive (siehe 4.0) gewonnen. Der zweite Faktor wird daneben auch von S. Fischer theoretisch hergeleitet und empirisch in ihrer Untersuchung der russischen Außenpolitik unter El'cin analysiert. Vgl. S. Fischer, a.a.O., S. 61ff. und *passim*.

Zunächst zu den *personell-finanziellen Ressourcen*:

Innerhalb der Exekutive gibt es große *Ressourcenasymmetrien*.

Ein empirisches Beispiel liefert ein Vergleich zwischen dem Außenministerium (*State Department*) als „Armenhaus“ mit seinen im Jahr 2008 6500 Mitarbeitern und dem Verteidigungsministerium

(Department of Defense, DoD), das im selben Jahr mehr Militärbands hatte, als es im *State Department* insgesamt Personal gab. Im selben Jahr, am Ende der Ära Bush, hatte das Außenministerium darüber hinaus ein Budget von nur 36 Milliarden US-Dollar versus die 500 Milliarden des Verteidigungsministeriums (und das *ohne* die Kriege in Afghanistan und Irak!). Die technische Ausstattung im Außenministerium war ebenso schlecht wie die fehlenden Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten; doch was entscheidend ist, ist dass es im Gegensatz zum Verteidigungsministerium über keine politische Basis (*constituency*) verfügt.²⁶¹ Das Verteidigungsministerium ist dagegen so machtvoll, nicht nur weil seine Vertreter in der Ära Bush stark ideologisiert

(„neo-konservativ“) waren und der 11. September insgesamt eine Militarisierung der Außenpolitik mit sich brachte, sondern weil es strukturell in ein Geflecht aus dem Militär, der Militärindustrie und ihren Lobbygruppen in Washington eingebunden ist (Militärisch-Industrieller Komplex, MIK).²⁶² Bei solchen starken Ungleichgewichten machte sich

²⁶¹ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS: THE CHALLENGE OF ADAPTATION. In: Marcella, Gabriel (Hg.): AFFAIRS OF THE STATE: THE INTERAGENCY AND NATIONAL SECURITY. Strategic Studies Institute (SSI). Carlisle, PA. 2008. S. 1–52; hier: S. 37ff. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB896.pdf> ; zuletzt geprüft am 08.08.2012.

²⁶² Vgl. G. Schweigler: Institutionen, Entscheidungsprozesse und Instrumente der Außenpolitik. In: W. P. Adams u. a. (Hg.): Länderbericht USA. Band 2 - 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. Außenpolitik. Gesellschaft. Kultur - Religion -

sogar der damalige *Verteidigungsminister* R. Gates dafür stark, dem Außenministerium mehr Geld und damit Ressourcen zu geben.²⁶³

Nun zum *Zugang zum Präsidenten innerhalb der domestic structures*.

Gemäß der Definition S. Fischers in Anlehnung an T. Risse²⁶⁴ regeln die *domestic structures*, welche Akteure Zugang zum außenpolitischen Entscheidungsprozess erhalten.²⁶⁵ Das Zentrum der Exekutive der Vereinigten Staaten stellt – wie der empirische Teil (4.0) ausführlich darlegt – der Präsident dar. Dieser verfügt auch über relativ weitreichende Vollmachten in der Außen/Sicherheitspolitik, auch wenn ihre Ausübung (wie die Erläuterung der interinstitutionellen Ausprägung des Zentralisierungsgrades und die empirische Darstellung der Präsidentschaft unter 4.0 zeigen) von der Bereitschaft der Legislative (des Kongresses) abhängen, ihn „gewähren zu lassen“. Also ist für die Organe der Exekutive der Zugang zum Präsidenten (neben der personell-finanziellen Ressourcenausstattung) entscheidend, um wirklich Einfluss auf die Planung und die praktische Implementierung von Außen/Sicherheitspolitik zu erlangen.

Die Nähe zum Präsidenten, die Möglichkeit des Zugangs zu ihm, kann institutionell oder personell bedingt sein:

Erziehung. 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. 2 Bände. Bonn (Studien zur Geschichte und Politik, 293/2). 1992. S. 3–31; hier: S. 12-13.

²⁶³ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 37ff.

²⁶⁴ Für das Konzept der domestic structures bei Risse Vgl. T. Risse-Kappen: Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war. In: International Organization, Jg. 48, H. 2. 1994. S. 185-214; Vgl. auch: T. Risse-Kappen: Public opinion, domestic structure, and foreign policy in liberal democracies. In: World Politics, Jg. 43, H. 4. 1991. S. 479-512.

²⁶⁵ Vgl. S. Fischer, a.a.O., S. 40.

Zum Beispiel übt der Nationale Sicherheitsrat einen großen Einfluss auf die Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik aus, weil er beim Weißen Haus (im *Executive Office*) angesiedelt ist. Dies ist institutionell bedingte Nähe.

Personell bedingte Nähe entsteht dadurch, dass z.B. ein bestimmter Minister aufgrund seiner Laufbahn schon lange mit dem Amtsinhaber (bevor er Präsident wurde) zusammengearbeitet hat oder der Präsident ihn aufgrund von anderen Begebenheiten lange kennt. Auch eine ideologische Nähe (Präsident und ein/mehrere Minister teilen eine bestimmte politische Ideologie wie den Neo-Konservatismus) erhöht die Chancen, dass der jeweilige Minister (und damit auch sein Ministerium) einen größeren Einfluss auf die Formulierung und Implementierung von Außen- und Sicherheitspolitik ausüben können.²⁶⁶ Ein praktisches Beispiel für personelle *und* ideologische Nähe stellen D. Rumsfeld (Verteidigungsminister) und D. Cheney (Vize-Präsident) dar, die aufgrund ihrer Ideologie (dem Neo-Konservatismus) und ihrer Laufbahn (Cheney war Verteidigungsminister unter dem Vater von G. W. Bush, G. H. W. Bush, von 1989 bis 1993; Rumsfeld war (ebenso wie Cheney) Chef der Präsidentialadministration unter dem Republikaner Ford) einen sehr guten Zugang zu George W. Bush hatten.

Summa summarum wird die außen/sicherheitspolitische Einflussverteilung innerhalb der Exekutive und damit die Möglichkeit, auf die Formulierung und Implementierung einer Strategie einzuwirken von der personell-finanziellen Ressourcenausstattung der betreffenden Organe und der personellen oder ideologischen Nähe der Personen zum Präsidenten bestimmt, die an der Spitze der Organe stehen.

²⁶⁶ Vgl. für diese Argumentation auch S. Fischer, a.a.O., S. 26ff.; S. 331ff. und *passim*.

Nach der soeben erfolgten Konzeptualisierung und näheren Bestimmung der *intrainstitutionellen* Ausprägung des Zentralisierungsgrades kann nun die *interinstitutionelle* Dimension des Konzeptes genauer betrachtet werden.

In seiner ***interinstitutionellen Ausprägung*** wird der Zentralisierungsgrad durch den tatsächlichen, in der politischen Praxis (*politics*) sich manifestierenden Einfluss der Exekutive in der Außen – und Sicherheitspolitik bestimmt – in Abgrenzung zu dem außen- und sicherheitspolitischen Einfluss der Legislative. Je größer der Einfluss der Exekutive im Vergleich mit dem Einfluss der Legislative, desto höher der interinstitutionelle Zentralisierungsgrad. Unter Einfluss wird eine Veränderung in der Außen- und Sicherheitspolitik des Staates verstanden (z.B. in der Gesamtstrategie, der militärischen Teilstrategie in Afghanistan etc.), die sich auf das Wirken der Exekutive zurückführen lässt.²⁶⁷ Diese Veränderung kann sich in einer neuen Formulierung der (Gesamt)Strategie niederschlagen (in der sich die Position der Exekutive widerfindet), in der zur Verfügung Stellung von Ressourcen zur Implementierung der Strategie (die der Position der Exekutive entspricht) etc.

Folglich lässt sich die Variation des Zentralisierungsgrades des politischen Regimes in seiner *interinstitutionellen* Dimension mit dem von mir entwickelten und hier dargelegten Modell einer Interaktion zwischen der Exekutive (Präsident) und der Legislative (Kongress) analysieren.²⁶⁸

Wie bei der Analyse der *intrainstitutionellen* Ausprägung geht es letztlich darum, wer sich mit seiner Position besser durchsetzen kann.

²⁶⁷ Vgl. S. Fischer, a.a.O., S. 40.

²⁶⁸ Wie ich im Folgenden zeigen werde, handelt es sich im Grunde genommen um eine Interaktion zwischen dem Präsidenten und dem einzelnen *Kongressabgeordneten*, als deren Ergebnis eine Einflussverteilung zwischen Kongress und Präsident zustande kommt.

Hierbei verfügt die **Exekutive** in einem präsidentiellen System als einheitlich handelnder, rationaler Akteur über **strukturelle Vorteile** gegenüber der Legislative: So ist bei ihr die Einflussausdehnung eines spezifischen Präsidenten (individuelles Interesse eines rationalen Akteurs, der seine Präferenzen zu implementieren versucht) gleich mit dem „Interesse“ der Präsidentschaft als Institution. Daher werden Präsidenten, die ihren Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik ausdehnen und so den Zentralisierungsgrad steigern, gleichzeitig die Stellung der Exekutive in der Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt festigen und ihren Nachfolgern eine Präsidentschaft hinterlassen, die über mehr außenpolitischen Einfluss verfügt als vor ihrem Amtsantritt.²⁶⁹

Dagegen ist die **Legislative** (Kongress) in einem präsidentiellen System im Nachteil: Das Eigeninteresse des einzelnen Kongressabgeordneten besteht in der Erhöhung seiner eigenen Wiederwahlchancen, die wiederum von den lokalen Interessen der Wählerschaft in seinem Wahlbezirk abhängen. Daher ist es aus der Sicht des einzelnen Kongressabgeordneten rational, die lokalen (Lobby)Interessen zu befriedigen. Außen- und Sicherheitspolitik ist, soweit sie nicht die lokalen Interessen tangiert, im Normalfall für den einzelnen Kongressabgeordneten nicht von Belang. Daher ist der Handlungsanreiz, was außenpolitischen Einfluss angeht, eher gering.

Vor allem aber kommt dem **strukturellen Handlungsproblem** des Kongresses eine große Rolle zu. Gemäß der *Theorie des kollektiven Handelns* stellt sich nämlich bei einer Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten, der seinen außenpolitischen Einfluss auf Kosten des Kongresses auszudehnen versucht und dem Kongress, dessen institutionelles Interesse in der Sicherung der eigenen außenpolitischen

²⁶⁹ Was sich vollauf in dem historischen Trend der Machtausdehnung der Exekutive widerspiegelt, den ich im Kapitel zur Präsidentschaft (4.0) ausführlich beleuchte.

Kompetenzen liegt, das sogenannte Trittbrett-Fahrer (*free rider*) Problem. Demnach dürfte es zwar auch im Interesse jedes einzelnen Kongressabgeordneten liegen, wenn der Kongress seinen Einfluss gegenüber dem Präsidenten verteidigt (oder sogar ausdehnt). Jedoch gibt es bei über 500 Abgeordneten bei jedem Einzelnen die Erwartung, dass der (ohnehin für den Einzelnen für die Wiederwahl weniger wichtige, siehe oben) außenpolitische Einfluss des Kongresses schon von anderen verteidigt wird. Lies: Die *politischen Kosten* für die Verteidigung (z.B. Opposition gegen einen populären Präsidenten, die die Wiederwahlchancen minimiert) tragen die anderen, während man selbst als Trittbrettfahrer der Nutznießer des verteidigten Einflusses (der Chance, die Außenpolitik gemäß seinen eigenen Präferenzen zu verändern) sein will. Erschwerend kommen die hohen *Transaktionskosten* im Kongress hinzu: Man muss Koalitionen schmieden, Gesetzesentwürfe oder die Aufhebung einer unilateralen Handlung des Präsidenten erfordern Mehrheiten in den Subkomitees, den Komitees, im Plenum der beiden Häuser.

Das Ergebnis der Interaktion Kongress-Präsident in der Außenpolitik lautet aufgrund der geschilderten strukturellen Vor- bzw. Nachteile der Institutionen daher: Unter sonst gleichen Bedingungen wird sich der Präsident gegenüber dem Kongress durchsetzen und seinen außenpolitischen Einfluss auf Kosten des Kongresses ausdehnen. Daher steigt der Zentralisierungsgrad und befindet sich in der Praxis gewöhnlich auf einem relativ hohen Niveau – im Vergleich mit der us-amerikanischen Verfassung, die auf Dezentralisierung durch Gewaltenteilung, vor allem Gewaltenverschränkung und die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative (und die Gerichte) setzt.

So funktioniert das „Zentralisierungs-Modell“ unter sonst gleichen Bedingungen, genauer gesagt, unter einer Bedingung:

Die Beliebtheit des Präsidenten in der allgemeinen Öffentlichkeit bleibt auf einem relativ hohen Niveau oder steigt.

Doch *externe Faktoren* wie ein Krieg, der sich in die Länge zieht und immer mehr Gefallene fordert, Machtexzesse der Exekutive im In- und Ausland (z.B. unter Nixon) und/oder eine Finanz- und Wirtschaftskrise unterminieren die Beliebtheitswerte des Präsidenten. Die Zustimmungswerte zur Politik des Präsidenten und zum Amtsinhaber allgemein sinken, Massenmedien berichten kritischer über die Politik des Präsidenten und seiner Administration.

Unter dieser jetzt veränderten Bedingung „lohnt“ sich aus der Sicht des einzelnen Kongressabgeordneten eine Opposition gegen die Einflussausdehnung des Präsidenten und eine Verteidigung oder Ausdehnung des Einflusses des Kongresses in der Außen- und Sicherheitspolitik. Der einzelne Abgeordnete setzt sich dadurch ins mediale Rampenlicht, macht sich bei der wachsenden präsidentenskeptischen Wählerschaft beliebt und erhöht damit seine (Wieder)Wahlchancen.

Das Ergebnis der Interaktion Exekutive-Legislative unter der jetzt veränderten Bedingung einer gegenüber dem Präsidenten kritisch eingestellten allgemeinen Öffentlichkeit (Wählerschaft) lautet:

Der Kongress dehnt seinen außenpolitischen Einfluss auf Kosten des Präsidenten aus. Der Zentralisierungsgrad sinkt.

Mein Interaktionsmodell, in dem es um die außenpolitische Einflussverteilung zwischen der Legislative und der Exekutive geht und das als Ergebnis einen hohen bzw. niedrigen Zentralisierungsgrad generiert, lässt sich kurz zusammengefasst so darstellen:

Modellzustand 1: Beliebter Präsident

Interaktion Exekutive – Legislative: Einfluss in der Außenpolitik

(Chance, die Außenpolitik gemäß den eigenen Präferenzen zu verändern)

Eigenschaften der Akteure:

Exekutive: geschlossen, einheitlich, struktureller Handlungsvorteil

Kongress: Problem des kollektiven Handelns; einzelner

Kongressabgeordneter hat kein Interesse an Außenpolitik, da lokale Interessen für (Wieder)Wahl entscheidend, leistet keinen Widerstand gegen Einflussausdehnung des Präsidenten

Bedingung: Hohe oder steigende Beliebtheit des Präsidenten in der allgemeinen Öffentlichkeit (Wahlbevölkerung)

Resultat (output): Einflussausdehnung des Präsidenten: Präsident setzt seine Präferenzen in der Außenpolitik durch. *Zentralisierungsgrad steigt.*

Modellzustand 2: Unbeliebter Präsident

Interaktion Exekutive – Legislative: Einfluss in der Außenpolitik

(Chance, die Außenpolitik gemäß den eigenen Präferenzen zu verändern)

Eigenschaften der Akteure:

Exekutive: geschlossen, einheitlich, struktureller Handlungsvorteil

Kongress: Problem des kollektiven Handelns; ABER: einzelner

Kongressabgeordneter hat einen hohen Anreiz, seine
(Wieder)Wahlchancen durch Kritik an der Außenpolitik des
unbeliebten Präsidenten zu erhöhen und den präsidentiellen
Einfluss in der Außenpolitik zu verringern

Bedingung: Niedrige oder sinkende Beliebtheit des Präsidenten in der
allgemeinen Öffentlichkeit (Wahlbevölkerung)

Resultat (output): Einflussausdehnung des Kongresses: Kongress setzt
seine Präferenzen in der Außenpolitik durch. *Zentralisierungsgrad sinkt.*

2.3.3 IV: Strategiefähigkeit der Exekutive

Die Strategiefähigkeit ist ein Prozess, bezieht sich also – ebenso wie der Zentralisierungsgrad als unabhängige Variable – auf die Dimension des Politischen, die im politikwissenschaftlichen Fachdiskurs als *politics* bezeichnet wird. Als „Produkt“ oder Output des Prozesses *kann* (muss aber nicht, es ist ein ergebnisoffener Prozess) eine praktisch implementierte Gesamtstrategie herauskommen, die gemäß Hypothese 2 inhaltlich untersucht (evaluiert) werden kann.

Die Gesamtstrategie bezeichnet dabei (wie bereits unter *Forschungsstand* erläutert) die Koordinierung und Lenkung aller Ressourcen eines Staates, um im Krieg die eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele zu erreichen. Mit der Gesamtstrategie wird neben *politics* eine andere Dimension des Politischen, *policy*, in den Theorierahmen der Arbeit aufgenommen und analytisch-empirisch erfasst.

Der Prozess der Erzeugung und Implementation einer Gesamtstrategie lässt sich in seinen Einzelschritten mit der Methode des Process Tracing detailliert analysieren (siehe 3.1 für die nähere theoretische Bestimmung und den empirischen Teil der Arbeit über den Afghanistankrieg für die praktische Anwendung). Ebenso wie der Zentralisierungsgrad in seiner *interinstitutionellen* Dimension ist die Strategiefähigkeit der Exekutive eine Resultante der prozesshaften Interaktion der Exekutive und der Legislative. Zugleich lässt sich jeder Schritt als Indikator für die Strategiefähigkeit der Exekutive begreifen:

- Konzeptioneller Entwurf einer Gesamtstrategie durch die Exekutive;
- Erzielung eines Konsenses über die Gesamtstrategie zwischen Exekutive und Legislative (Opposition) im politischen Prozess, Erzielung eines Konsenses über die Gesamtstrategie zwischen der Exekutive und der allgemeinen Öffentlichkeit (Wahlbevölkerung);
- Praktische Anwendung der Gesamtstrategie (mittels der Teilstrategien)

Die einzelnen Schritte sind hier idealtypisch-analytisch dargestellt worden. In der politischen Praxis einer Demokratie überlagern sie sich jedoch häufig: So muss die Exekutive fortwährend den Konsens mit der allgemeinen Öffentlichkeit und der Legislative suchen, nicht nur nach dem Entwurf einer Gesamtstrategie durch die Exekutive, sondern (mindestens ebenso sehr) während der Umsetzung der Gesamtstrategie in die Praxis. Aus der praktischen Umsetzung wiederum lassen sich für die Exekutive Erkenntnisse gewinnen, ob die Gesamtstrategie (oder einzelne Teilstrategien) funktionieren. Gegebenenfalls muss dann die Gesamtstrategie oder ein Teil von ihr von der Exekutive neu formuliert werden. Für diesen neuen Entwurf muss wiederum der Konsens der Legislative und der Wahlbevölkerung gesucht und gefunden werden etc.

2.3.4 AV: Erfolg der Gesamtstrategie

Schließlich wird der Erfolg der Gesamtstrategie, verstanden als Erreichung der politisch-militärisch-ökonomischen Ziele des Stärkeren (der USA) im Guerillakrieg, konkret durch folgende Indikatoren – die aus us-amerikanischen Regierungsdokumenten entnommen²⁷⁰ oder wie das Ziel der innenpolitischen Teilstrategie aus dem theoretischen Erklärungsmuster der Arbeit abgeleitet wurden²⁷¹ und sich jeweils auf eine Teilstrategie beziehen – definiert:

Militärische Teilstrategie

Definition der Ziele: *Die Zerschlagung der Al-Qaida in Afghanistan und in den benachbarten pakistanischen Stammesgebieten (FATA), die Vertreibung der Taliban von der Regierungsmacht und der Aufbau von afghanischen Sicherheitskräften (Armee und Polizei), die gewährleisten, dass die Taliban die demokratisch gewählte Regierung Afghanistans nicht stürzen (Stabilität)*

Indikatoren: Anzahl der durch Al-Qaida verübten und in der AfPak-Region geplanten terroristischen Anschläge gegen die USA, Kontrolle der afghanischen Provinzen durch Taliban („Schattenregierungen“) bzw. durch die legitime afghanische Regierung, quantitatives Wachstum und qualitative Verbesserung (in puncto Aufstandsbekämpfung) der afghanischen Sicherheitskräfte u.a.

²⁷⁰ Siehe hierfür den empirischen Teil dieser Arbeit zum Afghanistankrieg (5.0)

²⁷¹ Im Falle der innenpolitischen Teilstrategie herausgefolgert aus dem Modell zur Erklärung der Variation der *interinstitutionellen* Ausprägung des Zentralisierungsgrades.

Außenpolitische Teilstrategie

Definition der Ziele:

(1) Stützung der afghanischen Regierung als Verbündeten durch ihre Legitimierung in der afghanischen Bevölkerung (Entwicklung, Demokratie und Rechtsstaat, Sicherheit – good governance);

(2) Verbesserung der Beziehungen zu Pakistan als Verbündetem und allgemein zu der Islamischen Welt

Indikatoren:

zu (1): Reduzierung der Armut, Reduzierung der Korruption und des Drogenanbaus, Reduzierung der Anzahl der durch Aufständische (und die Sicherheitskräfte Afghanistans, der USA und der ISAF-Länder) getöteten Zivilisten, Erhöhung der Einschulquoten und des Alphabetisierungsgrades insbesondere von Mädchen, freie und faire Wahlen u.a.

zu (2): Verbesserung der öffentlichen Meinung in Umfragen gegenüber den USA in Pakistan und in der übrigen Islamischen Welt (und als Folge davon eine verminderte Terrorgefahr), Kooperation von Pakistan bei der Bekämpfung der Taliban in Afghanistan und in Pakistan (und Schwächung der anti-amerikanischen, islamistischen Kräfte innerhalb des pakistanischen Sicherheitsapparates) u.a.

Innenpolitische Teilstrategie

Definition des Ziels: *Steigerung der Popularität des us-amerikanischen Präsidenten in der allgemeinen Öffentlichkeit*

(bei der eigenen Wahlbevölkerung)

Indikator: Meinungsumfragen

Ökonomische Teilstrategie

Definition des Ziels: *Erhöhung des Wohlstands der Vereinigten Staaten durch Abbau der afghanischen Naturschätze (Ressourcen) oder Beteiligung am Ausbau der afghanischen Infrastruktur als logistischem Knotenpunkt in Zentralasien*

Indikator: Gewinne von us-amerikanischen Unternehmen durch Abbau von Ressourcen oder der Beteiligung am Ausbau der afghanischen Infrastruktur versus die us-amerikanischen Kriegskosten (Ausgaben für die us-amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan, für zurück gekehrte Veteranen u.a.)

Wie bereits dargelegt wurde, kann eine Gesamtstrategie nur erfolgreich sein, wenn alle Teilstrategien erfolgreich zusammenwirken.

Gleichfalls gibt es in der Geschichte wohl kaum einen empirischen Fall, bei dem die Ziele *aller* Teilstrategien erreicht wurden.

Um das Ergebnis „Erfolg der Gesamtstrategie“ also nicht *per Definition* auszuschließen und somit die AV auch wirklich variieren zu lassen, definiere ich es als „Erfolg der Gesamtstrategie“ wenn die *Mehrheit* der Teilstrategien erfolgreich gewesen ist. *Das heißt, in mindestens drei der vier Teilstrategien wurden die jeweiligen Ziele größtenteils erreicht.* Alle anderen Ergebnisse (Ziele wurden nur in einer oder zwei Teilstrategien erreicht) werden als Misserfolg (Gesamtstrategie gescheitert) eingeordnet.

3.0 Methodologie

Nach der Erläuterung der Hypothesen und der in ihnen enthaltenen zentralen Variablen soll an dieser Stelle der methodologische Hintergrund der Untersuchung vorgestellt werden.

Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine intertemporale **vergleichende Fallstudie**. Die beiden Fälle sind: Die USA im Afghanistankrieg während der Bush-Periode (2001-2008) und während der Obama-Periode (2009 bis 2012).

Der aktuelle Afghanistankrieg wurde nicht zuletzt aufgrund seiner immensen politischen Bedeutung nicht nur für die USA, sondern für die gesamte NATO und ihre Zukunft (inklusive der Bundesrepublik Deutschland als Bündnispartner) ausgewählt, ist im Hinblick auf wissenschaftlich fundierte Politikberatung sehr interessant.

Die **Fallauswahl** erfolgt auf der zu erklärenden, abhängigen Variable (AV). Laut einem methodologischen Standardwerk in der Politikwissenschaft ist die Fallauswahl auf der AV zulässig, wenn die kausale Kette der zu erklärenden Variable im Vordergrund der Untersuchung steht.²⁷²

Genau das ist in dieser Arbeit der Fall – die kausale Verknüpfung zwischen Zentralisierungsgrad und Niederlage wird über die zentrale, intervenierende Variable (IV) der Strategiefähigkeit erklärt. Letztere wird wiederum in einzelne analytische Phasen unterteilt (wie oben ausgeführt).

Die analytische Unterteilung erlaubt eine detaillierte, prozesshafte Analyse der Strategiefähigkeit in Abhängigkeit vom Zentralisierungsgrad, wobei der kausale Erklärungsmechanismus im Vordergrund steht.

²⁷² Vgl. S. Van Evera: GUIDE TO METHODS FOR STUDENTS OF POLITICAL SCIENCE. Ithaca, London. 1997. S. 46-47.

Diese aus der Geschichtswissenschaft kommende Methode wird daher **Process Tracing** genannt.²⁷³

Durch die Behandlung *eines Landes* über *zwei verschiedene Perioden* (Fälle) können mögliche andere, externe Erklärungsfaktoren konstant gehalten werden. Dies gewährleistet eine relativ hohe Sicherheit dafür, dass das zu erklärende Phänomen auf den hier vorgeschlagenen Erklärungsmechanismus (Zentralisierungsgrad und Strategiefähigkeit) und *nicht* auf andere mögliche Ursachen zurück zu führen ist.

²⁷³ Vgl. S. Van Evera, a.a.O., S. 65.

4.0 Die US-Präsidentschaft als außenpolitisches Machtzentrum

Der 11. September kam unerwartet und war für alle politischen Akteure (nicht nur in den USA) ein großer externer Schock.

Krisensituationen wie diese stellen jedes politische System vor große Herausforderungen, sowohl was den *Output* (Effektivität), als auch was die Legitimation der Handlungen angeht.

In diesem Kapitel soll untersucht werden, über welche Machtmittel die Exekutive, der Präsident als ihr Zentrum, im us-amerikanischen politischen System insbesondere im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik verfügt. Mit anderen Worten, wie hoch der theoretisch bereits spezifizierte Zentralisierungsgrad in der amerikanischen Verfassung und vor allem der politischen Praxis tatsächlich ist.

Um hierauf detailliert auf der Basis des neuesten Forschungsstandes eingehen zu können, wird der Verfasser zunächst auf die Stellung der *Präsidentschaft als Institution in der Verfassung* der USA, unter besonderer Berücksichtigung der Außen- und Sicherheitspolitik eingehen.

Es ist wichtig zu betonen, dass es hier und im Folgenden um *strukturelle Merkmale* der Rolle dieser Institution als zentrale Entscheidungsmacht im fragmentierten amerikanischen politischen System geht, nicht um einzelne Präsidenten und ihre Führungsqualitäten.²⁷⁴

Danach beleuchte ich vor dem Hintergrund der Verfassung wie sich die *konkrete Stellung des Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik* darstellt. Hierbei beleuchte ich den Unterschied zwischen der Verfassung

²⁷⁴ Auch wenn ich im Folgenden von der „Stellung des *Präsidenten* (im politischen System, im außenpolitischen Entscheidungssystem)“ spreche, so bezieht sich das immer auf die strukturellen Merkmale und nicht auf einzelne Präsidenten.

und der politischen Wirklichkeit, der sich, so meine These, auf die strukturellen Vorteile der Präsidentschaft (einheitliche, geschlossene Exekutive, schnelle Handlungsfähigkeit) und die strukturellen Nachteile des Kongresses im Hinblick auf seine (außenpolitische) Handlungsfähigkeit rückführen lässt. Im Rahmen dieser Analyse greife ich auf die Theorie des kollektiven Handelns zurück.

Die strukturellen Vorteile der Präsidentschaft, so argumentiere ich weiter, manifestierten sich insbesondere nach 1945, während der Zeit des Kalten Krieges und nach dessen Ende (USA als einzige Supermacht). Die internationalen Systembedingungen und die inneren Handlungsvorteile der Präsidentschaft wirken also zusammen. Durch welche Instrumentarien Präsidenten ihre Vorteile konkret nutzen können, stelle ich im Unterkapitel zu den *unilateralen Handlungsmöglichkeiten des Präsidenten* mit besonderer Beleuchtung der *War Powers* dar.

Schließlich wachsen sich die unilateralen (außen)politischen Handlungsmöglichkeiten des Präsidenten zusammen mit seinen strukturellen Handlungsvorteilen zu einer *imperialen Präsidentschaft* aus, bei welcher die Macht des Präsidenten die ihr gesetzten konstitutionellen Beschränkungen überschreitet. Gleichfalls ist diese kontingent, wie bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit kurz geschildert – der Kongress und die allgemeine Öffentlichkeit verfügen durchaus über Instrumente, um eine imperiale Präsidentschaft in die Schranken zu weisen. Unter „geeigneten“ Umständen wie einer wachsenden Unpopularität des Präsidenten aufgrund der steigenden Gefallenenzahlen in einem sich immer länger hinziehenden Krieg (noch unter den Bedingungen einer Finanz- und Wirtschaftskrise) werden sie diese Mittel (wenn häufig nur ansatzweise) auch nutzen.²⁷⁵

²⁷⁵ Beispiele hierfür finden sich bei der Behandlung der Afghanistankrieg-Strategie (Kapitel 5.0)

Nachdem in den beschriebenen Unterkapiteln das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative im Vordergrund stand (lies der interinstitutionelle Zentralisierungsgrad), beleuchte ich zum Abschluss die inneren Machtressourcen der Präsidentschaft und ihre Beschränkungen: die *Administrative Präsidentschaft* und damit den intrainstitutionellen Zentralisierungsgrad. Die Administrative Präsidentschaft erläutere ich anschaulich am Beispiel des Nationalen Sicherheitsrats als eines zentralen sicherheitspolitischen Entscheidungsgremiums beim Präsidenten. Zum *Schluss* fasse ich die wesentlichen Ergebnisse des Kapitels zusammen.

4.1 Die außenpolitische Stellung der Präsidentschaft in der Verfassung

Der Präsident – wohl kaum ein politischer Akteur erweckt so viele Hoffnungen, verbunden mit den massenmedial verstärkten Einstellungen breiter Bevölkerungsschichten (nicht nur der USA), dass er quasi-omnipotent die zahlreichen innen- und außenpolitischen Probleme lösen werde. Zahlreiche Hollywood-Filme lassen den Präsidenten der Vereinigten Staaten als den „mächtigsten Mann der Welt“ erscheinen.²⁷⁶ Tatsächlich ist die Präsidentschaft als mächtige Institution und die mit ihr verbundenen öffentlichen Erwartungshaltungen eine Frucht der Moderne.

²⁷⁶ Vgl. T. E. Cronin; M. A. Genovese: *The Paradoxes of the American Presidency*. 3. Aufl. New York u.a. 2010. S. 4; Vgl. **auch** W. Mausbach; D. Schloss; M. Thunert: *The American Presidency: History, Politics, Culture*. In: W. Mausbach u.a. (Hg.): *The American presidency: multidisciplinary perspectives*. Heidelberg (American Studies, 205). 2012. S. 1-54. Dieser Band ist aus Vorträgen auf der 55th Annual Convention of the German Association for American Studies entstanden.

Denn in der Verfassung von 1789 – darin sind sich die meisten Politikwissenschaftler und Juristen in der amerikanischen Literatur einig – ist der Präsident eher als ausführendes Organ gedacht:

So hat er gemäß dem Verfassungstext „*to take care that the laws be faithfully executed*“.²⁷⁷ Besonders im Bereich der Außenpolitik, in der zentralen Frage von Krieg und Frieden, werden die Vollmachten des Präsidenten eingeschränkt:

Die Legislative (der Kongress) hat das Recht den Krieg zu erklären, Truppen aufzustellen, über ihre Struktur zu entscheiden, die notwendigen Mittel für die Finanzierung des Krieges und der Verteidigung überhaupt bereitzustellen (oder eben nicht). Die „*power to declare war*“ und die „*power of the purse*“ – zwei sehr einflussreiche Machtinstrumente, wenn sie denn eingesetzt werden – liegen bei der Legislative.²⁷⁸

Die Verfassungsväter (*Founding Fathers*) haben die Stellung der Präsidentschaft so umgrenzt, weil sie vor zwei Gefahren in Sorge waren:

Zum einen war das der (ihnen durch Willkürakte und den darauf folgenden Unabhängigkeitskrieg bekannte) britische Absolutismus. Der Präsident sollte kein zweiter George der Dritte werden.²⁷⁹

Auf der anderen Seite war es die Gefahr der Demagogie (was man heute „plebiszitäre Präsidentschaft“ nennt).²⁸⁰

²⁷⁷ Art. 2, Abs. 3. Zitiert nach: Vgl. C. Rossiter: *The American Presidency*. Revised Edition. 2. Auflage, sechster, revidierter Druck. New York, Toronto. 1962. S. 258. Rossiter gibt die die Präsidentschaft betreffenden Stellen der Verfassung im Original im Appendix 2 seiner bekannten Monographie wieder (S. 254-260).

²⁷⁸ Vgl. A. M. Schlesinger: *The Imperial Presidency*. With a New Introduction. Boston, New York. 2004 (1973). S. x-xi; Vgl. *THE CONSTITUTION OF THE UNITED STATES OF AMERICA*. Gedruckt von der *AMERICAN CIVIL LIBERTIES UNION (ACLU)*. New York. o.J. (1787). S. 7-9 (Artikel 1, Absatz 8).

²⁷⁹ Vgl. T. E. Cronin; M. A. Genovese, a.a.O., S. 2-4.

²⁸⁰ Vgl. Ebd.

Presidency scholar J. K. Tulis bringt es nach ausführlichem Studium der Aussagen der Verfassungsväter (z.B. in den *Federalist Papers*) auf den Punkt:

„Demagogie, kombiniert mit der Tyrannei der Majorität, wurde als die besonders ausgeprägte Schwäche der Demokratie angesehen.“²⁸¹

So erklären sich auch einige institutionelle Vorkehrungen der amerikanischen Verfassung: Der Präsident wird vom us-amerikanischen Volk gewählt – aber indirekt, durch ein *electoral college*

(gegen Demagogie). Der Präsident wird auf vier Jahre gewählt (nicht auf zwei, wie die Abgeordneten des Kongresses), so kann er eine Führungsrolle ausüben und eine stabile Exekutive schaffen – aber keine Diktatur.²⁸²

Ein Präsident, der nicht den Schwankungen der öffentlichen Meinung ausgesetzt ist, kann, so die Überlegung der *Founding Fathers*, die öffentliche Meinung strategisch prägen – und so, so paradox das klingen mag, für bessere Politikergebnisse (eine bessere Strategie) sorgen. Der Präsident sollte, so Thomas Jefferson, den Überblick über das große Ganze behalten – im Gegensatz zum Kongress, der von den lokalen Interessen der Bevölkerung im jeweiligen Wahlbezirk (*district*) geprägt ist.²⁸³

²⁸¹ J. K. Tulis: *The Two Constitutional Presidencies*. In: M. Nelson (Hg.): *The Presidency and the Political System*. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003. S. 79-110; hier: S. 82. Eigene Übersetzung.

²⁸² Vgl. Ebd., S. 85.

Die plebiszitäre Präsidenschaft, bei der der Präsident an das Volk (über die Massenmedien) appelliert, um sein Gewicht gegenüber dem Kongress zu erhöhen und seine Gesetzesinitiativen umzusetzen, wobei er sich populistisch als „Sprachrohr der Mehrheit“ geriert, ist nach Tulis eine Erfindung von Woodrow Wilson, dem Verfassungsrechtler und späteren Präsidenten u.a. während des Ersten Weltkrieges. Vgl. Ebd., S. 92 ff.

²⁸³ Vgl. Ebd., S. 87-88.

Überhaupt beruht die amerikanische Verfassung auf dem – durch den Kampf gegen den europäischen Absolutismus britischer Prägung zu verstehenden und jede „Tyrannei der Mehrheit“ ablehnenden (auch wenn sie vom Kongress ausgeübt wird) – Prinzip der *checks and balances*, der Machtteilung, vor allem aber der *Machtverschränkung*. Laut Madison, einem der Verfassungsväter, sollte so der Machtwille der einen Gewalt die andere im Schach halten und umgekehrt.²⁸⁴

Dies gilt auch in der Außenpolitik: Der Präsident darf außenpolitische Verträge nicht eigenmächtig ratifizieren: Er kann sie unterschreiben, völkerrechtlich bindend werden sie aber nur mit einer Zwei-Drittel-Zustimmung des Senats. Ebenso ist für jeden Botschafter wie überhaupt für jeden politischen Beamten inklusive eines Ministers (*secretary*) die Zustimmung des Senats nötig.²⁸⁵ Außerdem darf der Präsident nur einmal im Jahr im Kongress erscheinen, nämlich um eine Rede über den Zustand der Nation (*State of the Union*) zu halten. Ansonsten ist ihm der Zugang verwehrt. Nur bei außergewöhnlichen Ereignissen wie Krisen und Kriegen kann der Präsident beide Kammern des Kongresses zusammenrufen (was Bush nach dem 11. September auch getan hat).²⁸⁶

Doch schon die Verfassung selbst lässt eine Interpretation zu, die eine machtvolle Präsidentschaft (besonders in der Außenpolitik) auch aus legaler Sicht zulässt:

Denn der zentrale Artikel 2, der die Stellung der Präsidentschaft beschreibt, ist sehr vage gehalten.²⁸⁷ Im Absatz 1 heißt es:

²⁸⁴ Vgl. A. Rudalevige: „The Contemporary Presidency“: The Decline and Resurgence and Decline (and Resurgence?) of Congress: Charting a New Imperial Presidency. In: *Presidential Studies Quarterly*, Jg. 36, H. 3. 2006. S. 506–524; hier: S. 507. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/27552243>, zuletzt geprüft am 31.07.2012.

²⁸⁵ Vgl. THE CONSTITUTION, a.a.O., S. 14-15 (Artikel 2, Absatz 2, Satz 2).

²⁸⁶ Vgl. Ebd. (Artikel 2, Absatz 3, Satz 1).

„The executive power shall be vested in a President of the United States of America.“²⁸⁸

Wenn man nun juristisch genau vorgeht und den Artikel 1, Absatz 8 zu Rate zieht, der die Vollmachten des Kongresses aufführt und mit der Formulierung schließt, dass der Kongress nur über diejenigen Kompetenzen verfüge, die „ ihm *hier* gegeben wurden“

(„*herein granted*“²⁸⁹) und der Artikel 2, Absatz 2 eben keine *expliziten, umgrenzten* Vollmachten des Präsidenten benennt, sondern allgemein von „*der* exekutiven Macht“ spricht, so kann man die Schlussfolgerung ziehen: Die *gesamte* exekutive Macht sollte beim Präsidenten der Vereinigten Staaten liegen.

In der Tat ist der Präsident sowohl Staatsoberhaupt, als auch Regierungschef (die „administrative Präsidentschaft“, auf die ich später eingehe) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Marine (Art. 2, Abs. 2).²⁹⁰

Artikel 2 ist nicht zufällig vage gehalten: Die Verfassungsväter waren sich selbst nicht einig über die Stellung der Präsidentschaft. Während die Mehrheit um Madison einen „präsidierenden Präsidenten“ als Ideal ansah und somit einer *congressionalist interpretation* der Verfassung anhing, sah der spätere Finanzminister Alexander Hamilton einen machtvollen

²⁸⁷ Vgl. T. E. Cronin; M. A. Genovese, a.a.O., S. 2-3. Vgl **auch** J. Yoo: The Powers of War and Peace. The Constitution and Foreign Affairs after 9/11. Chicago. 2005. S. 18.

²⁸⁸ Vgl. C. Rossiter: The American Presidency, a.a.O., S. 255 (Appendix 2).

²⁸⁹ Zitiert nach: Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 18. Eigene Übersetzung. Hervorhebung vom Verfasser.

²⁹⁰ Vgl. C. Rossiter: The American Presidency, a.a.O., S. 257 (Appendix 2).

Auch das sind nur drei Rollen von sieben, die Rossiter für den Präsidenten vorsieht: Daneben erwähnt er den Präsidenten als „Führungspersönlichkeit im Kongress“ (etwas, worauf ich später zurück komme), als „Führungspersönlichkeit der Partei“, als – wie bereits erwähnt – *leader of public opinion* (plebiszitäre Präsidentschaft) und „Führer der freien Welt“, womit die außenpolitische Dimension der Führungsschaft des Präsidenten explizit in den Blick rückt. Vgl. C. Rossiter: The Presidency - Focus of Leadership. In: The New York Times Magazine, Jg. 6. 1956. S. 146-150.

Präsidenten, zwar keinen zweiten George den Dritten, aber doch eine nationale Führungspersönlichkeit, die das Land durch (innen- und vor allem außenpolitische) Krisen steuern könnte:²⁹¹

„Entscheidungsstärke (*decision*), Aktivität (*activity*), Geheimhaltung (*secrecy*) und schnelle Ausführung (*dispatch*) wird im Allgemeinen das Handeln eines Mannes viel mehr auszeichnen, als das Handeln einer großen Zahl.“²⁹²

Hamilton wollte eine geschlossene, einige, schnell handelnde Exekutive – und die Präsidentschaft als Garant einer eben solchen (er selbst sprach von der „Energie“, die es in die Exekutive zu injizieren gelte).

4.2 Die strukturellen Vorteile der Präsidentschaft in der außenpolitischen Praxis

Tatsächlich sind es diese *strukturelle Vorteile der Präsidentschaft als Institution*, die für eine weit stärker Rolle des Präsidenten besonders in der Außenpolitik sorgen, als der Verfassungstext allein (wie man ihn auch interpretiert) es herzugeben vermöchte – wie ein Blick auf die Theorie des kollektiven Handelns und ihre Anwendung auf das Verhältnis

Präsident– Kongress zeigt:

Der Kongress ist nämlich kein geschlossen handelnder, einheitlicher Akteur – darauf macht T. M. Moe meiner Meinung nach zu Recht

²⁹¹ Vgl. M. Thunert: Beyond the Imperial Presidency: Presidential Power and Its Limits during the George W. Bush Presidency. In: W. Mausbach u.a. (Hg.), a.a.O., S. 135-166.

²⁹² A. Hamilton: The Federalist No. 70. Zit. nach: J. Yoo, a.a.O., S. 21. Eigene Übersetzung.

aufmerksam und setzt sich damit von einigen Werken der Fachliteratur ab, die von „dem Kongress“ vs. dem Präsidenten sprechen.²⁹³

Jeder Kongressabgeordnete handelt vielmehr als ein politischer Unternehmer (*political entrepreneur*) im Sinne der Maximierung seiner Wählerstimmen, um seine Wiederwahl zu sichern. Gewählt wird er in seinem Wahlbezirk – also sind auch lokale Interessen (und nicht die normalerweise weit entfernte Außenpolitik) für sein politisches Handeln ausschlaggebend.²⁹⁴ Die Interessen des Kongresses als *kollektive Institution* sind hingegen ein Kollektivgut: Alle würden von einer Stärkung der Macht des Kongresses profitieren, doch jeder hat ein Interesse daran, nicht die politischen Kosten dafür zu tragen (wenn er sich zum Beispiel gegen einen auch bei seiner lokalen Wählerschaft populären Präsidenten in der Kriegszeit stellt und der präsidentiellen Machtausübung Grenzen setzen will). So entsteht das typische Trittbrettfahrer-Problem (*free rider*).²⁹⁵

Wenn der Präsident dazu noch dem *Congressmen* im Gegenzug für seine Zustimmung zu einem Gesetz / einer Resolution, die die präsidentielle Macht z.B. in der Außenpolitik ausbauen (und die des Kongresses verringern würde) z.B. ein Hospital für Veteranen verspricht, so entscheidet sich der Kongressabgeordnete strikt rational, aber nicht im Interesse seiner Institution: Er stimmt zu.²⁹⁶

²⁹³ Vgl. T. M. Moe: The Presidency and the Bureaucracy: The Presidential Advantage. In: M. Nelson (Hg.), a.a.O., S. 425-457.

Für einen Überblick über andere Autoren, die auf das Problem des kollektiven Handelns beim Kongress aufmerksam machen Vgl. D. L. Kriner: Presidents, Domestic Politics, and the International Arena. In: G. C. Edwards; W. G. Howell (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.

²⁹⁴ Vgl. D. Nelson: Democracy*Presidentialism*War. In: W. Mausbach u.a. (Hg.), a.a.O., S. 55-76.

²⁹⁵ Vgl. T. M. Moe: The Presidency and the Bureaucracy, a.a.O., S. 433-436.

²⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 434.

Diese Appropriierung vom föderalen Geld für die lokalen Belange des Bezirks eines Kongressabgeordneten im Gegenzug zu seiner Zustimmung zu einem Gesetzesprojekt

Nun gibt und gab es innerhalb des Kongresses innerorganisatorische Mechanismen, um diesem Problem des Trittbrettfahrens Herr zu werden:

So ist die Parteiführung (konkret der Führer der Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus oder Senat) bestrebt, die Mitglieder der eigenen Fraktion zu disziplinieren, um das Interesse des Kongresses als Institution (und damit auch die Wichtigkeit ihrer Rolle als Führungspersonen im Kongress) zu verteidigen.²⁹⁷ Doch die Parteiführung ist schwach und der Parteiapparat wenig institutionalisiert. Der einzelne Abgeordnete sieht sich mehr als politischer Unternehmer als politischer Repräsentant der Partei und die Führungsaufgabe der Führer der Mehrheitsfraktion, aber auch der mächtigen (Sub)Komiteevorsitzenden, bei denen die wirkliche Macht im Kongress liegt, beschränkt sich darauf die Wiederwahlchancen „ihrer“ Abgeordneten und ihre Möglichkeiten, lokalen Lobbyinteressen zu dienen, zu erhöhen – das heißt konkret: sie nach den Präferenzen ihrer Wählerschaft abstimmen zu lassen.²⁹⁸

Beim Präsidenten gibt es dieses Problem des kollektiven Handelns nicht – schließlich ist er als einheitlich handelnder Akteur „eins“ mit seiner Institution. Seine Macht auszubauen liegt in seinem Interesse – *und* in dem kollektiven Interesse der Präsidentschaft als Institution.²⁹⁹

Präsidenten sind daher *strukturell* im Vorteil:

Sie können die Agenda setzen – hier wird deutlich, was Rossiter meint, wenn er vom Präsidenten als „Führer des Kongresses“ spricht – denn der Kongress ist zu fragmentiert und die Stellung der politischen Führer der Parteien im Kongress ist zu schwach, um über die eigene legislative

der Exekutive wird *pork barrel* genannt, auch wenn es dabei nicht um Schweinehandel, sondern um Millionenbeträge geht.

²⁹⁷ Vgl. T. M. Moe: *The Presidency and the Bureaucracy*, a.a.O., S. 434.

²⁹⁸ Vgl. Ebd.

²⁹⁹ Vgl. Ebd.

Tagesordnung wirkungsvoll zu bestimmen. Ob der Präsident durch befreundete Kongressabgeordnete einen Gesetzesvorschlag einbringen lässt und einen *pork barrel* folgen lässt, oder ob er unilateral handelt – der Präsident ist in der Offensive, er ändert den Status quo, während der Kongress Mühe hat, diesen auch nur zu verteidigen.³⁰⁰

Dafür sorgt auch der Weg der Gesetzgebung im Kongress selbst.

Will der Kongress selbst handeln, muss er zahlreiche Hürden überwinden:³⁰¹

- (1) Ein Gesetzesvorschlag muss durch Subkomitees, Komitees und das Plenum in *beiden* Häusern passieren. Die Führungspersonen der Parteien im Kongress müssen dabei Koalitionen schmieden – das heißt zunächst einmal, jeden einzelnen Kongressabgeordneten von der Wichtigkeit des Gesetzesvorhabens zu überzeugen (schließlich gibt es noch hunderte andere Gesetzesinitiativen, die potentiell seine Aufmerksamkeit erfordern) und durch Überreden und Versprechungen die einzelnen Kongressabgeordneten auf die Seite des Gesetzesvorschlags zu ziehen;
- (2) Das Gesetz muss in gleicher Form von beiden Häusern angenommen werden (sonst gibt es einen Vermittlungsausschuss);
- (3) Auf diesem beschwerlichen Weg gibt es für jeden Gesetzesvorschlag die organisatorischen Komitees (*rule committees*) und den sogenannten *Filibuster* (das Aufschieben der Annahme eines Gesetzesvorschlags im Senat durch das zeitlich im Grunde unbefristete Reden eines Senatsabgeordneten, das nur durch 60 Stimmen im Senat gestoppt werden kann) zu überwinden;³⁰²

³⁰⁰ Vgl. T. M. Moe: *The Presidency and the Bureaucracy*, a.a.O., S. 435.

³⁰¹ Vgl. Ebd.

³⁰² Vgl. D. L. Kriner, a.a.O., o.S.

(4) Einmal angenommen, kann der Präsident sein Veto gegen das Gesetz einbringen. Dann müsste der Gesetzesvorschlag schon mit zwei Dritteln in beiden Häusern angenommen werden, um Gesetz zu werden.

Mit einem Wort: Die Transaktionskosten des kollektiven Handelns sind für den Kongress enorm.³⁰³

Aufgrund dieser strukturellen Probleme des kollektiven Handelns kommt Moe zu folgendem Schluss:

„Wenn die Präsidenten fähig sind, unilateral vorzugehen oder Grauzonen im Gesetz / in der Verfassung auszunutzen, um den Status Quo zu ändern, ist das, was sie sich am meisten vom Kongress wünschen, dass überhaupt keine formale Antwort erfolgt – und das ist auch das, was sie meistens bekommen.“³⁰⁴

Besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik kommt dem Präsidenten sein struktureller Vorteil als einheitlich handelnder, rational-strategischer Akteur zu Gute.³⁰⁵ Schließlich erfordern Kriege und Krisen schnelles, entschlossenes Handeln – in einer anarchischen internationalen Umwelt, deren Anarchie durch internationale Institutionen und Regime minimiert, aber nicht aufgehoben wird (gemäß dem liberalen Institutionalismus bzw. der liberalen Interdependenztheorie) sind genau die Qualitäten gefragt, die Hamilton oben beschrieben hat: Entscheidungsstärke, Aktivität, Geheimhaltung und schnelle Ausführung.

Meine Hypothese ist deshalb: Mit dem Aufstieg der USA zur Weltmacht vor allem nach 1945 – im Zeitalter des Kalten Krieges und als „einzige

³⁰³ Vgl. T. M. Moe: *The Presidency and the Bureaucracy*, a.a.O., 435.

³⁰⁴ T. M. Moe, ebd. Eigene Übersetzung.

³⁰⁵ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 20-22.

Supermacht“ (Brzezinski) nach dessen Ende – kamen die obigen strukturellen Vorteile der Präsidentschaft mehr und mehr konkret zur Geltung. Auch wenn es Phasen einer congressional resurgence, eines Kongresses gab, der seine Kompetenzen als Institution verteidigte: Die Macht des Präsidenten wuchs tendenziell auf Kosten der des Kongresses.³⁰⁶

4.3 Die unilaterale Präsidentschaft und das Beispiel der *War Powers*

Ich werde diese Hypothese am Beispiel der geschichtlichen Entwicklung der *War Powers* bis zum heutigen Tage erläutern, um danach auf die Möglichkeiten unilateralen präsidentiellen Handelns in der Außenpolitik allgemein einzugehen.

Die Frage nach dem Recht zum Krieg ist in der Tat zentral.

Autoren, die die These von einer „imperialen Präsidentschaft“ vertreten – so vor allem der Begriffsgeber A. M. Schlesinger selbst – sehen die „Usurpation“ der *War Powers* als zentral für das Entstehen einer imperialen Präsidentschaft an.³⁰⁷

James Madison, einer der Väter der Verfassung und maßgeblicher Mitautor der *Federalist Papers* zu ihrer Verteidigung, sprach vom Krieg als vom

³⁰⁶ Zu diesem Schluss kommen sehr unterschiedliche Autoren – ganz gleich, ob sie wie Yoo diesen Machtzuwachs befürworteten oder ihn wie Schlesinger oder Rudalevige kritisieren. Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 22; Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xi ff.; Vgl. A. Rudalevige: *THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY. Renewing Presidential Power after Watergate*. Ann Arbor. 2006. S. 261 ff.

³⁰⁷ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. ix.

„wahren Grund des Machtzuwachs des Staates“.³⁰⁸ Wie aus einem anderen Zitat hervorgeht, meinte er tatsächlich „Machtzuwachs der Exekutive“:

„Die Verfassung setzt voraus, was die Geschichte aller Regierungen demonstriert, nämlich dass die Exekutive die Gewalt ist, die am meisten am Krieg interessiert ist und am meisten für ihn empfänglich. Sie (die Verfassung, Anm. des Autors) hat also mit der nötigen Vorsicht die Kriegsfrage in die Hände der Legislative gelegt („vest the question of war in the legislative“).“³⁰⁹

Nur die Deliberation des Kongresses sollte die Nation in den Krieg führen. Daher liegt auch das Recht der Kriegserklärung, wie erläutert, beim Kongress.³¹⁰

Doch die geschichtlichen Präzedenzfälle sprechen eine andere Sprache:

³⁰⁸ J. Madison. Zit. nach: Vgl. W. G. Howell; T. Johnson: War's Contributions to Presidential Power. In: G. C. Edwards; W. G. Howell (Hg.), a.a.O., o.S. Eigene Übersetzung.

³⁰⁹ J. Madison. Zit. nach: Vgl. T. E. Cronin; M. A. Genovese, a.a.O., S. 296. Eigene Übersetzung.

³¹⁰ Vgl. T. E. Cronin; M. A. Genovese, a.a.O., S. 296-297; Vgl. **auch** W. G. Howell; T. Johnson, a.a.O., o.S.

Tabelle 2: Kriegserklärungen des Kongresses³¹¹

Deklaration	(Post-facto) Autorisierung durch Kongress	WEDER Deklaration noch Autorisierung
Krieg mit Großbritannien (1812)	Quasi-Krieg mit Frankreich (1798)	Korea-Krieg (1950)
Mexikanisch-Amerikanischer Krieg (1848)	Vietnam-Krieg (Tonkin Resolution 1964)	Kambodscha (1970)
Spanisch-Amerikanischer Krieg (1898)	Erster Golfkrieg (1991)	Grenada (1983)
Erster Weltkrieg (1917)	Afghanistan (2001)	Panama (1989)
Zweiter Weltkrieg (1941)	Irak-Krieg (2004)	Somalia (1993)
		Kosovo (1999)
		Libyen (2011)

Aus dieser vom Verfasser exemplarisch zusammengestellten Übersicht geht hervor, dass der Kongress besonders nach 1945 von seinem verfassungsmäßigen Recht der Kriegserklärung keinen Gebrauch gemacht hat. Im allerbesten Falle hat er (oft) *nachträglich* die militärischen Interventionen legitimiert.

³¹¹ Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von J. Yoo, a.a.O., S. 12 und A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xv.

In einer Phase des *resurgent congress* in der Endphase des Vietnamkriegs und der Präsidentschaft Nixons mit der Watergate-Affäre (1972) verabschiedete der Kongress auf der Grundlage seiner verfassungsgemäß Vollmacht den Krieg zu erklären die *War Powers Resolution (WPR)*. Demnach *kann* grundsätzlich der Präsident in Kampfhandlungen eintreten, aber er muss den Kongress innerhalb von 48 Stunden darüber informieren und der Kongress kann durch Gesetz die sofortige Kampfeinstellung erzwingen. Wenn der Kongress nichts tut (also *nicht ausdrücklich zustimmt*), muss der Präsident die Truppen innerhalb von 90 Tagen zurückziehen.³¹²

Es gibt zwei Ausnahmefälle, bei welchen die WPR nicht gilt: Wenn die USA oder die US-Streitkräfte angegriffen werden oder eine spezifische statutarische Autorisierung erfolgt.³¹³

Was wie eine substantielle Beschränkung der präsidentiellen Macht in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden aussieht, ist jedoch nicht wirklich eine: Seit der Verabschiedung der WPR hat der Kongress kein einziges Mal die Frist von 90 Tagen aktiviert³¹⁴; und jeder Amtsinhaber im Weißen Haus hat bekundet, dass er sich *nicht* an die *War Powers Resolution* gebunden sieht:³¹⁵

Selbst die gemeinhin als „schwach“ titulierten Präsidenten Ford und Carter, deren Präsidentschaft in die Post-Vietnam-und-Watergate Phase eines selbstbewussten Kongresses fällt, erkannten nie explizit die Bindekraft der WPR an; Reagan handelte ihr in Grenada zuwider,

³¹² Vgl. N. Kassop: The War Power and Its Limits. In: *Presidential Studies Quarterly*, Jg. 33, H. 3. 2003. S. 509–529. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/27552511>, zuletzt geprüft am 31.07.2012.

³¹³ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 12.

³¹⁴ Vgl. J. C. Pevehouse: Presidents and International Cooperation. In: G. C. Edwards; W. G. Howell (Hg.), a.a.O., o.S.

³¹⁵ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 307-308 (FN 29).

G. H. W. Bush (der Vater von G. W. Bush) unterrichtete zwar bei der Panamaintervention und beim Ersten Golfkrieg den Kongress – es hat aber im Falle des letzteren mehr als fünf Monate nach der Ankunft der amerikanischen Truppen in Kuwait gedauert, bis am 12.01.1991 die Autorisierung durch den Kongress erfolgte. G. H. W. Bush berief sich außerdem – wie später sein Sohn – auf seine konstitutionelle Autorität als Oberbefehlshaber, weswegen er auch keine Autorisierung durch die WPR für nötig erachtete. Genauso wie sein Nachfolger Clinton in Somalia und im Kosovo. G. W. Bush hat auch nur eine nachträgliche Autorisierung des Afghanistan- und später des Irak-Krieges eingeholt und Barack Obama, der als Senatsabgeordneter aus Illinois noch diese Praxis seines Vorgängers (wie, das muss man sagen, seiner gesamten Vorgängerschaft) kritisierte, hat als Präsident selbst nie die WPR anerkannt und im Falle des Libyen-Krieges ihr zuwidergehandelt.³¹⁶

J. Yoo ist also zuzustimmen, wenn er zum Schluss kommt:

„Der Präsident hat die entscheidende Rolle eingenommen, was die Frage anbetrifft, wann und wie militärische Feindseligkeiten initiiert werden sollten. *Der Kongress hat es der Exekutive erlaubt die Führerschaft und Initiative im Krieg zu übernehmen und hat für sich selbst die Rolle der post-facto Zustimmung durch unterstützende Deklarationen und Appropriationen von Finanzmitteln ausgewählt* (Hervorhebung vom Verfasser).

³¹⁶ Vgl. R. Hendrickson: War Powers in the Obama Administration (Faculty Research and Creative Activity, 2). 2010. Online verfügbar unter: http://thekeep.eiu.edu/polisci_fac/2, zuletzt geprüft am 05.08.2014; Vgl. auch C. Savage; M. Landler: White House Defends Continuing U.S. Role in Libya Operation. In: The New York Times, 15.06.2011. S. A16. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2011/06/16/us/politics/16powers.html?pagewanted=all&_r=0, zuletzt geprüft am 06.09.2014.

Zugleich haben die Gerichte die Doktrin der politischen Frage (*political question doctrine*) invoziert, um eine Einmischung in die Frage nach den Vollmachten des Präsidenten im Krieg zu vermeiden.³¹⁷

Die Behandlung der *War Powers* Frage bestätigt also die von mir aufgestellte Hypothese hinsichtlich des Machtzuwachses des Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die strukturellen Vorteile der Präsidentschaft als Institution und die strukturellen Nachteile des Kongresses als Institution kamen unter den internationalen Bedingungen nach 1945 voll zur Geltung:

Bei einer Supermacht mit einem nuklearen Arsenal und globaler Reichweite, konfrontiert mit Krisen, die im Kalten Krieg schnell „heiß“ werden konnten oder mit der Bedrohung durch einen globalen islamistischen Terrorismus und der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen auch an nicht-staatliche Gewaltakteure, liegt die außenpolitische Initiative noch mehr im Spielfeld des Präsidenten und der Kongress wird oftmals schon durch den Zeitdruck einer Krise, seinem Problem des kollektiven Handelns und seinem langwierigen Entscheidungsablauf zur (post-facto) Legitimierung der präsidentiellen Entscheidungen genötigt.

Was hier am Beispiel der *War Powers* aufgezeigt wurde, kann man auch allgemeiner an dem Trend zur *unilateralen Präsidentschaft* darlegen.

Unilaterale Aktionen des Präsidenten bezeichnen Akte, durch welche Präsidenten direkt durch exekutive Erlasse gesetzgeberisch tätig werden.

Die Erlasse sind unmittelbar rechtskräftig – und umfassen ein weites Spektrum von *executive orders*, zu Proklamationen, über internationale

³¹⁷ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 13. Eigene Übersetzung.

executive agreements zu *National Security Directives* (NSD). Präsidentielle Memoranda und *signing statements* gehören ebenfalls dazu.³¹⁸

Doch bevor ich zu den einzelnen Typen der unilateralen exekutiven Erlasse fortschreite, werde ich die Frage beantworten, warum Präsidenten sich veranlasst sehen, den unilateralen Weg zu gehen, anstatt z.B. den gesetzgeberischen Weg über den Kongress zu nehmen.

Der amerikanische Politikwissenschaftler und Präsidentschaftsexperte R. Neustadt, selbst als Berater von zahlreichen demokratischen Präsidenten tätig (u.a. J. F. Kennedy), betonte in seinen Werken das Gegenmodell einer unilateralen Präsidentschaft:³¹⁹

Anstatt den Kongress durch unilaterale Aktionen zu umgehen, sei es für Präsidenten gerade ein Erfolgskriterium durch ihre Führungsqualitäten und ihre persönliche Reputation Koalitionen im Kongress zu schmieden (man sollte wohl noch *pork barrel* hinzufügen). Die Macht des Präsidenten sei die Macht der Überredung – *the power to persuade*. Der Kongress oder besser gesagt einzelne Kongressabgeordnete sollten überredet werden, dass es in ihrem *eigenen Interesse* sei die Gesetzesinitiative des Präsidenten zu unterstützen.³²⁰

Das ganze Verhandlungsmodell (*bargaining modell*) setzt jedoch voraus, dass der Kongress (und andere Akteure wie die Massenmedien) darauf aus sind zu kooperieren. Doch was ist, wenn durch eine zunehmende ideologische Polarisierung im Kongress zwischen Demokraten und Republikanern und eine ebensolche Polarisierung zwischen links-liberalen

³¹⁸ Vgl. K. R. Mayer: *Going Alone: The Presidential Power of Unilateral Action*. In: G. C. Edwards; W. G. Howell (Hg.), a.a.O., o.S.; Vgl. K. M. Mayer: *With the Stroke of a Pen: Executive Orders and Presidential Power*. Princeton, NJ. 2001; Vgl. R. W. Waterman: *Assesing the Unilateral Presidency*. In: G. C. Edwards; W. G. Howell (Hg.), a.a.O., o.S.

³¹⁹ Vgl. vor allem R. Neustadt: *Presidential Power: The Politics of Leadership*. New York. 1960.

³²⁰ Vgl. K. R. Mayer: *Going alone*, a.a.O., o.S.; Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

(im US-Sprachgebrauch: *liberal*) und konservativen Massenmedien³²¹ die Fähigkeit zum Kompromiss aufseiten des Kongresses abnimmt und viele Massenmedien den Präsidenten dafür geißeln, dass er zu kompromissbereit („schwach“) ist, anstatt die Politik als Wettkampfsport zu begreifen?³²²

Die Polarisierung des Kongresses zwischen bekennenden Konservativen bei den Republikanern und besonders linken Linksliberalen bei den Demokraten lässt sich empirisch nachweisen:

In einer Studie zur Entwicklung des Vertrauens in einzelne politische Institutionen führen M. J. Hetherington und S. Globetti ihre Datenerhebung auf. Sie kommen zum Schluss, dass die ideologische Schnittmenge zwischen Republikanern und Demokraten im Repräsentantenhaus sich in den untersuchten 50 Jahren (1949-1999) signifikant verringert hat. Anders gesagt, ist die Zahl der Demokraten, die konservativer als die am meisten links-liberalen Abgeordneten der Republikaner sind, gesunken (und umgekehrt).³²³ Und das wohlgermerkt *vor* dem Auftauchen der rechtskonservativen und folglich noch mehr polarisierenden *Tea Party* innerhalb der Republikaner, *vor* der G. W. Bush-Ära. Graphisch lässt sich die Abnahme der ideologischen Kongruenz folgendermaßen darstellen:

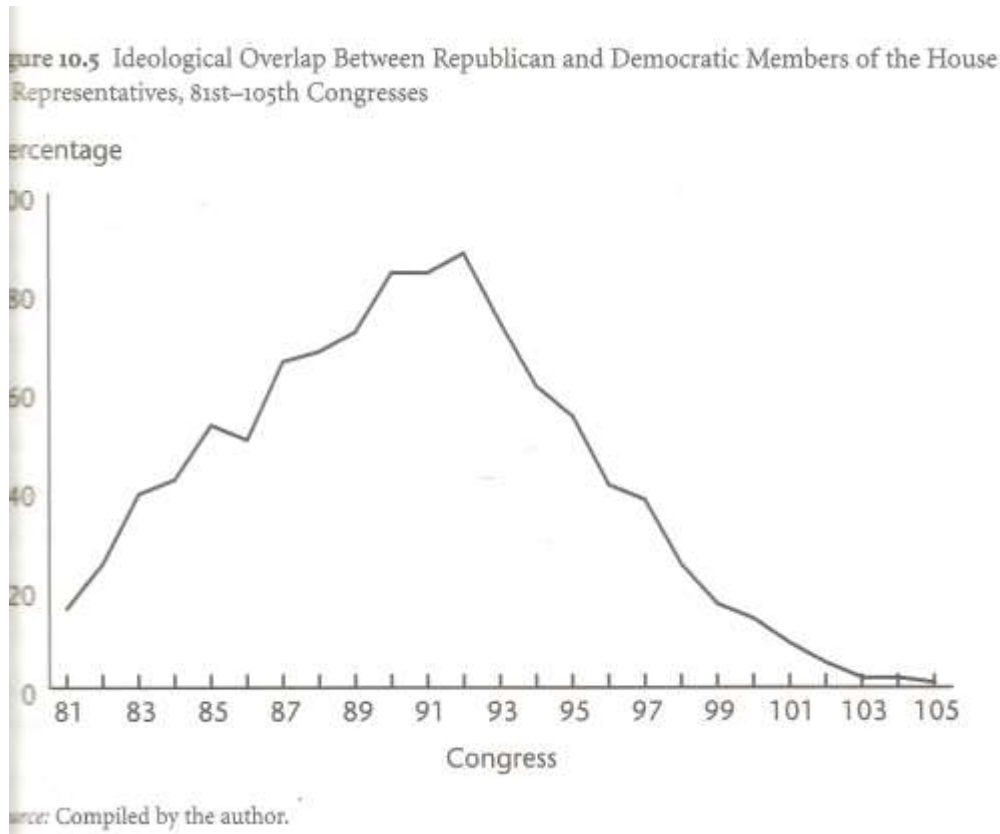
³²¹ Man nehme NPR (National Public Radio) auf der links-liberalen und Fox News auf der konservativen Seite...

Jedem, der schon mal durch eine Buchhandlung in den USA gegangen ist, ist die Polarisierung ebenfalls aufgefallen. Allein solche Buchtitel wie „Wenn die Demokraten intelligent wären, wären sie Republikaner“ sprechen Bände. Vgl. zur Kritik dieser ideologischen Polarisierung D. D. Nelson, a.a.O., S. 55-76 und ihr Buch: D. D. Nelson: *Bad for Democracy: How the Presidency Undermines the Power of the People*. Minneapolis. 2008.

³²² Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

³²³ Vgl. M. J. Hetherington; S. Globetti: *The Presidency and Political Trust*. In: Michael Nelson (Hg.), a.a.O., S. 259-277; hier: S. 270-273.

Grafik 4: Ideologische Kongruenz im Kongress, in % Prozent³²⁴



Dabei ist interessanterweise die breite Öffentlichkeit, das Wahlvolk, im Zentrum geblieben, während die Parteien sich immer weiter nach links bzw. rechts bewegt haben.³²⁵

Einen Präsidenten, der sich wie G. W. Bush oder Barack Obama wenigstens zeitweise mit einer gegnerischen Mehrheit in einem der Häuser konfrontiert sieht (*divided government*), stellt das natürlich vor die Herausforderung, seine politische Agenda legislativ umzusetzen.³²⁶

³²⁴ Grafik aus: Vgl. M. J. Hetherington; S. Globetti, a.a.O., S. 271.

³²⁵ Vgl. Ebd., S. 270.

³²⁶ Diese Erklärung ist rational und intuitiv einleuchtend. Jedoch sind die empirischen Ergebnisse gemischt: Manche Studien bestätigen die Erklärung, während andere gerade die Gegenthese zu verifizieren scheinen. Demnach erlässt der Präsident *weniger*

Da bieten sich unilaterale Aktionen als Ausweg an, zumal damit der Präsident die Initiative behält – er agiert und der Kongress ist gezwungen, zu reagieren.³²⁷ Der Präsident kann in die erläuterte Grauzone des Artikels 2 vorstoßen. Dieser Artikel ist so vage formuliert, dass er jeden Präsidenten geradezu einlädt (der Verfassungsrechtler Corwin sprach von der Verfassung als einer „*invitation to struggle*“ zwischen den Gewalten³²⁸), die Grenzen seiner exekutiven Macht auszutesten. Jeder Präsident, der unilateral agiert, kann sich einfach auf seine verfassungsgemäße Autorität als Präsident, der über die gesamte exekutive Macht verfügt (geschlossene Exekutive, siehe die Bemerkung Hamiltons) berufen.³²⁹ Dass der Präsident gegenüber dem Kongress mit seinem Problem der kollektiven Handlungsfähigkeit die besseren Karten hat, dürfte aufgrund der obigen ausführlichen Erläuterung klar sein.

Soeben wurde die Frage nach dem „*warum*“ beantwortet. Doch *wie* üben die Präsidenten ihre unilaterale Macht aus? Ich werde nun die einzelnen Typen von unilateralen Aktionen unter Berücksichtigung ihrer Vorteile aus der Sicht des Präsidenten darstellen.

Zunächst einmal zu den *executive orders*. Diese sind eine Allzweckwaffe und können inhaltlich alles von so etwas banalem wie einer Feiertagsregelung für föderale Beamte bis zu einer großangelegten

executive orders oder greift *weniger* auf *executive agreements* zurück, wenn er eine eigene parteiliche Mehrheit in beiden Häusern bzw. im Senat hat. Jedenfalls sind hier weitere Untersuchungen angeraten, um diese Frage zu klären. Vgl. K. R. Mayer: *Going alone*, a.a.O., o.S.

³²⁷ Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

³²⁸ Vgl. E. S. Corwin: *The President: Office and Power, 1787-1957*. 4. Aufl. New York. 1957.

³²⁹ Vgl. L. Feldmann: *Is Barack Obama an imperial president?* In: *The Christian Science Monitor Weekly*, 26.01.2014, o.S. Online verfügbar unter: <http://www.csmonitor.com/USA/Politics/2014/0126/Is-Barack-Obama-an-imperial-president>, zuletzt geprüft am 12.07.2014.

Immigrationsreform (Sicherung der Grenzen vs. illegale Einwanderung vor allem aus Mexiko) unter Bush 2007 umfassen.³³⁰

Wie bei den anderen Typen der unilateralen Erlasse steigt der Gebrauch der *executive orders*. So hat Obama in seinen ersten fünf Jahren 167 *executive orders* erlassen, bei G. W. Bush (den viele als den unilateralen Präsidenten schlechthin bezeichnen) waren es im gleichen Zeitraum 165.³³¹ Durch *executive orders* können auch föderale Agenturen (*federal agencies*) geschaffen werden, die – im Gegensatz zu den vom Kongress eingeführten – vom Einfluss des eisernen Dreiecks (*iron triangle*) aus Subkomitees des Kongresses, dem zuständigen Ministerium (*department*) und bestimmten Lobbygruppen befreit sind.³³² Anders gesagt: Wollen Präsidenten die Kontrolle über die föderale Bürokratie (hier sei daran erinnert, dass eine der sieben Rollen eines Präsidenten nach Rossiter die des Regierungschefs ist), müssen sie ihre Agenturen schon selber schaffen.³³³

Bei den *executive orders* zeigt sich, was auch für andere unilaterale Aktionen typisch ist: Der Kongress kann aufgrund seines Problems der kollektiven Handlungsfähigkeit der präsidentiellen Machtausweitung kaum etwas effektiv entgegensetzen: Einzelne Studien kommen zum Ergebnis, dass der Kongress zwischen 1945 und 1992 nur auf 3,8 % Prozent aller *executive orders* überhaupt reagiert hat.³³⁴ Andere verweisen darauf, dass die Legislative zwischen 1945 und 1998 nicht einmal in 10 % Prozent aller

³³⁰ Vgl. Ebd.; Vgl. K. R. Mayer: Going alone, a.a.O., o.S.

³³¹ Vgl. L. Feldmann, a.a.O., o.S.

³³² Vgl. A. Rudalevige: THE IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 265-266.

³³³ Zu diesem Ergebnis kommen Howell und Lewis in einer großangelegten Studie, in der sie 425 Agenturen, die zwischen 1946 und 1995 vom Präsidenten oder vom Kongress geschaffen wurden, analysieren. Vgl. W. G. Howell; D. E. Lewis: Agencies by Presidential Design. In: Journal of Politics, Jg. 64, Nr. 4. 2002. S. 1095-1114.

³³⁴ Vgl. A. L. Warber: Executive orders and the modern presidency: Legislating from the oval office. Boulder, Co. 2006. S. 199.

Fälle erfolgreich war, *wenn* sie reagiert hat.³³⁵ Auch die Gerichte stellen die Verfassungsmäßigkeit der *executive orders* kaum in Frage:

In einer Studie aus dem Jahr 2003 kommt Howell zum Ergebnis, dass sie seit 1943 nur 45 *executive orders* überhaupt auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft haben – und davon nur 17 % Prozent zurückgewiesen.³³⁶

Schließlich sei hier ein praktisches Beispiel für einen wichtigen *executive order* aus der Bush-Administration aufgeführt, der im Kontext der Terrorismusbekämpfung nach 9/11 entstanden ist:

Inländische Überwachung durch die NSA ohne Gerichtserlass.³³⁷

Gemäß einem Gesetz aus dem Jahre 1978 (*Foreign Intelligence Surveillance Act, FISA*) gibt es eine klare Unterscheidung zwischen Überwachung im Ausland – hier ist der Präsident aufgrund seiner allgemeinen Vollmachten in der Außenpolitik und seiner Stellung als Oberbefehlshaber ermächtigt, ohne einen gerichtlichen Erlass vorzugehen – und der im Inland. Im letzteren Fall müsste die Exekutive einen Gerichtserlass einholen.³³⁸

Doch was ist mit einem *ausländischen* Agenten (bzw. einer ausländischen Macht), der im Inland operiert? Hier tut sich eine Grauzone auf – und der Präsident ist willens und in der Lage, seine Macht durch unilaterale Aktionen auszudehnen.

Bush hat die NSA durch einen *executive order* autorisiert (wie investigative Journalisten der New York Times herausgefunden haben), inländische

³³⁵ Vgl. W. G. Howell: *Power without Persuasion: The Politics of Direct Presidential Action*. Princeton, NJ. 2003. S. 114-116.

³³⁶ Vgl. W. G. Howell: *Power without Persuasion*, a.a.O., S. 114-116.

³³⁷ Vgl. K. R. Mayer: *Going alone*, a.a.O., o.S.

³³⁸ Vgl. Ebd.

Überwachung gegen ausländische Agenten ohne Gerichtserlass durchzuführen und zwar unmittelbar nach dem 11. September.³³⁹

Bis die Angelegenheit ans Tageslicht kam, vergingen bereits vier Jahre. Nach den Artikeln in der New York Times kam Kritik vom Kongress, sogar vom republikanischen Senatsabgeordneten und Mitglied des Justizkomitees A. Specter.³⁴⁰

Doch trotz der Kritik kam der Kongress nicht darüber hinaus, dem Präsidenten die eigenmächtig durch einen *executive order* verschafften Vollmachten 2007 post-facto durch den *Protect America Act* zu legitimieren. Nur die Kontrollfunktion des Kongresses wurde verschärft (*congressional oversight*).³⁴¹ Hier kommt das schon aus der Behandlung der *War Powers* Frage bekannte Muster der nachträglichen Legitimierung einer unilateralen Aktion des Präsidenten wieder zum Vorschein.

Was *executive orders* für die Innenpolitik sind *executive agreements* für die Außenpolitik.

Sie sind faktisch das Äquivalent zu einem internationalen Vertrag – jedoch mit dem aus präsidentieller Sicht gewichtigen Vorteil, dass die Exekutive für sie keine Ratifikation (mit zwei Dritteln Mehrheit) durch den Senat braucht.³⁴² Während die Mehrheit der internationalen Abkommen der Vereinigten Staaten im Zeitraum 1946 bis 1972 statutarisch waren, stellten *executive agreements* 7 % Prozent und Verträge nur 6 % Prozent aller internationalen Abkommen dar. Verträge wurden meistens für wichtige militärische Verpflichtungen (Beistand) abgeschlossen.³⁴³

³³⁹ Vgl. Ebd.

³⁴⁰ Vgl. K. R. Meyer: *Going alone*, a.a.O., o.S.

³⁴¹ Vgl. Ebd.

³⁴² Vgl. Ebd.

³⁴³ Vgl. L. Johnson; M. McCormick: *The Making of International Agreements: A Reappraisal of Congressional Involvement*. In: *Journal of Politics*, Jg. 40., Nr. 2. 1978. S. 468-478; hier: S. 473-474.

Umstritten bleibt in der Forschung nach wie vor, wann und warum der Präsident auf *executive agreements* oder Verträge zurückgreift.

Gemäß der Logik unilateralen Handelns müsste der Präsident erstere dann vorziehen, wenn der Senat von der Opposition kontrolliert wird (u.a. während der Bush-Periode).³⁴⁴

Doch die empirischen Daten sind auch hier widersprüchlich. Viele Studien weisen genau das Gegenteil nach: Die Zahl der *executive agreements* geht nach *unten*, wenn die Opposition den Senat kontrolliert.³⁴⁵

Martin bietet meiner Ansicht nach hierfür eine gelungene Erklärung, indem sie auf Erklärungsvariablen auf der internationalen Analyseebene zurückgreift: Aus der Forschung zu Signalen in den Internationalen Beziehungen schlussfolgert sie, dass der Präsident bei einer *divided government* gerade externen Akteuren zeigen möchte, dass er es mit der Einhaltung des internationalen Abkommens ernst meint und dass sich das Abkommen einer breiten Zustimmung über Parteigrenzen hinweg erfreut, die sich in der Zustimmung des Senats zum Vertrag manifestiert. Deswegen geht die Zahl der *executive agreements* nach unten, wenn die Opposition den Senat kontrolliert und steigt, wenn der Präsident seine Glaubwürdigkeit (die Verlässlichkeit der Einhaltung des Abkommens) nicht beweisen muss. Das ist dann der Fall, wenn im Senat die Partei des Präsidenten die Mehrheit hat und damit die Gefahr minimiert ist, dass der Senat aus dem internationalen Abkommen aussteigt.³⁴⁶

Ich bleibe im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und komme nun zu den *National Security Directives* (NSD).

³⁴⁴ Vgl. K. R. Mayer: Going alone, a.a.O., o.S.

³⁴⁵ Vgl. Ebd.

³⁴⁶ Vgl. L. L. Martin: The president and international commitments: Treaties as signaling devices. In : Presidential Studies Quarterly, 35. Jg., Nr. 3, 2005. S. 440-465; für die Hauptthese siehe S. 461.

Als solche werden gemäß den Worten des Präsidenten L. B. Johnson formale Benachrichtigungen an einen Minister bezeichnet (oder einen Direktor einer föderalen Agentur), die ihn von einer präsidentiellen Entscheidung im Bereich der nationalen Sicherheit informieren und im Allgemeinen Aktionen der betreffenden Behörde erfordern.³⁴⁷ Im Grunde genommen sind NSDs *executive orders* sehr ähnlich – allerdings mit dem Unterschied, dass es hier ein wenig an Transparenz gibt. Während *executive orders* im föderalen Gesetzesblatt (*Federal Register*) veröffentlicht werden müssen, müssen es NSDs nicht.³⁴⁸ Die Mehrheit der NSDs sind aus „Gründen der nationalen Sicherheit“ klassifiziert. Sogar Kongressabgeordneten sind sie oftmals nicht zugänglich.³⁴⁹ Dabei ist ihre Tragweite enorm: von der Iran-Contra-Affäre unter Reagan über den Vietnamkrieg unter Johnson und Nixon. Der Gebrauch der NSDs, wie der anderer unilateraler exekutiver Erlasse, steigt.³⁵⁰

Außerdem können Präsidenten auf *Memoranda* zurückgreifen. Ein Beispiel unter Obama wäre das Memorandum vom Department of Homeland Security (*Deferred Action for Childhood Arrivals, DACA, 2012*), welches die Grenzbehörden anweist, illegale nicht volljährige Einwanderer nicht wieder über die Grenze zu schicken, sondern ihnen das Recht zu arbeiten und zu lernen zu geben. Damit hat Obama per Dekret einen wichtigen Teil seiner Immigrationsreform umgesetzt – einer Reform, die zuvor am Widerstand der Republikaner im Repräsentantenhaus gescheitert ist.³⁵¹

³⁴⁷ Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

³⁴⁸ Vgl. Ebd.

³⁴⁹ Vgl. Ebd.

³⁵⁰ Vgl. Ebd.

³⁵¹ Vgl. L. Feldmann, a.a.O., o.S.

Genauso wie Memoranda sind auch *Proklamationen* ein Beispiel für unilaterale Aktionen eines Präsidenten: Die *Emancipation Proclamation* von Lincoln war gerade das: Die Proklamation der Sklavenbefreiung per exekutivem Fiat unter Umgehung des Kongresses.³⁵²

Schließlich zu *signing statements*, der unilateralen Lieblingswaffe George W. Bushs. Diese etablieren zwar gesetzesmäßig keine neue Politik, *interpretieren* aber die Gesetze, die der Kongress erlässt.³⁵³ Da die Unterschrift des Präsidenten unter jedes Gesetz erforderlich ist, kann der Präsident – anstatt auf sein Vetorecht zurück zu greifen – das ebenso effektive, aber in der Öffentlichkeit kaum bekannte und intransparente Mittel des *signing statement* einsetzen.

So lässt sich erklären, warum Bush so wenige Vetos eingelegt hat (auch wenn das Repräsentantenhaus Zeit seiner Amtszeit unter republikanischer Kontrolle war) – er hat auf *signing statements* gesetzt.³⁵⁴ So konnte er wesentliche Gesetzespassagen uminterpretieren oder sie gar für unkonstitutionell erklären. Durch die letztere Aussage war er auch nicht mehr daran gebunden, einzelne Abschnitte der Gesetze auszuführen.³⁵⁵

Bush setzte *signing statements* für eine Vielzahl von Zwecken ein.

Hier seien ein paar aus der Außen- und Sicherheitspolitik aufgeführt:

Berichterstattungspflichten, die der Kongress im Rahmen seiner Kontrollaufgabe der Exekutive (*oversight*) in Gesetze einbaute, Regeln und Regulierungen für das Militär und Einschränkungen, was den

³⁵² Vgl. L. Feldmann, a.a.O., o.S.

³⁵³ Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

³⁵⁴ Vgl. C. Savage: *Takeover: The return of the imperial presidency and the subversion of American democracy*. Boston. 2007. S. 231.

³⁵⁵ Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

präsidentiellen Freiraum in der Außen- und Sicherheitspolitik anbetrifft – sie alle wurden durch Bushs *signing statements* umgangen.³⁵⁶

Bush erließ während seiner ersten Amtszeit alleine 435 *signing statements* – das waren mehr, als alle seine Vorgänger von Monroe im 19. Jahrhundert bis einschließlich Clinton *zusammengenommen* (396).³⁵⁷

All' diese unilateralen Vollmachten des Präsidenten zusammengenommen und den Trend zu ihrer Ausweitung vor Augen, lässt sich von einer imperialen Präsidentschaft sprechen?

4.4 Die imperiale Präsidentschaft unter Bush und Obama

Meine Antwort ist: ja, wiewohl einer kontingenten. Damit schließe ich mich zwei grundlegenden Werken zur *imperial presidency* an.³⁵⁸

Der amerikanische Präsidentschaftshistoriker A. M. Schlesinger definierte eine imperiale Präsidentschaft dadurch, dass das konstitutionelle Gleichgewicht aus der Balance gerät und die präsidentielle Macht überhandnimmt – zu Ungunsten der Verantwortlichkeit und Kontrolle des Präsidenten durch die zwei übrigen Gewalten.³⁵⁹

Konkret listet Schlesinger zwei Indikatoren auf, bei deren vollständigem Vorliegen von einem imperialen Präsidenten gesprochen werden kann:³⁶⁰

³⁵⁶ Vgl. C. Savage: Takeover, a.a.O., S. 237.

³⁵⁷ Eigene Zählung gemäß den Daten aus: Vgl. C. S. Kelley: Rethinking Presidential Power: The Unitary Executive and the George W. Bush Presidency. Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association. Chicago, IL. 2005. S. 30-31.

³⁵⁸ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O.; A. Rudalevige, THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O.

³⁵⁹ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. ix.

³⁶⁰ Vgl. Ebd., S. x und *passim*.

- (1) Eine expansive Interpretation der *nationalen Sicherheit* – oder anders gesagt, werden Eingriffe der Exekutive in die Menschen- und Bürgerrechte mit dem Verweis auf nationale Sicherheit gerechtfertigt;
- (2) Eine Politik der *exekutiven Verschwiegenheit*: Die Administration des Präsidenten enthält dem Publikum und selbst dem Kongress wichtige Informationen vor (wiederum oftmals mit Verweis auf die nationale Sicherheit).

Wie aus dieser Auflistung bereits hervorgeht, liegt der Ursprung der imperialen Präsidentschaft in der Außen- und Sicherheitspolitik.³⁶¹ Wie analysiert, kommen hier die strukturellen Vorteile der Exekutive wie ihre Einigkeit, Geschlossenheit, schnelles Handeln voll zur Geltung.

Eine imperiale Präsidentschaft wird geboren, wenn die weitreichenden außenpolitischen Vollmachten des Präsidenten auf die Innenpolitik übertragen werden. Genau das geschieht durch den Verweis der Exekutive auf die nationale Sicherheit, die es im Inland gegen äußere und innere Feinde zu sichern gelte.³⁶²

Anders gesagt, wird die in der Literatur zur us-amerikanischen Präsidentschaft weit verbreitete (aber inzwischen unter Kritik geratene) These von den „zwei Präsidentschaften“ (*two presidencies*) von Wildavsky in Frage gestellt.³⁶³

Mächtig in der Außen- und Sicherheitspolitik, schwach in der Innenpolitik – so zeigt sich gemäß Wildavsky die „Doppelgesichtigkeit“ des amerikanischen Präsidenten:

³⁶¹ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. x.

³⁶² Vgl. Ebd., S. xvi.

³⁶³ Vgl. A. Wildavsky: *The Two Presidencies*. In: *Trans-Action* 4, 1966. S. 7-14.

Demnach hat der Präsident in der Außenpolitik verfassungsmäßig (auf der Grundlage des unbestimmten Art. 2) und durch Statuten „mehr zu sagen“; außerdem gibt es dort weniger Lobbygruppen, die auf ihn Einfluss nehmen und ihn in seiner Handlungsfreiheit einschränken könnten.³⁶⁴

Laut Schlesinger wird dagegen der Präsident auch in der Innenpolitik imperial. Schlesingers Werk ist nicht zufällig 1973 erschienen – auf dem Höhepunkt des Vietnam-Kriegs und kurz nach der Watergate-Affäre.

In seinem Opus Magnum listet er detailliert auf, wie der Kongress seine *War Powers* an den Präsidenten „verlor“ (besser gesagt abgab, siehe Ausführung oben), wie die Nixon-Administration eine innenpolitische Atmosphäre der Verdunkelung, Täuschung und Angst schaffte.

So gebrauchte sie die Doktrin der nicht-hinterfragbaren *executive privilege*, die 1958 unter Eisenhower entstand, aber bis dato keine Prominenz erlangte. Demnach müssten weder der Präsident noch seine Minister Dokumente herausgeben, die im Hinblick auf die „öffentliche Ordnung“ wichtig sind (durch deren Herausgabe eben diese gefährdet werden könnte). Aber auch Dokumente, die den internen Diskussionsprozess innerhalb einer Administration widerspiegeln (z.B. Protokolle der Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates) müssen nicht herausgegeben werden. Die Herausgabe solcher Dokumente würde freiwillig sein, eine Ermessensentscheidung der Exekutive.³⁶⁵

³⁶⁴ Eine im Vergleich zu Schlesinger umgekehrte Kritik an der „*Two Presidencies*“ These äußern Mausbach, Schloss und Thunert: Demnach verschwimme die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik, der Kongress hat mehr Informationen über Außenpolitik (Verringerung der Informationsasymmetrie zwischen der Exekutive und Legislative), es gibt zunehmend ethnische Lobbies in der Außenpolitik und eine starke Polarisierung zwischen Republikanern und Demokraten, die auch auf die Außenpolitik durchschlägt. Das alles schränkt die Handlungsfähigkeit des Präsidenten in der Außenpolitik ein, so zumindest die These der drei Autoren. Vgl. W. Mausbach; D. Schloss; M. Thunert, a.a.O., S. 1-54.

³⁶⁵ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. 155 ff.

Schließlich kommt auch das zweite Kriterium der imperialen Präsidentschaft – ihre expansive, wenn man so will imperialistische Interpretation von nationaler Sicherheit – während der Nixon-Ära voll zur Geltung. Politische Gegner im Inland werden wie ausländische Feinde behandelt, zusammen mit Generalstaatsanwalt J. Mitchell veranlasst Nixon Einbrüche in Büros der Demokraten, Fälschungen von Dokumenten, Abhörung von Offiziellen, Botschaften, Journalisten und sonstigen „Feinden“.³⁶⁶

Nixons Auffassung von Recht und Gesetz wird in einem seiner wohl berühmtesten Zitate deutlich:

„Wenn es der Präsident tut, dann bedeutet es, dass es nicht illegal ist.“³⁶⁷

Die Bush-Administration, so Schlesinger und in seiner expliziten Nachfolge Rudalevige³⁶⁸, nutzte nach dem 11. September 2001 die Gunst der Stunde und sorgte im Namen der Anti-Terrorismus-Politik und des weltweiten „Krieges gegen den Terrorismus“ für eine Zentralisierung der Macht, die manche sogar an die Zeiten von Nixon, den Vietnamkrieg und die damalige „imperiale Präsidentschaft“ denken ließ.³⁶⁹

Wiederum ließen sich bei Bush, so Schlesinger und auch Rudalevige, eine expansive Lesart von nationaler Sicherheit (in einer Krisenzeit) und eine verschlossene Exekutive, die wichtige Informationen dem Kongress und dem Wahlvolk vorenthält, feststellen.³⁷⁰ Die Rechtfertigung durch den „Krieg gegen den Terror“ sorgte dafür, dass beides bei der Legislative und der Bevölkerung lange Zeit durchgehen konnte.

³⁶⁶ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xvi.

³⁶⁷ R. Nixon, zitiert nach: Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xvi. Eigene Übersetzung.

³⁶⁸ Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. xi. Von der Nachfolge kündigt bereits der Titel.

³⁶⁹ Vgl. A. Rudalevige: „The Contemporary Presidency“, a.a.O., S. 511-512.

³⁷⁰ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xvi ff. und *passim*; Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 211-260 und *passim*.

Nach dem 11. September erklärte sich Bush zum Präsidenten im Krieg (*wartime president*), dem dadurch einige Vollmachten zufielen.³⁷¹ Gleichzeitig aber erklärte er den Krieg nur *politisch* und nicht im juristischen Sinne, denn laut der Verfassung darf, wie erwähnt, nur der Kongress eine Kriegserklärung abgeben. Mit einer Kriegserklärung durch den Kongress würde sich aber Bush als Präsident die Hände binden lassen – der Kongress würde bestimmte politische Zwecke festschreiben, über die Zielsetzung im Krieg, die Art des Krieges, seine Dauer und seine Finanzierung bestimmen. Stattdessen kam es zu einer Kriegserklärung, die Bush nach politischem Belieben abgeben konnte, in einem Krieg, dessen Typus nicht definiert und dessen Ende nicht bestimmt ist: Was ist der „Krieg gegen den Terror“? Ist es überhaupt ein Krieg? Wie bei der Diskussion der neuen Kriege angedeutet, verschwimmt hier die Grenze zwischen Justiz und Militär, Innen- und Außenpolitik. Gegen wen wird er geführt? Unter welchen Bedingungen ist er zu Ende? Wann kann man von einem „Sieg“ sprechen?³⁷²

Offene Fragen, worauf die Antworten von der Bush-Administration nach Belieben politisch festgelegt wurden, mit dem Ergebnis dass:

- (1) Die Grenze zwischen Justiz und Militär verschwamm und somit ein militarisierter Strafvollzug entstand (*militarisation of law enforcement*);
- (2) Die Kontrolle durch die dritte Gewalt – die Judikative – abgelehnt wurde;
- (3) Der Kongress mit seinen Ausschüssen ignoriert wurde.³⁷³

³⁷¹ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 510.

³⁷² Vgl. Ebd., S. 527.

³⁷³ Vgl. Ebd., S. 511ff.

Ein paar wichtige empirische Beispiele mögen hier genügen:

Für die *Militarisierung des Strafvollzugs und den Entzug der Exekutive vor gerichtlicher Kontrolle* steht „beispielhaft“ der *Military Order on Detention and Tribunals*, ein *executive order*, der bereits am 13. November 2001 erlassen wurde.

Hiernach können Nicht-Bürger der Vereinigten Staaten (Ausländer), die verdächtigt werden Mitglied der Al-Qaida zu sein, in irgendeinem Zusammenhang in einen Terrorakt involviert sind oder wissend einen Terroristen beherbergen nach Kriegsrecht (!) auf *Verdacht* festgenommen und vor ein Militärtribunal gestellt werden. Ob jemand, der des Terrorismus verdächtigt wird, festgenommen wird und möglicherweise vor ein Militärgericht kommt, entscheidet der Verteidigungsminister allein. Die zivilen Gerichte spielen hierbei keine Rolle.³⁷⁴

Welchen Status ein Festgenommener erhält (feindlicher Kombattant – *unlawful combatant*, Kriegsgefangener oder Unschuldiger), wird durch ein Militärtribunal (*Combatant Status Review Tribunal*) festgelegt.³⁷⁵ Im Falle der in Guantanamo Inhaftierten wurden in 104 Entscheidungen 103 Inhaftierte als rechtlose „feindliche Kombattanten“ verurteilt – und einer als Unschuldiger freigelassen.³⁷⁶

Sogar US-Staatsbürger wie der in Afghanistan „gefasste“, vermeintliche Kombattant Mr. Hamdi, wurden willkürlich durch Deklarationen des Verteidigungsministers festgenommen. Die Militarisierung des Strafvollzugs und fehlende judikative Kontrolle ist offensichtlich.³⁷⁷

³⁷⁴ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 517-520.

³⁷⁵ Für die Unterscheidung zwischen dem Status als Kriegsgefangener und dem als feindlicher Kombattant siehe die Diskussion im Rahmen dieser Arbeit auf S. 31ff.

³⁷⁶ Vgl. A. Rudalevige: *THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY*, a.a.O., S. 233.

³⁷⁷ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 520.

Ebenso die Verletzung von Bürgerrechten, die für eine imperiale Präsidentschaft typisch ist.

Der Kongress mit seinen Kontrollrechten und der grundlegenden, gegenüber der Exekutive sehr kritischen Praxis der Anhörungen (*Hearings*), wurde ebenfalls ausgehebelt.

So geschehen zunächst im Falle der *Authorization for Use of Military Force*, die durch beide Kammern bereits am 14. September 2001 beschlossen wurde.³⁷⁸

Diese wurde hinter verschlossenen Türen zwischen Mitarbeitern des Weißen Hauses und der Führung des Kongresses ausgearbeitet und im Senat mit 98-0 Stimmen verabschiedet; im Repräsentantenhaus gab es sogar ein 420-1 (!). In beiden Häusern gab es vor der Abstimmung keine Debatte, diese fand erst nach der Verabschiedung statt.³⁷⁹

Die Resolution autorisierte den Gebrauch von Streitkräften gegen diejenigen, die terroristische Attacken begangen haben und alle, die die terroristischen Akte geplant, autorisiert bzw. bei Terrorakten geholfen oder Organisationen oder Personen einen „sicheren Hafen“ geboten haben, die des Terrorismus schuldig sind.³⁸⁰

In der Resolution wurde die WPR explizit genannt. Die Resolution sollte demnach als die Autorisierung des Kongresses für militärische Aktionen gemäß den Bestimmungen der WPR gelten. Die Bush-Administration verlautete jedoch, dass sie auch ohne eine solche Resolution zur Kriegsführung berechtigt sei. Schließlich sei Bush der Oberbefehlshaber und das Recht zum Krieg liege somit in seinen konstitutionell verankerten Prärogativen (Vorrechten). Selbst Kongressabgeordnete wie Senator

³⁷⁸ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 513-514.

³⁷⁹ Vgl. Ebd.

³⁸⁰ Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 215.

R. Feingold (Demokraten, Wisconsin) sprachen davon, dass die *War Powers* zwar beim Kongress liegen, jedoch kein Grund vorliege, die Resolution als verpflichtend vor einer militärischen Antwort des Präsidenten auf die terroristischen Anschläge des 11. September anzusehen. Anders gesagt könnte Bush genauso gut ohne die Resolution gegen die Taliban und Al-Qaida in Afghanistan vorgehen.³⁸¹

Hierbei ist es interessant, dass der Wortlaut der Resolution an keiner Stelle die konkreten Akteure wie die Al-Qaida und die Taliban benennt. Zwar war im Verständnis der Abgeordneten der Anlass klar – es war der 11. September und die Ermächtigung der Exekutive eine Antwort auf *diesen* terroristischen Akt, *dessen* Urheber und (passiven oder aktiven) Unterstützer. Doch potenziell lässt sich diese Resolution unbegrenzt anwenden – wer auch immer wo auch immer terroristische Akte plant, begeht und bei ihnen hilft, gegen den darf *permanent* Krieg geführt werden. Auch wurden durch die Resolution nicht – wie von den Verhandlungsführern seitens des Kongresses vorgeschlagen – Berichtspflichten der Exekutive festgeschrieben. Diese musste damit zum Beispiel vor einem militärischen Eingriff in Afghanistan nicht konkret die Akteure benennen, gegen die sie vorgehen will und beweisen, dass es gerade die Urheber bzw. Unterstützer des Terrorismus sind.³⁸²

Bei der unbegrenzten Inhaftierung sogar von us-amerikanischen Staatsbürgern wie Mr. Hamdi berief sich die Exekutive später erfolgreich vor zivilen Gerichten auf diese Vollmacht, die ihr durch die Resolution verliehen wurde. Sie musste nicht die Schuld beweisen; jemand, der sich in Afghanistan zum Zeitpunkt des Krieges befand, konnte einfach als

³⁸¹ Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 216.

³⁸² Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 513-514.

„Kombattant“ deklariert und festgenommen (oder umgebracht) werden.³⁸³ Bei solch einer Rechtsauslegung, die durch den Kongress legitimiert wurde, war Guantanamo Bay bereits nicht weit.

Immerhin schaffte es der Kongress dem Verlangen der Exekutive nach unbegrenzten finanziellen Mitteln, über die allein die Exekutive verfügen durfte, Einhalt zu gebieten. Bewilligt wurden „nur“ 20 Milliarden US-Dollar als Hilfsmaßnahme für die von den Attacken Betroffenen, die zerstörte Infrastruktur *und* die Vergeltung. Weitere 20 *Millionen* US-Dollar würden für später bereitgestellt, allerdings nur unter der Kontrolle des Kongresses.³⁸⁴

Schließlich schafften es auch die Verhandlungsführer des Kongresses, die Formulierung der Exekutive von einer Ermächtigung für „abschreckende“ und „präemptive“, also „vorbeugende“ Akte gegen den Terrorismus oder eine Aggression gegen die USA abzulehnen.³⁸⁵ Dieser „Blankoscheck“ kam allerdings später im Zuge der Nationalen Sicherheits Strategie (*National Security Strategy, NSS*) von 2002, die vom Nationalen Sicherheitsrat erstellt wurde und bei der der Kongress keine Einspruchsrechte hatte, wieder rein und wurde bereits 2003 während des Irakkriegs praktisch angewandt.³⁸⁶

Genauso wie bei der *Authorization for Use of Military Force* wurde beim innenpolitischen *Patriot Act* verfahren: Es gab schnell abgeschlossene Verhandlungen zwischen den Führern des Kongresses und Mitarbeitern der Exekutive, hinter verschlossenen Türen und intransparent.

Der Kongress stimmte mit überwältigender Mehrheit zu (diesmal 98-1 im Senat und 357-66 im Kongress am 24. und 25. Oktober 2001, kaum einen

³⁸³ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 520.

³⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 513-514.

³⁸⁵ Vgl. Ebd.

³⁸⁶ Vgl. Ebd., S. 520-523.

Monat nach den Terroranschlägen) und zwar ohne über den Gesetzesvorschlag überhaupt eine Debatte zu führen.

Dabei gäbe es etwas zu beraten: Die Exekutive wurde zum Beispiel ermächtigt, Nicht-Bürger auf Verdacht auf sieben Tage festzunehmen, wenn der Justizminister *glaubte*, dass sie eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellten (dies ist allerdings immer noch wenig im Vergleich mit dem oben erläuterten *Military Order on Detention and Tribunals*); Ermächtigung der Justiz auf Ergebnisse der Überwachung durch CIA und andere Auslandsgeheimdienste zurück zu greifen; Überwachung, die der Person und nicht, wie gewöhnlich, dem Telefon folgt.³⁸⁷ Sogar die Lesegewohnheiten der Benutzer öffentlicher Bibliotheken und die Kreditkartengeschichte von Privatpersonen wurden vom FBI unter die Lupe genommen.³⁸⁸

Wie im Falle der *Authorization for Use of Military Force* wurde dieses Vorgehen von der Bush-Administration mit dem „nationalen Notstand“ und der „imminenten Gefahr“ von weiteren Anschlägen begründet. Damit berief sich die Bush-Administration auf die *emergency prerogative*

J. Lockes, wonach die Exekutive das Recht habe, im Ausnahmezustand das herkömmliche Recht zu brechen, um sich selbst zu erhalten (Existenzbedrohung für die Exekutive selbst). Für Beratungen gebe es da keine Zeit.³⁸⁹

³⁸⁷ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 514-517.

³⁸⁸ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xvi ff.

³⁸⁹ Vgl. Ebd., S. xiii.

Der *Patriot Act*³⁹⁰ war für die Innenpolitik das, was die *Authorization for Use of Military Force* für die Außenpolitik war: *Eine durch den Kongress legitimierte Zentralisierung der Macht in den Händen einer zunehmend nicht mehr kontrollierten Exekutive.*³⁹¹

Die *Irak-Resolution* vom 16. Oktober 2002, ein Jahr nach den Terroranschlägen des 11. September, ermächtigte den Präsidenten zum *ersten Mal* in der us-amerikanischen Geschichte überhaupt den Zeitpunkt und die Bedingungen für einen präemptiven, vorbeugenden Krieg *selbst zu beschließen.*³⁹²

Der Kongress hat damit de-facto seine eigene konstitutionell verbrieftete Rolle freiwillig an die Exekutive „abgegeben“. Zwar wurde an den Resolutions-Entwurf der Bush-Administration eine Phrase hinzugefügt, wonach die Resolution eine Autorisierung eines Militäreinsatzes im Sinne der WPR sei. Auch Berichtspflichten im Sinne der WPR wurden seitens der Unterhändler des Kongresses in die Resolution eingebracht. Doch im

³⁹⁰ Der Patriot Act wurde 2006 vom Kongress verlängert; allerdings erklärten 2007 ein Bundesgericht in New York und eines in Oregon Teile des Gesetzes für verfassungswidrig, da nicht rechtsstaatskonform.

Vgl. W. Eschenhagen: Vereinigte Staaten von Amerika. In: Der Fischer Weltatlas 2009. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main 2008. S. 500-511; hier: S. 507.

³⁹¹ Hinzu kam die Einrichtung von zentralisierten Superbehörden wie dem Department of Homeland Security (DHS), das mehr als 30 Programme und Behörden im Bereich der inneren Sicherheit bündelte, die wie Terrorismusbekämpfung und Grenzsicherung nach dem 11. September zunehmend mit der Außen- und Sicherheitspolitik verknüpft wurden. Vgl. A. G. Whittaker; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth: THE NATIONAL SECURITY POLICY PROCESS: THE NATIONAL SECURITY COUNCIL AND INTERAGENCY SYSTEM. In: G. Marcella (Hg.): AFFAIRS OF THE STATE: THE INTERAGENCY AND NATIONAL SECURITY. Strategic Studies Institute (SSI). Carlisle, PA. 2008. S. 97–170; hier: S. 157 ff.

Online verfügbar unter:

<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB896.pdf>, zuletzt geprüft am 08.08.2012.

³⁹² Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 523.

Vergleich zu dem Recht, selbst den Zeitpunkt und die Bedingungen für einen Krieg zu bestimmen, gelten solche Einschränkungen wenig.³⁹³

Völkerrechtlich gesehen war die Irak Resolution höchst umstritten: Ein Recht auf einen präemptiven, vorbeugenden Krieg kann es nur geben, wenn die Gefahr unmittelbar bevorsteht und klar ersichtlich ist, dass ein Einsatz von Streitkräften unbedingt *notwendig* ist (der Krieg als *ultima ratio*) und es keine Zeit mehr für Beratungen über diese Gefahr gibt.³⁹⁴

Dagegen beschloss die Resolution das Recht eines Präsidenten, wann es ihm in der Zukunft beliebt Krieg zu führen (die Gefahr konnte also wohl nicht unmittelbar bevorstehen, immerhin vergingen zwischen der Resolution und dem Krieg noch mehrere Monate).³⁹⁵

Überhaupt waren alle drei Kriterien beim 2003 begonnenen Irak-Krieg nicht erfüllt: Die Gefahr, die der Irak für die USA darstellt, war *nicht* ersichtlich (die Behauptungen über angebliche Massenvernichtungswaffen chemischer und atomarer Art konnten nie bestätigt werden), sie war damit auch nicht dringlich und ein militärisches Eingreifen überhaupt nicht notwendig.³⁹⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die allumfängliche Berufung der Bush-Administration auf die nationale Sicherheit nach dem 11. September mit fehlender legislativer und judikativer Kontrolle und der Einschränkung von Bürgerrechten einherging. Auch das zweite Kriterium für eine

³⁹³ Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 220.

³⁹⁴ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 525.

³⁹⁵ Vgl. Ebd. Das heißt, die Resolution ermächtigte den Präsidenten faktisch zu einem völkerrechtswidrigen *präventiven* Krieg. Ein *präemptiver* Krieg (wenn die Gefahr *unmittelbar* bevorsteht) wäre dagegen völkerrechtskonform.

Interessanterweise sind Mitglieder der Bush-Administration wie der Verteidigungsminister D. Rumsfeld sofort nach dem 11. September mit der Idee vorgeprescht, Irak mit dem internationalen islamistischen Terrorismus zu verbinden und ihn „vorbeugend“ anzugreifen. Vgl. B. Woodward: Bush At War. New York u.a. 2003. S. 49. Dort wird eine NSC-Sitzung am 12. September 2001 beschrieben.

³⁹⁶ Vgl. N. Kassop, a.a.O., S. 522.

imperiale Präsidentschaft wurde erfüllt: eine Logik der Geheimhaltung und Täuschung war am Werk.

So lässt sich die illegale Zurückweisung des *Freedom of Information Act* (1966) durch die Bush-Administration verstehen.

Dieses Gesetz des Kongresses legte fest, dass der offene Zugang zu Akten der Regierung die *Regel* sein sollte. Die Exekutive sollte die Nicht-Herausgabe rechtfertigen – und nicht der Antragssteller sein Zugangsrecht.³⁹⁷

Der Justizminister J. Ashcroft (2001-2005) gab dagegen intern vor, dass föderale Beamte Aufzeichnungen zurückhalten können und das Justizministerium sie in dieser Geheimhaltungstaktik unterstützen wird.³⁹⁸

Mit einem der vielen *executive orders* (Executive Order 13223) ging die Bush-Administration so weit, dass der Präsident die Herausgabe von Akten einer früheren Administration (z.B. von seinem Vorgänger) stoppen kann, sogar wenn die scheidende Administration selbst einer Publikation zugestimmt hat. Das *Reform Committee* im Repräsentantenhaus sprach sich einstimmig gegen diesen *executive order* aus.³⁹⁹

Die Informationen, die der Kongress (wie die Weltöffentlichkeit) zum angeblichen Massenvernichtungsmittel-Besitz Iraks erhielt, waren nicht nur fehlerhaft, sie wurden mutmaßlich in die „richtige Richtung“ manipuliert.

Vor diesem Hintergrund stimmt der Verfasser nicht mit M. Thunert überein, der in Bushs Präsidentschaft nichts Imperiales entdecken will, da das „Geheimhaltungs-Kriterium“ nicht erfüllt worden sei.⁴⁰⁰

³⁹⁷ Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xx-xxi.

³⁹⁸ Vgl. Ebd.

³⁹⁹ Vgl. Ebd.

⁴⁰⁰ Vgl. M. Thunert, a.a.O., S. 135-165.

Während der Bush-Präsidentschaft kam es zu einer Art ideologischer „Hintergrund-Musik“, die die Machtausweitung der Exekutive legalistisch rechtfertigen sollte. Bezeichnenderweise waren frühere Vertreter dieser so genannten „*unitary executive*“ Theorie früher in der Reagan-Administration tätig, deren Umgang mit Kongress und Öffentlichkeit ebenfalls auf negative Art und Weise berühmt wurde (siehe u.a. die Iran-Contra-Affäre).⁴⁰¹

Einer der jüngeren und bekannteren Vertreter dieser Theorie ist John Yoo. Von 2001 bis 2003 war er *Deputy Assistant Attorney General* im *Office of Legal Counsel* des Justizministeriums. Diese Behörde ist die zentrale Rechtsberatung des Präsidenten. Heute ist Yoo Juraprofessor an der University of California in Berkeley.

Während seiner Zeit im *Office of Legal Counsel* war Yoo maßgeblich an der Erstellung der *Torture Memos* beteiligt, die Folter an „feindlichen Kombattanten“ in Guantanamo, in CIA-Geheimgefängnissen u.a. in Polen und in den afghanischen und irakischen Gefangenenlagern rechtfertigten.⁴⁰²

Yoo beruft sich in der Legitimation der unilateralen Vollmachten der Exekutive in der Sicherheitspolitik auf die weiter oben zitierten historischen Präzedenzfälle (u.a. der Nichtanerkennung der WPR durch alle Präsidenten), wie auf geopolitische Notwendigkeiten des unsicheren, anarchischen internationalen Systems und auf die bereits analysierten strukturellen Vorteile der Exekutive wie Schnelligkeit und Geschlossenheit.⁴⁰³

⁴⁰¹ Vgl. R. W. Waterman, a.a.O., o.S.

⁴⁰² Vgl. K. R. Mayer: *Going alone*, a.a.O., o.S.

⁴⁰³ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 19 und *passim*.

Er strebt eine starke, geschlossene Exekutive an. Gemäß der expansiven Lesart des Art. 2 durch die Verfechter der *unitary executive* Theorie liegt alle exekutive Macht beim Präsidenten.⁴⁰⁴

Der Kongress hat in Fragen von Krieg und Frieden nur das Recht, die notwendigen finanziellen Mittel für die Kriegsführung zu entziehen bzw. erst gar nicht zu bewilligen (*power of the purse*) oder zum Mittel der Amtsenthebung (*impeachment*) zu greifen.⁴⁰⁵

Laut Yoo ist der Präsident auch Interpret und Hüter der internationalen Verträge und hat das Recht diese ohne Mitwirkung des Kongresses (Senat) zu kündigen.⁴⁰⁶ Der Kongress kann nur Verträge aufheben, indem er innenpolitische Gesetzgebung erlässt, die mit den internationalen Verpflichtungen nicht konform ist oder die Finanzmittel für die Umsetzung der Vertragsverpflichtungen verweigert.⁴⁰⁷ Dazu kommt, wie bereits erwähnt, dass der Präsident den Kongress bei der Vertragsschließung umgehen kann, indem er ein *executive agreement* eingeht.

Yoo argumentiert mit der Normativität des Faktischen. Jedoch bleibt aus Sicht des Verfassers zu fragen, inwiefern die (historisch überlieferte und aktuelle) Praxis der Präsidenten der Verfassung und der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten widerspricht und Gewaltenteilung, die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative und Judikative und Bürger- und Menschenrechte beachtet werden. Schließlich ist Verfassungsbruch kein Präzedenzfall und kann nicht im Nachhinein zur Rechtfertigung gezogen werden die Verfassung noch mal zu brechen.

Vor dem Hintergrund der Bush-Administration hat sich Präsident Obama eigentlich von einer unilateralen, imperialen Präsidentschaft distanziert.

⁴⁰⁴ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 18.

⁴⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 22; Vgl. auch M. Thunert, a.a.O., S. 135-165.

⁴⁰⁶ Vgl. J. Yoo, a.a.O., S. 14-15.

⁴⁰⁷ Vgl. Ebd., S. 23.

Doch in der Praxis, so viele Beobachter, setzt Obama diese fort: Die Rekordzahl von *executive orders*, Zurückweisung der WPR im Libyen-Krieg, extra-konstitutionelle Drohnen-Angriffe und die internationale Überwachung durch die NSA seien als Beispiele einer unilateralen Präsidentschaft genannt.⁴⁰⁸ J. Turley, Verfassungsrechtler an der George Washington University in Washington D.C., drückt es zusammenfassend so aus:

„Präsident Obama fällt vollumfänglich unter die Definition einer imperialen Präsidentschaft. Er ist der Präsident, der Richard Nixon immer sein wollte.“⁴⁰⁹

Gleichfalls muss auch erwähnt werden, dass Obama den Großteil seiner Amtszeit mit *divided government* verbracht hat und voraussichtlich auch verbringen wird – das Repräsentantenhaus ist und bleibt fest in republikanischer Hand, der Senat (vorerst noch) knapp in demokratischer. Am Beispiel Obamas lässt sich folglich das aufzeigen, was weiter oben schon festgestellt wurde: Starke innenpolitische Polarisierung verbunden mit der Mehrheit der Opposition in einem der beiden Häuser lässt dem Präsidenten eine unilaterale Strategie attraktiver erscheinen. Das Verhandlungsmodell Neustadts tritt demgegenüber in den Hintergrund.

⁴⁰⁸ Vgl. L. Feldmann, a.a.O., o.S.; Vgl. J. Crouch; M. J. Rozell; M. A. Sollenberger: President Obama's Signing Statements and the Expansion of Executive Power. In: Presidential Studies Quarterly, Jg. 43, Nr. 4, 2013. S. 883-899. Online verfügbar unter http://www.markrozell.gmu.edu/wp-content/uploads/2011/11/President_Obamas_Signing_Statements.pdf, zuletzt geprüft am 07.08.2014.

⁴⁰⁹ J. Turley, zit. nach: Vgl. L. Feldmann, a.a.O., o.S. Eigene Übersetzung.

Es ist eine imperiale Präsidentschaft entstanden. A. Rudalevige fasst in seinem grundlegenden Buch über die imperiale Präsidentschaft am Beispiel Bushs die hier schon behandelten Gründe glänzend zusammen:⁴¹⁰

- Die imperiale Präsidentschaft ist nur so stark, weil der Kongress so schwach ist. Dafür sorgt neben der analysierten strukturellen Handlungsschwäche, gepaart mit der Dominanz von lokalen Lobbyinteressen, die Angst vor Verantwortung (wenn es im Krieg gut läuft, dann kann sich der einzelne Abgeordnete damit schmücken, den Präsidenten ermächtigt zu haben; wenn es schlecht läuft, dann liegt die Schuld allein beim „omnipotenten“ Präsidenten). Auch der *rally round the flag* Effekt in Krisenzeiten tut sein übriges. Niemand will als „unpatriotisch“ dastehen und den im Falle eines Krieges oder einer Krise zunächst ungemein beliebten Präsidenten kritisieren;⁴¹¹
- Plebiszitäre Präsidentschaft. Der Präsident ist der einzige, der ein *nationales*, direktes Mandat hat. Schon in den Urwahlen (*primaries*) fängt eine massenmediale Personalisierung der Politik an, die noch mehr zur plebiszitären Präsidentschaft beiträgt. Rudalevige spricht von einem „imperialen Elektorat“, dessen Kritikniveau in

⁴¹⁰ Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 275-285.

⁴¹¹ Es ist bezeichnend, dass der Kongress bis einschließlich 2006 kein einziges Mal ein Veto gegen eine Initiative des Präsidenten einbrachte. Das gab es zuvor nur zu Zeiten des zweiten Präsidenten, Th. Jefferson, bald nach der Unabhängigkeit der USA. Vgl. A. Rudalevige: „The Contemporary Presidency“, a.a.O., S. 511-512.

Zur *Zusammensetzung* des Kongresses Vgl.: Party Division in the Senate, 1789-Present. Online verfügbar unter:

http://www.senate.gov/pagelayout/history/one_item_and_teasers/partydiv.htm (Senat) **und**

Vgl. Party Divisions of the House of Representatives (1789 to Present). Online verfügbar unter: http://artandhistory.house.gov/house_history/partyDiv.aspx (Repräsentantenhaus); zuletzt geprüft am 06.08.2012.

Krisenzeiten stark sinkt.⁴¹² Gleichzeitig sorgt die erwähnte Polarisierung der Massenmedien dafür, dass statt des Austauschs von Argumenten ein ideologisch geführter Schlagabtausch geführt wird;

- Innenpolitische Polarisierung, knappe Mehrheiten, geteilte Macht im Kongress. Das führt dazu, dass sich die „Partei des Präsidenten“ enger um „ihren“ Präsidenten schart und lässt gleichzeitig eine unilaterale Strategie attraktiver erscheinen, um trotz Blockade die Politik des Präsidenten durchzusetzen

*Wie aus dieser summarischen Aufzählung und der Argumentation des Verfassers hervorgeht, ist die imperiale Präsidentschaft immer kontingent und nie verfassungsmäßig.*⁴¹³ Die Verfassung der Vereinigten Staaten setzt auf Gewaltenteilung und vor allem Gewaltenverschränkung, auf Kontrolle der Exekutive durch Legislative und Judikative und Bürger- und Menschenrechte.

Mehrmals in der Geschichte hat der Kongress bewiesen, dass er – bei einem Präsidenten, der durch einen Krieg und/oder Machtexzesse im Inneren (wie sie die imperiale Präsidentschaft kennzeichnen) massiv an Zustimmung verloren hat – „zurückschlagen“ kann. Die Phase nach Watergate und in der Endphase des Vietnamkrieges z.B. markiert eine „*congressional resurgence*“.⁴¹⁴ Nicht umsonst wurde die *War Powers*

⁴¹² Dass sich das inzwischen geändert hat, beweist eine Umfrage des Christian Science Monitors und der TIPP (2014), wonach bei einer Blockade durch den Kongress 55 % Prozent der Amerikaner gegen unilaterale Aktionen des Präsidenten wären und nur 41 % Prozent dafür. Vgl. L. Feldmann, a.a.O., o.S.

Auch Schlesinger geht davon aus, dass die amerikanische Wahlbevölkerung keine imperiale Machtpolitik nach außen unterstützt – und damit das Fundament der imperialen Präsidentschaft nach innen brüchig wird. Vgl. A. M. Schlesinger, a.a.O., S. xxi.

⁴¹³ Vgl. A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 262.

⁴¹⁴ Vgl. J. Sundquist: The Decline and Resurgence of Congress. Washington D.C. 1982.

Resolution 1973 beschlossen. Nixon wurde so erfolgreich und glaubwürdig Impeachment angedroht, dass er von sich aus zurücktrat. Die Gerichte gingen gegen die Vorenthaltung von Informationen seitens der Exekutive vor, wie die Herausgabe der Pentagon-Papers beweist, die die Nixon-Administration verhindern wollte.⁴¹⁵

Ob der Kongress in der zweiten Präsidentschaft Bushs „wiederauferstanden“ ist, ist umstritten. Zumindest gab es verstärkte Kritik an der Strategie im Afghanistan- und vor allem Irakkrieg (siehe 5.0) und die Gerichte entschieden, dass der *Patriot Act* nicht verfassungsmäßig und „feindliche Kombattanten“ mit us-amerikanischer Staatsbürgerschaft nicht per exekutivem Fiat ohne Beweise in Gewahrsam genommen werden durften (Fall *Hamdi*).⁴¹⁶ Auch unter Obama, dessen Amts- und Kriegsführung in Afghanistan zunehmend unbeliebt werden, gibt es starke Kritik aus dem Kongress und sogar ein *government shutdown* durch die Republikaner nach Erreichen der Schuldenobergrenze.⁴¹⁷

Phasen eines wieder selbstbewusst werdenden Kongress gehen mit unpopulären Präsidenten einher und bieten einzelnen Kongressabgeordneten (vor allem den Mehrheitsführern und Komiteevorsitzenden) eine gelungene Möglichkeit, sich zu profilieren und für ein höheres Amt zu empfehlen. Beispiele sind Senator Obama gegen Bush oder Senator John McCain gegen Bush – letzterer um sich vor allem

⁴¹⁵ Vgl. R. S. McNamara: Vietnam – das Trauma einer Weltmacht. 2. Aufl. Hamburg. 1996.

⁴¹⁶ Vgl. A. Rudalevige: „The Contemporary Presidency“, a.a.O., S. 506-524.

⁴¹⁷ Vgl. Ch. Lammert: Government Shutdown in den USA. 02.10.2013. Online verfügbar unter: <http://blogs.fu-berlin.de/jfkpol/2013/10/02/government-shutdown-in-den-usa/>; zuletzt geprüft am 16.09.2014.

Lammert argumentiert für die nach wie vor gegebene Wichtigkeit der lokalen Interessen in den Wahlbezirken und gegen die Behauptung, die Mehrheitsführer würden zu so etwas wie Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, die den einzelnen Abgeordneten eine strikte Disziplin bei der Stimmabgabe auferlegen.

im Präsidentschaftswahlkampf vom unbeliebten Präsidenten aus der eigenen Partei abzusetzen (und so die eigenen Wahlchancen zu erhöhen).⁴¹⁸

Folglich wird die Validität meines Machtverteilungsmodells zur Bestimmung des Zentralisierungsgrades durch die Empirie bestätigt.

Die Stellung des Kongresses in der Außen- und Sicherheitspolitik ließe sich darüber hinaus durch wahlprozedurale und innerinstitutionelle Reformen ausbauen:

Meiner Auffassung nach würde ein Kongress, der seinen Lokalismus (z.B. durch ein anderes Wahlsystem) überwindet, eine interne Straffung mit einer größeren Rolle für Fraktionsvorsitzende durchführt und den politischen Willen hat, dem Präsidenten „Paroli zu bieten“⁴¹⁹, in der Außenpolitik eine noch größere Rolle spielen.

Hinzukommen müsste eine Wählerschaft, die den Machtanmaßungen einer imperialen Präsidentschaft kritisch gegenübersteht, zusammen mit einer Judikative, die bereit ist, die unilateralen Aktionen des Präsidenten kritisch zu prüfen.

Die drei zusammen – Kongress, die Gerichte und die Wahlbevölkerung – könnten für ein Gleichgewicht sorgen und für eine starke Präsidentschaft, die *innerhalb* der Verfassung agiert. Denn, und daran erinnert Rudalevige zu Recht:

⁴¹⁸ Vgl. J. Hohmann: John McCain looks bad in George W. Bush's book. POLITICO. 11.06.2010. Online verfügbar unter:

<http://www.politico.com/news/stories/1110/44781.html>; zuletzt geprüft am 16.09.2014.

⁴¹⁹ Die Instrumente dafür sind da: Erinnert sei an die WPR, an Hearings von Vertretern der Exekutive vor Untersuchungskomitees, an die Einführung von Berichtspflichten, an Entzug oder Kürzung von Finanzmitteln, an Klagen von einzelnen Kongressabgeordneten vor dem Supreme Court etc. Vgl. D. L. Kriner, a.a.O., o.S.

„Man könnte sich sowohl einen machtvollen Präsidenten, als auch einen machtvollen Kongress vorstellen. Dann wäre die Ermächtigung des Präsidenten durch den Kongress durchdacht (nämlich im Rahmen der Deliberationen im Kongress, Anm. des Verfassers) und nicht reaktiv.“⁴²⁰

4.5 Die Administrative Präsidentschaft und das Beispiel des NSC

Bisher wurde die Macht des Präsidenten vor allem im interinstitutionellen Verhältnis zum Kongress dargestellt, wo sich das Entstehen einer (kontingenten) imperialen Präsidentschaft aufzeigen ließ.

Nun werde ich erläutern, über welche Machtressourcen und Beschränkungen die Präsidentschaft als Institution im Inneren verfügt, wenn man so will, in ihrem innersten Herrschaftsbereich – der Administration im und rund um das Weiße Haus.⁴²¹

Historisch gesehen ist der Apparat beim Sitz des Präsidenten eine neuere institutionelle Entwicklung.

Noch 1939 waren beim machtvollen Präsidenten F. D. Roosevelt nur acht Mitarbeiter (sic!) im *White House staff*, also direkt beim Weißen Haus, beschäftigt.⁴²²

Ironischerweise war es auch hier der Kongress, der der Stärkung der Präsidentschaft in besonderem Maße nachhalf, hier jedoch nicht durch Inaktivität, sondern ganz im Gegenteil durch viele Gesetze, die den Mitarbeiterstab und die Behördenanzahl beim Präsidenten mächtig

⁴²⁰ A. Rudalevige: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY, a.a.O., S. 273. Eigene Übersetzung.

⁴²¹ Hier erscheint gemäß Rossiter der Präsident in seiner Rolle als Regierungschef. Vgl. C. Rossiter, The Presidency - Focus of Leadership, a.a. O., S. 146-150.

⁴²² Vgl. J. P. Burke: The Institutional Presidency. In: M. Nelson (Hrsg.), a.a.O., S. 399-424; hier: S. 403.

erhöhten: Mit dem *Reorganization Act* von 1939 verfügte der Präsident erstmals über eine größere administrative Ressource, dem folgte 1946 der *Employment Act*, mit dem der *Council of Economic Advisers* beim Präsidenten geschaffen wurde und der *National Security Act* von 1947, der zum Entstehen des Nationalen Sicherheitsrats (*National Security Council*, NSC) führte.⁴²³

Seit 1980, zur Zeit J. Carters, liegt die Zahl der Mitarbeiter direkt beim Präsidenten (*White House staff*) unverändert bei 500. Dazu kommen die übrigen Behörden unter direkter präsidentieller Kontrolle

(*Executive Office*), wozu z.B. der NSC, der *Council of Economic Advisers* und das *Office of Management and Budget* gehören. Letzteres spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, indem es jedes Jahr dem Kongress einen Vorschlag für den Haushaltsplan vorlegt. Insgesamt sind im *Executive Office* über 2.000 Personen beschäftigt.⁴²⁴

Dem amerikanischen Präsidenten „unterstehen“ damit direkt mindestens 2.500 Mitarbeiter.

Was sind die Kennzeichen der administrativen Präsidentschaft und was sind ihre Auswirkungen? Im Folgenden werde ich das am Beispiel des NSC aufzeigen, eines Gremiums, das bei der internen Strategie-Debatte über den „richtigen Kurs“ im Afghanistan-Krieg sowohl unter Bush, als unter Obama eine wichtige Rolle spielte (wie die folgenden Kapitel es zeigen werden).

Der NSC koordiniert, kontrolliert und gestaltet Außen- und Sicherheitspolitik zwischen dem Außen-, dem Verteidigungsministerium, dem nationalen Geheimdienstsystem und weiteren Behörden wie der Entwicklungshilfeagentur USAID

⁴²³ Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 401.

⁴²⁴ Vgl. Ebd., S. 402.

(*US Agency for International Development*), die im Zuge des Zweiten Weltkrieges und vor allem der globalen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg entstanden sind.⁴²⁵ Damit ist der NSC ebenso ein „Kind des Kalten Krieges“ wie die imperiale Präsidentschaft überhaupt.

Die *Mitglieder* des NSC sind laut Statut:⁴²⁶

- Präsident
- Vizepräsident
- Außenminister
- Verteidigungsminister

Seine *Berater* sind:⁴²⁷

- Direktor der National Intelligence (DNI) – der nationale Geheimdienstkoordinator⁴²⁸
- Chairman of the Joint Chiefs of Staff – der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs⁴²⁹

⁴²⁵ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS: THE CHALLENGE OF ADAPTATION. In: Marcella, Gabriel (Hg.): AFFAIRS OF THE STATE: THE INTERAGENCY AND NATIONAL SECURITY. Strategic Studies Institute (SSI). Carlisle, PA. 2008. S. 1-52; hier: S. 7ff.

⁴²⁶ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 7 ff.

⁴²⁷ Vgl. Ebd.

⁴²⁸ Dieses Amt wurde 2004 für eine bessere Koordination und Informationsteilung zwischen den 16 US-Geheimdiensten geschaffen. Vor der Schaffung des DNI (und damit auch noch unmittelbar nach dem 11. September) saß der CIA-Direktor im NSC. Auch heute noch nimmt er an Sitzungen des NSC teil, allerdings nur, wenn es direkt um Belange des CIA wie vor allem die „verdeckten Operationen“ (*covert actions*) im Kampf gegen den Terrorismus geht. Vgl. A. G. Whittaker; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth, a.a.O., S. 153 ff.

⁴²⁹ Dieser ist der oberste militärische Berater des Präsidenten, hat aber keine militärische Befehlsgewalt. Er sitzt den Chefs der anderen Teilstreitkräfte vor und

Andere Berater können zu einzelnen Sitzungen hinzugeladen werden. Formale Treffen des NSC sind rar – häufig finden sie informell oder als Telekonferenz statt. Der Präsident beruft die Sitzungen und leitet sie.⁴³⁰ Dem NSC beigeordnet sind außerdem ständige Mitarbeiter (*NSC Staff*). Diese werden durch den NSA, den Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten (*National Security Advisor*) geleitet und sorgen für die tägliche Politikkoordination der Behörden, die im NSC vertreten sind.⁴³¹ Der *Nationale Sicherheitsberater* hat mehrere wichtige Aufgaben, die über die Leitung der ständigen NSC Mitarbeiter hinausgehen: Er berät den Präsidenten, wobei er alle Standpunkte der Behörden berücksichtigt, aber vom Interesse des Präsidenten (und nicht von Sonderinteressen der einzelnen Ministerien, der sogenannten *Permanenten Regierung*) ausgeht, er wacht über die Implementierung der präsidentiellen Entscheidungen in den Behörden, sorgt für Krisenmanagement, ruft neue präsidentielle Initiativen ins Leben und versorgt den Präsidenten mit Informationen über wichtige innenpolitische Vorgänge im Kongress und in der öffentlichen Meinung, die die präsidentielle Politik und Präferenzen tangieren können.⁴³² D. Rumsfeld, ein erfahrenes hochrangiges Mitglied mehrerer republikanischer Administrationen, nennt zusammenfassend drei Funktionen des NSA:⁴³³

kommt selbst von einer Teilstreitkraft (*Army, Air Force, Navy* und die Marineinfanterie – die *Marines*). Dabei ist er nicht bloß das Sprachrohr aller Teilstreitkräfte, sondern hat eine „eigene Stimme“, kann im NSC eigene Positionen vertreten. Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 7ff.; Vgl. auch A. G. Whittaker; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth, a.a.O., S. 143 ff.

⁴³⁰ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 7ff.

⁴³¹ Vgl. Ebd.

⁴³² Vgl. A. G. Whittaker; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth, a.a.O., S. 110.

⁴³³ Vgl. D. Rumsfeld: *Known and Unknown. A Memoir*. New York u.a. 2011. S. 324.

- (1) *Priorität*: Identifikation der Themen, die eine strategische Führung durch den Präsidenten verlangen;
- (2) *Organisation*: Organisation von Diskussionsprozessen zwischen den außen/sicherheitspolitischen Organen, um für eine wohlinformierte Entscheidungsgrundlage für den Präsidenten zu sorgen;
- (3) *Implementation*: Kontrollfunktion bei der Anwendung der vom Präsidenten getroffenen Entscheidungen

Unter George W. Bush traf sich der NSC seit dem 11. September so gut wie täglich; außerdem wurden Reformen durchgeführt, um das Organ selbst zu zentralisieren und im „Krieg gegen den Terrorismus“ noch effektiver zu machen.⁴³⁴

Es wurden sechs regionale Komitees (*Policy Coordinating Committees* (PCCs)) und 14 funktionale PCCs eingerichtet. Deren Aufgabe ist es Analysen den Mitgliedern des NSC zuzuleiten und die Entscheidungen des Präsidenten schnell auf den unteren Ebenen zu kommunizieren und zu koordinieren.⁴³⁵ Den PCCs gleichrangig wurde ein spezielles Gremium für den Afghanistankrieg eingerichtet, die *Afghanistan Interagency Operations Group* (AIOG). Diese koordiniert die grundlegenden Entscheidungen zu Afghanistan, berichtet über die dortigen Entwicklungen und evaluiert die ergriffenen Maßnahmen.⁴³⁶

⁴³⁴ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS , a.a.O., S. 9ff.

⁴³⁵ Vgl. A. G. Whittaker; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth, a.a.O., S. 100ff.

⁴³⁶ Vgl. Ebd., S. 105.

In der zweiten Amtszeit Bushs (2004-2008) wurde auf Initiative des Nationalen Sicherheitsberaters St. Hadley sogar der Posten eines Stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaters für Irak und Afghanistan eingerichtet. Vgl. Ebd., S. 100ff.

Der NSC spielt (und spielte schon vor George W. Bush) eine zentrale Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess: Keine Entscheidung wird getroffen, ohne durch das „Filtersystem“ des NSC hindurchgegangen und damit im besten Falle zwischen den beteiligten Behörden abgestimmt worden zu sein. Kaum jemand ist näher am Präsidenten als der Nationale Sicherheitsberater (NSA). Damit ist der NSC viel mehr als ein reines Koordinierungsorgan: Es gestaltet Politik.⁴³⁷

Allerdings führt genau dieser Anspruch zum Widerstand innerhalb der amerikanischen Exekutive. Kritiker des Gremiums machen darauf aufmerksam, dass der NSC, der laut den Plänen des Kongresses eigentlich die Macht des Präsidenten durch unabhängigen Sachverstand begrenzen sollte⁴³⁸, andere Quellen von Beratung ausschließt und damit faktisch mögliche Alternativen ausblendet.⁴³⁹

Der NSC hat sehr gute Voraussetzungen, um den sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess zu monopolisieren: Er ist so nah beim Präsidenten wie keine andere außen- und sicherheitspolitische Institution, er verfügt über große Mitarbeiterressourcen und kommt Präsidenten entgegen, die den Entscheidungsprozess innerhalb der Exekutive hierarchisieren wollen.⁴⁴⁰

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich andere außen/sicherheitspolitische Institutionen schon aus ihrem eigeninstitutionellen Interesse im Konflikt mit dem NSC befinden.

⁴³⁷ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 7ff.; insbesondere S. 15-16.

⁴³⁸ Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 407.

⁴³⁹ Vgl. Ebd., S. 406-407.

⁴⁴⁰ Vgl. K. M. Hult; C. E. Walcott: Influences on Presidential Decision Making. In: G. C. Edwards; W. G. Howell (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.

Das Außenministerium zum Beispiel hat Angst, dass das NSC die Politikgestaltung usurpiert; während umgekehrt der NSC befürchtet, dass das Außenministerium die präsidentiellen Entscheidungen nicht implementiert oder deren Implementierung hintertreibt.⁴⁴¹

In der Vergangenheit beschwerten sich viele Außenminister, dass sie nicht ausreichend Gehör beim Präsidenten fanden bzw. von der Entscheidungsfindung in manchen Fällen praktisch ausgeschlossen wurden, so unter anderem C. Vance unter Carter oder A. Haig unter Reagan.⁴⁴²

Dass Entscheidungen innerhalb von kleinen Gruppen keinen optimalen Rationalitätsgrad haben, ist aus der einschlägigen Forschung bekannt; viele Autoren empfehlen daher multiple Informations- und Ratschlagsquellen und parallele, redundante Strukturen, die am selben Problem arbeiten.⁴⁴³

Dies mag nicht effektiv sein, würde aber die Qualität der Entscheidungen erhöhen. Jedenfalls gibt es genügend historisch überlieferte Fehlentscheidungen, die im kleinen Zirkel gefällt wurden: Man denke an die missglückte Schweinebucht-Invasion unter Kennedy oder die fehlgeschlagene Geiselbefreiung im Iran unter Carter, welche unter Ausschluss des Außenministeriums geplant wurde.⁴⁴⁴

Für eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen dem NSC und dem Außenministerium, so Burke, bräuchte es zwei Dinge:

Einen Nationalen Sicherheitsberater, der als „neutraler Broker“ und nicht als Advokat einer bestimmten Politik auftritt (und damit Alternativen ausblendet bzw. nicht zum Präsidenten durchlässt) und einen Außenminister, der über langjährige Erfahrung in der präsidentiellen

⁴⁴¹ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 15.

⁴⁴² Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 407.

⁴⁴³ Vgl. K. M. Hult; C. E. Walcott, a.a.O., o.S.

⁴⁴⁴ Für letztere Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 407.

Administration verfügt, somit die inneren Prozesse kennt und ein politisches „Schwergewicht“ ist. Ein Beispiel für letzteres ist H. Kissinger, der unter Nixon Nationaler Sicherheitsberater beim NSC war und dann unter Nixon und Ford zeitweise sowohl NSA, als auch Außenminister.⁴⁴⁵

Während der Bush-Präsidentschaft versuchte der Nationale Sicherheitsberater (in Bushs erster Amtszeit C. Rice) den NSC zu koordinieren (auch die Koordinierung des Afghanistan- und Irakkrieges oblag dem NSC) und den Präsidenten zu beraten.

Die grundlegenden Entscheidungen allerdings wurden häufig außerhalb, im informellen Zirkel zwischen Bush, Rumsfeld (Verteidigungsminister), Cheney (Vize-Präsident) und Powell (Außenminister) getroffen. Dort wurde auch ihre Implementierung „von ganz oben“ überwacht.⁴⁴⁶

Rumsfeld, Powell, besonders Cheney (genannt: „die graue Eminenz“, nach Kardinal Richelieu) waren allesamt politische Schwergewichte: Rumsfeld und Cheney waren Chefs der Präsidialadministration (*chief of staff*) unter Präsident Ford und Powell der Nationale Sicherheitsberater unter Reagan. Cheney und Rumsfeld waren außerdem bereits in der Vergangenheit Verteidigungsminister und Powell war der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs.⁴⁴⁷

Aus anderen Quellen wiederum wurde berichtet, dass sich Rice trotz solcher politischer Schwergewichte durchsetzen konnte. So soll der Umriss des militärischen und politischen Handelns in Afghanistan häufig in privaten Konversationen zwischen Rice und Bush entstanden sein.⁴⁴⁸

⁴⁴⁵ Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 408.

⁴⁴⁶ Vgl. A. G. Whittaker; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth, a.a.O., S. 110ff.

⁴⁴⁷ Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 409.

⁴⁴⁸ Vgl. J. Perlez; D. Sanger; T. Shanker: From Many Voices, One Battle Strategy. In: The New York Times, 23.09.2001. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2001/09/23/us/a-nation-challenged-the-advisers-from-many-voices-one-battle-strategy.html?pagewanted=1>; zuletzt geprüft am 17.09.2014.

D. Rumsfeld als Verteidigungsminister in der Bush-Administration (2000-2006) sieht in seiner bereits zitierten Autobiographie die Rolle Rice' ziemlich kritisch. So betont er zwar, dass Rice als NSA die einzige Person war, die täglich mit Bush kommunizieren konnte. Die besondere Nähe des NSA zum Präsidenten trägt sicherlich viel zum großen Einfluss des Nationalen Sicherheitsberaters bei.⁴⁴⁹ Doch Rice und die ständigen Mitarbeiter des NSC unter ihr (*NSC staff*) hätten aus dieser Nähe falsch geschlussfolgert, dass sie sich in einer Kommandoposition befänden (*chain of command*) und versucht, Befehlshabern in Afghanistan Befehle zu erteilen oder etwa Befehlshaber vor dem Antritt ihrer Posten zu interviewen und sogar die Reisen des Verteidigungsministers selbst genehmigen zu wollen. Rumsfeld verstand dies als klare Einmischung in seinen Kompetenzbereich.⁴⁵⁰

Auf der anderen Seite bemängelt Rumsfeld den kompromissbereiten Führungsstil Rice':

Sie hätte versucht, die Positionen der einzelnen Organe miteinander zu versöhnen, durch den Einbezug aller Positionen in eine gemeinsame Vorgehensweise sollte jede Behörde, jedes Ministerium das Gefühl erhalten, ein „Gewinner“ zu sein. Keinesfalls sollte jemand als „Verlierer“ dastehen.⁴⁵¹ Rumsfeld liefert ein Beispiel aus dem Irak-Krieg: Hier hätte sein Verteidigungsministerium auf der Strategie bestanden, die syrische Regierung durch diplomatischen Druck davon abzuhalten, dschihadistische Terroristen in den Irak zu entsenden und selbst nach Massenvernichtungswaffen zu streben. Rice erstellte ein Dokument

⁴⁴⁹ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 324.

⁴⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 325.

⁴⁵¹ Vgl. Ebd., S. 326.

(*policy briefing*) in welches die Strategie des Verteidigungsministeriums Eingang fand, jedoch das Außenministerium mit der Durchführung (wenn man so will, mit der Taktik) beauftragt wurde. Das hatte nach Rumsfeld zur Folge, dass das Außenministerium (das offensichtlich nicht die Strategie des Verteidigungsministeriums teilte) mehrere hochrangige, aber ergebnislose Treffen der Syrer mit us-amerikanischen Delegationen durchführte.⁴⁵²

Nach Rumsfeld würde Rice „diplomatische Vorgehensweise“ dazu führen, dass ironischerweise gerade die „unter den Teppich gekehrten“ Differenzen zwischen den einzelnen Organen im NSC umso heftiger an die Oberfläche drangen.⁴⁵³

Handfeste Evidenz von den Machtkämpfen zwischen dem Nationalen Sicherheitsberater (und seinen ständigen Mitarbeitern im NSC), dem Außenministerium und dem Verteidigungsministerium liefert das Beispiel der institutionellen Verantwortung für den Wiederaufbau in Afghanistan und Irak. Ursprünglich wurde diese Aufgabe (erst einmal *ausschließlich* für den Irak) 2003 dem Verteidigungsministerium übertragen, dann dem Nationalen Sicherheitsberater, C. Rice, ehe schließlich durch den Kongress (2004), vom Präsidenten 2005 in einer Direktive bestätigt, das Außenministerium mit dem *Office of Coordinator of Reconstruction and Stabilization* in die Pflicht genommen wurde. Binnen zwei Jahren gab es also drei (!) verschiedene Koordinationsorgane, was zum Verzögern und Stocken des Wiederaufbaus in Afghanistan und Irak beigetragen haben dürfte.⁴⁵⁴

⁴⁵² Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 327.

⁴⁵³ Vgl. Ebd., S. 329.

⁴⁵⁴ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 25ff. Außerdem wurden vom Kongress – der das Amt doch selbst geschaffen hat –

Zusammenfassend kann man aus der Untersuchung des NSC für die Administrative Präsidentschaft als eine Machtressource des Präsidenten mehrere (aus der Sicht des Präsidenten) positive und negative Aspekte herausfiltern:

(1) *Externe Zentralisierung*: Gegenüber dem Kongress und den Ministerien mit ihren partikularen Interessen verfügt der Präsident mit seinem *White House staff* und dem *Executive Office* über mächtige Ressourcen, um die Entscheidung über die Implementierung einer bestimmten Politik, über eine bestimmte Strategie von sich aus vorzunehmen (und nicht von den genannten Akteuren oder von Lobbygruppen „aufzwingen“ zu lassen). Gleichzeitig aber sorgt die externe Zentralisierung dafür, dass andere Informations- und Beratungsquellen vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden – mit potentiell gravierenden Folgen für die Qualität der Entscheidung (Qualität und Legitimität vs. Effektivität und schnelles Handeln);⁴⁵⁵

(2) *Interne Zentralisierung*: Innerhalb des *White House staff* bzw. des *Executive Office* findet ebenfalls eine Zentralisierung statt. Der NSA oder der *White House Chief of staff* sitzen an der Spitze der Hierarchie. Auf der einen Seite sorgt das für klare Zuständigkeiten und systematisierte Arbeitsweisen, auch dafür, dass öffentliches Missfallen und die Kritik des politischen Gegners z.B. dem NSA und nicht dem Präsidenten gegenüber gilt („Blitzabweiser-Funktion“). Auf der anderen Seite kann wiederum der so Platzierte Informationen filtern und nur ihm liebsame Meinungen und

ein Jahr lang (bis 2005) keine Mittel bewilligt, so dass das Amt nur auf dem Papier bestand. Vgl. Ebd.

⁴⁵⁵ Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 406ff.; Vgl. K. M. Hult; C. E. Walcott, a.a.O., o.S.

Positionen bis zum Präsidenten durchlassen. Damit wiederholt sich innerhalb der Behörde das, was im Außenverhältnis unter Punkt (1) beschrieben wurde – mit denselben negativen Konsequenzen wie undurchdachten (außen)politischen Entscheidungen;⁴⁵⁶

(3) *Bürokratisierung*: Diese ist das Kennzeichen jeder großen Organisation und steht für ihre Professionalität (nämlich Prozessgebundenheit und nicht politische, willkürliche Lenkung). Gleichzeitig verhindert Bürokratisierung jedoch kreative Lösungen und führt zum Vorherrschen von Routine. Schließlich verbünden sich Mitarbeiter der präsidentiellen Administration mit einflussreichen Journalisten, Kongressabgeordneten, Lobbyisten, um wichtige Vorhaben gemeinsam durchzusetzen (oder ihre eigenen Karriereaussichten zu fördern). Auf der anderen Seite entwickeln die Mitarbeiter aber eine „Wir gegen sie“-Attitüde

(NSC gegen Außenministerium), die sich aus dem Kampf um die „Gunst des Präsidenten“ speist;⁴⁵⁷

(4) *Politisierung*: Als Gegenentwicklung zur Bürokratisierung wurde von mehreren Präsidenten (vor allem Reagan) eine Politisierung der eigenen Bürokratie gefördert. Dies sorgt zwar dafür, dass die Mitarbeiter mit dem Präsidenten „auf einer Linie“ sind und seine Anweisungen strikt befolgen, führt aber auch dazu, dass neutraler Sachverstand durch Apologeten einer bestimmten politischen Richtung ersetzt wird. Letzteres vergrößert die Wahrscheinlichkeit von suboptimalen Entscheidungen.⁴⁵⁸

⁴⁵⁶ Vgl. J. P. Burke, a.a.O., S. 410 ff.

⁴⁵⁷ Vgl. Ebd., S. 414-415.

⁴⁵⁸ Vgl. T. M. Moe: The Politicized Presidency. In: J. Chubb; P. Peterson (Hrsg): The New Direction in American Politics. Washington D.C. 1985. S. 235.

Innerhalb der Administrativen Präsidentschaft wirken, zusammengefasst, Faktoren wie Bürokratisierung, aber auch das „Gegenmittel“ der Politisierung der effektiven Formulierung und Implementierung einer Gesamtstrategie entgegen.

Auch wenn die Präsidenten der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg nach 1945 versucht haben, durch externe und interne Zentralisierung die Strategiefähigkeit der Exekutive zu erhöhen, so bleiben ihr doch Grenzen gesetzt – nicht nur in der Interaktion mit dem Kongress (interinstitutioneller Zentralisierungsgrad), sondern auch innerhalb der Exekutive selbst (intrainstitutioneller Zentralisierungsgrad).

4.6 Schlussfolgerungen

Insgesamt kann man nach dieser ausführlichen Behandlung der us-amerikanischen Präsidentschaft, ihrer Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik, ihres Verhältnisses zum Kongress, ihrer unilateralen Vollmachten und schließlich ihrer administrativen Ressourcen mit Fug und Recht behaupten, dass die us-amerikanische Präsidentschaft einen relativ hohen, aber kontingenten, Grad an Zentralisierung besitzt.

Kontingent weil der Kongress, wie die Gerichte und die öffentliche Meinung, bei gegebenen äußeren Umständen wie einem Krieg, der zunehmend unpopulärer wird und – unter den Bedingungen einer Finanz- und Wirtschaftskrise – mehr und mehr Ressourcen verschlingt, unter dem Eindruck von Machtexzessen der Exekutive (Abu Ghraib, Guantanamo...) durchaus in der Lage sind, gegen die imperiale Präsidentschaft „zurück zu schlagen“. So wird aus einer imperialen Präsidentschaft innerhalb von zwei Amtsperioden eine lame duck, wie in den folgenden Kapiteln zur Bush-Administration deutlich wird.

Der Zentralisierungsgrad, so folgert der Verfasser, ist in der us-amerikanischen Verfassung niedrig, in der politischen Wirklichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg relativ hoch – allerdings mit Phasen, wo äußere Umstände wie die oben genannten dafür sorgen können, dass der Kongress (und die breitere Öffentlichkeit) sich dessen „erinnern“, dass sie durchaus über Machtmittel verfügen, um auch einen imperialen Präsidenten aufs Normalmaß zu schrumpfen. Wie, wird in den folgenden empirischen Kapiteln zum Afghanistankrieg unter Bush und Obama deutlich.

5.0 Die US-Strategie im Afghanistankrieg

5.1 Afghanistan: Die Vorgeschichte eines Krieges

Der us-amerikanische Afghanistankrieg hat, wie alle Kriege, eine Vorgeschichte.⁴⁵⁹ Diese soll hier nicht in aller Ausführlichkeit behandelt werden. Gleichwohl sollen einige wichtige Ereignisse und Entwicklungen beleuchtet werden, die für das Verständnis des aktuellen Afghanistankriegs wichtig sind. Zunächst einmal ein kurzes Landesprofil.⁴⁶⁰ Danach ein konziser Abriss des sowjetischen Afghanistankrieges (1979-1989), des Bürgerkrieges unter den verschiedenen Mudschahideen-Parteien (1992-1996) und des Aufstiegs der Taliban an die Macht (1996-2001).

Afghanistan ist ein Land in Südwestasien, welches auf Grund seiner ethno-kulturellen Kennzeichen oft Zentralasien zugeordnet wird. Über eine Gesamtfläche von 655 Quadratkilometern erstreckt sich sein Territorium (damit ist es fast genau so groß wie Frankreich, Belgien, die Niederlande und Dänemark zusammen genommen).⁴⁶¹ Nachbarn des Staates sind Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan im Norden, der Iran im Westen und Süden und Pakistan im Süden und Osten (siehe *Karte 1: Ethnien und ihre geografische Verteilung in Afghanistan*).

⁴⁵⁹ Vgl. für die folgenden Ausführungen: A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 32-52.

⁴⁶⁰ Hier und im Folgenden sei angemerkt, dass ich mich auf Literatur gestützt habe, die von Afghanistan-Experten, die über zahlreiche Afghanistan-Feldaufenthalte verfügen oder vor Ort in Afghanistan arbeiten, verfasst wurde. So zum Beispiel auf Werke von Barfield, Rubin, Schetter, Raschid, Daxner u.a.

⁴⁶¹ Vgl. Anonym: Osobennosti razvedovatel'no-boevoj dejatel'nosti tschastej i podrazdelenij special'noj razvedki v uslovijach Afganistana. In: Potapov, P. P. (Hg.): Borb'ba s NVF. SSSR, Rossija i NATO v lokal'nych konfliktach. Minsk 2010. S. 63-245; hier: S. 72. Dies ist eine interne Länderanalyse der sowjetischen Armee aus der Zeit des Afghanistankrieges, die 2010 im o.g. Sammelband publiziert wurde.

Die Grenze mit China im Nordosten ist die kürzeste, mit Pakistan die längste.⁴⁶² Sie spielt wegen der schwer, im Winter kaum zugänglichen Gebirgsregionen eine große Rolle im Afghanistankrieg. Vom Nordosten nach Südwesten verläuft das mächtige Hindukuschmassiv. Afghanistan ist gekennzeichnet von verästelten Tälern und Gebirgen. Schließlich hat es eine grüne Zone mit Wäldern und Wüstenregionen vor allem an der Grenze zum Iran.

Nach wie vor ist die Verkehrsinfrastruktur schwach ausgebaut.⁴⁶³

Der Großteil des Landes ist rural geprägt, es gibt Verkehrsverbindungen nur zwischen den großen Städten des Landes (Kabul, Mazar-i Scharif, Kunduz, Dschalabad im Nordosten und Zentralafghanistan, Herat im Westen an der Grenze zu Iran, Kandahar im Süden nicht weit von Pakistan).⁴⁶⁴ 1979, am Vorabend der sowjetischen Intervention, waren rund 80 % Prozent der Afghanen Bauern.⁴⁶⁵

Die Gesellschaft Afghanistans (wenn denn solch' ein Begriff aus der modernen westlichen Soziologie Afghanistan angemessen ist) war in seiner jahrhundertealten Geschichte, die bis in die Zeiten Alexander des Großen und später arabischer Forschungsreisender in der Frühzeit des Islam reicht, stets ein Flickenteppich von Ethnien mit einer Vielzahl von Stämmen:

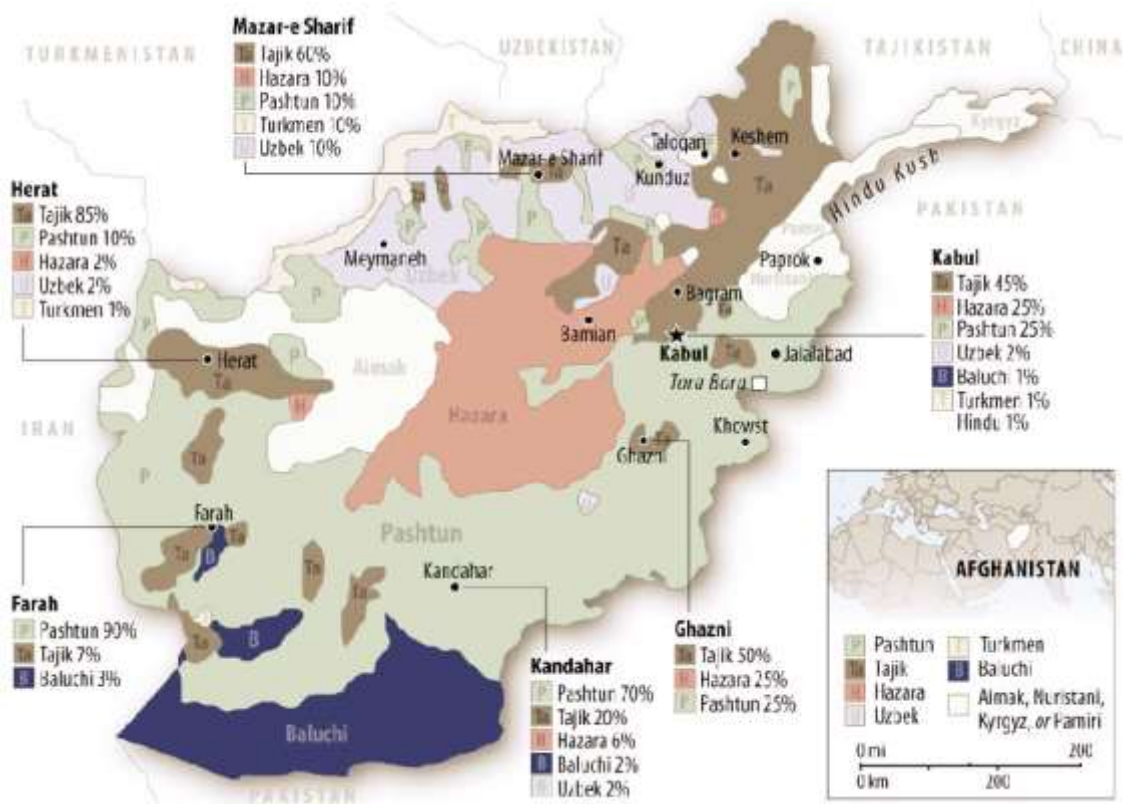
⁴⁶² Vgl. Ebd.

⁴⁶³ Vgl. C. Schetter: Afghanistan. In: von Gumpfenberg, Marie-Carin; Steinbach, Udo (Hg.): Zentralasien. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Ein Lexikon. München 2004. S. 11-19; hier: S. 11.

⁴⁶⁴ Vgl. Anonym: Osobennosti razvedovatel'no-boevoj dejatel'nosti, a.a.O., S. 72-73.

⁴⁶⁵ Vgl. Anonym: CPSU CC Politburo transcript (excerpt), 13 November 1986. Document 18. Aus: TsKhSD, f. 89, per. 42, dok. 16; provided by M. Kramer; trans. by D. Rozas. In: Savranskaya, Svetlana (Hg.): Afghanistan: Lessons from the Last War. The Soviet Experience in Afghanistan: Russian Documents and Memoirs (2). George Washington University. National Security Archive (NSA). Online verfügbar unter <http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB57/r18.pdf>, zuletzt geprüft am 19.10.2014. Das ist übrigens die englischsprachige Übersetzung des offiziellen Protokolls der Politbürositzung, auf der der Abzug aus Afghanistan beschlossen wurde.

Karte 1: Ethnien und ihre geografische Verteilung in Afghanistan⁴⁶⁶



Paschtunen (oder Puschtunen) haben die relative Mehrheit an der Bevölkerung (35 – 45 % Prozent aller 28,7 Millionen Afghanen im Jahre 2003) und teilen sich wiederum in mehrere Stämme. Kirgisen, Usbeken, Tadschiken und Turkmenen leben ebenso wie persischsprachige Hazaras und viele weitere Ethnien im Land.⁴⁶⁷ Es fällt hier schwer von „nationalen Minderheiten“ zu sprechen (ein Begriff der auf Westeuropa, zum Beispiel

⁴⁶⁶ Karte aus: Vgl. K. Katzman: Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy. CRS Report RL30588. Washington D.C. 2014. Online verfügbar unter: <http://fas.org/sgp/crs/row/RL30588.pdf>; zuletzt geprüft am 03.10.2014. (Figure A-2. Map of Afghan Ethnicities).

⁴⁶⁷ Vgl. C. Schetter, a.a.O., S. 11. Die Daten geben Schätzungen aus dem Jahr 2003 wider. Wie bei anderen Entwicklungsländern auch, sind solcherlei Schätzungen mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren: Afghanistan verfügte über kein Personenstandregister, nomadisierende Stämme wie die Paschtunen in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion können statistisch nicht wirklich erfasst werden.

auf die Sorben in der Lausitz oder die Dänen in Schleswig-Holstein passt), denn erstens war Afghanistan nie ein Nationalstaat und zweitens stellen die genannten „Minderheiten“ zusammengenommen die *Mehrheit* an der Bevölkerung. Ein zentralistischer Staat konnte sich aus Gründen der vielfältigen ethnischen und religiösen afghanischen Stammesgesellschaft nie ausbilden. Die Loyalität eines Bauern gilt vor allem seinem Stamm, dem *Qawm* (Netzwerk aus der Großfamilie, dem Clan, der Dorfgemeinschaft und seinen Berufsgenossen) und, auf der Makroebene, seiner Ethnie.⁴⁶⁸

Als verbindendes Element in Afghanistan kann insbesondere der Islam gelten; 99 Prozent der Afghanen sind Muslime, auch wenn es Unterschiede zwischen Schiiten (Hazaras, Tadschiken) und Sunniten-Sufis (Paschtunen, Usbeken usw.), Traditionalisten und islamischen Fundamentalisten gab und gibt.⁴⁶⁹

Trotz der hochgradig heterogenen, stark fragmentierten afghanischen Stammesgesellschaft war Afghanistan – entgegen dem massenmedial verbreiteten Klischee – in seiner sehr langen Geschichte geradezu eine Insel der Stabilität in Zentralasien. Es kam bis zum Sturz der Monarchie durch den paschtunischen Nationalisten General Daoud im Jahre 1973 praktisch zu keinen nennenswerten Rebellionen gegen die Zentralregierung in Kabul.⁴⁷⁰ Der Ethnologe T. Barfield, der sich seit über vierzig Jahren mit Afghanistan beschäftigt und zahlreiche Feldaufenthalte vorweisen kann, erklärt diesen Sachverhalt zum einen mit der Prägung der Afghanen durch die islamische Philosophie, die eine Rebellion gegen eine

⁴⁶⁸ Vgl. O. Roy: *The Lessons of the Soviet/Afghan War*. London 1991. (ADELPHI PAPER, 259.). S. 6-7.

⁴⁶⁹ Vgl. Anonym: *Osobennosti razvedovatel'no-boevoj dejatel'nosti*, a.a.O., S. 73; S. 75.

⁴⁷⁰ Vgl. T. Barfield: *Afghanistan. A Cultural and Political History*. Princeton; Oxford. 2010. S. 337.

„gottgegebene Ordnung“ ablehnt und der Machtanmaßung von rebellierenden Potentaten äußerst kritisch gegenübersteht.⁴⁷¹ Zum anderen aber, so Barfield, hat diese innenpolitische Stabilität (ein hohes Gut, was man in der heutigen Zeit der Umstürze und „Revolutionen“ vielleicht auch noch erkennt) mit einer klugen Regierungsstrategie zu tun:

„Das erfolgreichste Modell des Regierens (*governance*) in Afghanistan gleicht einem Schweizer Käse. In diesem beschränken sich die Machthabenden darauf, nur in den am dichtesten bevölkerten und ökonomisch am weitesten entwickelten Regionen des Landes vollumfänglich Macht auszuüben.“⁴⁷²

In allen anderen Regionen wird die Methode der indirekten Herrschaft angewendet: Solange es keine Rebellion gibt, werden die Bewohner der geografisch schwer zugänglichen Gebiete „in Ruhe gelassen“.

Wenn es zu einer Rebellion kommt, werden interne Rivalen der Anführer der Revolte unterstützt, der Zugang zu städtischen Märkten verweigert und militärische Strafaktionen ausgeführt. Durch diese Herrschaftsstrategie unter Anwendung politischer, ökonomischer und militärischer Mittel wurde die politische Struktur bewahrt. Gegner der Regierenden in Kabul konnten am Ende kooptiert werden, ohne die Stabilität des Regimes und des Landes insgesamt zu gefährden.⁴⁷³

Dies alles änderte sich mit dem Putsch Daouds – dem Sturz der Monarchie 1973 – vor allem aber mit dem kommunistischen Putsch 1978.

⁴⁷¹ Vgl. T. Barfield, a.a.O., S. 337.

⁴⁷² T. Barfield, a.a.O., S. 337-338. Eigene Übersetzung.

⁴⁷³ Vgl. Ebd., S. 338.

Ebenso wie König Amanullah in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts wollte die (in sich zwischen zwei Flügeln, den Parchamis und den Khalq gespaltene) Kommunistische Partei Afghanistans (DVPA, Demokratische Volks Partei Afghanistans) radikale, modernisierende Reformen von oben durchsetzen.⁴⁷⁴

Im mehrheitlich islamisch-konservativen, ruralen Afghanistan führte dieses Vorhaben (und der mit ihm verbundene Machtanspruch der Zentralregierung in Kabul) von Anfang an zu erbittertem militärischem Widerstand gegen die „atheistischen Machthaber von Kabul“. Ohne die sowjetische Intervention Ende 1979 wäre die afghanische Regierung innerhalb von Monaten zusammengebrochen. Die islamisch-fundamentalistisch (sunnitisch) geprägten Widerstandskämpfer, die Mujahideen⁴⁷⁵, befanden sich auf dem Vormarsch.⁴⁷⁶ Offiziell erfolgte der Einmarsch zur Stützung der strauchelnden kommunistischen Regierung, inoffiziell wohl auch, um das Vordringen des radikalen Islam in die sowjetischen zentralasiatischen Republiken zu unterbinden, aber auch um eine aus sowjetischer Sicht mögliche amerikanische militärische Präsenz auf afghanischem Boden zu verhindern.⁴⁷⁷

⁴⁷⁴ Vgl. T. Barfield, a.a.O., S. 339.

⁴⁷⁵ Mujahideen ist der persische Plural von Mujaheed. Der Mujaheed ist jemand, der den *jihad* (arabisch: „große Anstrengung“) leistet. Vgl. W. Maley: *The Afghanistan Wars*. Houndmills, Basingstoke; New York. 2002. S. 59.

⁴⁷⁶ Vgl. Anonym: Moskaus Griff nach Afghanistan. In: *Der Spiegel*, H. 1-2, 1980. S. 71–85; hier: S. 80. Online verfügbar unter:

<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=14315455&aref=image036/2006/06/16/cq-sp198000100710085.pdf&thumb=false>, zuletzt geprüft am 16.05.2011.

⁴⁷⁷ Vgl. A. Lyakhovsky: *On the Changing Mission of the Soviet Forces in Afghanistan*. Document 14. Aus: Lyakhovsky, Alexander: *The Tragedy and Valor of Afghan*. Moskau. 1995. S. 176-177. In: Savranskaya, Svetlana (Hg.), a.a.O. Online verfügbar unter: www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB57/r14.doc, zuletzt geprüft am 19.10.2014; Vgl. auch Anonym: Moskaus Griff nach Afghanistan, a.a.O., S. 78-80.

Die USA nutzten die Gelegenheit, um die Sowjets in die „afghanische Falle“ zu locken und ihnen ihr Vietnam zu bereiten. Der Sicherheitsberater von Carter, Z. Brzezinski als einer der einflussreichsten us-amerikanischen Geopolitiker hat dies 1998 in einem Interview offen zugegeben.⁴⁷⁸

Afghanistan wurde zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges, während der Kalte Krieg unter Breschnew und Reagan (ab 1981 Präsident der Vereinigten Staaten) auf einen neuen Höhepunkt zusteuerte.

Durch us-amerikanische, pakistanische und saudi-arabische Hilfslieferungen wie die Stinger Boden-Luft-Raketen gestützt, gelang es den Mudschahedeen die sowjetische 40. Armee in Afghanistan zu demoralisieren, für wachsende Verluste und Kriegskosten in einem Guerillakrieg zu sorgen. Unter den Bedingungen einer Demokratisierung des autoritären politischen Systems unter Gorbatschows drangen zunehmend Berichte von sowjetischen Kriegsverbrechen, den eigenen Gefallenen und Kriegsgefangenen, an die „Heimatfront“.⁴⁷⁹

Schließlich zog sich die Sowjetunion im Jahre 1989 aus Afghanistan zurück ohne die eigenen Ziele erreicht zu haben, aber mit 50.000 sowjetischen Gefallenen, einer demoralisierten Armee und einer kriegsskeptischen Öffentlichkeit. Der Afghanistankrieg war einer der

⁴⁷⁸ Vgl. A. Hartman: 'The Red Template': US Policy in Soviet-Occupied Afghanistan. In: Third World Quarterly, Jg. 23, H. 3, 2002. S. 467–489; hier: S. 470. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/3993537>, zuletzt geprüft am 31.05.2010. Interessanterweise äußert Prof. M. Danner die These, dass Al-Qaida das Gleiche mit den USA vorhatte, als sie die terroristischen Attacken des 11. September beging. Das Hineinziehen der USA in ein tief islamisches Land als Propagandaaktion, um eigene Anhänger zu werben und für einen Dschihad zu begeistern, der seinen Ausgang aus dem Nahen und Mittleren Osten nehmen würde. Falls sie es vorhatten, haben sie es zumindest im Falle des Irak geschafft. Vgl. M. Danner: Taking Stock of the Forever War. In: The New York Times Magazine, 11.09.2005, o.S. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2005/09/11/magazine/11OSAMA.html?pagewanted=all&_r=0; zuletzt geprüft am 05.10.2014.

⁴⁷⁹ Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch, a.a.O., S. 62.

Sargnegel für das (sich liberalisierende, aber autoritär bleibende) kommunistische System.

Während der us-amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA, zentral für us-amerikanische, saudi-arabische und pakistanische Militär- und Finanzhilfe an die Aufständischen, über einen Sieg gegen den geopolitischen Rivalen des Kalten Krieges jubelte, versank Afghanistan selbst im Chaos.⁴⁸⁰ Durch sowjetische Hilfe (Luftbrücke nach Kabul) und die interne Zerstrittenheit der Mudschahideen konnte sich zwar die kommunistische Regierung unter Staatspräsident und Parteichef Najibullah noch bis 1992 halten.⁴⁸¹ Dann aber kam es zu einem **Bürgerkrieg**, in dessen Verlauf Afghanistan erst zu einem gescheiterten Staat (*failed state*) und damit zu einem sicheren Hafen für radikal-islamische Terroristen wurde.⁴⁸² Die Mudschahideen, zuvor geeint durch den gemeinsamen sowjetischen Feind, bekriegten sich nun gegenseitig. Allein bei dem Kampf um Kabul kamen schätzungsweise 50.000 Afghanen um, die Hauptstadt wurde großflächig zerstört.⁴⁸³

Es herrschte Anarchie.

Die USA als ehemals wichtigster Unterstützer des anti-kommunistischen Widerstands wandten sich von Afghanistan ab.⁴⁸⁴

Durch den Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde der Kalte Krieg gewonnen und Afghanistan verschwand von der Karte der us-amerikanischen geopolitischen Interessen.⁴⁸⁵ Eine Übersicht über die us-amerikanische

⁴⁸⁰ Vgl. A. Hartman, a.a.O.

⁴⁸¹ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 169-170; S. 174-177.

⁴⁸² Vgl. A. Hartman, a.a.O., S. 483.

⁴⁸³ Vgl. M. Baraki: Nation-building in Afghanistan. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 39 (Afghanistan und Pakistan). 2007. S. 11–17; hier: S. 11.

⁴⁸⁴ Dies gibt auch R. Gates, CIA-Direktor und bis Juli 2011 Verteidigungsminister, zu. Vgl. R. Gates: Ohne Titel. In: BBC News: Superpowers „mistakes“ in Afghanistan. 2004. Online verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/south_asia/4112117.stm; zuletzt geprüft am 22.01.2011.

⁴⁸⁵ Vgl. A. Hartman, a.a.O., S. 482-483.

Hilfe (Entwicklungshilfe und Militärhilfe) für Afghanistan, zusammengestellt durch den CRS, drückt es in der Sprache der Zahlen sehr deutlich aus: Der Höhepunkt der us-amerikanischen Hilfe fällt auf das Jahr unmittelbar nach dem sowjetischen Abzug, nämlich auf 1990

(88,1 Millionen US-Dollar; man muss dazu sagen, dass die Daten für die Jahre 1980 bis 1984, wo eine großflächige US-Unterstützung vor allem durch Finanzmittel zum Kauf von Waffen, aber auch durch die Lieferung von Militärgütern – z. B. Stinger-Raketen – erfolgte, aus nicht genannten Gründen fehlen). Danach ging es steil bergab: 1994 waren es nur 42,3 Millionen, noch 1998 nur 52,74 Millionen US-Dollar. Der Trend änderte sich erst unmittelbar in den Jahren vor dem 11. September: 1999 waren es bereits 76,6 Millionen US-Dollar, 2000, im letzten Jahr vor dem Krieg, sogar 113,2.⁴⁸⁶

Doch die regionalen Mitspieler vergaßen Afghanistan nicht, schon aus Eigeninteresse.

Pakistan, als direkter Nachbar Afghanistans stets in afghanische Belange involviert, wollte eine starke, paschtunisch dominierte Regierung in Kabul verhindern. Diese würde eine imminente Gefahr für den ohnehin fragilen staatlichen Zusammenhalt Pakistans, eines zu scheitern drohenden Staates, sein. Eine Zentralregierung in Kabul, die die paschtunischen Grenzgebiete zwischen Afghanistan und Pakistan unter afghanischer Führung einigen wollen würde – die durch die britische Kolonialmacht 1893 durch die sogenannte „Durand-Linie“ geteilt wurden – würde zum weiteren Zerfallsprozess des ohnehin gefährdeten pakistanischen Staates beitragen.⁴⁸⁷ Afghanistan sollte geteilt gehalten werden; auf der anderen Seite aber brauchte man starke pro-pakistanische politische Kräfte im

⁴⁸⁶ Vgl. K. Katzman, a.a.O., S. 72-73 (Tabellen 10 und 11).

⁴⁸⁷ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 68-69; S. 222.

Nachbarland, die sicherstellten, dass Afghanistan im Falle eines Konfliktes Pakistans mit dem indischen Erzrivalen zum Rückzugsraum („strategische Tiefe“) werden könnte.⁴⁸⁸

Die pakistanische Armee und ihr Geheimdienst ISI wollte diese Interessen sichern, indem sie maßgeblich zum Aufstieg einer neuen politisch-militärischen, radikal-islamischen Kraft beitrugen, die die Geschichte Afghanistans und sogar die Weltgeschichte insgesamt stark beeinflusst hat: die Taliban.⁴⁸⁹

Die **Taliban** (arabisch für *Studierende des Islam*) sind seit ihrer Entstehung in ihrer großen Mehrheit Paschtunen⁴⁹⁰ und rekrutierten sich vor allem aus pakistanischen Koranschulen (Medressen) und afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan (im Grenzgebiet zu Afghanistan). Afghanische Flüchtlingskinder wurden häufig auf die Medressen geschickt, um eine grundlegende, kostenfreie Bildung zu erhalten (die sie anderswo nicht kriegen würden).⁴⁹¹ In den Medressen wurden sie indoktriniert. Dass diese Indoktrination auf „fruchtbaren Boden“ fiel, war eine Folge der Entfremdung der afghanischen Flüchtlinge von ihrem Heimatdorf und damit von dem traditionalistischen sunnitischen Islam und dem konservativen paschtunischen Stammescode (*Paschtunwali*), der das Verhalten des „ehrbaren Paschtunen“ regelt.⁴⁹²

⁴⁸⁸ Vgl. B. Khalatbari; J. Kazim: AFGHANISTAN AND PAKISTAN - A PARADIGM SHIFT IN THE FIGHT AGAINST TERRORISM? In: KAS INTERNATIONAL REPORTS, H. 8, 2010. S. 85–101; hier: S. 96.

⁴⁸⁹ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 221.

⁴⁹⁰ Vgl. O. Roy: Early American Support for the Taliban. In: Internationale Politik. Transatlantic Edition, Jg. 3, H. 1. 2002. S. 76–80; hier: S. 77.

A. Giustozzi gibt den Paschtunenanteil mit 95 % Prozent an:

Vgl. A. Giustozzi: Koran, Kalashnikov and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan. London. 2007. S. 47-48.

⁴⁹¹ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 223.

⁴⁹² Vgl. Ebd., S. 223; S. 233-234.

In den pakistanischen Koranschulen lehrte man die Flüchtlingskinder eine radikale Islamauslegung, die die strikte Einhaltung der Scharia – des islamischen Rechts – über alles stellt und diese mit drakonischen, archaischen Mitteln garantieren will.⁴⁹³ Interessanterweise war die Ideologie der Taliban damit radikal-islamisch-universalistisch, ihre ethnische Basis dagegen partikular – nämlich paschtunisch.

Die Taliban infiltrierten vom pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, den pakistanischen *Federal Administered Tribal Areas* (Föderal Verwaltete Stammesgebiete), Afghanistan. Dies geschah zumindest mit der Duldung, häufig auch aktiver Unterstützung von Teilen der pakistanischen Armee und ihres Geheimdienstes.⁴⁹⁴ Bereits 1994 eroberten die Taliban unter ihrem Anführer Mullah Omar, einem ungebildeten Dorfgeistlichen aus einem Dorf bei Kandahar, die Heimatstadt ihres Führers in Südafghanistan.⁴⁹⁵ Damit waren die Taliban endgültig als neue militärisch-politische Kraft in die afghanischen Auseinandersetzungen eingetreten. Kurz nach Kandahar fiel Kunduz im Norden, später Dschalalabad vor den Toren Kabuls. Zwei Jahre nach Kandahar fiel Kabul selbst. Die pakistanische Unterstützung in einem ansonsten von externer Hilfe isolierten Land (wohl mit Ausnahme Russlands und des Iran, die Unterstützung für die Gegner der Taliban, die Nordallianz, leisteten) und ihr Image als grausame, aber die Sicherheit herstellende Kraft sorgten für eine schnelle Expansion der Taliban.⁴⁹⁶ Die Taliban, so hieß es in den

⁴⁹³ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 223; S. 233-234.

⁴⁹⁴ So spricht der inzwischen von pakistanischen Taliban umgebrachte pakistanische Experte A. Raschid von 80.000 bis 100.000 Pakistanis, die im Zeitraum 1994-1999 in Afghanistan zum Kämpfer ausgebildet und/oder gekämpft haben. Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 221.

⁴⁹⁵ Zu Mullah Omar Vgl. Ebd., S. 220.

⁴⁹⁶ T. Ruttig schreibt, dass die Hauptursache für den Aufstieg der Taliban die Gewaltexzesse der Mujahideen-Parteien gewesen seien.

Dörfern und Städten, stellten wenigstens die Ordnung wieder her, in einem Land, das sich nach einem grausamen Bürgerkrieg und Anarchie nach nichts mehr als Ordnung sehnte.⁴⁹⁷

So erfreuten sie sich in den Anfangsjahren ihrer Herrschaft zumindest der Duldung vieler Afghanen.⁴⁹⁸ 2001 kontrollierten die Taliban über 90 % Prozent Afghanistans. Einzig im Nordosten des Landes wurde noch Widerstand geleistet. Die *Nordallianz*, eine tadschikisch-usbekisch geprägte Bewegung der gestürzten Machthaber von Kabul unter Führung Ah. Sh. Massuds (der kurz vor dem 11. September durch einen Giftanschlag der Taliban und der Al-Qaida umgebracht wurde), ergab sich dank externer Unterstützung nicht.

In Zentralafghanistan gab es mehrere Rebellionen der schiitischen Hazaras. Diese wurden allerdings von den Taliban brutal niedergeschlagen.⁴⁹⁹

Die Taliban waren die tatsächlichen Herrscher in Afghanistan, auch wenn ihre Regierung weltweit isoliert, von insgesamt nur drei Ländern offiziell anerkannt wurde.⁵⁰⁰

Vgl. T. Ruttig: Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus - und Aufstandsbekämpfung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, H. 21-22 (Pakistan und Afghanistan), 2010. S. 29–34; hier: S. 32.

⁴⁹⁷ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 232-234.

⁴⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 233.

⁴⁹⁹ Vgl. O. Roy: *Early American Support for the Taliban*, a.a.O., S. 78.

⁵⁰⁰ Es überrascht nicht, dass es Pakistan gewesen ist; daneben aber auch Saudi-Arabien als ein Exporteur des radikalen sunnitischen Islams (Wahhabismus) und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 244.

Karte 2: Das Taliban-kontrollierte Afghanistan vor der militärischen US-Intervention 2001⁵⁰¹



Fragwürdig erscheint – wenn man sich das spätere Geschehen vor Augen hält – die Position der **USA** gegenüber den radikalen Machthabern in Kabul. Diese betrachteten die Taliban wohlwollend, weil sie sich von ihnen die Einigung und Stabilisierung Afghanistans durch eine starke Zentralregierung erhofften.⁵⁰² Bezeichnenderweise bewertete der Untersekretär für Südasien im US-Außenministerium die Eroberung

⁵⁰¹ Karte aus: Vgl. A. Rashid: *The Taliban: Exporting Extremism*. In: *Foreign Affairs*, Jg. 78, Nr. 6 (1999). S. 22-35; hier: S. 25. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/20049530>; zuletzt geprüft am 07.09.2012.

A. Rashid ist einer der profiliertesten pakistanischen Taliban-Experten. Siehe sein Buch: A. Rashid: *Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad*. München. 2001.

⁵⁰² Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 244.

Kabuls durch die Taliban als „positiv“.⁵⁰³ Ein stabiles Afghanistan würde amerikanischen Geschäftsinteressen entsprechen. UNOCAL (*Union Oil Company of California*) – ein amerikanisch/saudi-arabisches Unternehmen – wollte nämlich von Turkmenistan durch Afghanistan bis nach Pakistan (und damit zum Arabischen Meer) eine Ölpipeline verlegen. Diese könnte im Falle einer Konfliktentschärfung zwischen den „ewigen Rivalen“ Pakistan und Indien sogar bis zum Indischen Ozean verlängert werden und würde damit zentralasiatisches Öl zum us-amerikanischen und zum Weltmarkt bringen. Doch die Verhandlungen mit den Taliban scheiterten.⁵⁰⁴ Insgesamt blieb es jedoch bei der positiven Bewertung der Taliban durch die Clinton-Administration (1992-2000). Ein wesentlicher Grund dafür war auch, dass die Taliban die Feinde der Feinde der USA waren – als eine anti-schiitische Kraft waren sie nämlich anti-iranisch eingestellt (der Iran förderte daher, wie bereits erwähnt, konsequent die Nordallianz).⁵⁰⁵

Erst mit den Doppelanschlägen von 1998 wurde die US-Position Taliban-kritisch(er). Zwei terroristische Akte auf US-Botschaften in Ostafrika forderten zahlreiche Todesopfer. Verübt wurden sie von der **Al-Qaida**, die im selben Jahr offiziell gegründet wurde.⁵⁰⁶ Inoffiziell existierte diese radikal-sunnitische, islamistische Terrororganisation allerdings seit der Spätphase des sowjetischen Afghanistankrieges. Bereits 1988 warb der Gründer und Anführer von Al-Qaida, der reiche saudisch-arabische Geschäftsmann bin Laden, für den „Heiligen Krieg“ gegen die Sowjetunion arabische Rekruten an und stattete sie finanziell aus. Im anarchischen Afghanistan der 90er war bin Laden seit 1996 unter Duldung

⁵⁰³ Vgl. O. Roy: *Early American Support for the Taliban*, a.a.O., S. 78.

⁵⁰⁴ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 244-245.

⁵⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 227-228.

⁵⁰⁶ Vgl. O. Roy: *Early American Support for the Taliban*, a.a.O., S. 77.

der Taliban in Afghanistan und richtete im Land mehrere Basen seiner Organisation ein. In diesen Ausbildungsstätten des Terrorismus wurden internationale, vor allem aber arabische, Attentäter für Anschläge auf der ganzen Welt vorbereitet.⁵⁰⁷ Nach den Doppelanschlägen von 1998 war auch für die USA die Gefahr klar, die von Al-Qaida ausging. Folglich wurde eine terroristische Basis in Ostafghanistan, an der pakistanischen Grenze, bombardiert, wo bin Laden vermutet wurde. Dieser konnte knapp entkommen.⁵⁰⁸ Zwei Jahre später wurden die USA wieder Opfer eines Anschlags von Al-Qaida. Der vor Jemen liegende Flugzeugträger *USS Cole* wurde mit einem mit Sprengstoff präparierten Schnellboot angegriffen. In Folge des Terroraktes verlangten die USA in einer vom Weltsicherheitsrat angenommenen Resolution⁵⁰⁹ die Auslieferung bin Ladens von den Taliban.⁵¹⁰

Die Taliban lieferten bin Laden nicht aus. Ein Jahr später rückte Al-Qaida und die ihr Zuflucht gewährenden Taliban schlagartig ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit.

Die Anschläge des **11. September** auf das World Trade Center (WTC) in New York und das Pentagon in Washington D.C. wurden von der Al-Qaida geplant und ausgeführt.

Dabei spannte die Organisation ein weltumspannendes terroristisches Netz aus: Die Planungen für die Anschläge fanden in Hamburg statt und die Attentäter besuchten, ganz legal, Flugschulen in den USA. Unter den 19 Attentätern war gar kein einziger Afghane, dagegen 17 (!) saudi-arabische

⁵⁰⁷ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 248-249; S. 254.

⁵⁰⁸ Vgl. W. G. Lerch: Der spirituelle Führer des Massenmords. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 03.05.2011, S. 3.

⁵⁰⁹ Vgl. O. Roy: Early American Support for the Taliban, a.a.O., S. 78.

⁵¹⁰ Menschenrechtsverletzungen – vor allem die katastrophale Lage der Frauen – wurden in der Resolution nicht angesprochen. Vgl. Ebd.

Staatsbürger. Gleichwohl befanden sich die Ausbildungsstätten des Terrors in Afghanistan.⁵¹¹ Daher verlangten in einem Ultimatum die USA wieder die sofortige Auslieferung bin Ladens und die Schließung aller Basen der Al-Qaida auf afghanischem Boden. Wieder kamen die Taliban den Forderungen nicht nach; inzwischen gehörte die Al-Qaida in Gestalt von bin Laden und seinem Stellvertreter al-Zawahiri⁵¹² zum Führungskreis der Taliban um Mullah Omar.⁵¹³ Doch diesmal ließen die USA dem Ultimatum Taten folgen. Sie beriefen sich auf das Selbstverteidigungsrecht der UN-Charta und riefen gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags den Bündnisfall aus (Angriff auf ein Mitglied der Allianz wird als Angriff auf alle angesehen). Bereits am 07. Oktober erfolgte mit britischer Unterstützung die militärische Intervention mit massiven Luftschlägen gegen Taliban-Stellungen und Al-Qaida-Basen.⁵¹⁴

Der von Präsident Bush ausgerufenen weltweite Krieg gegen den Terrorismus (*War on Terror*) begann mit der us-geführten *Operation Enduring Freedom (OEF)* in Afghanistan. Die Operation hatte als politische Zwecke: die Vertreibung der Al-Qaida aus Afghanistan und den Sturz der sie unterstützenden Taliban von der Regierung (Regimewechsel).⁵¹⁵

⁵¹¹ Vgl. D. Friedrich: Sackgasse am Hindukusch: Falscher Stolz auf dem Rücken der Soldaten. In: *eigentümlich frei*, Jg. 13, Nr. 102, 2010. S.18–19.

⁵¹² Nach der Tötung bin Ladens durch us-amerikanische Spezialeinheiten am 01. Mai 2011 im pakistanischen Abbotabad zum Anführer der Al-Qaida ernannt. Vgl. Al-Zawahiri named new Al-Qaida chief. ALJAZEERA. 16.06.2011. Online verfügbar unter: <http://english.aljazeera.net/news/asia/2011/06/20116167027684907.html>; zuletzt geprüft am 23.06.2011.

⁵¹³ Vgl. O. Roy: Early American Support for the Taliban, a.a.O., S. 79.

⁵¹⁴ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 259; S. 262.

⁵¹⁵ Vgl. R. M. Cassidy: A Précis on the Logic of the Afghan War. In: *Small Wars Journal*, 28.11.2010. Online verfügbar unter:

Die OEF war der Beginn des aktuellen **us-amerikanischen Afghanistankriegs**.

Für diesen gab es internationale Solidarität und eine breite internationale Unterstützung. Am 14. November 2001 wurde vom Weltsicherheitsrat die Resolution 1378 angenommen, in der das Mandat für die *International Security Assistance Force (ISAF)* beschrieben wurde.⁵¹⁶ Demnach sollte die ISAF die neue Übergangsverwaltung, die als Keimzelle der neuen afghanischen Regierung galt, absichern (zunächst nur in Kabul).⁵¹⁷ Außerdem sollte sie bei der Ausbildung von afghanischen Sicherheitskräften (Armee, Polizei) helfen.⁵¹⁸ In der gleichen Resolution verurteilte der Weltsicherheitsrat die Taliban ob ihrer Duldung des internationalen islamistischen Terrorismus (Al-Qaida) und versprach, dem afghanischen Volk bei dem Sturz der Taliban zu helfen.⁵¹⁹

Damit entstanden zwei ausländische militärische Missionen in Afghanistan: Die us-geführte OEF und die durch die UNO legitimierte, aber gleichfalls us-dominierte ISAF.

<http://smallwarsjournal.com/blog/2010/11/a-precis-on-the-logic-of-the-a/>; zuletzt geprüft am 02.12.2010.

⁵¹⁶ Vgl. S. S. Shahzad: In Afghanistan kann die NATO nicht gewinnen. In: A. Gresh u. a. (Hg.): *ATLAS der GLOBALISIERUNG*. Berlin. 2009. S. 192–193; hier: S. 192.

⁵¹⁷ Vgl. Ebd.

⁵¹⁸ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 274.

⁵¹⁹ Vgl. S. S. Shahzad: In Afghanistan kann die NATO nicht gewinnen, a.a.O., S. 192.

5.2 Die Gesamtstrategie der Exekutive

5.2.1 Die Debatten und Entscheidungen zur Gesamtstrategie unter Bush (2001-2008)

In diesem Kapitel werden die grundlegenden Konflikte, Debatten und Weichenstellungen zur Afghanistan-Gesamtstrategie unter der Bush-Präsidentschaft analysiert. Ebenso wie bei Obama werden eine Vielzahl fundierter und in der Forschung anerkannter Sekundärquellen (Monographien und Fachartikel) zu Rate gezogen. Schließlich werden Regierungsdokumente (Reden des Präsidenten, Direktiven, Strategiepapiere) verwendet und auf die bereits zitierten Memoiren von D. Rumsfeld als Primärquelle zurückgegriffen, neben einer Berücksichtigung der umfangreichen Interviews des investigativen Journalisten Woodward mit Vertretern der Bush-Administration. Die Richtigkeit der Wiedergabe ihrer Aussagen wurde von den Interviewten bestätigt.⁵²⁰ Durch die Einbeziehung von Primär- wie Sekundärquellen kann die Sicht auf den Entscheidungsprozess von „innen“ mit der von „außen“ kontrastiert werden.

Zunächst werden die grundlegenden Debatten und Entscheidungen in der Anfangsphase des Krieges vorgestellt und in den größeren Kontext des weltweiten „Krieges gegen den Terrorismus“ und der geo-politisch-strategischen Überlegungen der Bush-Administration eingeordnet. In der

⁵²⁰ Vgl. J. P. Pfiffner: President George W. Bush and His War Cabinet. Paper prepared for presentation at the conference on The Presidency, Congress, and the War on Terrorism. University of Florida, 07.02.2003. S. 15. Online verfügbar unter: <http://www.clas.ufl.edu/users/rconley/conferencepapers/Pfiffner.PDF>, zuletzt geprüft am 03.09.2014.

Anfangsphase wurden die Lineamente des Krieges gelegt, ihre eingehende Behandlung ist daher unerlässlich. Die Behandlung des Kontextes ist wiederum notwendig, um die Afghanistan-Gesamtstrategie, die Motive und Ziele des Handelns der USA unter Bush in Afghanistan nachvollziehen zu können. Nach der **Analyse der grundlegenden Anfangsentscheidungen in ihrem Kontext** wird die weitere Entwicklung der Afghanistan-Strategie unter Bush skizziert.

Vor dem 11. September wurde die Entwicklung in Afghanistan durchaus von der CIA vor Ort beobachtet. Der Bürgerkrieg und das Machtvakuum im Land, der Aufstieg der Taliban und das Übersiedeln von Al-Qaida-Führer bin Laden aus Sudan nach Afghanistan im Jahre 1996, als die Taliban Kabul besetzten, ist dem Geheimdienst nicht entgangen. Nach den Terrorakten auf amerikanische Botschaften in Ostafrika 1998 und dem Anschlag auf den Flugzeugträger *USS Cole* zwei Jahre später – beide von der Al-Qaida verübt – wurde mit Marschflugkörpern (*cruise missiles*) erfolglos versucht, Osama bin Laden zu töten. Dennoch gab Clinton nie die Direktive, die die Tötung von bin Laden durch CIA-Agenten (*covert action*, verdeckte Aktion) oder durch im Dienste des Geheimdienstes stehende Afghanen erlaubt hätte.

Diese Aktion erschien ihm zu riskant, keinesfalls sollten US-Bürger umkommen oder ein massenmedial verbreiteter Fehlschlag das politische Prestige des Präsidenten untergraben.⁵²¹

⁵²¹ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 5ff. und *passim*.

So hatte die CIA paramilitärische Teams im Land, gab der Nordallianz mehrere Millionen Dollar pro Jahr und unterhielt Kontakte mit Stammesführern im Süden Afghanistans. Vgl. Ebd., S. 40.

Doch nur Al-Qaida erregte Aufmerksamkeit und sorgte für große Sorgen beim CIA. Afghanistan selbst ist als Land von der us-amerikanischen Bildfläche verschwunden, als der Kalte Krieg gewonnen wurde, wie bereits erwähnt. Selbst die Taliban wurden durchaus wohlwollend betrachtet (ohne sich mit ihnen näher auseinander zu setzen); solange sie das weit entfernte und unwichtig erscheinende Land nur stabilisierten.

All dies sorgte dafür, dass die USA nach den Anschlägen des

11. Septembers ohne einen Plan dastanden, was mit Afghanistan zu machen sei. Militärische Pläne für eine Intervention gab es (im Gegensatz zum Irak) nicht; und die politische Vorgehensweise erschien unklar.

Auf die vielfältigen Anfangsschwierigkeiten geht D. Rumsfeld in seinen Memoiren explizit ein: Durch die Vernachlässigung Afghanistans nach Ende des Kalten Krieges gab es weder genügend Agenten auf afghanischem Boden, die Kontakte zu Stammesführern knüpfen konnten, noch gab es aktuelle Karten. Die Marine (*Navy*) konnte in einem vollumfänglich von der asiatischen Landmasse umschlossenen Land nicht eingesetzt werden. Es gab nicht einmal Arbeitskontakte mit den Nachbarn Afghanistans – aber die Notwendigkeit, innerhalb kürzester Zeit die nötigen Überflug- und Basenrechte zu besorgen. Ein paar Tage nach dem 11. September fragte Rumsfeld General Franks, den Befehlshaber des *Central Command* und folglich den höchsten militärischen Verantwortlichen für den in Kürze beginnenden Afghanistankrieg, wie lange dieser bräuchte um einen Kriegsplan für Afghanistan zu erstellen. Als Franks von zwei Monaten sprach, entgegnete Rumsfeld, dass der Präsident nicht so viel Zeit hätte. Rumsfeld befürchtete weitere terroristische

Anschläge und war ob des harten Winters Afghanistans, der die Gebirgsregionen bald unzugänglich machen würde, in Sorge.⁵²²

Mittels kürzester Zeit musste eine Afghanistanstrategie in Ansätzen entworfen werden, um der eigenen Bevölkerung und der Welt zu zeigen, dass die USA handlungsfähig sind und die Initiative im „Krieg gegen den Terrorismus“ übernehmen.

Dabei wollte sich Bush unbedingt von der als „zögerlich“ angesehenen Politik Clintons distanzieren, von einem „Marschflugkörperkrieg“, der aus Angst vor eigenen Opfern auf nutzlose, da ineffektive technologische Überlegenheit setzt. Bush und sein Verteidigungsminister Rumsfeld, als Zivilist ein „Falke“ im Verteidigungsministerium, wollten dagegen in die Offensive gehen. Die erste Reaktion des Präsidenten am 11. September war: „Wir sind im Krieg“ und „Jemand muss es bezahlen“.⁵²³ Die „Kriegserklärung“ wurde mehrmals öffentlich verkündigt, so im Rahmen der Rede Bushs vor dem von ihm wegen des nationalen Notstands nach dem 11. September außerordentlich versammelten Kongress am 20. September.⁵²⁴ Auch in der bereits besprochenen *Authorization for Use of Military Force* (18. September 2001) wurde dem internationalen islamistischen Terrorismus der Krieg erklärt.⁵²⁵

⁵²² Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 369-370.

⁵²³ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 17.

Allerdings erklärte Al-Qaida den USA und dem Westen insgesamt schon vorher mindestens zwei Mal „den Krieg“ (1996 und 1998). Vgl. D. Hanagan: *The Changing Face of Afghanistan, 2001-08*. Strategic Studies Institute (SSI), U.S. Army War College. (CARLISLE PAPERS). Online verfügbar unter:

<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=1079>, zuletzt geprüft am 31.07.2012; hier: S. 25 (FN2).

⁵²⁴ Vgl. G. W. Bush: *Address to a Joint Session of Congress and the American People*. United States Capitol, Washington D.C., 20. September 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

⁵²⁵ Vgl. G. W. Bush: *President Signs Authorization for Use of Military Force bill*. Statement by the President. THE WHITE HOUSE, 18. September 2001.

Der „Krieg gegen den Terrorismus“ sollte zum wichtigsten Thema seiner Administration werden.⁵²⁶ Erst auf NSC-Sitzungen und dann in der Öffentlichkeit⁵²⁷ verkündigte Bush unmittelbar nach dem 11. September die globale und allumfassende anti-terroristische *Bush-Doktrin*.⁵²⁸

„Wir werden keinen Unterschied machen zwischen denen, die diese Akte geplant haben und denen, die sie beherbergen (*harbor*).“⁵²⁹

Dies hieß nichts anderes, als auch Staaten, die Terrororganisationen in irgendeiner Form helfen (oder auch nur auf ihrem Boden tolerieren) ein

Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010918-10.html>; zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

⁵²⁶ So Bush selbst. Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 41 und *passim*.

⁵²⁷ So zum Beispiel vor dem versammelten *Kongress*: Vgl. G. W. Bush: *Address to a Joint Session of Congress and the American People*, a.a.O., o.S.; oder vor den *Vereinten Nationen* am 10. November 2001: Vgl. G. W. Bush: *President Bush Speaks to United Nations. Remarks by the President To United Nations General Assembly*. U.N. Headquarters. New York, New York. 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehousearchives.gov/news/releases/2001/11/20011113-9.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

⁵²⁸ Die Bush-Doktrin verdient in der Tat ihren Namen, da Bush sie eigenmächtig verkündigte, ohne sich vorher mit seinem Vizepräsidenten Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld oder dem Außenminister Powell zu verständigen, der in der Bush-Administration von persönlichen Mitarbeitern des Präsidenten ebenso wie von Cheney und Rumsfeld ausgegrenzt wurde und es nie wirklich vermocht hat, sich Gehör zu verschaffen. Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 30; zur Stellung Powells Vgl.: Ebd., S. 11-14 und *passim*.

Für Rumsfeld wiederum war Powell jemand, der sich zu sehr von den partikularen Interessen seines Außenministeriums leiten ließ und so die präsidentiellen Anweisungen nicht ausführte. Aus der Sicht der Presse sei Powell ein Demokrat, der sich bei den Republikanern verirrt, so Rumsfeld weiter (hier wird die Gegnerschaft Powells zu den Neo-Konservativen um Bush wie Cheney oder Rumsfeld selbst deutlich).

Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 321-324.

⁵²⁹ Eigene Übersetzung. G. W. Bush, zitiert nach: Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 30.

potenzielles Angriffsziel der USA sind.⁵³⁰ Mit dieser breiten Doktrin konnte gegen die Taliban als Terrorismussponsoren Krieg geführt werden; so wurde aber auch der 2003 begonnene Irak-Krieg gerechtfertigt: Angeblich soll S. Hussein in die Anschläge des 11. Septembers verwickelt gewesen sein und nach Massenvernichtungswaffen streben, die er dann an die Al-Qaida und andere Terroristen weiter geben wolle.⁵³¹

Bush zu Folge galt es, eine globale Koalition gegen den Terrorismus zu schmieden, allerdings unter der Führung und zu den Bedingungen der USA.⁵³² Zum Beispiel wäre es wichtig, Russland und China ins Lager der US-Verbündeten hineinzuziehen.

In der Tat erfreuten sich die USA zumindest bis zu dem Irak-Krieg, der zu einer Spaltung der anti-terroristischen Allianz führte, der globalen Unterstützung nicht zuletzt auch von Großmächten wie China oder Russland. Unmittelbar nach dem 11. September haben mehr als 40 Länder aus dem Nahen Osten, Afrika, Europa und Asien Überflugs- und Landrechte für den Afghanistankrieg gegeben; noch viel mehr haben Geheimdienstinformationen über die globale terroristische Bedrohung geteilt; Kanada, Australien, Deutschland und Frankreich haben Truppen für Afghanistan versprochen (und diese auch gestellt). Die NATO rief zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 aus („Angriff gegen ein Mitgliedsland ist ein Angriff gegen alle“, daraus ergibt sich die Beistandspflicht aller Mitglieder).⁵³³

⁵³⁰ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 30; Vgl. Ebd., S. 43; S. 60 und *passim*.

⁵³¹ Vgl. Ebd., S. 329 (Bushs Rede zur Lage der Nation - *State of the Union* - am 29. Januar 2002) und *passim*.

⁵³² Vgl. Ebd., S. 81 und *passim*.

⁵³³ Vgl. G. W. Bush: Presidential Address to the Nation. The Treaty Room. 07. Oktober 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/10/20011007-8.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

Die Finanzen von Terroristen und Organisationen, die sie sponsern, wurden nach US-Vorbild kurz nach dem 11. September auch international durch die Resolution 1373 des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen eingefroren.⁵³⁴

Bestärkt durch die globale Solidarität und Unterstützung konnte Bush bei der offiziellen Verlautbarung des Afghanistankrieges am 07. Oktober 2001 der Nation verkünden:

„Wir werden unterstützt durch den Kollektivwillen der Menschheit.“⁵³⁵

Gleichzeitig sah Bush den 11. September aber als Chance, eine „Neue Weltordnung“ zu schaffen, in der die USA ihre hegemoniale Stellung als einzige Supermacht noch ausbauen können.⁵³⁶ Von Anfang an ging es nicht nur um Afghanistan, sondern um einen globalen „Krieg gegen den Terrorismus“.⁵³⁷

„Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit Al-Qaida, aber er endet nicht damit. Er wird nicht enden, bevor jede internationale terroristische Gruppe gefunden, gestoppt und geschlagen wird.“⁵³⁸

⁵³⁴ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 9-12.

Bush hob die Wichtigkeit von finanziellen Mitteln im Kampf gegen den Terrorismus immer wieder hervor. Vgl. z. B. G. W. Bush: Address to a Joint Session of Congress and the American People, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** G. W. Bush: International Campaign Against Terror Grows. Remarks by President Bush and Prime Minister Koizumi of Japan in Photo Opportunity. The Colonnade. 25. September 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010925-1.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

⁵³⁵ Eigene Übersetzung. G. W. Bush: Presidential Address to the Nation, a.a.O., o.S.

⁵³⁶ Ein Terminus, der eigentlich von seinem Vater George H. Bush nach dem Ende des Kalten Krieges geprägt wurde.

⁵³⁷ Sogar in der zitierten offiziellen Kriegserklärung vom 07.10.2001 sagte Bush:

„Heute fokussieren wir auf Afghanistan, aber der Kampf ist breiter“. Eigene Übersetzung. Vgl. G. W. Bush: Presidential Address to the Nation, a.a.O., o.S.

⁵³⁸ Eigene Übersetzung. G. W. Bush: Address to a Joint Session of Congress and the American People, a.a.O., o.S.

In dessen Zuge würde es darum gehen, mit Terroristen verbündete Tyrannen zu stürzen und die politisch-sozio-ökonomischen Bedingungen unter denen Terrorismus „gedeiht“ zu beseitigen, indem eine globale Demokratisierung (vor allem im Nahen Osten), einhergehend mit wirtschaftlicher Liberalisierung, mit allen Mitteln – auch militärisch – gefördert oder erzwungen wird.⁵³⁹ Durch politische Freiheit und wirtschaftliches Wachstum sollte anti-amerikanischen (anti-westlichen) Ressentiments ihr „Nährboden“ entzogen werden.⁵⁴⁰ Damit wurde versucht, die theoretischen Ansätze des Demokratischen Friedens praktisch-politisch umzusetzen, allerdings unter Dominanz von militärischen Mitteln und mit einem wichtigen machtpolitischen Aspekt: Da Herausforderer bzw. Herausforderungen der USA aus Diktaturen bzw. zerfallen(d)en Staaten kommen, würden Sicherheitsgefahren für die USA beseitigt und ihre Vorherrschaft weiter gefestigt.

In offizielle Form wurde diese Mischung aus globalen geopolitischen Vorstellungen und Idealismus vor allem in der berühmten *Nationalen Sicherheits Strategie* (NSS) von 2002 gegossen, 2006 wurde diese Sicherheitsstrategie ergänzt und weiter ausformuliert.

Die NSS zielte auf drei Akteure: terroristische Organisationen, Diktaturen und Großmächte. Die in einer Rede Rice’ hervorgehobenen drei zentralen Punkte der Strategie beziehen sich explizit auf die obigen Akteurskategorien (die von mir in den Zitaten hervorgehoben wurden):⁵⁴¹

⁵³⁹ Vgl. C. Rice: Dr. Condoleezza Rice Discusses President's National Security Strategy. Waldorf Astoria Hotel. New York, New York. 01. Oktober 2002. Herausgegeben von Office of the Press Secretary. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/10/20021001-6.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

⁵⁴⁰ Vgl. Ebd.

⁵⁴¹ Vgl. Ebd.

(1) „Wir werden den Frieden verteidigen, indem wir der Gewalt durch *Terroristen* und *unrechtmäßige Regime* Widerstand leisten oder ihr vorbeugen“⁵⁴²

(2) „Wir werden den Frieden festigen durch eine Ära von guten Beziehungen zwischen *Großmächten*“⁵⁴³

(3) Wir werden den Frieden durch Demokratisierung erweitern

Wenn man den Afghanistankrieg unter Bush aus dem Blickwinkel der NSS betrachtet, so fällt auf, dass nicht nur Punkt 1 (Bekämpfung terroristischer Organisationen und der sie mutmaßlich unterstützenden diktatorischen Regime), sondern auch Punkt 2 (die Zentralität der Beziehungen zu den „*big actors*“) für das Land am Hindukusch wichtig ist:⁵⁴⁴

Afghanistan befindet sich nämlich zwischen den zitierten Großmächten: es grenzt an China und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft liegen Russland und Indien. Daher würde aus dem Blickwinkel der NSS die Wichtigkeit des zentralasiatischen Landes (auch) aus klassischen geopolitischen Gründen herrühren; ein Gedanke, der durchaus auch – aus ihren jeweiligen Perspektiven heraus – von Russland und China geteilt wird (siehe 5.3.4: *Die ökonomische Teilstrategie*).

Punkt 1 ist es in besonderem Maße wert, ihn weiter auszuführen.

Es handelt sich nämlich um die Idee der Präemption (*preemption*), womit die NSS von 2002 dem Irakkrieg vorwegnehmend die Rechtfertigung gibt.

⁵⁴² Eigene Übersetzung. C. Rice, a.a.O., o.S.

⁵⁴³ Eigene Übersetzung. Ebd.

⁵⁴⁴ Diesen Gedanken verdanke ich dem Gespräch mit Prof. Michael Daxner (FU Berlin) am 17.07.2014 in Berlin.

Der tyrannisch-terroristischen Symbiose – versinnbildlicht durch Taliban-Al-Qaida und angeblich auch Saddam Hussein-Al-Qaida – besonders gefährlich durch den Besitz von Massenvernichtungswaffen (WMD, *Weapons of Mass Destruction*) durch solcherlei „Schurkenregime“ (*rogue states*)⁵⁴⁵ und ihre terroristischen Verbündeten, sollte vorgebeugt werden, wenn die Gefahr „gravierend“ ist und alle anderen (diplomatischen) Mittel ausgeschöpft sind. Außerdem muss die Gefahr des „Nichtstun“ die Gefahr des militärischen Handelns bei Weitem übersteigen.⁵⁴⁶

Diese Kriterien, von Rice in ihrer Erläuterung der NSS formuliert, können allerdings, wie der Irak-Krieg gezeigt hat, „gebeugt“ und „gedehnt“ werden, vor allem wenn Geheim(dienst)informationen die einzige Quelle über (vermeintliche) Gefahren sind. *Was aber durch die NSS von 2002 klar wird ist, dass sich die USA das Recht herausnehmen, auch ohne Verbündete unilateral militärisch zu handeln, wenn sie sich durch die tyrannisch-terroristische Symbiose mit Massenvernichtungswaffen bedroht fühlen*: Schließlich verkündigte Bush bereits unmittelbar nach dem

11. September 2001 sein berühmtes „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“.⁵⁴⁷

Der ein Jahr nach der NSS begonnene Irak-Krieg ist ein „gutes“ Beispiel für Unilateralismus und die Mischung aus einer „visionären Weltpolitik“ und realpolitischen Interessen, wie sie die Nationale Sicherheits Strategie von 2002 prägten.

⁵⁴⁵ So genannt in der ersten Rede an die Nation Bushs (*State of the Union*) vom 29. Januar 2002. Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 329f.

⁵⁴⁶ Vgl. C. Rice, a.a.O., o.S.

⁵⁴⁷ Vgl. G. W. Bush: *Address to a Joint Session of Congress and the American People*, a.a.O, o.S.

Doch zunächst ging es um **Afghanistan**, dem ersten Schritt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.⁵⁴⁸ Bald stellte sich nicht nur für Rumsfeld heraus, dass es weitaus mehr Fragen als Antworten zur militärischen und politischen Vorgehensweise gab.

So erschienen die neuen Verbündeten vor Ort, die Krieger der Nordallianz, alles andere als vertrauenserweckend. Diese gut 20.000 Mann sind nach Rumsfeld:

„Erfolgslose, schlecht bewaffnete Krieger in Lumpen (*ragtag band*) am Rande der Niederlage. Aber sie waren auch hart im Nehmen, motiviert und durch Kampferfahrung gestählt.“⁵⁴⁹

Es hatte seinen guten Grund, warum Rumsfeld und andere auf die Nordallianz als Bodentruppen des us-amerikanischen Afghanistankrieges setzten: Der damalige Verteidigungsminister führt aus, dass für ihn die Lehren aus dem Vietnamkrieg – wo seiner Meinung nach zu spät eine Vietnamisierungs-Strategie verfolgt wurde – eine große Rolle spielten.⁵⁵⁰ Außerdem kommt hinzu, dass ein massiver Truppenaufmarsch mit bis zu 150.000 Soldaten den Taliban und der Al-Qaida Zeit zur militärischen Vorbereitung geben würde (und zur Flucht). Es bestand, wie erwähnt, ein großer Handlungsdruck aufgrund der Gefahr von weiteren terroristischen Attacken. Schließlich könnte eine massive Intervention, so Rumsfeld, sowohl die öffentliche Unterstützung in Afghanistan, als auch die in der Heimat unterminieren. In Afghanistan würden die Amerikaner analog zu den Sowjets als „imperialistische Besatzungstruppen“ dargestellt; in den

⁵⁴⁸ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 84; S. 90 und *passim*.

⁵⁴⁹ D. Rumsfeld, a.a.O., S. 371-372. Eigene Übersetzung.

⁵⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 373.

USA selbst würden wohl die zu erwartenden Gefallenenzahlen für einen Aufschrei in der Wahlbevölkerung sorgen. Rumsfeld erwähnt noch, dass die USA sich die Fähigkeit erhalten mussten, anderswo auf der Welt militärisch zu handeln.⁵⁵¹ Dem Verfasser drängt sich der Eindruck auf, dass er Irak meint, ohne das Land beim Namen zu nennen.

Rumsfeld, Bush und andere Mitglieder des NSC waren sich darüber im Klaren, dass es für den Afghanistankrieg ebenso wie für den weltweiten „Krieg gegen den Terrorismus“ einer Gesamtstrategie braucht, die militärische, ökonomische, diplomatische und legale Mittel integriert und nicht nur einen rein militärisch gedachten Plan.⁵⁵²

Die grundlegenden Entscheidungen zu einer solchen **Gesamtstrategie für den Afghanistankrieg** wurden bereits am 15. September 2001 auf einer NSC-Sitzung getroffen, an der neben dem CIA-Chef Tenet auch dessen Stellvertreter McLaughlin, der Chef der CIA-Anti-Terrorismusabteilung Black, Verteidigungsminister Rumsfeld mit seinem Stellvertreter Wolfowitz, Außenminister Powell, Vizepräsident Cheney und die Nationale Sicherheitsberaterin Rice teil nahmen.⁵⁵³

Was den **militärischen Bereich** angeht, sollte der Afghanistankrieg zu einem Muster der us-amerikanischen Terrorismusbekämpfung überhaupt nach dem 11. September werden:

⁵⁵¹ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 377.

⁵⁵² Vgl. B. Woodward: Bush At War, a.a.O., S. 33 und *passim*.

⁵⁵³ Vgl. Ebd., S. 74ff.

„Die U.S. Strategie sollte es sein, lokalen Völkern zu helfen, sich von Terroristen und Regimen, die Terroristen unterstützen, zu befreien. U.S. Spezialkräfte (*Special Operations Forces*, SOF) und Geheimdienstpersonal sollten aus Afghanen, Irakern, Libanesen, Sudanesen und anderen Verbündete machen, die U.S. Ausrüstung, Training, ökonomische, militärische und humanitäre Hilfe nutzen würden, um die gemeinsamen Feinde zu attackieren und zu zerschlagen.“⁵⁵⁴

Tatsächlich operierten die CIA-Agenten in paramilitärischen Gruppen als erste auf dem ihnen nicht zuletzt durch den sowjetischen Afghanistankrieg bekannten Terrain Afghanistans. Die *Predator*-Drohne überwachte die Bewegungen von Al-Qaida und der Taliban. Auf dem Boden kamen CIA-Leute und Spezialkräfte in Kontakte mit lokalen Kommandeuren der Nordallianz. Diese Kräfte und die lokalen Verbündeten konnten durch Laser Zielpunkte für Bombardierungen festlegen, die dann die U.S. Air Force ausführte.⁵⁵⁵ Rumsfeld fasst es folgendermaßen zusammen:

„Die (militärische, Anm. des Verfassers) Anstrengung würde die Kombination der Satellitenkommunikation, Laser-Zielpunktmarkierungen, GPS, machtvolle Präzisionswaffen mit afghanischen Geheimdienstinformationen, Sprachkenntnissen, kultureller Gewandtheit und ihren Bodenstreitkräften umfassen.“⁵⁵⁶

⁵⁵⁴ D. Rumsfeld, a.a.O., S. 373. Eigene Übersetzung.

⁵⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 374-377.

⁵⁵⁶ D. Rumsfeld, a.a.O., S. 376. Eigene Übersetzung.

Der Afghanistankrieg in seiner Anfangsphase ist damit meiner Meinung nach ein neuer Krieg *par excellence*: In ihm verschmelzen postmoderne und prämoderne Elemente, CIA-Männer auf Pferden und Laser-Zielpunktmarkierungen, Kommandeure der Nordallianz in Turbanen und lautlos schwebende Drohnen in für gewöhnliche Flugabwehrstellungen unerreichbaren Höhen.

Am Boden sollte vor allem die Nordallianz im Norden wirken und Stämme im Süden, die durch CIA-Geld, Nahrungsmittel, Ausrüstung, Bewaffnung „gekauft“ werden sollten und sich ohnehin auf die Seite des Siegers schlagen würden.⁵⁵⁷ Hier entstanden gleich mehrere *Probleme*:

Zum einen durfte die usbekisch-tadschikisch dominierte Nordallianz nicht zu stark werden, um die Paschtunen nicht zu verschrecken und in die Arme der (mehrheitlich paschtunischen) Taliban zu treiben. So durfte die Nordallianz Kabul nicht *alleine* erobern, sondern nur vereint mit paschtunischen Stämmen aus dem Süden, worauf Rice und Powell bestanden.⁵⁵⁸

Außerdem durfte Pakistan, dessen Geheimdienst die Taliban maßgeblich aufgebaut und unterstützt hat, nicht durch eine zu starke Nordallianz abgestoßen werden. Denn die Nordallianz wurde mehrheitlich durch Russland und den Iran finanziert, deren Interessen nicht mit denen Pakistans (oder der USA) zusammen fielen.⁵⁵⁹

Bei den südlichen, paschtunischen Stämmen wiederum war ihre Loyalität problematisch, wurde diese doch gemäß dem paschtunischen Satz: „Einen Afghanen (Paschtunen) kann man nicht kaufen, nur mieten“ gehandhabt.

⁵⁵⁷ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 383. So äußern sich sowohl der usbekische Diktator Karimov, als auch der damalige ägyptische Machthaber Mubarak in Gesprächen mit Rumsfeld.

⁵⁵⁸ Vgl. Ebd., S. 398-399.

⁵⁵⁹ Vgl. B. Woodward: Bush At War, a.a.O., S. 215.

Wenn militärische Erfolge ausbleiben, kann sich so eine erkaufte Loyalität⁵⁶⁰ schnell in (passiven) Widerstand verwandeln.⁵⁶¹

Die politischen Zwecke des Krieges wurden von Bush gemäß seiner eigenen Doktrin folgendermaßen zusammengefasst: Zerstörung der Al-Qaida in Afghanistan und die Vertreibung der Taliban von der Regierungsmacht.⁵⁶² So sollte Druck auf andere „staatliche Sponsoren“ des Terrorismus wie (angeblich) Irak, Iran oder Syrien ausgeübt werden, ihr Verhalten zu ändern.⁵⁶³ Der Afghanistankrieg hatte also von Anfang an eine internationale Bedeutung im Rahmen des „Krieges gegen den Terrorismus“.

Worum es *nicht* gehen sollte, war der Staatsaufbau (*nation building*) oder die Demokratisierung Afghanistans. Rumsfeld wie Rice sprachen sich beide in seltener Eintracht gegen das Ziel eines Staatsaufbaus in Afghanistan aus.

Sehr deutlich wird die Einstellung Rumsfelds aus einer Unterhaltung mit Bush:

⁵⁶⁰ Die CIA gab hierfür 2001 siebzig Millionen US-Dollar aus. Vgl. B. Woodward: Bush At War, a.a.O., S. 317.

⁵⁶¹ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 398.

⁵⁶² Vgl. B. Woodward: Bush At War, a.a.O., S. 81.

⁵⁶³ Vgl. Ebd., S. 81-82.

„Bush drückte Optimismus über unsere Anstrengungen dort (in Afghanistan, Anm. des Verfassers) aus. Aber ich war nicht optimistisch, ob die verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes zusammenkommen und Macht teilen würden. ‘Meiner Meinung nach sollten wir unsere Mission darauf beschränken, die Terroristen zu schnappen, die nach Afghanistan gelangen’, beriet ich den Präsidenten. ‘Wir sollten nicht darauf setzen Afghanistan transformieren zu wollen.’“⁵⁶⁴

Nicht umsonst nennt Rumsfeld das zentrale Kapitel seiner Memoiren, welches sich mit Afghanistan beschäftigt „Into the Graveyard of Empires“.⁵⁶⁵

Auch Rice als Sicherheitsberaterin des Präsidenten und Russland-Expertin der Bush-Administration hatte Befürchtungen, Afghanistan werde für die USA zu einem „Grab der Supermächte“.⁵⁶⁶ Vor allem vor dem Hintergrund der ungeduldigen us-amerikanischen Öffentlichkeit, durch Medien wie den CNN in Echtzeit über den Krieg mit seinen Opfern informiert, sollte man über Alternativen zum Afghanistankrieg nachdenken, so Rice auf der erwähnten Sitzung des NSC am 15. September 2001.⁵⁶⁷

Doch die Probleme mit Afghanistan reichten über Afghanistan in die Region hinaus. So musste **Pakistan** von Anfang an zusammen mit Afghanistan gedacht werden.

Seine Bedeutung für einen Erfolg im Afghanistankrieg war (und ist) groß.

Doch die Ausgangslage war schwierig. Nachdem Pakistan offiziell zugegeben hat, über eine Atombombe zu besitzen, verhängte der Kongress

⁵⁶⁴ D. Rumsfeld, a.a.O., S. 398. Eigene Übersetzung.

⁵⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 365-409.

⁵⁶⁶ Vgl. B. Woodward: Bush At War, a.a.O., S., 82ff.

⁵⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 83.

der Vereinigten Staaten Sanktionen, die u.a. zu einer Verminderung der amerikanischen Hilfe und für einen Abbruch der während des sowjetischen Afghanistankrieges vitalen Kontakte zwischen den Militärs beider Länder sorgte.⁵⁶⁸

Nun sollte jedoch Pakistan mit Zuckerbrot und Peitsche zu einer kooperativen Haltung bei der Terrorismusbekämpfung in Afghanistan gebracht werden. Zunächst kam die Peitsche. Bereits zwei Tage nach dem 11. September stellte Außenminister Powell mit Einverständnis Bushs sieben Forderungen an Pakistan:⁵⁶⁹

- (1) Stoppt Al-Qaida an der pakistanischen Grenze, Verhinderung der Waffenlieferungen über Pakistan und ein Ende der gesamten logistischen Unterstützung für bin Laden;
- (2) Überflug- und Landungsrechte für die USA;
- (3) Zugang zu Pakistan, Luftwaffenbasen, Seestützpunkten und Grenzen;
- (4) Unverzögliche nachrichtendienstliche Unterrichtung und Informationen über die Einwanderung von und nach Pakistan;
- (5) Verurteilung des 11. September und Unterdrückung aller Manifestationen der Unterstützung für anti-westlichen Terrorismus in Pakistan;
- (6) Verhinderung des Übertritts von pakistanischen Taliban-Freiwilligen über die Grenze und Ende der Treibstofflieferungen an die Taliban;
- (7) Pakistan soll diplomatische Beziehungen mit den Taliban abbrechen, Unterstützung für die Taliban aufgeben und „uns“ in der oben erläuterten Weise unterstützen, Al-Qaida zu zerstören

⁵⁶⁸ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 397.

⁵⁶⁹ Vgl. B. Woodward: Bush At War, a.a.O., S. 58-59.

Powell und Bush waren überrascht, als der pakistanische Militärdiktator Musharraf noch am selben Tag allen sieben Punkten zustimmte.⁵⁷⁰ Offensichtlich war es auch Musharraf daran gelegen, den sich ausbreitenden islamischen Fundamentalismus in seinem Land, vor allem in den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan, zu bekämpfen. Hinzu kam der starke us-amerikanische Druck nach dem 11. September. Jedenfalls nutzte Musharraf den „Krieg gegen den Terrorismus“, um die eigenen Reihen zu säubern und den Pro-Taliban-gesinnten Chef des Militärgeheimdienstes ISI, Mahmud, ebenso wie einige seiner Gesinnungsgenossen von ihren Führungspositionen zu entfernen.⁵⁷¹

Doch was hatten die USA Pakistan als Gegenleistung zu bieten?

Pakistans Unterstützung für die USA würde innerhalb des Landes auf wenig Unterstützung treffen, das wussten sowohl Musharraf, als auch Bush. So sprach Musharraf seine innenpolitischen Einschränkungen (die starken islamistischen Kräfte) in der Kooperation mit den USA bei einem Treffen mit Rumsfeld offen an.⁵⁷² Auch warnte er die Vereinigten Staaten die Propaganda der Islamisten in der Islamischen Welt zu unterschätzen.⁵⁷³

Musharraf, der Militärdiktator und Präsident Pakistans seit seinem Putsch 1999 (bis 2008), musste sich also sicher sein, dass die Unterstützung der USA „es wert“ und von Dauer ist.

Hier versprach Bush, massiv die Entwicklungshilfe für Pakistan zu erhöhen, einen Schuldenerlass zu erwirken und die ökonomischen Sanktionen aufzuheben, die nach dem Kernwaffentest Pakistans im Jahre

⁵⁷⁰ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 58-59.

⁵⁷¹ Vgl. Ebd., S. 82; S. 212.

⁵⁷² Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 397.

⁵⁷³ Vgl. Ebd.

1998 von den USA verhängt wurden. Außerdem sollten afghanische Flüchtlingsströme nach Pakistan verhindert werden.⁵⁷⁴

Bush sprach sogar davon, dass die Entwicklungshilfe für Pakistan genauso wichtig sei wie Bodentruppen in Afghanistan.⁵⁷⁵ Doch Musharraf überkamen Zweifel: Bei einem persönlichen Treffen mit Bush genau einen Monat nach dem 11. September fragte er diesen, ob die USA Pakistan nicht im Stich lassen, weil andere Interessen ihren „Krieg gegen den Terrorismus“ überlagern werden. Ebenso sorgte er sich, wie die US-Entscheidungsträger selbst, um eine zu große Dominanz der Nordallianz in Afghanistan.⁵⁷⁶ Hier konnte Bush Musharraf beruhigen: Die künftige afghanische Administration sollte alle Ethnien des Landes umfassen (und nicht usbekisch-tadschikisch dominiert sein).⁵⁷⁷ An ihre Spitze wurde auf der Bonner Petersberger Konferenz Ende 2001 Hamid Karzai, einst junger Taliban-Minister, seit ein paar Jahren im Widerstand zu diesen, ein Paschtune aus dem Süden, gewählt. Auch dies dürfte sowohl Islamabad, als auch Washington beruhigt haben.⁵⁷⁸

Pakistan hätte durch ein Afghanistan ohne Taliban nichts zu befürchten, war die us-amerikanische Botschaft. Wie sich die US-pakistanischen Beziehungen entwickelten, ob Pakistan wirklich zum US-Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus wurde, wird unter der außenpolitischen Teilstrategie analysiert und soll daher hier nicht näher behandelt werden. Schon hier kann jedoch vermerkt werden, dass die innenpolitischen Probleme Pakistans durch die Unterstützung der USA bei der Terrorismusbekämpfung nicht abnahmen.

⁵⁷⁴ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 114-115.

⁵⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 138.

⁵⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 303.

⁵⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 191.

⁵⁷⁸ Vgl. Ebd.

Nachdem auf die militärische Vorgehensweise, die politischen Zwecke in Afghanistan und die dabei zu beachtende Rolle Pakistans eingegangen wurde, soll hier Bushs Verständnis des Afghanistankrieges als eines **„neuen Krieges“ und die Rolle der Massenmedien** in diesem dargestellt werden.

Der Präsident machte von Anfang an darauf aufmerksam, dass dieser Krieg „anders“ sei als die vorherigen konventionellen. In diesem Kriege käme verdeckten Aktionen (CIA) und nicht-militärischen Mitteln wie der Entwicklungshilfe oder der *public diplomacy* eine größere Rolle zu.⁵⁷⁹

Vor allem letztere spielte für Bush eine wichtige Rolle. So käme es darauf an, den Afghanistankrieg als einen Kampf für die Befreiung der Afghanen (gegen die „Fremdherrschaft“ der Araber von der Al-Qaida) darzustellen, nicht *gegen* den Islam.⁵⁸⁰ In diesem Zusammenhang fordert Bush mehrmals auf, keine Moscheen zu bombardieren.⁵⁸¹

Rumsfeld berichtet davon, dass Mullah Omar, der Anführer der Taliban, von einer us-amerikanischen Drohne gesichtet worden sei. Jedoch hielt sein Konvoy vor einer Moschee an und er ging mit seinem Gefolge rein.⁵⁸² Der Verteidigungsminister informierte den Präsidenten, nachdem er selbst die Information von General Frank erhielt. Bush gab grünes Licht: Eine Drohne sollte auf Mullah Omar feuern. Doch die „Piloten“ der Drohne

⁵⁷⁹ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 94ff.

⁵⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 130-131.

Gleichwohl unterläuft Bush ein Fehler mit weitreichenden Folgen, als er direkt nach dem 11. September vom „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ spricht. Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 385.

In den Augen islamischer Fundamentalisten befindet sich nämlich der Westen gerade auf einem „*Kreuzzug gegen den Islam*“. Vgl. K. Hirschmann: *Internationaler Terrorismus*. In: *Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert*, Informationen zur politischen Bildung, H. 291. 2006. S. 24–30. Auch die islamische öffentliche Meinung im Allgemeinen reagiert äußerst negativ auf die historisch verankerte Erinnerung an die christlichen Kreuzzüge, da sie sich als deren Opfer sieht.

⁵⁸¹ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 221 und *passim*.

⁵⁸² Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 387ff.

zögerten und schossen stattdessen mit einer Luft-Boden-Rakete auf den Wagen vor der Moschee. So konnte Omar entkommen.⁵⁸³

Meiner Meinung nach illustriert dieser Fall gut die grundsätzliche Abwägung zwischen militärischer Effektivität und einer möglichen Unterminierung der Legitimität durch den Beschuss einer für die Afghanen wichtigen sakralen Stätte. *Diesem Widerspruch müssen sich demokratische Staaten wie die USA, Deutschland oder Israel aussetzen, wollen sie ihrem menschenrechtlichen Ethos gerecht werden und nicht Wasser auf die Mühlen ihrer (selbst unglaublich brutalen und alles andere als um die Menschenrechte besorgten) radikal-islamischen Gegner liefern.*

Bush wie Powell, Rumsfeld oder Rice sind sich der Schwierigkeiten bewusst, die diese Aufgabe im Zeitalter von 24-Stunden-Nachrichtenzyklen oder dem Internet mit sich bringt.⁵⁸⁴ Mehrmals gehen sie darauf ein, dass die Öffentlichkeit Geduld haben müsste, damit die USA in dem „Krieg gegen den Terrorismus“ siegreich sein können.⁵⁸⁵ Trotzdem hat es kaum drei Wochen nach Beginn des Afghanistankrieges am 07. Oktober 2001 bereits kritische Artikel in großen Tageszeitungen und Magazinen gegeben, die Afghanistan mit dem hässlichen Wort vom „Sumpf“ (*quagmire*) bedachten, das Assoziationen zum Vietnamkrieg weckt, wo es das erste Mal verwendet wurde.⁵⁸⁶ Kaum einen Monat später wurde Kabul erobert und die Kritik verstummte wieder. Allerdings konnte sie jederzeit wieder aufflammen.

⁵⁸³ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 387ff.

⁵⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 394; Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 83.

⁵⁸⁵ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 295-296.

Gleichfalls spricht Rumsfeld selbst von Monaten – nicht von Jahren – die man bräuchte, um Al-Qaida und die Taliban zu besiegen. Vgl. Ebd.

⁵⁸⁶ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 393.

Nachdem die Anfangsphase mit ihren grundlegenden Entscheidungen und ihrem weiteren Kontext analysiert wurde, ist es angebracht, die **weitere Entwicklung der Afghanistan-Strategie bis zum Ende von Bushs Präsidentschaft** (Ende der zweiten Amtszeit 2008) in ihren Grundzügen zu betrachten. Auf die vielen Einzelpunkte wird bei der Untersuchung der einzelnen Teilstrategien eingegangen, hier geht es um Grundrisse.

Die Bush-Administration sah sich bald nach der erfolgreichen Anfangsphase des Krieges (Einnahme der wichtigsten Städte inklusive Kabul innerhalb von zwei Monaten nach Kriegsbeginn) mit der Widersprüchlichkeit ihrer eigenen Ziele in Afghanistan konfrontiert.

Auf der einen Seite betonten Rice, Rumsfeld oder Bush, dass die USA in Afghanistan bloß aus dem Grunde des globalen War on Terror sind

(Anti-Terrorismus), auf der anderen wiesen bereits in der Anfangsphase des Krieges mehrere Äußerungen führender Vertreter der Bush-Administration und von Bush selbst auf den Staatsaufbau als Ziel hin.

Laut manchen Studien ist die Aufgabe des *Nation-Building* von anderen internationalen Akteuren wie vor allem der Europäischen Union den USA im Dezember 2001 auf der Bonner Petersberg Konferenz gleichsam „aufgezwungen“ worden, hätten die Europäer die Zurverfügungstellung von Truppen für die ISAF doch vom klaren Bekenntnis der USA zum Aufbau eines demokratischen, rechtsstaatlichen, die Menschenrechte achtenden, stabilen und funktionierenden, marktwirtschaftlichen afghanischen Staates abhängig gemacht.⁵⁸⁷

⁵⁸⁷ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 130-132.

Wie dem auch sei, *Nation-Building*, von Bush, Rumsfeld und anderen Vertretern der Administration vor dem Afghanistankrieg und auch noch in seiner Anfangsphase rigoros abgelehnt, wurde – rhetorisch jedenfalls – zum Programm. Noch am 25. September 2001 verkündigte Bush auf einer Pressekonferenz mit dem japanischen Premierminister Koizumi:

„Und das ist eine Administration – wir machen keinen Staatsaufbau (*nation-building*), wir fokussieren auf Gerechtigkeit.“⁵⁸⁸

Bereits am 13. November 2001, wenig mehr als einen Monat später (und nach dem Fall von Kabul), hieß es in einer gemeinsamen Erklärung von Bush und Putin dagegen, dass die beiden Staatsoberhäupter eine afghanische Regierung unterstützen wollen, die repräsentativ aus allen ethnischen Gruppen des Landes zusammengesetzt sei, Männer und Frauen enthalte und.⁵⁸⁹

„Frieden und Stabilität nach Afghanistan bringt, die terroristischen Lager schließt, Afghanistans Gebrauch als Plattform für internationale Terroristen beendet.

Wir stimmen überein, dass eine neue afghanische Regierung akzeptierte internationale Prinzipien achten soll, die Menschenrechte akzeptieren, einschließlich der von Frauen und Mädchen; die Hilfslieferungen erleichtern sollte, um die

⁵⁸⁸ Eigene Übersetzung. G. W. Bush: International Campaign Against Terror Grows. Remarks by President Bush and Prime Minister Koizumi of Japan in Photo Opportunity, a.a.O., o.S.

⁵⁸⁹ Vgl. G. W. Bush; V. V. Putin: Joint Statement on Afghanistan. Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on Afghanistan. 13. November 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/11/20011113-9.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

humanitäre Krise zu bekämpfen, und Afghanistan und die Region ökonomisch wieder aufbauen sollte.⁵⁹⁰

Darüber hinaus verkünden die USA und Russland:

„Wir stimmen darin überein, dass die Taliban als eine Bewegung keinen Platz in zukünftigen Staatsorganen Afghanistans haben sollten.“⁵⁹¹

Dies ist nichts anderes als die Ankündigung von *Nation-Building* in Afghanistan, mit Kriterien der Repräsentativität, Rechtsstaatlichkeit, der Achtung von Menschenrechten an die zukünftige afghanische Regierung und der Bereitschaft der USA (und Russlands) solch eine Regierung bei der politischen und ökonomischen Entwicklung Afghanistans zu unterstützen.

2002 sprach Bush, eindeutig formuliert, von der Demokratie in Afghanistan als politischem Ziel.⁵⁹² An diesem Ziel einer afghanischen Demokratie mit Marktwirtschaft, einem Partner im Kampf gegen den Terrorismus, wie ihn die NSS von 2002 beschrieb, hat Bush und seine Administration bis zuletzt festgehalten.

Noch 2007, vor dem Ende seiner Amtszeit, sprach Bush davon, dass *good governance* (gute Regierungsführung) und Demokratie der politische Zweck der US-Gesamtstrategie in Afghanistan seien.⁵⁹³

⁵⁹⁰ Eigene Übersetzung. G. W. Bush; V. V. Putin, a.a.O., o.S.

⁵⁹¹ Eigene Übersetzung. Ebd.

⁵⁹² Vgl. G. W. Bush: President Highlights Humanitarian Efforts in Afghanistan. Remarks by the President on U.S. Humanitarian Aid to Afghanistan. Presidential Hall. Dwight David Eisenhower Executive Office Building. 11. Oktober 2002. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/10/20021011-3.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

⁵⁹³ Vgl. G. W. Bush: President Bush Discusses Progress in Afghanistan, Global War on Terror. The Mayflower Hotel, Washington D.C. 15. Februar 2007. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/02/20070215-1.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012. o.S.

Doch blieb das Ziel des *Nation-Building* in Afghanistan innerhalb der Bush-Administration stets umstritten.

So hintertrieben Rumsfeld und CIA-Chef Tenet den komplexen und langwierigen Staatsaufbauansatz, indem sie darauf pochten, US-Hilfe an die die Amerikaner unterstützenden Kriegsherren zu verteilen und ansonsten alle Ressourcen einzusetzen, um bin Laden zu töten oder festzunehmen.⁵⁹⁴

Der Chef der zentralen Entwicklungshilfeagentur USAID, die bis 2002 den afghanischen Wiederaufbau koordinierte, A. Natsios, dagegen baute auf die langfristige Perspektive des Staatsaufbaus, den er durch die Unterstützung des wichtigsten Wirtschaftssektors Afghanistans – der Landwirtschaft – stützen wollte.⁵⁹⁵

Genau in derselben Manier ging es in Afghanistan weiter: Als Karzai, 2002 noch *Interimspräsident*, um eine größere ISAF bat, die sich nicht nur um die Gewährleistung von Sicherheit in Kabul und Umgebung kümmert (was ihr ursprüngliches UN-Mandat gewesen ist), sondern dabei hilft, die Kontrolle der afghanischen Regierung auf das ganze Land auszudehnen, lehnten Rumsfeld, Cheney und Bush dieses ab.⁵⁹⁶

Die Rhetorik vom „*Nation-Building*“ und die politische Wirklichkeit klappte weit auseinander. Offensichtlich waren wichtige Vertreter der Bush-Administration (einschließlich des Präsidenten selbst) nicht willig, ihre Vorbehalte gegenüber dem Staatsaufbau gänzlich aufzugeben.

⁵⁹⁴ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 132-133.

⁵⁹⁵ Vgl. Ebd., S. 132.

⁵⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 133.

Rumsfeld bringt diese Einstellung sehr deutlich auf den Punkt:

„Wenn manche später behaupteten, dass wir niemals einen Plan für einen vollumfänglichen Staatsaufbau hatten oder dass wir zu wenige Ressourcen für solch einen Plan aufbrachten, so waren sie sicherlich korrekt.“⁵⁹⁷

Stattdessen verfolgten die USA nach Rumsfeld das Ziel, Afghanistan von der Al-Qaida und den Taliban zu befreien und eine Regierung einzusetzen, die keinen Terroristen mehr Unterschlupf gewähren würde. Afghanische Traditionen und Prozesse sollten die afghanische Politik prägen und nicht die USA.⁵⁹⁸

Symptomatisch für diese Einstellung ist, dass Bush sich dem Aufruf des Kongresses zur Einsetzung eines Koordinators für den Wiederaufbau Afghanistans verweigerte.⁵⁹⁹

Erst 2005 richtete der Präsident ein solches Amt ein und besetzte es durch eine Direktive, nachdem der Kongress es 2004 wiederholt gefordert hat. Die Verantwortung für den Wiederaufbau wurde in der Zwischenzeit zwischen dem widerwilligen Verteidigungsministerium (ab 2003, zunächst nur für den Irak) und der Nationalen Sicherheitsberaterin C. Rice, hin- und hergeschoben.⁶⁰⁰ Eine effektive und effiziente Koordinierung zwischen den vielen verschiedenen Behörden der US-Exekutive in Afghanistan konnte so

⁵⁹⁷ D. Rumsfeld, a.a.O., S. 683. Eigene Übersetzung.

⁵⁹⁸ Vgl. Ebd.

⁵⁹⁹ Erfolgt im Dezember 2002 im *Afghanistan Freedom Support Act*, der die ökonomische und militärische Hilfe für Afghanistan erhöhte. Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 134.

⁶⁰⁰ Vgl. G. Marcella: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS, a.a.O., S. 25ff.

nicht stattfinden, was maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Erfolge im Wiederaufbau hinter den Erwartungen zurück geblieben sind.⁶⁰¹

2003 kam es zum nicht nur für Afghanistan folgenreichen Irakkrieg. Dadurch wurde die Aufmerksamkeit und die Ressourcen weiter von Afghanistan ab- bzw. umgelenkt.⁶⁰²

Einer der damaligen Hauptprotagonisten, der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder – ein erklärter Gegner des Irakkrieges – erinnert sich in seinen Memoiren an seine Rede beim NATO-Gipfel im November 2002 in Prag:

„Es wurde eine Rede, die, wie sich später zeigte, vor allem von Teilen der amerikanischen Generalität beachtet wurde. Ich machte deutlich, dass *Enduring Freedom* zu Ende geführt werden müsse, und unterstrich, es gelte, darauf alle Kräfte zu konzentrieren. Denn die Intervention in Afghanistan sei noch längst nicht zu unseren Gunsten entschieden. Und ich warnte davor, nichts zu beginnen, was von der eigentlichen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ablenken und die Koalition gegen ihn eher schwächen als stärken würde.“⁶⁰³

⁶⁰¹ Siehe dazu die Ausführungen zur *außenpolitischen Teilstrategie*.

2007 stellte Afghanistan 93 % Prozent des Heroin-Grundstoffs Opium her. Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten, a.a.O., S. 44-46; hier: S. 46. Die Militärausgaben betragen 9,9 Prozent des BIP (2006); die Gesundheitsausgaben dagegen nur 1,0 % Prozent (2005).

Vgl. Basisdaten. Wirtschaft und Militär. In: Ebd., S. 536-539; hier: S. 536 und Basisdaten. Bildung und Gesundheit. In: Ebd., S. 532-535; hier: S. 532.

⁶⁰² Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 135.

⁶⁰³ Vgl. G. Schröder: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Hamburg. 2007. S. 232.

2003 wurde das Ende der Kampfhandlungen in Afghanistan (nicht nur im Irak) verkündigt; doch in Wirklichkeit verschlechterte sich die Sicherheitssituation wegen des Einsickerns der Neo-Taliban aus den afghanisch-pakistanischen Grenzgebieten.⁶⁰⁴ Karzai drohte sogar damit, zurück zu treten, wenn seine Regierung nicht mehr Geld bekommt.⁶⁰⁵

Bald darauf wurde der neue starke Botschafter, Z. Khalilzad, ein gebürtiger Afghane, nach Kabul geschickt, mit einem erweiterten Paket an finanzieller Hilfe für Afghanistan.⁶⁰⁶ Viele Experten sprachen vom Khalilzad als dem wahren Herrscher in Kabul.⁶⁰⁷ Mit der von Befürwortern einer Anti-Terrorismus-Strategie deklarierten Nicht-Einmischung in innerafghanische Belange passte seine Machtausübung jedenfalls nicht zusammen.

Gleichzeitig beschäftigte der Irakkrieg die Bush-Administration mehr und mehr. Für Afghanistan wurde daher 2004 beschlossen, die Präsenz der ISAF weiter auszudehnen, um damit die Präsenz von US-Kampftruppen im Land zu verringern und stattdessen der multinationalen NATO weitere Sicherheitsaufgaben zu übertragen.⁶⁰⁸

Gleichwohl eignete sich Afghanistan im Vergleich mit der sich rapide verschlechternden Sicherheitslage im Irak immer noch, um die Öffentlichkeit im eigenen Land vom Erfolg der eigenen Administration bei Terrorismusbekämpfung und Staatsaufbau zu überzeugen.

⁶⁰⁴ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 135-136.

Die Taliban wiederum bekamen neue Rekruten, nicht nur durch Geld, sondern auch durch die unfreiwillige Hilfe der USA, die 2003 den Irakkrieg begannen und damit für die weitere Verbreitung von anti-amerikanischer Stimmung in der Islamischen Welt sorgten. Vgl. Ebd., S. 136.

⁶⁰⁵ Vgl. Ebd.

⁶⁰⁶ Vgl. Ebd.

⁶⁰⁷ So Prof. Michael Daxner (FU Berlin) im Gespräch mit dem Verfasser am 17.07.2014 in Berlin.

⁶⁰⁸ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 137.

Nicht zuletzt wegen Afghanistan und des als erfolgreich dargestellten Kampfes gegen den Terrorismus dort schaffte Bush 2004 die Wiederwahl. Im gleichen Jahr, kurz vor Bush, schaffte es H. Karzai mit einem großen Vorsprung zum ersten frei gewählten Präsidenten Afghanistans zu werden.⁶⁰⁹

Doch nach dem Wahlkampf in den USA und in Afghanistan wurde die Aufmerksamkeit der Bush-Administration wieder Irak zu teil. Der durchsetzungsstarke und mit Afghanistan vertraute Khalilzad wurde von Bush 2005 aus Afghanistan nach Irak versetzt. Noch 45 Tage nach Khalilzad Abreise nach Bagdad blieben die Vereinigten Staaten ohne Botschafter in Kabul.⁶¹⁰ Im September des gleichen Jahres gab es sogar eine Debatte, ob die USA 3.000 Soldaten aus Afghanistan nach Irak verlegen sollten (das war zum damaligen Zeitpunkt ein Fünftel aller US-Truppen in Afghanistan).⁶¹¹ Rumsfeld spricht davon, dass seine Versuche im Jahr 2006, die Aufmerksamkeit des NSC auf Afghanistan zu lenken scheiterten. Im Vergleich mit Irak war die Sicherheitslage immer noch gut und die Massenmedien nahmen von Afghanistan kaum Kenntnis.⁶¹²

Doch im gleichen Jahr verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan weiter, die Taliban lancierten ihre größte Offensive seit 2001. Im Mai sorgte ein Verkehrsunfall mit Beteiligung der US-Armee in Kabul für gewalttätige anti-amerikanische Ausschreitungen in den größten afghanischen Städten.⁶¹³

Der neue amerikanische Verteidigungsminister R. Gates (später auch Verteidigungsminister unter Obama) reagierte und stellte Ende 2007 eine

⁶⁰⁹ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 138.

⁶¹⁰ Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 687.

⁶¹¹ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 139.

⁶¹² Vgl. D. Rumsfeld, a.a.O., S. 691.

⁶¹³ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 141.

neue Gesamtstrategie für Afghanistan vor, die Wiederaufbau, Entwicklung, Drogenbekämpfung und Aufstandsbekämpfung integrieren sollte.⁶¹⁴

Allerdings bekam Gates dafür nur 3.200 (sic!) neue Truppen, die 2008 in Afghanistan ankamen.⁶¹⁵ Von den auf Grund ihrer großen innenpolitischen Vorbehalte – der Ablehnung des Afghanistaneinsatzes in einem Großteil der Bevölkerung – „verhinderten“ europäischen Verbündeten erhielt er ohnehin nichts.⁶¹⁶

Zur Kontroverse um die Truppenerhöhungen kam noch die Auseinandersetzung um die richtige Methode der Drogenbekämpfung (Afghanistan war inzwischen zum weltweiten Drogenproduzenten Nr. 1 aufgestiegen⁶¹⁷ und die Taliban finanzierten sich auch durch Drogenerlöse). Hierbei sprach sich Präsident Bush, wie Botschafter Wood, für großflächige Spraybesprühungen aus der Luft aus. Eine Idee, die Gates missfiel und von Karzai abgelehnt wurde.⁶¹⁸ Letzterer befürchtete, er könnte in der Bevölkerung vor den nächsten Präsidentschaftswahlen 2009 unpopulär werden (immerhin sind Einnahmen aus Drogenverkäufen eine wichtige Einkommensquelle für afghanische Bauern)⁶¹⁹; gleichwohl gab es immer wieder auch Gerüchte, die Umgebung Karzais, unter anderem sein

⁶¹⁴ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 142.

⁶¹⁵ Vgl. G. W. Bush: President Bush Discusses Progress in Afghanistan, Global War on Terror, a.a.O., o.S.

⁶¹⁶ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 142.

Zum Versuch der deutschen politischen Elite, den in der Bevölkerung unbeliebten Afghanistaneinsatz der Bundeswehr mit dem Verweis auf die „Zivilmacht Deutschland“ zu legitimieren, die weltweit für Menschenrechte (Gleichberechtigung!) und Demokratie eintritt: Vgl. Ch. Dube: Die Zivilmacht Deutschland und der „bewaffnete Konflikt“ in Nordafghanistan. Diskursanalyse politischer Legitimationsmuster beim Einsatz von Streitkräften am Beispiel des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan. Polis Nr. 69/2012. Arbeitspapiere aus der FernUniversität Hagen. Herausgegeben von Prof. Dr. H. Breitmeier u.a.

⁶¹⁷ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten, a.a.O., S. 46.

⁶¹⁸ Vgl. Ebd.

⁶¹⁹ Hierzu mehr unter den Ausführungen zur *Außenpolitischen Teilstrategie*.

Halbbruder (inzwischen der getötete, ehemalige Gouverneur Kandahars) Ah. W. Karzai, sei selbst in Drogenhandel verstrickt.⁶²⁰

Auch Pakistan kam nicht zur Ruhe; nach den Auskünften der US-Regierung etablierte sich Al-Qaida inzwischen in den afghanisch-pakistanischen Grenzgebieten.⁶²¹

Als Ende 2007 die Gewalt im Irak durch eine neue Aufstandsbekämpfungsstrategie, die auf den Schutz der Bevölkerung setzte und eine massive Truppenaufstockung (*surge*) erforderte, substantiell gesenkt wurde, wandte sich die Bush-Administration wieder Afghanistan zu.⁶²²

Schließlich wollte sie als „Erbe“ nicht Chaos und Anarchie hinterlassen.⁶²³

Es gab mehrere größere Strategierevisionen (*reviews*) in der Bush-Administration, die die sich verschlechternde Sicherheitslage festhielten, auf Truppenerhöhung vor allem in den Taliban Hochburgen Südostafghanistans pochten, gleichzeitig eine Verdoppelung der Afghanischen National Armee (ANA) forderten und eine bessere Koordinierung zwischen zivilen Behörden und dem Militär anmahnten. Gleichzeitig sollte Pakistan mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden, es sollte sowohl militärisch, als auch wirtschaftlich durch Entwicklungshilfe weiter gestützt werden.⁶²⁴

⁶²⁰ Vgl. S. Grey: Hearts, minds and the same old warlords. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, 4.7.2010. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/2010/07/04/afghanistan>; zuletzt geprüft am 29.11.2010.

⁶²¹ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 143.

⁶²² Vgl. Ebd.

⁶²³ Vgl. E. Schmitt; Th. Shanker: Bush Administration Reviews Its Afghanistan Policy, Exposing Points of Contention. In: The New York Times, 23.09.2008. Online verfügbar unter:

http://www.nytimes.com/2008/09/23/washington/23policy.html?_r=1&pagewanted=print, zuletzt geprüft am 01.08.2012. o.S.

⁶²⁴ Vgl. E. Schmitt; Th. Shanker, a.a.O., o.S.

Diese Strategierevisionen zeigten vor allem, was während der Bush-Periode *nicht* geschafft wurde.

Es kam zwar zu einer Formulierung von Ansätzen einer Gesamtstrategie für Afghanistan. Die politischen Zwecke – Zerstörung des Al-Qaida-Netzwerkes und die Vertreibung der Taliban von der Regierungsmacht – wurden definiert, der Krieg wurde in größere strategische Überlegungen zu einem weltweiten „Krieg gegen den Terrorismus“ eingebunden und nur als erster Schritt in dieser globalen Auseinandersetzung gesehen. Neben militärischen Mitteln sollten im Afghanistankrieg (wie im weltweiten Kampf gegen den Terror auch) ökonomische, diplomatische und informationell-propagandistische Ressourcen eingesetzt werden. So wurden Konten von Terrororganisationen eingefroren, eine internationale Koalition gegen Al-Qaida geschmiedet und Versuche unternommen, den Afghanistankrieg als „afghanischen Befreiungskrieg“ darzustellen. Allerdings entwickelte sich dieser Krieg immer weiter weg von der anti-terroristischen Maxime, mit der er begonnen und gerechtfertigt wurde.

Das, was vermieden werden sollte – nämlich der langwierige und hochkomplexe Aufbau eines demokratischen, prosperierenden, stabilen und funktionierenden Staates in Afghanistan – wurde bereits 2001, noch in den ersten Kriegsmonaten, begonnen. Doch geschah dies nur halbherzig, denn die führenden Vertreter der Bush-Administration einschließlich Bush selbst hatten in der gesamten Amtszeit ihre Vorbehalte gegenüber Nation-Building nicht aufgegeben. Außerdem gab es in Afghanistan selbst schwerwiegende Koordinierungsprobleme, die wiederum eng mit dem unterschiedlichen Verständnis des Afghanistankrieges durch einzelne Ministerien zusammen hingen. Der Zentralisierungsgrad in seiner intrainstitutionellen Ausprägung war also gering.

So verwahrte sich das Verteidigungsministerium unter Rumsfeld (und das heißt bis Dezember 2006) allen Versuchen in Afghanistan einen Staatsaufbau zu betreiben. Rumsfeld, ebenso wie Cheney, verstanden die militärische Intervention in Afghanistan als eine zur Bekämpfung des Terrorismus – und nicht zur Errichtung einer funktionierenden Demokratie mit Marktwirtschaft. Dagegen vertrat das Außenministerium unter Powell den breiteren Ansatz des Staatsaufbaus, ebenso wie die mit ihm kooperierende, aber autonome Entwicklungshilfebehörde USAID. Bush schwankte zwischen diesen Polen, vertrat nach außen bereits wenige Monate nach dem 11. September den Staatsaufbauansatz in Afghanistan, ließ dem jedoch (wohl auch wegen des Widerstands von Rumsfeld und Cheney) nur selten Taten folgen.

Hinzu kam als erschwerender Faktor der Irakkrieg (ab 2003), der immer mehr Ressourcen und Aufmerksamkeit von Afghanistan umlenkte. Diese wurde dem Land nur zu Teil, wenn Wahlen in den USA oder in Afghanistan selbst stattfanden und es für die jeweiligen Präsidenten (Bush bzw. Karzai) den Erfolg der Terrorismusbekämpfung und des „Staatsaufbaus in Afghanistan“ der eigenen respektive der afghanischen Öffentlichkeit zu zeigen galt.

Eine kohärente Gesamtstrategie für Afghanistan konnte so weder formuliert, noch umgesetzt werden: Das hochkomplexe und langwierige Ziel des Staatsaufbaus war innerhalb der Bush-Administration höchst umstritten; außerdem standen zu seiner Implementierung nur geringe Ressourcen zur Verfügung.⁶²⁵

⁶²⁵ Zum gleichen Ergebnis kommt Bush selbst in seiner Autobiographie: „Unsere Regierung war nicht auf den Staatsaufbau (*nation building*) vorbereitet.“ Eigene Übersetzung. G. W. Bush: DECISION POINTS. New York. 2010. S. 220. Rumsfeld war, wie bereits zitiert, derselben Ansicht, wobei sich die USA seiner Meinung darauf auch nicht einlassen sollten.

Die Hypothesen dieser Arbeit können also für die Bush-Periode bestätigt werden: Durch einen geringen intrainstitutionellen Zentralisierungsgrad (fehlende Koordinierung unter den unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Organen) war auch die Strategiefähigkeit gering – es kam innerhalb der Exekutive zu keinem Konsens über eine kohärente Gesamtstrategie. Durch die niedrige Strategiefähigkeit – das Fehlen einer kohärenten Gesamtstrategie – wiederum wurden (wie in den Kapiteln zu den einzelnen Teilstrategien deutlich wird) die politisch-militärisch-ökonomischen Ziele der USA in Afghanistan nicht erreicht (Misserfolg). Es musste also etwas geschehen. Das wusste auch der neue Präsident, B. Obama. Die entscheidende Frage war nur: was?

5.2.2 Die Debatten und Entscheidungen zur Gesamtstrategie unter Obama (2009-2012)

Obamas Administration stand für einen zumindest rhetorisch verkündeten „Wechsel“ (*change*) in allen Politikfeldern.

Ein grundlegender Wechsel fand in der **außenpolitischen Konzeption** statt. Statt „So viel Unilateralismus wie möglich, so wenig Multilateralismus wie nötig“ unter Bush wurde unter Obama der umgekehrte Satz verkündigt.⁶²⁶ Die USA sind, auch und gerade als Führungsmacht, in einer hochkomplexen und von weltumspannenden, transnationalen Gefahren wie dem Internationalen Terrorismus oder dem Klimawandel bedrohten Welt, auf die (finanzielle, diplomatische, militärische) Hilfe ihrer Verbündeten angewiesen. Eine eindimensionale, militaristische Machtausübung sollte gemäß der *Nationalen Sicherheits Strategie* von 2010 durch einen Ansatz ersetzt werden, der zivile und militärische Mittel, Diplomatie und Militär, koordiniert, um sie in Kombination effektiv anzuwenden.⁶²⁷ Militärische *hard power* sollte also durch politische, kulturelle, ökonomische *soft power* ergänzt werden, das Primat des Militärischen gebrochen werden.

Einhergehend mit dieser konzeptionellen Neuausrichtung der us-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik lenkt Obama den geopolitischen Fokus der Nationalen Sicherheits Strategie weg von der Kontrolle der eurasischen Landmasse durch Bodentruppen. Statt durch amerikanische Truppenpräsenz im Herzen Eurasiens – nämlich in

⁶²⁶ Vgl. J. Braml: USA: Mission noch nicht erfüllt. In: Braml, Josef; Risse, Thomas; Sandschneider, Eberhard (Hg.): Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. München (Jahrbuch Internationale Politik, Band 28). 2010. S. 222–231; hier: S. 222-223.

⁶²⁷ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

Afghanistan – sollte die geopolitisch und geökonomisch enorm wichtige, weil energieressourcenreiche Region des Nahen und Mittleren Osten (*Greater Middle East*) durch die traditionell starke amerikanische Seemacht kontrolliert werden.⁶²⁸ Zugespitzt ausgedrückt sollten Flugzeugträger im Indischen Ozean jetzt die Rolle Afghanistans übernehmen. Dies würde sich langfristig in einer abnehmenden Bedeutung des Landes am Hindukusch für die USA niederschlagen.⁶²⁹

Auf andere (vor allem innenpolitische) Faktoren, die zur Exit-Strategie in Afghanistan führten, werde ich im Verlaufe dieses Kapitels noch eingehen. Zunächst einmal hatte sich Obama unmittelbar nach seinem Amtsantritt mit dem sehr problematischen Erbe der Bush-Administration auseinanderzusetzen.

Die militärisch-hegemoniale Außenpolitik der USA unter Bush nämlich hat zu einem globalen Ansehensverlust der einzigen Supermacht geführt.

Besonders in der *Islamischen Welt*, wo antiamerikanische Stimmungen ohnehin stark gewesen sind, führten der Afghanistan- und der Irakkrieg zu einem massiven Imageverlust.⁶³⁰ Obama bemühte sich um einen „Neubeginn“ zwischen den USA und der Welt des Islam. Paradigmatisch stand hierfür seine Rede an der altehrwürdigen Al-Azhar-Universität in Kairo am 06. April 2009.⁶³¹

⁶²⁸ Für die Unterscheidung zwischen Seemacht und Landmacht in der Geopolitik siehe die luzide und scharfsinnige Monographie von H. Münkler: Vgl. H. Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. 5. Aufl. Berlin. 2006.

⁶²⁹ Diesen Punkt verdanke ich dem Gespräch mit Prof. Michael Daxner (FU Berlin) am 17.07.2014 in Berlin. Daxner hat in zahlreichen Feldaufenthalten viele Gespräche mit den us-amerikanischen Militärs in Afghanistan geführt.

⁶³⁰ Zu den Daten siehe die unter *Außenpolitische Teilstrategie* zitierten Umfragen.

⁶³¹ Vgl. B. Obama: A 'New Beginning' in Cairo. The Full Text of Barack Obama's Speech. Cairo University, 06. April 2009. SPIEGEL ONLINE. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/international/world/a-new-beginning-in-cairo-the-full-text-of-barack-obama-s-speech-a-628538.html>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Gleich zu Anfang betont B. Obama die Gemeinsamkeiten zwischen den USA und der Islamischen Welt – die universellen Prinzipien der Gerechtigkeit und des Fortschritts, der Toleranz und der Menschenwürde aller Menschen.⁶³²

Damit versucht Obama den Zyklus des Konflikts, der auf der Betonung der Unterschiede beruht und vom (angeblichen) „Kampf der Zivilisationen“⁶³³ getrieben wird, zu brechen.

Dabei verweist er auf seine eigene islamische Abstammung (sein Vater stammt aus Kenia, er ist in Indonesien aufgewachsen) und die gelungene Integration von Muslimen in den USA, die eine höhere Bildung und ein höheres Einkommen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung genießen.⁶³⁴

Er betont die Religionsfreiheit, spricht sich aber auch ganz klar gegen religiösen Extremismus aus, den es gemeinsam zu bekämpfen gelte. In diesem Zusammenhang geht er auch auf den Afghanistankrieg ein. In Afghanistan würden die USA keine Okkupation wollen und auch keine militärischen Stützpunkte. Gerne würde er jeden einzelnen Soldaten nach Hause holen, zumal die Kriegskosten hoch und die politische Unterstützung zu Hause im Schwinden begriffen ist. Aber noch gelte es, die anti-amerikanischen Extremisten in Afghanistan und Pakistan zu bekämpfen, damit sie keine Anschläge in den USA begehen können. Obama verweist auf die Wichtigkeit der internationalen Unterstützung für den Krieg. Besonders die Unterstützung von Muslimen sei wichtig, hätten

⁶³² Vgl. B. Obama: A 'New Beginning' in Cairo, a.a.O., o.S.

⁶³³ So der Titel des einflussreichen Buches des renommierten US-Politikwissenschaftlers S. Huntington: The Clash of Civilizations. New York. 1996.

⁶³⁴ Vgl. B. Obama: A 'New Beginning' in Cairo, a.a.O., o.S.

doch die Extremisten mehr Moslems umgebracht als Nicht-Muslime. Ihre Gewalt widerspreche den Menschenrechten und dem Koran.⁶³⁵

Schließlich verweist Obama darauf, dass militärische Macht alleine nicht genügen würde, um die Probleme in Afghanistan und Pakistan zu lösen. In diesem Zusammenhang nennt er die Ausweitung der us-amerikanischen Entwicklungshilfe für Afghanistan und Pakistan, die von ihm betrieben wird. Auch das Motiv der moralischen Autorität taucht auf - es gelte standhaft im Kampf gegen den Terrorismus zu sein, dabei jedoch nicht die eigenen Prinzipien zu verraten. Hierbei erwähnt Obama sein Verbot der Folter als Verhörmethode des CIA und die von ihm angeordnete (aber nie vollzogene) Schließung von Guantanamo und grenzt sich damit von der rechtlich und moralisch international umstrittenen Terrorismusbekämpfung Bushs ab.⁶³⁶

Der Wechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik geschah allerdings nicht aus rein „idealistischen“ Motiven und der Sorge um das globale Ansehen der USA⁶³⁷, sondern vor dem sehr realen Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit der Immobilienkrise in den USA Ende 2008 ihren Anfang nahm.

Infolge der Bankenrettungsaktionen stieg die Staatsverschuldung der USA (wie auch anderer Industrieländer) rapide an.

Vor diesem Hintergrund war es klar, dass die Bürde des „liberalen Imperiums“ kaum mehr alleine zu schultern ist – zumal mit zwei laufenden, kostspieligen Kriegen im Irak und Afghanistan. Dies wurde

⁶³⁵ Vgl. B. Obama: A 'New Beginning' in Cairo, a.a.O., o.S.

⁶³⁶ Vgl. Ebd.

⁶³⁷ Dessen Verschlechterung durchaus negative reale politische Folgen wie eine Zunahme von terroristischen Rekruten und Anschlägen gegen die USA (und die Westliche Welt insgesamt) zur Folge haben kann.

(und wird) auch in der allgemeinen Öffentlichkeit und im Kongress so gesehen.⁶³⁸

Folgerichtig trat Obama für eine Beendigung des unnötigen, „gewählten“, Krieges im Irak ein (er war, als Senator des Bundesstaates Illinois, von Anfang an gegen diesen Krieg). Der Krieg im Irak lenke nur von der wirklich wichtigen Aufgabe der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Afghanistan, Pakistan und in der gesamten Welt ab. Weder wurden im Irak Massenvernichtungswaffen gefunden, noch gab es irgendeine Verbindung zwischen S. Hussein und Al-Qaida. Ein positiver Effekt im Wahlkampf bestand in der Abgrenzung gegenüber der Hinterlassenschaft der Ära Bush, dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten J. McCain und der Konkurrentin im eigenen Lager, Mitbewerberin für die Präsidentschaftskandidatur H. Clinton. Beide – McCain wie Clinton – waren erklärte Befürworter des Irakkriegs.⁶³⁹

Der Irakkrieg wurde Ende 2011 beendet, alle us-amerikanischen Truppen wurden abgezogen. Damit hielt Obama eines seiner zentralen Wahlversprechen.⁶⁴⁰ Doch was war mit Afghanistan?

Der Krieg in **Afghanistan**, so Obama bereits im Wahlkampf 2008, sei zentral für die nationale Sicherheit. Es gelte, dort die Rückkehr von Al-Qaida ins Land und der sie unterstützenden Taliban an die Macht zu verhindern. Der Afghanistankrieg sei kein „gewählter“, sondern ein „notwendiger“ Krieg.⁶⁴¹ Dieser Krieg solle folglich nicht beendet, sondern

⁶³⁸ Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230-231 und *passim*.

Zu den Kosten des Krieges und der angespannten Haushaltslage siehe das Unterkapitel zur *Ökonomischen Teilstrategie*.

⁶³⁹ Vgl. Ebd., S. 229-230.

⁶⁴⁰ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.08.2012, S. 3.

⁶⁴¹ Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230.

zur nationalen Priorität erklärt werden.⁶⁴² Die durch den Abzug aus dem Irak freiwerdenden finanziellen und personellen Ressourcen sollen nach Afghanistan umgeleitet werden.⁶⁴³

Doch welche Gesamtstrategie sollte in Afghanistan verfolgt werden? Wie ließen sich die politischen Erfordernisse an der „Heimatfront“

(die schwindende Unterstützung der Öffentlichkeit und des Kongresses bei wachsenden innenpolitischen wirtschaftlichen Problemen) mit den Erfordernissen der nationalen Sicherheit in Afghanistan vereinbaren?

Obama selbst erklärte, seine Priorität hätte nicht die (internationale) Sicherheitspolitik, sondern die Erholung der US-Ökonomie und der Abbau von Arbeitslosigkeit.⁶⁴⁴

Vor diesem innenpolitischen Kontext orderte Obama unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Januar 2009 eine Strategiebegutachtung

(*strategy review*) an. Wie ausgeführt, hatte es bereits zur Endphase der Ära Bush 2008 mehrere solcher Untersuchungen gegeben.

Obama beauftragte B. Riedel, einen erfahrenen CIA-Analytiker, und gab ihm 60 Tage Zeit. Außerdem beauftragte der Präsident die ständigen Mitarbeiter des NSC (*NSC staff*) unter dem neuen Nationalen Sicherheitsberater Jones mit der Erstellung von drei Optionen hinsichtlich der zukünftigen amerikanischen Truppenstärke in Afghanistan, aus denen er als Präsident dann auswählen kann.⁶⁴⁵

⁶⁴² Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*. New York u.a. 2010. S. 11; S. 24; S. 34 und *passim*.

⁶⁴³ Dies ist in der Tat geschehen: Die Ausgaben für Irak verschlangen noch 2009 rund 60 % Prozent der gesamten Kriegskosten; bereits 2010 kehrte sich das Verhältnis zu Gunsten Afghanistans um. Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230. Mehr dazu unter der *Ökonomischen Teilstrategie*.

⁶⁴⁴ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 34.

⁶⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 76.

In der Zwischenzeit gab es in der Öffentlichkeit Aussagen zum Beispiel von der neuen (altbekannten) Außenministerin H. Clinton, die auf *Kontinuität zu Bush* schließen ließen. Clinton sprach Anfang 2009 auf einer Internationalen Konferenz über Afghanistan in den Niederlanden davon, dass Sicherheit ein erster, primärer Schritt sei, auf dem dann die wirtschaftliche Entwicklung und der Aufbau von staatlichen Institutionen stattfinden solle. Bei den letzteren zwei Punkten solle Priorität gelegt werden auf: Straßen, Schulen, Kliniken, Bewässerung, Landwirtschaft und öffentlichen Institutionen. Damit beschrieb Clinton das Programm eines Staatsaufbaus, den es in multilateraler Kooperation mit den Vereinten Nationen und internationalen NGOs zu betreiben gelte.⁶⁴⁶

Bei diesen Äußerungen unterschied sich allenfalls der „diplomatisch-multilaterale“ *Stil* von der Ära Bush.

Auch die *personelle Kontinuität* blieb erhalten: Der Verteidigungsminister R. Gates, ein Republikaner und seit Dezember 2006 im Amt, blieb, auf Bitten Obamas, bis zum Juli 2011 auf seiner Position. Der militärische Oberkommandierende der ISAF-Truppen, General McKiernan, verblieb ebenfalls vorerst auf seinem Posten. D. Petraeus, der als Oberkommandierender im Irak für eine Verbesserung der Sicherheitslage durch Truppenaufstockung und eine neue Aufstandsbekämpfungsstrategie (Primat des Schutzes der Bevölkerung) sorgte, war nach wie vor Befehlshaber des CENTCOM, dem „Kommando Zentrum“, das für die beiden Kriege in Afghanistan und Irak verantwortlich war. Auch der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Admiral Mullen, blieb im Amt.⁶⁴⁷

Damit saßen im Nationalen Sicherheitsrat mindestens zwei Mitglieder, die auch schon unter Bush dort Platz genommen hatten (Gates und Mullen).

⁶⁴⁶ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 24.

⁶⁴⁷ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

Allenfalls die Ausweitung des „Drohnenkriegs“ der CIA im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, durch eine Direktive Obamas vom Februar 2009 legitimiert, schien ein Unterschied zur Bush-Ära zu sein.⁶⁴⁸

Doch das war nur die Außendarstellung bzw. die Sicht von außen.

Im Inneren der Obama-Administration gab es intensive Auseinandersetzungen um die neue „richtige“ Afghanistanstrategie, die zum Teil noch heftiger als unter Bush ausfielen. Zunächst einmal gab es jedoch Einigkeit, als es um eine „kleine“ Truppenverstärkung in Afghanistan ging:

Am 13. Februar 2009 präsentierte der Nationale Sicherheitsberater, Jones, Obama vier Optionen hinsichtlich der Truppenstärke in Afghanistan:⁶⁴⁹

Die *erste* bestand darin, die Strategiebegutachtung Riedels abzuwarten. Dies war logisch – erst einmal sollte eine neue Gesamtstrategie „stehen“, bevor man über die Mittel dieser Gesamtstrategie, wie Truppen, im Detail entscheidet. Allerdings verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan weiterhin rapide; dazu fanden im August 2009 Präsidentschaftswahlen statt, für deren sicheren Ablauf Truppen unbedingt notwendig waren. Außerdem wollte man durch die Erhöhung der Truppenzahl um 17.000 (was bereits in der Endphase der Bush-Präsidentschaft in den militärischen *Strategy reviews* vorgeschlagen, von Bush aber nicht umgesetzt wurde) den Afghanen, den Pakistanern, den NATO-Verbündeten und der restlichen Welt signalisieren: „Wir bleiben in Afghanistan“.

Die *zweite* Option war einfach die gesamten 17.000 sofort zu senden, wie von den Strategiebegutachtungen unter Bush vorgeschlagen.

⁶⁴⁸ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

⁶⁴⁹ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 96-97.

Die *dritte* war, die 17.000 in zwei Schritten zu senden. Allerdings würde das nach außen das Bild des Zögerns abgeben, besonders gegenüber der afghanischen Regierung und den Pakistanern, die an der Ernsthaftigkeit der USA zweifeln würden, Afghanistan und die Region nicht wieder (wie nach 1989) „im Stich zu lassen“.

Schließlich wurde von Jones Option *vier* präsentiert, mit 27.000 zusätzlichen Gruppen. Dies würde 10.000 einschließen, für welche McKiernan in Afghanistan erst später im Jahr überhaupt Verwendung finden würde.

Wenn es auch so aussah, als würden Obama hier vier Optionen geben, so hatte er de facto nur eine: Keine Truppen zu schicken war wegen der Sicherheitslage und den Wahlen in Afghanistan ausgeschlossen;

27.000 wiederum wären zu viel, solange nicht klar war, wofür sie McKiernan brauchen würde.⁶⁵⁰ Blieben die 17.000, die von Gates, Mullen und Petraeus favorisiert wurden. Auch Riedel stimmte dieser Option zu, schließlich würde sie Obama „Flexibilität“ geben, vor allem vor dem Hintergrund der nahenden afghanischen Wahlen.

Im März wurden die neuen 17.000 Truppen beschlossen. Obama äußerte sich dazu gar nicht und ließ die Entscheidung durch das Pentagon verkünden. Die Truppen sollten die Wahlen und ihre Vorbereitung vor allem in den südöstlichen Talibanhochburgen wie den Provinzen Kandahar und Helmand absichern.

So wurde also eine „*quiet surge*“ beschlossen, eine stille Truppenerhöhung, die weitgehend außerhalb der kritischen Augen der allgemeinen Öffentlichkeit durchgesetzt werden konnte.

⁶⁵⁰ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 96-97.

Doch nun kam es zur allgemeinen *Strategiebegutachtung durch Riedel*. Am 11. März 2009 stellte dieser Gates, Mullen und dem NSA Jones seine Strategieempfehlungen vor.⁶⁵¹

Im Mittelpunkt der durch Riedel vorgeschlagenen Gesamtstrategie stand nicht Afghanistan, sondern **Pakistan**. Pakistan muss seine „schizophrene“ Beziehung zu islamistischen Extremisten beenden, so Riedel. Im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, den Stammesgebieten (FATA) und der Nordwestprovinz (North-Western Frontier Province, NWFP) tummelten sich afghanische Taliban, ihre Verbündeten wie das radikal-islamische Haqqani-Netzwerk, Al-Qaida und die 2007 gegründeten pakistanischen Taliban (Tehrik-e Taliban Pakistan, TTP).⁶⁵² Letztere gingen zwar vornehmlich gegen die pakistanische Regierung vor, waren aber durch ihre Unterstützung für Al-Qaida auch eine Gefahr für die Sicherheit der USA. So wurde Pakistan, ein zerfallender Staat mit schwacher Zentralgewalt (aber Nuklearwaffen!), zum Sammelbecken der „dschihadistischen Internationale“ und das pakistanische Militär mit seinem Geheimdienst ISI – traditionell stärker als die zivile Regierung – unterstützte diese Entwicklung auch noch.⁶⁵³ Stand doch im Mittelpunkt der pakistanischen Bedrohungswahrnehmungen stets Indien. Da ein starkes Afghanistan unter dem als Indien-freundlich gesehenen Karzai Pakistan in der Region weiter isolieren und ihm den strategischen Rückzugsraum im Falle eines Krieges mit Indien nehmen würde, galt es eben ein solches Afghanistan durch Unterstützung der Taliban zu verhindern.⁶⁵⁴

⁶⁵¹ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 99-101.

⁶⁵² Vgl. Ebd., S. 11 und *passim*.

⁶⁵³ Vgl. Ebd., S. 4ff.; S. 45ff. und *passim*.

⁶⁵⁴ Vgl. B. Keller: *The Pakistanis Have a Point*. In: *The New York Times*, 14.12.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/12/18/magazine/bill-keller-pakistan.html?pagewanted=all&gwh=FBE0C6151A8B25A170A0798B4314A7>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Dass sich dabei Al-Qaida auf pakistanischem Boden breitmachte und es 2007 zur Gründung von pakistanischen Taliban kam, wurde dabei übersehen. Somit trug das pakistanische Militär zur Schwächung von Pakistan selbst bei, zum weiteren Zerfall des Staates.

Für die USA hing nach wie vor (oder noch mehr als zuvor) das Schreckensszenario einer islamistischen Machtergreifung in Islamabad im Raum, wodurch islamistische Extremisten in die Kontrolle eines Atomwaffenarsenals kommen würden. Aber auch der Diebstahl oder die Weitergabe von pakistanischen Nuklearwaffen oder Nuklearmaterial durch sympathisierende Elemente des Militärs an Terroristen wäre ein Szenario, das noch größere Folgen als der 11. September haben würde.⁶⁵⁵ Dies galt es unbedingt zu verhindern. So formulierte Riedel eine *AfPak Strategie* – eine Strategie für Afghanistan *und* Pakistan, wobei Pakistan eine entscheidende Rolle zukommen würde. Dies war ein Unterschied zur Bush-Administration, wo der Staatszerfall in Pakistan zwar auch als Bedrohung gesehen wurde, es jedoch keine Strategie im Hinblick auf Pakistan gab. Außerdem sollte der „Freund“ Musharraf, ein Militärdiktator (von 1999 bis 2008 an der Macht), stabilisiert werden.⁶⁵⁶ Kritik an der pakistanischen Armeeführung galt es somit unbedingt zu vermeiden und auch ein Eingreifen von us-amerikanischen Spezialkräften oder Drohnen auf dem pakistanischen Territorium schien ausgeschlossen.⁶⁵⁷

⁶⁵⁵ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 35.

⁶⁵⁶ Vgl. die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Bush*.

⁶⁵⁷ Diese Einstellung der Bush-Administration bestätigte eine Bodenoperation von us-amerikanischen Spezialkräften (den Navy SEALs, die 2011 bin Laden töteten) im September 2008 im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, bei der mehrere Zivilisten getötet wurden. Dadurch wurde die Operation öffentlich, die pakistanischen Massenmedien übten sich in Antiamerikanismus und die pakistanische Regierung verurteilte die Verletzung der pakistanischen Souveränität. Bush sagte danach, so etwas werde er nie wieder tun (kurz danach war allerdings auch seine Amtszeit zu Ende). Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 8.

Der *politische Zweck* der neuen Strategie von Riedel betonte dagegen die Wichtigkeit Pakistans:

„Das Ziel ist es, Al-Qaida und ihre extremistischen Verbündeten in ihrer Funktionsfähigkeit einzuschränken, zu entkernen und schließlich zu besiegen. Ihre Unterstützungsstrukturen und ihre sicheren Häfen in *Pakistan* sollten zerschlagen und ihre Rückkehr nach *Pakistan* oder Afghanistan verhindert werden [Hervorhebung des Verfassers].“⁶⁵⁸

Die Taliban galt es insofern zu besiegen, als dass sie Verbündete von Al-Qaida waren. Zu diesem Zwecke sollten die USA nach Riedel eine integrierte zivil-militärische Aufstandsbekämpfungsstrategie ausführen, für die sie mehr Ressourcen (Truppen, Geld) bräuchten.⁶⁵⁹ Parallel zu dieser faktischen „*Amerikanisierung*“ des Krieges sollte eine „*Afghanisierung*“ stattfinden, indem vor allem die afghanische Armee massiv ausgebaut werden sollte. Außerdem empfahl Riedel eine größere finanzielle Unterstützung für Pakistan, sowohl in militärischer, als auch in ziviler Hinsicht (Entwicklungshilfe). Besonders die pakistanischen Grenztruppen sollten mit US-Hilfe besser ausgestattet werden, um Extremisten am Übertritt nach Afghanistan zu hindern. Allerdings gab Riedel zu, dass selbst eine bessere Ausstattung mit Waffen am ambivalenten Verhalten der Pakistaner – Verbündeter der USA *und* Al-Qaidas und der Taliban – nichts ändern würde.⁶⁶⁰

⁶⁵⁸ Eigene Übersetzung. B. Riedel, zitiert nach: Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 99.

⁶⁵⁹ Vgl. Ebd.

⁶⁶⁰ Vgl. Ebd., S. 100.

Die *Riedel-Strategie* wurde zum Grundstein der Strategieänderung der Obama-Administration. Auf der NSC Sitzung vom 20. März 2009 stimmten alle Mitglieder des Rates den Grundzügen der Gesamtstrategie zu. Besonderes Augenmerk sollte auf Pakistan und die Afghanisierung des Krieges – Training und Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte – gelegt werden.⁶⁶¹ Die Afghanisierung sollte, gemäß den Worten von Verteidigungsminister Gates, „unser Ticket raus“ aus Afghanistan werden.⁶⁶² Mit anderen Worten:

Obama und seine Sicherheitsberater arbeiteten an einer Strategie, die als Ziel den Abzug aus Afghanistan haben sollte, an einer Exit-Strategie aus dem zunehmend in der Öffentlichkeit und im Kongress unbeliebten und teuren Krieg.

Öffentlich verkündigt wurde die neue Strategie am 27. März 2009 durch den Präsidenten:⁶⁶³

Dabei ging Obama zunächst auf die problematische Sicherheitssituation ein: Zum Ende der Ära Bush gab es immer mehr Attacken gegen ISAF und die afghanische Regierung; 2008 war das tödlichste Jahr für US-Truppen.⁶⁶⁴

Gleich darauf erinnerte er allerdings an den 11. September und die anhaltende Relevanz der Terrorismusbekämpfung in Afghanistan: Wenn die Taliban an die Macht kommen, dann hat auch Al-Qaida wieder einen sicheren Hafen.⁶⁶⁵

⁶⁶¹ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 135 und *passim*.

⁶⁶² Vgl. Ebd., S. 110.

⁶⁶³ Vgl. B. Obama: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN. Room 450. Dwight D. Eisenhower Executive Office Building. 27. März 2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-on-a-New-Strategy-for-Afghanistan-and-Pakistan/, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁶⁶⁴ Vgl. Ebd.

⁶⁶⁵ Vgl. Ebd.

Gemäß den Empfehlungen Riedels verkündigt Obama als obersten politischen Zweck:

„Die Funktionsfähigkeit Al-Qaidas stören, sie entkernen, sie in Afghanistan und Pakistan zu besiegen (*to disrupt, dismantle and defeat*) und ihre Rückkehr nach Afghanistan oder Pakistan in der Zukunft zu verhindern.“⁶⁶⁶

Alle anderen Teilziele hätten sich dem unterzuordnen. Al-Qaida sei der Grund, weshalb die USA in Afghanistan seien. Damit spricht sich Obama, ähnlich wie Bush unmittelbar nach dem 11. September, gegen das Ziel des Staatsaufbaus in Afghanistan aus. Folglich wird „Demokratie in Afghanistan“ in seiner Rede kein einziges Mal erwähnt.

Bei den Teilzielen hebt Obama, gemäß der von Riedel entworfenen Strategie, die Bedeutung *Pakistans* hervor.⁶⁶⁷

Terroristen und Extremisten dort sind nicht nur eine Bedrohung für die USA und ihre Verbündeten, sondern für Pakistan selbst. So appelliert Obama in seiner Rede an die pakistanische Führung: Es drohe eine Destabilisierung des Staates, die ökonomische Entwicklung wird verhindert bzw. aufgehalten, indem ausländische Investitionen durch die schlechte Sicherheitslage abgeschreckt werden.⁶⁶⁸

Pakistan, so Obama, braucht die Hilfe der USA bei der Terrorismusbekämpfung (implizit: es kommt mit der Terrorismusbekämpfung nicht zu Recht, weil es entweder nicht die Fähigkeiten oder den politischen Willen dazu hat). Gleichzeitig hebt aber

⁶⁶⁶ Eigene Übersetzung. B. Obama: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN, a.a.O., o.S.

⁶⁶⁷ Vgl. Ebd.

⁶⁶⁸ Vgl. Ebd.

Obama öffentlich hervor: Pakistan bekommt keinen Blankoscheck mehr, es muss etwas gegen die Terroristen unternehmen, seinen Willen zeigen, die Terroristen zu bekämpfen. Hier grenzt sich Obama von Bush ab, der Musharraf, den pakistanischen Militärdiktator, als seinen Freund und treuen Verbündeten im „Krieg gegen den Terror“ ansah.⁶⁶⁹

Ganz konkret bietet Obama Pakistan eine Erhöhung der Entwicklungshilfe gegen die pakistanische Unterstützung bei der „Schließung“ von „sicheren Häfen“ der Aufständischen in dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet.⁶⁷⁰ Noch im selben Jahr verabschiedete der Kongress ein Gesetz der Senatoren Kerry (Demokraten) und Lugar (Republikaner), welches 1,5 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe für Pakistan pro Jahr (von 2009 bis 2014) vorsah.⁶⁷¹ Außerdem wurde dem Kongress ein Gesetz vorgelegt, das bereits von Bush unterstützt wurde, aber damals im Kongress gescheitert ist: Die Einführung von Freihandelszonen (*opportunity zones*) in der pakistanisch-afghanischen Grenzregion, womit die Ausfuhr von pakistanischen Exportprodukten (vor allem Textilien) in die USA zollfrei wird (aber nur aus diesen beschränkten Gebieten).⁶⁷² All dies, so Obama, diene der Stärkung der pakistanischen Regierung und dem Entzug der Unterstützung der Pakistaner für Al-Qaida.

⁶⁶⁹ Siehe die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Bush* und die Analyse Riedels weiter oben.

⁶⁷⁰ Vgl. Office of the Press Secretary (Hg.): *Overview of the Afghanistan and Pakistan Annual Review*. 2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2010/12/16/overview-afghanistan-and-pakistan-annual-review>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁶⁷¹ Vgl. B. Obama: *REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN*, a.a.O., o.S.

⁶⁷² Vgl. Ebd.; Vgl. **auch** Fact Sheet: 2008 War Funding Request. 2007. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/10/20071022-7.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

Schließlich wird von Obama ein Trialog zwischen den USA, Pakistan und Afghanistan vorgeschlagen, von Verteidigungsminister Gates und H. Clinton geleitet.⁶⁷³

Als zweites wichtiges Thema neben Pakistan taucht in Obamas neuer Strategie, die man eigentlich eine AfPak-Strategie⁶⁷⁴ nennen müsste, *Afghanistan* auf.

Hier gelte es, einen Fokus auf die Ausbildung und Vergrößerung der afghanischen Sicherheitskräfte zu legen: 2011 soll die Afghanische Nationale Armee (ANA) über 134.000 Mann haben, die Polizei 82.000.⁶⁷⁵

Die Entwicklungshilfe soll erhöht werden, allerdings wie im Falle Pakistans, konditional. Obama verweist darauf, dass eine unzurechnungsfähige, verschwenderische Entwicklungshilfe

(wie in der Vergangenheit unter Bush, so die Implikation) nicht tolerabel sei.⁶⁷⁶ Auf US-Seite soll die Überwachung über die Entwicklungsausgaben verschärft werden, indem die Finanzierung für Generalinspektoren beim Außenministerium und bei USAID erhöht wird, ebenso wie für Inspektoren für den Afghanischen Wiederaufbau vor Ort.⁶⁷⁷ In Afghanistan selbst gilt es, nicht mehr beide Augen bei der grassierenden Korruption zuzudrücken (also kein Blanko-Scheck für Karzai). Klare internationale operationalisierbare Evaluierungsinstrumente seien nötig, um den Fortschritt Afghanistans bei der Korruptionsbekämpfung und bei den Regierungsleistungen zu messen.⁶⁷⁸

⁶⁷³ Vgl. B. Obama: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN, a.a.O., o.S.

⁶⁷⁴ Nach dem in der Obama-Administration und bei Analytikern üblichen Kürzel für Afghanistan und Pakistan.

⁶⁷⁵ Vgl. B. Obama: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN, a.a.O., o.S.

⁶⁷⁶ Vgl. Ebd.

⁶⁷⁷ Vgl. Ebd.

⁶⁷⁸ Vgl. Ebd.

Außerdem hebt Obama die Wichtigkeit der Versöhnung (*reconciliation*) hervor: Diejenigen, die sich den Taliban aus Zwang oder für Geld angeschlossen haben, müssen die Möglichkeit erhalten, sich wieder in die afghanische Gesellschaft zu reintegrieren.⁶⁷⁹ Dies war ein weiterer wichtiger Punkt Riedels, der zwischen integrationsbereiten Taliban, die nur wegen fehlender anderweitiger Beschäftigungsmöglichkeiten oder wegen Zwang kämpften und dem ideologischen „harten Kern“, den „Überzeugungstätern“, unterschied.⁶⁸⁰

Schließlich verweist Obama auf die Notwendigkeit der fortwährenden Evaluation der Afghanistanstrategie (etwas, was unter Bush nicht gemacht wurde).⁶⁸¹ Die verkündigte neue Strategie und die Auswirkungen der Truppenerhöhung sollen jedes halbe Jahr evaluiert werden.⁶⁸² Obama behält sich damit Änderungen an der Strategie vor. Die Evaluationsberichte sind (bis auf wenige klassifizierte Teile) öffentlich zugänglich und sollen weiter unten noch besprochen werden.

Neben Al-Qaida, Pakistan und Afghanistan ist die *internationale Unterstützung* der vierte wichtige Punkt der Afghanistanstrategie Obamas. Er verweist darauf, dass die Bedrohung aus der AfPak-Region auch die Europäer („die Verbündeten“) betrifft. Außerdem müsse die NATO überhaupt ihre Handlungs- und Funktionsfähigkeit beweisen (implizit

⁶⁷⁹ Vgl. B. Obama: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN, a.a.O., o.S.

⁶⁸⁰ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Berlin. 2010. (SWP-Studien, 11). Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S11_rdf_ks.pdf; zuletzt geprüft am 03.09.2012. S. 24.

⁶⁸¹ Vgl. B. Obama: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN, a.a.O., o.S.

⁶⁸² Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011. 2011. Online verfügbar unter: <http://abcnews.go.com/images/Politics/UNCLASS%20Report%20on%20Afghanistan%20and%20Pakistan.pdf>, zuletzt geprüft am 02.08.2012. S. 1.

verweist Obama damit darauf, dass in Afghanistan die Zukunft der NATO auf dem Spiel steht, etwas worauf sein Sicherheitsberater Jones schon vorher in einem Hintergrundgespräch mit B. Woodward hingewiesen hat⁶⁸³).⁶⁸⁴

Dabei würden die USA von ihren Verbündeten nicht einfach „nur“ Truppen wollen, sondern Unterstützung für den politischen Prozess in Afghanistan (zum Beispiel die Präsidentschaftswahlen im August 2009), mehr Ausbilder für die afghanischen Sicherheitskräfte und mehr Entwicklungshilfe. Die UN sollte diese Hilfe besser koordinieren und mehr tun, um die afghanischen politischen Institutionen zu stützen. Zusammen mit der UN gelte es, eine Kontaktgruppe (*Contact Group*) für Afghanistan und Pakistan einzurichten, deren Mitglieder NATO-Staaten, andere Verbündete, die ehemals sowjetischen zentralasiatischen Staaten, Russland, die Golf-Staaten, Iran, China und Indien sein sollen.⁶⁸⁵

Im Gegensatz zum Trilateralen Dialog zwischen Afghanistan, Pakistan und den USA (dessen Ergebnisse allerdings nie an die Öffentlichkeit kamen), war die Kontaktgruppe jedoch eine politische „Totgeburt“. Wegen der pakistanischen Weigerung mit Indien, dem Erzfeind, an einem Tisch zu sitzen, ist dieses wichtige Element der regionalen Diplomatie gescheitert.⁶⁸⁶

Dabei gäbe es interessierte Mächte, die wie Russland, die zentralasiatischen Staaten, Pakistan und Iran entweder direkt an Afghanistan angrenzen oder aber, wie Russland, über den steigenden Drogenhandel indirekt die negativen Folgen einer Destabilisierung Afghanistans zu spüren bekommen

⁶⁸³ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 127.

⁶⁸⁴ Vgl. B. Obama: *REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN AND PAKISTAN*, a.a.O., o.S.

⁶⁸⁵ Vgl. Ebd.

⁶⁸⁶ Vgl. P. Rudolf: *Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie*, a.a.O., S. 13.

und für die daher ein stabiles Afghanistan wichtig ist (was auch immer die einzelnen Länder genau unter solch einer Stabilität verstehen).

Die neue Afghanistan-Pakistan Strategie war in ihren Grundzügen verkündet. Allerdings war die Exekutive dadurch keineswegs geeint. Ganz im Gegenteil, es bildeten sich schnell zwei **gegensätzliche „Koalitionen“ innerhalb der Obama-Administration**, sodass von Einstimmigkeit bald keine Rede sein konnte.

Auf der einen Seite sprach sich Vizepräsident Biden schon auf der Sitzung vom 11. März gegen eine Truppenerhöhung der USA und eine „Amerikanisierung“ des Krieges aus. Er dachte an die innenpolitischen Folgen, an die Erhöhung der Zahl der Gefallenen, an die dadurch sinkende Popularität Obamas und folglich an dessen sinkende Wiederwahlchancen 2012.⁶⁸⁷ Auch der Wahlkampfstab Obamas – nach der Wahl seine Berater wie R. I. Emanuel (Chef der Präsidentialverwaltung), D. M. Axelrod (Hoher Berater des Präsidenten), Pressesekretär R. L. Gibbs und der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater T. E. Donilon – waren aus demselben Grund äußerst skeptisch.⁶⁸⁸

Auf der anderen Seite pochte das Militär um den neuen Oberkommandierenden McChrystal⁶⁸⁹, dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs Mullen und dem CENTCOM-Kommandeur D. Petraeus unter der Tolerierung von Verteidigungsminister Gates, der die Forderungen des Militärs mit den Anforderungen des Präsidenten auszubalancieren hatte, mit öffentlichen Äußerungen auf einer schnellen, sofortigen Truppenerhöhung, ohne den formellen Beschluss einer neuen

⁶⁸⁷ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 110.

⁶⁸⁸ Vgl. Ebd., S. 246-247; S. 254-255.

⁶⁸⁹ McKiernan wurde im Mai 2009 durch Obama und Gates entlassen, da er zwar mehr Truppen wollte, aber keine neue Militärstrategie für Afghanistan präsentieren konnte. Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

Afghanistanstrategie und ihrer öffentlichen Verlautbarung abzuwarten.⁶⁹⁰ Dabei war eigentlich im NSC ein Konsens darüber erreicht worden, dass erst einmal die Effekte der Truppenerhöhung um 17.000 evaluiert werden sollten (die bis zum Oktober 2009 in Afghanistan ankommen sollten).⁶⁹¹ In der Zwischenzeit fanden in Afghanistan im August 2009 Wahlen statt, die mit dem Sieg Karzais in der zweiten Runde (er musste in die zweite Runde, weil er in der ersten weniger als 50 % Prozent erhalten hatte), massiven Wahlfälschungsvorwürfen und dem Rückzug des Gegenkandidaten Karzais, Abdullah, aus Protest gegen ebendiese Wahlfälschungen geendet hatten. Die Legitimität Karzais war in den Augen der afghanischen Bevölkerung angekratzt als je zuvor.⁶⁹² Auch die neue US-Administration vertrat von Beginn an eine härtere Herangehensweise gegenüber Karzai, stets ausgehend von amerikanischen nationalen Interessen und seine Korruptions- und schlechte Regierungsleistung kritisierend.⁶⁹³ Karzai wiederum warf den USA immer mehr vor, ihre Luftangriffe und die wachsenden nächtlichen Durchsuchungen durch Spezialeinheiten würden zu immer mehr zivilen Opfern führen.⁶⁹⁴

⁶⁹⁰ Für die Beschreibung der Koalition, der sich später auch H. Clinton als Außenministerin anschloß: Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 254.

⁶⁹¹ Vgl. Ebd., S. 123. Zu den 17.000 kamen noch 4.000 zusätzliche Trainer für die afghanische Armee, sodass die Truppenzahl um insgesamt 21.000 erhöht wurde. Vgl. Ebd., S. 102.

⁶⁹² Vgl. P. Tristram: *Obama's Afghanistan: From Nightmare to Inferno*. 01.11.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://middleeast.about.com/b/2009/11/01/obamas-afghanistan-from-nightmare-to-inferno.htm>; zuletzt geprüft am 20.08.2012.

⁶⁹³ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 66ff., wo die konfliktreiche erste Zusammenkunft eines ranghohen Mitglieds der Obama-Administration, Vizepräsident Biden, mit Karzai in Afghanistan geschildert wird. Auf seine Reise nahm Biden Senator Graham (Republikaner) mit, der zu einem der wichtigsten Pro-Obama-Sprechführer im Senat wurde. Vgl. Ebd., S. 72-73.

⁶⁹⁴ Vgl. Ebd., S. 65; S. 68-69.

Außerdem forderte er im Januar 2009 – Obama war neu im Amt – ein Mitspracherecht des afghanischen Parlaments, der Loya Jirga, bei jeder weiteren ausländischen Truppenerhöhung.⁶⁹⁵

Karzai fühlte sich mehr und mehr von den USA im Stich gelassen und sprach sogar im Zusammenhang mit der Kritik der USA an den gefälschten Wahlen von einem „britisch-amerikanischen Plot“ (sic!).⁶⁹⁶

Unterdessen bemühte sich das Militär und seine Vertreter im NSC um eine weitere Truppenerhöhung, noch bevor die genehmigten 21.000 zusätzlichen Truppen im Feld ankamen. So bot McChrystal in einem geheimen Dokument vom 24. September 2009, *Ressourcing the ISAF implementation strategy*, dem Präsidenten drei Optionen für eine Truppenerhöhung für Afghanistan:⁶⁹⁷

- (1) 10.000 – 11.000 für das Training der afghanischen Sicherheitskräfte
- (2) 40.000 für Aufstandsbekämpfung
- (3) 85.000 für eine robuste Aufstandsbekämpfung

McChrystal begründete seine Truppenforderungen mit der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage. Wenn man nicht innerhalb von zwölf Monaten die Offensive der Taliban aufhalte (*reverse the Taliban momentum*), dann sei der Krieg für die USA verloren.⁶⁹⁸

⁶⁹⁵ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 74–76.

⁶⁹⁶ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 148.

⁶⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 192.

⁶⁹⁸ Vgl. J. F. Burns: McChrystal Rejects Scaling Down Afghan Military Aims. In: The New York Times, 02.10.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/10/02/world/asia/02general.html?pagewanted=print>, zuletzt geprüft am 02.08.2012. Wie u.a. aus diesem Artikel hervorgeht, hielt sich McChrystal auch in der Öffentlichkeit nicht mit seinen Äußerungen zurück und setzte so Obama zusätzlich unter Druck. Siehe auch die nachfolgenden Ausführungen.

Praktisch lieferte er dem Präsidenten, wie die Vertreter des Militärs schon vorher bei der 17.000 Truppenerhöhung, nur eine „Option“. Die erste nämlich war nicht annehmbar, weil es nur ein „Weiter-so“ bei sich verschlechternder Sicherheitslage bedeutet hätte und in der Kontinuität der Vernachlässigung Afghanistans durch Bush gestanden hätte.

Die 85.000 wiederum wären innenpolitisch kaum durchsetzbar gewesen.⁶⁹⁹

An dieser Stelle sei die **innenpolitische Problematik** als der Hintergrund der Entscheidungsfindung innerhalb der Exekutive angesprochen. Obamas Partei, die Demokraten, hatten im Kongress von 2009 bis 2011 die Mehrheit – was genau das Problem von Obama war.⁷⁰⁰ Denn die Demokraten waren, ebenso wie ihre Wähler, skeptisch gegenüber Truppenerhöhungen und mehr finanziellen Mitteln für Afghanistan.⁷⁰¹

So sprach N. Pelosi, demokratische Sprecherin des Repräsentantenhauses und eigentlich stets loyal zu Obama, dass der Präsident die Abgeordneten überzeugen müsse und eine Strategie vorlegen solle, bevor er weitere Truppen verlange. Ebenso wie andere Demokraten im Kongress stellte sie kritische Fragen nach der Rolle Pakistans bei der Unterstützung der afghanischen Taliban und der Korruption in beiden Ländern.⁷⁰²

⁶⁹⁹ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 192-193.

⁷⁰⁰ Im Repräsentantenhaus hatten sie die Mehrheit 2009-2011. Im Senat haben sie eine knappe Mehrheit bis zum heutigen Tag (51 zu 47; 2 Unabhängige). Vgl. Party Division in the Senate, 1789-Present, a.a.O. **und** Vgl. Party Divisions of the House of Representatives (1789 to Present), a.a.O.

⁷⁰¹ Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230-231.

⁷⁰² Vgl. D. Jackson: Congress to Obama: First strategy, then more troops. In: USA TODAY, 06.10.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2009/10/68500468/1#.UB1-TE0aNqI>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Sogar der stets loyale J. Kerry, ehemaliger Präsidentschaftskandidat von 2004 und Vorsitzender des wichtigen Auswärtigen Ausschusses im Senat (Council on Foreign Relations) sah Obamas Strategie kritisch (und unterstützte sie gleichwohl). Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan. (SWP Comments, 31). Online verfügbar unter: <http://www.swp->

Der demokratische Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, C. Levin, verlangte eine Afghanisierungsstrategie, nämlich die Forcierung des Ausbaus der afghanischen Sicherheitskräfte, und eine effektive Verbesserung der afghanischen und pakistanischen Regierungsführung. Ohne diese Vorbedingungen sei eine Aufstockung der amerikanischen Truppen nicht sinnvoll.⁷⁰³ Ein wesentlicher demokratischer Kritikpunkt waren die steigenden Kosten an amerikanischem Geld und Blut.⁷⁰⁴

Der demokratische Vorsitzende des Mittel- und Finanzausschusses im Repräsentantenhaus, D. Obey, sprach davon, dass es kein Geld mehr für andere, innenpolitische Reformbereiche gebe, wenn man – verbunden mit der Truppenaufstockung – das gesamte Geld nach Afghanistan pumpe.⁷⁰⁵

So schloss sich auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, Kent Conrad, der Meinung seines Kollegen aus dem Repräsentantenhaus an.⁷⁰⁶ Wenn man bedenkt, dass die Haushaltsausschüsse die „Königsausschüsse“ eines jeden Parlaments sind, etwas, wo die Legislative ihre ganze Macht gegenüber der Exekutive entfalten darf und die Vorsitzenden ebendieser Ausschüsse, die die steigenden Mittel für den

berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2011C31_rdf_ks.pdf ; zuletzt geprüft am 03.09.2012. S. 5-6.

⁷⁰³ Vgl. E. Schmitt; Cooper, Helen: Pressure Builds Over Obama's Afghanistan Plan. In: The New York Times, 23.11.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/24/world/asia/24policy.html?gwh=32D83BC5539BA8090D4D2100A8FC1677>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁷⁰⁴ Vgl. D. Jackson: New target in Afghanistan: Obama. In: USA TODAY, 15.10.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2009/10/68501022/1#.UB1-E00aNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁷⁰⁵ Vgl. T. Vanden Brook; Dilanian, Ken: WHAT THE PRESIDENT SAID AND THE CONTEXT. In: USA TODAY, 01.12.2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-12-01-obama-democrat-reaction_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁷⁰⁶ Vgl. S. Page; Kiely, Kathy: Dems balk at deployment plan. In: USA TODAY, 02.12.2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-12-01-obama-democrat-reaction_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Afghanistankrieg bewilligen sollen, gegen eine Truppenaufstockung sind, dann kamen auf Obama politisch schwere Zeiten zu.

Im Zuge der schwierigen Haushaltslage kam es zu Forderungen nach einer „gerechteren Lastenverteilung“ zwischen den zunehmend im Afghanistankrieg engagierten USA und den europäischen Verbündeten. Dies verlangten bereits im ersten Jahr der neuen Strategie N. Pelosi, ebenso wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, der ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat J. Kerry.⁷⁰⁷

Schließlich hat der Demokrat D. Kucinich wiederholt eine kriegskritische Resolution eingebracht, die die Kriege in Afghanistan und Irak schnell beenden wollte. Während diese Resolution im Juli 2010 insgesamt 162 Stimmen erhielt, waren es im Mai 2011 bereits 204 Abgeordnete (178 Demokraten, 26 Republikaner), die für einen beschleunigten Truppenabzug und eine „Exit-Strategie“ eintraten.⁷⁰⁸ Bereits 2010 stimmten 102 Demokraten (und nur 12 Republikaner) im Repräsentantenhaus gegen „Notfallfinanzen“ (*emergency funding*, zusätzliche Mittel für den Afghanistankrieg).⁷⁰⁹

Was bewog die Demokraten zu ihrer wachsenden Kriegsskepsis? Die steigenden Kriegskosten wurden bereits erwähnt, doch waren sie nicht alleine für die Anti-Kriegs-Stimmung verantwortlich. Die Demokraten sahen sich nämlich innenpolitisch einer wachsenden Polarisierung

⁷⁰⁷ Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230-231.

⁷⁰⁸ Vgl. D. Jackson: Pelosi: Obama 'must make his case' on Afghanistan. In: USA TODAY, 16.12.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2009/12/pelosi-obama-must-make-his-case-on-afghanistan/1#.UBI4VEOaNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012; vgl. auch P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 5-6.

⁷⁰⁹ Vgl. C. Camia: Biden says White House must do a good job selling Afghanistan strategy. In: USA TODAY, 28.07.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2010/07/biden-afghanistan-war-progress-1#.UBI3dUOaNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

gegenüber. Seit den *mid term elections*, den Zwischenwahlen vom November 2010, kam in der Republikanischen Partei eine wachsende rechtskonservative Strömung – die sogenannte *Tea Party* Bewegung – auf. Als Reaktion auf diese Bewegung wurden die Demokraten selbst immer linker und kriegskritischer.⁷¹⁰ So kam es, dass selbst Obama-loyale Demokraten wie J. Kerry spätestens nach der Tötung bin Ladens im Mai 2011 eine neue Strategie verlangten, die weniger ressourcenintensiv ist, eine *Counter Terrorism* (CT) - Strategie, die auf die Ausschaltung der Führungsriege Al-Qaidas fokussiert und eine massive Truppenreduktion vorsieht (siehe unten). Hierfür steht ein Brief, der im Juni 2011 von 27 Senatoren (allerdings beider Parteien) unterschrieben wurde.

Dem Schreiben zu Folge hätten die USA ihren politischen Zweck in Afghanistan erreicht – Al-Qaida stelle im Land keine Gefahr mehr dar, bin Laden ist tot. Die USA sollten nicht länger die Kosten des *Nation-Building* tragen. Fast ein Drittel (27 von 100) aller Abgeordneten des Senats beider Parteien trugen diesen Brief mit.⁷¹¹

Schließlich kam zu den Kriegskosten und der wachsenden innenpolitischen Polarisierung die steigende Kriegsskepsis der demokratischen Wähler (bedingt wiederum durch Kriegskosten und die mit der Truppenerhöhung und der neuen Strategie steigenden Gefallenenzahlen). Diese unterstützten 2010 den Afghanistankrieg nur zu 36 % Prozent (Wähler der Republikaner dagegen zu 57 % Prozent).⁷¹²

⁷¹⁰ Vgl. P. Rudolf: *War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan*, a.a.O., S. 5-6.

⁷¹¹ Vgl. Ebd.

⁷¹² Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230-231.

Zu der öffentlichen Meinung in den USA vgl. das Unterkapitel zur *Innenpolitischen Teilstrategie*.

So sah sich Obama in einer Zwickmühle, als er die neue Strategie im März 2009 verkündigte: Die Demokraten waren seine Partei und in der wachsenden innenpolitischen Polarisierung eigentlich seine besten Verbündeten – doch die Republikaner waren es, die seinen Kriegskurs mittrugen. Dabei konnte es sich Obama nicht mit den eigenen Demokraten im Kongress „verscherzen“, die er für wichtige innenpolitische Reformvorhaben wie MedAid (eine gesetzliche Krankenversicherung für alle), brauchte.⁷¹³ Sein Dilemma reichte noch weiter: Eine kriegskritische Koalition von linksliberalen Interessengruppen wie MoveOn trug maßgeblich zu seinem Wahlsieg bei – doch ebendiese Koalition, die er für seine Wiederwahl brauchen würde, drohte er durch die neue Afghanistanstrategie zu verspielen.⁷¹⁴

Die Republikaner waren eigentlich die schärfsten Kritiker von Präsident Obama. In der Frage des Afghanistankrieges waren sie allerdings seine treuesten Unterstützer.⁷¹⁵ Traditionell forderte die Republikanische Partei, der Präsident solle den Militärkommandeuren vor Ort alles geben, was diese anfordern. Sie wüssten schließlich selbst am besten, was sie brauchen.⁷¹⁶ Einflussreiche Republikaner wie McCain oder Graham wurden damit zu Verbündeten Obamas – was insbesondere im Falle McCains, der sein Widersacher bei der Präsidentschaftswahl gewesen ist, politisch ungewöhnlich ist. Aber die Republikaner wiederum waren mit einem festen Abzugsdatum nicht einverstanden. Ihrer Meinung nach – prominent ausgedrückt durch McCain – würden die Taliban die Uhr danach

⁷¹³ Vgl. S. Page; Kiely, Kathy, a.a.O., o.S.

⁷¹⁴ Vgl. Ebd.

⁷¹⁵ So vor allem die Wortführer im Verteidigungskomitee des Senats, Senator Graham und Senator McCain, der republikanische Widersacher Obamas bei der Präsidentschaftswahl 2009. Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 72-73; S. 207 und *passim*.

⁷¹⁶ Vgl. D. Jackson: Congress to Obama: First strategy, then more troops, a.a.O., o.S.

stellen, wann die ausländischen Truppen aus dem Land gehen würden, um dann wieder die Macht zu übernehmen.⁷¹⁷

Dies vergrößerte die Schwierigkeiten für Obama weiter:

*In einer Art politischem Spagat musste er den Republikanern eine „Exit-Strategie“ und den Demokraten eine Truppenerhöhung „verkaufen“.*⁷¹⁸

Hinsichtlich der „Exit-Strategie“ kam Obama paradoxerweise das Aufkommen der Tea Party gelegen. Diese vertritt einen selbst für Republikaner ungewöhnlichen Fiskalkonservatismus, nämlich einen, der nicht nur traditionell die Sozialausgaben kürzt, sondern sogar die Militärausgaben.⁷¹⁹ Außerdem ist diese Bewegung isolationistisch gesinnt und will eine Entbindung der USA von militärisch kostspieligen „außenpolitischen Abenteuern“.

Damit war diese allerdings, ebenso wie die Demokraten, skeptisch, was die Erhöhung der Truppenpräsenz angeht.

Die erste Truppenaufstockung im Februar 2009 fand statt, als die Tea Party noch nicht von sich Reden machte. Sie wurde folglich von 91 % Prozent der Republikaner unterstützt; aber nur von weniger als 70 % Prozent (genau 66 %) der Demokraten (9 % Prozent waren unentschlossen). Vor den Kongress-Zwischenwahlen im November 2010 wurden die Demokraten noch kriegsskeptischer: 76 % Prozent von ihnen wollten eine schnellere „Heimholung“ der Truppen. Dagegen hießen 89 % Prozent der Republikaner den von Obama im Rahmen seiner zweiten großen Rede zur Afghanistanstrategie⁷²⁰ verkündeten Beginn des Abzugs (Juli 2011) gut

⁷¹⁷ Vgl. T. Vanden Brook; Dilanian, Ken, a.a.O., o.S.

⁷¹⁸ Vgl. Ebd.

⁷¹⁹ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 5-6.

⁷²⁰ Am 01. Dezember 2009 an der renommierten Westpoint-Militärakademie (s.u.).

(was ob der Bedenken der republikanischen Wortführer wie McCain hinsichtlich eines Abzugsdatums erstaunlich ist).⁷²¹

Aus der komplizierten innenpolitischen Lage mit dem innenpolitischen Gegner als außenpolitischen Verbündeten und dem innenpolitischen Freund als außenpolitischen Gegner gab es kein einfaches Entkommen.

Vor diesem Hintergrund ging die Debatte innerhalb der Exekutive selbst weiter. Vizepräsident Biden, sein Sicherheitsberater A. J. Blinken, ebenso wie der Anti-Terrorismus-Berater des Präsidenten, J. O. Brennan, der Koordinator für Afghanistan-Pakistan im NSC, Leutnant-General D. E. Lute und der neue Botschafter in Afghanistan, General K. W. Eikenberry (ehemaliger US-Militärkommandeur in Afghanistan 2005-2007), sprachen sich gegen eine massive Truppenaufstockung aus.

Damit formten sie, zusammen mit den erwähnten politischen Beratern Obamas im Weißen Haus eine Koalition gegen die Repräsentanten des Militärs um Gates, Mullen, McChrystal und Petraeus.⁷²²

Der Wortführer dieser Koalition war Vizepräsident Biden, ein entschiedener Gegner der „Amerikanisierung“ des Krieges in Afghanistan, die durch eine Truppenaufstockung und durch neue Mittel für Entwicklungshilfe und gute Regierungsführung de-facto stattfinden würde.⁷²³ Biden empfahl stattdessen seine Konzeption von „Anti-Terrorismus plus“ (*counterterrorism plus*). Demnach sei der oberste politische Zweck der USA in Afghanistan und *besonders* Pakistan, Al-Qaida zu zerschlagen. Es gelte, die Führung von Al-Qaida um bin Laden zu töten oder zu fangen. Im Übrigen gelte es, die Rückkehr von Al-

⁷²¹ Vgl. J. Braml, a.a.O., S. 230-231.

⁷²² Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 254-255.

⁷²³ Wie unter der *Außenpolitischen Teilstrategie* und der *Ökonomischen Teilstrategie* zu zeigen sein wird, wurde die Entwicklungshilfe für Afghanistan unter Obama massiv erhöht.

Qaida nach Afghanistan zu verhindern, indem eine abschreckende Präsenz der USA im Land aufrechterhalten würde. Hierzu würden allerdings schon die Truppen ausreichen, die bereits 2009 stationiert werden.

Summa summarum erinnert Bidens Anti-Terrorismus-Ansatz an Rumsfelds Anti-Terrorismus-Strategie.⁷²⁴ Konkret sah Bidens Plan vor:⁷²⁵

- (1) Die Aufrechterhaltung von zwei US-Basen im Land (Bagram und Kandahar), von wo aus die Spezialeinheiten (SOF) ihre anti-terroristischen Aktionen durchführen könnten;
- (2) Die Aufrechterhaltung der us-amerikanischen Luftmacht in Afghanistan;
- (3) Die Aufrechterhaltung eines Netzes von Informanten für die CIA und die Spezialeinheiten zum Zwecke der Zielsuche;
- (4) Die Aufrechterhaltung der aus Afghanen zusammengesetzten Elite-Einheit der CIA, des *Counter Terrorism Pursuit Teams* (CTPT) mit 3.000 Kämpfern

Bidens Plan sah also vor, bei kurzfristiger Beibehaltung der Truppenpräsenz den Fokus auf den „Krieg der Spezialeinheiten“

(SOF und CTPT) zu legen. Ein gutes Informantennetzwerk, Spezialeinheiten am Boden, Drohnen und Bomben würden Al-Qaida vor der Rückkehr nach Afghanistan abschrecken und – vor allem – ihre sicheren Häfen in Pakistan zerschlagen. Es dürfe in Afghanistan nicht um eine massive Aufstandsbekämpfung mit Staatsaufbau gehen, so Biden und die Mitglieder „seiner“ Koalition.⁷²⁶ Stattdessen sollte eine gezielte

⁷²⁴ Siehe das vorherige Kapitel zur Gesamtstrategie unter Bush.

⁷²⁵ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 159-160.

⁷²⁶ Vgl. Ebd., S. 101-102.

Afghanisierung des Krieges betrieben werden, um eine klare „Exit“-Perspektive für die USA zu erhalten.⁷²⁷ Der Krieg sei wegen des wachsenden Widerstands an der „Heimatfront“, in der allgemeinen Öffentlichkeit und im Kongress, *politisch* nicht länger durchzuhalten.⁷²⁸ Die Taliban seien durchaus von der Al-Qaida zu trennen, den meisten von ihnen ginge es nur um die Vertreibung der (westlichen) „Ausländer“ aus Afghanistan und nicht um den weltweiten terroristischen „Heiligen Krieg“. Folglich sollte es auch nicht darum gehen, die Taliban zu „besiegen“ – ein langwieriges und kostspieliges Unterfangen mit wenig Aussicht auf Erfolg, solange Pakistan sie unterstützt. Pakistan wiederum, so Biden, würde die Taliban nicht länger unterstützen, wenn es merken würde, dass die USA kein starkes Afghanistan unter Führung des Indien-freundlichen Karzai wollen. Der Truppenabzug wäre insofern ein starkes Signal an Pakistan, ihre Unterstützung der Taliban zu beenden.⁷²⁹

Von den Militärs und ihren Vertretern wurde Bidens Strategie mit dem Verweis auf die Nicht-Unterscheidbarkeit von Al-Qaida und der Taliban kritisiert. Außerdem sei ein Erfolg der Taliban in Afghanistan – selbst bei einer Unterscheidung zwischen den Taliban und Al-Qaida – ein Symbol für den weltweiten islamistischen „Heiligen Krieg“ („Dschihad“). Islamistische Extremisten weltweit würden Auftrieb bekommen, könnten sie sich doch darauf berufen, nach der Sowjetunion die zweite Supermacht besiegt zu haben. Ein weiterer Kritikpunkt war außerdem, dass ohne eine ausreichende Truppenpräsenz in Afghanistan die Informationsgewinnung für die Zielauswahl der Spezialkräfte und Drohnen gar nicht möglich sei.⁷³⁰ Insofern sei eine voll ausgestattete Aufstandsbekämpfungsstrategie die

⁷²⁷ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 101-102.

⁷²⁸ Vgl. Ebd.

⁷²⁹ Vgl. Ebd., S. 163ff.

⁷³⁰ Vgl. Ebd., S. 162; S. 186ff.

Voraussetzung für die von Biden vorgeschlagene Anti-Terrorismus-Strategie.

Das Militär rund um den CENTCOM-Oberkommandierenden und „Irak-Helden“ Petraeus vertrat dagegen die Strategie einer massiven Ausdehnung des US-Engagements in Afghanistans. McChrystal forderte nicht nur 40.000 zusätzliche (zu den 21.000) Truppen an, sondern auch als Ziel, die afghanischen Sicherheitskräfte auf 400.000 auszubauen.⁷³¹ Diese Forderungen waren gemäß den „Anforderungen“ einer effektiven Aufstandsbekämpfungsstrategie formuliert, die sich zum obersten Ziel setzte, die Zivilbevölkerung zu schützen und so die Legitimität und Effektivität der afghanischen Zentralregierung und der regionalen Gouverneure zu erhöhen.⁷³²

Als „geistiger Vater“ dieser **COIN** – eigentlich eine Abkürzung für Aufstandsbekämpfung generell (*counterinsurgency*) – genannten Doktrin wird gemeinhin D. Petraeus genannt⁷³³, der als U.S.-Oberbefehlshaber im Irak mit den von Bush für 14 Monate genehmigten zusätzlichen 20.000 Soldaten (*surge*) das Gewaltniveau wesentlich verringern konnte.⁷³⁴ Die positiven Irak-Erfahrungen wollte er auf Afghanistan übertragen.⁷³⁵ Von Juli 2010 bis Juli 2011 war er Oberbefehlshaber der ISAF und der OEF,

⁷³¹ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 252.

⁷³² Vgl. Ebd., S. 83.

⁷³³ Vgl. H. Friederichs: Erfolgsverwöhnter General mit schwierigem Job. In: ZEIT ONLINE, 23.11.2010, S. 1–4. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/petraeus-coin>, zuletzt geprüft am 25.03.2011.

⁷³⁴ Vgl. K. Dilanian: Afghanistan plan leaves Dems doubtful, Republicans critical. In: USA TODAY, 02.12.2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-12-02-afghan-senate_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁷³⁵ Wobei die Frage bleibt, ob das Stabilisieren der Lage im Irak wirklich auf die neue COIN-Strategie oder doch auf andere Faktoren wie der Entzug der Legitimation für Al-Qaida durch große Teile der Sunniten zurück zu führen ist, der stattfand, als Al-Qaida im Irak zunehmend sunnitische Zivilisten tötete. Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, a.a.O., S. 16.

vorher war er, wie erwähnt, Oberbefehlshaber des CENTCOM und damit für die beiden Kriege im Irak und Afghanistan zuständig; seit August 2011 ist er CIA-Direktor.⁷³⁶

Letztendlich reicht die „geistige Vaterschaft“ jedoch viel weiter zurück, als es in den meisten fachwissenschaftlichen Werken zu COIN erkannt wird. So macht der Historiker St. Malinowski darauf aufmerksam, dass sich die Wurzeln von COIN bis zur westlichen kolonialen Aufstandsbekämpfung nachverfolgen lassen. Besonders der französische Algerienkrieg, aber auch die Erfahrungen der Briten in Malaya bei der Bekämpfung des kommunistischen Aufstandes stehen demnach dem modernen COIN-Denken Pate. In den Massenmedien wird dieser Sachverhalt gleichwohl oftmals unkritisch verschwiegen, so dass die normative Fragwürdigkeit von COIN einer breiteren intellektuellen Öffentlichkeit kaum bewusst wird, so Malinowski.⁷³⁷

Allerdings ist der Verfasser durch die intensive Beschäftigung mit dieser Thematik darauf gestoßen, dass die Ursprünge von COIN noch weiter in die Tradition des abendländischen ideengeschichtlichen Denkens zurückreichen:

Ein solcher *bevölkerungszentrierter* Ansatz (im Gegensatz zum Fokus auf die Zerschlagung der militärischen Kräfte der Aufständischen) kann laut einem der führenden Experten auf dem Gebiet der *Strategic Studies*,

⁷³⁶ Die nunmehr offizielle Aufstandsbekämpfungsdoktrin des U.S.-Militärs ist zu finden unter: Vgl. United States Department of the Army (Hg.): The U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual. U.S. Army Field Manual No. 3-24: Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5. Foreword by General David H. Petraeus and Lt. General James F. Amos. Foreword to the University of Chicago Press Edition by Lt. Colonel John A. Nagl. With a New Introduction by Sarah Sewall. Chicago; London. 2007.

⁷³⁷ Vgl. St. Malinowski: Siegen lernen. In: ZEIT ONLINE, 05.01.2011, S. 1-4. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2011/02/Kolonialkrieg>, zuletzt geprüft am 25.03.2011.

B. Heuser, auf Santa Cruz de Marcenado zurückgeführt werden. Dieser war ein spanischer Militär, Diplomat und Gouverneur einer der spanischen Kolonien in Nordafrika im 18. Jahrhundert. Sein Werk *Reflexiones militares* (Turin 1727; Neudruck durch das spanische Verteidigungsministerium 2004) fasst Heuser folgendermaßen zusammen:

„Dieser Ansatz bedeutet die Ausrichtung der Maßnahmen nicht nur auf die Bekämpfung der gewalttätigen Elemente, sondern auch auf den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Einwirkungen des Aufstandes und die Verbesserung ihrer Lebensumstände, deren Defizite zum Aufstand geführt haben.“⁷³⁸

In einer kohärenten Gesamtstrategie sollen militärische, soziale, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Mittel zur „Austrocknung“ des Aufstandes eingesetzt werden. De Marcenado macht auf die Wichtigkeit der Respektierung der Sitten und Gebräuche des „Gastlandes“ aufmerksam.⁷³⁹ Dieser Gedanke kommt ein paar Jahrhunderte später im von Petraeus maßgeblich mitverantworteten und von amerikanischen Anthropologen geprägten COIN Manual No. 3-24 ebenfalls deutlich zum Ausdruck.

Schließlich empfiehlt Santa Cruz de Marcenado *good governance* als probates Mittel der Aufstandsbekämpfung:

Der Rechtsstaat als Schutz vor Willkür und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Verbesserung der Lebensumstände durch wirtschaftliche Entwicklung und Bildung erscheinen als zentrale Faktoren, um den See, in dem die Aufständischen schwimmen, auszutrocknen.

⁷³⁸ B. Heuser: *Rebellen – Partisanen – Guerilleros*, a.a.O., S. 222.

⁷³⁹ Vgl. Ebd., S. 222f.

Was de Marcenado klar sagt ist, dass ohne eine Berücksichtigung der Interessen der lokalen Bevölkerung keine Befriedung möglich ist.⁷⁴⁰

Ein paar Jahrhunderte später kommt McChrystal, der Vorgänger von Petraeus als Militärkommandeur in Afghanistan, in einem geheimen Strategiedokument (adressiert an den Verteidigungsminister R. M. Gates), das durch die Washington Post an die breite Öffentlichkeit gelangte, zum bereits von de Marcenado geäußerten Schluss:⁷⁴¹

„Unsere Strategie kann nicht darauf fokussiert sein, Territorium zu gewinnen oder die Militärkräfte der Aufständischen zu zerschlagen; unser Fokus muss auf die Zivilbevölkerung gerichtet sein.“⁷⁴²

Die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung lässt sich nach McChrystal nur durch permanente Präsenz der amerikanischen Truppen insbesondere in den von den Aufständischen besonders bedrohten Regionen Afghanistans gewinnen, durch Schutz der Zivilbevölkerung vor den Einschüchterungsversuchen der Taliban.⁷⁴³

Weiter führt McChrystal den – auch von Bush oder Rumsfeld bestätigten – Vorwurf ins Feld, dass die US-Strategie in Afghanistan bislang mit zu wenigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet gewesen sei.⁷⁴⁴ Freilich würden Bush, Rumsfeld oder in der Obama-Periode Biden

⁷⁴⁰ Vgl. B. Heuser: Rebellen – Partisanen – Guerilleros, a.a.O., S. 222f.

⁷⁴¹ Vgl. S. A. McChrystal: COMISAF'S INITIAL ASSESSMENT. Headquarters International Security Assistance Force. Kabul. 30.08.2009. Online verfügbar unter: http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf?sid=ST2009092003140; zuletzt geprüft am 04.10.2014.

⁷⁴² Ebd., S. 1-1. Eigene Übersetzung.

⁷⁴³ Vgl. Ebd., S. 1-2.

⁷⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 1-3.

und die Anti-Terrorismus-Koalition in der Exekutive um ihn herum dem entgegen, dass dies auch richtig gewesen sei – denn gerade um den durch COIN im Grunde beabsichtigten Staatsaufbau (*Nation building*) könne es in Afghanistan nicht gehen.

Doch McChrystal, Petraeus und weiteren COIN-Proponenten geht es um mehr als nur zusätzliche Ressourcen: Der operationelle Ansatz, die militärische Herangehensweise der ISAF sollte verändert werden – weg von Feuerkraft, hin zum Schutz der Zivilisten.⁷⁴⁵ In der Vergangenheit, so McChrystal, hätte die Fokussierung auf die Feuerkraft dazu geführt, dass viele afghanische zivile Opfer zu beklagen gewesen seien. Dies hätte die Legitimation der ISAF untergraben.⁷⁴⁶ Gleichfalls ist auch den COIN-Befürwortern klar, dass diese neue Herangehensweise, ein erhöhter Kontakt mit der Zivilbevölkerung, das Leben in afghanischen Dörfern, anstatt in abgeschotteten Militärbasen, zu mehr gefallen amerikanischen Soldaten führen wird. Dies kann die Legitimation untergraben – nicht in Afghanistan, sondern an der us-amerikanischen „Heimatfront“.

ISAFs Mission in Afghanistan, so Chrystal, lässt sich dahingehend zusammenfassen, den Aufständischen die Unterstützung der Zivilbevölkerung zu entziehen, indem die Gründe, die Aufständischen zu unterstützen, beseitigt werden. Ein Gedanke, der an de Marcenado erinnert. Konkret sind diese Gründe neben fehlender Sicherheit, vielen zivilen Opfern durch Einsatz von massiver Feuerkraft durch ISAF-Truppen und der Einschüchterung durch die Taliban die schlechte Regierungsführung der afghanischen Regierung, insbesondere der lokalen Kriegsherren, auf deren Unterstützung sie vor Ort angewiesen ist, Korruption, die Verquickung von Amtsträgern mit kriminellen Drogenhandel-Netzwerken

⁷⁴⁵ Vgl. S. A. McChrystal, a.a.O., S. 2-1.

⁷⁴⁶ Vgl. Ebd., S. 2-10.

(wie beschrieben, bis in die höchsten Echelonen der Macht) und – einhergehend mit schlechter Sicherheitslage, schlechter Regierungsführung und Kriminalität – fehlende ökonomische Chancen (Arbeitslosigkeit).⁷⁴⁷

All’ diese Gründe stärken die Aufständischen und schwächen die afghanische Regierung. Nur so ist zu erklären, dass die Taliban in der Lage gewesen sind, in so gut wie allen Provinzen „Schattenregierungen“ zu ernennen und sogar Ombudsmänner, die in Fällen von Machtmissbrauch durch die eigenen Pseudo-Offiziellen der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich zu beschweren. Scharia-Gerichte sorgen für eine schnelle und effektive – aber brutale und menschenrechtlich nicht zu rechtfertigende – Gerichtsbarkeit.⁷⁴⁸

Vor dem Hintergrund der geschilderten problematischen Ausgangslage fasst McChrystal die Ziele der ISAF in Afghanistan folgendermaßen zusammen:

„ ,ISAF, in Unterstützung der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan, führt Operationen in Afghanistan durch, die die Fähigkeiten und den Kampfwillen der Aufständischen reduzieren sollen, das Wachstum der Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte unterstützen und Verbesserungen der Regierungsführung (*governance*) und der sozio-ökonomischen Entwicklung ermöglichen, um sichere Bedingungen für eine nachhaltige Stabilität, die für die Bevölkerung klar zu erkennen ist, zu schaffen.“⁷⁴⁹

⁷⁴⁷ Vgl. S. A. McChrystal, a.a.O., S. 2-8; 2-9.

⁷⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 2-7.

⁷⁴⁹ S. A. McChrystal, a.a.O., S. 2-2. Eigene Übersetzung.

Nach der detaillierten Behandlung von COIN als Strategie, ihrer ideengeschichtlichen Herleitung und der Vorstellungen ihrer Proponenten über die Anwendung in Afghanistan komme ich nun zu der angestrebten konkreten operationellen Vorgehensweise, bevor ich zu einigen kritischen Anmerkungen hinsichtlich sowohl der theoretischen Prämissen von COIN, als auch der praktischen Realisierbarkeit dieser allumfassenden Strategie fortschreite.

Der knapp zusammengefasste Grundsatz von COIN ist:

Clear, hold, build. Konkret bedeutet das: Zunächst werden die Gebiete von der US-Armee zusammen mit der ANA von den Taliban „gesäubert“ (*clear*). In einem zweiten Schritt wird in den kontrollierten Gebieten die afghanische Zivilverwaltung eingesetzt und Armee- bzw. Polizeiposten errichtet (*hold*). Hiernach werden durch (westliche) Entwicklungshilfe finanzierte Wiederaufbaumaßnahmen eingeleitet (*build*).⁷⁵⁰

Der Dreisatz *clear, hold, build* soll die „*Herzen und Hirne*“ der Afghanen erobern. Hierbei ist das „Herz“ eine missratene Metapher, geht es doch nicht um eine diffuse Sympathie auf Gefühlsebene, sondern um das kalkulierte Eigeninteresse der afghanischen Zivilbevölkerung, die auf Entwicklungsunterstützung hoffen kann – wenn sie den Aufständischen ihre Unterstützung entzieht.⁷⁵¹ Die Hirne wiederum sollen erobert werden, indem die Zivilbevölkerung durch die Präsenz der afghanischen Regierung (Truppen, Polizei, Verwaltung) erkennt, dass diese gekommen ist, um zu

⁷⁵⁰ Vgl. C. Dale: War in Afghanistan: Strategy, Military Operations, and Issues for Congress. In: Ussery, Easton H. (Hg.): War in Afghanistan. Strategy, Military Operations and Congressional Issues. New York, 2010. S. 53–121; hier: S. 73. Zugleich erschienen als CRS Report R40156. 2011. Online verfügbar unter: <http://fas.org/sgp/crs/natsec/R40156.pdf>; zuletzt geprüft am 03.09.2014; Vgl. **auch** T. Ruttig: Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus - und Aufstandsbekämpfung, a.a.O., S. 29.

⁷⁵¹ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, a.a.O., S. 15-16.

bleiben, die Sicherheit der Bevölkerung garantieren kann, aber auch jeden bekämpft, der sie angreift. Auch hierbei handelt es sich um eine interessen geleitete Kalkulation: Es ergibt keinen Sinn mit der Kalaschnikow in der Hand zu kämpfen, wenn man sich einer Übermacht konfrontiert sieht, die handfest und praktisch ihre Absicht bekundet zu bleiben und nicht fortweicht, selbst wenn sie tatsächlich angegriffen wird.⁷⁵²

Der Kernsatz der COIN-Doktrin in Afghanistan ist: Die Zivilbevölkerung der von den Taliban (wieder)eroberten Gebiete soll merken, dass es für sie vorteilhaft ist mit der afghanischen Regierung zu kooperieren.⁷⁵³ Dies wiederum soll die Legitimität der Regierung erhöhen und damit den Aufständischen die Unterstützung der Bevölkerung entziehen. COIN versteht Aufstandsbekämpfung als Kampf um Legitimität.⁷⁵⁴

Die Kosten einer solchen Strategie würden immens sein: Obama ging von 1 Billion US-Dollar für zehn weitere Jahre (bis 2019) aus.⁷⁵⁵ Die Strategie würde Staatsaufbau auf Jahrzehnte bedeuten, eine Truppenaufstockung, militärische Offensiven gegen die Taliban und damit die Erhöhung der eigenen Opfer. Dies war innenpolitisch nicht durchsetzbar. Außerdem war es alles andere als gewiss, dass die korrupte und von Missmanagement geprägte afghanische Regierung und ihre autonomen regionalen Vertreter, die teils noch schlechter abschnitten, „gute Regierungsleistungen“ abliefern würden.⁷⁵⁶

⁷⁵² Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 15-16.

⁷⁵³ Vgl. P. Rudolf: Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin. SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik). (SWP Studie S 2). 2011. S. 7-8. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S02_rdf_ks.pdf, zuletzt geprüft am 22.03.2011.

⁷⁵⁴ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 83.

⁷⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 253.

⁷⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 71; S. 261.

Die COIN-Strategie beruht auf einer „Wette“, dass die Sicherheit der Zivilbevölkerung durch eine massivere Truppenpräsenz erhöht werden könnte, die afghanischen Sicherheitskräfte mehr und mehr Sicherheitsaufgaben übernehmen können, die afghanische Regierung bessere Regierungsleistungen abliefert, die ökonomische Entwicklung Afghanistans vorankommt und, da es sich um eine AfPak-Strategie handelt, bei der Aufstandsbekämpfung die Kooperation mit Pakistan sich verbessert. Darauf machen nicht nur Experten wie P. Rudolf von der SWP aufmerksam⁷⁵⁷; dies geben auch COIN-Vertreter wie McChrystal zu.⁷⁵⁸

Alle diese Faktoren müssen nicht nur einzeln in die „richtige Richtung“ weisen, sondern alle zusammengenommen zusammenwirken.⁷⁵⁹ So dürfte das Wiedererobern von Gebieten durch die USA selbst von begrenztem Wert sein, solange es die afghanischen Behörden und die afghanischen Sicherheitskräfte nicht schaffen, auf ihrem Territorium für Sicherheit und eine effektive, korruptionsresistente Verwaltung zu sorgen.

Außerdem würde es durch COIN zu einem Ausweiten des us-amerikanischen Engagements kommen, das immer mehr Afghanen als „Besatzung“ empfinden würden.⁷⁶⁰ Die Unfähigkeit der Karzai-Administration würde außerdem nur noch zur Erhöhung ihrer Unselbstständigkeit und Abhängigkeit von den USA führen (sodass das

⁷⁵⁷ Vgl. P. Rudolf: *War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan*, a.a.O., S. 1.

⁷⁵⁸ Vgl. S. A. McChrystal, a.a.O., S. 2-22.

⁷⁵⁹ Vgl. P. Rudolf: *War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan*, a.a.O., S. 1.

⁷⁶⁰ Auch wenn McChrystal selbst sich auf den afghanischen Verteidigungsminister Wardak beruft, der ihm in privaten Konversationen gesagt hätte, dass die Afghanen die us-amerikanische Präsenz keineswegs – im Gegensatz zu der sowjetischen – als Besatzung empfinden würden, so schreibt McChrystal doch selbst, dass die amerikanische Präsenz in Afghanistan (genau so wie die der übrigen NATO-Staaten) Wasser auf die Mühlen der Taliban ist, die sich als national-religiöser Widerstand gegen „Fremdherrschaft“ gerieren. Vgl. für das Wardak-Zitat: S. A. McChrystal, a.a.O., S. 1-4; für die Taliban-Propaganda Vgl. Ebd., S. 2-7.

Gefühl der „Besatzung“ in der afghanischen Bevölkerung wohl noch gestärkt werden würde).⁷⁶¹ COIN könnte also genau die Legitimation der afghanischen Regierung weiter untergraben, die es doch zu stärken sucht. Außerdem könnte ein massiver Zufluss von Entwicklungshilfe nicht nur zur weiteren Abhängigkeit der afghanischen Regierung, sondern auch zur wachsenden Korruption in ihr führen, was wiederum ihre Legitimität senken würde.⁷⁶² Schließlich könnte es durch einen Zufluss von Entwicklungshilfe zu einer wachsenden Teilung zwischen „Gewinnern“ (die sie bekommen) und „Verlierern“ (die sie nicht erhalten) kommen. Das würde den Aufständischen nur neue Rekruten in die Hände treiben.⁷⁶³

COIN könnte also zu adversen Resultaten führen – genau das, was die USA mit COIN erreichen wollen, würde in sein Gegenteil verkehrt. Der entscheidende Faktor ist bei COIN letztlich die afghanische Regierungsführung (*governance*) – und ob die sich verbessern lässt (und in welchem Zeitraum) ist zumindest fraglich.⁷⁶⁴

Bei der obigen Kritik wurde im Rahmen der COIN Doktrin selbst verfahren (theorieimmanente Kritik) – jedoch kann man auch an den Prämissen von COIN selbst zweifeln. COIN setzt nämlich voraus, dass es der zu gewinnenden Zivilbevölkerung vor allem um die Regierungsleistungen geht (*Wie wird regiert?*).

Genauso gut könnte es aber bei Aufständen um die Frage gehen:

Wer regiert?

⁷⁶¹ So Obama selbst. Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 279.

⁷⁶² Vgl. M. Hastings: *The Runaway General*. In: *Rolling Stone*, H. RS 1108/1109 (8-22 Juli 2010). o.S. Online verfügbar unter: <http://www.rollingstone.com/politics/news/the-runaway-general-20100622?print=true>, zuletzt geprüft am 15.08.2012; vgl. auch P. Rudolf: *Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung*, a.a.O., S. 23.

⁷⁶³ Vgl. M. Hastings: *The Runaway General*, a.a.O., o.S.

⁷⁶⁴ Zur Empirie vgl. das Unterkapitel zur *Außenpolitischen Teilstrategie*.

Vielleicht ging es den Sympathisanten der Taliban nicht um bessere Bereitstellung von Grundgütern wie Sicherheit, sondern darum, dass sunnitisch-paschtunische Radikale an der Macht sind und nicht eine (für afghanische Verhältnisse) liberale Regierung, die von „westlichen Ungläubigen“ gestützt wird?⁷⁶⁵

Zusätzlich lässt sich fragen, ob COIN nicht eine Ideologie darstellt, mit der das US-Militär weitere Kompetenzen, Vollmachten und Geld gewinnen will und nebenbei sich noch ein ziviles Image verpasst.⁷⁶⁶ Schließlich beruht COIN auf der Integration von Diplomatie, Politik und Ökonomie in eine Militärstrategie – und führt damit möglicherweise auch zu einer Unterordnung von diplomatischen, politischen und ökonomischen Mitteln unter militärische Handlungsweisen, Logiken und Ziele – während in der Außendarstellung der gegenteilige Eindruck erweckt wird.⁷⁶⁷

Obama selbst stand COIN durchaus kritisch gegenüber. In seiner grundlegenden, bereits besprochenen Rede zur Afghanistanstrategie erwähnte er COIN oder Staatsaufbau kein einziges Mal. Nichtöffentlich betonte er mehrmals, dass er diese von Petraeus und McChrystal vertretene Doktrin nicht „abkaufen“ werde.⁷⁶⁸

Doch das Militär pochte weiter auf einer Truppenerhöhung und auf COIN. Hinsichtlich der Erstgenannten lagen dem Präsidenten am 11. November 2011 vier vom Militär ausgearbeitete Truppenverstärkungsoptionen vor:⁷⁶⁹

⁷⁶⁵ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, a.a.O., S. 34-35. Also Identität statt Interesse als entscheidender Faktor. COIN beruht letztlich auf westlichen zweckrationalen Prämissen, die möglicherweise nicht ohne weiteres auf andere Kulturkreise übertragbar sind.

⁷⁶⁶ Vgl. M. Hastings: The Runaway General, a.a.O., o.S.

⁷⁶⁷ Zum empirischen Wahrheitsgehalt dieser Kritik siehe die Unterkapitel *Militärische Teilstrategie* und *Außenpolitische Teilstrategie*.

⁷⁶⁸ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 251; S. 253.

⁷⁶⁹ Vgl. Ebd., S. 273.

- (1) Die bereits erwähnten 85.000, eine Forderung von McChrystal für „effektives COIN“;
- (2) Die ebenfalls von McChrystal schon früher vorgeschlagenen 40.000, welche von McChrystal und dem Militär favorisiert wurden (da sie politisch leichter durchsetzbar schienen als die 85.000);
- (3) In Modifikation von (2): 30.000 bis 35.000 für 24 Monate, wonach sie wieder abgezogen werden würden (von Gates im Oktober 2009 vorgeschlagen);
- (4) 20.000 für Bidens Terrorismusbekämpfung und Afghanisierung des Krieges durch verstärktes Training der afghanischen Sicherheitskräfte

Der Präsident erachtete die Optionen für inakzeptabel. Er beschwerte sich, dass das Militär im Grunde genommen nur eine realistische Option formuliert hatte – Option (2) mit der kleinen Abänderung in Option (3), die eigentlich gar keine selbstständige Option war. 85.000 war eindeutig zu viel – Obama wollte keinen Staatsaufbau über Jahre hinweg, ein kostspieliges Unterfangen mit ungewissem Erfolg – die 20.000 waren in seinen Augen zu wenig und würden nur zu einem „Weiter-So“ wie unter Bush führen. Obama verlangte nach einer weiteren, wirklichen Option – einer Alternative zu den 30.000 - 40.000. Diese Option bekam er von den Militärs nie.⁷⁷⁰

Der Präsident befand sich unter dem Druck der Militärs und ihrer Vertreter in seiner Administration, des Kongresses und der öffentlichen Meinung und das alles vor dem Hintergrund einer akuten und anhaltenden Wirtschaftskrise.

⁷⁷⁰ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 278-279.

Mittlerweile sind mehrere Monate seit der Märzrede vergangen. Die Republikaner fürchteten einen *mission drift*, eine führungslose Mission und drängten Obama zu einer schnellen Entscheidung, die die Interessen des Militärs voll befriedigen sollte. Die Demokraten fürchteten sich hingegen vor einem *mission creep*, einer schleichenden, ungesteuerten Ausweitung des Afghanistankriegs.⁷⁷¹ Beide verlangten von Obama Führungswille und Gestaltungskraft.

Dass Obama sich Zeit für einen *Strategic Review* genommen hat, hat sich auch in der öffentlichen Meinung negativ niedergeschlagen: 55 % Prozent bewerteten seine Handlungsweise im Afghanistankrieg negativ, nur 35 % Prozent positiv (im Juli 2009 war es noch umgekehrt); beim Afghanistankrieg stellen zwei Drittel eine negative Entwicklung fest (trotzdem sagen auch 60 % Prozent, dass die Entscheidung für eine Truppenaufstockung um 21.000 im Februar richtig gewesen sei). Im Hinblick auf eine nochmalige Truppenerhöhung sind die Amerikaner gespalten: 47 % Prozent sind für die Truppenaufstockung - und 39 % Prozent für den Beginn des Abzugs.⁷⁷²

Obama entschließt sich schließlich zur „Flucht nach vorn“. Zusammen mit seinen engsten Sicherheitsberatern formulierte er am 27. November 2009 seine **Gesamtstrategie für Afghanistan und Pakistan**.⁷⁷³ Er diktierte sie förmlich. Demnach würde es in Afghanistan nicht um einen Staatsaufbau auf unbegrenzte Zeit mit unbegrenzten Ressourcen gehen. Diese Ressourcen und diese Zeit hätten die wirtschaftlich angeschlagenen USA nicht. Außerdem schwand die

⁷⁷¹ Vgl. D. Jackson: New target in Afghanistan: Obama, a.a.O., o.S.

⁷⁷² Vgl. S. Page: Approval of Obama on Afghan war dives. In: USA TODAY, 25.11.2009, o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-11-24-Poll_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁷⁷³ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 311ff.

Unterstützung für den Afghanistankrieg im Kongress wie in der amerikanischen Öffentlichkeit. Schließlich würde durch eine massive Aufstandsbekämpfungsstrategie (COIN) die Abhängigkeit der unfähigen afghanischen Regierung von den USA nur noch gesteigert werden.⁷⁷⁴

Obama lehnte also die Vorschläge der Militärs um Petraeus ab, nahm aber auch nicht die Anti-Terrorismus-Strategie der „Koalition“ um Biden an.

Er manövrierte stattdessen zwischen den Koalitionen innerhalb seiner eigenen Administration, dem Kongress und der allgemeinen Öffentlichkeit.⁷⁷⁵

Die Gesamtstrategie – zusammengefasst in einer Direktive des Präsidenten: *PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET* vom 29. November 2009 – sah als **politischen Zweck** des Afghanistankrieges vor:

„Das Ziel der Vereinigten Staaten in Afghanistan ist, der Al-Qaida einen sicheren Hafen zu verweigern und den Taliban die Fähigkeit zu verweigern, die afghanische Regierung zu stürzen.“⁷⁷⁶

Das Ziel des Militärs, die Taliban zu „besiegen“ wurde also „heruntergeschraubt“: Es sollte nicht darum gehen, eine vollkommene Zerstörung der Taliban zu erreichen (ein Ziel, das unter Bush vertreten wurde), sondern die Taliban nur insofern zu schwächen, dass die

⁷⁷⁴ Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 311 ff.

⁷⁷⁵ So dass beide Koalitionen innerhalb seiner Administration sich in der finalen Strategie bestätigt sahen. Vgl. Ebd., S. 332.

⁷⁷⁶ Eigene Übersetzung. B. Obama: *PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET*. SECRET/NOFORN. November 29, 2009. Abgedruckt in: Vgl. B. Woodward: *Obama's Wars*, a.a.O., S. 385-390; hier: S. 385.

afghanischen Sicherheitskräfte später mit dieser Bedrohung fertig werden würden. Gleichfalls soll eine Taliban-Regierung verhindert werden (was aber wohl nicht die eventuelle Beteiligung von Taliban an der afghanischen Regierung ausschließt).

Kernpunkte der Strategie in **militärischer Hinsicht** sind:⁷⁷⁷

- (1) Das Aufhalten des Vormarsches der Taliban und die Verweigerung von wichtigen Bevölkerungszentren, Produktionszentren und Infrastrukturverbindungen;
- (2) Stören der Taliban in den übrigen Gebieten und eine Verhinderung von sicheren Häfen Al-Qaidas innerhalb Afghanistans;
- (3) Afghanisierung des Krieges: Die Taliban sollten soweit geschwächt werden, dass sie von den afghanischen Sicherheitskräften „gehandhabt“ werden können. Dafür sollten diese Sicherheitskräfte durch Training und gemeinsame Missionen mit der ISAF („*partnering*“) ausgebaut und qualitativ verbessert werden. Dies würde den USA den Abzug ab Juli 2011 erlauben

Hier scheint deutlich die wichtige *innenpolitische Komponente* durch: Die Strategie zielt auf einen möglichst schnellen Abzug aus Afghanistan (was man als einen Teilsieg der Befürworter einer Anti-Terrorismus-Strategie lesen kann). Der Abzug soll dabei vor den Präsidentschaftswahlen im November 2012 beginnen – ein wichtiges innenpolitisches Signal.

⁷⁷⁷ Vgl. B. Obama: PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET, a.a.O., S. 386.

Schließlich lassen sich auch die zivilen, **politisch-ökonomischen** Bemühungen als ein Weg zur *Afghanisierung* des Konfliktes interpretieren:⁷⁷⁸

- (1) Eine enge Koordinierung von militärischen und zivilen Maßnahmen (ein Missstand der Bush-Ära sollte korrigiert werden);
- (2) Die massiven Legitimitäts- und Effektivitätsprobleme der Karzai-Administration sollten angegangen werden. Auch hier grenzt sich Obama von der sehr engen Beziehung Bush-Karzai ab⁷⁷⁹ und distanziert sich von der Karzai-Administration. Zusammenarbeit mit Karzai sollte dann erfolgen, wenn die USA es sich leisten können, ohne ihn geht es, wenn die USA es *müssen*. Stärkung der sub-staatlichen Regierungsführung auf regionaler Ebene, Reduktion von Korruption, Reintegration von Taliban-Kämpfern in die Gesellschaft, Versöhnung auf nationaler Ebene.
Letzteres heißt nichts anderes, als dass Obama den Weg zu Verhandlungen zwischen den USA, den Taliban und der Karzai-Administration freigemacht hat (die dann auch stattfanden);⁷⁸⁰
- (3) Verbesserung der nationalen und internationalen Koordination von politischer und ökonomischer Hilfe zur Erhöhung der afghanischen Kapazitäten

⁷⁷⁸ Vgl. B. Obama: PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET, a.a.O., S. 386-387.

⁷⁷⁹ Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 66.

⁷⁸⁰ Dazu mehr unter der *Außenpolitischen Teilstrategie*.

In diesem Abschnitt steht der Kernsatz der neuen Afghanistanstrategie:

„Dieser Ansatz ist *keine* voll ausgestattete Aufstandsbekämpfung oder Staatsaufbau (*nation building*), sondern ein engerer Ansatz, der darauf fokussiert, Al-Qaidas Funktionsfähigkeit zu stören, sie zu entkernen [ihre Führungsriege zu töten oder festzunehmen, Anm. des Verfassers] und schließlich zu besiegen und ihre Rückkehr in die sicheren Häfen in Afghanistan oder *Pakistan* zu verhindern [Hervorhebungen durch den Verfasser]“⁷⁸¹

Damit weist Obama das Ziel des Staatsaufbaus zurück.⁷⁸² Man könnte das ebenfalls als einen Erfolg für die Befürworter einer Anti-Terrorismus-Strategie um Biden sehen; gleichfalls sieht aber die Strategie jährlich rund 5,2 Milliarden für zivile Unterstützung (Entwicklungshilfe) vor⁷⁸³, praktisch wurde die finanzielle Hilfe für Afghanistan unter Obama massiv erhöht.⁷⁸⁴

Zumindest die Erhöhung der Effektivität und Legitimität der afghanischen Regierung und der Gouverneure und Provinzräte, ebenso wie die Korruptionsbekämpfung, gehören explizit zum Ziel des Staatsaufbaus.

Man kann also sagen, dass auch unter Obama die Aussagen zum Staatsaufbau ambivalent bleiben. Auch in seiner Administration gibt es, wie aufgezeigt, keinen Konsens über dieses schwer zu erreichende Ziel, was sich in der Afghanistanstrategie widerspiegelt.

⁷⁸¹ Eigene Übersetzung. B. Obama: PRESIDENT OBAMA’S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET, a.a.O., S. 387.

⁷⁸² Vgl. auch die mehrmaligen expliziten Äußerungen Obamas: Vgl. B. Woodward: Obama’s Wars, a.a.O., S. 325; S. 329.

⁷⁸³ Vgl. B. Obama: PRESIDENT OBAMA’S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET, a.a.O., S. 390.

⁷⁸⁴ Siehe die *Außenpolitische Teilstrategie*.

Was die Implementierung angeht, sieht die Strategie folgende konkrete Schritte vor:⁷⁸⁵

- (1) Zusätzliche 33.000 U.S. Truppen (*surge*), die in Afghanistan schon Anfang 2010 ankommen sollen, um nach 18 bis 24 Monaten wieder abgezogen zu werden;
- (2) Eine Evaluation im Dezember 2010 (also ein Jahr nach der Truppenerhöhung): Sicherheitssituation in Afghanistan, Verbesserung der Regierungsführung in Afghanistan, Entwicklung der afghanischen Sicherheitskräfte, pakistanische Aktionen und internationale Unterstützung;
- (3) Beginn des Transfers von Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte im Juli 2011, *abhängig von der Sicherheitssituation*

Danach würde sich die US-Mission hin zur Beratung und Ausbildung der ANA und der Polizei ändern. Die konditionale Hintertür haben sich Gates, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs Mullen und Außenministerin Clinton zusichern lassen und öffentlich stets betont.⁷⁸⁶ Somit hat das Militär einen Teilsieg errungen. Obama allerdings schien fest entschlossen, die ersten Kampfeinheiten im Juli 2011 abzuziehen (und hat dies auch gemacht).

Die Kosten der Afghanistanstrategie würden sich auf 113 Milliarden pro Jahr belaufen (2009 bis 2011). Davon würden 100 Milliarden für

⁷⁸⁵ Vgl. B. Obama: PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET, a.a.O., S. 387-388.

⁷⁸⁶ Vgl. M. Mazzeti: No Firm Plans for a U.S. Exit in Afghanistan. In: The New York Times, 06.12.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/12/07/world/asia/07afghan.html?gwh=A2B17BE2D0B439E2F8B296A3878F17B0>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Militäroperationen ausgegeben werden, rund 8 Milliarden für die afghanischen Sicherheitskräfte und nur 5,2 Milliarden für Entwicklungshilfe.⁷⁸⁷

Damit würde der Anteil der Entwicklungshilfe bei weniger als 5 % Prozent der Gesamtausgaben liegen. Auch beim Personal gab es eine klare Disproportionalität zuungunsten von Zivilisten: Während die Anzahl der Zivilisten mit Obamas neuer Strategie gegenüber der Bush-Ära verdoppelt wurden, standen den 1.000 Experten 100.000 Truppen gegenüber.⁷⁸⁸ Damit betrug der Anteil der Zivilisten an den militärisch-zivilen Anstrengungen in Afghanistan nur 1 % Prozent.

Während Obama also die nicht-militärischen Aspekte der Gesamtstrategie betonte, gab er gleichzeitig nur wenig Geld für nicht-militärische Zwecke aus. Die Dominanz des Militärischen aus der Bush-Ära blieb damit, finanziell gesehen, erhalten.

Öffentlich verkündet wurde diese (vorläufig) endgültige Gesamtstrategie für Afghanistan und Pakistan in der bekannten Westpoint-Rede Obamas am 01. Dezember 2009.⁷⁸⁹ Hierbei wiederholte er die Punkte, die er schon im März und in dem besprochenen Geheimdokument zur Gesamtstrategie vom 27. November 2009 genannt hat.⁷⁹⁰ Das Wesentliche an der Westpoint Rede ist, dass Obama *jetzt öffentlich* konkrete Wege und Methoden nennt, um die Ziele in Afghanistan zu erreichen und damit versucht seinen

⁷⁸⁷ Vgl. B. Obama: PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET, a.a.O., S. 390.

⁷⁸⁸ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

⁷⁸⁹ Vgl. B. Obama: Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan. Eisenhower Hall Theatre, United States Military Academy at West Point, West Point, New York, 01. Dezember 2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁷⁹⁰ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

Kritikern von links (Demokraten) wie von rechts (Republikaner), ebenso wie der allgemeinen Öffentlichkeit, entgegenzukommen.

Zum einen spricht er über die bereits erwähnte Truppenaufstockung (*surge*) um 30.000, die bereits in der ersten Hälfte 2010 in Afghanistan ankommen sollen. Dabei skizziert er aber auch *gleichzeitig zum ersten Mal* den Ausstieg aus dem Krieg, indem er den Juli 2011 als den Anfang des Abzugs der US-Truppen festsetzt. Die Sicherheitsverantwortung sollen schrittweise die afghanischen Sicherheitskräfte übernehmen. Die Eskalation des Afghanistankrieges soll also seine Beendigung erst ermöglichen - unter der Bedingung, dass es die afghanischen Truppen schaffen, die schwierigen Sicherheitsaufgaben in Afghanistan zu übernehmen.⁷⁹¹

Neben der militärischen Komponente hebt Obama die zivile besonders hervor: Demnach gelte es, die afghanischen Ministerien, Gouverneure und lokalen Führer zu stärken, die gute Regierungsleistungen bringen und wenig korrupt sind. Entwicklungshilfe soll also konditional fließen, wie bereits im März hervorgehoben. Die USA erwarten von Karzai, dass die korrupten Kader zur Rechenschaft gezogen werden. Die Entwicklungshilfe selbst wird auf Gebiete konzentriert, wo sie den größten Nutzen für die afghanische Bevölkerung bringt: In Afghanistan ist das die Landwirtschaft.⁷⁹²

In einer Botschaft an die Afghanen (und die afghanischen Eliten um Karzai) hebt Obama hervor, dass es nicht das Ziel der USA sei, das Land zu okkupieren. Vielmehr gelte es für die Zukunft um ein

⁷⁹¹ Vgl. B. Obama: Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan, a.a.O., o.S.

⁷⁹² Vgl. Ebd.

partnerschaftliches Verhältnis (und keines, in dem Amerika der Patron und Afghanistan der Klient ist).⁷⁹³

Was Pakistan angeht, hebt Obama wiederholt die Bedeutung des Landes hervor. Seine neue Strategie solle an beiden Seiten der Grenze funktionieren, so Obama, da die Bedrohung durch den Extremismus an beiden Seiten der Grenze bestehe. Noch einmal hebt Obama hervor, dass es im Interesse der Pakistaner selbst sei, den Extremismus in ihrem Land zu bekämpfen, viele Pakistaner bei Terrorattacken von Karatschi bis Islamabad getötet worden seien und die Pakistaner damit denselben Feind wie die USA hätten. Gleichfalls hebt er hervor, dass es in Pakistan in der Vergangenheit solche gegeben hat, die dies anders gesehen haben - dies gehöre aber jetzt der Vergangenheit an, wie durch die Offensiven der pakistanischen Armee in Swat (NWFP) und in Süd Waziristan (FATA) zu sehen sei.

Wiederholt verweist Obama auf die us-amerikanische Unterstützung für ein demokratisches, stabiles und prosperierendes Pakistan.⁷⁹⁴

Obama nennt also drei zentrale Elemente seiner neuen Afghanistanstrategie: (1) Eskalation des Krieges durch Truppenaufstockung (*surge*), (2) eine Aufstockung der Entwicklungshilfe (*civilian surge*) und (3) Partnerschaft mit Pakistan.⁷⁹⁵

Schließlich geht Obama auf die linken und rechten Kritiker seiner Afghanistanstrategie ein:⁷⁹⁶

⁷⁹³ Vgl. B. Obama: Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan, a.a.O., o.S.

⁷⁹⁴ Vgl. Ebd.

⁷⁹⁵ Vgl. Ebd.

⁷⁹⁶ Vgl. D. E. Sanger: Afghan Strategy Will Contain Messages to Several Audiences. In: The New York Times, 24.11.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/25/world/asia/25rollout.html?gwh=F50DCFC0665C2D8343AF4119E4EA1E43>, zuletzt geprüft am 02.08.2012; vgl. auch T. Vanden Brook; Dilanian, Ken, a.a.O., o.S.

Den linken Demokraten erklärt er, Afghanistan sei kein Vietnam, sondern ein völkerrechtlich legitimer Krieg mit breiter internationaler Unterstützung, eine Antwort auf den terroristischen Angriff Al-Qaidas am 11. September. Das Land jetzt zu verlassen, hieße das Risiko eines Anschlags auf die USA zu erhöhen, da ohne die us-amerikanischen Truppen angeblich Al-Qaida nicht unter Druck gesetzt werden kann.⁷⁹⁷

Den rechten Republikanern hält Obama entgegen, ihre Opposition gegen einen zeitlichen Rahmen für den Abzug und ihr Eintreten für einen jahrzehntelangen Versuch des Staatsaufbaus sei unverantwortlich.

Die Kosten seien unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise viel zu hoch. Es gelte, nur so viel zu machen wie zum Erreichen der nationalen Sicherheitsinteressen (Al-Qaida zu besiegen) nötig sei.⁷⁹⁸

Obama verweist darauf, dass der Krieg nicht automatisch die oberste Priorität bekommt. Es sei hingegen wichtig, die einzelnen nationalen Prioritäten zu gewichten (hier verweist er auf Eisenhower mit dessen Abschiedsrede vom „Militärisch-Industriellen Komplex“). Dabei gilt es, mehr für die globale Konkurrenzfähigkeit der USA zu tun. Schließlich sei diese auch die Basis für die militärischen Ausgaben. Obama kritisiert damit Bush, dessen Kriegsführung im Irak und Afghanistan insgesamt

1 Billion Dollar verschlungen habe. Seine neue Herangehensweise werde im Jahr 2009 30 Milliarden für Afghanistan kosten und er werde mit dem Kongress zusammenarbeiten, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren.

Unter diesen Bedingungen gelte es, die eigene Nation wieder aufzubauen (und nicht Afghanistan). Hier „schmeichelt“ Obama wiederholt seiner

⁷⁹⁷ Vgl. B. Obama: Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan, a.a.O., o.S.

⁷⁹⁸ Vgl. Ebd.

eigenen Partei, die zunehmend kriegskritisch geworden ist und zum Zeitpunkt der Rede die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses hat.⁷⁹⁹

Gleichzeitig verweist Obama jedoch darauf, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus noch lange dauern werde und weit über Afghanistan und Pakistan hinausreicht (er nennt Somalia und Jemen als weitere „Frontstaaten“). Man müsse das Militär präzise einsetzen, keine überehrgeizigen Ziele setzen und starke Partnerschaften mit den betroffenen Ländern bauen. Außerdem gelte es, der Gefahr der Massenvernichtungswaffen durch globale nukleare Abrüstung zu begegnen.⁸⁰⁰

Obama fokussiert also auf gezielte, anti-terroristische Schläge z. B. mit Drohnen statt langwieriger und teurer Besatzung und Staatsaufbau und auf internationale Diplomatie statt Unilateralismus. Im Rahmen der letztgenannten verweist er auf die Notwendigkeit eines Neubeginns zwischen den USA und der Islamischen Welt (den er in der besprochenen Kairo-Rede skizziert hat). Dabei sei es wichtig, zu Hause die Werte vorzuleben, die man anderen predigt. Daher deklariert Obama, wie schon in Kairo, er habe die Verhörmethoden der Bush-Ära (Folter in CIA-Geheimgefängnissen wurde als legitim erachtet und praktiziert) abgeschafft und wolle Guantanamo schließen (ein Versprechen, das wegen Widerstands des seit 2011 republikanisch dominierten Kongresses und der negativen öffentlichen Meinung bis heute nicht erfüllt wurde). Die durch die Bush-Jahre geschwächte, innere moralische Quelle der internationalen Autorität der USA muss gestärkt werden.⁸⁰¹

⁷⁹⁹ Vgl. B. Obama: Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan, a.a.O., o.S.

⁸⁰⁰ Vgl. Ebd.

⁸⁰¹ Vgl. Ebd.

Im Jahr 2010 ging es im Wesentlichen darum, die skizzierte Strategie umzusetzen.

Hierbei sorgten Personalwechsel noch für die meiste (innen)politische Aufregung.⁸⁰² Die Konfrontation zwischen der politischen Führung um Obama und Biden und dem Militär brach nach einem berühmt gewordenen Artikel im linksliberalen Magazin *Rolling Stone* offen aus.⁸⁰³ In diesem diffamierte der Kommandeur in Afghanistan, McChrystal, vor allem Obama und Biden.⁸⁰⁴ Dieser wollte sich solch eine Insubordination nicht gefallen lassen und entließ den General, dem ein gutes Verhältnis zu Karzai nachgesagt wird. Zum ersten Mal seit dem Koreakrieg (1950-1953) ist es damit zu einer Entlassung eines amtierenden Oberkommandeurs in einem us-amerikanischen Krieg gekommen (damals Entlassung von McArthur durch Präsident Truman (Demokraten)). Nachfolger wurde der „COIN-Guru“ Petraeus.⁸⁰⁵

Während sich das personalpolitische Karussell munter drehte, gab es in Afghanistan und Pakistan selbst Stillstand. Dies erkennt auch der mehrere Evaluationsberichte zusammenfassende Bewertungsreport vom März 2011 an, der dem Kongress von der Exekutive gemäß den gesetzlichen Erfordernissen einer fortwährenden Evaluation der Afghanistan-Strategie vorgelegt wurde.⁸⁰⁶

⁸⁰² Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

⁸⁰³ Vgl. M. Hastings, a.a.O., o.S.

⁸⁰⁴ Vgl. Ebd.

⁸⁰⁵ Vgl. H. Cooper; Sanger, David E.: Obama Fires McChrystal, Citing Need for Unity in Afghan War. In: The New York Times, 23.06.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2010/06/24/us/politics/24mcchrysal.html?pagewanted=all&gwh=033F4AA8B6D0B7F783FB6AEF15733D13>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁸⁰⁶ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011. 2011.

Online verfügbar unter:

<http://abcnews.go.com/images/Politics/UNCLASS%20Report%20on%20Afghanistan%20and%20Pakistan.pdf>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Dabei benennt der Bericht die Ziele der USA in Afghanistan, weist die Verantwortlichkeiten für das Erreichen dieser Ziele verschiedenen Behörden zu und evaluiert den Fortschritt für jedes einzelne Teilziel.

Der oberste politische Zweck ist, wie erwähnt, die Zerstörung Al-Qaidas und die Verhinderung ihrer Rückkehr nach Afghanistan und Pakistan.⁸⁰⁷

Diesem Zweck sind acht *Politische Ziele* untergeordnet, die einzeln evaluiert werden:⁸⁰⁸

- (1) Unterminierung der Funktionsfähigkeit terroristischer Netzwerke in Afghanistan und Pakistan (zuständig dafür: DNI);
- (2) Das zweite Ziel ist klassifiziert und wird der Öffentlichkeit nicht verraten;
- (3) Stärkung der demokratischen zivilen Regierung Pakistans und des Ausbaus ihrer Kontrolle über das Militär (Außenministerium);
- (4) Unterstützung der Aufstandsbekämpfungsfähigkeiten Pakistans (Verteidigungsministerium);
- (5) Mehr Internationale Anstrengungen für eine Stabilisierung Pakistans (Außenministerium);
- (6) Aufhalten der Taliban-Offensive (*reverse the Taliban's momentum*) in Afghanistan und Aufbau von afghanischen nationalen Sicherheitskräften (Verteidigungsministerium);
- (7) Kapazitätsaufbau der afghanischen Regierung, damit diese die Verantwortlichkeit im „clear-hold-build-transfer“ Prozess übernehmen kann (Außenministerium);
- (8) Mehr Internationale Anstrengungen für eine Stabilisierung Afghanistans (Außenministerium)

⁸⁰⁷ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 2.

⁸⁰⁸ Vgl. Ebd.

Die Evaluation dieser Ziele ergibt ein Bild der Stagnation:

Von den sechs evaluierten Zielen wurde nur Ziel 6 erreicht – das militärische Aufhalten der Taliban-Offensive und der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte.

Selbst dieser Erfolg gilt als fragil und nicht auf Dauer gestellt.⁸⁰⁹ Bei den restlichen Zielen gab es Stagnation oder – im Falle Pakistans – sogar Rückschritte. Ohne pakistanische Unterstützung aber und eine afghanische Regierung, die gute Regierungs- und Wiederaufbauleistungen erbringt, kann die ambitionierte COIN-Strategie als gescheitert gelten. Selbst eine in ihren Zielen reduzierte CT-Strategie kann ohne die Unterstützung Pakistans nicht erfolgreich sein.

Während dessen stiegen die Kosten mit Obamas neuer Strategie rapide an: Allein für die Truppenaufstockung um 30.000 Tausend und den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte wurden 33 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Für den Afghanistankrieg wurden 2011 und 2012 jeweils 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr verbraucht. Im Finanzjahr 2011 wurden 159 Milliarden US-Dollar für Afghanistan, Pakistan und Irak aufgewendet (von insgesamt 708 Milliarden US-Dollar für das Militär).⁸¹⁰

Vor diesem Hintergrund sorgte 2010 die Veröffentlichung von geheimen US-Regierungsdokumenten wie diplomatischen Depeschen oder Militäranalysen zum Afghanistan- und Irakkrieg durch die Nichtregierungsorganisation WikiLeaks für weitere gute Argumente für Kriegsskeptiker.

⁸⁰⁹ Vgl. Office of the Press Secretary (Hg.): Overview of the Afghanistan and Pakistan Annual Review, a.a.O., o.S; Vgl. **auch** D. Jackson; Michaels, Jim: Obama: U.S. on track in Afghanistan. In: USA TODAY, 17.12.2010. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/afghanistan/2010-12-17-rw_afghan16_ST_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁸¹⁰ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 160ff.

Zu den Kriegskosten und ihrer Gegenüberstellung mit einem möglichen ökonomischen Kriegsnutzen siehe das Unterkapitel zur *Ökonomischen Teilstrategie*.

WikiLeaks veröffentlichte von Januar 2004 bis zum Dezember 2009 92.000 Dokumente, die die Korruption innerhalb der afghanischen Regierung, die zivilen Opfer der USA und der NATO in Afghanistan und im Irak und ihre (mutmaßlichen) Kriegsverbrechen, die Rolle Pakistans und Irans bei der Hilfe für Aufständische in Afghanistan aufdeckten.⁸¹¹ Sicherlich waren diese Probleme schon teilweise vorher bekannt; die massive Flut an geheimen Dokumenten befeuerte jedoch aufs Neue die politische Debatte in Washington, ob ein Krieg, für den monatlich Milliarden US-Dollar ausgegeben werden – bei schwieriger Haushaltslage und Rekordarbeitslosigkeit in den USA – noch zu rechtfertigen ist. Ob der fehlenden politischen Fortschritte in Afghanistan und Pakistan fühlten sich demokratische Kriegsskeptiker im Kongress wie Senator R. Feingold oder der Abgeordnete des Repräsentantenhauses J. Nadler in ihrer Sichtweise bestätigt.⁸¹²

Die Befürworter Obamas bei den Republikanern wie McCain allerdings sagten, dass WikiLeaks nichts Neues zu Tage gefördert habe, sondern gerade die Unzulänglichkeiten der Vergangenheit wie unzureichende Ressourcen für den Afghanistankrieg, die die neue Administration angehen will, noch einmal verdeutlicht hat. Außerdem sei WikiLeaks nicht objektiv, da die Organisation durch (mutmaßlich antiamerikanistisch gesinnte⁸¹³) Kriegsgegner geprägt sein würde.⁸¹⁴

⁸¹¹ Vgl. D. Jackson: Obama and Afghanistan: New debate, same strategy. In: USA TODAY, 27.07.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2010/07/obama-and-afghanistan-new-debate-same-strategy/1#.UBI3s00aNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁸¹² Vgl. Ebd.

⁸¹³ Jedenfalls wäre zu fragen, warum WikiLeaks nur amerikanische Dokumente veröffentlicht hat. Schaffte der Gründer J. Assange und seine Mitstreiter es nicht, zum Beispiel an chinesische oder iranische Dokumente zu kommen? Oder fehlte ihnen einfach der politische Wille? WikiLeaks, so scheint es, bestätigt aufs Neue die weltweit einzigartige Offenheit und Transparenz des us-amerikanischen außen- und

Was die allgemeine öffentliche Meinung angeht, ließen sich die US-Amerikaner nicht von WikiLeaks beeindrucken. Auch wenn diese Organisation die Geheimdokumente an weltweit führende Zeitungen und Zeitschriften weitergab (*The New York Times*, *Washington Post*, *The Times*, *Der Spiegel*, *El Mundo* – um nur einige zu nennen), hatten die Dokumente keinen nachweisbaren Einfluss auf die (ohnehin) wachsende Kriegsskepsis in den USA. Das hatte damit zu tun, dass nur knapp über die Hälfte (53 % Prozent) aller Amerikaner die Vorkommnisse um WikiLeaks „sehr“ oder „ein bisschen“ (*very closely/somewhat closely*) in den Massenmedien verfolgte.⁸¹⁵

Obama und seine engsten Berater wussten um die steigende Skepsis an der Heimatfront. Wie erwähnt, wollte auch Obama explizit die Priorität drängenden innenpolitischen Problemen wie dem steigenden Schuldenstand, der schwächelnden Konjunktur und der hohen Arbeitslosigkeit geben. Daher distanzierte er sich stets vom Ziel des Staatsaufbaus und der ambitionierten COIN-Doktrin des Militärs. Beide wurden in seinen Reden bewusst nie explizit genannt, um die kriegsmüde Öffentlichkeit nicht zu „verärgern“. Und auch wenn in Regierungsdokumenten, wie erwähnt, durchaus von COIN und Staatsaufbau die Rede war, so sah die Wirklichkeit in Afghanistan selbst anders aus. Auf diese wird bei der Analyse der Teilstrategien noch

sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses (mit den sich hieraus ergebenden Vorteilen für Forscher und Nachteilen für politische Entscheidungsträger).

⁸¹⁴ Vgl. D. Jackson: Obama and Afghanistan: New debate, same strategy, a.a.O., o.S.

⁸¹⁵ Vgl. J. M. Jones: In U.S., New High of 43% Call Afghanistan War a „Mistake“.

GALLUP. 03.08.2010. o.S. Online verfügbar auf:

<http://www.gallup.com/poll/141716/New-High-Call-Afghanistan-War-Mistake.aspx>;
zuletzt geprüft am 28.06.2011.

detailliert einzugehen sein, an dieser Stelle sei erwähnt, dass faktisch ab 2010 eher Bidens **Anti-Terrorismus-plus Strategie** angewendet wurde.⁸¹⁶ Dazu passt, dass der Präsident Petraeus die Order gab, nicht von COIN zu sprechen - sondern von *target, train and transfer*. Die explizite Betonung des antiterroristischen „Zielens“ und des Transfers von Sicherheitsverantwortung an afghanische Sicherheitskräfte manifestierten sich praktisch in einer massiven Ausweitung von anti-terroristischen Operationen durch Spezialeinheiten wie die SOF⁸¹⁷ und der Entscheidung Obamas im Juni 2011, 10.000 Soldaten bis Ende 2011 abzuziehen (was auch geschah) und 23.000 weitere bis September 2012. Somit sollte die Truppenstärke vor der Truppenaufstockung (68.000) bereits im September 2012 erreicht werden.⁸¹⁸ Wie von Obama versprochen, dauerte die *surge* damit zwei Jahre (24 Monate). Das Weiße Haus erklärte zur Truppenreduzierung, dass es seit 2001 keine Al-Qaida-Anschläge in den USA mehr gab und die Truppenreduzierung nichts an der Terrorismusbekämpfungsfähigkeit ändert.⁸¹⁹ Die Ziele dieser CT-plus Doktrin lassen sich wie folgt zusammenfassen:⁸²⁰

- (1) Eliminierung so vieler Taliban wie möglich
(besonders ihrer Führer);
- (2) Ausbau der afghanischen Streitkräfte;
- (3) Verhandlungen aus einer Position der Stärke
(bin Laden ist tot, den Talibanführern droht das Gleiche)

⁸¹⁶ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 2-3.

⁸¹⁷ Vgl. Ebd.; Vgl. **auch** M. Hastings, a.a.O., o.S.

⁸¹⁸ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 2-3.

⁸¹⁹ Vgl. Ebd.

⁸²⁰ Vgl. Ebd.

Die CT-plus Strategie wurde durch die Ermordung bin Ladens, des Gründers von Al-Qaida und der Symbolfigur des weltweiten Dschihads, am 01. Mai 2011 durch us-amerikanische Spezialeinheiten (die Navy-SEALs) befeuert.

Nunmehr wollten nicht nur die ohnehin kriegsskeptischen Demokraten, sondern auch Republikaner möglichst schnell „raus aus Afghanistan“. Dabei übernahmen nun auch Republikaner wie Senator R. Lugar das Kriegskostenargument – wohl unter dem Druck der fiskalkonservativen innerparteilichen Tea Party Bewegung (siehe oben). Demnach verschlänge der Krieg 100 Milliarden US-Dollar jährlich.⁸²¹ Nun, wo man den Anführer von Al-Qaida getötet und die Organisation selbst aus dem Land vertrieben habe, sei die Fortsetzung des Krieges ob der schwierigen Haushaltslage nicht mehr zu verantworten.⁸²² Dabei ist Lugar nicht irgendein republikanischer Senator, sondern der Vizevorsitzende des einflussreichen Auswärtigen Ausschusses des Senats und ein erfahrener Außenpolitiker.

Auch der sonst Obamatreue Demokrat Kerry, Kollege von Lugar und Vorsitzender des mächtigen Ausschusses, schloss sich der Argumentation Lugars an.⁸²³ Die Afghanistanstrategie sei zu überdenken, die Afghanisierung solle vorangetrieben werden – so wenige amerikanische Truppen wie möglich für Afghanistan. Es sei nicht aufrechtzuerhalten, für einen Einsatz ohne absehbares Ende 10 Milliarden pro Monat auszugeben. Vielmehr sei zu fragen, ob dieser Mitteleinsatz den us-amerikanischen

⁸²¹ Vgl. M. Rüb: Die Abzugsdebatte hat begonnen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.05.2011, S. 2.

⁸²² Vgl. Ebd.

⁸²³ Vgl. Th. Shanker; Savage, Charlie: After Bin Laden, U.S. Reassesses Afghan Strategy. In: The New York Times, 10.05.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/05/11/world/middleeast/11military.html?pagewanted=all&gwh=13564E7B65CAF7785E7984B1B64E01D5>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

geostrategischen Interessen in Afghanistan angemessen sei.⁸²⁴ Offensichtlich sollte das eine rhetorische Frage sein; die Antwort für Lugar und Kerry war: nein.

Hingegen betonte das Weiße Haus nach außen die Kontinuität: Die Strategie solle fortgesetzt werden, da sie ja Erfolg gebracht habe. Die zusätzlichen Gewinne sollten abgesichert werden. Es sei notwendig, weiter mit einem großen Truppenkontingent Druck auf die Taliban auszuüben, um die Taliban an den Verhandlungstisch zu zwingen.⁸²⁵

Dies schien jedoch eher eine Erklärung für die Öffentlichkeit und die NATO-Verbündeten zu sein, die sie darin bestärken sollte, dass die USA nicht „vorschnell“ aus Afghanistan „weglaufen“ würden (*rush to the exits*). Schließlich galt es, das „Gesicht zu wahren“ und eine Kettenreaktion zu verhindern. Als auf dem NATO-Gipfel von Lissabon 2010 das Ziel der Übergabe von vollständiger Sicherheitsverantwortung für ganz Afghanistan an afghanische Sicherheitskräfte bis Ende 2014 beschlossen wurde⁸²⁶, hatten Verbündete wie Deutschland in Gestalt des Verteidigungsministers de Maiziere Angst vor einem vorschnellen Rückzug der USA aus Afghanistan, der die durch die Truppenaufstockung erzielten fragilen Sicherheitsgewinne wieder zu Nichte machen würde.⁸²⁷

⁸²⁴ Vgl. Th. Shanker; Savage, Charlie, a.a.O., o.S.

⁸²⁵ Vgl. Ebd.

⁸²⁶ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 30. Was den Ankündigungen Karzais entsprach, die er in seiner Inaugurationsrede 2009 machte: Bis 2012 könnten die afghanischen Sicherheitskräfte die Sicherheitsverantwortung für afghanische Städte übernehmen; bis 2014 für das gesamte Land. Vgl. M. Mazzeti: No Firm Plans for a U.S. Exit in Afghanistan. In: The New York Times, 06.12.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/12/07/world/asia/07afghan.html?gwh=A2B17BE2D0B439E2F8B296A3878F17B0>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁸²⁷ Vgl. AP: Gates: No U.S. 'rush for the exits' in Afghanistan. In: USA TODAY, 10.06.2011. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/2011-06-09-robert-gates-afghanistan-NATO-troops_n.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Die Amerikaner, namentlich Gates, bestätigten, dass es die „Flucht zum Ausgang“ nicht geben würde.⁸²⁸ Gleichwohl geschah dies wohl, um den Eindruck einer solchen us-amerikanischen „Flucht“ zu verhindern, die die stark kriegskritischen Öffentlichkeiten in den europäischen Ländern darin bestärken würde, die eigenen Truppen noch schneller abzuziehen.

Ein „Rennen zum Ausgang“ wäre aus amerikanischer Sicht nicht zuletzt deshalb bedenklich, weil damit die Europäer ihren (nicht allzu großen) Anteil an den Kriegs- und Wiederaufbauanstrengungen in Zeiten knapper Kassen in den USA und der wachsenden Amerikanisierung des Krieges noch weiter verringern würden.

Die us-amerikanischen Beschwichtigungen waren, soweit sich das beurteilen lässt, nicht erfolgreich: Die Europäer überboten sich in ihren Abzugsplänen aus Afghanistan – die Niederländer zogen bereits 2010 ihre Truppen aus Afghanistan ganz ab (vorher war eine Regierung mutmaßlich wegen Afghanistan gestürzt), die Franzosen standen ihnen in nichts nach

Viele in den USA würden sagen: *ausgerechnet!* Der us-amerikanischen Sicht zu Folge ist das deutsche Truppenkontingent nur von sehr begrenztem Nutzen, hat Deutschland doch zahlreiche Restriktionen für den Einsatz der Bundeswehr verhängt. Zum Beispiel darf sie nur militärisch auf einen Angriff antworten, aber nicht selbst in die Offensive gehen. Diese Restriktionen erinnern eher an einen Polizeieinsatz (Waffengebrauch nur im Notfall), als an einen Krieg. Hinzu kommen die unzureichenden deutschen Anstrengungen bei der Ausbildung der afghanischen Polizei. Sowohl Deutschland, wie auch die Partnernation Niederlande, die zusammen die Polizeiausbildung zu verantworten hatten (nachdem die EU als Ganzes schon vorher daran gescheitert ist), haben aus US-Sicht viel zu wenige Polizisten ausgebildet und diese auch noch falsch. In Afghanistan herrscht Krieg und so müssten auch die Polizisten in Aufstandsbekämpfung geschult sein. Ob die europäischen Polizeiausbilder allerdings etwas von Aufstandsbekämpfung verstehen, ist eine andere Frage. Es ist jedenfalls nichts, was Polizisten in Deutschland für die Ausübung ihres Berufes brauchen. Mittlerweile haben die USA die Polizeiausbildung übernommen und versuchen afghanischen Polizisten die Aufstandsbekämpfung „beizubringen“. Vgl. zu den Restriktionen und der Polizeiausbildung: D. Hanagan, a.a.O., S. 15-16.

⁸²⁸ Vgl. AP: Gates: No U.S. 'rush for the exits' in Afghanistan, a.a.O., o.S.

und beschlossen unter dem neuen sozialistischen Präsidenten Hollande den Truppenabzug bis *Ende 2012*.⁸²⁹

Auch außerhalb Europas „rennen die Verbündeten zum Ausgang“: Die Kanadier haben ihre Truppen bereits abgezogen; Australien hat das Gleiche im Laufe des Jahres 2013 getan. Kleine Nationen wie Südkorea sind bereits teilweise 2008 abgezogen.

Vor diesem Hintergrund wurde von Obama, Gates und anderen Vertretern der Administration nunmehr auch öffentlich zugegeben, dass ein „gradueller Wechsel“ der Strategie in Richtung Terrorismusbekämpfung erfolgt.⁸³⁰ So sagte Gates unmittelbar nach Beginn des Abzugs 2011, dass die USA 2012 und 2013 mehr und mehr Sicherheitsverantwortung an die Afghanen übertragen und zu einer Mentorenrolle für die Afghanen und der Anti-Terrorismus-Bekämpfung wechseln werden.⁸³¹

Dabei werde sich die Militärstrategie von Region zu Region unterscheiden:

⁸²⁹ Vgl. A. Friesen: Wem die Stunde schlägt. Warum Supermächte gegen Aufständische verlieren – Lehren aus Afghanistan, a.a.O., S. 5-6; siehe **auch**: M. Rüb u.a.: Verbündete Amerikas bekräftigen eigene Rückzugspläne für Afghanistan. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.06.2011, S. 1-2; **und** Vgl.: K.-D. Frankenberger: Der große Rückzug. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.06.2011, S. 1.

⁸³⁰ Vgl. J. Michaels: Gates predicts gradual shift in Afghan strategy. In: USA TODAY, 27.06.2011. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2011-06-26-Afghanistan-drawdown-Robert-Gates-troop-withdrawal_n.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁸³¹ Vgl. Ebd.

„Es mag einen Teil des Landes geben, wo wir uns in einer Mentorposition befinden und nicht viel in Kämpfe involviert sind, einen anderen Teil, wo wir intensiv in Terrorismusbekämpfung engagiert sind und einen anderen Teil, wo wir nach wie vor bei Terrorismusbekämpfung und Aufstandsbekämpfung sind.“⁸³²

Der Wechsel zur Antiterrorismusbekämpfung eröffnet Perspektiven für eine **politische Verhandlungslösung** mit den Taliban.

Die Obama-Administration wusste, dass die Sicherheitsgewinne im Kampf gegen die Aufständischen fragil sind und ob des Druckes der allgemeinen Öffentlichkeit, des Kongresses, der wirtschaftlichen Lage nicht mehr viel Zeit bleibt, diese zu festigen.

Eine Verhandlungslösung zu eigenen Bedingungen wäre gesichtswahrend, würde die Interessen der USA berücksichtigen und ihren Einfluss in Afghanistan wahren, ohne viel zu kosten.

Dabei kamen die USA in Gestalt von Außenministerin H. Clinton den Taliban entgegen, indem sie die Eingangsschwelle für Verhandlungen senkten: Am 18. Februar 2011 verkündigte Clinton, dass das Bekenntnis zur afghanischen Verfassung (mitsamt der Frauenrechte!), das Abschwören von Gewalt und die Distanzierung von Al-Qaida keine Vorbedingungen, sondern *Ziele* von Verhandlungen seien.⁸³³

Die Taliban allerdings beharren nach wie vor auf einem vollständigen Abzug *aller* ausländischen Truppen binnen 18 Monaten, dem sofortigen Rückzug aller ausländischen Truppen auf ihre Stützpunkte und den Ersatz

⁸³² Eigene Übersetzung. Gates, zitiert nach: Vgl. J. Michaels: Gates predicts gradual shift in Afghan strategy, a.a.O., o.S.

⁸³³ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 4.

der ISAF und der OEF durch eine mehrheitlich muslimische Friedenstruppe (*peacekeeping*). Auch sind die Taliban oder zumindest Teile von ihnen nach us-amerikanischer Ansicht nicht bereit, ihre Verbindung zu Al-Qaida abubrechen. Tatsächlich sehen sich die Taliban auf der Siegerseite und fühlen sich vom eingeleiteten Abzug der USA und der ISAF insgesamt bestätigt, sodass ihre Verhandlungsbereitschaft gering ist.⁸³⁴

Gleichwohl nahmen US-Offizielle des mittleren Dienstniveaus an Diskussionen mit einem früheren Berater von Mullah Omar in Katar und Deutschland teil (Anfang 2011); selbst mit dem der Al-Qaida nahe stehenden Haqqani-Netzwerk gab es erste Kontakte. Der Spezialgesandte der USA in Afghanistan, Marc Grossman, partizipiert allerdings nicht an Verhandlungen, bis sie soweit fortgeschritten sind, dass auch die afghanische Regierung daran teilnimmt. Trotz des us-amerikanischen Betonens der zentralen Rolle der Karzai-Administration kann man feststellen, dass die USA durch ihre massive militärische Präsenz im Land auch künftig die entscheidende Stellung in den Verhandlungen einnehmen werden - was auch die Taliban wissen, die stets auf direkten Verhandlungen mit den USA beharrt haben.⁸³⁵

Zunehmend stellt sich die Frage nach der **Zukunft der US-Präsenz in Afghanistan**. Was geschieht nach dem Abzug 2014? Die USA haben stets betont, dass sie keine „permanenten Basen“ in Afghanistan wollten, da sie keine Besatzer seien. Allerdings ist der Begriff „permanente Basen“ dehnbar: In vielen Ländern, in denen die US-Army ihre Stützpunkte unterhält, bestehen sie seit Jahrzehnten ohne mit dem Ausdruck

⁸³⁴ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 30-31.

⁸³⁵ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 4

„permanent“ bedacht zu werden.⁸³⁶ Aus der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in den pakistanischen Stammesgebieten ergibt sich, selbst bei einer Antiterrorismusstrategie, die Notwendigkeit von Basen in Afghanistan.⁸³⁷ Schließlich brauchen auch Drohnen Start- und Landebahnen; Spezialeinheiten, die dauerhaft im Grenzgebiet operieren, müssen vor Ort sein. Auf der anderen Seite gibt es im amerikanisch-afghanischen Verhältnis die Kontroverse, ob die USA solcherlei Basen ohne Einverständnis Afghanistans gegen „Drittstaaten“ (lies: Pakistan) benutzen dürfen.⁸³⁸ Doch während die afghanische Regierung weiß, dass sie für ihr eigenes Überleben auf dauerhafte amerikanische Truppenpräsenz (und Hilfszahlungen) angewiesen ist und sie dieser wohl zustimmen wird, stehen die Taliban mit ihren radikalen Forderungen einer ausländischen Truppenpräsenz gleich welcher Art ablehnend gegenüber. Ob sich die Basenfrage als Faustpfand in den Verhandlungen nutzen lässt („ihr sorgt dafür, dass Al-Qaida sich nicht wieder in Afghanistan ausbreitet und wir verzichten im Gegenzug auf Stützpunkte in Afghanistan“)⁸³⁹, bleibt ob der strategischen Bedeutung Pakistans zweifelhaft – selbst afghanische Taliban, die sich von der Al-Qaida distanzieren würden, können nicht dafür sorgen, dass die Präsenz von Al-Qaida oder des Haqqani-Netzwerks auf der anderen Seite der Grenze aufhört.

Wichtige Fragen der Zukunft des US-Einflusses in Afghanistan bleiben somit zum jetzigen Zeitpunkt noch ungelöst. Im November 2013

⁸³⁶ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 7.

⁸³⁷ Vgl. Ebd.

⁸³⁸ Vgl. Ebd.

⁸³⁹ Vgl. Ebd.

unterstützte die Loya Jirga das Sicherheitsabkommen.⁸⁴⁰ Dieses würde für eine strafrechtliche Immunität der US-Soldaten, die nach dem Abzug der Kampftruppen 2014 noch im Land bleiben (s.u.) sorgen und damit US-Basen im Land auch über 2014 ermöglichen. Karzai weigerte sich, das Abkommen zu unterzeichnen. Nach dem umstrittenen Sieg A. Ghani bei den afghanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 soll das Sicherheitsabkommen unterzeichnet werden (auch sein unterlegener Herausforderer Abdullah Abdullah sprach sich dafür aus).⁸⁴¹

Obama verkündete 2014 die Details des abgestuften Abzugsplans. Gestuft ist dieser wohl, um in Afghanistan das Chaos zu verhindern, welches im Irak nach dem us-amerikanischen Abzug 2011 entstand und den Aufstieg der radikal-islamischen Terroristen des IS (Islamischer Staat) begünstigte. Im Juli 2014 befanden sich 33.000 US-Soldaten in Afghanistan, Anfang 2015 werden es nur noch 9.800 sein. Diese verbliebenen Militärs werden sich nur um die Ausbildung und Unterstützung der ANA kümmern. Ihre Zahl wird bis Ende 2015 auf 4.900 sinken. Bis Anfang 2017 (Ende der zweiten Amtsperiode Obamas) soll der Komplettabzug – eine große logistische Herausforderung – geschafft sein. Ab 2015 sollen insgesamt 13.800 ISAF-Soldaten im Land bleiben, davon 4.000 Amerikaner. Damit werden auch nach 2015 die USA mit 71 % Prozent die große Mehrheit der ausländischen Truppen im Land stellen.⁸⁴²

⁸⁴⁰ Vgl. Afghanistan profile. BBC. Aktualisiert am 29.09.2014. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-south-asia-12024253>; zuletzt geprüft am 04.10.2014.

⁸⁴¹ Vgl. Anonym: Ende eines monatelangen Streits. In: Die Welt, 22.09.2014, S. 8.

⁸⁴² Vgl. M. Ganslmeier: Fast 10.000 Soldaten sollen bleiben. Tagesschau.de, 28.05.2014. o.S. URL: www.tagesschau.de/ausland/us-truppen-afghanistan102.html; zuletzt geprüft am 05.07.2014.

Die USA sind sich – jedenfalls in der Außendarstellung – sicher, dass sie ein stabiles und verbündetes Land hinterlassen. Der us-amerikanische Botschafter Crocker, bis August 2012 im Amt, sagte bei seinem Abschied, dass die internationale Gemeinschaft Afghanistan dauerhaft beistehen würde und nannte als Beleg die Hilfszusagen in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar bei der Tokio-Konferenz 2012. Die Hilfe würde, gemäß der neuen Obamastrategie, konditional gewährt.⁸⁴³

Tatsächlich können es sich vor allem die USA nicht leisten, die afghanische Regierung aufzugeben – egal ob sie die Korruption bekämpft und die Regierungsleistungen verbessert oder nicht. Im Patron-Klient-Verhältnis USA-afghanische Regierung haben die USA keine effektiven Mittel, um die „afghanischen Partner“ zu wirklichen Kursänderungen bei Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung zu zwingen.⁸⁴⁴

Natürlich könnten sie mit einem Totalabzug der Truppen drohen. Gleichwohl weiß jeder afghanische Präsident, dass dies schon alleine wegen Pakistan und der Terrorismusbekämpfung dort unsicher ist (siehe oben!) und dass die USA kein Afghanistan wollen, in dem wieder Chaos ausbricht, Al-Qaida dieses Chaos ausnutzt, um zurück zu kehren und / oder die Taliban die alleinige Regierungsmacht übernehmen (die sich bislang nicht eindeutig von Al-Qaida distanziert haben).

⁸⁴³ Vgl. Ch. Pellerin: Crocker: Afghanistan on Track for Next Stage in Development. American Forces Press Service. 31.07.2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=117344>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.

⁸⁴⁴ Vgl. H. Cooper; Zeleny, Jeff: Obama warns Karzai to Focus on Tackling Corruption. In: The New York Times, 02.11.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/03/world/asia/03afghan.html?gwh=3C3B813E05CDEAE010906C671011582>, zuletzt geprüft am 02.08.2012; vgl. auch: P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 23.

Der Stützung der afghanischen Regierung dient das strategische Abkommen zwischen USA und Afghanistan vom Mai 2012 (rechtzeitig vor dem NATO-Gipfel in Chicago unterzeichnet), dessen wichtigste Punkte sind:⁸⁴⁵

- (1) *Langfristige finanzielle Unterstützung*, da Afghanistan in den Rang eines „wichtigen nicht-NATO Verbündeten“ gehoben wird. Gleichfalls schreibt das Abkommen keine spezifischen monetären Hilfsleistungen der USA vor (sodass diese in der Zukunft unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise auch gekürzt werden können);
- (2) *Flexibilität*: Laut D. Spanta, Nationaler Sicherheits Berater Karzais, ist das Vertragswerk jederzeit von beiden Seiten kündbar oder verlängerbar;
- (3) *Offene Basenfrage und Truppenpräsenz*: Zwei wichtige Angelegenheiten sind allerdings nicht im Abkommen erhalten: Basenrechte und die Zahl der internationalen Streitkräfte (lies: vor allem US-Army) in Afghanistan nach 2014. Diese Angelegenheit wurde bereits weiter oben behandelt

⁸⁴⁵ Vgl. P. Shukla: FACT SHEET. THE UPCOMING U.S.-AFGHAN STRATEGIC AGREEMENT. INSTITUTE FOR THE STUDY OF WAR (ISW). 2012. S. 1. Online verfügbar unter: <http://www.understandingwar.org/reference/fact-sheet-upcoming-us-afghan-strategic-agreement>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Vor dem Abkommen wurden die wichtigsten Streitpunkte der USA und Afghanistans aus dem Weg geräumt: Gefängnisse unter US-Kontrolle werden den Afghanen übergeben; Afghanistan muss nächtliche Spezialoperationen (*night raids*) autorisieren. Diese waren besonders umstritten, da dabei im islamisch-konservativen Afghanistan die Privatsphäre gestört wurde und US-amerikanische Soldaten in Kontakt mit afghanischen Frauen kamen. Vgl. Ebd.

Somit bleibt das amerikanisch-afghanische Verhältnis langfristig gewahrt, auch wenn es gerade 2012 durch die versehentliche Koran-Verbrennung durch US-Soldaten und Kriegsverbrechen wie dem Massaker an Frauen und Kindern in der Provinz Kandahar durch einen oder mehrere Amerikaner betrübt wird.⁸⁴⁶ Karzai fordert nach solchen Vorkommnissen zwar immer wieder populistisch einen schnelleren Abzug aller ISAF-Streitkräfte und aus dem afghanischen Parlament drohen einige Abgeordnete mit Konsequenzen wie der Erklärung aller internationalen Truppen zu Besatzern⁸⁴⁷; gleichfalls weiß zumindest die Karzai-Administration (wie auch ihre Nachfolger), dass für ihr politisches (wenn nicht physisches) Überleben das US-Militär und die US-Unterstützung insgesamt von zentraler Bedeutung sind (besonders wenn ihre Legitimation in der eigenen Bevölkerung infolge gefälschter Wahlen (2009), mutmaßlich gefälschter und umstrittener Wahlen (2014) und der grassierenden Korruption untergraben wird).⁸⁴⁸

In den USA wiederum fanden 2012 Präsidentschaftswahlen statt. In seiner bisher letzten großen Rede zu Afghanistan und Pakistan auf dem Bagram-Luftwaffenstützpunkt in Afghanistan (ehemals eine wichtige Basis für die sowjetische Luftwaffe) versuchte sich Obama folglich als „starke Führungspersönlichkeit“ darzustellen und seine Erfolge im Anti-Terror-

⁸⁴⁶ Vgl. L. Gundarova: Čelovečeskij faktor protiv strategii. In: Krasnaja Zvezda, 16.03.2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.redstar.ru/index.php/2011-07-25-15-55-34/item/1161-chelovecheskiy-faktor-protiv-strategii>, zuletzt geprüft am 01.08.2012. In der Provinz Kandahar haben ein amerikanischer Soldat (gemäß US-Angaben) oder zwei Gruppen von US-Soldaten (gemäß den Ergebnissen der Untersuchungskommission des afghanischen Parlamentes) 2012 16 Menschen umgebracht. Vgl. Ebd.

⁸⁴⁷ Vgl. Ebd.

⁸⁴⁸ Vgl. H. Cooper; Zeleny, Jeff, a.a.O., o.S.

Kampf wie die Ermordung bin Ladens öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.⁸⁴⁹

Auf der anderen Seite macht er dabei den Wählerinnen und Wählern an der „Heimatfront“ klar, dass der Präsident ihre Kriegsmüdigkeit verstehe und alles tue, um Amerikaner zurück „nach Hause“ zu holen:

„Die Zahl der Truppen, die sich an der Front befindet, wurde zur Hälfte reduziert und mehr werden bald nach Hause kommen.“⁸⁵⁰

Schließlich geht Obama auf die sozialen Nöte der Veteranen ein, die er zu lindern verspricht.

Nach einem Jahrzehnt der Konflikte in der internationalen Politik und der Wirtschaftskrise zu Hause sei es an der Zeit, so Obama, Amerika wieder aufzubauen.⁸⁵¹ Damit bringt die Rede, in Afghanistan gehalten und eigentlich über den Krieg in Afghanistan, klar zum Ausdruck, dass die ökonomische Situation in der Heimat kurz vor den Wahlen die entscheidende Aufmerksamkeit des Präsidenten genießt.

Gleichwohl ändert dies nichts an der strategischen Bedeutung Afghanistans, vor allem im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung in Pakistan (und vielleicht auch als Basis für einen möglichen Angriff gegen das vermutete iranische Atomwaffenprogramm?). Es wird zwar eine verringerte Präsenz der USA zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung geben, aber *dass* es sie geben wird, steht kaum in Zweifel. Diese Basis wird auch der Aufrechterhaltung einer minimalen Stabilität in Afghanistan

⁸⁴⁹ Vgl. B. Obama: Remarks by President Obama in Address to the Nation from Afghanistan. Bagram Air Base, Afghanistan, 01. Mai 2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/05/01/remarks-president-obama-address-nation-afghanistan>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Als Obama diese Rede hält ist (zufällig?) gerade ein Jahr seit der Tötung von bin Laden durch us-amerikanische Spezialeinheiten vergangen.

⁸⁵⁰ Eigene Übersetzung. Ebd.

⁸⁵¹ Vgl. B. Obama: Remarks by President Obama in Address to the Nation from Afghanistan, a.a.O., o.S.

dienen, zumindest der Verhinderung eines Bürgerkrieges und des Sturzes der afghanischen Regierung.⁸⁵²

Letztlich kann bei der Evaluation der Gesamtstrategie unter Obama folgendes Fazit gezogen werden:

Insgesamt bietet die Afghanistan-Strategie Obamas eine Exit-Strategie aus einem innenpolitisch ob der hohen Kosten und der schwindenden Unterstützung durch die allgemeine und parlamentarische Öffentlichkeit stets unbeliebter werdenden Krieg. Das interinstitutionelle Zentralisierungsmodell wird in diesem Kapitel also empirisch gestützt:

Vor dem Hintergrund eines durch den Krieg in Afghanistan mit seinen Gefallenen und Kriegskosten und der Wirtschaftskrise zu Hause in der allgemeinen Öffentlichkeit (Wahlbevölkerung) zunehmend unpopulär werdenden Präsidenten wurde der Kongress selbstbewusster und trieb die Obama-Administration in eine strategische Zwickmühle: Sowohl die Republikaner, als auch die eigene Partei (Demokraten) mussten die Afghanistan-Strategie mittragen, damit sie erfolgreich implementiert werden konnte. Während erstere sich jedoch für einen längeren Verbleib in Afghanistan mit Truppenaufstockungen aussprachen, wurden die letzteren nicht zuletzt von ihrer Wählerschaft dazu getrieben, einen schnelleren (wenn nicht gar sofortigen) Abzug einzuleiten. Mit seiner Strategie der Truppenaufstockung (surge) und der Ausweitung der Entwicklungshilfe in Afghanistan (civilian surge), verbunden mit einer klaren Abzugsperspektive (der Abzug ist bereits eingeleitet worden) setzte sich Obama zwischen alle Stühle.

⁸⁵² Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 6-7.

Gleichzeitig gab es (wie bereits unter Bush) auch in der Obama-Administration eine gespaltene Exekutive: Eine Koalition um den Vizepräsidenten Biden „kämpfte“ für eine Anti-Terrorismus-Strategie, während die Militärs um McChrystal und Petraeus eine Strategie des Staatsaufbaus (was COIN praktisch bedeutet) verfolgten.

Sowohl der interne (innerhalb der Exekutive), als auch der interinstitutionelle Zentralisierungsgrad (zwischen der Exekutive und dem Kongress) waren während der Obama-Periode also relativ niedrig.

Der Zentralisierungsgrad sank sogar im Vergleich mit der Bush-Periode, denn zu der Spaltung innerhalb der Exekutive kam ein zunehmend selbstbewusster werdender Kongress hinzu, der den Plänen der Exekutive Widerstand leistete.

Unter diesen Bedingungen ist es klar, dass die USA ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele in Afghanistan nicht erreichen konnten, ein Punkt, der in den folgenden Unterkapiteln zu den konkreten Teilstrategien noch deutlicher wird. Die Zielerreichung (Erfolg) würde eine langfristig angelegte, kohärente Gesamtstrategie voraussetzen, die durch Staatsaufbau die Grundlagen für eine strukturelle und nachhaltige Minimierung der aus Afghanistan (und Pakistan) ausgehenden terroristischen Gefahr für die USA legt.

Gerade die Formulierung – und vor allem Umsetzung! – einer solchen Gesamtstrategie wurde jedoch durch die geschilderten innenpolitischen Restriktionen und die Spaltung innerhalb der Exekutive selbst verhindert. Theoretisch ausgedrückt heißt das:

Durch einen relativ geringen Zentralisierungsgrad wurde die Strategiefähigkeit der Exekutive geschwächt – genauso wie in den leitenden Hypothesen dieser Arbeit formuliert.

Praktisch bedeutet es Folgendes: Statt einer auf den Staatsaufbau zielenden COIN-Strategie, die auf good governance und eine langfristige Afghanisierung des Krieges fokussiert, setzte der Präsident und seine engsten Berater in der Praxis seit 2010 auf eine von der Koalition um Vizepräsident Biden vertretene Anti-Terrorismus-Strategie, die dem beschränkten politischen Zweck der USA – der Verhinderung der Rückkehr von Al-Qaida nach Afghanistan und die Zerstörung ihrer sicheren Häfen in Pakistan – vor dem Hintergrund der innenpolitischen Restriktionen vermeintlich besser dienen sollte. Auch offiziell ist in den Reden Obamas wenig von Demokratie und nichts vom Staatsaufbau in Afghanistan zu hören. Stattdessen sorgen, bei dem seit Juli 2011 phasenweise erfolgenden Abzug, der 2014 vollendet sein soll, Antiterroroperationen durch Spezialeinheiten und Drohnenangriffe in den afghanisch-pakistanischen Grenzgebieten für konstanten Druck auf Al-Qaida und ihre Verbündeten. Auch nach 2014 werden die USA minimale Truppen in Afghanistan unterhalten, um die Al-Qaida vor allem in Pakistan zu bekämpfen.

Wie diese (auch unter Bush verfolgte) Anti-Terrorismus-Strategie in Afghanistan abgeschnitten hat und ob durch sie wirklich die politisch-militärisch-ökonomischen Ziele der USA erreicht werden konnten, wird in den folgenden Unterkapiteln detailliert durch die Untersuchung der einzelnen Teilstrategien beleuchtet.

5.3 Die einzelnen Teilstrategien in der Praxis

5.3.1 Die militärische Teilstrategie

In diesem Unterkapitel soll beantwortet werden, ob die politischen Ziele: *Die Zerschlagung der Al-Qaida in Afghanistan und in den benachbarten pakistanischen Stammesgebieten (FATA), die Vertreibung der Taliban von der Regierungsmacht und der Aufbau von afghanischen Sicherheitskräften (Armee und Polizei), die gewährleisten, dass die Taliban die demokratisch gewählte Regierung Afghanistans nicht stürzen (Stabilität)* erreicht wurden. Es geht also um die konkrete militärische Teilstrategie der USA und deren Evaluation.⁸⁵³

Während die USA (wie die UdSSR⁸⁵⁴) ohne eine Militärstrategie zur Bekämpfung von Aufständischen nach Afghanistan kamen, sah es am Anfang des Afghanistankrieges trotzdem nach einem schnellen und ungefährdeten Erfolg der Amerikaner aus.

Der us-amerikanische Fokus auf Luftangriffe, Spezialeinheiten und die verbündete Nordallianz führte zu einem schnellen Zurückweichen der Taliban. Kabul fiel schon im November, kaum ein Jahr nach Kriegsbeginn wurde im März 2003 von Verteidigungsminister Rumsfeld der Sieg verkündigt.⁸⁵⁵

⁸⁵³ Hierbei schließt sich der Verfasser an seine Ausführungen an:

Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 68-90.

⁸⁵⁴ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 42; Vgl. M. Pohly, a.a.O., S. 286.

⁸⁵⁵ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 262ff.; Vgl. E. Starke: Zum letzten Gefecht. In:

Tagesspiegel, 07.12.2009. o.S. Online verfügbar unter:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/international/zum-letzten-gefecht/1644132.html>, zuletzt geprüft am 31.05.2010.

Erste politische Erfolge konnten „verbucht“ werden.⁸⁵⁶

Auf der Petersberg-Konferenz kamen die Repräsentanten afghanischer Stämme und politischer Gruppen (unter Ausschluss der Taliban und Al-Qaida) darin überein, eine Übergangsregierung einzurichten und die Schaffung demokratischer Institutionen anzustreben⁸⁵⁷, wie es auch in der gemeinsamen Erklärung von Bush und Putin im November 2001 gefordert wurde.⁸⁵⁸ Auf us-amerikanisches Drängen (allerdings mit breiter innerafghanischer und internationaler Unterstützung) wurde zum Vorsitzenden der Übergangsadministration Hamid Karzai ernannt, ein Paschtune aus dem einflussreichen Popolzai-Clan.⁸⁵⁹

Karzai kämpfte gegen die Sowjetunion, war eine Zeit lang Taliban-Minister, bevor er mit der CIA zusammen zu arbeiten begann.⁸⁶⁰

Einer der Konstruktionsfehler der Übergangsadministration war, laut einigen Analytikern, dass sie aus Kriegsherren (*warlords*) der Nordallianz gebildet wurde. Diese hatten vorher Afghanistan und Kabul verwüstet und sich zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen.⁸⁶¹ Der mutmaßliche Kriegsverbrecher Warlord Fahim, der Islamischen Gemeinschaft des später von den Taliban umgebrachten Präsidenten Afghanistans Rabbanis (1992-1996) und Ah. Sh. Massuds

⁸⁵⁶ Vgl. dazu das Unterkapitel zur *Außenpolitischen Strategie*.

⁸⁵⁷ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 11.

⁸⁵⁸ Vgl. das Kapitel zur Gesamtstrategie unter Bush.

⁸⁵⁹ Dabei wurde im ersten Wahlgang ein Kandidat der Monarchisten gewählt. Die Vertreter der USA waren damit nicht einverstanden und verlangten einen zweiten – in dem sich ihr Wunschkandidat durchsetzen konnte. Vgl. T. Ruttig: *Zu wenig, reichlich spät – Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung*, a.a.O., S. 33.

⁸⁶⁰ Vgl. Karzai, Hamid. In: *Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten*. Frankfurt am Main. 2009. S. 793; für die CIA-Kooperation Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 11.

⁸⁶¹ Vgl. T. Ruttig: *Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus - und Aufstandsbekämpfung*, a.a.O., S. 32; Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 11.

angehörend und einflussreich im Nordosten Afghanistans, wurde zum Verteidigungsminister.⁸⁶² Die Kriegsherren hatten von Anfang an eine große politische und ökonomische Autonomie von der schwachen Zentralregierung in Kabul.⁸⁶³

*Der Zentralregierung fehlte von Anfang an die Legitimität unter der Bevölkerung, da sie die Afghanen nicht vor den Exzessen der Kriegsherren schützen konnte.*⁸⁶⁴

Trotzdem gab es anfangs keinen Widerstand gegen die ausländische Intervention und die Karzai-Administration.

Afghanistan schritt voran: Anfang 2004 wurde eine demokratische Verfassung verabschiedet⁸⁶⁵; im gleichen Jahr fanden Präsidentenwahlen statt – der Sieger hieß Karzai – wobei es Vorwürfe der Gewalt gegen politische Gegner und des Stimmkaufs gab. 2005 fanden Parlamentswahlen statt, wobei es auch hier zu Gewalt und Korruptionsvorwürfen kam.⁸⁶⁶

Doch die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung stieg. Im Süden und Osten fühlten sich viele Paschtunen von den Kriegsherren der Nordallianz

⁸⁶² Vgl. Ch. Sands: Afghanistan nine years on. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, October 2010. Online verfügbar unter:

<http://mondediplo.com/blogs/afghanistan-nine-years-on>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.

⁸⁶³ Vgl. J. Sisco: Karzai's Governing Strategy: A Threat to ISAF COIN Implementation. In: Small Wars Journal, January 31, 2011. Online verfügbar unter: <http://smallwarsjournal.com/blog/journal/docs-temp/662-sisco.pdf>; zuletzt geprüft am 28.06.2011. S. 1-12; hier: S. 2.

J. Sisco war der militärische Verbindungsmann der ISAF zu Karzai (2005-2006) und arbeitet zur Zeit im Hauptquartier der ISAF in Kabul.

⁸⁶⁴ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 12.

Allerdings gibt es auch die gegenteilige Meinung, wonach die Repräsentanten der ethnischen Minderheiten, der Nordallianz, nach ihrer anfänglichen Beteiligung später von ihren Posten entfernt oder auf unbedeutende Stellen abgeschoben wurden und die Usbeken, Tadschiken, Hazaras sich nicht mehr angemessen repräsentiert fühlten.

⁸⁶⁵ Wobei Afghanistan in ihr zur „Islamischen Republik“ erklärt wurde.

Vgl. das Unterkapitel zur *Außenpolitischen Strategie*.

⁸⁶⁶ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 12.

(meist Usbeken oder Tadschiken, die Kriegsverbrechen gegen Paschtunen begangen haben)⁸⁶⁷ nicht vertreten.⁸⁶⁸

In den benachbarten pakistanischen, paschtunischen Stammesgebieten der FATA und der Nordwest-Grenzprovinz konnten sich die Taliban regenerieren.

Diese Taliban waren jetzt nicht mehr dieselben bzw. wurden andere.

Tatsächlich führte das Exildasein zur weiteren Radikalisierung der ohnehin islamistischen Taliban. In Pakistan nämlich – dort wo die Bewegung auch ihren Ausgang nahm – kamen Teile der Taliban näher mit der Al-Qaida in Kontakt und wurden zu Konsumenten ihrer *dschihadistischen Ideologie*.⁸⁶⁹

Dieser zu Folge sollte ein globaler „Heiliger Krieg“ (*dschihad*) gegen die „Ungläubigen“ (Christen und Juden) geführt werden, um als Endziel einen globalen islamischen Staat (das „Kalifat“) zu bilden. Die dschihadistische Ideologie ist eine besonders gewalttätige Ausprägung des Islamismus.⁸⁷⁰

Den Propagandisten des Dschihadismus zu Folge, sei Afghanistan nur ein Schauplatz unter vielen, wo gegen den westlichen Imperialismus gekämpft werden müsse (was die „heilige Pflicht“ eines jeden Muslims auf der Welt sei).⁸⁷¹

Nicht nur die Al-Qaida hatte im Exil radikalisierenden Einfluss auf Teile der Taliban. Sie begegneten auch pakistanischen Islamisten. Diese wurden von der pakistanischen Armee seit 2003 aus Kaschmir vertrieben. Zu ihnen gesellten sich islamistisch gesinnte pakistanische ISI-Agenten und

⁸⁶⁷ So ermordete der usbekische Kriegsherr Dostum (Nordallianz) 2001 in Nordafghanistan paschtunische Kriegsgefangene - die Taliban. Vgl. Ch. Sands: Afghanistan nine years on, a.a.O., o.S.

⁸⁶⁸ Vgl. Ebd.

⁸⁶⁹ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 13.

⁸⁷⁰ Zur dschihadistischen Ideologie: Vgl. K. Hirschmann, a.a.O.

⁸⁷¹ Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-Taliban campaign. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, 08.10.2008. o.S. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/2008/10/08neotalibans>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.

Offiziere, die sich gegen die pakistanische Unterstützung der USA im „Kampf gegen den Terrorismus“ durch Militärdiktator Musharraf stellten.⁸⁷²

Von diesen Verbündeten lernten die Taliban, wie man einen modernen Guerillakrieg führt. Darauf wird unten noch ausführlicher einzugehen sein.

Noch im gleichen Jahr, als von Rumsfeld das „Ende des Krieges in Afghanistan“ verkündigt wurde, entstanden somit die **Neo-Taliban**.⁸⁷³

Diese unterscheiden sich von den Taliban, die zuerst 1994 auf der politisch-militärischen Landkarte Afghanistans erschienen. Sie sind mehrheitlich keine Pakistaner mehr (wobei die Zuordnung „Pakistaner“ oder „Afghane“ bei der afghanischen Stammesstruktur keine so große Rolle spielt wie die Zugehörigkeit zum gleichen – paschtunischen – Stamm).

Stattdessen setzen sich die Neuen Taliban mehrheitlich aus lokalen Gruppen zusammen und sind analytisch in drei verschiedene *soziale Gruppen* aufteilbar:⁸⁷⁴

- (1) Die ideologischen Dschihadisten. Zu diesen zählen neben den Rekruten aus den pakistanischen Medressen⁸⁷⁵ - vor allem aus den Stammesgebieten in der Grenzregion - junge „Gotteskrieger“ aus afghanischen Dörfern. Diese werden von den Dorfgeistlichen (*Mullahs*), oftmals in Pakistan oder Saudi-Arabien ausgebildet, angeworben;⁸⁷⁶

⁸⁷² Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-Taliban campaign, a.a.O., o.S.

⁸⁷³ Vgl. Ebd; Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 1.

⁸⁷⁴ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 42.

⁸⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 33.

⁸⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 42; S. 44-45.

(2) Die lokalen Gemeinschaften. Diese werden von Dorf- oder Stammesältesten geleitet, so wie es die paschtunische Tradition gebietet.

Die Dorfgemeinschaften handeln oftmals opportunistisch: Entweder unterstützen sie die Taliban, weil sie dazu gezwungen wurden oder sie wollen sich unter den Schutz der Taliban stellen.⁸⁷⁷ Diese Gruppe war 2006 die Größte, was die lokale Rekrutierungsbasis der Neo-Taliban deutlich hervorhebt;⁸⁷⁸

(3) Die Söldner.⁸⁷⁹ Diese lassen sich an den Meistbietenden „verkaufen“: Die Taliban bieten mehr als die afghanische Nationalarmee (ANA) oder die Polizei⁸⁸⁰

Da weder im Bereich des Staatsaufbaus, noch in der Entwicklungshilfe oder bei der Gewährleistung von Sicherheit nennenswerte Fortschritte erzielt wurden, sind die sozio-politischen Bedingungen für die Anwerbung oder die (passive) Unterstützung der Neo-Taliban durch die Bevölkerung nach wie vor günstig, vor allem im paschtunischen Südafghanistan.⁸⁸¹

⁸⁷⁷ Vgl. Ch. Sands: Afghanistan: chaos central. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, 16.02.2009. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/2009/02/16talibans>, zuletzt geprüft am 24.03.2011;

Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 41.

⁸⁷⁸ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 43.

⁸⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 40-41.

⁸⁸⁰ Die Gehaltszahlungen der ANA und der Polizei betragen 2011 165 US-Dollar pro Monat (plus Sonderzulagen für langen Verbleib und Einsätze in Kandahar oder Helmand als den gefährlichsten Provinzen kann sich der Lohn auf 250-280 US-Dollar steigern). Die Neo-Taliban zahlen 280 US-Dollar pro Monat – als Grundgehalt. Auch weitere irreguläre Kriegersakteure wie die Milizen der Kriegsherren oder private Sicherheitsfirmen bieten mehr als die reguläre afghanische Armee. Vgl. C. Wyatt: Can Afghan National Army survive NATO exit? BBC. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-12681599?print=true>, zuletzt geprüft am 29.03.2011.

⁸⁸¹ Vgl. *Die außenpolitische Teilstrategie*

Die soziale Rekrutierungsbasis und die Verbündeten der Neo-Taliban wurden analysiert; nun kann man zur **Interaktion der Militärstrategien** kommen.⁸⁸²

Zunächst einmal: Als Guerillas sind die **Neo-Taliban** der ISAF und der OEF zahlenmäßig unterlegen. Ihre Truppenstärke wurde für das Jahr 2011 vom afghanischen Verteidigungsministerium auf 25.000 geschätzt; andere Angaben sprechen von 20.000 für November 2010.⁸⁸³ Ihre Rekrutierungsbemühungen hingegen scheinen Erfolg zu haben: ihre Zahl stieg von 4.000 im Jahr 2002 binnen acht Jahren um das Fünffache (siehe: *Grafik 6: Die Truppenentwicklung der ISAF und der Neo-Taliban*). Auch die CT-plus Strategie, die als militärisches Ziel das Ausschalten der Führungsriege, aber auch der mittleren Taliban anpeilte, war insofern nicht

⁸⁸² Es gibt in Afghanistan noch andere Konfliktparteien, als die Taliban, auf die hier der Fokus gelegt wird.

So existieren andere *Widerstandsgruppen* wie das Haqqani-Netzwerk, welches vom Sohn eines anti-sowjetischen Mujahideenkommandeurs geführt wird und die Hezb-e islami von Hekmatayar (der beim Kampf gegen die Sowjetunion eine wichtige Rolle spielte und von den USA seit 2003 als „*specifically designated global terrorist*“ und Kriegsverbrecher geführt wird). Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 129-132. Zu Hekmatyar vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 30-31. Schließlich gibt es noch die pakistanischen Taliban (Tehrik-e Taliban), die allerdings gegen den *pakistanischen*, nicht den afghanischen Staat kämpfen. Auf diese wird unter *Außenpolitische Teilstrategie* noch genauer einzugehen sein. Vgl. B. Khalatbari; J. Kazim, a.a.O., S. 91. Die wichtigste Widerstandsbewegung in Afghanistan sind aber die Neo-Taliban. Daher wird hier auf diese fokussiert. Wenn im Folgenden von „Aufständischen“ die Rede ist, so sind - wenn dabei keine andere Gruppierung genannt wird - die Neo-Taliban gemeint.

Auf der *westlichen Seite* spielen die privaten Sicherheitsfirmen (*Private Military Companies*, PMCs) eine nicht zu unterschätzende Rolle. Deren Stärke in Afghanistan wird auf 100.000 bis 160.000 geschätzt. Vgl. IMI (Hg.): IMI-Fact-Sheet Afghanistan. Das Drama in Zahlen. Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. 2010. Online verfügbar unter: <http://imi-online.de/download/Fact-Sheet-Afghanistan-Juli2010.pdf>, zuletzt aktualisiert im Juli 2010, zuletzt geprüft am 28.06.2011. S. 1. Auf die Kontroversen um die PMCs in Afghanistan wird unter der *Außenpolitischen Teilstrategie* eingegangen. Schließlich stehen die *Milizen* der Kriegsherren auf keiner Seite, außer auf der ihrer Anführer. Vgl. S. Grey, a.a.O., o.S.

⁸⁸³ Vgl. Who are the Taliban? BBC News. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11451718?print=true>, zuletzt geprüft am 29.03.2011.

erfolgreich, als dass die Zahl der Taliban zwischen 2010 und 2011 konstant bei 25.000 blieb (nach us-amerikanischen Angaben).⁸⁸⁴ Dabei dürfte der hergebrachte paschtunische Stammescode (der *Paschtunwali*) eine Rolle spielen, der Blutrache für getötete Stammesmitglieder vorsieht.⁸⁸⁵ Hinzu kommt, dass durch das Eliminieren der hohen und mittleren Führungsriege „junge Radikale“ in Machtpositionen nachrücken könnten.⁸⁸⁶ Wenn man bedenkt, dass in der umkämpften Taliban-Hochburg Helmand das Durchschnittsalter von Anführern der Aufständischen von 35 auf 23 Jahre sank, eine bedrohliche Perspektive.⁸⁸⁷ Insofern könnten die anti-terroristischen Tötungsoperationen, die mit ihrem „*body count*“ an Vietnam erinnern, „nach hinten losgehen“.⁸⁸⁸

Aber nicht nur die Truppenstärke der wiedererstarkten Taliban macht den USA und der ISAF zu schaffen. Auch ihre Vervollkommnung der *Methoden des Guerillakrieges*, ermöglicht durch ihren Kontakt zu internationalen Dschihadisten in den pakistanischen Stammesgebieten, bereitet Sorgen:

Von irakischen Dschihadisten und der Al-Qaida übernahmen die Neo-Taliban das *Selbstmordattentat*⁸⁸⁹, dessen Gebrauch sie seit 2005 perfektionierten: Scheiterten 2004 noch 60 – 70 % Prozent der versuchten

⁸⁸⁴ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 24. Dabei wurden allein im Winter 2010 500 Führer der Aufständischen getötet oder festgenommen; dasselbe geschah mit 2.700 „einfachen“ Guerillas. Vgl. J. Michaels: Time working against Taliban. In: USA TODAY, 25.05.2011. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/afghanistan/2011-05-25-afghanistan-strategy-US-taliban_n.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

⁸⁸⁵ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 34-37.

⁸⁸⁶ Vgl. Ebd.

⁸⁸⁷ Vgl. J. Michaels: Time working against Taliban, a.a.O., o.S.

⁸⁸⁸ Vgl. S. Ackerman: Team Petraeus Brings Body Counts Back. Wired.com. 2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2011/03/team-petraeus-brings-body-counts-back/#more-42182>, zuletzt aktualisiert am 08.03.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

⁸⁸⁹ Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-Taliban campaign, a.a.O., o.S.

Terrorakte, so waren es 2005 nur noch 10 – 15 % Prozent.⁸⁹⁰ Die (globale) Verbreitung von Selbstmordattentaten – man denke auch an Tschetschenien und den gesamten russischen Nordkaukasus – hat mit deren Effektivität zu tun: Sie kosten wenig, erfordern nur relativ wenige Trainingsbemühungen und bewirken viel. Todesbereitschaft und entsprechende Indoktrination vorausgesetzt können von einem Selbstmordattentäter mehrere feindliche Soldaten (oder Zivilisten) umgebracht werden. Eine weitere, aus der Sicht der Taliban „positive“ Folge von solchen Terrorakten ist die Einschüchterung der Soldaten auf den Kontrollpunkten (*checkpoints*). Diese werden bereits durch herannahende Automobile erschreckt und eröffnen das Feuer, wenn die Autofahrer nicht auf Warnschüsse reagieren (oder sie schießen ohne erst Warnschüsse abzugeben).⁸⁹¹ Das führt zu zivilen Opfern und in Folge dessen zu Hass und neuen Rekruten für die Neo-Taliban.

Eine andere beliebte Methode der Neo-Taliban sind Anschläge auf die ISAF, die ANA und die afghanische Polizei – ihre Basen, Kontrollpunkte und vor allem Konvois. Dabei sind die *IEDs*

(*Improvised Explosive Devices*) von großer Bedeutung.⁸⁹² Auch die IEDs sind günstig und wirkungsvoll: sie sind effektiv. Diese improvisierten Sprengsätze werden aus Landminen oder Artilleriegeschosshüllen gebastelt. IEDs können per Funkwellen (Signal) oder Kabel zur Explosion gebracht werden. Die „traditionelle Methode“ besteht in ihrem Vergraben unterhalb der Fahrbahn, sodass die Sprengkörper auf den Druck der

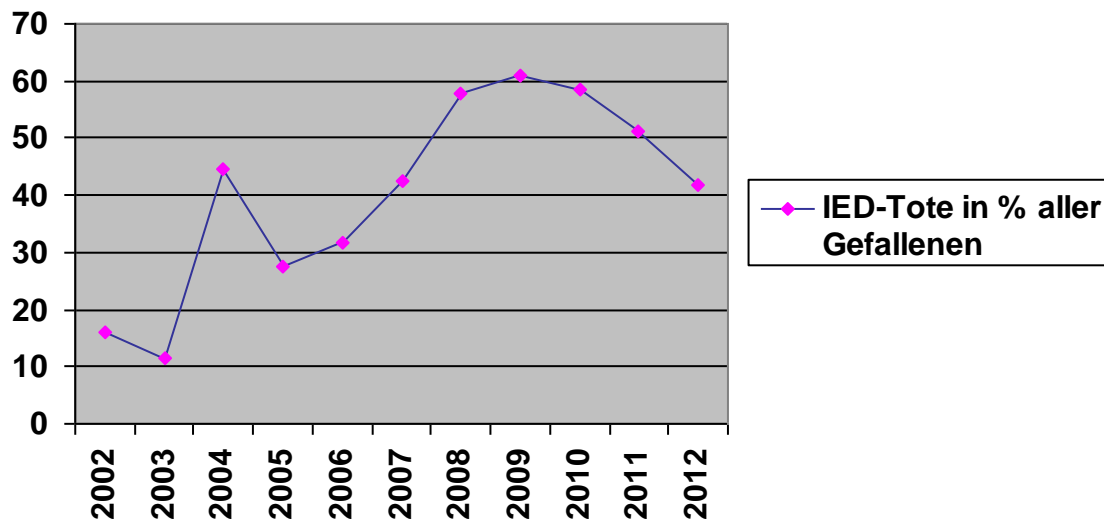
⁸⁹⁰ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 148-149.

⁸⁹¹ Vgl. T. Coghlan: Civilians hit by 'warning shots'. In: THE TIMES, 27.07.2010, S. 8.

⁸⁹² Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 148-149.

fahrenden Fahrzeuge reagieren.⁸⁹³ Da die ISAF zunehmend den Funkverkehr der Taliban stört, greifen diese wieder vermehrt auf den herkömmlichen Weg zurück. Doch auch das ändert nichts daran, dass sich die Anbringung von IEDs⁸⁹⁴ zur effektivsten Kampfmethod der Taliban entwickelt hat und dies bis heute bleibt.⁸⁹⁵

Grafik 5: Durch IEDs getötete Soldaten der ISAF und OEF, in % aller durch Neo-Taliban getöteten Soldaten, 2002-2012⁸⁹⁶



⁸⁹³ Vgl. British troops combat the use of IEDs in Afghanistan. BBC News, zuletzt aktualisiert am 01.04.2010. Online verfügbar unter:

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/8600192.stm; zuletzt geprüft am 28.06.2010.

⁸⁹⁴ Dies legt nahe, dass die Taliban über genaue Kenntnisse der Bewegungen der USA (ISAF) verfügen, die sie möglicherweise aus Quellen der afghanischen Armee bekommen, welche oftmals gemeinsam mit den USA (ISAF) Einheiten stationiert wird und im Zuge des „Partnering“ der Afghanistanstrategie Obamas noch mehr in gemeinsame Operationen involviert ist.

⁸⁹⁵ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.08.2012, S. 3.

⁸⁹⁶ Quelle: Eigene Graphik auf der Grundlage der Daten aus: Vgl. iCasualties.org: Operation Enduring Freedom. IED Fatalities. Online verfügbar unter: <http://www.icasualties.org/oef/index.aspx>, zuletzt geprüft am 03.10.2012. Daten für 2012 vorläufig, Stand: 03.10.2012.

Seit 2008 wurden jedes Jahr gut 50 % bis 60 % Prozent aller durch die Taliban getöteten Soldaten durch einen improvisierten Sprengkörper umgebracht.

Als Gegenmittel setzen die USA und die westlichen Verbündeten auf eine bessere Luftaufklärung. Damit sollen IEDs rechtzeitig entschärft oder ihrem „Anpflanzen“ vorgebeugt werden.⁸⁹⁷ Doch bislang – die obige Grafik drückt es aus – ohne Erfolg. Auch die Panzerung der Konvois hat das hohe Niveau an IED-Opfern nicht minimieren können; zudem sorgt sie dafür, dass die Beweglichkeit der Fahrzeuge verringert wird.⁸⁹⁸

Zu den Selbstmordattentaten und den IED-Anschlägen kommt zunehmend die *Infiltration der afghanischen Sicherheitskräfte*. Die Taliban haben wohl erkannt, dass im Zuge des „Partnering“, bei dem afghanische und us-amerikanische (NATO) Soldaten gemeinsam die Operationen vorbereiten, ausführen und evaluieren, eine bessere Zugriffsmöglichkeit auf ausländische Streitkräfte besteht.

Besonders in den Jahren 2011-2012 häufen sich die Anschläge auf NATO-Soldaten durch „befreundete“ Angehörige der afghanischen Nationalarmee oder der Polizei.⁸⁹⁹ Zum Beispiel tötete ein afghanischer Luftwaffenpilot im April 2011 auf dem Kabuler Flughafen acht amerikanische Soldaten und einen zivilen NATO-Mitarbeiter.⁹⁰⁰ 2011 wurden insgesamt 35 Soldaten von afghanischen Soldaten bzw. Polizisten getötet; 2012 waren es schon 40 (Stand 23. August).⁹⁰¹ Die Taliban rühmen sich der Infiltration. Tatsächlich werden die auf solche Weise verübten Attentate neben IEDs

⁸⁹⁷ Vgl. British troops combat the use of IEDs in Afghanistan, a.a.O.

⁸⁹⁸ Vgl. Ebd.

⁸⁹⁹ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

⁹⁰⁰ Vgl. De Maiziere: Afghanen überprüfen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (dpa/AFP), 29.04.2011, S. 6. Auch die Bundeswehr wurde angegriffen. Im Februar 2011 wurden im nordafghanischen Baghlan drei Bundeswehrsoldaten von einem Afghanen in Uniform der ANA umgebracht. Vgl. Ebd.

⁹⁰¹ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

zur effektivsten Waffe.⁹⁰² Was aber noch wichtiger ist: Die Anschläge untergraben die Vertrauensbasis zwischen NATO und afghanischen Soldaten und damit das gesamte „Partnering“.⁹⁰³ Die ISAF-Kräfte nämlich haben als Reaktion auf die sich häufenden, hinterrücks ausgeführten Akte sogenannte „Wachengel“ bei jedem Treffen und jeder Patrouille dabei und die Waffen im Anschlag.⁹⁰⁴ Damit wird aber „Partnering“ in Frage gestellt, kann es doch ohne Vertrauen nicht funktionieren.⁹⁰⁵

Während die Neo-Taliban es schafften ihre Methoden des Partisanenkriegs – Selbstmordattentate, IEDs, Infiltration – zu perfektionieren, blieb ihre *Technik* größtenteils veraltet⁹⁰⁶, aber für den Guerillakrieg geeignet.

Zwar besitzen die Neo-Taliban ebenso wenig wie die Mujahideen eine Luftwaffe; damit beherrscht die ISAF den Luftraum.⁹⁰⁷ Im Vergleich mit den anti-sowjetischen Mujahideen schneiden die Neo-Taliban noch schlechter ab, da sie auch nicht über eine größere Zahl von effektiven Boden-Luft-Raketen verfügen, die die Luftüberlegenheit ihres Gegners in Frage stellen könnte.⁹⁰⁸ Ihre Unterlegenheit in der Luft gleichen die Taliban durch Mobilität am Boden teilweise aus. Sie feuern Mörser und Granaten (*Rocket Propelled Grenades*, RPGs) von der Ladefläche ihrer Pickups⁹⁰⁹

⁹⁰² Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

⁹⁰³ Vgl. Ebd.

⁹⁰⁴ Vgl. Ebd.

⁹⁰⁵ Vgl. J. Partlow: Despite friendly rhetoric, suspicion abounds between Afghan and U.S. troops. In: Washington Post, 18.11.2010. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/11/18/AR2010111803837_pf.html, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

⁹⁰⁶ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 147-148.

⁹⁰⁷ Vgl. T. Housden: Afghanistan: Taliban tactics. BBC News. Online verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/8143229.stm, zuletzt aktualisiert am 10.07.2009, zuletzt geprüft am 30.04.2011.

⁹⁰⁸ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 150.

⁹⁰⁹ Vgl. T. Housden, a.a.O., o.S.

aus oder greifen mit Motorrädern Kontrollposten an.⁹¹⁰ Damit setzen sie eine wichtige Maxime des Guerillakriegs um: *hit and run*. Als Bewaffnung dient den Guerillas die alte sowjetische Kalaschnikow (AK-47), ein robustes, handliches und leicht zu bedienendes Maschinengewehr.⁹¹¹

Neben den seit dem sowjetischen Afghanistankrieg reichlich vorhandenen sowjetischen, amerikanischen und europäischen Restbeständen und einfachen Gewehren bekommen die Taliban allerdings auch neue Waffen. Dass der pakistanische Armeegeheimdienst ISI hierbei behilflich ist, ist ein „offenes Geheimnis“.⁹¹²

Interessanter sind die „Waffenlieferungen“ durch den Gegner.

Korrupte afghanische Armeeingehörige und Polizisten geben Waffen an die Taliban weiter bzw. verkaufen diese an Schwarzmarkthändler.⁹¹³ So fanden 2009 nach einem Gefecht im Osten Afghanistans us-amerikanische Soldaten amerikanische Gewehre und Munition bei den getöteten Taliban-Kämpfern.⁹¹⁴ Die US-Streitkräfte selbst wurden durch organisatorisches Versagen zu einer Waffenquelle für die Taliban. Laut einem Regierungsbericht von 2009 war die US Army nicht in der Lage, herauszufinden, wo sich 36 % Prozent der an die ANA gelieferten Waffen befanden.⁹¹⁵ Offensichtlich wurde die Übergabe von Tausenden von Schusswaffen nicht ordnungsgemäß registriert. Insgesamt verschwanden

⁹¹⁰ Vgl. T. Housden, a.a.O., o.S.

⁹¹¹ Vgl. Ebd.

⁹¹² Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Londoner Pläne als Wunschdenken. In: Eurasisches Magazin (EM), 03-10 (2010), o.S. Online verfügbar unter: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/drucken.asp?artikelID=20100305>; zuletzt geprüft am 16.09.2012.

⁹¹³ Vgl. Ebd.

⁹¹⁴ Vgl. Ebd.

⁹¹⁵ Vgl. Ebd.

damit 87.000 von 242.000 im Zeitraum 2004 bis 2008 an die afghanischen Streitkräfte gelieferten Gewehre im „schwarzen Loch“.⁹¹⁶

Bei einer Offensive im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, im pakistanischen Swat-Tal, fanden die Pakistaner im Jahr 2009 us-amerikanische, deutsche (!) und indische Waffen in den Waffenlagern der Taliban-Kämpfer.⁹¹⁷

Unfreiwillig, ob durch Korruption der afghanischen Sicherheitskräfte oder eigenes organisatorisches Versagen, „liefert“ die ISAF also Militärtechnik an die Taliban, der dann die eigenen Soldaten zum Opfer fallen.

Die Militärtechnik und Methoden der Neo-Taliban fügen sich in eine elaborierte **Guerillastrategie**. Diese wurde in Anlehnung an Mao entwickelt⁹¹⁸ und ist mehrstufig:⁹¹⁹

(1) In der *ersten Phase* (2003 – heute) findet die Infiltration der Dörfer und Siedlungen statt. Es werden Sympathisanten wie Gegner unter der lokalen Bevölkerung bestimmt. Die Gegner werden mit Nachtbriefen – „wir wissen, wo du wohnst“ – eingeschüchtert.

Sollten sie sich nicht einschüchtern lassen, werden sie umgebracht.⁹²⁰ Die erste Phase wurde in Kandahar und Helmand, den Hochburgen, bereits 2003 vollzogen; in manchen Gebieten wird sie noch heute durchgeführt;⁹²¹

⁹¹⁶ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi, a.a.O., o.S.

⁹¹⁷ Vgl. Ebd.

⁹¹⁸ Nun ist es aufgrund ihres geringen Bildungsstands unwahrscheinlich, dass die Taliban Mao gelesen haben oder die Sekundärliteratur zur Geschichte des Guerillakriegs. Wohl aber die pakistanischen (Geheimdienst oder Armee) Offiziere, deren Einfluss hier wieder ein Mal deutlich wird. Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 99.

⁹¹⁹ Vgl. Ebd.

⁹²⁰ Vgl. Ch. Sands: Afghanistan: chaos central, a.a.O., o.S.

⁹²¹ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 99.

- (2) In der *zweiten Phase* (2003 – heute) werden die infiltrierten Gebiete gefestigt. Infrastruktureinrichtungen wie Nachschublager und Stützpunkte werden errichtet. Die Kriegsführung wird immer mehr organisiert. Die Konsolidierung der Herrschaft gipfelt in dem Einrichten von „Schattenregierungen“ als den Gegenspielern der von der afghanischen Zentralregierung eingesetzten Gouverneure. Für jeden Distrikt und jede Provinz wird ein Taliban-Vertreter bestimmt. Ende 2005 – Anfang 2006 konnte die zweite Phase in Teilen Südafghanistans wie den Provinzen Uruzgan und Helmand erfolgreich abgeschlossen werden;⁹²²
- (3) In der *dritten Phase* (2006 – heute) beginnt die Offensive.⁹²³ Sie zielt auf die Vertreibung aller ausländischen Truppen aus Afghanistan. Die Karzai-Administration soll gestürzt werden. Als Minimalziel gilt eine Beteiligung von Taliban-Vertretern an der Regierung und zwar in wichtigen Positionen

Vieles deutet darauf hin, dass die *finale Offensive* seit 2006 stattfindet. Jedenfalls hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan seitdem massiv verschlechtert: 2006 nahm die Fläche des Aufstandes um ein vierfaches gegenüber dem Vorjahr zu. 2008 waren die Taliban bereits auf 72 % Prozent der Landesfläche präsent⁹²⁴, auch wenn 70 % Prozent der aufständischen Gewalt auf nur 10 % Prozent der Landesfläche (Süd/Südostafghanistan) entfiel, auf welcher wiederum nur 6 % Prozent der

⁹²² Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 99.

⁹²³ Vgl. Ebd., S. 123.

⁹²⁴ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 74.

Bevölkerung leben.⁹²⁵ Die Zahl der Selbstmordattentate stieg von 2005 auf 2006 um das Sechsfache, die der direkten Feuerattacken um drei Mal. Es gab 2006 zwei Mal mehr IED-Anschläge als im Jahr zuvor.⁹²⁶

Und es wurde noch schlimmer: Im Jahr 2008 verdoppelte sich die Anzahl der Anschläge gegenüber 2007⁹²⁷; es wurde ein Anstieg von IEDs, direktem und indirektem Feuer um ein Drittel gegenüber dem schon unruhigen Vorjahr berichtet.⁹²⁸ Seit 2008 häufen sich auch Angriffe auf afghanische Behörden und ihre Vertreter: von 2007 auf 2008 stieg ihre Zahl um 119 % Prozent.⁹²⁹ So wurde am 27. April in Kabul ein Anschlag auf H. Karzai verübt.⁹³⁰ Einen Monat später kam es zu einem Talibanangriff auf ein Gefängnis in Kandahar (der Gründungsstadt der Bewegung), bei dem über 400 ihrer Kameraden fliehen konnten.⁹³¹

Gleichzeitig stieg die Zahl der getöteten Zivilisten auf 2.118. Dies war ein Anstieg von 40 % Prozent gegenüber 2007. Dabei waren die ISAF und die ANA für 39 % Prozent aller Opfer verantwortlich, die Wiederkehr der Taliban kostete dem großen Rest der Übrigen das Leben.⁹³²

Im Jahr 2009 kam eine Studie der Londoner Denkfabrik *International Council on Security and Development* (Icos) zu dem Schluss, dass der Aufstand sich noch weiter ausgedehnt hatte. Die Taliban waren auf 80 % Prozent der Landesfläche durchgehend präsent, in weiteren 17 % Prozent Afghanistans gab es „substantielle Aktivitäten“.⁹³³ Dabei definierte das

⁹²⁵ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 23.

⁹²⁶ Vgl. C. Dale, a.a.O., S. 70.

⁹²⁷ Vgl. E. Kraft. Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 74.

⁹²⁸ Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-taliban campaign, a.a.O., o.S.

⁹²⁹ Vgl. Ebd.

⁹³⁰ Vgl. Ebd.

⁹³¹ Vgl. Ebd.

⁹³² Vgl. E. Kraft. Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 74-75.

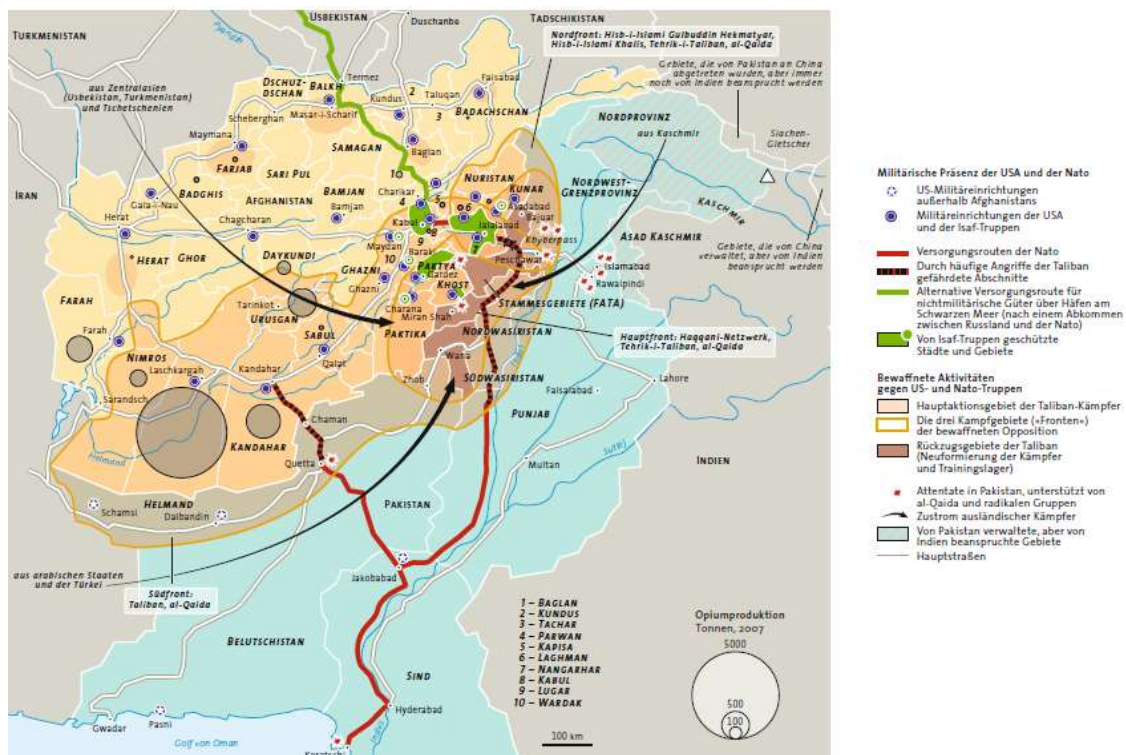
⁹³³ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik. In: Eurasisches Magazin (EM), 12-2009 (2009), o.S. Online verfügbar

Icos eine permanente Präsenz als mindestens einen Anschlag pro Woche, eine „substantielle“ Präsenz als mindestens einen Anschlag pro Monat.⁹³⁴

Die Taliban konnten also auf 97 % Prozent der Landesfläche die Bevölkerung einschüchtern, ohne dass die ISAF-Kräfte in der Lage gewesen wären, diese zu schützen.

Welche Ausdehnung der Aufstand um 2009, bei Machtantritt Obamas und der Verkündung einer neuen Strategie, erreicht hat, zeigt anschaulich die folgende Karte:

Karte 3: Die Ausdehnung der Aktivitäten von Taliban und anderen aufständischen Gruppierungen in Afghanistan und Pakistan 2009⁹³⁵



unter: <http://www.eurasischesmagazin.de/artkel/drucken.asp?artikelID=20091209>;
zuletzt geprüft am 16.09.2012.

⁹³⁴ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz, a.a.O., o.S.

⁹³⁵ Karte aus: S. S. Shahzad: In Afghanistan kann die NATO nicht gewinnen. In: A. Gresh u. a. (Hg.): ATLAS der GLOBALISIERUNG. Berlin, 2009. S. 192–193; hier: S. 193.

Der Aufstand hat, wie man an der „karamellfarbenen“ Fläche erkennt, einen Großteil des Landes erfasst. Die „karamellfarbenen“ Kreise zeigen, dass inzwischen auch die ehemals ruhigen Nordprovinzen wie Farjab, Balkh und Baglan zu einem „Hauptaktionsgebiet“ der Taliban geworden sind.⁹³⁶

Seit 2008 versuchen die Neo-Taliban zunehmend, die NATO und die USA von ihrem *Nachschub* abzuschneiden.⁹³⁷ Dies würde ihre Operationen unmöglich machen, ist die ISAF doch auf die Route von der pakistanischen Hafenstadt Karatschi am Golf von Oman (Arabisches Meer) über die Stammesgebiete der FATA (Khyberpass) und Peschawar nach Dschellaba und schließlich durch Nordostafghanistan (Provinz Nangarhar) nach Kabul angewiesen: 80 % Prozent ihres Nachschubs bekam die ISAF 2008 über diese gefährdete Verbindung.⁹³⁸ Die Route wird häufig von den Taliban überfallen, der steigende Einfluss ihrer Verbündeten in den pakistanischen Stammesgebieten und der Nordwestprovinz sorgt für weitere Unsicherheit.⁹³⁹ Da dazu noch Pakistan nach US-Drohnenangriffen mit mehreren zivilen Opfern oder getöteten pakistanischen Soldaten mehrmals die Route gesperrt hat⁹⁴⁰, ist die ISAF seit 2008 verstärkt auf der Suche nach einer Alternative.

Noch im gleichen Jahr wurde ein Transitvertrag mit Russland abgeschlossen, der sich allerdings auf humanitäre Güter beschränkt. Nur Deutschland und Frankreich dürfen durch separate Abkommen auch

⁹³⁶ Damit hat sich die Sicherheitssituation der dort stationierten Bundeswehr verschlechtert.

⁹³⁷ Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-taliban campaign, a.a.O., o.S.

⁹³⁸ Vgl. Ebd.

⁹³⁹ Vgl. E. Kraft. Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 75.

⁹⁴⁰ So tötete am 30. September ein ISAF (US) Helikopter drei pakistanische Grenzschrützer, worauf Pakistan die militärische Kooperation suspendierte und die Grenzübergänge nach Afghanistan schloss. Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, a.a.O., S. 14ff.

Militärgut transportieren.⁹⁴¹ Da der eurasische Umweg außerdem teuer ist, bietet Russland aus US-Sicht keine vollwertige Alternative zu der pakistanischen Route.⁹⁴² So wird die Hand nach Zentralasien ausgestreckt, vor allem nach Usbekistan. Wegen des usbekischen Andischan-Massakers wurden die Beziehungen zwischen dem Westen und dem diktatorisch von I. Karimov regierten Land nach 2005 eingefroren⁹⁴³; Karimov antwortete damit, dass er der ISAF keine Nachschubbasis im südusbekischen Termez mehr genehmigte. Vor dem Hintergrund der Nachschubprobleme in Afghanistan kam es jedoch 2009 zu einer Wiederannäherung und der Transfer über Termez wurde wieder aufgenommen.⁹⁴⁴ Die Bundeswehr ist als zentraler Logistikdienstleister dabei – über Termez werden 50 % Prozent des ISAF-Nachschubs abgewickelt.⁹⁴⁵

Dennoch sagte 2008 ein hoher Taliban-Vertreter:

„Das Abschneiden der NATO von ihrem Nachschub aus Pakistan ist ein wichtiges Element unserer Strategie. Wenn es 2008 korrekt angewendet wird, wird die NATO Afghanistan 2009 verlassen, obwohl wir noch ein extra Jahr brauchen könnten.“⁹⁴⁶

Zwar wurden seine Siegeshoffnungen enttäuscht, doch bleibt es problematisch, dass immer noch die Hälfte des Nachschubs über eine Route geliefert wird, die durch enge Gebirgsschluchten führt (optimal für

⁹⁴¹ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 75.

⁹⁴² Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-taliban campaign, a.a.O., o.S.

⁹⁴³ Vgl. H. Aubel: Usbekistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 520-521; hier: S. 521.

⁹⁴⁴ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 75.

⁹⁴⁵ Vgl. Ebd.

⁹⁴⁶ Eigene Übersetzung. Anonym, zitiert nach: Vgl. S. S. Shahzad: Afghanistan: the neo-taliban campaign, a.a.O., o.S.

einen Hinterhalt), die der Gegner auf beiden Seiten der Grenze kontrolliert und der vermeintliche „Freund“ mehrmals gesperrt hat.

Nach dieser eingehenden Beschäftigung mit den Neo-Taliban und ihrer Offensive seit 2006 stellt sich die Frage, wie die **USA** darauf militärisch reagieren würden.

Die ISAF hatte zunächst durch internationales UNO-Mandat nur für die Sicherheit der afghanischen Übergangsadministration und später der Regierung in Kabul zu sorgen und sich um den Aufbau von afghanischen Sicherheitskräften zu kümmern.⁹⁴⁷ Auf dem NATO-Gipfel 2004 in Istanbul wurde die Mission jedoch wegen des us-amerikanischen Drucks der NATO unterstellt. Es kam zu ihrer Militarisierung, Aufgaben der ISAF und der Anti-Terror-Operation OEF wurden vermischt und sind damit seit 2004 nicht mehr auseinander zu halten.⁹⁴⁸ 2008 wurden beide Missionen einem us-amerikanischen Oberkommandierenden unterstellt.⁹⁴⁹ Parallel zu ihrer Militarisierung wurde die ISAF-Mission phasenweise auf ganz Afghanistan ausgedehnt, wenngleich es nur zögerlich geschah: Bis sie auch Nordafghanistan umfasste, hatte es drei Jahre gedauert (01.10.2004). Dann folgten allerdings schnell Westafghanistan (vor allem Herat; September 2005), das gefährliche Südafghanistan (31.07.2006) und schließlich Ostafghanistan an der afghanisch-pakistanischen Grenze, womit ISAF formal gesehen die Befehlsgewalt über die dortigen US-Streitkräfte ausübte (05.10.2006):⁹⁵⁰

⁹⁴⁷ Gemäß der Resolution 1378 (14. November 2001).

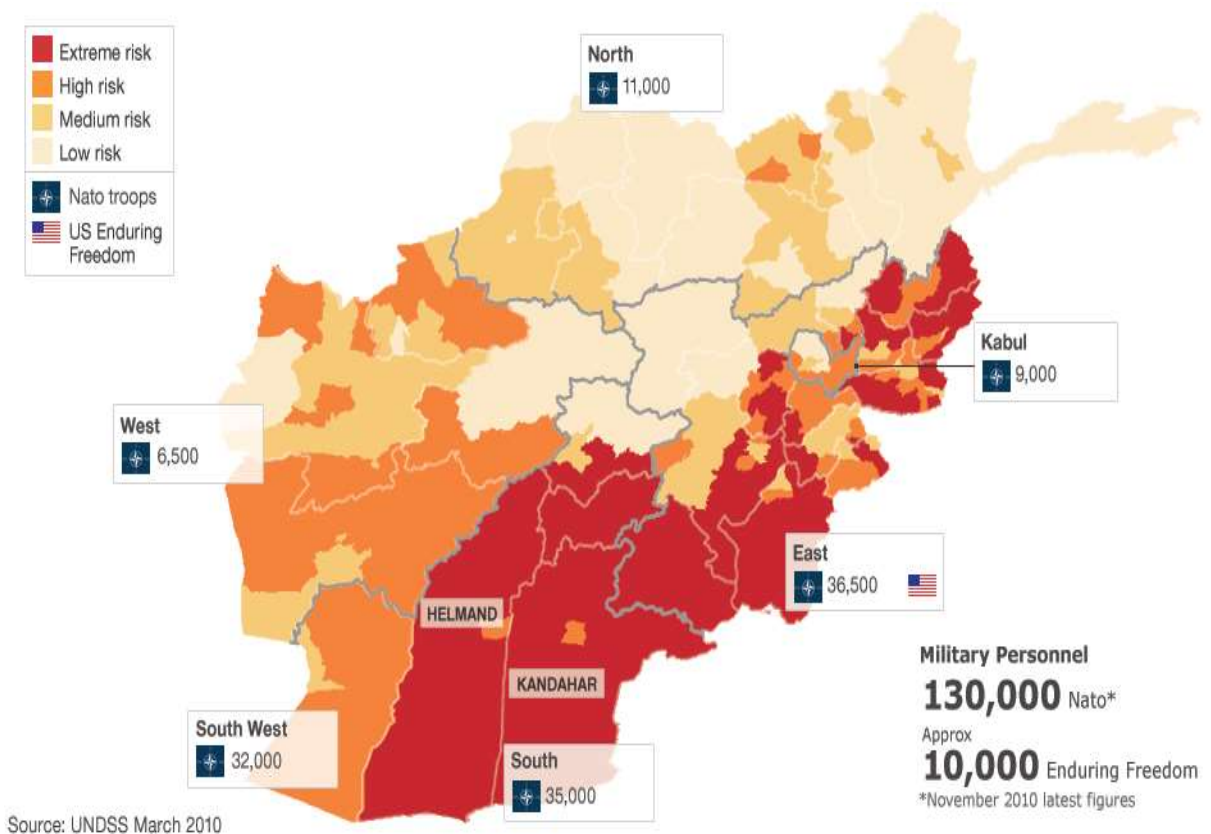
Vgl. S. S. Shahzad: In Afghanistan kann die NATO nicht gewinnen, a.a.O., S. 192.

⁹⁴⁸ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 12.

⁹⁴⁹ Vgl. C. Dale, a.a.O., S. 66.

⁹⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 62.

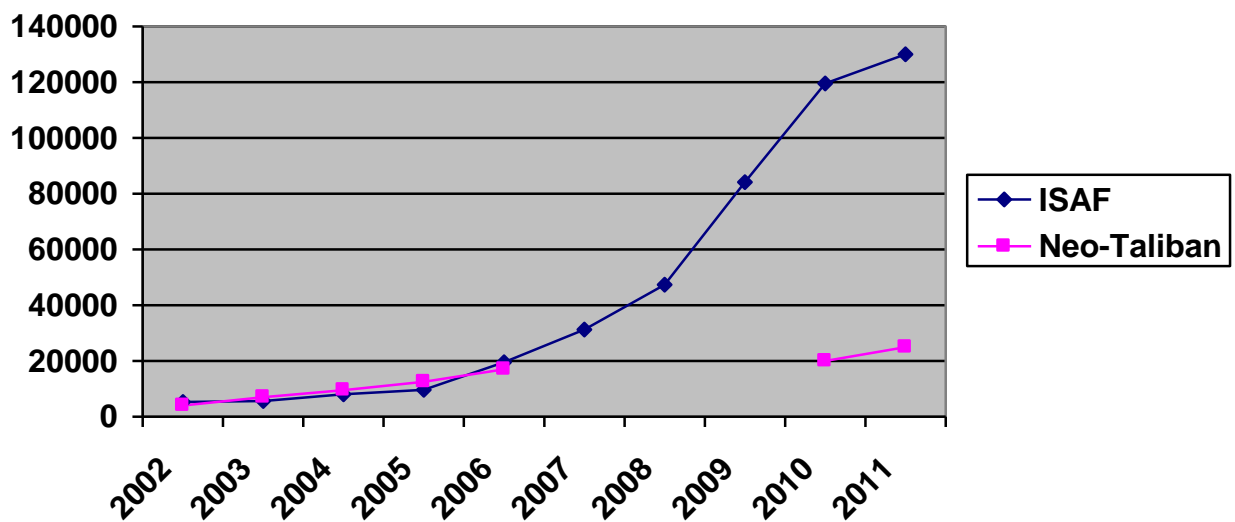
Karte 4: Die regionale Verteilung der ISAF-Truppen und ihre Gefährdungstufen⁹⁵¹



⁹⁵¹ Karte aus: Afghan troop map: US and NATO deployments. BBC News. Stand: 19.11.2010. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11795066> ; zuletzt geprüft am 28.06.2011.

Mit der Ausdehnung nahmen die Truppenstärken stark zu: von 5.581 Soldaten 2003 auf über 130.000 Soldaten 2011 (Stand: Juni 2011):

Grafik 6: Die Truppenentwicklung der ISAF und der Neo-Taliban, 2002-2011⁹⁵²



Im Jahr 2011 standen in Afghanistan außerdem 16.000 Soldaten der us-amerikanischen OEF-Mission, sodass die Gesamtzahl aller westlichen Soldaten bei 140.000 lag.⁹⁵³ Bis September 2012 wird sich die Zahl durch den Abzug der aufgestockten Truppen um 33.000 auf dann insgesamt fast

⁹⁵² Eigene Grafik auf der Grundlage der Daten aus:

Für die *ISAF*: Vgl. IMI (Hg.): IMI-Fact-Sheet Afghanistan, a.a.O., S. 1 (Jahre 2003-2010) und Vgl.: Q&A: Foreign forces in Afghanistan. BBC News. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11371138?print=true>, zuletzt geprüft am 29.03.2011 (Stand: Juni 2011).

Für die Angaben zu den *Neo-Taliban*: Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 35 (2002-2006) **und** Vgl. Who are the Taliban?, a.a.O. (2010); Vgl. S. Ackerman: Team Petraeus Brings Body Counts Back, a.a.O. (2011, Daten des afghanischen Verteidigungsministeriums. Hier wurde die Minimalangabe verwendet, das Ministerium geht von 25.000 bis 35.000 Neo-Taliban aus. Daten für 2007-2009 fehlen.)

⁹⁵³ Vgl. Q&A: Foreign forces in Afghanistan, a.a.O.

110.000 Soldaten verringern.⁹⁵⁴ Das entspricht in etwa der Truppenstärke der Sowjetunion ab 1981, also während fast des gesamten Afghanistankrieges (1979-1989).⁹⁵⁵ Dabei ist die ausländische Truppenpräsenz besonders seit Obamas neuer Afghanistanstrategie stark amerikanisch geprägt: Seit August 2010 und bis zum Beginn des Rückzugs im Juli 2011 stehen über 100.000 US-Amerikaner (112.430 ISAF und 16.000 OEF) in Afghanistan⁹⁵⁶. Damit stellen die USA nach meinen Berechnungen gut 86,5 % Prozent aller ISAF-Truppen⁹⁵⁷, die aus insgesamt 44 Ländern kommen.⁹⁵⁸ Die OEF ist zu 100 % Prozent eine amerikanische Mission.

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die zunehmende Amerikanisierung des Krieges in Afghanistan, die einzig durch den ressourcenintensiven Höhepunkt des Irakkrieges 2007 einen „Ausschweifer“ erhielt:

⁹⁵⁴ Siehe die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

⁹⁵⁵ Vgl. O. Roy: *The Lessons of the Soviet/Afghan War*. London (ADELPHI PAPER, 259). 1991. S. 17.

⁹⁵⁶ Vgl. Q&A: *Foreign forces in Afghanistan*, a.a.O.; Vgl. IMI (Hg.): *IMI-Fact-Sheet Afghanistan*, a.a.O., S. 1.

⁹⁵⁷ Bereits 2008 stellten US-Amerikaner 47,87 % Prozent der ISAF-Truppen.

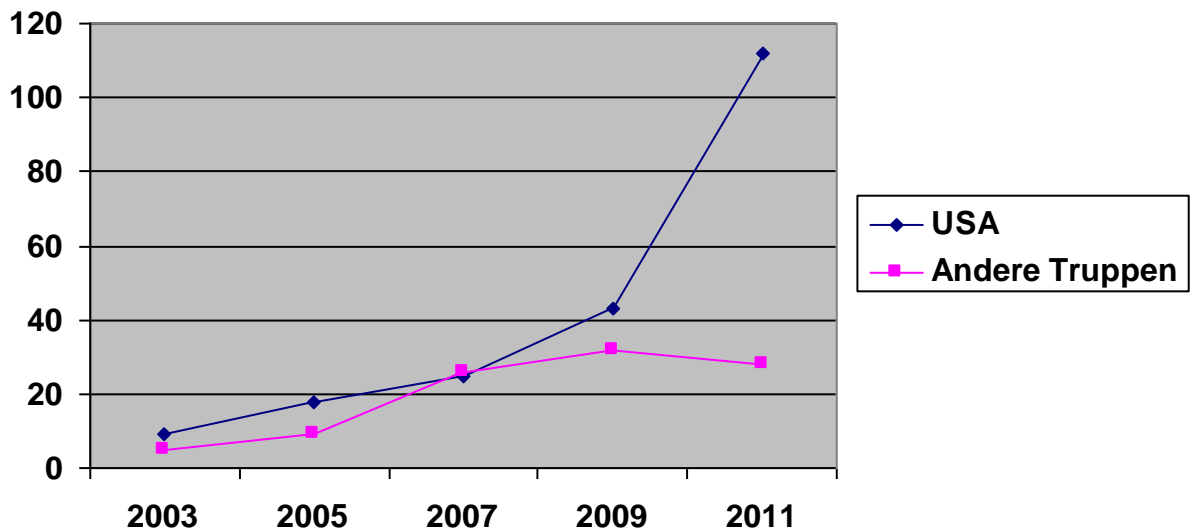
Eigene Berechnung auf der Grundlage von C. Dale, a.a.O., S. 66 und IMI (Hg.): *IMI-Fact-Sheet Afghanistan*, a.a.O., S. 1.

⁹⁵⁸ Vgl. IMI (Hg.): *IMI-Fact-Sheet Afghanistan*, a.a.O., S. 1.

Grafik 7: Amerikanisierung des Afghanistankrieges:

Das Verhältnis von U.S.- zu anderen Ausländischen Streitkräften

(in Tausend), 2003-2011⁹⁵⁹



Der Afghanistankrieg wurde in seinem Verlauf zunehmend amerikanisiert. Nicht nur die Truppenzahl stieg unter Obama stark an, während die der ISAF-Alliierten stagnierte. Die meisten anderen Ressourcen lagen auch schon vor der „Hebung“ des Afghanistankrieges zur nationalen Priorität in amerikanischer Hand (Geld, Technologie, Material).⁹⁶⁰ Die Befehlsgewalt über die ISAF gehörte seit 2008 den USA.

⁹⁵⁹ Stand jeweils im Mai des Jahres, außer für 2011 (Stand im Juni). Eigene Grafik.

Daten aus:

Vgl. J. Campbell u.a.: OP-CHART. The States of Afghanistan and Iraq. In: The New York Times, 18.06.2009, o.S. Online verfügbar unter:

<http://www.nytimes.com/imagepages/2009/06/18/opinion/18ohanlon.html>, zuletzt geprüft am 02.08.2012 (Daten für 2003-2009) **und**: Vgl. Q&A: Foreign forces in Afghanistan, a.a.O.; Vgl.: IMI (Hg.): IMI-Fact-Sheet Afghanistan, a.a.O., S. 1 (für 2011).

⁹⁶⁰ Vgl. C. Dale, a.a.O., S. 107.

Dennoch stellen sich für die Vereinigten Staaten mehrere *strategische Probleme*:

Selbst eine Präsenz mit über 100.000 Soldaten ist zu gering, um Afghanistan militärisch kontrollieren zu können. Afghanistan ist mit seiner Bevölkerung von fast 30 Millionen flächenmäßig größer als Frankreich (652.225 Quadratkilometer).⁹⁶¹ Für ein solches Land bräuchte man laut einer Studie des us-amerikanischen CATO-Institute fast 600.000 Mann (598.580).⁹⁶² Eine solche Aufstockung, rein militärisch geboten, um die Taliban besiegen zu können, ist politisch nicht wünschenswert und ökonomisch nicht aufrecht zu erhalten (wie bereits ausgeführt wurde).

Außerdem wandten die USA gegen die Neo-Taliban die falsche, nämlich die konventionelle, Strategie an.⁹⁶³ Die US-Army setzte auf ihre Feuerkraft. Dabei wurden schnell, unter Hinnahme von zivilen Opfern, Dörfer von regulären Einheiten besetzt, die Männer des Dorfes befragt, anschließend einige festgenommen und verhört. Danach gab es „Geschenke“ für die Zivilbevölkerung wie humanitäre Hilfe oder Medizin. Die Truppen zogen wieder ab, die Nacht brach ein und die Taliban kamen zurück. Sicherheit für die Zivilbevölkerung konnte mit solchen „*clear and sweep*“ Operationen nicht hergestellt werden.⁹⁶⁴ Und das Ansehen der US-Truppen stieg dadurch wohl kaum.⁹⁶⁵

⁹⁶¹ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltatlas 2009, a.a.O., S. 74.

⁹⁶² Vgl. J. Wagner: Lackmustest Afghanistan. Der Hindukusch als Experimentierfeld für Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung und Neoliberalen Kolonialismus. Herausgegeben von Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. (IMI-Studie, Nr. 11). 2008. Online verfügbar unter: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-2008-11.pdf>, zuletzt geprüft am 28.06.2011. S. 26.

⁹⁶³ Vgl. R. M. Cassidy: A Précis on the Logic of the Afghan War, a.a.O., o.S.

⁹⁶⁴ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 191.

⁹⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 189-191.

Stattdessen kam es zu einer wachsenden Skepsis gegenüber der ausländischen, vor allem us-amerikanischen Präsenz. Besonders die schon erwähnten nächtlichen Hausdurchsuchungen (*night raids*) durch us-amerikanische Spezialkräfte führten zu gewalttätigen Demonstrationen und Protest. Dies sollte unter dem neuen amerikanisch-afghanischen Strategischen Abkommen vom Mai 2012 besser werden, da nun die afghanische Seite jede solche Operation erlauben muss⁹⁶⁶; auch kam es seit McChrystal zu einer Abnahme von nächtlichen Hausdurchsuchungen⁹⁶⁷ (nicht von Spezialoperationen insgesamt, die rapide stiegen), auch wenn sie entgegen den Forderungen Karzais im Jahre 2009⁹⁶⁸ nicht völlig aufgegeben wurden. Ebenso führten die häufigen Luftbombardements zu Wut und Widerstand.⁹⁶⁹ Die Hauptkritikpunkte bei den Durchsuchungen waren die traditionalistisch interpretierte „Ehre“ der afghanischen Frauen. Hinzu kommt die Verhaftung von Unschuldigen und zivile Opfer.⁹⁷⁰ Zivile Opfer durch fehlerhafte geheimdienstliche Informationen wurden auch bei Luftbombardements beklagt. Während der schon beschriebenen, sich rapide verschlechternden Sicherheitslage 2008 kamen in Azizabad (Herat) 95 Gäste einer Hochzeit durch einen us-amerikanischen Angriff um.⁹⁷¹

⁹⁶⁶ Siehe die obigen Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

⁹⁶⁷ Vgl. M. Hastings, a.a.O., o.S.

⁹⁶⁸ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009, a.a.O., S. 75.

⁹⁶⁹ Vgl. A. Giustozzi, a.a.O., S. 163-164.

⁹⁷⁰ Die berüchtigte Task Force 373 ist, was die Tötung unschuldiger Zivilisten anbelangt, zu einiger „Berühmtheit“ gelangt. Vgl. Key themes of the Afghan war logs, a.a.O. S. 6.

⁹⁷¹ Vgl. C. Dale, a.a.O., S. 76.

In Deutschland sorgte besonders der Fall Kunduz für Schlagzeilen. Im September 2009 ordnete ein deutscher Kommandeur, Oberst Klein, US-Luftschläge gegen zwei von den Taliban gekaperte Tanklastwagen an. Die Taliban aber hielten die Laster an und flüchteten. Eine Menschenmenge versammelte sich, um an Benzin zu gelangen. Auf Grund der Luftaufklärung konnte Oberst Klein aber nicht zwischen Taliban und Zivilisten unterscheiden. Dass die Plünderer Zivilisten waren und keine Taliban, stellte sich erst im Nachhinein heraus. Unterschiedlichen Medienangaben zu Folge wurden bei den Luftbombardements 30 bis 70 Zivilisten umgebracht.

Die zivilen Opfer trieben häufig auch einen Keil zwischen die USA, die NATO und Karzai. Dieser verurteilte regelmäßig scharf das Vorgehen der USA, auch wenn wichtige Angaben wie die Zahl der getöteten Zivilisten nicht klar waren bzw. zwischen der ISAF und der afghanischen Seite stark differierten.⁹⁷²

*Die Unterstützung für die Aufständischen in der afghanischen Bevölkerung nahm nicht ab. Um 2007 bildete sich ein strategisches Patt mit leichten Vorteilen für die Taliban.*⁹⁷³ *Der Afghanistankrieg zog sich in die Länge, die Verluste stiegen und der Sieg schien weit entfernt zu sein.*

Unter den Bedingungen einer solchen militärischen Lage sah sich der neugewählte Präsident Obama zum Handeln gezwungen. Afghanistan, lange vernachlässigt, wurde zur nationalen Priorität erklärt.⁹⁷⁴ Die schon erwähnte Truppenaufstockung wurde beschlossen und seitens der Militärs um Petraeus und McChrystal wurde die neue COIN-Doktrin verkündigt. Diese wurde schon referiert⁹⁷⁵; an dieser Stelle sind die militärischen Konsequenzen einer Militärstrategie von Interesse, die behauptet, die „Herzen und Hirne“ der Zivilbevölkerung erobern zu wollen:

Vgl. D. Leigh: Afghanistan war logs: Secret CIA paramilitaries' role in civilian deaths. In: The Guardian, 25.07.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.guardian.co.uk/world/2010/jul/25/afghanistan-civilian-deaths-rules-engagement/print>; zuletzt geprüft am 28.03.2011.

⁹⁷² Vgl. S. Ackerman: Video: Top General Apologizes for Deaths of Afghan Kids. Wired.com. 2011. Online verfügbar unter:

<http://www.wired.com/dangerroom/2011/03/video-top-general-apologizes-for-deaths-of-afghan-kids/>, zuletzt aktualisiert am 04.03.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

Die Kritik Karzais stieß auf us-amerikanisches Unverständnis. Vizepräsident Biden warf Karzai in einem persönlichen Gespräch vor, Taliban-Propaganda zu bedienen und forderte ihn auf, mit öffentlichen Aussagen zurückhaltend zu sein, bevor gesicherte Untersuchungsergebnissen zu den Vorfällen vorliegen würden. Vgl. B. Woodward: Obama's Wars, a.a.O., S. 68-69.

⁹⁷³ Vgl. A. Guistozi, a.a.O., S. 233.

⁹⁷⁴ Siehe die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*; Vgl. C. Dale, a.a.O., S. 54.

⁹⁷⁵ Siehe die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

(1) Die Operationen sollen so angelegt sein, dass ihre Durchführung die Zivilbevölkerung schützt und nicht gefährdet.⁹⁷⁶ Die „Operation Moshtarak“ (Helmand, Anfang 2010) gilt als erste ihrer Art.⁹⁷⁷ Bei dieser Operation wurde die Zivilbevölkerung (damit gleichzeitig auch die Taliban) vor dem Beginn der Offensive gewarnt, sich aus gefährdeten Ortschaften zurück zu ziehen.⁹⁷⁸

(2) Alle Operationen sollen zusammen mit afghanischen Sicherheitskräften erfolgen (*Partnering*). Zum einen dient es dem Sammeln von Kampferfahrung an der Seite von erfahrenen westlichen Mentoren; zum anderen soll es der Steigerung der Legitimität der afghanischen Regierung dienen. Der afghanische Bauer in Kandahar oder Helmand soll sehen, dass hier Afghanen ihr (sein eigenes) Land verteidigen.⁹⁷⁹ Praktisch umgesetzt, zeigt sich die größere Sicherheitsverantwortung der Afghanen seit dem Juli 2011 (Beginn des US-Abzugs) in der Übernahme der Gewährleistung von Sicherheit in immer mehr Städten (zuerst Miterlam im Osten, Mazar-i Scharif im Norden, Laschkargah im Süden und Herat im Westen, wo die Übernahme schon erfolgt ist).⁹⁸⁰ Schließlich soll die Übergabe bis 2014 ganz abgeschlossen sein.⁹⁸¹

⁹⁷⁶ So D. Petraeus in einem Interview mit der ZEIT: Vgl. J. Joffe: Schießen und Tee trinken. In: ZEIT ONLINE, Ausgabe Nr. 20, 07.05.2009. S. 1-5; hier: S. 2. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2009/20/Petraeus>, zuletzt geprüft am 28.03.2011. Auch die angesprochene Truppenerhöhung (*surge*) unter Obama soll - laut COIN-Vertreter Petraeus - diesem Ziel dienen.

⁹⁷⁷ Vgl. F. Gardner: Success before surprise in Afghan operation. BBC. 2010. o.S. Online verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/south_asia/8505179.stm, zuletzt geprüft am 29.03.2011.

⁹⁷⁸ Vgl. Ebd.

⁹⁷⁹ Vgl. Q&A: Foreign forces in Afghanistan, a.a.O., o.S.

⁹⁸⁰ Vgl. A. Greshnoff: Infografika. artofwar.net.ru 2011. Online verfügbar unter: http://www.artofwar.net.ru/profiles/sergei_skripnik_andrei_greshnov_p/view_book/info_grafika_artofwarnetru_; zuletzt geprüft am 28.06.2011.

⁹⁸¹ Vgl. T. Engelhardt: How to Schedule a War. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, 24.11.2010. o.S. Online verfügbar unter:

Interessant ist, inwiefern diese beiden Konsequenzen der COIN-Doktrin auch praktisch umgesetzt wurden.

Zunächst zur **Übergabe der Verantwortung an afghanische Sicherheitskräfte**.

Das Kernproblem hierbei ist der Zustand der afghanischen Sicherheitskräfte selbst. Zwar wurden nominell seit Obamas neuer Strategie die Rekrutierungsbemühungen vervielfacht: 2010 wurde eine Armee-Nominalstärke von 110.000 Mann erreicht⁹⁸²; wenn man bedenkt, dass fünf Jahre vorher die *Gesamtzahl* aller afghanischen Sicherheitskräfte bei 50.000 lag⁹⁸³, ein Erfolg. Im Oktober 2012 sollen die afghanischen Sicherheitskräfte sogar eine Gesamtzahl von 352.000 erreicht haben:⁹⁸⁴

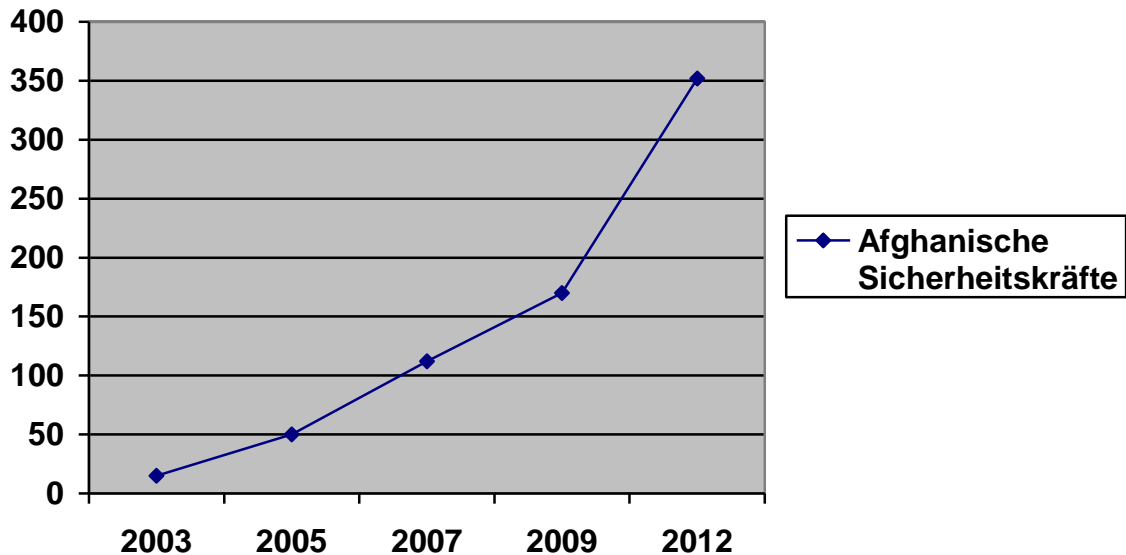
<http://mondediplo.com/openpage/how-to-schedule-a-war>, zuletzt geprüft am 29.11.2010.

⁹⁸² Vgl. A. Guistozi, a.a.O., S. 237.

⁹⁸³ Vgl. J. Campbell u.a., a.a.O., o.S.

⁹⁸⁴ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

Grafik 8: Die Gesamtstärke der afghanischen Sicherheitskräfte
(in Tausend), 2003-2012⁹⁸⁵



Allerdings ist es schlecht bestellt um die Kampfmoral der Armee und mehr noch der Polizei. Die ANA und die (militarisierte und von den USA zur Aufstandsbekämpfung ausgebildete) Polizei werden, ebenso wie die afghanische Nationalarmee zur Zeit des sowjetischen Afghanistankrieges⁹⁸⁶, von hohen Desertionsquoten geplagt.⁹⁸⁷

Die Quantität der afghanischen Sicherheitskräfte ist eben nicht alles:

⁹⁸⁵ Eigene Grafik. Daten aus:

Vgl. J. Campbell u.a., a.a.O., o.S (Werte für 2003-2009; immer für den Stand Monat Mai); Wert für 2012: Prognose für den Oktober 2012. Entnommen aus der letzten großen Rede B. Obamas zu Afghanistan (01.05.2012, Bagram-Luftwaffenstützpunkt, Afghanistan): Vgl. B. Obama: Remarks by President Obama in Address to the Nation from Afghanistan, a.a.O., o.S.; vgl. **auch** M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

⁹⁸⁶ Vgl. Moskaus Griff nach Afghanistan. In: Der Spiegel, H. 1-2, 1980. S. 71–85.

Online verfügbar unter:

<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=14315455&aref=image036/2006/06/16/cq-sp198000100710085.pdf&thumb=false>, zuletzt geprüft am 16.05.2011.

⁹⁸⁷ Vgl. Ch. Sands: Afghanistan's own national army. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, August 2010. Online verfügbar unter:

<http://mondediplo.com/blogs/afghanistan-s-own-national-army>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.

Die Qualität blieb, gemäß offiziellen us-amerikanischen Einschätzungen, auch 2010-2011 niedrig.⁹⁸⁸ Vor allem Polizisten (Afghan National Police, ANP) blieben dem Dienst fern (liefen weg). Im Oktober 2010 entfernte sich sogar mehr als die Hälfte der neuen Polizeirekruten vom Dienst, im Dezember 2010 waren es noch immer fast 20 % Prozent (in der ANA liegt die Quote für Oktober-Dezember 2010 bei rund 30 % Prozent⁹⁸⁹).⁹⁹⁰

Hinzu kommt das erwähnte Problem der Infiltration der Sicherheitskräfte durch die Taliban. Laut dem afghanischen Verteidigungsministerium wurden im August 2012 Hunderte afghanische Soldaten inhaftiert oder entlassen – wegen ihrer Nähe zu den Taliban.⁹⁹¹ Dies geschah nach der oben erwähnten Serie von „Insider-Angriffen“, bei denen 45 ISAF (vor allem US) Soldaten durch ihre vermeintlichen afghanischen Kameraden getötet wurden. Von der afghanischen Seite wurden die „Insider-Angriffe“ als ein „Grund zur Sorge erkannt“.⁹⁹² Ende August 2012 sahen sich die Amerikaner gezwungen, die Ausbildung der Afghan Local Police (ALP) - in dörflichen Regionen vertreten und rekrutiert - auszusetzen, um, wie es heißt, den Rekrutierungsprozess zu verbessern.⁹⁹³

Doch nicht nur die feindliche Infiltration bereitet Sorgen. Die Zahl der angeworbenen Paschtunen aus dem Süden (und damit aus den Hochburgen der paschtunisch-dominierten Taliban) sank von 3,4 % Prozent im Januar

⁹⁸⁸ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 24ff.

⁹⁸⁹ So standen von den nominell 110.000 Mann im Jahr 2010 durch die hohen Desertierungsquoten de-facto nur 70.000 Mann bereit. Vgl. C. Wyatt, a.a.O., o.S.

⁹⁹⁰ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 24ff.

⁹⁹¹ Vgl. J. Buchsteiner: Afghanische Soldaten inhaftiert und entlassen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 6.

⁹⁹² So ein Sprecher des afghanischen Verteidigungsministeriums. Vgl. Ebd.

⁹⁹³ Vgl. Ebd.

2010 auf nur noch 0,6 % Prozent im September des gleichen Jahres.⁹⁹⁴ Auch gibt es nach wie vor zu wenige Ausbilder, die Europäer kommen den US-Bitten nach mehr Beteiligung an der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte nicht nach. 2010 fehlten damit 442 Ausbilder, die unbedingt notwendig gewesen wären.⁹⁹⁵

Schließlich hätten sich die afghanischen Sicherheitskräfte nach US-Angaben leicht verbessert, seien aber für das Planen und die Durchführung von komplexen Operationen nach wie vor auf die ISAF angewiesen.⁹⁹⁶

Nach wie vor sind die ANA und die ANP durch hohe Analphabetenquoten (nur 14 % Prozent der neuen Armeerekruten können lesen⁹⁹⁷), Korruption und Unprofessionalität gekennzeichnet.⁹⁹⁸ Die Polizei genießt dabei ein schlechteres Ansehen als die Armee, da sie in den Augen der Afghanen als korrupter gilt.⁹⁹⁹ Die USA wie die Zentralregierung in Kabul setzten auch deshalb auf Stammesmilizen, die allerdings kaum professioneller sind und das Gewaltmonopol der Zentralregierung untergraben, dass doch gestärkt werden sollte.¹⁰⁰⁰

Schließlich würden für die effektive Kontrolle über Afghanistan, wie angesprochen, 600.000 Mann nötig sein – eine Stärke, die wegen der

⁹⁹⁴ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 24ff.

⁹⁹⁵ Vgl. Ebd.

⁹⁹⁶ Vgl. Ebd.

⁹⁹⁷ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 21.

⁹⁹⁸ Vgl. C. Wyatt, a.a.O., o.S.

⁹⁹⁹ Vgl. Ebd.

¹⁰⁰⁰ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 21-22.

Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Demilitarisierung von Milizen, die zwischen 2003 und 2008 durch ein UN-Programm (UN Afghan New Beginning Program, ANBP) betrieben wurde, gescheitert ist. So wurden zwischen 2005 und 2008 nur 1.000 Milizenmitglieder verhaftet und entwaffnet – von 100.000 Milizenkämpfern in ganz Afghanistan. Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 17-18.

Desertionsquoten und wohl auch wegen pakistanischer Furcht vor einem zu starken Afghanistan unrealistisch ist.¹⁰⁰¹

Vor diesem Hintergrund wird eine vollständige Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte zu mehr Unsicherheit und zu einer Stärkung der Aufständischen führen.¹⁰⁰²

Ein aktueller Artikel in der New York Times bestätigt diese Auffassung.

Demnach haben die Taliban ihren Einfluss über ihre ruralen Hochburgen (und Kandahar) im Süden hinaus ausgedehnt. 2014, im Jahr des Abzugs der US-Kampftruppen, beherrschen die Taliban bereits Städte in Provinzen, die in der strategischen Nachbarschaft Kabuls liegen (Kapisa, Nangarhar) und das Territorium um die Hauptverkehrswege, die in die Hauptstadt führen.¹⁰⁰³ Seit einem dramatischen Anstieg der Gefallenenzahlen bei den afghanischen Sicherheitskräften im Jahr 2013 (im September des Jahres fielen 100 Soldaten und Polizisten – jede *Woche*) publizieren das afghanische Innenministerium und das Verteidigungsministerium darüber keine Statistiken mehr.¹⁰⁰⁴ Doch die Situation wird nicht besser, indem man sie verschweigt.

Zum zweiten wichtigen Punkt bei der Implementation von COIN: dem **Schutz der Zivilbevölkerung**. Hier gibt es ebenfalls höchst gemischte Ergebnisse. Die neuesten Zahlen der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) zeigten 2012 – zum ersten Mal seit 2007 – eine Abnahme der getöteten Zivilisten: Im ersten Halbjahr des Jahres 2012 gab

¹⁰⁰¹ Näheres zu den nationalen Sicherheitsinteressen Pakistans unter der *Außenpolitischen Teilstrategie*.

¹⁰⁰² Vgl. L. Rühl: Auflösungserscheinungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 10.

¹⁰⁰³ Vgl. A. Ahmed: Taliban Making Military Gains In Afghanistan. In: The New York Times, 27.07.2014. S. 1; 4; hier: S. 1.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 4.

es 1.145 getötete Zivilisten.¹⁰⁰⁵ Das ist eine Abnahme von 15 % Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.¹⁰⁰⁶ Doch gezielte Morde an regierungstreuen Zivilisten nehmen zu: Es gab 237 Attentate im ersten Halbjahr 2012, ein Plus von 53 % Prozent gegenüber 2011.¹⁰⁰⁷

Die Taliban bereiten sich damit wohl schon auf eine Regierungsübernahme nach dem Abzug der ausländischen Truppen vor und versuchen vorher „Kollaborateure“ umbringen¹⁰⁰⁸ (wie die Vietcong-Guerillas und ihre Sympathisanten im Südvietnam in der Endphase des Krieges oder die FLN zum Ende des französischen Algerienkriegs).¹⁰⁰⁹ Die Interpretation der UNAMA, wonach die gezielten Morde an Regierungssympathisanten ein Zeichen der Schwäche der Aufständischen seien¹⁰¹⁰, ist jedenfalls nicht nachvollziehbar. Eher schrecken die Neo-Taliban vor einem direkten Angriff auf ausländische Truppen zurück – diese werden ohnehin bald abziehen – und bereiten sich auf ihre finale Offensive nach 2014 gegen die Zentralregierung in Kabul vor.¹⁰¹¹ Dazu passt ihre Infiltrationskampagne, ebenso wie die gezielten Tötungsaktionen ihrer Gegner (so wurde der ehemalige Präsident Rabbani als Vorsitzender des Friedensrates, der für die nationale Versöhnung sorgen sollte, 2010 umgebracht¹⁰¹²) und die

¹⁰⁰⁵ Vgl. „In Afghanistan mehr Attentate“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 09.08.2012, S. 5. (dpa).

¹⁰⁰⁶ Vgl. Ebd.

¹⁰⁰⁷ Vgl. Ebd.

Damit liegen 80 % Prozent der zivilen Opfer in der Verantwortung der Aufständischen, nur 10 % Prozent gehen auf das Konto der einheimischen und ausländischen Sicherheitskräfte (ISAF, OEF). 10 % Prozent sind unbekannt. Vgl. Ebd.

¹⁰⁰⁸ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 27.

¹⁰⁰⁹ Vgl. L. Rühl, a.a.O., S. 10.

¹⁰¹⁰ Vgl. „In Afghanistan mehr Attentate“, a.a.O., S. 5. (dpa).

¹⁰¹¹ Vgl. L. Rühl, a.a.O., S. 10.

¹⁰¹² Vgl. B. Keller: The Pakistanis Have a Point. In: The New York Times, 14.12.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/12/18/magazine/bill-keller-pakistan.html?pagewanted=all&gwh=FBE0C6151A8B25A170A0798B4314A7>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

geschilderten Guerillakriegsmethoden wie das Anbringen von IEDs oder Selbstmordattentate. Auch, dass nach Informationen der UNAMA 2014 die meisten Kämpfe in dichtbesiedelten Gebieten, in der Nähe der Sitze der lokalen Regierungen stattfanden und dort, wo die Basen der ISAF bereits geschlossen wurden, deutet auf eine beginnende (oder schon begonnene) Offensive der Taliban hin.¹⁰¹³

Der Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung – einer der Grundpfeiler von COIN – konnte von der ISAF also bislang nicht effektiv gewährleistet werden, zumal die Zahl der zivilen Opfer von 2007 bis 2012 *anstieg*:¹⁰¹⁴

in den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 zum Beispiel um 31 % Prozent (verglichen mit dem ersten Halbjahr 2009).¹⁰¹⁵ Im ersten Halbjahr 2014 gab es einen 24 % prozentigen Anstieg der getöteten Zivilisten im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum. Zum ersten Mal starben dabei die meisten Zivilisten durch Kämpfe zwischen afghanischen und Koalitionsstreitkräften und den Taliban – und nicht durch IEDs.¹⁰¹⁶

Zwar sank der Anteil der Pro-Regierungs-Streitkräfte (ISAF, OEF, ANA) an den Opfern auf nur noch 12 % Prozent (2010) bzw. 10 % Prozent (2012).¹⁰¹⁷ Allerdings ist für die Einschätzung der afghanischen Bevölkerung die Gesamtzahl der Opfer entscheidend und nicht so sehr, wer sie zu verantworten hat.¹⁰¹⁸ Folglich verbesserte sich die Sicherheitswahrnehmung der afghanischen Bevölkerung nur marginal, im

¹⁰¹³ Vgl. A. Ahmed, a.a.O., S. 4.

¹⁰¹⁴ Vgl. „In Afghanistan mehr Attentate“, a.a.O., S. 5. (dpa).

¹⁰¹⁵ Vgl. United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA): Afghan civilian casualties rise 31 per cent in first six months of 2010. 2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1741&ctl=Details&mid=1882&ItemID=9955>, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

¹⁰¹⁶ Vgl. A. Ahmed, a.a.O., S. 4.

¹⁰¹⁷ Vgl. United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA), a.a.O., o.S.

¹⁰¹⁸ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 27.

Grunde genommen stagnierte sie. Im Dezember 2009 behaupteten 49 % Prozent der Befragten, die Sicherheit in ihrer Gemeinschaft sei „gut“, im Dezember 2010 lag die Zahl bei 51 % Prozent.¹⁰¹⁹ Dabei darf man annehmen, dass diese Ergebnisse nicht repräsentativ sind, da in Afghanistan zumeist die Stadtbevölkerung – also die Bevölkerung in den gesicherten Zonen! – befragt wird. Wie die Ergebnisse in den ländlichen Gebieten aussehen würden, z. B. im Süden Afghanistans, darüber lässt sich nur spekulieren. Zu vermuten wäre, dass sie dort deutlich schlechter ausfallen würden.

Die jahrelang ansteigenden zivilen Opfer zeugen von einer Eskalation der Kampfhandlungen. Dies wurde von den COIN-Strategen so dargestellt, dass die erhöhte Truppenpräsenz und die Offensiven im Süden und Osten Afghanistans seit der Verkündung der neuen Strategie – vor allem in den Jahren 2010 und 2011 – zu mehr Feindkontakten und damit zu einem Ansteigen der Opferzahl geführt hätte.¹⁰²⁰ Allerdings widersprechen sich damit die COIN-Verfechter selbst – behaupteten sie doch stets, dass die Erhöhung der Truppenpräsenz zu einer erhöhten Sicherheit für die Zivilbevölkerung führt.¹⁰²¹

Davon kann nicht wirklich die Rede sein. Dazu trägt nicht nur die offensive Herangehensweise mit mehr Truppen bei.

Vielmehr sind Bombardierungen die Hauptursache für zivile Opfer der Pro-Regierungs-Streitkräfte: 2010 waren Bomben aus der Luft für 69 von 223 toten Zivilisten verantwortlich.¹⁰²² Im Oktober des gleichen Jahres hat die NATO-Luftwaffe einen neuen Negativrekord im Afghanistankrieg

¹⁰¹⁹ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 27.

¹⁰²⁰ Vgl. J. Campbell u.a., a.a.O., o.S.

¹⁰²¹ Wie Petraeus im oben erwähnten ZEIT-Interview. Vgl. J. Joffe: Schießen und Tee trinken, a.a.O.

¹⁰²² Vgl. United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA), a.a.O., o.S.

aufgestellt: mehr als 1.000 Bomben und Raketen wurden abgeworfen bzw. abgefeuert.¹⁰²³ Anstatt den Luftkrieg gemäß den Grundsätzen von COIN einzuschränken, wurde er im Januar 2011 noch einmal eskaliert: NATO-Flugzeuge flogen 284 Missionen. Das war im Vergleich zum Januar 2010 fast eine Verdoppelung (damals waren es 157).¹⁰²⁴

Petraeus als der „geistige Vater“ der zeitgenössischen „*hearts and minds*“ Doktrin war dabei derjenige, der die Ausweitung des Luftkriegs in die Wege leitete. Dies tat er mit der Abschaffung einer taktischen Direktive seines Vorgänger, McChrystal. Diese Direktive sollte dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen und sorgte dafür, dass es untergeordneten Offizieren möglich wurde *zusätzliche* Restriktionen auf Luftschläge und Artilleriefeuer einzuführen.¹⁰²⁵ Petraeus kümmerte sich mit dieser Maßnahme um den Schutz seiner Truppe, die sich über zu strikte Vorgaben beschwerte, die ihnen die Hände binden und ihre eigene Sicherheit gefährden würden.¹⁰²⁶ McChrystal war ob seiner Restriktionen bei der Luftkriegsführung und bei nächtlichen Spezialoperationen bei den eigenen

¹⁰²³ Vgl. T. Engelhardt, a.a.O., o.S.

Auch der Luftkrieg in den pakistanischen Stammesgebieten wurde intensiviert. Dort sollten gemäß den anti-terroristischen Prämissen die Neo-Taliban-Anführer getötet und die Verstecke der Aufständischen zerstört werden. Dadurch hat sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2010 die Zahl der Drohnenangriffe gegenüber dem Vorjahreszeitraum verdoppelt. 2009 waren fünf Prozent der Getöteten Zivilisten. Vgl. B. Khalatbari; J. Kazim, a.a.O., S. 94.

¹⁰²⁴ Vgl. S. Ackerman: Afghans Fume As Petraeus Ramps Up Air War. Wired.com. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2010/12/afghans-fume-as-petraeus-ramps-up-air-war/>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2010, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

¹⁰²⁵ Vgl. R. Chandrasekaran: U.S. deploying heavily armored battle tanks for first time in Afghan war. In: Washington Post, 19.11.2010. o. S. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/11/18AR2010111806856_pf.html, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

¹⁰²⁶ Vgl. M. Hastings, a.a.O., o.S.; vgl. auch S. Grey, a.a.O., o.S.

Soldaten unbeliebt¹⁰²⁷; in der Truppe wurde beispielsweise über die taktische Anweisung:

„Patrouilliert nur in den Gebieten, in denen ihr einigermaßen sicher sein könnt, dass ihr euch nicht unter Einsatz von tödlicher Gewalt verteidigen müsst“ gemunkelt.¹⁰²⁸

Stattdessen bekam die US-Armee zunehmend „freie Hand“ – was aber mit der COIN Doktrin vom Schutz der Zivilbevölkerung nicht zu vereinbaren ist.

Tatsächlich weitete der „COIN-Guru“ Petraeus auch die den afghanischen Volkszorn erregenden nächtlichen Hausdurchsuchungen durch Spezialeinheiten aus, die McChrystal eingeschränkt hat: allein im Zeitraum von Juli bis Oktober 2010 hat es 1.572 solcher Operationen gegeben, die der anti-terroristischen Eliminierung der Taliban-Führungsriege dienen sollten.¹⁰²⁹

Parallel dazu bekam die Infanterie schwere „Abrams“-Kampfpanzer. Der Existenzzweck von diesen ist „*shock, awe and firepower*“. Häuser können aus einer Distanz von 1,5 Kilometern getroffen und zerstört werden; es gibt viel Feuerkraft, um schnell und massiv gegen Aufständische vorzugehen. Die ersten 16 Kampfpanzer kamen im November 2010 in Afghanistan an (da war die neue offizielle Strategie kaum ein Jahr alt), weitere sollen folgen.¹⁰³⁰ Die Panzer schützen nicht die Zivilisten, sondern die Panzerbesatzungen. Von einer Eskalation der Kampfhandlungen im Zuge einer faktisch umgesetzten CT-Plus Strategie (nicht COIN!) zeugen auch die Zerstörungen von Feldern bei denen für die Minenräumung alles

¹⁰²⁷ Vgl. M. Hastings, a.a.O., o.S.

¹⁰²⁸ Ebd. Eigene Übersetzung.

¹⁰²⁹ Vgl. T. Engelhardt, a.a.O., o.S.

¹⁰³⁰ Vgl. R. Chandrasekaran, a.a.O., o.S.

„im Weg stehende“ (Hütten, Pflanzen, Bäume) gesprengt wird.¹⁰³¹ Auch die Häusersprengungen können in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Dabei werden Häuser demoliert, in denen Taliban-Bomben vermutet werden. Allein in Kandahar wurden von September bis Mitte November 2010 174 Häuser gesprengt.¹⁰³²

Die faktischen Militärmaßnahmen entsprechen also der Terrorismusbekämpfung wie sie von Biden, den engsten Beratern Obamas und auch Obama selbst favorisiert wird.

Dabei bemühen sich die militärischen Vertreter, die sich COIN auf ihre Fahnen geschrieben haben, um eine rhetorische Uminterpretation (ein bössartiger Ausdruck würde „Verschleierung“ sein) der Wirklichkeit, die zuweilen paradoxe Blüten treibt.

So sagte ein hoher Offizier laut der *Washington Post*, dass die Zerstörung von Häusern und Feldern den Zweck hätte, Dorfbewohner mit den Bezirksvertretern des Provinzgouverneurs in Kontakt zu bringen, da der einfache Bauer ja zu den Bezirksvertretern muss, um Schäden anzuzeigen und Kompensationen zu verlangen.¹⁰³³

Ein ziviler Berater des NATO-Kommandos in Kabul fasste die Kluft zwischen der offiziellen Darstellung und der wirklichen Militärstrategie folgendermaßen zusammen:

¹⁰³¹ So im Zhari-Bezirk Kandahars Ende 2010. Vgl. R. Chandrasekaran, a.a.O., o.S.

¹⁰³² Vgl. S. Ackerman: New U.S. Plan in Afghanistan: 'Awe and Shock'. Wired.com. 2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2010/11/new-u-s-plan-in-afghanistan-awe-and-shock/#previous2600e392ce5da0d9cc07186b8097eb2f>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2010, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

¹⁰³³ Vgl. R. Chandrasekaran, a.a.O., o.S.

„Weil Petraeus der Autor der Aufstandsbekämpfungsdoktrin ist, kann er tun, was er will. Er kann die Optik besser managen als McChrystal. Wenn er das Ganze auf den Kopf stellen will, fühlt er, dass er die moralische Autorität dazu hat.“¹⁰³⁴

Doch auch die Anti-Terror-Strategie sorgte bislang nur für eine leichte, fragile Verbesserung der Sicherheitslage.¹⁰³⁵ Nach wie vor ist der Widerstand der Taliban im Süden und Osten (im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet) heftig.¹⁰³⁶ Trotz operativer Erfolge seit der Truppenverstärkung Anfang 2010 weitet sich der Einfluss der Aufständischen weiter aus¹⁰³⁷; 2010 war das verlustreichste Jahr der internationalen Präsenz, inzwischen sind (Stand: Juli 2014) über 2.300 US-Soldaten in Afghanistan gefallen¹⁰³⁸, dabei hat es bis 2009 gedauert, bis die ersten Tausend zu beklagen waren.¹⁰³⁹ Bis heute bleibt die Sicherheitslage in Afghanistan fragil.¹⁰⁴⁰ Die Lage im Nachbarland Pakistan trägt dazu in großem Maße bei.¹⁰⁴¹

¹⁰³⁴ Eigene Übersetzung. Anonym, zitiert nach: Vgl. R. Chandrasekaran, a.a.O., o.S.

¹⁰³⁵ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 24ff.; vgl. **auch** Office of the Press Secretary (Hg.) (2010): Overview of the Afghanistan and Pakistan Annual Review, a.a.O., o.S.

¹⁰³⁶ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 26ff.

¹⁰³⁷ Vgl. L. Rühl, a.a.O., S. 10.

¹⁰³⁸ Vgl. M. Ganslmeier, a.a.O., o.S.

¹⁰³⁹ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

¹⁰⁴⁰ Vgl. L. Rühl, a.a.O., S. 10.

¹⁰⁴¹ Vgl. E. Bumiller: Intelligence Reports Offer Dim View of Afghan War. In: The New York Times, 14.12.2010. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2010/12/15/world/asia/15policy.html?_r=1&nl=todaysheadlines&emc=a2&pagewanted=print, zuletzt geprüft am 24.05.2011.

Hier bleibt nur abschließend festzustellen: Die Sicherheit der Vereinigten Staaten wurde zwar durch den Afghanistankrieg (ebenso wie die globale Terrorismusbekämpfung) verbessert, insofern als es auch fast 12 Jahre nach dem 11. September 2001 keinen größeren terroristischen Anschlag auf amerikanischem Boden gegeben hat.

Doch die militärischen Erfolge konnten bislang nicht dauerhaft und nachhaltig gemacht werden – eine Rückkehr der Taliban an die Regierungsmacht in Afghanistan ist nach dem internationalen Truppenabzug 2014 nicht völlig auszuschließen – auch wenn die USA wahrscheinlich mit Basen im Land vertreten sein werden, die diese Wahrscheinlichkeit zumindest verringern. Die afghanischen Sicherheitskräfte scheinen bislang (Stand 2014) nicht in der Lage, die Aufständischen effektiv zu bekämpfen. Vielmehr breiten sich die Taliban weiter aus, beginnen in Erwartung des bis Ende 2014 abgeschlossenen Truppenabzugs eine finale Offensive und kommen der Hauptstadt immer näher.

Al-Qaida wurde aus Afghanistan vertrieben – doch ist nicht klar, ob sie nicht mit den Taliban zurückkommt. In Pakistan hat die Terrororganisation mitsamt ihren radikalen Verbündeten wie dem Haqqani-Netzwerk seit 2001 einen „sicheren Hafen“ gefunden.

In beiden Ländern reicht es nicht, bloß auf eine militärische Terrorbekämpfung zu setzen. Manche militärischen Maßnahmen wie die Tötungsaktionen gegen die Taliban können sogar konterproduktiv sein. Nachhaltige Erfolge im Anti-Terror-Kampf lassen sich nur erzielen, wenn zumindest die sozio-ökonomischen Bedingungen verbessert werden und der Staat in der Lage ist zumindest seine Staatsgewalt über sein gesamtes Territorium auszuüben. Schließlich kommt es auch darauf an, die Interessen des „Partners“ zu achten und durch gezielte

Werbemaßnahmen (Propaganda) die Außendarstellung der eigenen Politik zu verbessern.

Wie erfolgreich die USA dabei waren, wird im nächsten Kapitel untersucht.

5.3.2 Die außenpolitische Teilstrategie

In diesem Unterkapitel wird untersucht, ob die USA folgende politischen Zwecke erreichen konnten:

(1) Stützung der Karzai-Administration als Verbündeten durch ihre Legitimierung in der afghanischen Bevölkerung (Entwicklung, Demokratie und Rechtsstaat – *good governance*; neben der bereits besprochenen Sicherheit) und

(2) Verbesserung der Beziehungen zu Pakistan als Verbündetem und allgemein zu der Islamischen Welt (Ansehen der USA in der öffentlichen Meinung von mehrheitlich muslimischen Ländern¹⁰⁴²).

Zunächst zu der Entwicklungshilfe, zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaat durch die USA.

Von Anfang an spielte die **Entwicklungshilfe** für die USA eine zweitrangige Rolle im Afghanistankrieg.¹⁰⁴³ Beim „Krieg gegen den Terrorismus“ wurde unter *Bush* der militärische Aspekt exzessiv betont. Auch die öffentliche Wahrnehmung in den USA blieb auf die terroristischen Gefahren fokussiert.¹⁰⁴⁴

Zwar wurde Entwicklungshilfe in der öffentlichen Diskussion durchaus betont – aber immer nur dann, wenn es darum ging, die öffentliche

¹⁰⁴² Als „mehrheitlich muslimisch“ wird hier ein Land definiert, in dem Muslime über 50 % Prozent der Gesamtbevölkerung stellen.

¹⁰⁴³ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 160.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 288.

Meinung im Sinne der Regierungs-PR zu beeinflussen.¹⁰⁴⁵ So bestand Bush darauf, zeitgleich mit den ersten Bomben auf Afghanistan humanitäre Hilfe abzuwerfen; auch sorgte er sich um die öffentliche Meinung in der Islamischen Welt, als es darauf hinauslief, dass die USA auch während des Ramadan mit den Bombardierungen gegen die Taliban nicht aufhören sollten.¹⁰⁴⁶

Humanitäre Hilfe sollte also der PR dienen und war auf zwar nötige, aber nicht langfristige Hilfslieferungen beschränkt. Mit den Bomben fielen auch Essenspakete für die durch den faktisch seit 1979 andauernden Bürgerkrieg, die Talibanherrschaft und die mehrjährige Dürre (besonders im von der Nordallianz beherrschten Nordafghanistan) gemarterten Afghanen. Die Botschaft war: „Wir kommen als Befreier“.¹⁰⁴⁷

Trotzdem sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die USA den Großteil der humanitären Hilfe leisteten und bis zum heutigen Tag auch den größten Teil der Entwicklungshilfe¹⁰⁴⁸, während die Europäer, die rhetorisch für einen „zivilen“ Ansatz stehen, für die Entwicklung in Afghanistan weniger geleistet haben als die Amerikaner.

Bei der Entwicklungshilfe sollte auch beachtet werden, dass der Krieg in Afghanistan die Hilfsleistungen beschränkte und gefährdete und dass die geographische Lage Afghanistans – im Herzen Zentralasiens, von der eurasischen Landmasse eingeschlossen – Hilfslieferungen erschwerte und oftmals (vor allem in der Anfangsphase des Krieges) nur Lufttransporte aus

¹⁰⁴⁵ Siehe hierzu die Analyse der *Gesamtstrategie unter Bush*.

¹⁰⁴⁶ Vgl. B. Woodward: *Bush At War*, a.a.O., S. 273.

Wofür die Führer der Arabischen Welt den USA privat ihre Unterstützung zusicherten. Vgl. Ebd.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 279-280.

¹⁰⁴⁸ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 9-12.

den zentralasiatischen Nachbarstaaten wie Usbekistan oder Turkmenistan zuließ.¹⁰⁴⁹

Außerdem bestand von Anfang an die reale Gefahr, dass das arme Land – noch 2004 war Afghanistan eines der fünf der am wenigsten entwickelten Länder der Welt gemäß dem Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen¹⁰⁵⁰ – die finanziellen Mittel, die in es hineinfließen, gar nicht aufnehmen konnte. Bei kaum vorhandenen Regierungsstrukturen und folglich auch kaum vorhandener Rechenschaftspflicht würde es stattdessen bei einem massiven Mittelzufluss zu einer ebenso massiven Korruption führen.¹⁰⁵¹

In der Tat sieht die geleistete Entwicklungshilfe der USA vor diesem Hintergrund ganz gut aus. Wenn man 2001 mit dem Stand von 2008-2010 vergleicht, dann kann man feststellen, dass *Entwicklungsfortschritte* erzielt wurden:

- 2001 lebte die Hälfte der Bevölkerung in absoluter Armut. Das durchschnittliche Jahreseinkommen betrug weniger als 200 US-Dollar, nur 13 % Prozent hatten Zugang zu unverschmutztem Wasser, nur 6 % Prozent zu verlässlicher Elektrizität¹⁰⁵²

- 2008 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen 800 Dollar (eine Vervierfachung in sieben Jahren), das BIP verdoppelte sich im Vergleich zu 2002. 2008 wuchs es um 11 % Prozent; 2010 hatten bereits 41 %

¹⁰⁴⁹ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 3-4.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 11.

¹⁰⁵¹ Vgl. Ebd., S. 4-5.

¹⁰⁵² Vgl. Ebd., S. 9-12.

Prozent der Bevölkerung regelmäßig Elektrizität (siebenfache Steigerung in neun Jahren)¹⁰⁵³

- 2009 waren bereits 60 internationale Geber in Afghanistan aktiv. Dabei kam die Hälfte der Wiederaufbauzahlungen von den USA. Zwischen 2001 und 2008 waren es insgesamt 30 Milliarden

(hier flossen allerdings die hohen Kosten für den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte mit ein, die größer waren als die Entwicklungshilfe)¹⁰⁵⁴

- ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur fand statt: 2001 gab es 30 Meilen gepflasterte Straßen (in ganz Afghanistan). In sieben Jahren baute die internationale Gemeinschaft 5.000 Meilen.

Auch die Ringstraße wurde fertiggestellt. Diese verbindet alle großen Städte Afghanistans und führt zu weniger Druck auf den Khyber-Pass als den ehemals einzigen Weg nach Pakistan.¹⁰⁵⁵ Allerdings erfolgte dies nicht uneigennützig, war es doch für die USA und die NATO strategisch-militärisch wichtig sich zwischen den Bevölkerungszentren bewegen zu können und andere Wege nach Pakistan zu finden als die gefährliche Straße über den engen Khyber-Pass. Auch der strategisch wichtige Salang-Tunnel zwischen Kabul und dem nordafghanischen Mazar-e-Sharif wurde wieder eröffnet.¹⁰⁵⁶ Dagegen tat die internationale Gemeinschaft wenig, um die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern (70 % Prozent der Afghanen sind Bauern¹⁰⁵⁷), auch wenn sich 2008 700 Meilen von

¹⁰⁵³ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 9-12.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Ebd.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Ebd.

¹⁰⁵⁶ Vgl. U.S. Commitment to Afghanistan. 2008. o.S. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/infocus/afghanistan/us-commitment.html#democracy>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Ebd.

Provinzstraßen im Bau befanden.¹⁰⁵⁸ Bis 2008 wurden nur 304 Meilen Hof-Markt-Wege gebaut und 147 Speicherkapazitäten errichtet¹⁰⁵⁹

- 1.200 Meilen von Bewässerungskanälen wurden wieder aufgebaut. Damit konnten große agrarische Flächen bewässert werden. Folglich verdoppelte sich die Agrarleistung Afghanistans. 1,5 Millionen Afghanen profitierten von Wasserprojekten wie dem Brunnenbau¹⁰⁶⁰

- Durch die Aufhebung der internationalen Sanktionen, die während des sowjetischen Afghanistankriegs und später während der Herrschaft der Taliban verhängt wurden, gaben die USA 162 Mio. US-Dollar frei, zusammen mit der internationalen Gemeinschaft sind es 350 Mio. Schließlich lieh die Weltbank bis 2007 über 168 Mio. US-Dollar für Wiederaufbauprojekte¹⁰⁶¹

- Im Rahmen der HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries) wurden Afghanistan 2010 92 % Prozent seiner Schulden erlassen. Russland, die USA und Deutschland erließen 100 % Prozent (insgesamt 11 Milliarden)¹⁰⁶²

- Bildungsfortschritte wurden erzielt: 1.100 Frauen aus ländlichen Gebieten, die Universitäten und Fachhochschulen in Kabul besuchen, können im wiedererrichteten National Women's Dormitory in Kabul schlafen; 315 Schulen wurden bis 2008 gebaut oder wiederhergestellt,

¹⁰⁵⁸ Vgl. U.S. Commitment to Afghanistan, a.a.O., o.S.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Ebd.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Ebd.; Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 9-12.

¹⁰⁶¹ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 9-12.

¹⁰⁶² Vgl. Ebd.

weitere 184 befanden sich 2008 im Bau.¹⁰⁶³ Es gab 2007 5 Millionen Schüler, davon waren 1,8 Millionen Mädchen.¹⁰⁶⁴ Zum Vergleich: Unter der Herrschaft der Taliban, die einer Geschlechterapartheid glich, gab es insgesamt nur 900.000 Schüler. Davon waren nur 3 % Prozent Mädchen.¹⁰⁶⁵ Durch das US-Programm Radio Teacher Training wurden in 34 Provinzen 75.500 Lehrer am Radio aus- oder fortgebildet¹⁰⁶⁶

- auch im Bereich der Gesundheit gab es Fortschritte: 681 Kliniken wurden gebaut oder wiederhergestellt, 700 Doktoren und 5.000 ehrenamtliche Gesundheitsarbeiter trainiert. 80 % Prozent der Afghanen hatten 2007 Zugang zu grundlegender medizinischer Hilfe; unter der Herrschaft der Taliban waren es nur 8 % Prozent¹⁰⁶⁷

- 4,6 Millionen Flüchtlinge sind nach Afghanistan zurückgekehrt (2007).¹⁰⁶⁸ Wenn man bedenkt, dass es insgesamt 5,5 - 6 Millionen afghanische Flüchtlinge vor allem in Pakistan, dem Iran, Russland und anderen Ländern gegeben hat¹⁰⁶⁹, dann ist es sicherlich ein Erfolg, wenn so viele innerhalb von sechs Jahren heimkehren

¹⁰⁶³ Vgl. U.S. Commitment to Afghanistan, a.a.O., o.S.

¹⁰⁶⁴ Vgl. G. W. Bush: President Bush Discusses Progress in Afghanistan, Global War on Terror, a.a.O., o.S.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Ebd.

¹⁰⁶⁶ Vgl. U.S. Commitment to Afghanistan, a.a.O., o.S.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Ebd.; Vgl. G. W. Bush: President Bush Discusses Progress in Afghanistan, Global War on Terror, a.a.O., o.S.

¹⁰⁶⁸ Vgl. U.S. Commitment to Afghanistan, a.a.O., o.S.

¹⁰⁶⁹ Vgl. O. Roy: The Lessons of the Soviet/Afghan War., a.a.O., S. 21; vgl. **auch** A. A. Jalali; L. W. Grau: AFGHAN GUERRILLA WARFARE. In the Words of the Mujahideen Fighters. St. Paul, Minnesota. 2001. S. xviii.

SIGAR (*Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction*), eine Kontrollbehörde, die über die Effektivität der von den US-Behörden ausgegebenen Finanzmittel in Afghanistan wacht und vom Kongress am Ende der Ära Bush 2008 per Gesetz eingerichtet wurde, kommt im jüngsten Bericht an den Kongress (Juli 2014) zum Ergebnis, dass die USA von 2002 bis 2014 für Afghanistan mehr ausgaben, als während des Marshall-Plans für das kriegszerstörte Westeuropa. Inflationbereinigt sind es 109 Milliarden US-Dollar, während der Marshall-Plan 103,4 Milliarden US-Dollar kostete.¹⁰⁷⁰ Allerdings gibt es zwei Unterschiede: Erstens lief der Marshall-Plan nur vier Jahre (1948-1952) – im Gegensatz zu den erfassten zwölf Jahren der Hilfe für Afghanistan und zweitens enthält die Afghanistan-Hilfe auch Ausgaben für die afghanischen Sicherheitskräfte, während der Marshall-Plan keine Mittel für den Aufbau der nationalen Sicherheitskräfte in den 16 beteiligten europäischen Ländern umfasste.¹⁰⁷¹ Die Ausgaben für die afghanischen Sicherheitskräfte stellen seit 2006 einen Löwenanteil der gesamten US-Hilfe dar, wie die folgende vom Verfasser berechnete Tabelle zeigt:

¹⁰⁷⁰ Vgl. SIGAR: Quarterly Report to the United States Congress. 30.07.2014. Online verfügbar unter: <http://www.sigar.mil/pdf/quarterlyreports/2014-07-30qr.pdf>; zuletzt geprüft am 05.10.2014. S. 5.

¹⁰⁷¹ Vgl. Ebd.

Tabelle 3: US-Hilfe für Afghanistan: Ausgaben für afghanische Sicherheitskräfte (AS) versus alle übrigen Hilfszahlungen (in Millionen US-Dollar)¹⁰⁷²

Jahr	Hilfe gesamt	Hilfe für AS	Anteil der AS an der Gesamthilfe in Prozent %
2002	909	0	0
2003	970	0	0
2004	2392	0	0
2005	4712	995	21
2006	3339	1908	57
2007	9818	7406	75
2008	5732	2750	48
2009	9292	5607	60
2010	14854	9167	62
2011	14800	10619	72
2012	13058	9200	70
2013	8084	5124	63
2014	6143	4727	77
2015	4499	4109	91

¹⁰⁷² Daten aus: Vgl. K. Katzman, a.a.O., S. 74 (Table 12).

Die gesamten Hilfszahlungen umfassen sowohl zivile, als auch militärische Ausgaben. Für 2015: Budgetplan der Exekutive, noch nicht bestätigt (Stand: Juli 2014).

Das war allerdings nicht das einzig *Problem* mit der US-Entwicklungshilfe: Ein anderes sind die *fehlenden Ressourcen*. Im Vergleich zu den Entwicklungsherausforderungen Afghanistans oder im Vergleich mit dem Irak (der dieselbe Bevölkerung wie Afghanistan hat und über ein höheres sozio-ökonomisches Niveau, eine bessere Infrastruktur verfügt) wurde vor allem unter Bush *zu wenig* für Afghanistan ausgegeben:

Die Entwicklungshilfe für Afghanistan betrug 2007 *pro Kopf* 146 US-Dollar; zum Vergleich: im Irak lag sie im gleichen Jahr bei 314 US-Dollar (das Doppelte!); im Libanon bei 229 US-Dollar; in den Palästinensischen Gebieten: 504 US-Dollar. Dass Pakistan nur 14 US-Dollar pro Kopf erhielt, spricht nur umso mehr für die ressourcenmäßige Vernachlässigung der AfPak-Region unter Bush.¹⁰⁷³

So konnten die eigenen, teils hochgestreckten Entwicklungsziele nicht erreicht werden.¹⁰⁷⁴ Dass in Afghanistan die Alphabetisierungsrate noch 2007 bei 43 % Prozent (männlich) oder gar nur bei 13 % Prozent lag (weiblich), die Einschulungsrate in den Grundschulen für den Zeitraum 2000-2007 zwar für Jungen 74 % Prozent, für Mädchen aber weniger als die Hälfte betrug (46 % Prozent)¹⁰⁷⁵, der Zugang zu Sanitätseinrichtungen nur für 30 % Prozent der Bevölkerung gewährleistet wurde (2006) und der Zugang zu Trinkwasser nur für 22 % Prozent (2006) deutet auf schwerwiegende Entwicklungsdefizite hin, die nur bei einer besseren Ressourcenausstattung und einem jahrzehntelangen Engagement im Land

¹⁰⁷³ Vgl. Basisdaten. Wirtschaft und Umwelt. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 562–565.

¹⁰⁷⁴ Jedenfalls was die US-Entwicklungshilfeagentur USAID anging; nicht bei Bush, Cheney und Rumsfeld, die ihr Hauptaugenmerk auf die militärische Terrorismus-Bekämpfung und nicht auf Staatsaufbau legten. Vgl. die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Bush*.

¹⁰⁷⁵ Bildung spielt gerade für die junge afghanische Gesellschaft eine große Rolle: Bei einer geschätzten Bevölkerung von 29-30 Millionen waren 44 % Prozent der Afghanen unter 15 Jahren. Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 4.

beseitigt werden können.¹⁰⁷⁶ Die von der Internationalen Gemeinschaft in Petersberg 2001 zugesagten 1,46 Milliarden pro Jahr für zehn Jahre (2001-2011)¹⁰⁷⁷ reichen hier bei Weitem nicht aus.

Zumal wenn man die zivile Entwicklungshilfe den militärischen Ausgaben für die US-Kriegsanstrengungen gegenüberstellt. Dann sieht man, wie militarisiert der Afghanistankonflikt (nicht nur) unter der Bush-Administration ist: 2008 zum Beispiel wurden von den USA insgesamt 196,4 Milliarden US-Dollar für den Afghanistankrieg ausgegeben; davon bekam das Verteidigungsministerium 189,3 Milliarden US-Dollar, das Außenministerium und Internationale Organisationen dagegen nur 6,9 Milliarden, andere Behörden gar nur 0,2 Milliarden.¹⁰⁷⁸ Anders gesagt, bekam das Verteidigungsministerium allein 2008 bei Weitem mehr für den Krieg, als es 2001-2010 *insgesamt* US-Entwicklungshilfe für Afghanistan gegeben hat. In Afghanistan wurden 2002 bis 2007 insgesamt 7,3 Milliarden US-Dollar für Entwicklungshilfe ausgegeben – dagegen 82,5 Milliarden US-Dollar für den Krieg.¹⁰⁷⁹ Bei Kriegskosten von insgesamt einer Billion US-Dollar für die Kriege im Irak und Afghanistan macht das Militär somit einen Löwenanteil aus. Nur zum Vergleich: Für den wichtigsten Erwerbszweig der Afghanen – die Landwirtschaft – wurden von der Internationalen Gemeinschaft (die USA eingeschlossen) im Zeitraum 2001-2008 insgesamt nur 500 Millionen Dollar aufgewendet.¹⁰⁸⁰

¹⁰⁷⁶ Vgl. Basisdaten. Bildung und Gesundheit. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 558–561; hier: S. 558.

¹⁰⁷⁷ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 5.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Fact Sheet: 2008 War Funding Request. 2007. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/10/20071022-7.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

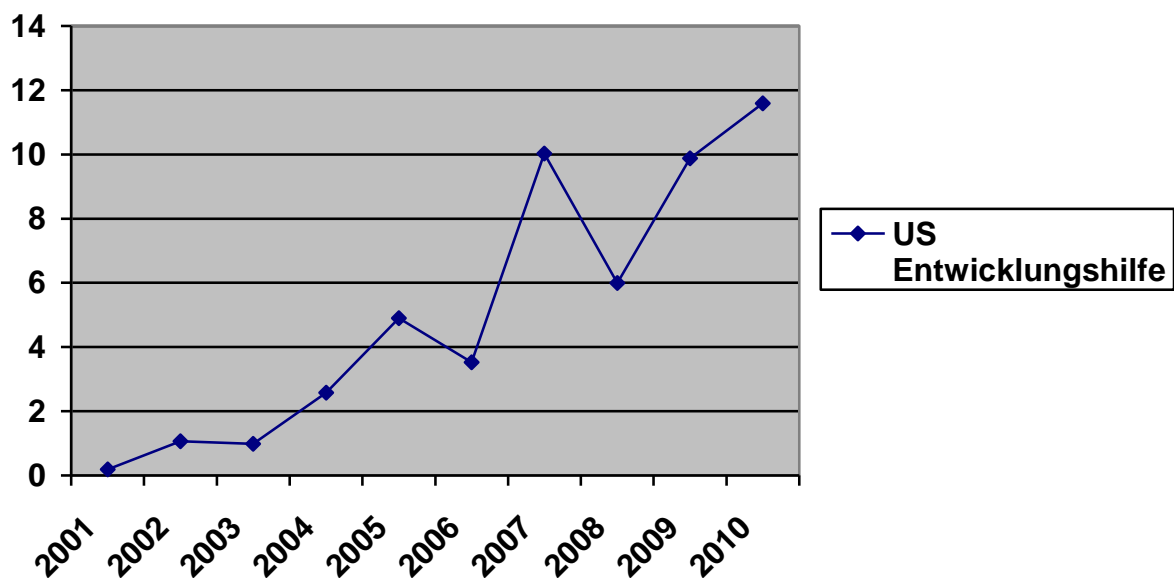
¹⁰⁷⁹ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 16.

¹⁰⁸⁰ Vgl. H.-J. Preuß: Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan. Eine Zwischenbilanz. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS), Jg. 1, H. 1, (2008). S. 26–35; hier: S. 28.

Es ist klar, dass sich damit die Kluft zwischen „glitzernden“ Städten wie Kabul¹⁰⁸¹ und dem verarmten ländlichen Raum vertieft.¹⁰⁸² Dabei kam bereits während des sowjetisch-afghanischen Krieges der größte Widerstand gegen die ausländische Intervention von Bauern.¹⁰⁸³

Dass es Ansätze dazu gibt, zumindest mehr zivile Ressourcen für Afghanistan zu geben, zeigt die *Obama-Periode*, während der die Entwicklungshilfe massiv erhöht wurde:

Grafik 9: U.S. Gelder für Wiederaufbau in Afghanistan, 2001-2010
(in Milliarden US-Dollar)¹⁰⁸⁴



¹⁰⁸¹ Das „pulsierende Kabul“ wird von US-Offiziellen wie dem (inzwischen ehemaligen) Botschafter Crocker gerne hervorgehoben: Vgl. Ch. Pellerin: Crocker: Afghanistan on Track for Next Stage in Development, a.a.O., o.S.

¹⁰⁸² Gleichfalls gab es im Agrarbereich auch gute Ansätze. Der Verfasser führte während eines USA-Aufenthalts ein Fachgespräch mit Chris Schwab, Projektmanager im us-amerikanischen Außenministerium (Region Südostasien). Schwab sprach davon, dass er mehrmals afghanische Beamte (vor allem aus dem Agrarbereich) in Washington begrüßte, wo sie zu Schulungen (Management in der öffentlichen Verwaltung) weilten. Gespräch in Washington D.C., 23.07.2014.

¹⁰⁸³ Vgl. H.-J. Preuß, a.a.O., S. 28.

¹⁰⁸⁴ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 40.

Doch wie bereits die Gegenüberstellung der US-Ausgaben für die afghanischen Sicherheitskräfte im Vergleich mit der gesamten Hilfe für Afghanistan zeigt, blieb auch unter Obama der angekündigte *civilian surge* eine Chimäre:

Bei Amtsantritt Obamas gab es nur 320 amerikanische Zivilisten in Afghanistan; nach der „Aufstockung“ (die mit der massiven militärischen Truppenerhöhung einherging) gab es im März 2010 992.¹⁰⁸⁵ Die Zahl der Zivilisten hat damit fast 1.000 erreicht – oder rund 1 % Prozent der gesamten us-amerikanischen Präsenz in Afghanistan.

Proponenten von COIN wie J. Nagl (Mitautor des berühmten *Counterinsurgency Field Manual* und Mitarbeiter des Think-tanks *Center for a New American Security*) behaupten dementsprechend, dass die USA ihre zivilen Kapazitäten nicht für die Kriege des 21. Jahrhunderts ausgebaut hätten.¹⁰⁸⁶

Von offizieller Seite wird dem entgegengehalten, dass angeblich jeder zivile Mitarbeiter bis zu neun Vertragsmitarbeiter (Subkontraktnehmer) und lokale Beschäftigte mit sich „bringt“ (so ein Sprecher des Außenministeriums).¹⁰⁸⁷ Doch auch so sind in Afghanistan heute viel weniger Entwicklungshelfer als damals in Vietnam. Laut Terry McNamara¹⁰⁸⁸, damals Provinzberater in Vietnam, hat es während des Vietnamkrieges „tausende Entwicklungshelfer“ in dem Land gegeben (allerdings – und das sagt T. McNamara nicht – gab es in Vietnam auch

¹⁰⁸⁵ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 24.

¹⁰⁸⁶ Vgl. K. Dilanian: State Dept. adds more aid workers in Afghanistan. In: USA TODAY, 17.08.2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/2009-08-16-aid-surge_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Ebd.

¹⁰⁸⁸ Der Artikel sagt nichts darüber, ob Terry McNamara verwandt ist mit Robert McNamara – dem amerikanischen Verteidigungsminister während der Eskalationsphase des Vietnamkriegs.

viel mehr us-amerikanische Truppen: ihre Zahl erreichte auf dem Höhepunkt des Krieges über eine halbe Million).¹⁰⁸⁹

Heute sind selbst in der Unruheprovinz Helmand 10.000 Marineinfanteristen, aber nur 42 Diplomaten und Entwicklungshelfer, die 552 Subkontraktnehmer und lokale Mitarbeiter mit sich ziehen, „stationiert“.¹⁰⁹⁰

Das Problem der Entwicklungshilfeagentur USAID bleibt auch unter Obama: nur geringe personelle Kapazitäten, lange (und damit abschreckende) medizinische und Sicherheitsüberprüfung für neue Bewerber.¹⁰⁹¹

Ein weiteres Problem war die *mangelhafte Koordination* zwischen den verschiedenen Akteuren der US-Entwicklungshilfe:

Wie schon erwähnt gab es unter Bush Streit um die Entwicklungsprioritäten. So vertrat die USAID einen langfristigen Ansatz, der die Agrarhilfe in den Mittelpunkt stellte, während Rumsfeld und das Verteidigungsministerium, aber auch Bush und Cheney kurzfristige Hilfe als Anreiz für Kriegsherren und Stammesführer bei der Terrorismusbekämpfung zu kooperieren als die „geeignete“ Form der Entwicklungshilfe ansahen.¹⁰⁹²

Die Koordination wurde unter Obama verbessert: Nach acht Jahren Krieg schafften es das Außen- und das Verteidigungsministerium 2009 einen

¹⁰⁸⁹ Vgl. K. Dilanian: State Dept. adds more aid workers in Afghanistan, a.a.O., o.S.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Ebd.

Das sind erheblich mehr als die neun pro Mitarbeiter, die vom Außenministerium angegeben werden. Wenn es nur neun wären, dann läge die Zahl der afghanischen Kontraktmitarbeiter bei 378 (da $9 \cdot 42 = 378$).

¹⁰⁹¹ Vgl. Ebd.

¹⁰⁹² Vgl. dazu die *Gesamtstrategie unter Bush*.

integrierten zivil-militärischen Plan für Afghanistan vorzulegen, den *Integrated Civil Military Campaign Plan*.¹⁰⁹³

Doch auch unter Obama gab es Koordinationsprobleme und Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Behörden und Beauftragten für Afghanistan¹⁰⁹⁴: McChrystal verstand sich schlecht mit dem Botschafter General Eikenberry, der sein ehemaliger Vorgesetzter gewesen ist (und umgekehrt)¹⁰⁹⁵ – dabei müssten gerade der Botschafter und der Militärkommandeur als die Repräsentanten der USA „vor Ort“ die Koordinationsaufgaben übernehmen. Auch mit dem Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, R. Hoolbrooke, gab es Auseinandersetzungen. Während McChrystal die Nähe zu Karzai suchte, grenzte sich Hoolbrooke von diesem ab und kritisierte ihn ob seiner Korruptionsanfälligkeit öffentlich.¹⁰⁹⁶

Doch nicht nur die Koordination machte den US-amerikanischen Entwicklungsanstrengungen in Afghanistan zu schaffen.

Es gab noch das schwerwiegende Problem der *Überwachung und Rechenschaft*, der Überprüfung der effektiven und effizienten Verwendung der ausgegebenen Gelder.

Dieses Problem stellt sich zweifach: Zum einen seitens der USA selbst und zum anderen seitens der rudimentären afghanischen Zentralregierung und den lokalen Gouverneuren und Stammesführern.

Was die USA angeht, so etablierte der Kongress erst 2008 eine Behörde, die die Ausgabepraxis der US-Behörden zentral überwachen konnte: das bereits erwähnte *Office of the Special Inspector General for Afghanistan*

¹⁰⁹³ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

¹⁰⁹⁴ Siehe dazu auch die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹⁰⁹⁵ Vgl. M. Hastings, a.a.O., o.S.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Ebd.

Reconstruction (SIGAR).¹⁰⁹⁷ Erst fünf Monate nach der Schaffung dieser Kontrolleinrichtung ernannte Bush ihren Direktor, General-Major A. Fields.

Die SIGAR stellte schließlich im Januar 2009, bereits bei Amtsantritt Obamas, fest, dass die Wiederaufbauanstrengungen fragmentiert sind und es den Strategien an Kohärenz fehlt (viele Strategien, keine Gesamtstrategie...).¹⁰⁹⁸ Doch auch unter Obama konnte die Kontrollbehörde ihre Funktionen nicht voll ausüben: Im Rahmen einer Anhörung (*testimony*) im März 2009 vor dem Kongress sagte Fields, dass seiner Behörde für 2009 7,2 Millionen US-Dollar fehlen. Daher stünden in Afghanistan nur begrenzte Kapazitäten (Mitarbeiter, Büros) zur Verfügung. Die Operationsfähigkeit des Kontrolleurs war also auch unter Obama jedenfalls in der Anfangsphase nicht gewährleistet.¹⁰⁹⁹

Bei den einzelnen Programmen fehlten während der Bush-Periode klar definierte Kriterien, nach denen man die Effektivität oder Effizienz nachprüfen konnte.¹¹⁰⁰ Diese Kriterien wurden unter Obama – der die Wichtigkeit der Evaluation betonte¹¹⁰¹ – eingeführt, wenngleich Kritiker bemängeln, dass dies noch nicht in ausreichendem Maße geschah.¹¹⁰²

Auf der *afghanischen Seite* kam es durch Missmanagement und schlechte Regierungsführung zu einer hohen Korruptionsanfälligkeit. Hinzu kam der seit der US-Militärintervention blühende *Drogenhandel*, der die Korruption weiter ankurbelte.

Da das Drogenproblem eng mit der Korruption verknüpft ist und eines der größten Entwicklungshindernisse für Afghanistan darstellt, lohnt sich an

¹⁰⁹⁷ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 21-22.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Ebd.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Ebd.

¹¹⁰⁰ Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

¹¹⁰¹ Vgl. J. Campbell u.a., a.a.O., o.S.

¹¹⁰² Vgl. L. G. Irwin, a.a.O., S. 144-148.

dieser Stelle eine genauere Betrachtung der Drogenproblematik und des Drogenbekämpfungsansatzes der USA, bevor man zur Korruption kommt. Der Drogenanbau und der Rauschgifthandel sind nur vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Bedingungen Afghanistans zu verstehen. In den Drogen- und Talibanhochburgen im Süden beträgt die Arbeitslosigkeit 70 % bis 90 % Prozent.¹¹⁰³

Der Drogenanbau- und Handel sind (neben dem Weg in die Reihen der gut zahlenden Taliban oder Milizen der Kriegsherren) in Kandahar oder Helmand die einzige Beschäftigungsmöglichkeit für junge Afghanen.¹¹⁰⁴

Tatsächlich floriert der Drogenhandel seit der Militärintervention der USA und der NATO 2001:

Afghanistan ist Weltmarktführer was die Opiumproduktion angeht: 2007 lieferte es 90 % Prozent der weltweiten Nachfrage.¹¹⁰⁵ 2008 sank zwar die Anbaufläche für Opium (Grundstoff für Heroin) um 19 % Prozent.¹¹⁰⁶ Dies war allerdings darauf zurück zu führen, dass der Weltmarkt inzwischen mit afghanischem Opium übersättigt gewesen ist und folglich die Preise nach unten gedrückt wurden.¹¹⁰⁷ Bis zum heutigen Tage (2012) steigende Getreidepreise machen gleichzeitig den Anbau von Getreide lukrativer.¹¹⁰⁸ Nichtsdestotrotz blieb 2008 die Anbaufläche in den unter der Kontrolle der Taliban befindlichen Hauptanbaugebieten stabil (unter ihrer Kontrolle befinden sich 98 % Prozent der Anbaufläche), einzig in Kandahar gab es einen Rückgang.¹¹⁰⁹ Das heißt, dass Afghanistan auch 2009 90 % Prozent

¹¹⁰³ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 13.

¹¹⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 14.

¹¹⁰⁵ Vgl. V. Morelli; P. Belkin: NATO in Afghanistan: A Test of the Transatlantic Alliance. In: Ussery, Easton H. (Hg.), a.a.O., S. 1–32; hier: S. 9.

¹¹⁰⁶ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen, Daten. Fakten, a.a.O., S. 74-76.

¹¹⁰⁷ Vgl. Ebd.

¹¹⁰⁸ Vgl. Ebd.

¹¹⁰⁹ Vgl. Ebd.

des Opiums auf dem Weltmarkt lieferte und sein Anteil stabil blieb.¹¹¹⁰ Im gleichen Jahr trug Opium ein Drittel zum afghanischen BIP bei.¹¹¹¹ Insofern sollte man die oben erwähnte Verdoppelung des BIP durchaus kritisch betrachten. 2010 sank der Opiumanbau um 7 % Prozent (im Vergleich mit 2009).¹¹¹²

Ob diese Entwicklung längerfristig anhält und ein Erfolg der unten erläuterten neuen Drogenbekämpfungsstrategie Obamas ist (und nicht auf die Übersättigung des Weltmarktes durch afghanische Überproduktion zurück zu führen ist) bleibt abzuwarten.

Das Drogenproblem hat vielfache *negative politische Konsequenzen*:

Zum einen steigert es die ohnehin hohe Korruption. Sowohl die afghanische politische Elite um Karzai, zahlreiche Parlamentsmitglieder, Regierungsbeamte, Armeeingehörige, in besonderem Maße aber die Taliban sollen vom Drogenhandel profitieren.¹¹¹³ Nach Angaben des Bundesnachrichtendienstes (BND) sollen darüber hinaus fast alle Geheimdienste der Region am Drogengeschäft partizipieren, ebenso wie zahlreiche Regierungsangehörige in Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Russland mitsamt Tschetschenien, Pakistan und dem

¹¹¹⁰ Vgl. K. Dilanian: Afghanistan's poppies pose dilemma. In: USA TODAY, 31.03.2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/2009-03-30-poppy-fields_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

¹¹¹¹ Vgl. Ebd.

¹¹¹² Vgl. J. Michaels: Time working against Taliban, a.a.O., o.S.

¹¹¹³ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen. In: Eurasisches Magazin (EM), 03-09 (2009). S. 18-23; hier: S. 18-19. Online verfügbar unter: <http://eurasischesmagazin.de/pdf/em03-09.pdf>; zuletzt geprüft am 16.09.2012; Vgl. auch E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen, Daten, Fakten, a.a.O., S. 74-76.

Iran.¹¹¹⁴ Angeblich soll sogar die US-Luftwaffe und die CIA vom Drogengeschäft profitieren.¹¹¹⁵

Einzelne Mitglieder des regierenden paschtunischen Popolzai-Clans wie der im Juli 2011 von den Taliban ermordete Bruder Karzais, der Gouverneur von Kandahar Ah. W. Karzai, verdienen gut am Drogenhandel.¹¹¹⁶ Im Juli 2009 stellten britische Spezialeinheiten zum Beispiel mehrere Tonnen Opium auf einem Anwesen Ah. W. Karzais sicher.¹¹¹⁷

Die britische Botschaft sammelt seit langem Beweise für die Beteiligung der Präsidentenfamilie und der afghanischen Regierungsmitglieder am lukrativen Drogengeschäft.¹¹¹⁸

Noch mehr profitieren allerdings ihre Gegner – die Taliban. Schon für die Taliban vor 2001 war der Drogenhandel für die Finanzierung wichtig¹¹¹⁹; für ihre Nachfolger wurde er noch wichtiger. Laut den Schätzungen des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses (CRS) werden diese zu 40 % Prozent (umgerechnet 100 Millionen US-Dollar jährlich) durch den Drogenhandel finanziert.¹¹²⁰ Wie bereits erwähnt, kontrollieren die Neo-Taliban fast die gesamten Mohnanbaugebiete (98 % Prozent).¹¹²¹

An dieser Stelle stellt sich allerdings die Frage, woher die restlichen 60 % Prozent der *Taliban-Finanzierung* kommen. Ein kurzer Exkurs sei zu dieser wichtigen Problematik erlaubt:

¹¹¹⁴ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen, a.a.O., S. 18-19.

¹¹¹⁵ Vgl. Ebd.

¹¹¹⁶ Vgl. S. Grey, a.a.O., o.S.

¹¹¹⁷ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.

¹¹¹⁸ Vgl. Ebd.

¹¹¹⁹ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 235-236.

¹¹²⁰ Vgl. V. Morelli; P. Belkin, a.a.O., S. 9.

¹¹²¹ Siehe oben; Vgl. auch M. Baraki, a.a.O., S. 13.

Der Historiker und Afghanistanexperte A. Giustozzi betont nicht den Drogenhandel, sondern saudi-arabische Ölmagnate, kuwaitische Händler, pakistanische Islamisten, Teile der pakistanischen Armee und des ISI als *hauptsächliche* Finanzierungsquelle der Neo-Taliban.¹¹²² Die Rolle von Al-Qaida als Taliban-Finanzier wurde oft hervorgehoben, war aber bereits vor 2001 umstritten.¹¹²³

Dagegen spielen für die wiedererstarkten Neo-Taliban von den NGOs erpresste „Schutzgebühren“, Steuern, Stromgebühren (sic!) und Straßengebühren sogar für Versorgungskonvois der ISAF eine wichtige Rolle für ihre Finanzierung.¹¹²⁴ Im Jahr 2008 hätten, Berichten der britischen *Times* zu Folge, die Taliban sogar „Schutzgeld“ von den italienischen Truppen in Ostafghanistan (Gebiet Sarobi östlich von Kabul) bekommen, damit diese nicht von den Aufständischen angegriffen wurden.¹¹²⁵

Auch die Gelder für die Wiedereingliederung von Taliban-Kämpfern in die afghanische Gesellschaft, welche der Versöhnung in Afghanistan und der Schwächung der Taliban dienen sollen und deren Aufstockung auf der Londoner Afghanistankonferenz von 2010 beschlossen wurde, könnten von den Aufständischen „mitgenommen“ werden.¹¹²⁶ Zumindest hat es schon mehrere Fälle gegeben, wo scheinbar „integrierte“ und gutbezahlte Taliban, die die Seite gewechselt haben und für die ISAF-Truppen arbeiteten, „plötzlich“ die „neuen Verbündeten“ massakrierten.¹¹²⁷

¹¹²² Vgl. A. Guistozzi, a.a.O., S. 86-89.

¹¹²³ Vgl. W. Maley, a.a.O., S. 256.

¹¹²⁴ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Londoner Pläne als Wunschdenken, a.a.O., o.S.

¹¹²⁵ Vgl. Ebd.

¹¹²⁶ Vgl. Ebd.

Allein für 2010 waren seitens der USA hierfür 1,3 Milliarden Dollar vorgesehen.

Insgesamt sollen von den restlichen westlichen Verbündeten in den nächsten Jahren 500 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden.

¹¹²⁷ Vgl. Ebd.

Paradoxerweise finanziert der Westen durch NGOs, die „Reintegrationsgelder“ und sogar die ISAF die Taliban mit, die er doch bekämpfen will.

Zumindest könnten die USA und die westlichen Verbündeten durch eine richtige *Drogenbekämpfungsstrategie* eine der wichtigsten Finanzierungsquellen der Taliban austrocknen.

Das grundlegende Problem für einen solchen Plan ist allerdings:

Wie schafft man es, den Drogenanbau zu bekämpfen ohne gleichzeitig die Taliban zu stärken?

Führt man eine Vernichtung vor, ohne den afghanischen Bauern ökonomisch lohnende Alternativen zum Drogenanbau zu geben, führt das nur zu mehr Rekruten für die Taliban.¹¹²⁸

Dies ist genau das, was unter Bush mit seiner rein militärischen Drogenbekämpfungsstrategie geschah. Dafür wurden 1 Milliarde US-Dollar ausgegeben, die besser in die Entwicklungshilfe gesteckt werden würden.¹¹²⁹

Auch unter der Verbündeten regte sich Widerstand gegen die massive militärische Vernichtung von Drogenanbaugebieten mit chemischer Besprühung aus der Luft, wie sie die Bush-Administration 2008 anregte. Deutschland, Italien und Spanien verweigerten die Militarisierung der Drogenbekämpfung und sprachen sich auf dem NATO-Gipfel in Budapest 2008 gegen die Ausweitung des ISAF-Mandats um die Drogenbekämpfung aus.¹¹³⁰

¹¹²⁸ Vgl. K. Dilanian: Afghanistan's poppies pose dilemma, a.a.O., o.S.

¹¹²⁹ Vgl. Ebd.

¹¹³⁰ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen, Daten, Fakten, a.a.O., S. 74-76.

Wohl auch, weil sie sich um die Sicherheit ihrer Soldaten fürchteten. Vgl. Ebd.

Unter Obama wurde die Kontraproduktivität der Drogenbekämpfung unter Bush erkannt. Der neue Sondergesandte für Afghanistan-Pakistan, der erfahrene Diplomat R. Holbrooke, sprach sich für die Schaffung von ökonomischen Alternativen zum Drogenanbau aus.¹¹³¹

In beschränktem Umfang gab es solche zivile Programme bereits unter Bush: Der Anbau von Nutzpflanzen sollte gefördert werden, Samen wurden kostenlos verteilt.¹¹³²

Allerdings machen us-amerikanische Experten wie Felddab-Brown darauf aufmerksam, dass das alleine noch nicht genügen würde. Alternative Saaten statt Opium lohnen sich ökonomisch – trotz steigender Getreidepreise auf dem Weltmarkt - nicht, man kann damit keinen Zugang zu Krediten oder Land bekommen. Außerdem ist der Anbau weniger arbeitsintensiv als Opium, kann also weniger Bauern Arbeit geben.¹¹³³

In diesem Zusammenhang könnten Kredite für Bauern vor der Pflanzzeit und garantierte Abnahmepreise helfen – Maßnahmen, die unter Obama implementiert werden.¹¹³⁴

Obama selbst sprach sich dafür aus, das Wachstum der Drogenproduktion als eine der Maßzahlen für eine Erfolgsevaluierung seiner neuen Strategie zu nehmen.¹¹³⁵

Trotz Verringerung der Anbauflächen 2008-2010 konnte knapp ein halbes Jahr nach der Amtseinführung Obamas nicht von einem Erfolg gesprochen werden:

¹¹³¹ Vgl. K. Dilanian: Afghanistan's poppies pose dilemma, a.a.O., o.S.

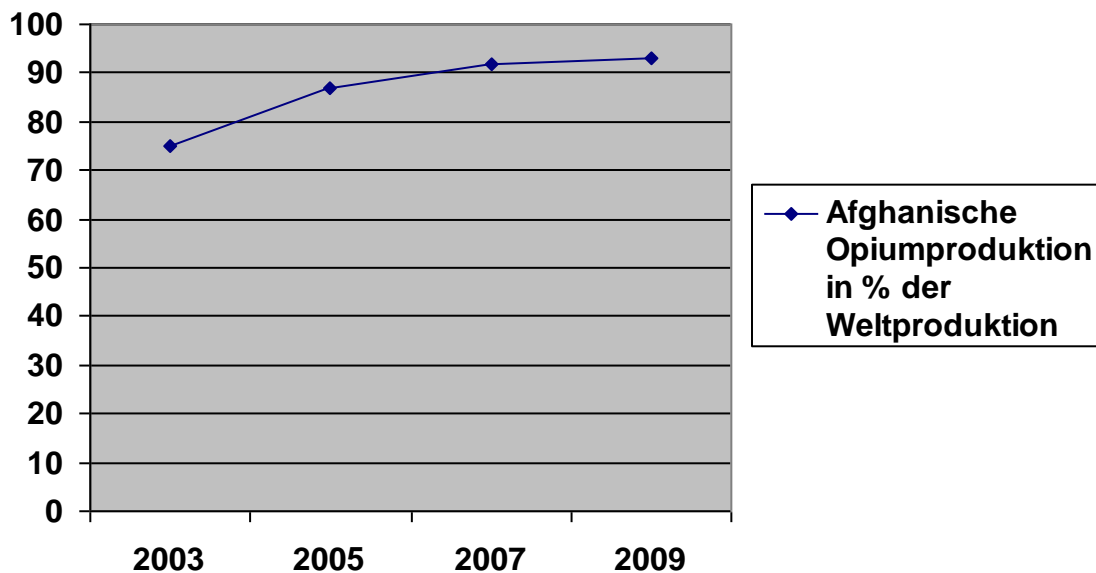
¹¹³² Vgl. Ebd.

¹¹³³ Vgl. Ebd.

¹¹³⁴ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 24.

¹¹³⁵ Vgl. J. Campbell u.a., a.a.O., o.S.

Grafik 9: Die jährliche afghanische Opium-Produktion aus der Vorjahresernte 2003-2009, angegeben in % Prozent der Weltproduktion¹¹³⁶



Die Erlöse aus dem Drogenhandel förderten die ohnehin hohe *Korruption* als ein weiteres wichtiges Entwicklungshindernis Afghanistans, welches die Effektivität der us-amerikanischen wie internationalen Entwicklungshilfe verminderte.

Die Umgebung Karzais, sein Bruder Ah. W. Karzai (ermordeter ehemaliger Gouverneur von Kandahar), ebenso wie der Ex-Verteidigungsminister Fahim (ein Kriegsherr der Nordallianz) wurden von internationalen Geldgebern einschließlich der USA oftmals der Korruption bezichtigt.¹¹³⁷

Dabei ist Karzai, wie beschrieben, nie Forderungen der USA nachgekommen die korruptionsverdächtigen Personen zu entlassen.

¹¹³⁶ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. J. Campbell u.a., a.a.O., o.S. Gesamtproduktion jeweils zum Monat Mai des Jahres.

¹¹³⁷ Vgl. die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

Was er vielmehr vorzeigte waren PR-Aktionen wie der Ersatz von 16 Gouverneuren und 17 Provinzchefs in den damals 33 Provinzen Afghanistans 2004.¹¹³⁸ Das mochte den Westen beruhigen, änderte aber nichts an der *klientelistischen Herrschaftsstrategie* Karzais, die sich von der Ebene der Zentralregierung mit den Ministerien über die provinzielle (Gouverneure) bis auf die Distriktebene zieht.¹¹³⁹

Nicht nur wurden die ehemaligen Kriegsherren der Nordallianz zu Gouverneuren oder Ministern ernannt. Auch die meisten der von Karzai eingesetzten Mitglieder des *Afghan Peace and Reintegration Program* (APRP) – welches der Versöhnung mit den Taliban dienen sollte – sind Warlords der Nordallianz oder „Lokalfürsten“, die über Milizen oder ökonomische Ressourcen (häufig beides) verfügen.¹¹⁴⁰

Die Korruption innerhalb der afghanischen Regierung blieb auch in der Obama-Periode ein großes Problem. Dieser hat die Forderungen an Kabul die Korruption zu bekämpfen, verschärft und in seinen Afghanistanreden betont.¹¹⁴¹

Doch im Juli 2010 kam es zu einem für die Karzai-Administration symptomatischen Fall: Der Stellvertreter des Nationalen Sicherheits Beraters des Präsidenten, Salehi, wurde wegen Korruption verhaftet - um sogleich freigelassen zu werden. Daraufhin wurde die Kooperation zwischen der afghanischen Anti-Korruptions Einheit

¹¹³⁸ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 28.

Dabei wurden die Kriegsherren der Nordallianz, die diese Posten bekleidet haben, teilweise mit einem Ministeramt oder einem Parlamentssitz „weggelobt“. Eine schöne berufliche Aussicht – zumal man damit die vor strafrechtlicher Verfolgung schützende Immunität bekommt. Vgl. Ebd., S. 7.

¹¹³⁹ Vgl. J. Sisco, a.a.O., S. 3-4.

¹¹⁴⁰ In diesem Programm sitzen die, gegen die die Taliban gekämpft haben. Es ist nicht verwunderlich, dass das Programm bis heute nicht erfolgreich gewesen ist.

Vgl. Ebd., S. 6.

¹¹⁴¹ Siehe die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

(*Anti-Corruption-Unit, ACU*) und ihren internationalen Mentoren suspendiert. Die afghanische Seite sperrte als Antwort die internationalen Extrazahlungen an die Mitglieder der ACU, womit die Strafverfolger wegen ihrer niedrigen afghanischen Bezüge wiederum für Korruption anfälliger wurden.

Immerhin wurde es geschafft, dass acht afghanische Ministerien als mehr oder weniger korruptionsfrei gelten und USAID-Zahlungen bekommen. Auch liegt die Zahl der direkt durch den afghanischen Haushalt gezahlten Entwicklungshilfe bei 24 % Prozent, was allerdings immer noch niedrig ist (in Pakistan liegt die Zahl bei 50 % Prozent) und ein Zeichen für die fehlende institutionelle Kapazität darstellt.¹¹⁴²

Ein weiteres Zeichen für institutionelle Schwäche und Korruption war die Pleite der Kabul Bank im August 2010, die durch die Flucht der Anleger ausgelöst wurde, welche Angst vor politischen Manipulationen bei der Bank hatten. Wegen Korruptionsvorwürfen, die bis in die Umgebung Karzais reichen, wurde die IWF-Unterstützung für Afghanistan aufs Eis gelegt (damit teilte Afghanistan das Schicksal Pakistans, siehe unten).¹¹⁴³

Auch die afghanische Perzeption der eigenen Regierung wurde durch die nicht befriedigende Bekämpfung der Korruption verschlechtert.¹¹⁴⁴

Schließlich unterminierte die afghanische Korruption die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Der Korruptionsskandal um die Kabul Bank und die darauf folgende Aussetzung der IWF-Zahlungen sorgte dafür, dass viele internationale Geldgeber ihre Leistungen aus dem Wiederaufbaufonds *Afghanistan Reconstruction Trust Fond* (ARTF) reduzierten oder ganz

¹¹⁴² Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 33; S. 21.

¹¹⁴³ Vgl. Ebd., S. 33.

¹¹⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 34.

abzogen. Dieser Fonds ist die wichtigste Entwicklungshilfequelle für Afghanistan jenseits der US-Entwicklungshilfe.¹¹⁴⁵

Dabei bleibt die afghanische Regierung von der internationalen Entwicklungshilfe abhängig. Zwar hat sich die Steuereintreibung leicht verbessert – 2008 betragen die Einnahmen der afghanischen Regierung 7 % Prozent des gesamten BIP, 2010 waren es 9 % Prozent – doch konnte die Regierung ihre eigenen Ausgaben nicht finanzieren und schaffte es nicht, ihre Entwicklungsausgaben effektiv auszuführen.¹¹⁴⁶

Ob erhöhte Entwicklungshilfe unter diesen Bedingungen zu Entwicklungsfortschritten führt, ist durchaus umstritten. Experten in den USA haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Erhöhung der Entwicklungshilfe unter Obama zu noch mehr Korruption, wegen der daraus resultierenden Verteilungsungerechtigkeit zu einer größeren Kluft zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ und damit zu einer wachsenden sozialen Spaltung in der afghanischen Gesellschaft führen kann.¹¹⁴⁷ Dass mit der Entwicklungshilfe Erwartungen in der afghanischen Bevölkerung geweckt werden können, die auf Grund der schlechten afghanischen Regierungsleistung (sowohl national, als auch lokal) nicht befriedigt werden, könnte zu neuen anti-westlichen Ressentiments führen und zu einem Propagandainstrument zur Rekrutierung der Taliban werden.

Ein drittes Problem der US-Entwicklungshilfe – neben den nicht ausreichenden Ressourcen und der nicht effektiven Mittelverwendung (wegen Koordinationsproblemen auf US- und Korruption auf afghanischer Seite) – war und ist die *fehlende Nachhaltigkeit*.

¹¹⁴⁵ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 33-34.

¹¹⁴⁶ Vgl. Ebd., S. 31.

¹¹⁴⁷ Vgl. die Ausführungen zur *Gesamtstrategie Obamas*.

Die USA handel(t)en nicht gemäß dem alten chinesischen Sprichwort, wonach es besser sei, einen Hungernden fischen zu lehren, anstatt ihm einfach einen Fisch zu geben.

Symptomatisch hierfür kann die militarisierte Entwicklungshilfe im Rahmen der CIMIC (*Civil-Military Cooperation*) stehen.¹¹⁴⁸ Unter diesem Konzept wird die Koordination und Kooperation zwischen einem NATO-Kommandeur und Akteuren der Zivilgesellschaft (NGOs, Internationale Organisationen, lokale Behörden, Zivilbevölkerung) verstanden, die den Zweck hat, die sozio-ökonomischen Bedingungen zum Erreichen der NATO-Ziele herzustellen.¹¹⁴⁹

Umgesetzt wurde CIMIC durch die 26 PRTs (*Provincial Reconstruction Teams*) der ISAF. Die Teams bestehen aus Zivilisten und Militärs, allerdings vor allem bei den USA unter einem Übergewicht der Letzteren. So übt ein Vertreter des Militärs das Kommando aus.¹¹⁵⁰ Die staatlichen Entwicklungsgelder der internationalen Gemeinschaft werden teilweise über das jeweilige nationale PRT gelenkt.¹¹⁵¹ Die Ziele der PRTs sind die Etablierung und Stabilisierung der Zentralregierung auf dem Lande, die Förderung der Beziehungen zu den „Lokalfürsten“ (siehe oben), die Unterstützung der Reform der afghanischen Sicherheitskräfte und des Wiederaufbaus.¹¹⁵²

Die Entwicklungshilfe durch die PRTs gehorcht einem militärischen Primat: Sie wird vor allem dort geleistet, wo die Aufständischen stark sind (im Süden und Osten), um mit ihr die Bevölkerung auf „seine Seite“ zu

¹¹⁴⁸ Bei den Erläuterungen zur CIMIC und den PRTs lehne ich mich an meine Ausführungen an: Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 82-83.

¹¹⁴⁹ Vgl. H.-J. Preuß, a.a.O., S. 29.

¹¹⁵⁰ Vgl. C. Dale, a.a.O., S. 95.

¹¹⁵¹ Vgl. H.-J. Preuß, a.a.O., S. 30.

¹¹⁵² Vgl. Ebd., S. 29-30.

*ziehen und Informationen über die Taliban zu gewinnen.*¹¹⁵³ Nachhaltigkeit spielt hierbei keine Rolle: Brunnen werden mit Hilfe von westlicher Technologie gebaut, die Pflege der Brunnen wird den Dorfbewohnern aber nicht beigebracht.¹¹⁵⁴

Mit anderen Worten: Man gibt den Afghanen Fisch zu essen, ohne sie fischen zu lehren.

Problematisch an dieser kurzfristigen, militärisch fokussierten Entwicklungshilfe ist weiterhin die fehlende Klärung der Eigentumsfrage: Oftmals geht der Brunnen nach Fertigstellung ins Privateigentum des Dorfältesten über.¹¹⁵⁵ Wie bei Entwicklungshilfe allgemein, wird die Hilfe durch die PRTs oft an Aufständische weitergereicht.¹¹⁵⁶ Die Taliban konnten sich unter Obama insofern auf mehr „Hilfe“ freuen, da sie die Entwicklungshilfegelder abpressen: NGOs sind in Afghanistan weitgehend schutzlos, weswegen die Aufständischen von ihnen „Schutzgebühren“ erpressen können oder „Wegegeld“ für die Straßen, die sie benutzen, verlangen.¹¹⁵⁷

Schließlich ist die grundlegende Konzeption der PRTs ein Problem: Bei CIMIC verschwimmen die Grenzen zwischen Militär und Zivilist – etwas was in neuen Kriegen oft geschieht. Da die Militärs im Verein mit Zivilisten auftauchen, werden die westlichen NGOs ebenfalls mit dem Militär assoziiert. Dazu trägt bei, dass US-Spezialeinheiten auf ihren Fahrzeugen grüne Nummern verwenden – wie sie auch NGOs benutzen.¹¹⁵⁸

¹¹⁵³ Vgl. H.-J. Preuß, a.a.O., S. 31.

¹¹⁵⁴ Vgl. Ebd.

¹¹⁵⁵ Vgl. Ebd.

¹¹⁵⁶ Vgl. A. Guistozzi, a.a.O., S. 193-194.

¹¹⁵⁷ Vgl. M. Hastings, a.a.O., o.S.

¹¹⁵⁸ Vgl. T. Ruttig: Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung, a.a.O., S. 30.

Die Bundeswehr benutzt weiße Geländewagen – und ist damit nicht von den Fahrzeugen der Vereinten Nationen zu unterscheiden. Vgl. J. Wagner, a.a.O., S. 30.

Dadurch werden die Nichtregierungsorganisationen zu Zielen der Aufständischen:¹¹⁵⁹

Im Verlauf der Jahre 2009-2010 nahmen die Attacken auf sie rapide zu, im Vergleich des jeweils dritten Quartals um 59 % Prozent.¹¹⁶⁰

Die NGOs sind für die Gewährleistung ihrer Sicherheit auf private Sicherheitsdienstleister angewiesen, die in neuen Kriegen als nicht-staatliche Akteure eine wichtige Rolle spielen.¹¹⁶¹ Doch die privaten Sicherheitsunternehmen wie das us-amerikanische *Blackwater* delegitimieren die westliche zivile Präsenz weiter. Es kam zu mehreren Vorfällen, bei welchen afghanische Zivilisten von ihren Mitarbeitern erschossen wurden, ohne dass die Verantwortlichen je zur Rechenschaft gezogen wurden (ebendas ist die Problematik von privaten Sicherheitsdienstleistern im Vergleich zu regulären Streitkräften).¹¹⁶² 2010 beschloss Karzai folglich ein Verbot der Präsenz von privaten Sicherheitsfirmen auf afghanischem Boden. Auf Druck der USA hin setzte er das Verbot zwar aus, doch die Mitarbeiter der privaten Firmen bekamen ihre Visa nur unter Schwierigkeiten und konnten nicht einreisen.¹¹⁶³ Die Folge für die NGOs wiederum war – trotz der Verständlichkeit des Verbots von nicht kontrollierbaren und nicht rechenschaftspflichtigen privaten Sicherheitsunternehmen – die weitere Verschlechterung ihrer Sicherheitslage. So zogen sich viele aus Afghanistan zurück – womit die Taliban die Verringerung der ausländischen Präsenz de-facto schon vor dem anstehenden Abzug erreicht haben.¹¹⁶⁴ Dass eine Verringerung der

¹¹⁵⁹ Vgl. H.-J. Preuß, a.a.O., S. 31-32.

¹¹⁶⁰ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 35ff.

¹¹⁶¹ Vgl. Ebd.

¹¹⁶² Vgl. Ebd.

¹¹⁶³ Vgl. Ebd.

¹¹⁶⁴ Vgl. Ebd.

NGO-Präsenz zu einer zum Beispiel sich noch verschlechternden Lage der Frauenrechte beiträgt, dürfte ihnen ebenfalls gelegen sein.

Fehlende Nachhaltigkeit – das ist auch das Stichwort für die Zukunftsaussichten der Entwicklungshilfe in Afghanistan.

Mehr als 60 % Prozent des afghanischen Haushalts stammt 2013 von internationalen Gebern, vor allem von den USA.¹¹⁶⁵

Zwar haben internationale Geber auf der Tokio-Konferenz und weiteren internationalen Konferenzen versprochen, Afghanistan bis 2025, bis zum Ende der „Dekade der Transformation“ zu unterstützen. Dann soll die Autarkie des afghanischen Haushalts erreicht sein. Bis dahin wird Entwicklungshilfe konditional – gemäß den Fortschritten bei der *good governance* – gewährt.¹¹⁶⁶ Doch nicht nur die Erfüllung dieser Kriterien könnte für Afghanistan ein Problem sein.

Die historische Erfahrung zeigt, dass internationale Geber sehr schnell das „Interesse“ verlieren, wenn die eigenen Truppen aus dem Land abgezogen sind. Afghanistan selbst nach dem sowjetischen Abzug, aber auch Irak (minus 69 % im Vergleich zum letzten Jahr *vor* dem Abzug), Kosovo (minus 52 %), Haiti (minus 43 %) und Bosnien (minus 60 %) lassen die Befürchtung aufkommen, dass der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*) auch in Afghanistan nicht beachtet wird.¹¹⁶⁷ Dabei appellierte der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Februar 2002 gerade daran, sich langfristig in Afghanistan zu engagieren. Gerhard Schröder erinnert sich:

¹¹⁶⁵ Vgl. SIGAR, a.a.O., S. 6.

¹¹⁶⁶ Vgl. Ebd., S. 6-7.

¹¹⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 7 (Figure 1.2).

„Seine Warnung galt politischer Kurzatmigkeit, und sie galt dem Fehler der Vergangenheit, Konfliktherde ohne langfristiges Stabilisierungskonzept zu schnell sich wieder selbst zu überlassen. Es gelte, die Regel *no exit without strategy* zu beherzigen.“¹¹⁶⁸

Nicht nur die zivilen Entwicklungsfortschritte würden durch einen Einbruch der Entwicklungshilfe nach dem *run to the exits* in Afghanistan in Frage gestellt.

Auch die afghanischen Sicherheitskräfte, deren für Stabilität nötige Zahl vom amerikanischen Verteidigungsministerium für die Jahre 2015-2018 auf 373.400 Mann geschätzt wird, würden ohne internationale Unterstützung kaum zu finanzieren sein. Sogar wenn die afghanische Regierung all' ihre Einkünfte in die Sicherheitskräfte stecken würde, wären die zu erwartenden Kosten von 5-6 Milliarden US-Dollar pro Jahr nur zu einem Drittel gedeckt.¹¹⁶⁹ Gerade hohe Ausgaben für die Sicherheitskräfte könnten meiner Auffassung nach jedoch dazu führen, dass sich ein Teufelskreislauf perpetuiert: Aufgrund der schlechten sozio-ökonomischen Lage und schlechter Regierungsführung wächst der Aufstand und verschlechtert sich die Sicherheitslage. Die afghanische Regierung ist gezwungen, noch mehr in die Sicherheitskräfte zu investieren. Geld, das wiederum für die soziale Entwicklung fehlt. So verschlechtert sich die sozio-ökonomische Lage weiter, was wiederum zu einer noch schlechteren Sicherheitslage führt usw.

Die Einnahmesituation des afghanischen Staates wird sich dabei in den nächsten Jahren nicht signifikant verbessern. Dem steht gemäß dem

¹¹⁶⁸ G. Schröder, a.a.O., S. 216.

¹¹⁶⁹ Vgl. SIGAR, a.a.O., S. 4-5.

Internationalen Währungsfonds ein sehr niedriger Startpunkt entgegen. So machten inländische Einnahmen 2006-2013 nur 9 % Prozent des afghanischen BIPs aus, der Durchschnitt für Länder mit niedrigem Einkommen lag bei 21 % Prozent. Es gibt nur wenige Steuerarten, die Opposition gegen neue Steuern ist hoch und die Steuermoral niedrig.¹¹⁷⁰ Nicht zuletzt blüht der Schwarzmarkt (vor allem Drogenhandel), wodurch dem Staat große Einnahmen entgehen. So bleibt Afghanistan auf Jahrzehnte auf internationale Hilfe angewiesen.

Insgesamt lässt sich für die Entwicklungshilfe feststellen, dass auf Grund der unzureichenden Mittel, ihrer nicht-effektiven Verwendung von der US-Seite aus (Koordinationsproblem und unklare Prioritäten) und seitens der afghanischen Regierung (Korruption und der eng verknüpfte Drogenhandel), ebenso wie auf Grund fehlender Nachhaltigkeit die Entwicklungsfortschritte in Afghanistan nicht den (hohen) Zielen der Internationalen Gemeinschaft entsprachen, auch wenn zumindest unter Obama die Ressourcen erhöht und ihre Verwendung (seitens der USA) effektiver gestaltet wurde und die Entwicklungsfortschritte im Vergleich zum Afghanistan des Jahres 2001 zum Teil durchaus beachtlich waren.

Für Afghanistan werden wohl Milliarden mehr auf Jahrzehnte gebraucht – die Frage allerdings ist, welcher westliche Staat die strategische Geduld aufbringt und wer bereit ist, einer korrupten Regierung mit schlechter Regierungsleistung so viel Geld so lange zu geben. Auch die fragile Sicherheitslage lässt die wünschbare nachhaltige Entwicklung nicht zu.

Eines der Hauptprobleme für den Entwicklungsfortschritt Afghanistans ist die afghanische Regierung, die im Zusammenhang mit ihrer Korruptionsanfälligkeit, den klientelistischen Netzwerken Karzais und seiner Machtausübung durch Patronage schon angesprochen wurde.

¹¹⁷⁰ Vgl. SIGAR, a.a.O., S. 8.

Im Weiteren wird es folglich um die **Demokratie** und den **Rechtsstaat** in Afghanistan gehen.

Formal gesehen entwickelten sich diese gut in Afghanistan:

So gab es im Dezember 2001 in Petersberg bei Bonn eine internationale Konferenz, auf der das *Bonn Agreement* zwischen Stammesführern, ethnischen Führern und Kriegsherren der Nordallianz beschlossen wurde – eine sogenannte *Road Map* für Transition.¹¹⁷¹ Die Taliban sollten keinen Anteil an einem politischen Neuanfang in Afghanistan haben. Zum Vorsitzenden der neuen Interimsadministration wurde H. Karzai, ein Paschtune vom einflussreichen Popolzai-Clan, gewählt. Sowohl in Afghanistan, als auch bei den wichtigsten externen „Spielern“ hatte er eine gute Reputation.

In Afghanistan selbst wurde er als Popolzai-Paschtune von der einflussreichen Durrani-Dynastie im Süden gestützt. Auch die Königstreuen, die Anhänger des letzten afghanischen Königs Zahir Shah, stellten sich hinter Karzai.¹¹⁷²

International unterstützte Karzai eine breite Koalition aus den USA, Großbritannien, Indien und den Vereinten Nationen.¹¹⁷³ Aber auch Russland und der Iran hatten nichts gegen den Paschtunen aus dem Süden. Für jeden war etwas dabei: Karzai galt, wie erwähnt, als enger Verbündeter des Westens, kooperierte jahrelang mit der CIA und kämpfte als Kriegsherr mit bei der Vertreibung der Taliban. Er sprach (und spricht) fließend Englisch. Auch aus indischer Sicht war er unterstützenswert als jemand, der in Indien studiert und gegen die (von Pakistan geförderten) Taliban

¹¹⁷¹ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 6.

¹¹⁷² Vgl. M. Lüders: Zwischen Stammesinteressen und Großmachtpolitik: Afghanistans gefährdeter Frieden. Politikinfo/Internationale Politik-Analyse. FES. Bonn. 2001-2002. o.S. Online verfügbar unter:

<http://library.fes.de/fulltext/id/01155.htm#E9E6>; zuletzt geprüft am 16.09.2012.

¹¹⁷³ Vgl. Ebd.

gekämpft hat.¹¹⁷⁴ Im Iran ist wiederum positiv aufgefallen, dass Karzai jahrelang im Land gelebt hat.¹¹⁷⁵ Russlands Repräsentant auf der Konferenz in Petersburg erwähnte, dass Karzai in Moskau gewesen sei und man ihn kennen und schätzen würde.¹¹⁷⁶

Karzai stand einer 30-köpfigen Übergangsregierung vor. Die Nordallianz, maßgeblich an der Vertreibung der Taliban beteiligt und Repräsentantin der ethnischen Minderheiten der Tadschiken und Usbeken, erhielt 17, ethnische Paschtunen 11 Ministerposten.¹¹⁷⁷

Von Anfang an gab es Auseinandersetzungen um die angemessene ethnische Balance der Regierung. So beschwerte sich der wichtige usbekische Kriegsherr Dostum über die tadschikische Dominanz – die Tadschiken stellen 25 % Prozent der afghanischen Bevölkerung, besetzten aber gleich drei Schlüsselressorts: Verteidigung, Innen und Außen. Aus Protest wollte Dostum anfangs nicht an der Regierung partizipieren (später ließ er sich allerdings wohl vom Argument überzeugen, dass Regierungsgegner kein „Wiederaufbaugeld“ bekommen).¹¹⁷⁸

Auch die Experten sind sich über die „richtige Balance“ im Vielvölkerstaat Afghanistan nicht einig:

Nach Meinung von einigen lag der Konstruktionsfehler des Übereinkommens von Petersburg im Einschluss der Warlords der Nordallianz, denen seitens der Paschtunen zahlreiche Verbrechen an den paschtunischen Zivilisten und den Taliban-Kämpfern vorgeworfen

¹¹⁷⁴ Vgl. M. Lüders, a.a.O., o.S.

¹¹⁷⁵ Vgl. B. Woodward: Bush at War, a.a.O., S. 314.

¹¹⁷⁶ Vgl. Ebd.

¹¹⁷⁷ Vgl. M. Lüders, a.a.O., o.S.

¹¹⁷⁸ Vgl. Ebd.

wurden.¹¹⁷⁹ So würde es der neuen Interimsadministration an Legitimität unter den Paschtunen im Süden und Osten fehlen. Allerdings gab es einen wichtigen politischen Grund, die Kriegsherren der Nordallianz am Neuanfang zu beteiligen - ihre maßgebliche Beteiligung an der Vertreibung der Taliban und der Al-Qaida (sie ersetzten den USA zu Anfang des Afghanistankrieges die Bodentruppen).¹¹⁸⁰

Andere wiederum, wie B. Abdolvand, hoben im Gegenteil hervor, dass die Nicht-Paschtunen nach ihrer anfänglich – wohl auf Druck der internationalen Gemeinschaft – erreichten Regierungsbeteiligung nach und nach aus den wichtigen Posten verdrängt wurden.

Entweder wurden sie ins Exil gedrängt oder auf bedeutungslose Posten abgeschoben.¹¹⁸¹

So wurde aus dem tadschikischen Innenminister Ghanuni ein Parlamentspräsident. Dieser Posten klingt schön, verfügt aber über keine bedeutenden Kompetenzen.¹¹⁸² Der tadschikische Kriegsherr und Verteidigungsminister Fahim wurde durch den Paschtunen General Wardak ersetzt und bekleidet nun den symbolischen Posten des Militärberaters von Karzai.¹¹⁸³ Der erwähnte usbekische General Dostum – anfangs Chefberater des Präsidenten für militärische Angelegenheiten – musste nach einem Machtkampf ins türkische Exil fliehen. Zuvor stand er ein Jahr lang in Kabul unter Arrest.¹¹⁸⁴

¹¹⁷⁹ Vgl. T. Ruttig: Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung., a.a.O., S. 32; Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 11. Siehe hierzu auch: *Die militärische Teilstrategie*.

¹¹⁸⁰ Siehe *Gesamtstrategie unter Bush*.

¹¹⁸¹ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen, a.a.O., S. 20.

¹¹⁸² Vgl. Ebd.

¹¹⁸³ Vgl. Ebd.

¹¹⁸⁴ Vgl. Ebd. Dostum wie Fahim wurden allerdings Kriegsverbrechen vorgeworfen. Vgl. *Die militärische Teilstrategie*.

Jedenfalls führte gegenseitiges Misstrauen zwischen den einzelnen Ethnien Afghanistans dazu, dass es zu lokaler Selbstbewaffnung der verschiedenen Volksgruppen und damit der Untergrabung der ohnehin schwachen Zentralregierung in Kabul kam.¹¹⁸⁵ Auch die Karzai-Administration und die USA trugen ihren Teil dazu bei, indem sie paschtunische Stämme im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet bewaffne(t)en, um gegen die Taliban-Infiltration über die Grenze vorzugehen.¹¹⁸⁶ Gemäß dem berühmten Sicherheitsdilemma gibt diese Bewaffnung wiederum – beim Fehlen einer starken und als unparteiisch empfundenen zentralen Autorität – den Gruppierungen der ehemaligen Nordallianz „Gründe“ sich selbst stärker zu bewaffnen etc.¹¹⁸⁷

Die afghanische Zentralregierung stand in der ethnisch heterogenen Stammesgesellschaft Afghanistans mit ihrem traditionellen Betonen der Unabhängigkeit der Stämme von Kabul also von Anfang an auf schwachem Boden.

Bis Juni 2002 amtierte die in Bonn eingesetzte Übergangsregierung, dann wurde eine außergewöhnliche Loya Jirga, gemäß afghanischen Traditionen eine große Ratsversammlung, mit 1500 Deputierten einberufen.¹¹⁸⁸ Diese wählte Karzai als Interimspräsidenten, auch sein Kabinett wurde nun gewählt.¹¹⁸⁹ Die Transitionsregierung ernannte dann eine 35 köpfige Verfassungskommission im Oktober 2002, die bis zum November 2003 die

¹¹⁸⁵ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen, a.a.O., S. 22.

¹¹⁸⁶ Vgl. Ebd. Tatsächlich finden sich jedoch gerade in diesen Stämmen viele Taliban-Anhänger. Vgl. Ebd.

¹¹⁸⁷ Vgl. Ebd.

¹¹⁸⁸ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 6.

¹¹⁸⁹ Vgl. Ebd.

neue Verfassung ausarbeitete.¹¹⁹⁰ Die Verfassung wurde wiederum von einer Loya Jirga mit 500 Mitgliedern aus den Provinzen angenommen (von diesen waren 90 Frauen, fast 20 % Prozent aller Abgeordneten). Die Annahme der Verfassung geschah im Januar 2004.¹¹⁹¹

An diesem politischen Demokratisierungsprozess lässt sich *demokratiethoretisch* kritisieren, dass die Interimsregierung mitsamt Karzai nicht direkt vom Volk gewählt wurde.

Die Verfassung wiederum wurde durch ein Gremium entworfen, das diese Regierung einberufen hatte. Schließlich wurde die Verfassung ebenso durch ein nicht gewähltes Gremium, die Loya Jirga, bestätigt. Ein Referendum über die Verfassung gab es nie.

Allerdings muss man bei dieser Kritik bedenken, dass man nicht einfach westliche Demokratiemaßstäbe an die Stammesgesellschaft Afghanistans anlegen kann. Der Verfassungsgebungsprozess war durchaus repräsentativ, da sowohl die internationale Petersberg Konferenz als auch die Großen Ratsversammlungen alle ethnischen wie politischen Gruppierungen enthielten. Die Stammesführer, die in der afghanischen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen, wurden ebenfalls berücksichtigt. Dass die Taliban von der Neugestaltung ausgeschlossen wurden¹¹⁹², kann man nachvollziehen, standen diese doch demokratischen Prozessen feindlich gegenüber und terrorisierten die eigene Bevölkerung, besonders ethnische Minderheiten und Frauen, missachteten also grundlegende Menschenrechte. Der Ausschluss der Taliban kann also demokratiethoretisch genauso gut begründet werden wie der Ausschluss

¹¹⁹⁰ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 6.

¹¹⁹¹ Vgl. Ebd.

¹¹⁹² Vgl. hierzu: G. W. Bush; Putin, Vladimir V.: Joint Statement on Afghanistan. Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on Afghanistan, a.a.O., o.S.

von Nationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland vom politischen Gestaltungsprozess nach 1945.

Am ganzen Prozess kann man die externe Einmischung kritisieren:

Ein Beispiel für letztere sind die Wahl Karzais auf der Petersberger Konferenz zum Vorsitzenden der Übergangsregierung. Im ersten Wahlgang wurde ein Monarchist und nicht Karzai gewählt. Daraufhin bestanden die USA, die durch die Zusammenarbeit des CIA mit Karzai den Paschtunen aus dem Süden gut kannten, auf einem zweiten. In diesem setzte sich Karzai durch.¹¹⁹³

Gleichwohl war realpolitisch klar, dass die USA als Land, ohne das der Sturz der Taliban nicht möglich gewesen wäre, auch die Nachkriegsordnung mitgestalten wollen würden (genauso wie die Internationale Gemeinschaft es zum Beispiel im Kosovo tut).

Nach dem Prozess der Verfassungsgebung, der sich an traditionelle afghanische Formen wie die Loya Jirga hielt, wurde der Wahlprozess in Zusammenarbeit mit der UN eingeleitet, ein UN-afghanisches Komitee wurde gebildet, um die Wahlen vorzubereiten (Juli 2003).¹¹⁹⁴

2004 fanden freie und faire Präsidentenwahlen unter internationaler Beobachtung (USA, EU, OSZE, Asia Network for Free Elections) statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 80 % Prozent, Karzai gewann mit 55 % Prozent.¹¹⁹⁵ Nun war er nicht nur auf die traditionelle afghanische Weise, sondern auch „direkt-demokratisch“ legitimiert und konnte seine Legitimität sowohl auf der repräsentativen Wahl durch die Loya Jirga (mit dem Makel der äußeren Einmischung), als auch auf die Wahl des Volkes zurückführen. Zwar wurden bei der Wahl Vorwürfe von Gewalt

¹¹⁹³ Vgl. T. Ruttig: Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung, a.a.O., S. 33.

¹¹⁹⁴ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 6.

¹¹⁹⁵ Vgl. Ebd.

und Stimmenkauf laut (womit das Problem der Korruption wieder auftaucht)¹¹⁹⁶, doch waren sie, wie gesagt, durch neutrale Internationale Organisationen wie die OSZE als „frei und fair“ gekennzeichnet worden.

Im September 2005 gab es ebenso freie und faire Parlaments- und Provinzwahlen mit einer Wahlbeteiligung von 64 % Prozent.¹¹⁹⁷ Auch hier sprechen manche Beobachter von Stimmenkauf, Manipulation und Gewalt¹¹⁹⁸ – allerdings ist auch hier die Einschätzung der internationalen Wahlbeobachter (die bei der Evaluation von Wahlen international die größte normative Kraft besitzt) eine andere. Im Dezember 2005 trat das Parlament zusammen.¹¹⁹⁹

Die Unterstützung der USA für die Demokratisierung Afghanistans bestand in der Übernahme der Wahlkosten (für die Präsidentenwahl wurden 40 % Prozent der Kosten übernommen) und im Zur-Verfügung-Stellen von Verfassungsexperten. Für die Stärkung der Regierungsführung der afghanischen Regierung wurde ein Trainingsprogramm für Beamte und Ratsmänner aufgelegt, über ein Dutzend US-Berater in Ministerien entsandt und Beratung zum Verhältnis Region-Zentrale in Kabul angeboten.¹²⁰⁰

Laut dem von der Übergangsregierung 2002 herausgegebenen *National Development Framework* (NDF) sollte Afghanistan ein dezentraler Staat werden (wenn man sich die Schwäche der Zentralregierung ansieht, war es schon einer) mit einem regulatorischen Rahmen für eine moderne, freie

¹¹⁹⁶ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 12.

¹¹⁹⁷ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 6.

¹¹⁹⁸ Vgl. M. Baraki, a.a.O., S. 12.

¹¹⁹⁹ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 6.

¹²⁰⁰ Vgl. Ebd., S. 6-7.

Marktwirtschaft. Afghanistan sollte also eine Demokratie nach US-Vorbild werden.¹²⁰¹

Dies war insofern problematisch, als dass man von lokalen Begebenheiten ausgehen sollte (was im Verfassungsgebungsprozess auch geschah) und nicht einfach die Konzeption einer entwickelten, konsolidierten, liberalen westlichen Demokratie auf eine Stammesgesellschaft übertragen kann.

Die Schwäche des Zentralstaats zum Beispiel würde in einer ethnisch heterogenen Stammesgesellschaft immer bestehen, allerdings sollte der Zentralstaat wenigstens insofern *gestärkt* werden, als dass er das Gewaltmonopol über das gesamte Staatsgebiet ausüben und damit das Kollektivgut Sicherheit für alle seine Staatsbürger gewährleisten kann.¹²⁰²

Ohne Staat und seine grundlegenden Strukturen kann es keine Regimeform – auch keine Demokratie – geben. Auch die dezentralisierte Demokratie nach US-Vorbild beruht darauf, dass die Zentrale in Washington das Gewaltmonopol innehat und nicht jeder Einzelstaat

(der dann mit einer Armee die bewaffnete Sezession anstreben könnte).

Auch die zweite Zielvorgabe war problematisch: Eine freie, moderne Marktwirtschaft setzt eine moderne Gesellschaftsstruktur und ein Industriepotenzial voraus. Beides war in Afghanistan nicht gegeben. Natürlich könnte man zumindest die Industrie in Jahrzehnten aufbauen¹²⁰³; allerdings ist zu fragen, ob nicht eher die Agrarwirtschaft und kleinräumige Marktstrukturen gestärkt werden sollten.¹²⁰⁴ Dies setzte wiederum eine gewisse staatliche Intervention voraus – schließlich braucht man

¹²⁰¹ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 7.

¹²⁰² Hierfür ist jedoch die Grundvoraussetzung, dass der Staat von den eigenen Bürgern als unparteiisch wahrgenommen wird (und nicht von einer bestimmten Ethnie / bestimmten Ethnien dominiert).

¹²⁰³ Ob sich Gesellschaftsstrukturen so schnell verändern lassen, bleibt fraglich.

¹²⁰⁴ Für den letzteren Weg plädiert F. Ruge: Vgl. F. Ruge: Politik und Strategie, a.a.O., S. 223-224.

Infrastruktur (Wege vom Bauern zum Markt), Anleihen und Kredite für die Bauern, anfangs möglicherweise staatlich garantierte Abnahmepreise, Agrarsubventionen etc. Wie bereits aufgezeigt, wurde die Landwirtschaft im Rahmen der US- und der internationalen Hilfe insgesamt vernachlässigt. *Das Problem des US-Demokratisierungs- und Entwicklungsansatzes, der sich in den Zielen der Übergangsregierung widerspiegelte, lässt sich mit einem Wort als „Sozialtechnokratismus“ betiteln.¹²⁰⁵ Eine Demokratie mit Marktwirtschaft lässt sich aber nicht einfach als „Fertigbausatz“ errichten, zumal sie nie auf eine tabula rasa trifft, sondern stets auf lokal-geprägte sozio-kulturelle Verhältnisse und eine jeweils besondere (politische) Geschichte.*

So gesehen waren die Demokratisierungsbemühungen der USA fehlgeleitet und gingen an den wirklichen Bedürfnissen der Afghanen vorbei.

Die weitere Entwicklung der Demokratie in Afghanistan bestätigt Kritiker wie P. Rudolf, die sozialtechnischen externen Demokratisierungsbemühungen ohne sozio-ökonomische Grundlage skeptisch gegenüberstanden.

Die Präsidentschaftswahlen 2009, aus denen Karzai erst in zweiter Runde als Sieger hervorgehen konnte (nachdem sein Mitbewerber Abdullah seine Kandidatur zurückzog, s.u.), wurden – im Gegensatz zu den ersten Präsidentschaftswahlen 2004 – von massiven Korruptionsvorwürfen überschattet.¹²⁰⁶ Die internationalen Beobachter, die zugegen waren, bestätigten die Vorwürfe und Karzai musste sich öffentliche Kritik seitens der neuen US-Administration gefallen lassen (etwas, was unter Bush kaum vorgekommen ist).¹²⁰⁷ Insgesamt wurden in 2.451 Wahllokalen

¹²⁰⁵ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 34-37.

¹²⁰⁶ Vgl. P. Tristram, a.a.O., o.S.

¹²⁰⁷ Siehe dazu die *Gesamtstrategie unter Obama*.

Wahlfälschungen zu Gunsten von Karzai festgestellt.¹²⁰⁸ Allerdings hat auch sein Herausforderer Abdullah (ein Repräsentant der ehemaligen Nordallianz) Stimmen gefälscht.¹²⁰⁹ Die von solchen Vorwürfen überschatteten Wahlen waren auch die ersten, in denen eine (formal) unabhängige afghanische Wahlkommission die Wahlen organisierte und durchführte.¹²¹⁰ Allerdings ist ihre Unabhängigkeit von Karzai in Frage gestellt worden, nachdem er dem Vorschlag einer Neubesetzung der Kommission seitens Abdullahs nicht nachkam und dieser seine Kandidatur aus Protest zurückzog.¹²¹¹

Die Parlamentswahlen 2010 wurden von der Mehrheit der Afghanen (56 % Prozent) als „manipuliert“ (*fraudulent*) bezeichnet.¹²¹²

Bei aller Kritik der EU und der USA an der Entwicklung der Demokratie in Afghanistan sollte man jedoch bedenken, dass Amerikaner (und noch weniger die Europäer) keine Druckmittel gegenüber Karzai (oder einem neuen afghanischen Präsidenten) haben, um ihn zu Verhaltensänderungen zu bewegen. Die Beziehung „USA-afghanische Regierung“ ist eine *Patron-Klientel-Beziehung*. Der Patron hat Interesse an einer stabilen Zentralregierung in Kabul und es gibt keine Alternative zur herrschenden Zentralregierung. Der Klient kann daher weiterhin mit finanzieller Unterstützung rechnen und hat keine Anreize selbstständig zu werden bzw.

¹²⁰⁸ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.

¹²⁰⁹ Vgl. Ebd.

¹²¹⁰ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 8.

¹²¹¹ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.

¹²¹² Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David: Afghan Views Worsen as Setbacks Counter U.S. Progress in Helmand. ABC NEWS/BBC/ARD/WASHINGTON POST POLL. 2010. S. 10. Online verfügbar unter: http://www.humansecuritygateway.com/documents/ACSOR_Afghanistan_WhereThingsStand2010.pdf, zuletzt geprüft am 13.09.2012.

sein Verhalten im Hinblick auf Demokratie, Korruption, gute Regierungsführung (*good governance*) zu ändern.¹²¹³

Die Präsidentschaftswahl im Jahr 2014 brachte neben Licht auch viel Schatten. Es kam zu einer Stichwahl zwischen Abdullah Abdullah (ehemaliger Außenminister und Mujahideen; Kandidat der Tadschiken, Hazara und Usbeken) und Ashraf Ghani (Weltbankökonom, ehemaliger Finanzminister) als Kandidat der Paschtunen (40 % der Bevölkerung).¹²¹⁴

Die Wahlbeteiligung lag in dieser zweiten Runde bei rund 52 % und damit – trotz der Einschüchterungsversuche der Taliban (über 150 Anschläge) ziemlich hoch. Fast 40 % Prozent der Wähler waren Frauen.¹²¹⁵

Doch überschatteten die Betrugsvorwürfe von Abdullah an die Wahlkommission die Wahl. Er warf der Kommission Manipulation zugunsten Ghanis vor (den gleichen Vorwurf äußerte er 2009 gegenüber der Kommission, als er gegen Karzai verlor).¹²¹⁶ Damit entstand die Gefahr der ethnisch-religiösen Polarisierung und einer Lähmung der afghanischen Exekutive ausgerechnet im Jahr des Abzugs der internationalen Truppen. Schließlich kam durch Vermittlung des amerikanischen Außenministers Kerry ein Kompromiss zustande (nachdem zuvor monatelang komplett die Stimmen neu ausgezählt wurden): Ghani wurde Präsident und für Abdullah wird – in dem nach US-Muster gestalteten präsidentiellen System Afghanistans – extra das Amt eines Premierministers geschaffen.¹²¹⁷

¹²¹³ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 23.

¹²¹⁴ Vgl. Afghanistan profile, a.a.O., o.S.

¹²¹⁵ Vgl. S. Mühlmann: Afghanen trotz der Taliban-Gewalt und strömen in die Wahllokale. In: Die Welt, 16.06.2014. S. 6.

¹²¹⁶ Vgl. Afghanistan profile, a.a.O., o.S.; Vgl. Anonym: Ende eines monatelangen Streits, a.a.O., S. 8. Auch Ghani äußerte Betrugsvorwürfe. Vgl. Ebd.

¹²¹⁷ Vgl. Anonym: Ende eines monatelangen Streits, a.a.O., S. 8.

Wie die weitere politische Entwicklung in Afghanistan verläuft, bleibt abzuwarten. Von Stabilität ist das politische System des Landes jedenfalls weit entfernt.

Eine interessante Frage ist, wie Afghanen die Entwicklung des eigenen Landes, ihre Regierung und die internationale (vor allem us-amerikanische) Präsenz im Land sehen.

Wenn die USA Afghanistan als Verbündeten halten wollen, dann müssen sie nämlich nicht nur die afghanische Regierung, sondern auch die afghanische öffentliche Meinung für sich gewinnen. In *diesem* Sinne geht es um die *hearts and minds* der Afghanen, ganz unabhängig von COIN als einer allumfassenden, expansiven Militärstrategie.

D. Hanagan zitiert eine optimistisch klingende Umfrage in Afghanistan von 2008, aus der hervorgehen soll, dass 67 % Prozent der Afghanen denken, dass die afghanische Regierung eine gute Arbeit macht, 78 % Prozent der Meinung sind, die Demokratie sei die beste Herrschaftsform (mehr als in manchen westlich-demokratischen Staaten) und 89 % Prozent der Afghanischen National Armee vertrauen.¹²¹⁸ Angeblich seien die westlichen Medien zu kritisch im Zusammenhang mit Afghanistan, man sehe doch an solchen Umfragen, dass die Afghanen selbst optimistisch gestimmt seien über die Entwicklung ihres Landes, schreibt Oberst Hanagan.¹²¹⁹

Hanagan gibt nicht die Quelle der zitierten Daten an. Generell sind afghanische Umfragewerte mit Vorsicht zu genießen: Afghanistan ist ein Land mit vielen Analphabeten (s.o.), sodass vor allem auf dem Land viele nicht an schriftlichen Meinungsumfragen teilnehmen können (besonders Frauen). Außerdem sind die Daten wohl kaum in von den Taliban-

¹²¹⁸ Vgl. D. Hanagan, a.a.O., S. 23-24.

¹²¹⁹ Vgl. Ebd.

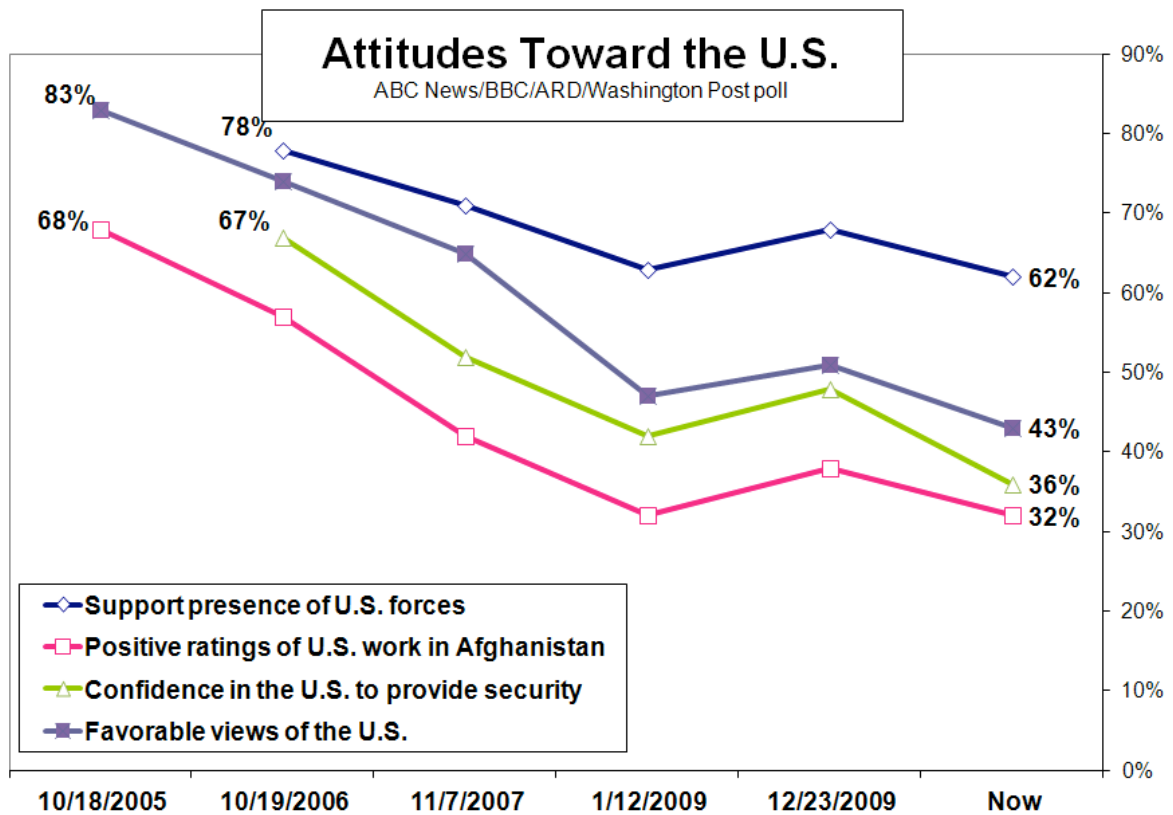
kontrollierten (vor allem ländlichen) Gebieten erhoben worden. Somit ergibt sich ein Übergewicht der Respondenten aus der Stadt, was dazu führt, dass die Repräsentativität für ein agrarisch geprägtes Land – 70 % Prozent der Afghanen sind Bauern – bezweifelt werden kann.

Allerdings gibt es eine durchaus repräsentative Umfrage von ABC News/BBC/ARD und der Zeitung Washington Post, die über einen längeren Zeitraum hinweg erhoben wurde und für die (bei der letzten Umfrage im Jahr 2010) 1.691 afghanische Erwachsene aus *allen* Regionen des Landes befragt wurden. Wie bei allen repräsentativen Umfragen gibt es eine bestimmte Fehlermarge, die für die zitierte Umfrage bei 3,5 % Prozent liegt.¹²²⁰

Interessant ist zunächst einmal die Einstellung gegenüber den *USA*:

¹²²⁰ Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 2.

Grafik 11: Afghanische Einstellungen gegenüber den USA, 2005-2010¹²²¹



Wie man sieht ist das Vertrauen der Afghanen in die amerikanische „Beschützermacht“ im Sturzflug begriffen. Es gab nur ein kurzes Zwischenhoch nach der Verkündung von Obamas neuer Afghanistanstrategie im Dezember 2009¹²²², doch auch diese Strategie konnte offensichtlich nichts an der wachsenden negativen Stimmung gegenüber den USA ändern. Die Mehrheit der Afghanen unterstützt zwar noch (*now*=2010) die US-Militärpräsenz in ihrem Land. Doch mit der Bewertung der US-Arbeit in Afghanistan, mit der Gewährleistung von

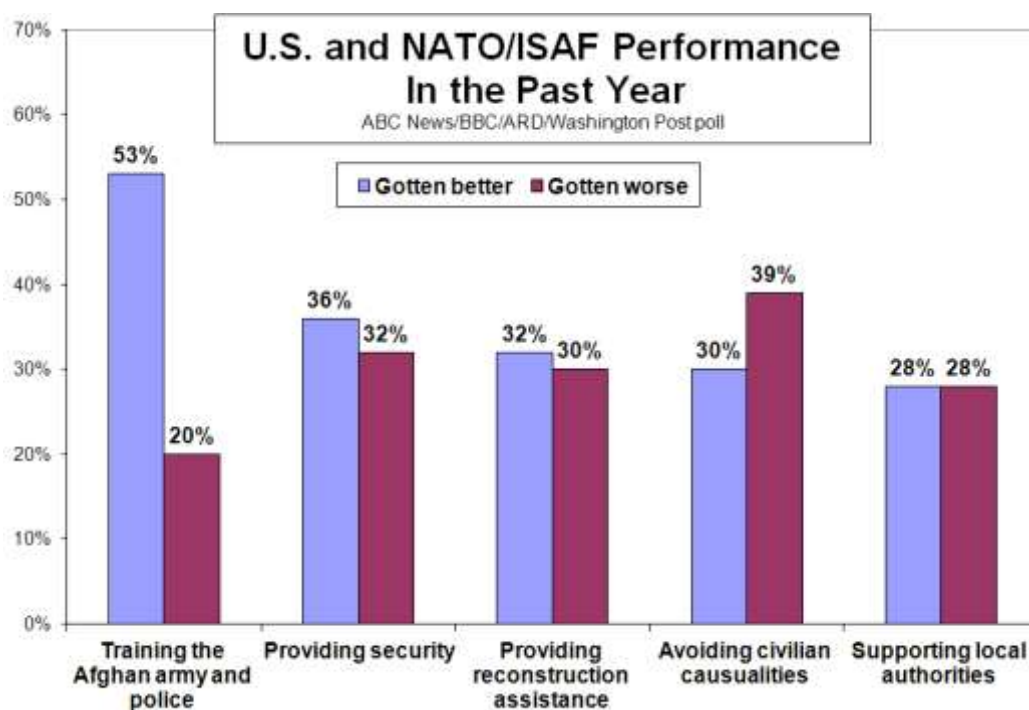
¹²²¹ Grafik aus: Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 1.

¹²²² Die eigentlich bereits im März 2009 verlautbart wurde. Im Dezember wurden konkrete Details wie die genaue Zahl der neuen Truppen und der Beginn des Abzugs verkündigt. Siehe *Gesamtstrategie unter Obama*.

Sicherheit und auch bei der allgemeinen Sicht auf die USA sind weitaus weniger als die Hälfte der Afghanen positiv gestimmt.

Konkret auf die Ziele von COIN und ob diese aus Sicht der Afghanen erreicht wurden, fokussiert die folgende Grafik:

Grafik 12: Die Bewertung der U.S. und NATO Leistungen durch die Afghanen, 2009-2010¹²²³



Gegenüber 2009, dem Jahr der Verkündung der neuen Strategie, gab es nur eine signifikante Verbesserung – bei dem US/NATO-Training für die afghanischen Sicherheitskräfte. Die restlichen Ergebnisse sind gemischt (Sicherheit, Wiederaufbau, Unterstützung für lokale afghanische Behörden) oder gar negativ (Vermeidung von zivilen Opfern). Letzteres ist

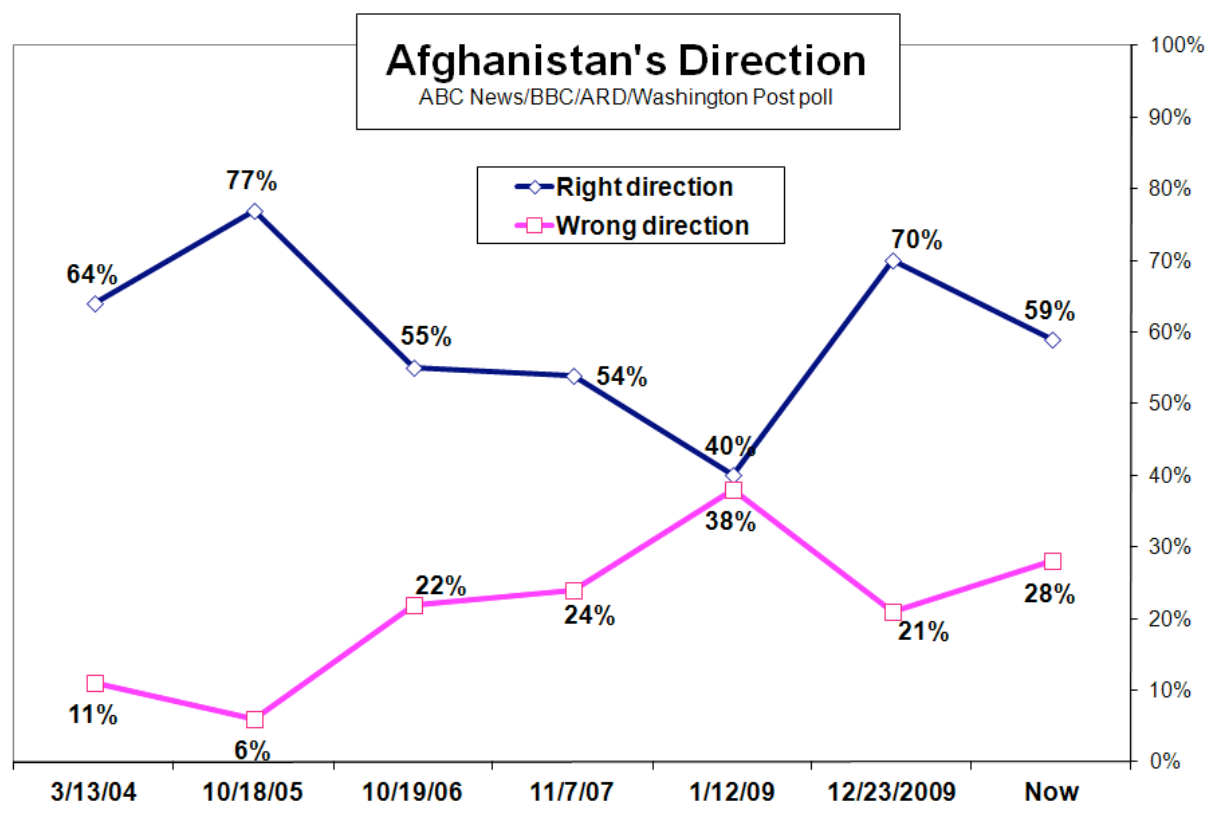
¹²²³ Grafik aus: Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 5.

frappierend, war es doch das Ziel von COIN die Zivilisten zu schützen, um ihre „Herzen und Hirne“ zu gewinnen.

Wie sehen die Afghanen nun die *Entwicklung ihres eigenen Landes*?

Bei der allgemeinen Frage, ob sich Afghanistan „in die richtige Richtung bewegt“ ergibt sich folgendes Bild:

Grafik 13: Afghanistans Entwicklungsrichtung, 2004-2010¹²²⁴



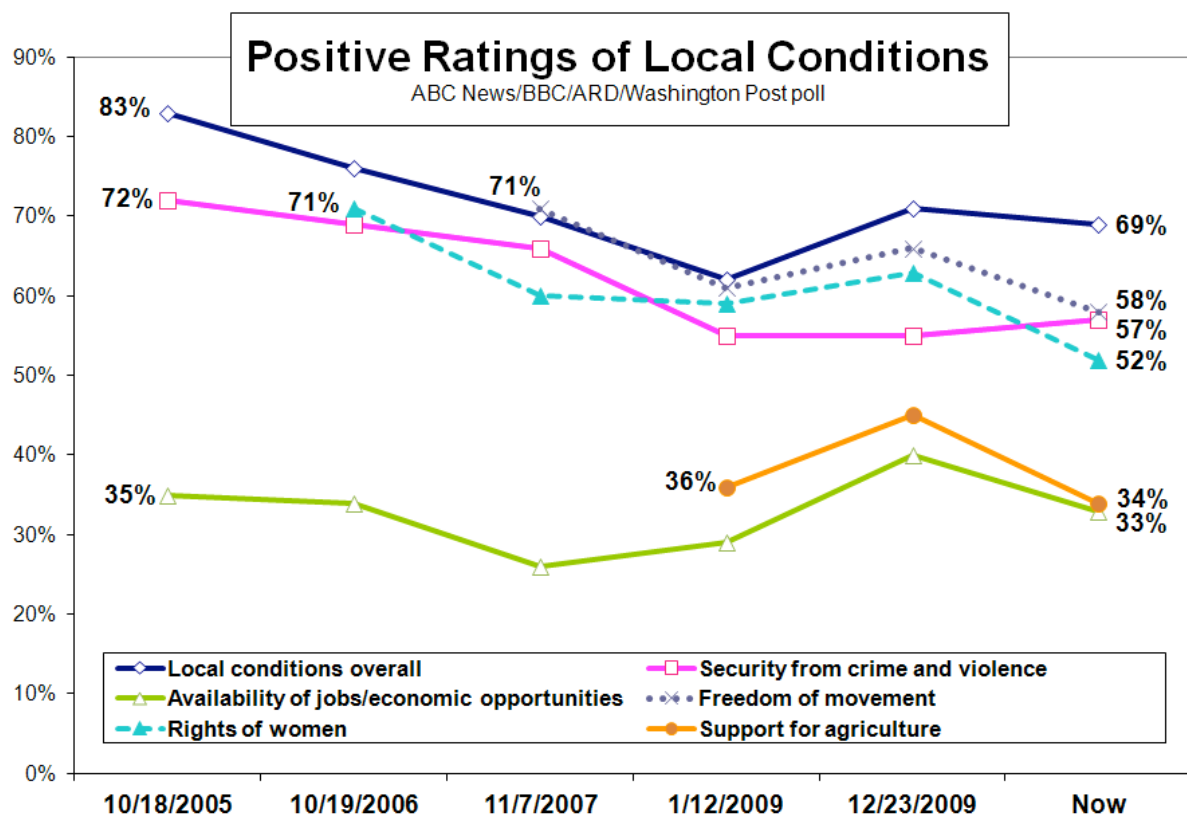
Von 2005 bis 2007 gab es einen Abwärtstrend, der nach der Verkündung der neuen Strategie durch Obama für einen Moment gestoppt wurde (auch wenn der positive Wert für 2009 eindeutig unter dem für 2005 lag). Doch seitdem setzt sich der Abwärtstrend fort. Trotzdem ist nach wie vor die

¹²²⁴ Grafik aus: Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 8.

Mehrheit der Afghanen überzeugt, dass sich ihr Land in die richtige Richtung entwickelt.

Mit der Einschätzung der Verhältnisse vor Ort dürfte diese positive Einschätzung aber nicht zusammenhängen:

Grafik 14: Die Bewertung der Verhältnisse vor Ort durch die Afghanen, 2005-2010¹²²⁵



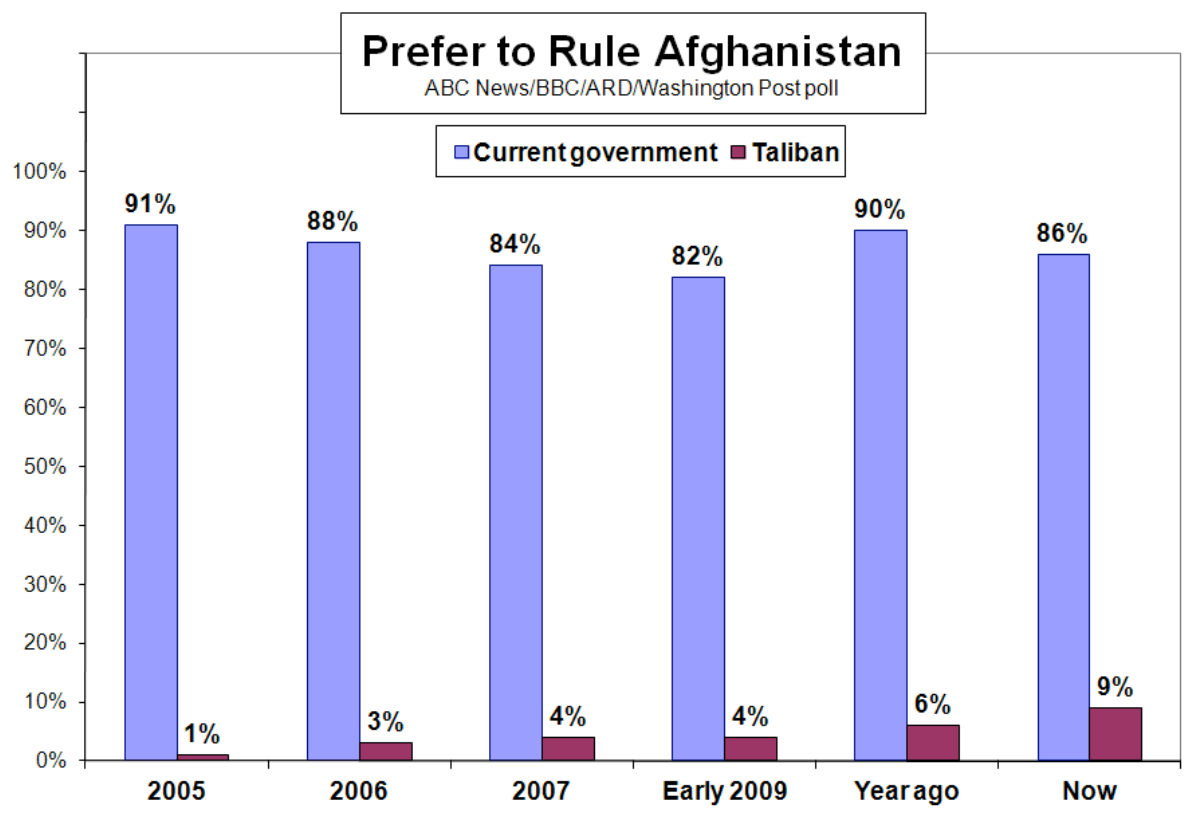
Die lokalen Verhältnisse werden mehrheitlich positiv eingeschätzt (69 % Prozent für 2010), die Werte stagnieren aber. Besonders die sich stark verschlechternde Sicherheitslage („Sicherheit vor Verbrechen und Gewalt“) und die sich im Sinkflug befindenden Frauenrechte sind

¹²²⁵ Grafik aus: Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 9.

alarmierend. Die ökonomische Entwicklung stagniert ebenso wie die (staatliche und internationale) Unterstützung für die Landwirtschaft.

Vor die Alternative „Karzai-Administration/Taliban“ gestellt, präferieren die Afghanen trotzdem eindeutig die erstere, auch wenn die Taliban-Werte kontinuierlich steigen:

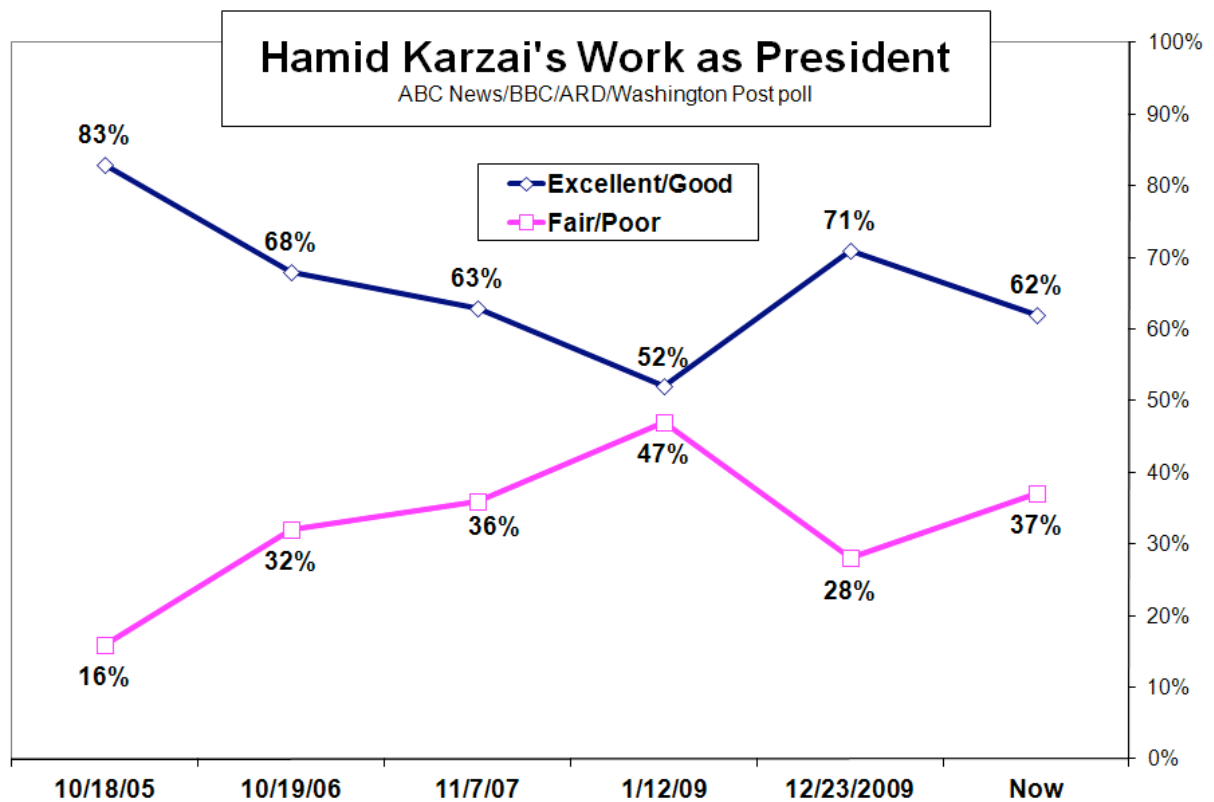
Grafik 15: Wer soll Afghanistan regieren? Die Meinung der Afghanen, 2005-2010¹²²⁶



¹²²⁶ Grafik aus: Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 11.

Auch die Leistung Präsident Karzais wird positiv eingeschätzt, befindet sich aber – bis auf den Ausreißer, der mit der Verkündung der neuen Afghanistan-Strategie mitsamt der Truppenerhöhung und des Abzugsdatums durch Obama im Dezember 2009 zusammenfällt – im Sinkflug:

Grafik 16: Die Einschätzung der Arbeit H. Karzais durch die Afghanen, 2005-2010¹²²⁷



Auffallend ist hier der Tiefpunkt im Januar 2009, der mit der von Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentschaftswahl zusammenhängt. Generell muss zu diesen Zahlen gesagt werden, dass die Leistungen eines

¹²²⁷ Grafik aus: Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 13.

jeden Amtsinhabers (auch z. B. des us-amerikanischen Präsidenten) mit der Zeit negativer bewertet werden, da im Wahlkampf Versprechungen an viele verschiedene soziale Gruppen gegeben werden, die – da die Gruppen unterschiedliche, sich widersprechende Interessen haben – während der Regierungszeit nicht alle erfüllt werden können. „Verscherzt“ sich der Amtsinhaber mit einer Gruppe, stellt er sich mit einer anderen gut (und umgekehrt).¹²²⁸ Vor diesem Hintergrund ist die abfallende Bewertung Karzais nicht verwunderlich, sondern normal (auch wenn der Verlust von 20 % Prozentpunkten in fünf Jahren zu denken geben sollte).

Was lernt man aus den afghanischen Umfragedaten?

Während die U.S. und NATO-Präsenz zunehmend negativer gesehen wird und die Entwicklungsfortschritte im Lande stagnieren, stellt sich doch die Mehrheit der Afghanen vor die amtierende Karzai-Regierung. Dies mag damit zusammen hängen, dass in Gestalt der Taliban keine Alternative zur Verfügung steht. Viele Afghanen (besonders ethnische Minderheiten und Frauen) könnten sich an deren Schreckensherrschaft noch gut erinnern.

Auf der anderen Seite sprechen sich die Afghanen ob der sich verschlechternden Sicherheitslage, des unrealistisch erscheinenden militärischen Sieges über die Taliban und des eingeleiteten Abzugs der internationalen Truppen für eine *politische Verhandlungslösung* aus:

Fast 75 % Prozent der Afghanen waren 2010 für eine solche Lösung; allerdings sollten die Konzessionen an die Taliban nicht zu groß ausfallen: 61 % Prozent sagten auch, dass sie gegen eine Lösung wären, bei der die Taliban die Kontrolle über einige Provinzen erhalten würden.¹²²⁹

¹²²⁸ Vgl. J. E. Mueller, a.a.O., S. 213.

¹²²⁹ Vgl. G. Langer; Phelan, Julie; Tully, David, a.a.O., S. 12.

Die *Verhandlungen mit den Taliban* finden bereits statt: Am 15. März 2009 sagte ein Vertrauter von Mullah Omar, dass letzterer zu Geheimgesprächen bereit sei.¹²³⁰

Nach den Worten des Vermittlers A. Anas 2009 in London wüssten die Taliban, dass sie im Gegensatz zu 1996 nicht in der Lage seien, die Macht im Lande mit militärischen Mitteln zu ergreifen und strebten daher eine pragmatische Regierungsbeteiligung an.¹²³¹

Schon zuvor gab es mehrere Gesprächsansätze:

Die Briten schlossen ab September 2006 lokale Abkommen mit den Taliban (Musa Qala, Provinz Helmand); die ersten Gespräche mit afghanischen Taliban auf der nationalen Ebene fanden im September 2008 auf Einladung des saudischen Königs Abdullah in Mekka statt. Im Februar 2009 gab es eine Fortsetzung in Riad unter der Schirmherrschaft des saudischen Geheimdienstes (Prinz Al Saud).¹²³²

Dabei zielen die Gespräche neben Omar als dem Führer der afghanischen Taliban auf den Warlord Hekmatyar ab, der schon im anti-sowjetischen Widerstand kämpfte und im afghanischen Bürgerkrieg nach dem Abzug der Sowjetunion mehrere Kriegsverbrechen begangen hat.¹²³³ Ihm wurde in Saudi-Arabien die Integration in das politische Leben Afghanistans angeboten, wenn er der Gewalt abschwört und seine Operationsbasen in den Stammesgebieten aufgibt. Für die kurzfristige Perspektive würde ihm Saudi-Arabien Asyl bieten.¹²³⁴

¹²³⁰ Vgl. C. D. Maaß: Gespräche mit Taleban. Risikoreiche Kurskorrektur der US-Politik in Afghanistan. SWP. (SWP-Aktuell, 14). S. 1-3. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A14_mss_ks.pdf, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

¹²³¹ Vgl. Ebd.

¹²³² Vgl. Ebd.

¹²³³ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 30-31.

Siehe auch: 5.3.1 *Die militärische Teilstrategie*.

¹²³⁴ Vgl. C. D. Maaß, a.a.O., S. 1-3.

Die USA unter Obama betrachteten die Verhandlungen mit den Taliban als ihren Weg raus aus Afghanistan und forcierten ihre Bemühungen. Außenministerin Clinton sagte am 18. Februar 2011, dass die bisherigen amerikanischen Forderungen: Bekenntnis zur afghanischen Verfassung (Frauenrechte!), Abschwören von Gewalt und Distanzierung von Al-Qaida keine Vorbedingungen mehr, sondern *Ziele* von Verhandlungen seien.¹²³⁵

US-Offizielle des mittleren Levels führten Anfang 2011 Diskussionen mit einem früheren Berater von Omar in Katar und Deutschland; selbst mit dem der Al-Qaida nahestehenden Haqqani-Netzwerk gab es erste Kontakte.¹²³⁶ Der Spezialgesandte der USA in Afghanistan,

Marc Grossman, nimmt allerdings nicht an Verhandlungen teil, bis sie soweit fortgeschritten sind, dass auch die afghanische Regierung daran partizipiert.¹²³⁷ Dabei haben die USA durch ihre militärische Rolle im Land auch künftig die entscheidende Stellung in den Verhandlungen (man denke an die Basenfrage).¹²³⁸

Im Jahr des Abzugs, 2014, spricht sich der deutsche General H.-L. Domröse, Oberbefehlshaber des NATO-Hauptquartiers in Brüssel, zuständig für die Rückverlegung der ISAF-Truppen und die neue Nachfolgemission Resolute Support, in einem Interview dafür aus, dass Präsident Ghani und Premierminister Abdullah den Dialog mit den gemäßigten Taliban suchen. Es sei eine innerafghanische Angelegenheit.¹²³⁹

¹²³⁵ Vgl. P. Rudolf: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan, a.a.O., S. 4.

¹²³⁶ Vgl. Ebd.

¹²³⁷ Vgl. Ebd.

¹²³⁸ Vgl. Ebd.

¹²³⁹ Vgl. Ch. B. Schiltz: „Ohne Kompromiss mit den Taliban geht es nicht.“ In: Die Welt, 01.10.2014, S. 8.

Allerdings sind die Verhandlungen mit den Taliban aus mehreren Gründen *problematisch*:

Erstens stehen dem die Forderungen der Taliban nach einer sofortigen Rückkehr der ausländischen Truppen auf ihre Stützpunkte, einem Waffenstillstand und dem Rückzug *aller* Truppen innerhalb von 18 Monaten und schließlich dem Ersatz der ISAF durch eine mehrheitlich muslimische Peacekeeping-Truppe entgegen.¹²⁴⁰

Was wohl noch schwerer wiegt ist die fehlende Bereitschaft der Neo-Taliban mit der Al-Qaida zu brechen.¹²⁴¹ Dies dürfte nicht verwundern, wenn man bedenkt, dass Teile der Taliban im pakistanischen Exil noch weiter radikalisiert wurden. Außerdem wäre es illusorisch von einer Bewegung zu erwarten, dem Terrorismus abzuschwören, die bin Laden selbst unter Inkaufnahme des eigenen Sturzes nicht herausgegeben hat und die ihn auch in den zehn Jahren danach nie auslieferte.¹²⁴² Warum sollten die Taliban jetzt, wo sie sich auf dem Weg zum Sieg sehen, eine größere Verhandlungsbereitschaft zeigen?¹²⁴³

Selbst wenn man mit Teilen der Taliban eine Übereinkunft über die Nichtzulässigkeit von Al-Qaida Basen in Afghanistan erzielt – wer sagt, dass nicht andere, radikalere Teile trotzdem Al-Qaida wieder ins Land lassen? Und wenn es nicht der Fall ist, bleibt immer noch das pakistanische Grenzgebiet, wo Al-Qaida und andere Extremisten sich ausbreiten können. Ohne eine US-Basis in Afghanistan würden Drohnen- oder Spezialeinsätze zur Terrorismusbekämpfung in Pakistan schwierig sein.

¹²⁴⁰ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 30-31.

¹²⁴¹ Vgl. Ebd.

¹²⁴² Vgl. S. Shane: A Dogged Taliban Chief Rebounds, Vexing U.S. In: The New York Times, 11.10.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/10/11/world/asia/11mullah.html?pagewanted=print>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

¹²⁴³ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 30-31.

Schließlich würde eine Übereinkunft mit den Taliban auf dem Rücken der Frauenrechte erzielt werden, die sich, wie die obigen Umfragen zeigen, schon heute wegen der Stärke der Taliban verschlechtern. Rechte von ethnischen Minderheiten wie Tadschiken oder Usbeken, die die Nordallianz unterstützten, würden ebenfalls gefährdet.¹²⁴⁴

Abgesehen von den Folgen einer Verhandlungslösung ist diese selbst schwer zu bewerkstelligen. Es stehen sich diametrale Forderungen gegenüber (auch wenn die US-Seite ihre „Vorbedingungen“ zu „Zielen“ der Verhandlungen abgeschwächt hat): Karzai sieht den Gewaltverzicht seitens der Taliban als Vorbedingung der Verhandlungen an, während die Taliban auf dem Rückzug aller ausländischen Truppen beharren.¹²⁴⁵ Bei Verhandlungen ist auch nicht klar, wer der neutrale Vermittler sein wird, den alle Konfliktparteien akzeptieren.¹²⁴⁶ Die innerafghanischen Bemühungen im Rahmen des APRP-Programms mit dem Friedensrat unter Rabbani sind gescheitert, da die Taliban ihre ehemaligen Gegner nicht als Vermittler akzeptieren konnten.¹²⁴⁷ Wer sollte bei US-afghanische Regierung-Taliban-Gesprächen als Vermittler fungieren? Saudi-Arabien? Vorausgesetzt, es kommt zu einer Verhandlungslösung (deren Implementierung dann überwacht werden muss), könnte solch ein diplomatischer Erfolg Saudi-Arabien auf Kosten des regionalen Rivalen Iran stärken. Dieser würde als Antwort versuchen, Afghanistan zu destabilisieren.¹²⁴⁸

¹²⁴⁴ Vgl. C. D. Maaß, a.a.O., S. 3-4.

¹²⁴⁵ Vgl. E. Kraft: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten, a.a.O., S. 44-46.

¹²⁴⁶ Vgl. C. D. Maaß, a.a.O., S. 3-4.

¹²⁴⁷ Siehe die Ausführungen in diesem Unterkapitel weiter oben; Vgl. J. Sisco, a.a.O., S. 6.

¹²⁴⁸ Vgl. C. D. Maaß, a.a.O., S. 3-4.

*Man sieht: Mögen Gespräche zwischen Taliban, der afghanischen Regierung und den USA auch als einzige Lösung aus dem Konflikt gelten, einfach sind sie nicht. Zumal informelle Verhandlungen das Risiko des plötzlichen Abbruchs mit sich bringen und oftmals langwierig sind.*¹²⁴⁹

Die Verhandlungen eignen sich also nicht als schneller Weg raus aus Afghanistan.

Bisher wurde in diesem Kapitel die außenpolitische Teilstrategie der USA nur im Hinblick auf die Stützung des verbündeten Karzai-Regimes durch Entwicklung, Demokratie, Rechtsstaat und Sicherheit betrachtet. Doch die außenpolitische Strategie kann nicht erfolgreich sein, wenn sie Pakistan außer Acht lässt. Folglich wird es um das amerikanisch-pakistanische Verhältnis gehen und die Bilanz der amerikanischen Versuche, Pakistan als verlässlichen Verbündeten zu gewinnen und zu stabilisieren.

Pakistan ist für die USA von strategischem Interesse, denn es ist es ein Staat mit 170 Millionen Einwohnern und Atomwaffen, der zu zerfallen droht.

Im *Failed State Index* verschlechterte sich Pakistan von 2005 bis 2010 vom 34. auf den 10. Rang (je höher die Positionierung, desto „gescheiterter“ ist der Staat).¹²⁵⁰ Die grundlegende Problematik Pakistans ist dabei der Wechsel zwischen schwachen, aber legitimen zivilen Regierungen und einer starken, aber nicht legitimen Militärherrschaft.¹²⁵¹ Das Militär ist seit der pakistanischen Staatsgründung 1947 der entscheidende Machtfaktor. Mit dem Putsch von General Ayub 1958 setzte der Zyklus ein, bei welchem ein starkes Militär schwache, korrupte, klientelistisch handelnde zivile

¹²⁴⁹ Vgl. C. D. Maaß, a.a.O., S. 3-4.

¹²⁵⁰ Vgl. J. Hippler: Pakistan: Ein scheiternder Nuklearstaat? In: Braml, Josef; Risse, Thomas; Sandschneider, Eberhard (Hg.), a.a.O., S. 123–128; hier: S. 123.

¹²⁵¹ Vgl. Ebd.

Regierungen stürzt.¹²⁵² Das Militär hat nicht nur die politische und militärische Macht, sondern verfügt auch über die meisten ökonomischen Ressourcen in Pakistan. Offiziere sitzen in Aufsichtsräten von staatlichen Unternehmen, das Militär ist das größte „Transportunternehmen“ und der größte Landbesitzer in Pakistan.¹²⁵³ Dagegen sind alle staatlichen zivilen Bereiche (Bildung und Erziehung, Gesundheit, Verwaltung, auch die Polizei) schwach und schlecht finanziert.¹²⁵⁴

Weitere Faktoren für den Staatszerfall in Pakistan sind die fehlenden demokratischen Partizipationsmöglichkeiten (die Parteien stellen bloß klientelistische Netzwerke dar), die Schwäche des Rechtsstaats und die Manipulierung durch den Staat.¹²⁵⁵ Zur letzteren gehört die unter General Zia ul-Haq (1977-1988) forcierte Islamisierung des Landes, die der General als Mittel der Herrschaftssicherung sah (islamistische Parteien sollten seine Vollmachten ausweiten).¹²⁵⁶ Gleichzeitig wirkte die von Pakistan und Saudi-Arabien mit finanzieller Unterstützung der CIA durchgeführte Islamisierung des afghanischen anti-sowjetischen Widerstands wieder auf Pakistan zurück.¹²⁵⁷

Die Islamisierung unter ul-Haq führte zunächst zum Entstehen von gewalttätigen sunnitischen Extremisten im Punjab.¹²⁵⁸ Später breitete sich

¹²⁵² Vgl. Ch. Wagner: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, H. 39. 2007. S. 32–39; hier: S. 33.

¹²⁵³ Vgl. Ebd., S. 33-34; Vgl. J. Hippler: *Pakistan: Ein scheiternder Nuklearstaat?*, a.a.O., S. 127-128.

¹²⁵⁴ So stand Pakistan im HDI der Vereinten Nationen 2007 nur auf Platz 134. Vgl. Ch. Wagner: *Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan*, a.a.O., S. 33-34.

¹²⁵⁵ Vgl. J. Hippler: *Pakistan: Ein scheiternder Nuklearstaat?*, a.a.O., S. 125-127.

¹²⁵⁶ Vgl. Ebd.

¹²⁵⁷ Vgl. Ch. Wagner: *Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan*, a.a.O., S. 33-34.

¹²⁵⁸ Vgl. J. Hippler: *Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, H. 21-22. 2010. S. 3–8; hier: S. 3.

der Extremismus in die Stammesgebiete an der Grenze zu Afghanistan aus.¹²⁵⁹

Die Lage in den *Stammesgebieten* ist für den Afghanistankrieg am bedeutendsten und soll hier daher näher betrachtet werden:

Karte 5: Die pakistanischen Stammesgebiete (FATA)¹²⁶⁰



Hierbei sollte beachtet werden, dass es Verknüpfungen gibt zwischen den einzelnen Konfliktherden in Pakistan: So zwischen den Stammesgebieten, Punjab und Belutschistan (an der Südgrenze Afghanistans; in Belutschistan tobt ein ethno-separatistischer Konflikt) durch den sunnitischen

¹²⁵⁹ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 3.

¹²⁶⁰ Karte aus: FATA DEVELOPMENT AUTHORITY: FATA MAP. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.fatada.gov.pk/FATA%20Map.php>, zuletzt geprüft am 13.09.2012.

Extremismus; zwischen Belutschistan und den Stammesgebieten darüber hinaus noch durch die in beiden Gebieten starke paschtunische Präsenz.¹²⁶¹

Die mehrheitlich paschtunisch besiedelten Stammesgebiete (FATA) gehören zur Nordwestprovinz (NWFP) und sind rechtlich damit ein Teil Pakistans. Laut der Verfassung allerdings muss der Präsident alle Gesetze der Legislative extra für die FATA bestätigen. Da er es faktisch nie tut, herrscht in den Stammesgebieten der rechtsfreie Raum.¹²⁶²

Noch ausgeprägter als im Rest des Landes ist hier die Schwäche des Zentralstaats:

Die Politischen Agenten (PA) des Präsidenten werden durch den Gouverneur der NWFP auf Vorschlag des Präsidenten ernannt, haben aber keine direkte Regierungskompetenz – ihr gänzlicher Einfluss beruht auf ihrem Verhältnis zu den Stammesführern, den *maliks*.¹²⁶³

Zwischen den PAs und den *maliks* herrscht eine *Klientel-Patron-Beziehung*: Die PAs tauschen Ressourcen gegen Loyalität aus; die Stammesführer sind wiederum auf staatliche Ressourcen wie Entwicklungshilfe angewiesen. Dabei stellt sich das Problem der Kontrolle – wer überwacht den Klienten, ob er wirklich die von den PAs gewünschten Maßnahmen umsetzt?¹²⁶⁴

Außerdem stellt sich das Problem der Partizipation – die ortsansässige Bevölkerung taucht nämlich in diesem klientelistischen Netzwerk nur als Zuschauer und Konsument auf, es gibt keine demokratische Beteiligung.¹²⁶⁵

¹²⁶¹ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 3-4.

¹²⁶² Vgl. Ebd.

¹²⁶³ Vgl. Ebd.

¹²⁶⁴ Vgl. Ebd.

¹²⁶⁵ Vgl. Ebd.

Die fundamentale Schwäche des Zentralstaates wird weiterhin am Fehlen eines Regierungsapparates, aber auch dem Fehlen von Rechtsinstanzen wie Gerichten offenbar.¹²⁶⁶

Schließlich funktioniert dieses System nur, wenn die Stammesführer (*maliks*) ihre Stämme tatsächlich kontrollieren können. Hier aber ergaben sich in den letzten Jahren durch den sowjetischen Afghanistankrieg und den sich anschließenden Bürgerkrieg im benachbarten und ethno-kulturell verwandten Afghanistan Veränderungen, die ihre Kontrolle unterminierten:¹²⁶⁷

- (1) Die Anführer nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen stiegen auf durch ihre Fähigkeit, Ressourcen effektiv zu organisieren;
- (2) Die niederen Geistlichen, die *mullahs* (Dorfgeistliche), stiegen auf – auf Grund der ideologischen Rechtfertigung des anti-sowjetischen Widerstands durch den Islamismus;
- (3) Mobilisierung und Umgestaltung der Sozialstruktur durch den Krieg: Landflucht und Schaffung einer militärischen Infrastruktur (Waffen, Basen), die damals gegen die UdSSR und heute gegen die USA und die NATO verwendet wird

Nach dem Sturz der Taliban flohen über 2.000 Al-Qaida-Terroristen und viele Taliban in die Stammesgebiete. Diese wurden ob ihrer Rolle als Mudschaheedin im Kampf gegen die Sowjetunion von der Bevölkerung

¹²⁶⁶ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 3-4.

¹²⁶⁷ Vgl. Ebd.

wohlwollend aufgenommen. Außerdem erhofften sich die Stammesführer Geld im Austausch für ihre Loyalität.¹²⁶⁸

So wurden plötzlich auch ausländische Extremisten (Usbeken, Tschetschenen, Araber) zu Machtfaktoren in den Stammesgebieten.¹²⁶⁹

Die „heimischen“, paschtunischen, sunnitischen Extremisten wiederum schlossen sich 2007 zu der „Bewegung der (religiösen) Studenten Pakistans“ zusammen, den *Tehreek-e Taliban Pakistan* (TTP). Die TTP begannen bald „Schattenregierungen“ aufzubauen – sie schwächten damit nicht nur die Stammesführer, sondern auch die ohnehin schwache Zentralregierung.¹²⁷⁰

Das Opfer solch einer Entwicklung ist die Zivilbevölkerung in den Stammesgebieten. Nicht nur die TTP repressieren Zivilisten; auch die staatlichen Behörden und das Militär greifen zu harten, menschenrechtswidrigen Methoden wie der Kollektivstrafe (z. B. bei Nichtauslieferung eines Extremisten).¹²⁷¹ Durch die Vielzahl von zivilen Opfern erscheint das pakistanische Militär den Paschtunen in den Stammesgebieten als Besatzungstruppe im eigenen Land.¹²⁷²

Die Gewalt dehnte sich immer weiter aus und erreichte Großstädte wie Peshawar an der pakistanisch-afghanischen Grenze.¹²⁷³

Die pakistanische Armee unternimmt seit 2002 mit 80.000 Soldaten, seit 2004 sogar mit 120.000, in den Stammesgebieten Operationen gegen Extremisten, allerdings ohne Erfolg.¹²⁷⁴ Die lokale Bevölkerung lehnt die

¹²⁶⁸ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 5.

¹²⁶⁹ Vgl. Ebd.

¹²⁷⁰ Vgl. Ebd.

¹²⁷¹ Vgl. Ebd., S. 6.

¹²⁷² Vgl. Ebd.

¹²⁷³ Vgl. Ebd.

¹²⁷⁴ Vgl. Ebd.

Armee ab (siehe oben), die Armee erleidet schwere Verluste, reagiert mit Eskalation von Luftangriffen (was zu noch mehr Zivilopfern und Ablehnung führt).¹²⁷⁵ Diese Rückschläge unterminieren zusammen mit dem Gefühl, gegen eigene Glaubensbrüder, die eigene Staatsbevölkerung vorgehen zu müssen und dabei ein „Handlager der USA“ zu sein die Kampfmoral in der Armee. Symptomatisch hierfür war ein Zwischenfall im August 2007, als die TTP, die pakistanischen Taliban, eine Gruppe von 250 Soldaten gefangen nahmen, die sich nicht einmal gewehrt haben.¹²⁷⁶

Durch den militärischen Stillstand kam es zu Ansätzen einer Verhandlungslösung – die Stämme sollten verpflichtet werden, Extremisten selbst zu disziplinieren, es nicht zu Terroranschlägen oder Angriffen auf das Militär kommen zu lassen oder sie an die Zentralregierung auszuliefern und erhielten im Gegenzug finanzielle Hilfe.¹²⁷⁷

Da aber die Stammesführer durch die geschilderten Entwicklungen geschwächt waren, kam es immer wieder zu direkten Verhandlungen mit den lokalen Taliban. Damit wurden diese legitimiert; außerdem brachen die Abkommen häufig schnell zusammen durch militärische Aktionen der einen oder der anderen Seite.¹²⁷⁸

Nach der gescheiterten Offensive 2009 im Swat-Tal (in der NWFP, aber außerhalb der FATA)¹²⁷⁹ kam es zur Eskalation: Das Militär ging

Symptomatisch für das Versagen der pakistanischen Armee die eroberten Gebiete auch zu halten stehen die Operationen in der Mohmand Agency. Innerhalb von zwei Jahren gab es *drei* Offensiven in diesem Teil der Stammesgebiete, zuletzt 2011 mit der Operation BREKHNA. Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 18.

¹²⁷⁵ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 6.

¹²⁷⁶ Vgl. Ebd.

¹²⁷⁷ Vgl. Ebd.

¹²⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 6-7.

¹²⁷⁹ Am 16. Februar 2009 kam es zu einem Waffenstillstand zwischen der Armee und den Islamisten. Die Armee verpflichtete sich abzuziehen und die Islamisten führten die

2009/2010 gegen die Kerntruppe der TTP in Süd-Waziristan vor. Die Offensiven waren militärisch gesehen kurzfristig erfolgreich (trotz hoher Verluste).¹²⁸⁰

Wichtiger war aber, dass sich die Stimmung bei der pakistanischen Bevölkerung drehte:

Die zunehmenden Terroranschläge der Taliban gegen pakistanische Zivilisten und Politiker führten zur Delegitimierung der Aufständischen – und zur Solidarität mit der Armee.¹²⁸¹

Trotzdem werden die Stammesgebiete vor allem in den USA und in Europa als Gefahr für die Sicherheit perzipiert, bieten sie doch Rückzugs-, Regenerations-, und Rekrutierungsräume für die Taliban und die Aufständischen insgesamt in Afghanistan, ebenso wie für Al-Qaida-Terroristen (derer es in den Stammesgebieten viel mehr gibt als in Afghanistan, wo ihre Zahl bei höchstens 100 liegt), außerdem sind die Stammesgebiete für den ISAF-Nachschub nach Afghanistan wichtig.¹²⁸²

Die von US- wie von afghanischer Seite geforderte effektive Kontrolle – „Versiegelung“ – der Grenze ist gleichwohl nicht möglich: Topographisch steht dem das Gebirgsrelief, die Gebirge im Weg, militärisch die schlechte Ausbildung und unzureichende Ressourcen der pakistanischen Armee im

Scharia ein. Als die Extremisten ihre Herrschaft auf benachbarte Gebiete der NWFP auszudehnen versuchten, griff die Armee allerdings wieder an. Es kam zu schweren Kämpfen, intensivem Bombardement und der Vertreibung von 2,6 Millionen Menschen. Trotz dieser Bemühungen konnte die Armee das Gebiet nicht von Islamisten „säubern“. Vgl. E. Kraft: Pakistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 398–401.

¹²⁸⁰ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 7.

¹²⁸¹ Vgl. Ebd.

¹²⁸² Vgl. Ebd.

Kampf gegen Aufständische¹²⁸³, kulturell die engen (familiären) Bande zwischen den Paschtunen dies- und jenseits der Grenze.¹²⁸⁴

Die militärische Präsenz der NATO, der ISAF selbst führt zur Eskalation der Konflikte in den Stammesgebieten und zur Delegitimierung der schwachen pakistanischen Staatlichkeit:

Paschtunen dies- und jenseits der Grenze sind sich darüber einig, dass die ausländischen Truppen als „Okkupanten“ zu sehen und folglich zu vertreiben sind; in weiten Teilen der pakistanischen Bevölkerung (unabhängig von Religion und Ethnie) wird außerdem der Krieg gegen die eigene Bevölkerung in den Stammesgebieten abgelehnt – trotz der wachsenden Ablehnung der (pakistanischen) Taliban und anderer Aufständischer und Terroristen. Der „Bush-ergebene“ Militärdiktator Musharraf (1999-2008) wurde als „Busharraf“ verspottet und hat zum Ende seiner Amtszeit seine Popularität gänzlich verspielt.¹²⁸⁵

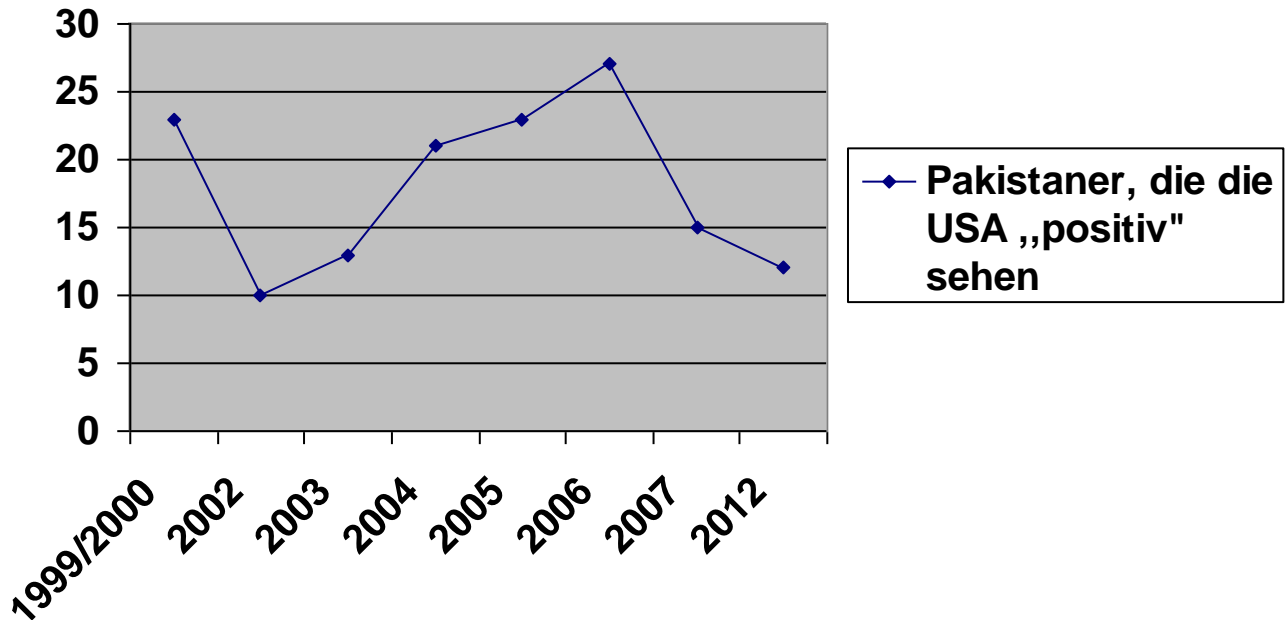
Wie man an Meinungsumfragen sehen kann, wächst der *Anti-Amerikanismus* in Pakistan sowohl unter Bush, als auch unter Obama weiter:

¹²⁸³ Die Doktrin der pakistanischen Armee sieht Indien als Hauptfeind an, daher werden Offiziere und Soldaten auf konventionelle Kriegsführung vorbereitet. Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

¹²⁸⁴ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 7.

¹²⁸⁵ Vgl. Ebd.; Vgl. zu Musharrafs Umfragewerten: R. Wike: Musharraf's Support Shrinks, Even As More Pakistanis Reject Terrorism... and the U.S. Pew Research. 2007. o.S. Online verfügbar unter: <http://pewresearch.org/pubs/561/pakistan-terrorism>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.

Grafik 17: Pakistaner, die die USA „positiv“ sehen, in % Prozent (1999/2000-2012)¹²⁸⁶



Unter Obama wurde fast der Tiefstand unter Bush (2002, 10 % Prozent) erreicht: Nur 12 % Prozent der Pakistaner hatten eine positive Meinung über die USA. 2007 waren gar 73 % Prozent der Pakistaner besorgt, dass die USA eine „militärische Bedrohung“ für ihr Land werden könnten.¹²⁸⁷ Im gleichen Jahr sahen sich 59 % Prozent der Pakistaner als Gegner des US-„Krieges gegen den Terrorismus“. Nur 13 % Prozent befürworteten die

¹²⁸⁶ Eigene Grafik. Daten aus:

Vgl. R. Wike: Karen Hughes' Uphill Battle. Pew Research. 2007. o.S. Online verfügbar unter: <http://pewresearch.org/pubs/627/karen-hughes>, zuletzt geprüft am 01.08.2012 (für 1999/2000-2007);

Vgl. Global Opinion of Obama Slips, International Policies Faulted. Pew Global Research. 2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.pewglobal.org/2012/06/13/chapter-1-views-of-the-u-s-and-american-foreign-policy-4/>, zuletzt geprüft am 06.08.2012 (für 2012).

¹²⁸⁷ Vgl. R. Wike: Karen Hughes' Uphill Battle, a.a.O., o.S.

amerikanische Terrorismusbekämpfung. 75 % Prozent sprachen sich für einen amerikanischen Truppenabzug aus Afghanistan aus.¹²⁸⁸

Gleichzeitig stellte sich die große Mehrheit gegen den Terrorismus im eigenen Land: 2007 sahen 76 % Prozent der Pakistaner Terrorismus als ein „sehr großes Problem“ für ihr Land an. Ein Jahr zuvor waren 74 % Prozent der Pakistaner über den Aufstieg des Extremismus in Pakistan „sehr besorgt oder besorgt“.¹²⁸⁹

Während die Pakistaner Terrorismus ablehnen, sprechen sie sich in ihrer großen Mehrheit gegen die US-Terrorismusbekämpfung aus, der sie zivile Opfer durch Drohnenangriffe und die Verletzung der pakistanischen Souveränität vorwerfen.¹²⁹⁰ Vor diesem Hintergrund würde eine weitere Demokratisierung Pakistans zu einer anti-amerikanischen Außenpolitik führen und Pakistan würde nicht als verlässlicher Verbündeter gewonnen werden können.

In Pakistan führen die unter Obama massiv ausgeweiteten Drohnenangriffe der CIA und das harte Vorgehen des pakistanischen Militärs neben wachsendem Antiamerikanismus zur wachsenden islamistischen politischen Gewalt im ganzen Land: Die ehemalige Ministerpräsidentin B. Bhutto wurde 2007 während des Wahlkampfs von Islamisten umgebracht, es gab mehrere Anschläge auf Musharraf und das pakistanische Militär (sogar auf das Hauptquartier in Rawalpindi); es kam zu dem ersten Selbstmordanschlag der durch Pakistaner auf pakistanischem Boden verübt wurde – nicht zufällig im Jahr 2002 kurz nach dem Sturz der afghanischen Taliban. Zur Eskalation der Suizidterrorakte kam es seit dem

¹²⁸⁸ Vgl. R. Wike: Musharraf's Support Shrinks, Even As More Pakistanis Reject Terrorism... and the U.S, a.a.O., o.S.

¹²⁸⁹ Vgl. Ebd.

¹²⁹⁰ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

Jahr 2006, als eine CIA-Drohne zahlreiche Zivilisten tötete (was seitdem oft vorkam).¹²⁹¹

2008 gab es in Pakistan 2.146 Anschläge mit 2.267 Todesopfern in der FATA und der NWFP, aber auch im Punjab. Dabei sind in dieser Statistik die Opfer der militärischen Operationen in der FATA noch nicht mitgezählt; ebenso wenig wie die durch die Gewalt zwischen sunnitischen Extremisten und Schiiten getöteten Pakistaner.¹²⁹²

Im Jahr 2010 starben mehr Menschen an Kriegsfolgen und politischer Gewalt in Pakistan als in Afghanistan.¹²⁹³

Es gibt also nach Hippler gute Gründe an der Militärstrategie der NATO und der ISAF zu zweifeln, die auf eine „Versiegelung“ der afghanisch-pakistanischen Grenze setzt. Selbst wenn eine solche gelingen sollte – was auf Grund der aufgezählten Faktoren wie Gebirge, ethno-kulturelle Bande und die Schwäche des pakistanischen Militärs äußerst unwahrscheinlich ist – würde sie nur zur weiteren Destabilisierung Pakistans führen, eines Atomwaffenstaats mit 170 Millionen Einwohnern. Die Grenzstabilisierung wäre also ein Erfolg auf der Ebene der militärischen Teilstrategie – um den Preis einer viel folgenreicheren gesamtstrategischen Niederlage.¹²⁹⁴

Die USA sahen die Notwendigkeit zur „Grenzversiegelung“, da die US/ISAF-Truppen in Afghanistan oft vom aus den Stammesgebieten operierenden Haqqani-Netzwerk, den afghanischen Taliban und der sich dort befindlichen Al-Qaida angegriffen wurden.

¹²⁹¹ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 8.

¹²⁹² Vgl. E. Kraft: Pakistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten, a.a.O., S. 398-401.

¹²⁹³ Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 8.

¹²⁹⁴ Vgl. Ebd.

Die pakistanische Armee ging gegen die „eigenen“ Extremisten wie die TTP vor, auch Al-Qaida Kämpfer wurden verfolgt, festgenommen und an die USA ausgeliefert.¹²⁹⁵ Doch gegen das Haqqani-Netzwerk und die afghanischen Taliban blieb die Armee passiv.¹²⁹⁶

Warum? Außer dem erwähnten Widerstand in der eigenen Bevölkerung (und der Tatsache, dass in der pakistanischen Armee selbst viele Paschtunen dienen) spielen für diese „Doppelmoral“ (vom Westen aus gesehen) *geostrategische* Gründe eine entscheidende Rolle:

Um diese zu verstehen, lohnt sich eine Betrachtung des Konfliktdreiecks Pakistan-Afghanistan-Indien:

Seit der Staatsgründung ist Pakistan – wie Indien hervorgegangen aus der britischen indischen Kolonie – im Konflikt mit Indien um Kaschmir. Es gab vier Kriege, doch eine militärische Lösung der Kashmir-Frage ließ sich nicht erreichen. Indien ist der pakistanische „Erzfeind“ (und umgekehrt).¹²⁹⁷

Auch mit dem anderen Nachbarn, Afghanistan, gibt es eine konfliktreiche Beziehung.

Hier spielt die Erblast des britischen Kolonialismus in den Stammesgebieten eine große Rolle: Seitens afghanischer Regierungen wurden immer wieder Forderungen nach einem „Paschtunistan“, nach einer Vereinigung der durch den britischen Kolonialismus (*Durandlinie*)

¹²⁹⁵ So rühmte sich die Bush-Administration der erfolgreichen Kooperation mit Musharraf und verwies darauf, dass u.a. der Chefplaner des 11. September, Khalid Scheich Mohammed, von den Pakistanern an die USA ausgeliefert wurde. Vgl. Fact Sheet: Afghanistan and Pakistan: Strong Allies in the War on Terror. 2006. o.S. Online verfügbar unter: <http://georgewebush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/09/20060929-2.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹²⁹⁶ Vgl. Ch. Wagner: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, a.a.O., S. 38.

¹²⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 34.

willkürlich durchtrennten Stammesgebiete der Paschtunen in einem Staat, erhoben. Diese „künstliche“, ethno-kulturell verwandte Stämme trennende Grenze¹²⁹⁸ zwischen Pakistan und Afghanistan wird von Afghanistan bis heute nicht anerkannt.¹²⁹⁹ Afghanistan stimmte als einziges Land gegen die Aufnahme Pakistans in die UN.¹³⁰⁰ Als M. Daoud sich in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts als Vertreter des paschtunischen Nationalismus an die Macht putschte, verschlechterten sich die afghanisch-pakistanischen Beziehungen weiter.¹³⁰¹ Auch daher unterstützte Pakistan von Anfang an erst die Mudschaheedin im sowjetischen Afghanistankrieg und dann die Taliban im afghanischen Bürgerkrieg als Gegengewicht zum paschtunischen Nationalismus.¹³⁰²

Durch die Stützung von Proponenten einer islamistischen Ideologie will Pakistan dem paschtunischen Nationalismus den Wind aus den Segeln nehmen, gilt es doch aus pakistanischer Sicht ein starkes, paschtunisches Afghanistan – das notwendig auf Kosten Pakistans entstünde – zu verhindern.

¹²⁹⁸ Der neuen, kritischen Geopolitik zu Folge sind alle Grenzen „künstlich“. Denn Geopolitik selbst ist ein Diskurs von Intellektuellen, die sich in der Regierungskunst üben und die internationalen Beziehungen „verräumlichen“, um schließlich die Welt als charakterisiert durch Räume, Menschen und sicherheitspolitisch relevante Ereignisse zu repräsentieren. Siehe für eine solche kritische Untersuchung am Beispiel der finnisch-russischen Grenze: Vgl. A. Paasi: TERRITORIES, BOUNDARIES AND CONSCIOUSNESS. The Changing Geographies of the Finnish-Russian Border. Chichester, UK. 1996. S. 14.

Man könnte auch ohne die neuen geopolitischen Ansätze die „Künstlichkeit“ von Grenzen hervorheben, sind sie doch stets durch Staaten festgelegt worden und nicht „natürlich“ aus ethno-kulturell zusammenhängenden Räumen entstanden (wobei es auch hier im Grunde genommen keine „Natürlichkeit“ gibt, da ethno-kulturelle Identitäten politisch durch Eliten erzeugt bzw. zur Mobilisierung instrumentalisiert werden können).

¹²⁹⁹ Vgl. Ch. Wagner: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, a.a.O., S. 34.

¹³⁰⁰ Vgl. Ebd.

¹³⁰¹ Vgl. Ebd., S. 35.

¹³⁰² Vgl. Ebd., S. 36.

Diese pakistanische Strategie erhielt durch den 11. September einen Dämpfer. Im „Kampf gegen den Terrorismus“ musste sich Musharraf auf die Seite der USA stellen, wollte er nicht eine US-amerikanische Intervention auf dem Boden Pakistans oder eine Einstellung der us-amerikanischen Militärhilfe riskieren. Zugleich hoffte Musharraf, dass die USA im Gegenzug ihre Unterstützung für Indien (Kaschmir!) aufgeben und die pakistanischen Atomwaffen „legalisieren“.¹³⁰³

Doch gleichzeitig rückte Pakistan nicht von seiner Unterstützung der afghanischen Taliban und des mit ihnen verbündeten Haqqani-Netzwerks ab.¹³⁰⁴

Die pakistanische Perspektive auf den Afghanistankrieg blieb nämlich geostrategisch geprägt:

Wenn Afghanistan stabilisiert wird und die USA abziehen, wird es zu einem indischen Verbündeten. Indien unterstützte während des Bürgerkriegs die Nordallianz und unterhält gute Beziehung zur Karzai-Administration.¹³⁰⁵

Wenn Afghanistan destabilisiert wird und die USA abziehen, wird die afghanische Regierung sich erst Recht noch enger an Indien anlehnen.¹³⁰⁶

Daraus folgt: Pakistan sollte weiterhin Teile der afghanischen Taliban und das Haqqani-Netzwerk unterstützen, wogegen es die ausländischen Kämpfer der Al-Qaida (und auch die gegen die pakistanische Regierung und Armee kämpfenden TTP) bekämpft.

¹³⁰³ Vgl. Ch. Wagner: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, a.a.O., S. 36.

¹³⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 38.

¹³⁰⁵ Vgl. Ebd.

¹³⁰⁶ Vgl. Ebd.

*Damit versucht Pakistan, sich Einfluss in Afghanistan zu sichern - und gleichzeitig als treuer Verbündeter der USA im Terrorkampf zu erscheinen.*¹³⁰⁷

Bis heute führt diese geostrategisch bedingte „pakistanische Janusköpfigkeit“ zu Auseinandersetzungen mit den USA. Besonders unter Obama drohten die Amerikaner mehrmals mit einer militärischen Intervention auf pakistanischem Boden, sollte Pakistan weiterhin passiv gegen die afghanischen Taliban und das Haqqani-Netzwerk bleiben.¹³⁰⁸

Doch solch eine Intervention würde nur zu steigendem Anti-Amerikanismus in Pakistan führen, die Islamisten stärken und die Armee bloßstellen und schwächen (letzteres geschah schon durch die Tötung bin Ladens, von der die pakistanische Seite erst im Nachhinein informiert wurde¹³⁰⁹).¹³¹⁰

Auf der anderen Seite können es sich die USA auch nicht leisten, zuzusehen, wie Al-Qaida in Pakistan weltweite Anschläge (auch in Europa) plant und wie sich die afghanischen Taliban sammeln und regenerieren. Unter Obama wird als Ausweg aus diesem Dilemma der Drohnenkrieg proponiert; doch wie bereits aufgezeigt führt auch dieser zu wachsendem Anti-Amerikanismus, Schwächung der pakistanischen Staatlichkeit, der ohnehin schwachen zivilen Regierung unter dem als pro-amerikanisch geltenden Präsidenten Zardari, aber auch der als ohnmächtig dastehenden pakistanischen Armee.

¹³⁰⁷ Vgl. Ch. Wagner: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, a.a.O., S. 38.

¹³⁰⁸ Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 27-29.

¹³⁰⁹ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

¹³¹⁰ Siehe die obigen Ausführungen.

Zuletzt gab es beim Besuch der pakistanischen Außenministerin Rabbani Khar in Berlin ein weiteres Beispiel für die Probleme in den pakistanisch-amerikanischen Beziehungen.¹³¹¹

Die USA warfen Pakistan auch in letzter Zeit wiederholt „Doppelgesichtigkeit“ vor: Auf der einen Seite unterstützt das ISI radikale Islamisten – die Taliban, das Haqqani-Netzwerk¹³¹² – auf der anderen gibt sich Pakistan aber als US-Verbündeter, dem es an der Stabilität im Nachbarland liegt; Pakistans Regierung beschwert sich über Drohnenangriffe – das pakistanische Militär versorgt aber die Amerikaner mit Zielangaben.¹³¹³

Darauf antwortete Pakistans Außenministerin Rabbani Khar: Pakistan leide am meisten am Konflikt in Afghanistan und bekomme gleichzeitig noch Schuldzuweisungen zu hören, das sei ungerecht.¹³¹⁴

Ein pragmatischer Neuanfang in den amerikanisch-pakistanischen Beziehungen, der die Interessen beider Länder achtet, sollte statt solcher Schuldzuweisungen angestrebt werden.¹³¹⁵ Damit sollte offensichtlich ausgedrückt werden, dass die USA bis zum jetzigen Zeitpunkt die geostrategischen Interessen Pakistans nicht oder nicht in genügendem Maße berücksichtigt haben.

Auf die Äußerung von Verteidigungsminister Panetta vom August 2012, wonach das pakistanische Militär eine von den USA lange geforderte Operation in den Stammesgebieten gegen die afghanischen Taliban und das Haqqani-Netzwerk führen will, reagierte

¹³¹¹ Vgl. Ch. Ehrhardt: „Ein schwieriges Jahr mit Amerika“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 6.

¹³¹² Der frühere Vorsitzende der Vereinigten Stabschef Mullen wiederholte seine Position, wonach das Haqqani-Netzwerk der „strategische Arm“ des ISI sei. Vgl. Ebd.

¹³¹³ Vgl. Ebd.

¹³¹⁴ Vgl. Ebd.

¹³¹⁵ Vgl. Ebd.

Frau Rabbani Khar undiplomatisch offen. Die Kernbotschaft ihrer Aussage war: Wir werden solche Operationen nur nach unseren nationalen Interessen führen, nur dann, wenn es uns notwendig erscheint. Wir lassen es uns nicht von den Amerikanern vorschreiben.¹³¹⁶

Aus diesen Äußerungen „schimmern“ die prägenden geostrategischen Interessen Pakistans durch.

Was Afghanistan angeht, so äußerte sich die Außenministerin wohlwollend gegenüber der Beteiligung der Taliban an der Macht oder der Einführung der Scharia. Dies sei „eine Sache der Afghanen“.¹³¹⁷ Pakistan wolle sich nicht in das Nachbarland einmischen:

„Unsere Aufgabe ist es, den Afghanen zu helfen, nicht sie zu führen. Das ist die Lektion, die wir alle gelernt haben sollten.“¹³¹⁸

Hier war wiederholt ein Fingerzeig in Richtung der USA impliziert. Allerdings deuten beim Fingerzeigen ein Finger in die Richtung des Anderen – und drei zurück.

Aus pakistanischer Sicht spielt neben den geostrategischen Faktoren die *Geschichte* der pakistanisch-amerikanischen Beziehungen eine große Rolle. Pakistan sei stets von den Amerikanern verlassen worden, als diese „egoistisch“ ihre eigenen sicherheitspolitischen Interessen befriedigt hätten. Nach 1989 haben sich die USA aus der Region zurückgezogen – die Sowjetunion war besiegt, der Kalte Krieg zu Ende – Pakistan blieb mit den Millionen afghanischen Flüchtlingen und dem Chaos im Nachbarland allein.¹³¹⁹

Gleichzeitig wurde Pakistan nach dem sowjetischen Abzug 1989 der Militärhilfe beraubt und auch der Entwicklungshilfe. Hierfür

¹³¹⁶ Vgl. Ch. Ehrhardt, a.a.O., S. 6.

¹³¹⁷ Vgl. Ebd.

¹³¹⁸ H. Rabbani Khar, zitiert nach: Vgl. Ebd.

¹³¹⁹ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

verantwortlich war das *Pressler Amendment* des Kongresses, welches aus der Sorge vor der pakistanischen Atombombe und der Proliferation von Atomwaffen entstand.¹³²⁰

Dieses *Amendment* ist inzwischen aufgehoben; nach wie vor bestehen aber US-Zölle gegen pakistanische Textilien – das wichtigste pakistanische Exportprodukt. Aus protektionistischen, innenpolitischen Interessen erhält der Kongress die Zölle auf Recht.¹³²¹

Die Amerikaner seien nur auf Zeit in Afghanistan, das sei den Pakistanern von Anfang an klar gewesen. Dann werden sie sich wieder aus der Region zurückziehen und Pakistan alleine lassen, wie sie es nach 1989 gemacht haben.¹³²²

Die heutige Situation in Afghanistan aus pakistanischer Sicht stellt sich noch pessimistischer als in westlichen Einschätzungen dar:

Es gab nie eine wirkliche Zentralregierung in Afghanistan; Karzai ist unzuverlässig; die afghanischen Sicherheitskräfte werden nach dem Abzug der USA und der ISAF nicht mit den Aufständischen zu Recht kommen, Chaos droht *a lá* afghanischer Bürgerkrieg 1992-1996.¹³²³

Wie bereits erwähnt ist Chaos in Afghanistan aus pakistanischer Sicht genauso schlimm wie ein starkes Afghanistan – in beiden Fällen würde sich die afghanische Regierung noch stärker an Indien anlehnen.

Dass die USA ihr Engagement in Afghanistan langfristig auf Recht erhalten, wird in Pakistan bezweifelt. So fragte General Malik, selbst in den USA ausgebildet und heute Kommandeur der pakistanischen Grenztruppen, die in den Stammesgebieten kämpfen:

¹³²⁰ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

¹³²¹ Vgl. Ebd.

¹³²² Vgl. Ebd.

¹³²³ Vgl. Ebd.

Welcher Senator wird 2015 noch 9 Milliarden oder 7 Milliarden für die afghanischen Sicherheitskräfte ausgeben? Die eigene Ökonomie wird den USA wichtiger sein.¹³²⁴ US-amerikanische Offizielle aus der Obama-Administration gaben zu, dass der General Recht habe.¹³²⁵

Der General erwähnte außerdem die Schwierigkeiten der pakistanischen Truppen bei der „Versiegelung“ der Grenze: 2009-2011 wurden 50.000 pakistanische Soldaten von der Grenze zu Indien an die Grenze mit Afghanistan transferiert – damit stehen insgesamt 147.000 pakistanische Soldaten in den Grenzgebieten (mehr als die gesamten ISAF-Truppen in Afghanistan).¹³²⁶ Trotzdem sind die Einheiten zuständig für eine 1.500 Meilen lange, geophysisch schwierige, gebirgige Grenze.¹³²⁷ Die USA, führte der General aus, schaffen trotz besserer Technik und Friedenszeiten es nicht, ihre Grenze mit Mexiko zu überwachen.¹³²⁸ Inzwischen hat die pakistanische Armee einen hohen Blutzoll zahlen müssen: Bis 2011 gab es mehr als 4.000 Gefallene in den Stammesgebieten – das sind mehr als *alle* alliierten Gefallenen in Afghanistan bis 2012 und doppelt so viele wie die Amerikaner an Soldaten zu beklagen haben.¹³²⁹

Amerikanische Offizielle geben inoffiziell zu: Pakistan würde nicht im Stande sein, noch eine Kampagne gegen die afghanischen Taliban oder das Haqqani-Netzwerk zu führen, weil die Pakistaner ihre Gebietsgewinne in dem nördlichen Teil der FATA nicht konsolidiert haben und Probleme in anderen Gebieten auftauchen.¹³³⁰ Außerdem fehlt es an öffentlicher

¹³²⁴ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

¹³²⁵ Vgl. Ebd.

¹³²⁶ Vgl. Ebd.

¹³²⁷ Vgl. Ebd.

¹³²⁸ Vgl. Ebd.

¹³²⁹ Vgl. Ebd; Vgl. **auch** REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 18.

¹³³⁰ Vgl. Ebd; Vgl. **auch** REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 18.

Unterstützung für diesen „amerikanischen Krieg“: bereits jetzt gibt es viele zivile Opfer durch Drohnen und Terrorgruppen in Pakistan. Noch mehr Terrorattacken wurden bei einer neuen Kampagne im besonders instabilen Waziristan befürchtet.¹³³¹

Im Oktober 2011 ist Außenministerin Clinton mit Geheimdienst und CIA-Vertretern nach Islamabad gereist und traf sich dort nur mit Militärvertretern (u.a. Armeechef Kayani und Direktor des ISI Pascha), was symptomatisch für die Schwäche der pakistanischen zivilen Regierung ist.¹³³² Dabei erwähnte Clinton (trotz öffentlicher amerikanischer Kritik), dass die USA Respekt zollen für die pakistanischen Bemühungen, denen bislang 30.000 zivile Opfer in den Stammesgebieten zum Opfer gefallen waren.¹³³³ Clinton versprach auch – entgegen öffentlichen Drohungen – keine amerikanischen Bodentruppen nach Pakistan zu senden (das ist die pakistanische „rote Linie“) und die Rückzugsgebiete der Taliban auf der afghanischen Seite der Grenze besser zu säubern; außerdem versprach Clinton, Verhandlungen mit den Taliban aufzunehmen – etwas was Pakistan schon lange vorgeschlagen hat.¹³³⁴

Die pakistanische Seite unterstützt die Taliban zwar, doch nur solange sie nicht zu gefährlich werden – Taliban mit der ungeteilten Macht in Kabul würden die heimischen pakistanischen Dschihadisten ermutigen; bei einer Verhandlungslösung würden die Taliban dagegen nur einen Teil der Macht in Afghanistan bekommen.¹³³⁵

Außerdem würden Verhandlungen mit den Taliban in Pakistan als Schritt auf Pakistan zu verstanden, als us-amerikanisches Bemühen, pakistanische

¹³³¹ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

¹³³² Vgl. Ebd.

¹³³³ Vgl. Ebd.

¹³³⁴ Vgl. Ebd.

¹³³⁵ Vgl. Ebd.

Interessen zu respektieren. Verhandlungen würden demnach zu einer Beteiligung Pakistans an der Zukunft Afghanistans und einer Normalisierung zwischen Pakistan und Afghanistan führen.¹³³⁶

Man sieht also, dass die USA sich inoffiziell auf Pakistan zubewegen, genauso wie es pakistanische Armeevertreter umgekehrt tun.

Die strategische Bedeutung Pakistans für die USA ist zu bedeutend, um es bei der Lösung des Afghanistankonflikts zu übergehen. Dabei würde wohl auch ein islamisiertes Afghanistan unter der Beteiligung der Taliban an der Regierungsmacht in Kabul akzeptiert – vorausgesetzt, die Taliban distanzieren sich von Al-Qaida, was bisher nicht der Fall ist (s.o.). Solch eine Lösung, schreibt der *New York Times* Journalist Keller, mag zwar nicht Afghanistan retten, aber es rettet vielleicht Pakistan.¹³³⁷

Oder wie es ein ranghoher Vertreter der Obama-Administration sagte:

„Im Jahr 2020 haben wir zwei Länder - 30 Millionen Menschen in diesem Land, 200 Millionen Menschen mit Nuklearwaffen in dem anderen, amerikanische Truppen in keinem. Welches ist von Bedeutung? Es ist nicht Afghanistan.“¹³³⁸

Für die nötige *Stabilisierung* Pakistans sollten die USA und ihre Verbündeten sich bemühen, mehr an Entwicklungshilfe vor allem für die pakistanischen Stammesgebiete zu leisten, wo zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben.¹³³⁹

¹³³⁶ Vgl. B. Keller, a.a.O., o.S.

¹³³⁷ Vgl. Ebd.

¹³³⁸ Eigene Übersetzung. Anonym, zitiert nach: Vgl. Ebd.

¹³³⁹ Für diese Angaben: Vgl. P. Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, a.a.O., S. 27-29.

Unter Obama wurden Schritte in diese Richtung unternommen: So gab es von USAID allein von Herbst 2009 bis Dezember 2010 877,9 Milliarden US-Dollar für Pakistan (ohne die humanitären Hilfsleistungen nach der Flut in Pakistan 2010).¹³⁴⁰ 50 % Prozent der US-Entwicklungshilfe werden dabei durch pakistanische Behörden geleitet und für pakistanische prioritäre Entwicklungsprojekte, die im pakistanischen Haushalt vorgesehen sind, ausgegeben.¹³⁴¹ Damit wird ein wachsender Anteil der US-Entwicklungshilfe für Projekte ausgegeben, die den Pakistanern selbst wichtig sind.

Allerdings stellt sich hier, wie im Falle Afghanistans auch, das Problem der Korruption. Internationale Geldgeber fühlen sich von der Korruption der pakistanischen Regierungsstellen abgeschreckt mehr Hilfe zu leisten. Korruption führt auch, wie in Afghanistan, zu Enttäuschungen auf Seiten der Zivilbevölkerung, deren Erwartungen nicht befriedigt werden können.¹³⁴² Außerdem hindert eine schlechte Sicherheitslage an der effektiven Implementierung der Projekte.¹³⁴³

Pakistanische *hearts and minds* könnten wohl eher durch eine Aufhebung der Textilzölle gewonnen werden.

Außerdem sollte der Drohnenkrieg wenigstens reduziert werden. Dieser wird von der Obama-Administration und der Mehrheit der US-Bevölkerung zwar gutgeheißen¹³⁴⁴, da er angeblich die Sicherheit der Vereinigten Staaten erhöhe, indem er Al-Qaida an der Vorbereitung von Anschlägen hindere. Tatsächlich führt der Drohnenkrieg aber zu

¹³⁴⁰ Vgl. REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011, a.a.O., S. 19ff.

¹³⁴¹ Vgl. Ebd.

¹³⁴² Vgl. Ebd.

¹³⁴³ Vgl. Ebd.

¹³⁴⁴ So befürworteten im Jahr 2012 insgesamt 62 % Prozent der Amerikaner die Drohnenangriffe, nur 28 % Prozent lehnten sie ab. Vgl. Global Opinion of Obama Slips, International Policies Faulted, a.a.O., o.S.

anwachsenden anti-amerikanischen Ressentiments und folglich zu mehr Rekruten für Terrororganisationen. Kurzfristige Sicherheitsgewinne stehen daher langfristigen Sicherheitsverlusten gegenüber, zumal durch den Drohnenkrieg die weitere Destabilisierung Pakistans droht, eines Staates mit Nuklearwaffen, die nicht in die Hände von Extremisten fallen dürfen.¹³⁴⁵

Auch Indien und Afghanistan könnten etwas zur Stabilisierung Pakistans tun und ihm die Gründe „nehmen“, wegen welcher es die afghanischen Taliban unterstützt:

Indien sollte eine dauerhafte und für Pakistan „gesichtswahrende“ Lösung der Kashmir-Frage anstreben, während Afghanistan die Durand-Linie (die pakistanische Westgrenze) vorbehaltlos anerkennen sollte.¹³⁴⁶

Dies ist in beiden Fällen schwierig und „geht nicht von heute auf Morgen“. Doch könnten die USA ihr diplomatisches Schwergewicht mit ihren beiden Partnern Indien und Afghanistan nutzen, um zu einer konstruktiven, die pakistanischen Interessen befriedigenden, Lösung im Konfliktdreieck Pakistan-Indien-Afghanistan beizutragen. So würde man Pakistan auch jegliche Rechtfertigung für die Unterstützung der afghanischen Taliban nehmen. Da Pakistan dann „guten Gewissens“ die afghanischen Taliban (und das Haqqani-Netzwerk) fallen lassen könnte, würde wiederum die Sicherheitslage in Afghanistan verbessert, Al-Qaida geschwächt und die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Westlichen Welt erhöht.

Eine diplomatisch-zivile Lösung durchzusetzen, bleibt die Aufgabe des nächsten US-Präsidenten und sollte oben auf seiner außenpolitischen Agenda stehen.

¹³⁴⁵ Siehe die obigen Ausführungen; Vgl. J. Hippler: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg, a.a.O., S. 8.

¹³⁴⁶ Vgl. Ch. Wagner: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan, a.a.O., S. 38.

Neben der Gewinnung von Pakistan als Verbündeten und der Stabilisierung des Landes, der Stützung der Karzai-Administration durch die Unterstützung der Demokratie, des Rechtsstaates und der Entwicklung hat die außenpolitische Strategie noch ein drittes politisches Ziel, das allgemeiner als die beiden erwähnten ist.

Es handelt sich dabei um die **Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Islamischen Welt**. Dies ist wichtig, damit nicht weiterhin Freiwillige aus islamischen Ländern und allgemein Muslime (auch aus Europa oder den USA) in den Stammesgebieten Pakistans oder in Afghanistan selbst gegen die USA/NATO kämpfen oder terroristische Akte vorbereiten. Anders gesagt, würde eine Verbesserung des Bildes der USA in der islamischen öffentlichen Meinung direkte positive sicherheitspolitische Konsequenzen haben, nicht nur in Afghanistan und Pakistan, sondern – da der islamistische Terrorismus ein globales Phänomen ist – auch in Jemen, Somalia, Mali und überall auf der Welt.

Besonders vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ ist eine Stärkung des Einflusses der öffentlichen Meinung auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess zu erwarten¹³⁴⁷ und sind folglich noch mehr Bemühungen der USA / des Westens insgesamt nötig, um zu einer kooperativen Haltung von mehrheitlich islamischen Staaten gegenüber der Westlichen Welt beizutragen und dem internationalen islamistischen Terrorismus den „gesellschaftlichen Nährboden“ zu entziehen.

Wie sah und sieht also die *islamische öffentliche Meinung* gegenüber den USA aus?

In den *Bush-Jahren* wurde das Image der USA weltweit beschädigt. Guantanamo, Geheimgefängnisse des CIA, der Irakkrieg und Abu Ghraib

¹³⁴⁷ Wenn der „Arabische Frühling“ nicht in einen „Arabischen Winter“ mit der (Wieder)Errichtung von autoritären Regimen mündet, was abzuwarten bleibt.

trugen zur „Beschädigung der Marke USA“ bei.¹³⁴⁸ Dies spiegelt sich in der Islamischen Welt, also in Ländern, wo Muslime die Bevölkerungsmehrheit stellen, in besonderem Maße wider:¹³⁴⁹

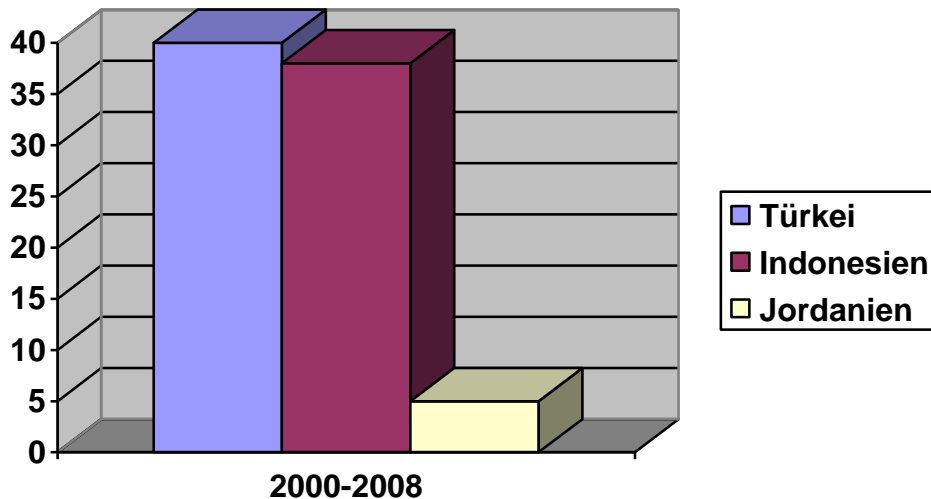
Zum Ende der Ära Bush betrachteten 2008 zwischen 60 % und 80 % Prozent der Pakistaner, der muslimischen Libanesen und Türken die USA als „Feind“.¹³⁵⁰ Die Einstellung zu den USA verschlechterte sich rapide. Als Beispiel dürften die Werte für die Türkei als einzigem muslimischen NATO-Verbündeten, die größte islamische Demokratie Indonesien und das Königreich Jordanien dienen:

¹³⁴⁸ Vgl. S. Halimi: USA - eine Marke ist beschädigt. In: Gresh, Alain u. a. (Hg.): ATLAS DER GLOBALISIERUNG. Le Monde Diplomatique (LMD). Berlin. 2009. S. 38–39; hier: S. 39.

¹³⁴⁹ Das Image der USA wurde auch in den Bevölkerungen der verbündeten europäischen Länder wie Deutschland oder Großbritannien beschädigt, wenngleich nicht so stark wie in der Islamischen Welt. So sank die positive Einstellung gegenüber den USA in Deutschland von über 60 % Prozent im Jahre 2001 auf knapp über 40 % Prozent im Jahr 2008; in Großbritannien verringerte sie sich von 85 % Prozent (2001) auf knapp über 50 % Prozent (2008). Vgl. Ebd., S. 38.

¹³⁵⁰ Vgl. S. Halimi, a.a.O., S. 38.

Grafik 18: Die Verschlechterung der Einstellung gegenüber den USA in der Türkei, Indonesien und Jordanien in der Bush-Ära (2000-2008), in Prozent %¹³⁵¹



Dabei darf die „kleine Verschlechterung“ für Jordanien nicht über das Ausmaß der negativen Einstellung täuschen: Im Jahr 2008 gab es weniger als 30 % Prozent der Jordanier, die die USA positiv bewerteten; das gleiche galt für die Türkei.¹³⁵² In Indonesien sah es ein wenig besser ist: Hier hatten die „positiv Gestimmten“ einen Anteil von 30 % bis 50 % Prozent an der Bevölkerung.¹³⁵³ Was aber auch hier zutraf, war, dass die Mehrheit der Bewohner in diesen (wie in anderen) islamischen Ländern eine negative Einstellung gegenüber den USA hatte.¹³⁵⁴

¹³⁵¹ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. S. Halimi, a.a.O., S. 38.

Die Umfragen wurden von der renommierten *Pew Research* (USA) durchgeführt und sind – wie alle in dieser Arbeit verwendeten Umfragen – repräsentativ.

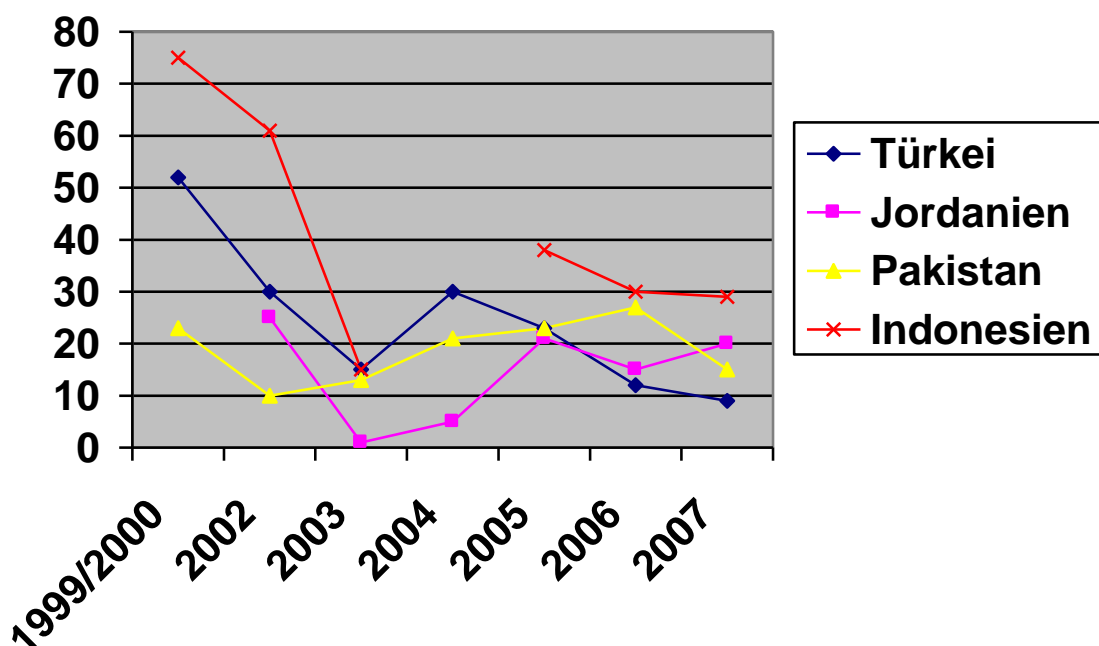
¹³⁵² Vgl. Ebd.

¹³⁵³ Vgl. Ebd.

¹³⁵⁴ Vgl. Ebd.

Welchen rasanten Abfall die positiven Einstellungen gegenüber den USA während der Bush-Ära erlitten, zeigt die folgende Grafik:

Grafik 19: Positive Einstellungen gegenüber den USA in der Türkei, Jordanien, Pakistan und Indonesien während der Bush-Ära (1999/2000-2008) in % Prozent¹³⁵⁵



Man sieht an der Grafik, dass die massive Verschlechterung offensichtlich mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ durch die Bush-Administration zu tun hatte. So gab es vor diesem „Krieg“ (also vor dem 11. September) in der Türkei und in Indonesien klare Mehrheiten für diejenigen, die die USA positiv sahen: 1999/2000 waren es 52 % Prozent der Türken und sogar 75 % Prozent der Indonesier.¹³⁵⁶

¹³⁵⁵ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. R. Wike: Karen Hughes' Uphill Battle, a.a.O., o.S. Für Jordanien wurden 1999/2000 keine Umfragen durchgeführt, ebenso wie 2004 in Indonesien.

Nach dem 11. September sanken die Werte rasant auf nur noch 30 % Prozent in der Türkei und (immer noch) 61 % Prozent in Indonesien (2002).¹³⁵⁷ Mit dem Irak-Krieg war in der Türkei, in Indonesien und Jordanien (aber nicht in Pakistan) der vorläufige Tiefpunkt erreicht: 2003 hatten nur noch 15 % Prozent der Türken eine positive Sichtweise auf die USA; der indonesische Wert war auf demselben Niveau angekommen – von einem viel höheren, „positiveren“ Ausgangswert.¹³⁵⁸ In Jordanien hatten gar nur 1 % Prozent der Bevölkerung eine positive Sichtweise auf Amerika.¹³⁵⁹ In der Türkei setzte sich der Abstieg auch nach dem Anfangsjahr des Irak-Krieges fort (wohl weil das Land durch die Destabilisierung des Nachbarn direkt betroffen wurde, man denke nur an die Kurdengebiete dies- und jenseits der Grenze); in Pakistan und Jordanien stabilisierten sich die Werte auf einem niedrigen Niveau.¹³⁶⁰ Sogar eine militärische Bedrohung durch die USA verspürten Ende 2007 klare Mehrheiten in vielen muslimischen Ländern, wie die folgende Grafik zeigt:

¹³⁵⁶ Vgl. R. Wike: Karen Hughes' Uphill Battle, a.a.O., o.S.

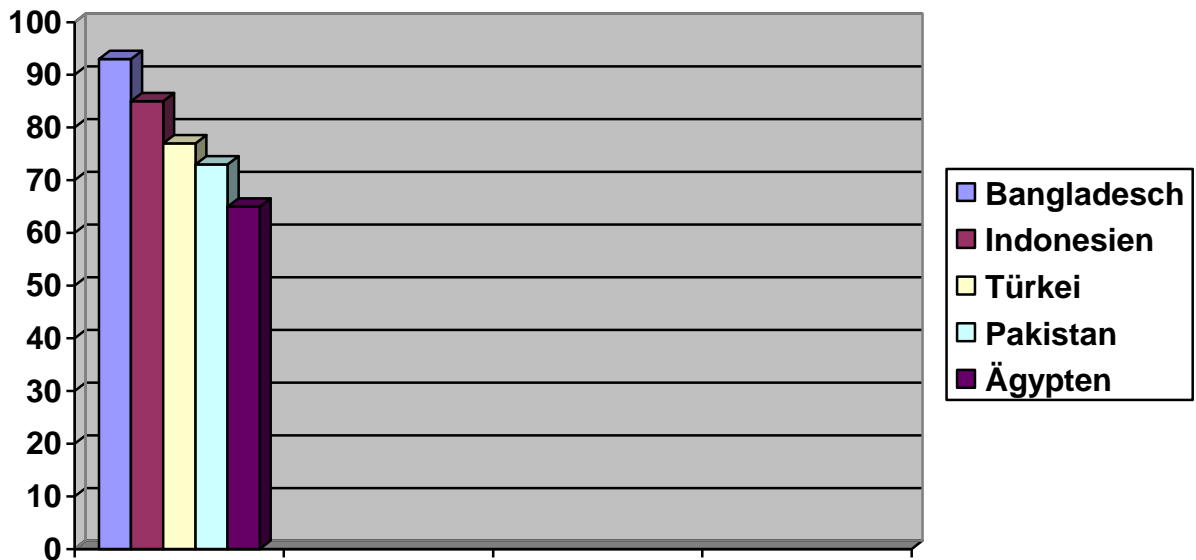
¹³⁵⁷ Vgl. Ebd.

¹³⁵⁸ Vgl. Ebd.

¹³⁵⁹ Vgl. Ebd.

¹³⁶⁰ Vgl. Ebd.

Grafik 20: Befürchtungen, dass die USA zu einer militärischen Bedrohung werden könnten in der Islamischen Welt, in % Prozent (2007)¹³⁶¹



Auch in Ländern wie Marokko, Malaysia, Jordanien, Libanon und Kuwait hatte die große Mehrheit der Bevölkerung große/mittlere Befürchtungen, dass die USA ihr Land angreifen könnten.¹³⁶²

Alle *public diplomacy* bzw. Propaganda-Versuche der Bush-Administration nach dem 11. September wie die Schaffung eines Office of Global Communication (2003)¹³⁶³, die Errichtung eines arabisch-sprachigen Radiosenders *Sawa* und des 24-Stunden-Nachrichtenkanals *Alhurra* halfen genau so wenig wie die Erhöhung des Budgets für *public diplomacy* um

¹³⁶¹ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. R. Wike: Karen Hughes' Uphill Battle, a.a.O., o.S. Für die ermittelten Prozentzahlen wurden nur die *großen/mittleren Befürchtungen* berücksichtigt.

¹³⁶² Vgl. Ebd.

¹³⁶³ Vgl. The President: Establishing the Office of Global Communications. Fundstelle: Presidential Documents. Federal Register, Jg. 68, Nr. 16. 24.01.2003. S. 3371–3372.

57 % Prozent im Zeitraum 2001 bis 2007.¹³⁶⁴

Keine noch so gute Propaganda kann helfen, wenn die außenpolitischen Taten von großen Teilen der auswärtigen Bevölkerungen – besonders in der Islamischen Welt – negativ wahrgenommen werden.¹³⁶⁵

Das bestätigt sich nicht zuletzt am Scheitern *Obamas*: Mit großen Hoffnungen gestartet, aufgebrochen um für einen neuen außenpolitischen Stil der USA zu sorgen, der die ramponierte „Marke“ verbessert, ist der neue Präsident erwartungsvoll mit der *Kairoer Rede* gestartet. Mit dieser Rede wollte er für einen Neuanfang mit der Islamischen Welt werben, der auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt beruht.¹³⁶⁶

Doch die Muslime beurteilten ihn nach seinen Taten, die aus *ihrer Perspektive* enttäuschend ausfielen.

Die *Anti-Terrorismus-Politik Obamas*, in den europäischen Ländern von einer Mehrheit unterstützt, lehnt die Mehrheit der Bevölkerungen in der Islamischen Welt ab.¹³⁶⁷ Gegenüber der Bush-Ära gibt es hier keine Veränderung: Die Mehrheit von Muslimen spricht sich für die Beendigung der Kriege im Irak (inzwischen beendet) und in Afghanistan aus.¹³⁶⁸ Auch der Drohnenkrieg wird abgelehnt – von 89 % Prozent der Ägypter, 85 %

¹³⁶⁴ Vgl. M. P. Ulrich: RETOOLING U.S. PUBLIC DIPLOMACY AS A STRATEGIC INSTRUMENT OF FOREIGN POLICY. In: Bartholomees, J. Boone (Hg.): U.S. ARMY WAR COLLEGE GUIDE TO NATIONAL SECURITY ISSUES. VOLUME 2: NATIONAL SECURITY POLICY AND STRATEGY. 5. Aufl. (U.S. ARMY WAR COLLEGE GUIDE TO NATIONAL SECURITY ISSUES, 2). Carlisle, PA. 2012. S. 265–274; hier: S. 266. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubid=1110>, zuletzt geprüft am 14.09.2012.

¹³⁶⁵ Vgl. M. P. Ulrich, a.a.O., S. 269; vgl. auch R. Wike: Karen Hughes' Uphill Battle, a.a.O., o.S.

¹³⁶⁶ Für die Analyse dieser Rede siehe die *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹³⁶⁷ Vgl. Global Opinion of Obama Slips, International Policies Faulted, a.a.O., o.S.

¹³⁶⁸ Vgl. Ebd.

Prozent der Jordanier, 81 % Prozent der Türken.¹³⁶⁹ Allerdings gibt es bei diesem Thema eine breite weltweite Ablehnung: So sprechen sich auch 90 % Prozent der besonders us-kritischen Griechen, 76 % Prozent der Spanier, ebenso 76 % Prozent der Brasilianer und 75 % Prozent der Japaner gegen Drohnenattacken aus.¹³⁷⁰

Die USA erhalten vor dem Hintergrund der Anti-Terrorismus-Politik Obamas teils noch niedrigere Sympathiewerte als unter Bush: Nur 15 % Prozent der Türken, 12 % Prozent der Pakistaner und der Jordanier haben eine positive Meinung von den USA (2012).¹³⁷¹

Mit vielen Erwartungen gestartet, ist Obama so auf dem harten Boden der Realität gelandet.

Die Zustimmungswerte zu seiner Außenpolitik fielen im Vergleich zwischen 2009 und 2012 drastisch. In der Islamischen Welt gab es sogar eine Halbierung der Zustimmung:

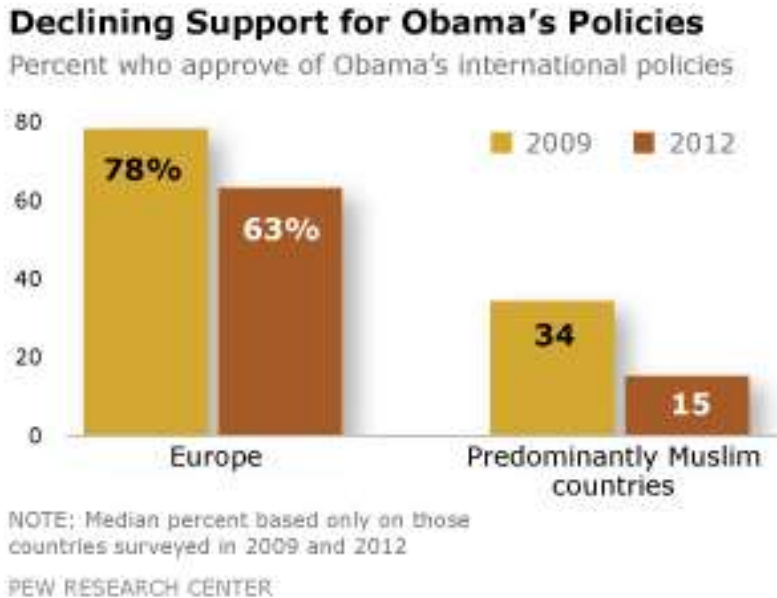
¹³⁶⁹ Vgl. Global Opinion of Obama Slips, International Policies Faulted, a.a.O., o.S.

¹³⁷⁰ Vgl. Ebd.

¹³⁷¹ Vgl. Ebd.

Grafik 21: Sinkende Zustimmung zu Obamas Außenpolitik.

Vergleich zwischen 2009 und 2012, in % Prozent¹³⁷²



So bleibt festzustellen, dass Obamas „Charmeoffensive“ gegenüber der Islamischen Welt gescheitert ist. Die Muslime wollen nicht Verbündete im „Krieg gegen den Terrorismus“ werden, den sie ablehnen. Hier hilft offenbar keine Änderung des Stils. Eine Reduktion der Drohnenangriffe dürfte den USA hingegen mehr Sympathien einbringen, ein (schnellerer) Abzug aus Afghanistan ebenfalls.

Doch mit Hinblick auf die Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung vor allem in den pakistanischen Stammesgebieten und der Verhinderung der Rückkehr von Al-Qaida nach Afghanistan sind Basen im Land am Hindukusch notwendig, die eine geringe Truppenpräsenz von Spezialeinheiten in reduziertem Maße, aber über Jahre hinweg erfordern.

¹³⁷² Grafik aus: Vgl. Global Opinion of Obama Slips, International Policies Faulted, a.a.O., o.S.

Zumal diplomatische Erfolge wie die Beilegung des Kaschmirkonfliktes Jahrzehnte erfordern könnten und sich somit kurz- und mittelfristig nichts am pakistanischen Interesse an einer gewissen Destabilisierung in Afghanistan ändern dürfte. Auch dürfte es Jahrzehnte dauern, die sozio-ökonomische Lage in den pakistanischen Stammesgebieten zu verbessern und so den Nährboden für den Extremismus zu entziehen.

Pakistan wie Afghanistan zu stabilisieren ist eine langfristige Aufgabe. Vor diesem Hintergrund sind militärische Maßnahmen im Verbund und unter stärkerer Betonung von diplomatischen- und Entwicklungsanstrengungen angeraten.

Klar dürfte damit auch sein:

Es ist mittelfristig nicht mit einer signifikanten Verbesserung des Images der Vereinigten Staaten in der Islamischen Welt zu rechnen – ganz egal wer in Washington Präsident ist (bzw. wird).

Insgesamt kann die außenpolitische Teilstrategie der USA wie folgt bewertet werden:

Das erste Ziel – die Stützung der Karzai-Regierung durch Demokratisierung, Förderung der Rechtstaatlichkeit und Entwicklung – ist teilweise erreicht worden. Die beschränkten Erfolge sind vor dem Hintergrund der Zerstörung in Afghanistan zu sehen, die der sowjetisch-afghanische Krieg, der darauf folgende afghanische Bürgerkrieg und schließlich die Tyrannei der Taliban angerichtet haben. Überzogene und falsche Zielvorstellungen wie die Etablierung einer afghanischen liberalen Demokratie nach westlichem Muster sind unrealistisch, ihnen fehlt die gesellschaftliche und ökonomische Grundlage. Stattdessen sollte eine Demokratie gefördert werden, die afghanischen Traditionen entspricht (dafür aber vielleicht nicht „perfekt“ im westlich-liberalen Sinne ist). Afghanistan kann durch das angesprochene Strategische Abkommen

langfristig an die USA und den Westen gebunden werden. Dies wäre im beiderseitigen Interesse, erfordert aber Geduld und ein jahrzehntelanges finanzielles und personelles Engagement.

Das zweite Ziel – die Stabilisierung Pakistans und die Gewinnung von Pakistan als Verbündeten ist nicht erreicht worden. Nach wie vor können sich afghanische Taliban oder das Haqqani-Netzwerk in den Stammesgebieten regenerieren und neue Angriffe in Afghanistan planen. Pakistan selbst droht ein gescheiterter Staat zu werden. Bislang sind die Offensiven der pakistanischen Armee in den Stammesgebieten nicht von bleibendem Erfolg gekrönt worden, stattdessen wächst die Zahl der Opfer. Für die Stabilisierung Pakistans sollte mehr getan werden, vor allem in ziviler Hinsicht: Die sozio-ökonomischen Bedingungen in den Stammesgebieten sollten verbessert werden. Die diplomatischen Bemühungen im Hinblick auf die Lösung des Kaschmir-Konfliktes mit Indien und der Anerkennung der Westgrenze (Durandlinie) durch Afghanistan sollten von der Internationalen Gemeinschaft und besonders den USA, die einen großen Einfluss auf ihre Partner Indien und Afghanistan haben, intensiviert werden, um den pakistanischen berechtigten Sicherheitsinteressen gerecht zu werden. Von einer Stabilisierung der Lage in Pakistan hängt die Stabilisierung der Situation in Afghanistan in besonderem Maße ab; Pakistan alleine ist aber bedeutend genug, um ein verstärktes finanzielles und diplomatisches Engagement der USA und Europas zu rechtfertigen.

Das dritte Ziel – die Verbesserung der Beziehungen zur Islamischen Welt – ist verfehlt worden. Daran konnte auch Hoffnungsträger Obama nichts ändern. Die Verbesserung der Beziehungen zu mehrheitlich muslimischen Ländern bleibt eine wichtige Aufgabe, alleine um dem internationalen islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen und sich der

Unterstützung der Regierungen im Kampf gegen den Terrorismus zu versichern, aber auch um die konstruktive Mitarbeit der islamischen Länder im Hinblick auf Afghanistan (Vermittlung in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Taliban) und Pakistan (Vermittlung zwischen Pakistan und Afghanistan) sicherzustellen. Anzuraten wäre hierbei, bei der notwendigen Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus weltweit ein größeres Gewicht auf Diplomatie und Entwicklungshilfe zu legen. Eine Reduzierung der Drohnenangriffe würde ebenfalls zu verbesserten Sympathiewerten für die USA in der Islamischen Welt führen.

5.3.3 Die innenpolitische Teilstrategie

Nachdem durch die Behandlung der militärischen und der außenpolitischen Strategie die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten analysiert werden konnten, lohnt sich ein Blick auf die „Heimatfront“. Schließlich sind Strategien, die auf die äußere Welt zielen, in Demokratien auf die innere Unterstützung durch die Öffentlichkeit angewiesen.

Die innenpolitische Basis und ihre Problematik wurde im Hinblick auf die Beziehungen Exekutive-Legislative (Präsident und seine Administration versus Kongress) bereits unter der *Gesamtstrategie Bushs* bzw. *Obamas* dargestellt. Damit wurde die *parlamentarische Öffentlichkeit* bereits angesprochen. Auch Aspekte der allgemeinen öffentlichen Meinung wurden angerissen.

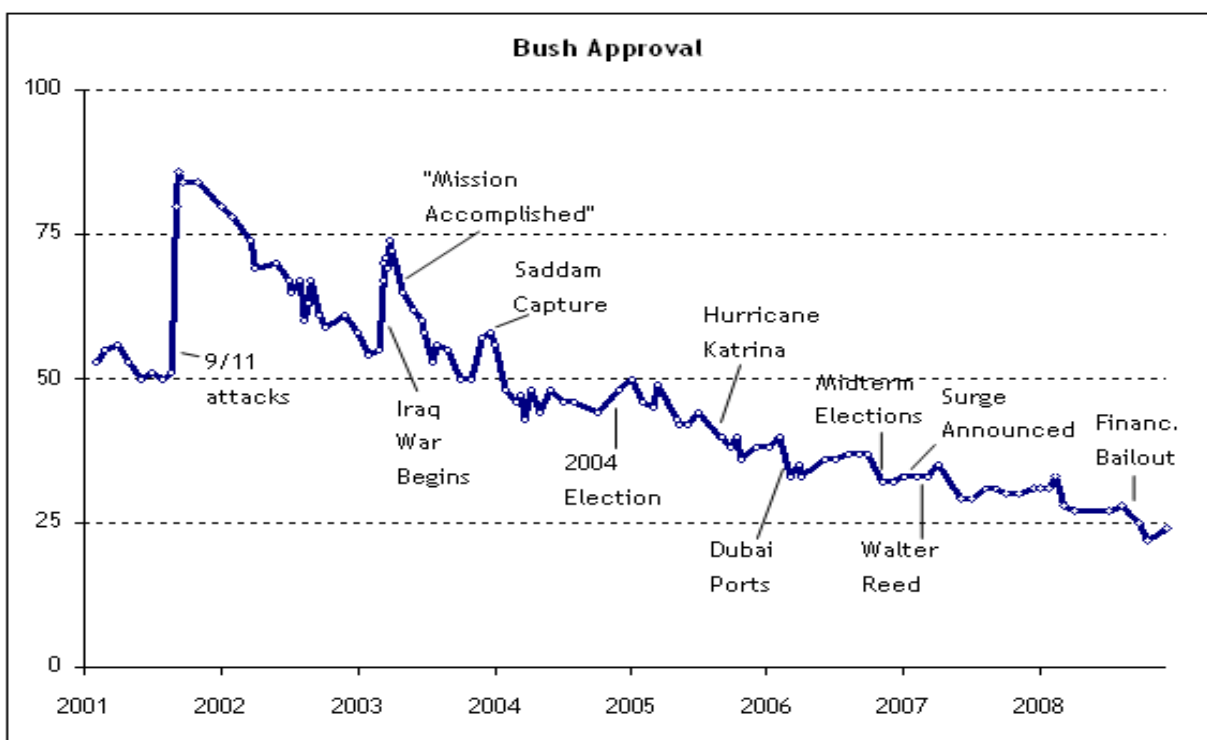
In diesem Kapitel wird die **allgemeine öffentliche Meinung** im Hinblick auf den Afghanistankrieg und seine Auswirkungen auf die Popularität des Amtsinhabers systematisch untersucht.

Dies geschieht unter der Fragestellung:

Wurde der politische Zweck: Steigerung der Popularität des Präsidenten in der allgemeinen Öffentlichkeit (in Meinungsumfragen) erreicht?

Präsident *George W. Bush*, mit durchschnittlichen Beliebtheitswerten in seine Präsidentschaft gestartet, konnte durch den „Krieg gegen den Terrorismus“ nach dem 11. September zunächst massiv an Zustimmung gewinnen. Seine Zustimmungswerte kletterten unmittelbar nach den Attacken auf Amerika auf über 80 % Prozent:

Grafik 22: Die Zustimmungswerte für Präsident George W. Bush (2001-2008), in % Prozent¹³⁷³



¹³⁷³ Grafik aus: Vgl. PEW RESEARCH CENTER FOR THE PEOPLE & THE PRESS: Bush and Public Opinion. Reviewing the Bush Years and the Public's Final Verdict. 2008. o.S. Online verfügbar unter: <http://pewresearch.org/pubs/1063/bush-and-public-opinion>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.

Die Nation versammelte sich um ihren Präsidenten. In Kriegs- und Krisenzeiten wirkt der sogenannte „*rally round the flag*“ Effekt, der kurzfristig für stark erhöhte Zustimmungswerte für den Amtsinhaber sorgt.¹³⁷⁴ Wichtig ist hier die Betonung auf *kurzfristig*:

Wie aus der Grafik ersichtlich, hatte die Zustimmung zu Bushs Amtsführung bereits Anfang 2003 fast ihre Ausgangswerte vor dem 11. September erreicht.

Der Irak-Krieg sorgte dann wieder für einen „*rally round the flag*“ Effekt, doch wieder war die erhöhte Zustimmung von kurzer Zeit.

Während der erfolgreichen Anfangsphase waren bis zu 75 % Prozent der Amerikaner mit Bushs Amtsführung zufrieden. Doch mit steigender Gewalt, mehr amerikanischen Gefallenen, mehr finanziellen Ausgaben ohne Aussicht auf Erfolg sank die Zustimmung zu Bushs Amtsführung rasant.¹³⁷⁵ Nur die Gefangennahme Saddam Husseins sorgte für ein kurzes Zwischenhoch, das am allgemeinen Trend nichts änderte.

Inzwischen war der Irak-Krieg über ein Jahr alt und Bush stand vor den Präsidentschaftswahlen 2004. Hier, könnte man sich denken, würde die steigende Unbeliebtheit des Präsidenten seinem „demokratischen“ Herausforderer John Kerry „in die Karten spielen“. Doch Bushs Wahlkampagne konterte die Angriffe des Herausforderers, der auf wachsende Kriegsskepsis und die Unzufriedenheit der Amerikaner mit der wirtschaftlichen Entwicklung setzte, mit ihrer Betonung der Wertefrage (*moral values*) und der Darstellung Bushs als eines erfolgreichen, entschiedenen Terrorismusbekämpfers, der die Nation seit dem

¹³⁷⁴ Vgl. B. Russett: Grasping the Democratic Peace. Principles for a post-cold war world, a.a.O., S. 30.

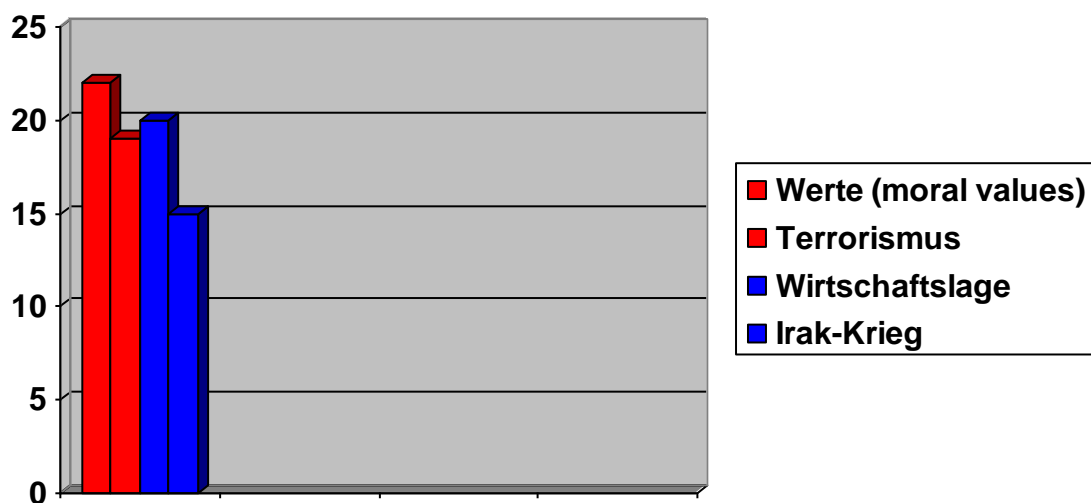
¹³⁷⁵ Vgl. J. Phelan; G. Langer: Poll: Assessment of Afghanistan War Sour. ABC News. 16.12.2010. S. 1-2. Online verfügbar unter: <http://www.langerresearch.com/uploads/1119a6%20Afghanistan.pdf>; zuletzt geprüft am 15.09.2012.

11. September vor weiteren Terrorattacken bewahrt hätte.¹³⁷⁶ Kerry, der Ostküstenliberale, sollte als ein Kandidat dargestellt werden, der über „keinen klaren moralischen Kompass“ verfügte (und zum Beispiel für die „Homo-Ehe“ eintrat) und der unentschlossen und „zu weich“ im Hinblick auf die nationale Sicherheit sei.¹³⁷⁷

Im Rückblick zahlte sich der Plan des Bush-Wahlkampfstabes aus:

Als die Wähler gefragt wurden, welche Sachverhalte (*issues*) für ihre Wahlentscheidung am Wichtigsten waren, ergab sich folgendes Bild:

Grafik 23: Wahlentscheidende Themen bei der Präsidentschaftswahl 2004, in % Prozent¹³⁷⁸



¹³⁷⁶ Vgl. D. R. Jones: Why Bush Won. CBSNews. 2009. o.S. Online verfügbar unter: http://www.cbsnews.com/2100-250_162-653238.html, zuletzt geprüft am 01.08.2012.

¹³⁷⁷ Vgl. D. R. Jones, a.a.O., o.S.

¹³⁷⁸ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. D. R. Jones, a.a.O., o.S.

Gemäß der amerikanischen politischen Farbenlehre steht „Rot“ für die republikanischen Wahlkampfthemen und „Blau“ für die demokratischen. Die Themen sind von links nach rechts geordnet, beginnend mit der „republikanischen“ „Wertefrage“ und dem „Terrorismus“; schließlich die beiden Themen Kerrys: die Wirtschaftslage und der Irak-Krieg.

Die „*moral values*“ waren mit 22 % Prozent wahlentscheidend; Bushs Rolle als erfolgreicher Terrorismusbekämpfer war mit 19 % Prozent wichtiger als der Irak-Krieg mit 15 % Prozent.

Kerrys Kampagne lief ins Leere und Bush wurde wiedergewählt.¹³⁷⁹

Kurz nach der Wahl erreichte er sogar Werte von über 50 % Prozent Zustimmung, wie direkt nach seinem Amtsantritt 2000 (aber um ein Vielfaches niedriger als nach den Attacken des 11. September).¹³⁸⁰

Doch während seiner zweiten Amtszeit (2004-2008) wurde Bush zu einem der unbeliebtesten Präsidenten der USA aller Zeiten.¹³⁸¹ Der Irak-Krieg trug maßgeblich dazu bei, das Versagen der Regierung bei der Katastrophenhilfe nach dem Hurrikan Katrina in New Orleans 2005 und die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die an der Wall Street Ende 2008 ihren Anfang nahm, „taten das Übrige“.¹³⁸²

Zwischen 2005 und 2009 antworteten durchschnittlich 60 % Prozent der Amerikaner, dass der Irak-Krieg es nicht wert sei, gekämpft zu werden (das ist die *worth fighting* Frage, die den Nutzen des Krieges wie den Gewinn an Sicherheit den humanen, materiellen und finanziellen Kosten gegenüberstellt¹³⁸³).¹³⁸⁴

¹³⁷⁹ Vgl. Vgl. D. R. Jones, a.a.O., o.S.

¹³⁸⁰ Siehe Grafik 22.

¹³⁸¹ Vgl. PEW RESEARCH CENTER FOR THE PEOPLE & THE PRESS: Bush and Public Opinion, a.a.O., o.S.; Vgl. auch F. Newport: Bush Job Approval at 25 %, His Lowest Yet. GALLUP. 06.10.2008. Online verfügbar unter: <http://www.gallup.com/poll/110980/Bush-Job-Approval-25-Lowest-Yet.aspx>; zuletzt geprüft am 02.08.2012.

¹³⁸² Siehe Grafik 22.

¹³⁸³ Die Formulierung der Frage lautet: „Im Großen und Ganzen, wenn man die Kosten gegen den Nutzen für die Vereinigten Staaten abwägt, denken Sie, dass der Krieg in Afghanistan es wert ist gekämpft zu werden oder nicht? (*the war in Afghanistan has been worth fighting, or not?*).“ Eigene Übersetzung.

Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Frage 24. März 2011. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postpoll_03142011.html; zuletzt geprüft am 28.06.2011.

¹³⁸⁴ Vgl. J. Phelan; G. Langer: Poll: Assessment of Afghanistan War Sours, a.a.O., S. 1.

Mit der sinkenden Zustimmung für den Krieg im Irak sanken die Zustimmungswerte für Bush selbst im Gleichschritt.¹³⁸⁵ Dass der „*rally round the flag*“ Effekt auch historisch von kurzem Nutzen gewesen ist, zeigt die nachfolgende Grafik, indem sie Bushs Zustimmungswerte 2001-2008 den Zustimmungswerten von zwei anderen „Kriegspräsidenten“ – Truman während des Koreakriegs (1950-1953) und Johnson während der Eskalation des Vietnamkrieges (1964-1968) – gegenüberstellt:

Grafik 24: Durchschnittliche Zustimmungswerte der „Kriegspräsidenten“ Truman, Johnson und Bush in % Prozent¹³⁸⁶



¹³⁸⁵ Vgl. J. Phelan; G. Langer: Poll: Assessment of Afghanistan War Sours, a.a.O., S. 2.

¹³⁸⁶ Grafik aus: Vgl. J. Phelan; G. Langer: Poll: Assessment of Afghanistan War Sours, a.a.O., S. 2.

Aus der Grafik wird ersichtlich, dass Bushs hohe anfängliche Zustimmungswerte im „Kampf gegen den Terrorismus“ (73% Prozent 2001/2002) durch den Irak-Krieg auf nur noch 30 % Prozent im Jahr 2008 purzelten. Bush wurde damit zu einem der unbeliebtesten Präsidenten der US-Geschichte, nicht nur – wie oben aufgezeigt – international, sondern auch „zu Hause“.¹³⁸⁷ Als Respondenten Ende 2008 nach der bleibenden Hinterlassenschaft (*legacy*) der Bush-Ära befragt wurden, erwähnten die meisten (51 % Prozent) den „globalen Krieg gegen den Terrorismus“ und die zweitmeisten – 29 % Prozent – spezifisch den Krieg im Irak.¹³⁸⁸

Doch was war mit dem Krieg in *Afghanistan*? Spielte er in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt eine Rolle?

Die Antwort ist: nein, und er tut es immer noch nicht.

Die Gründe hierfür sind in der anhaltenden *Vernachlässigung des Afghanistankrieges durch die us-amerikanische massenmediale Berichterstattung* zu suchen:

2010 – das heißt schon nach dem Amtsantritt von Präsident Obama, der den Afghanistankrieg zur nationalen Priorität erklärte – waren nur sieben TV-Korrespondenten vor Ort in Kabul.¹³⁸⁹ Nur ein Viertel der Amerikaner verfolgte den Afghanistankrieg nah (*closely*).¹³⁹⁰

Die Arbeitsbedingungen für Journalisten verschlechterten sich durch das „Zusammenstreichen“ der Budgets von Medienunternehmen im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise: So entließ der Nachrichtensender ABC News

¹³⁸⁷ Vgl. PEW RESEARCH CENTER FOR THE PEOPLE & THE PRESS: Bush and Public Opinion, a.a.O., o.S.; Vgl. auch F. Newport, a.a.O., o.S.

¹³⁸⁸ Vgl. PEW RESEARCH CENTER FOR THE PEOPLE & THE PRESS: Bush and Public Opinion, a.a.O., o.S.

¹³⁸⁹ Vgl. B. Stelter: Afghan War Just a Slice of U.S. Coverage. In: The New York Times, 19.12.2010. o.S. Online verfügbar unter:

<http://www.nytimes.com/2010/12/20/business/media/20coverage.html?gwh=5EE4D60E D61945B7B91769CFC7F416A6>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

¹³⁹⁰ Vgl. Ebd.

2009 ein Viertel seiner Mitarbeiter, der Konkurrent CBS News feuerte im gleichen Jahr die meisten der für internationale Berichterstattung zuständigen Kameramänner.¹³⁹¹

Laut einer Untersuchung des renommierten Pew Research Center von 2010 betrug die Berichterstattung über Afghanistan in den wichtigsten Zeitungen, bei Radio- und TV-Sendern und auf den relevanten Internetseiten ganze 4 % Prozent der gesamten Berichterstattung (2010).¹³⁹²

Während der Bush-Periode und der Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak waren es sogar nur 1 % Prozent (2007 und 2008).¹³⁹³

Selbst bei Amtsantritt des neuen Präsidenten und der Verkündung einer neuen Afghanistan-Strategie 2009 machte die Afghanistanberichterstattung nur 5 % Prozent aus:¹³⁹⁴

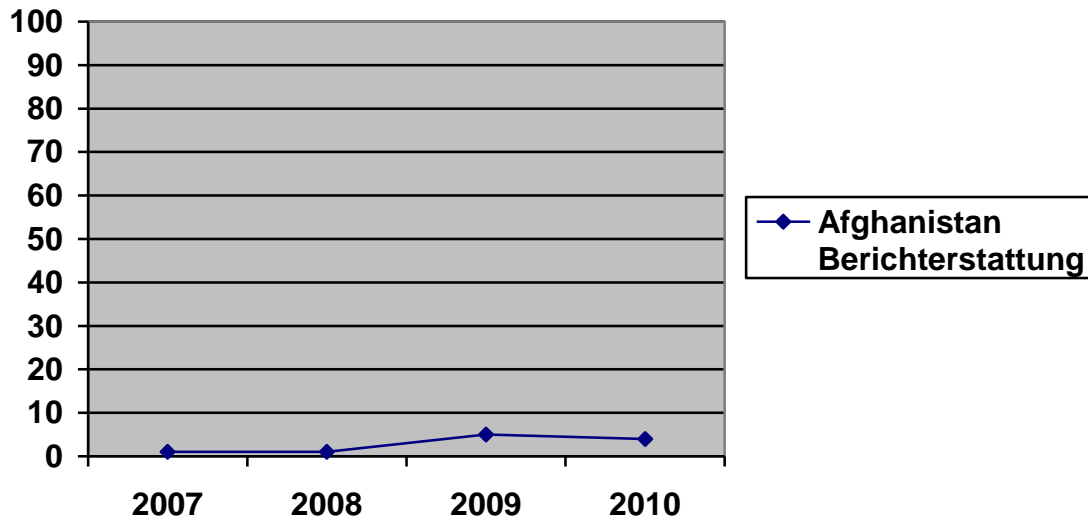
¹³⁹¹ Vgl. B. Stelter, a.a.O., o.S.

¹³⁹² Vgl. Ebd.

¹³⁹³ Vgl. Ebd.

¹³⁹⁴ Vgl. Ebd.

Grafik 25: Berichterstattung über Afghanistan in den USA, in % Prozent der gesamten Berichterstattung (2007-2010)¹³⁹⁵



2010 erhielten die ökonomische Krise, die Zwischenwahlen zum Kongress (*mid term elections*) und die Ölpest im Golf von Mexiko je zwei Mal mehr so viel Aufmerksamkeit in den Massenmedien als der Afghanistankrieg.¹³⁹⁶

Auch in der Zukunft ist laut Pew Research nicht mit einer Ausweitung der Berichterstattung zu rechnen (es sei denn, es würde eine nochmalige öffentliche Strategierevision vollzogen). Ansonsten wird der Anteil voraussichtlich bei 5 % Prozent stagnieren.¹³⁹⁷

¹³⁹⁵ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. B. Stelter, a.a.O., o.S.

Viel sagt auch die Tatsache aus, dass die Studie über den Afghanistankrieg erst seit 2007 durchgeführt wurde. Zu dem Zeitpunkt war der Krieg schon fast sechs Jahre im Gange.

¹³⁹⁶ Vgl. Ebd.

¹³⁹⁷ Vgl. Ebd.

Wiederholt wurde auch die kritische Distanz der Medien zu Regierungsdarstellungen angezweifelt. Während TV-Vertreter betonten, dass sie aus dem Irak-Krieg gelernt hätten (wo die us-amerikanischen Massenmedien durch den sogenannten „*embedded journalism*“ ihre kritische Distanz zur Regierungspropaganda verloren), äußerte R. N. Haass, Präsident des Council on Foreign Relations (New York): „Die Geschichte wird brutal sein mit den Fragen, die nicht gefragt wurden“. R. N. Haass, zitiert nach: Vgl. Ebd. Eigene Übersetzung.

Die nach wie vor geringe öffentliche Wahrnehmung des Afghanistankrieges kontrastiert mit den Ankündigungen *Obamas*, den Krieg zur „nationalen Chefsache“ zu machen, mehr Ressourcen, mehr Truppen, mehr Geld für den Krieg aufzuwenden.¹³⁹⁸

Die nationale Aufmerksamkeit sollte vom Irak-Krieg (den Obama beendete) zum Afghanistan-Krieg (den er intensivierte, um ihn schneller zu beenden) „wechseln“.

Allerdings wurde die Amtszeit *Obamas* von Anfang an von der Weltwirtschaftskrise überschattet. Die allgemeine Öffentlichkeit erwartet(e) von ihm vor allem die Lösung der Probleme der Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung und Obama selbst versprach, sich vor allem um diese „inneren Angelegenheiten“ zu kümmern.¹³⁹⁹

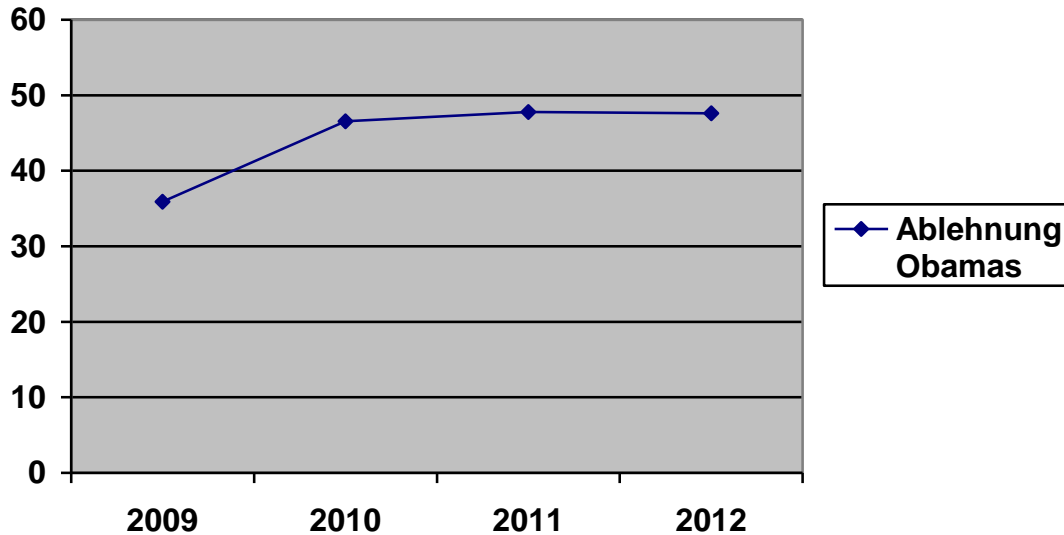
Seine steigenden *Ablehnungswerte* sind vor allem ein Abbild der schlechten Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten selbst und der Perzeption der Öffentlichkeit, dass der Präsident es bisher nicht geschafft hat, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen:

¹³⁹⁸ Siehe dazu die *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹³⁹⁹ Siehe *Gesamtstrategie unter Obama*.

Grafik 26: Die Ablehnung der Amtsführung Obamas (2009-2012),

in % Prozent¹⁴⁰⁰



Hierbei fällt auf, dass der „Hoffnungsträger“ Obama, der einen grundlegenden „Wechsel“ (*change*) versprach, vor allem in seinem zweiten Amtsjahr (2010) massiv an Zustimmung verlor (die Ablehnung stieg von 35,9 % Prozent 2009 auf 46,5 % Prozent 2010), sich dann aber im Verlaufe der beiden nächsten Jahre stabilisieren konnte.¹⁴⁰¹ Die Ablehnung Obamas lag zwischen 2010 und 2012 relativ konstant bei 47 % Prozent.¹⁴⁰²

Daran änderte auch die Eskalation des Afghanistankriegs mit steigenden Gefallenenzahlen nichts – die Gefallenenzahl stieg durch Barack Obamas neue Strategie mit Truppenaufstockung und Eskalation der

¹⁴⁰⁰ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Frage 1.

Mai 2012. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postabcpoll_20120520.html; zuletzt geprüft am 08.08.2012.

Die presidential approval rating Frage lautet: „Sind Sie mit der Arbeit Barack Obamas als Präsident zufrieden?“ („Do you approve or disapprove of the way Barack Obama is handling his job as president?“).

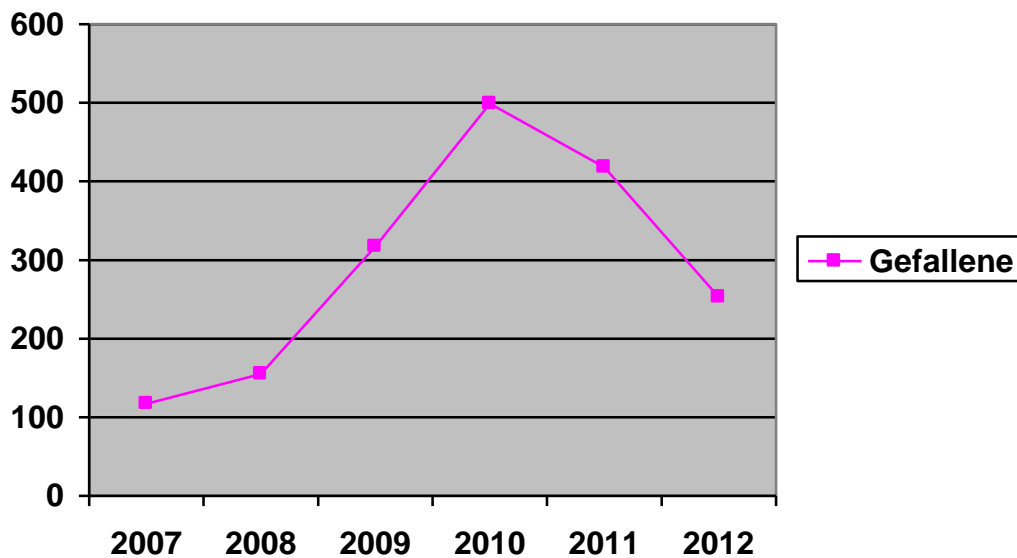
Da die Umfrage mehrmals jährlich stattfindet, habe ich die jährlichen Durchschnittswerte berechnet und angegeben.

¹⁴⁰¹ Vgl. Ebd. Eigene Berechnung.

¹⁴⁰² Vgl. Ebd. Eigene Berechnung.

Kampfhandlungen (ISAF-Offensiven gegen die Taliban) von 317 (2009) auf den „Höhepunkt“ von 499 (2010). Auch 2011 blieben die Gefallenenzahlen hoch (418):

Grafik 27: Anzahl der us-amerikanischen Gefallenen pro Jahr (2007-2012)¹⁴⁰³



Insgesamt gab es unter Obama binnen 27 Monaten mehr als 1.000 getötete amerikanische Soldaten – so viele wie von Beginn des Krieges im Oktober 2001 bis zum Oktober 2009 in acht Jahren. Die Gesamtzahl der us-amerikanischen Gefallenen stieg damit auf 2.000 im August 2012.¹⁴⁰⁴

Die Amerikaner betrachten die politisch-militärische Entwicklung in Afghanistan trotz der neuen Strategie unter Obama als negativ für die USA:

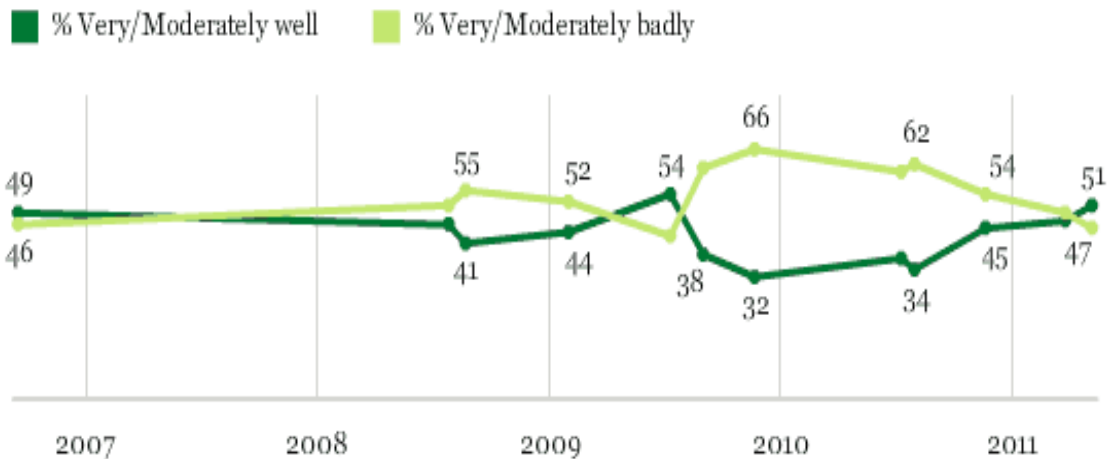
¹⁴⁰³ Eigene Grafik. Die Daten für 2012 sind vorläufig (Stand: 15.09.2012).

Daten aus: Vgl. iCasualties.org: Coalition Military Fatalities By Year. 2012. Online verfügbar unter: <http://icasualties.org/OEF/index.aspx>; zuletzt geprüft am 15.09.2012.

¹⁴⁰⁴ Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3.

Grafik 28: Die Entwicklung in Afghanistan für die USA aus Sicht der amerikanischen Bevölkerung, in % Prozent (2007-2011)¹⁴⁰⁵

In general, how would you say things are going for the U.S. in Afghanistan -- [ROTATED: very well, moderately well, moderately badly, (or) very badly]?



GALLUP

Dabei ist der Abstand zwischen den „Pessimisten“ und den „Optimisten“ unter Obama im Vergleich zu Bush sogar angewachsen.

Ein paar „Ausreißer“ unter Obama lassen sich (genauso wie die einzelnen Ausreißer bei den Zustimmungswerten für Bush) durch einzelne Kriegserfolge erklären:¹⁴⁰⁶

(1) Der erste Ausreißer stammt aus der Mitte des Jahres 2009. Damals überarbeitete die Obama-Administration gerade ihre Strategie (*strategy review*) und es kamen Berichte an die Presse, wonach es bald einen Abzugsplan mit „festem“ Datum geben werde (den es auch gab,

¹⁴⁰⁵ Grafik aus: Vgl. J. M. Jones: Americans More Positive on Afghanistan After Bin Laden Death. GALLUP. 11.05.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.gallup.com/poll/147488/Americans-Positive-Afghanistan-Bin-Laden-Death.aspx>; zuletzt geprüft am 28.06.2011.

¹⁴⁰⁶ Bei der Erklärung der Ausreißer lehne ich mich an meine Darstellung an: Vgl. A. Friesen: Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich, a.a.O., S. 94.

wobei das Datum allerdings je nach Sicherheitslage variabel interpretiert werden kann¹⁴⁰⁷). Es könnte also sein, dass die positive Sicht auf die Entwicklung in Afghanistan mit der Hoffnung auf einen bevorstehenden Abzug zusammen hängt.

Diese Hoffnung änderte nichts am negativen Trend. Kurz vor Obamas Rede im Dezember 2009 mit der Verkündung der Truppenaufstockung *und* des Beginns des Abzugs beurteilten sogar zwei Drittel der Amerikaner die Lage negativ. Auch danach blieben die „Pessimisten“ in der Überzahl, wenn auch nur knapp.

(2) Was den zweiten Ausreißer angeht, so datiert dieser vom Mai 2011. Unmittelbar nach der Tötung bin Ladens am 01. Mai wurde eine Umfrage durchgeführt, sodass im „Glück des Augenblicks“ eine knappe Mehrheit (51 % Prozent) die Lage in Afghanistan als positiv einstufte.¹⁴⁰⁸ Allerdings stieg mit diesem Erfolg auch die Hoffnung auf einen sofortigen Abzug: In der zitierten Umfrage meinten 59 % Prozent der Amerikaner, dass die USA ihre Mission in Afghanistan nun vollendet hätten und die eigenen Soldaten „nach Hause“ bringen sollten.¹⁴⁰⁹

Offensichtlich wird der Krieg in Afghanistan nicht länger als „kämpfenswert“ gesehen, vor dem Hintergrund der negativen Entwicklung in Afghanistan, der steigenden finanziellen und humanen Kosten und der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den USA: Die öffentliche Ablehnung des Krieges in Afghanistan (ausgedrückt in der „*worth fighting*“ Frage) stieg von 41,6 % Prozent 2009 auf 54,5 % Prozent 2010.¹⁴¹⁰

¹⁴⁰⁷ Siehe dazu die *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹⁴⁰⁸ Vgl. J. M. Jones: Americans More Positive on Afghanistan After Bin Laden Death, a.a.O., o.S.

¹⁴⁰⁹ Vgl. Ebd.

Zu Forderungen nach (beschleunigtem) Truppenabzug im Kongress nach bin Ladens Tötung siehe die *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹⁴¹⁰ Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Frage 24. März 2011, a.a.O., o.S.

Vor diesem Hintergrund spricht sich in jüngsten Umfragen eine Mehrheit der Amerikaner für einen *beschleunigten* Truppenabzug aus: Im März 2012 waren 50 % Prozent der Befragten für einen schnelleren Weg raus aus Afghanistan, nur 24 % Prozent wollten, dass die USA so lange bleiben, wie es Obama (zusammen mit Karzai und den NATO-Partnern) verkündigte, nämlich bis 2014.¹⁴¹¹ Dabei sind die demokratischen Wähler besonders kriegsskeptisch, hier liegt der Wert für einen schnelleren Truppenabzug bei 53 % Prozent.¹⁴¹² „Unabhängige“ Wähler, die weder den Demokraten, noch den Republikanern zuneigen, sind ebenso kriegskritisch (54 % Prozent).¹⁴¹³ Dagegen sind die Republikaner in dieser Frage gespalten: Zwar sprechen sich die meisten (40 % Prozent) für einen beschleunigten Abzug aus; 38 % Prozent jedoch sind für eine unbegrenzte „Aufenthaltsdauer“ am Hindukusch („die Truppen sollen bleiben, bis die Ziele erreicht wurden“¹⁴¹⁴).¹⁴¹⁵

Interessanterweise sind die Amerikaner bis heute (2012) mehrheitlich der Meinung, dass es trotz aller Schwierigkeiten richtig gewesen ist, eigene Truppen nach Afghanistan entsandt zu haben:

In derselben Umfrage vom März 2012 sagt dies die klare Mehrheit von 59 % Prozent (falsch sagen nur 35 % Prozent).¹⁴¹⁶ Diese Daten gelten parteiübergreifend; aber auch hier gibt es Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern:

¹⁴¹¹ Vgl. J. M. Jones: In U.S., Half Say U.S. Should Speed Up Afghanistan Withdrawal. 15.03.2012. GALLUP. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.gallup.com/poll/153260/Half-Say-Speed-Afghanistan-Withdrawal.aspx>; zuletzt geprüft am 08.08.2012.

¹⁴¹² Vgl. Ebd.

¹⁴¹³ Vgl. Ebd.

¹⁴¹⁴ „Keep troops until goals accomplished“. Vgl. Ebd.

¹⁴¹⁵ Vgl. Ebd.

¹⁴¹⁶ Vgl. Ebd.

Während bei den erstgenannten 52:42 % Prozent für die „Richtigkeit“ der Entscheidung eintreten, sind es bei den letztgenannten 72:24 % Prozent.¹⁴¹⁷

Die klaren Ergebnisse kommen also maßgeblich durch die republikanische Unterstützung für den Afghanistankrieg zu Stande, auch wenn obige Daten zeigen, dass diese Unterstützung bröckelt.¹⁴¹⁸

Vor den Präsidentschaftswahlen 2012 im November war für Obama wichtig, dass (ausgerechnet) die Situation in Afghanistan, seine Terrorismusbekämpfung und allgemein seine Außenpolitik bei den Wählern besser ankommen als seine Wirtschaftspolitik:

So sagten im Mai 2012 47 % Prozent der Befragten, dass sie Obamas Politik im Hinblick auf Afghanistan zustimmten – 44 % Prozent lehnten sie ab.¹⁴¹⁹ Ein klares Bild ergibt die Zustimmung für den Truppenabzug aus Afghanistan: 78:19 % Prozent (wenngleich die Wählerschaft einen schnelleren Abzug wünscht, s.o.).¹⁴²⁰ Obamas Anti-Terror-Politik ist außerordentlich beliebt: 83 % Prozent der Amerikaner stimmten im Februar 2012 der Nutzung von Drohnen gegen Terroristen im Ausland zu, nur 11 % Prozent waren dagegen.¹⁴²¹

Bei internationalen Beziehungen stand es 48:46 % Prozent für Obama.¹⁴²²

¹⁴¹⁷ Vgl. J. M. Jones, a.a.O., o.S.

¹⁴¹⁸ Auch im Kongress, wo die Republikaner durch den innerparteilichen Aufstieg der Tea Party den Fiskalkonservatismus auch auf das Militär ausgedehnt haben. Siehe dazu die *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹⁴¹⁹ Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Mai 2012. Frage 2, a.a.O., o.S.

Die Frage lautet: „Stimmen Sie zu / stimmen Sie nicht zu wie Obama mit (Sachverhalt X/Y) umgeht (wie er die Sache managt)?“ Eigene Übersetzung. Vgl. Ebd.

¹⁴²⁰ Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Februar 2012. Frage 13. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postabcpoll_020412.html; zuletzt geprüft am 15.09.2012.

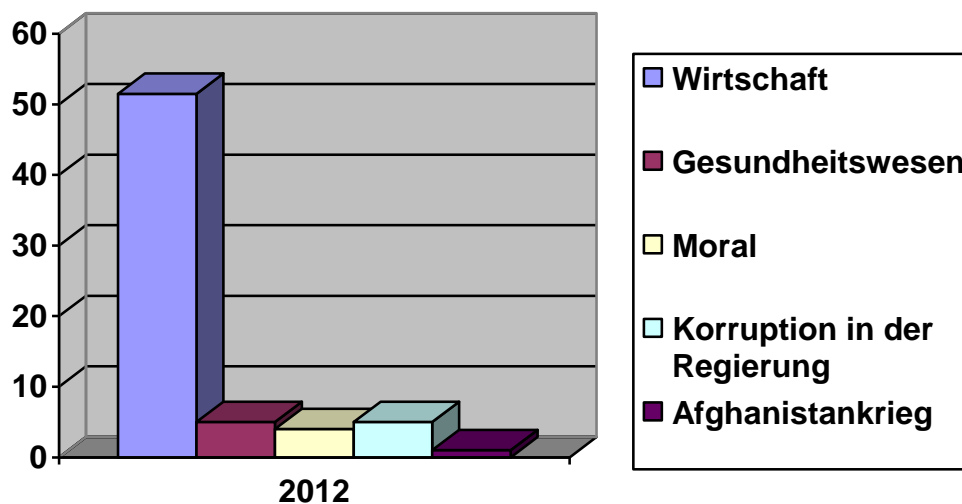
¹⁴²¹ Vgl. Ebd.

¹⁴²² Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Mai 2012. Frage 2, a.a.O., o.S.

Dagegen lehnt die Mehrheit der Amerikaner die Wirtschaftspolitik des Präsidenten ab: klare 55 % Prozent sind gegen Obamas Maßnahmen und nur 42 % Prozent dafür.¹⁴²³

Das Problem für Obama ist, dass ihm seine positiv bewertete Anti-Terror-Politik und seine (obgleich nur leicht positiv bewertete) Afghanistan-Politik bei der Wahlentscheidung wenig nützen könnten, denn die wahlentscheidenden Themen sind bei der Wahl im November 2012 (ebenso wie bei der Wahl Obamas 2008) nicht Terrorismus/Afghanistankrieg/Internationale Beziehungen sondern eindeutig die Wirtschaftslage – also gerade der Schwachpunkt Obamas:

Grafik 29: Wahlentscheidende Themen bei der Präsidentschaftswahl 2012, in % Prozent¹⁴²⁴



¹⁴²³ Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Mai 2012. Frage 2, a.a.O., o.S.

¹⁴²⁴ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Mai 2012. Frage 6, a.a.O., o.S.

Die Frage lautet: „Was ist für Sie bei Ihrer Wahlentscheidung für einen Präsidentschaftskandidaten der wichtigste Sachverhalt?“ Vgl. Ebd. Eigene Übersetzung. Da die Umfrage 2012 zwei Mal durchgeführt wurde, habe ich einen Durchschnittswert berechnet und diesen hier angegeben.

Der Afghanistankrieg wurde gerade von 1 % Prozent der Befragten als wichtigstes Thema bei der persönlichen Wahlentscheidung genannt.¹⁴²⁵

Dagegen spielt die Wirtschaftslage für 52 % Prozent der Wähler die entscheidende Rolle (weit vor allen anderen Themen wie Gesundheitswesen, Moral, Korruption).¹⁴²⁶

Dass Obama gegen den republikanischen Herausforderer Romney bei außen- und sicherheitspolitischen Themen klar führte – beim Umgang mit dem internationalen Terrorismus steht es 54:38 % Prozent, bei den internationalen Beziehungen allgemein 55:38 % Prozent – könnte ihm am Ende wenig nutzen.¹⁴²⁷

Letztendlich hat(te) der Afghanistan-Krieg einen geringen Einfluss auf die Popularität Bushs und Obamas.

Für die fallenden Zustimmungswerte Bushs spielte der Irak-Krieg eine große Rolle. Trotz der Misserfolge schaffte dieser 2004 die Wiederwahl, indem er sich als erfolgreicher Terrorismusbekämpfer präsentierte. In der

¹⁴²⁵ Vgl. Washington Post-ABC News Poll. Mai 2012. Frage 6, a.a.O., o.S.

¹⁴²⁶ Vgl. Ebd.

¹⁴²⁷ Für die Daten Vgl.: Washington Post-ABC News Poll. Februar 2012. Frage 33, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** S. Clement: President Obama's foreign policy ratings — and what Mitt Romney is trying to do about it. In: Washington Post. Blogs. 02.08.2012, o.S. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/blogs/the-fix/post/president-obamas-foreign-policy-ratings--and-what-mitt-romney-is-trying-to-do-about-it/2012/08/02/gJQAA8xCSX_blog.html; zuletzt geprüft am 08.08.2012.

Kleiner Nachtrag: Dass Obama es doch noch geschafft hat, wiedergewählt zu werden ist ob der traditionell wahlentscheidenden Rolle der Ökonomie (Bill Clinton: „It's the economy, stupid!“ - „Es ist die Wirtschaft, Dummkopf“) überraschend. Vgl. J. Joffe: Mach's noch einmal ...aber besser. In: DIE ZEIT, Nr. 46/2012, 08.11.2012, S. 1. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2012/46/USA-Praesident-Barack-Obama>; zuletzt geprüft am 27.11.2012. Für eine Analyse ist es zum jetzigen Zeitpunkt (November 2012) noch zu früh; als mögliche Erklärungsfaktoren werden u.a. die „geschlossene“ Pro-Obama-Stimmabgabe der (ethnischen) Minderheiten (Hispanics, Schwarze, Frauen) oder das Image Romneys als „kalthertiger“ Wirtschaftsmanager, worauf Obamas Wahlkampagne wirkungsvoll abhob, angeführt. Siehe andere Artikel in der erwähnten Themenausgabe der ZEIT (Nr. 46/2012) nach den US-Präsidentschaftswahlen.

zweiten Amtszeit ging es dann mit steigender Gewalt, mehr eigenen Opfern und sinkenden Siegesaussichten im Irak unaufhaltsam bergab.

Die Berichterstattung über den von der Bush-Administration vernachlässigten Afghanistankrieg war marginal. Folglich konzentrierte sich auch die öffentliche Wahrnehmung auf den Krieg im Irak.

Obama erklärte bei Amtsantritt, dass er die Dinge grundlegend ändern wolle: Der Afghanistankrieg sollte aus seinem Schattendasein befreit zu einer nationalen Priorität werden. Freilich galt das nur im Vergleich mit dem Irak-Krieg. Die politische Lage wie die öffentliche Wahrnehmung in den USA konzentrierte sich auf die innenpolitischen Ereignisse. Besonders die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise seit Ende 2008 und die in Folge steigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung interessierte die Öffentlichkeit wie Präsident Obama. Die Berichterstattung über den Afghanistankrieg blieb marginal. Damit lässt sich auch erklären, dass die wachsende Unzufriedenheit der amerikanischen Öffentlichkeit mit steigenden Gefallenenzahlen und mehr finanziellen Kosten durch Obamas neue Strategie sich nicht maßgeblich in der Popularität des Präsidenten niederschlug.

Tatsächlich ist die Mehrheit mit Obamas Anti-Terrorismus-Bekämpfung wie mit seiner Außenpolitik zufrieden, selbst die Einschätzung seiner Afghanistanpolitik fällt knapp „positiv“ aus.¹⁴²⁸

¹⁴²⁸ Dies hat wohl weniger mit der Entwicklung in Afghanistan zu tun, als damit, dass Obama immer noch als derjenige erscheint, der die schlechte Entwicklung am besten managen kann. Dieser Meinung waren 2010 41 % Prozent der Befragten (für die Republikaner im Kongress stimmten 39 % Prozent). 2009 waren es sogar 46,5 % Prozent, die Obama den Vorzug gaben; für die Republikaner sprachen sich nur 38 % Prozent aus. Eigene Berechnungen der Durchschnittswerte für 2009. Vgl. J. Phelan; G. Langer: Poll: Assessment of Afghanistan War Sours, a.a.O., S. 5 (Frage 5).

Maßgeblich für die Zustimmungswerte Obamas bleibt jedoch die wirtschaftliche Lage. Auch im Wahlkampf ist diese, wie 2008 und im Gegensatz zu 2004, das beherrschende und wahlentscheidende Thema. Der „vergessene Krieg“ in Afghanistan bleibt vergessen. Somit konnte durch ihn die Popularität von Obama (bzw. Bush) weder gesteigert werden, noch verringerte sie sich signifikant.

5.3.4 Die ökonomische Teilstrategie

In diesem Unterkapitel, das die Analyse der Teilstrategien abschließt, soll die Frage nach den Kosten und dem wirtschaftlichen Nutzen des Afghanistankrieges für die USA aufgeworfen werden. Kam, wenn man die Kosten gegen den Nutzen abwägt, ein „Gewinn“ heraus?

Als *Kosten* werden hier alle finanziellen Ausgaben für den Krieg in Afghanistan aufgefasst (ob sie für das Militär oder die Entwicklungshilfe ausgegeben werden)¹⁴²⁹; außerdem werden hier die indirekten Kosten des Krieges wie Zahlungen an kriegsversehrte Veteranen und sogenannte Opportunitätskosten erfasst (Kosten, die ohne den Afghanistan- bzw. Irak-Krieg *nicht* entstanden wären – also so etwas wie der „entgangene Nutzen“, soweit er sich ökonomisch schätzen lässt).

¹⁴²⁹ Da die Ressourcenaufwendung für Afghanistan aber mit der für Irak zusammenhängt – je mehr für den einen Krieg (im Irak) ausgegeben wurde, desto weniger blieb für den anderen (Afghanistan) übrig – werden hier auch die Kosten für den Irak-Krieg behandelt. Auch ein Allgemeinüberblick über die Kosten des „Krieges gegen den Terrorismus“ – dessen maßgebliche Bestandteile die Kriege im Afghanistan und im Irak (laut den Verkündungen der Bush-Administration) sind – soll gegeben werden.

Die humanen „Kosten“, lies: die Gefallenen¹⁴³⁰; die „Kosten“ für die Freiheitsrechte in den USA, die unter Bush massiv beschnitten wurden (und unter Obama, wie die nicht zu Stande gekommene Schließung von Guantanamo Bay aufzeigt, nicht wieder auf den Stand vor 9/11 gebracht wurden); für das Ansehen der USA in der Welt wurden in dieser Arbeit bereits ausführlich behandelt.¹⁴³¹ Auf die sogenannten „strategischen Kosten“, d. h. das Gebundensein der USA in Afghanistan und Pakistan und die daraus resultierende außenpolitische Inflexibilität, wird hier exkursorisch im Zusammenhang mit den russischen Interessen in Afghanistan eingegangen, die mit den amerikanischen zum Teil konfligieren.

Der *Nutzen* wird in diesem ökonomischen Unterkapitel wirtschaftlich definiert. Besonders die Beteiligung von us-amerikanischen Unternehmen an der Rohstoffförderung und der Transportinfrastruktur Afghanistans kann von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein und wird hier daher fokussiert behandelt.¹⁴³²

¹⁴³⁰ Von 2001 bis 2011 hatten die USA insgesamt 6.100 Gefallene zu beklagen (fast 4.500 davon im Irak).

Vgl. R. Klüver: Der Kriege müde. In: Süddeutsche Zeitung, 28.07.2011, S. 6. Inzwischen (August/September 2012) sind allein in Afghanistan 2.000 US-Soldaten getötet worden.

¹⁴³¹ Siehe für die Bürgerrechte: *Die Gesamtstrategie unter Bush* respektive *Obama*; Für das Image der USA in der Welt: *Die außenpolitische Teilstrategie*.

¹⁴³² Auch die Aufträge, die im Rahmen der Entwicklungshilfe an us-amerikanische Firmen gehen, spielen sicherlich eine Rolle (wenn auch keine vom Potenzial bedeutende). So sollen zwischen 40 % und 90 % Prozent der Entwicklungshilfefaufträge an westliche Unternehmen gehen, so dass sich (für diese) die Entwicklungshilfe „lohnt“. Vgl. IMI (Hg.): IMI-Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen, a.a.O., S. 4.

Zunächst jedoch zu den **Kosten**:

Die finanziellen Gesamtaufwendungen für den „Krieg gegen den Terrorismus“ von 2001 bis 2011 belaufen sich laut Schätzungen des *Congressional Research Service* (CRS), des wissenschaftlichen Dienstes des Kongresses, auf 1,3 Billionen US-Dollar.¹⁴³³

In dieser Summe steckt das für den Irak-Krieg ausgegebene Geld: 800 Milliarden US-Dollar, die für den Afghanistankrieg ausgegebenen 440 Milliarden US-Dollar, ebenso wie die Entwicklungshilfe für beide Länder und der Ausbau der amerikanischen militärischen Präsenz weltweit (z. B. auch im Rahmen des Afghanistankrieges mit Basen in Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan).¹⁴³⁴ Die projizierten Kosten für die nächsten zehn Jahre (2011-2021) belaufen sich laut dem CRS auf weitere 500 Milliarden US-Dollar, eine Truppenpräsenz von jeweils 20.000 Soldaten in Afghanistan und Irak vorausgesetzt.¹⁴³⁵

Insgesamt würde der „Krieg gegen den Terror“ damit 1,8 Billionen US-Dollar kosten (2001-2021) – vorausgesetzt, er wird nicht noch weiter ins 21. Jahrhundert ausgedehnt.¹⁴³⁶

Die Gesamtkosten für 20 Jahre vorwiegend militärische Terrorismusbekämpfung weltweit würden den zweitteuersten Krieg in der Geschichte der USA darstellen. Noch teurer – auch was die menschlichen Verluste angeht – war für die USA nur noch der Zweite Weltkrieg, der (wenn man die damaligen finanziellen Aufwendungen auf heutige Dollar-

¹⁴³³ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.

¹⁴³⁴ Vgl. Ebd.

¹⁴³⁵ Vgl. Ebd.

Inzwischen ist klar, dass die USA aus dem Irak vollständig abziehen werden, ohne Basen mit Soldaten „zurück zu lassen“. Vgl. M. Rüb: Der vergessene Krieg, a.a.O., S. 3. Daher würden die projizierten Kosten verringert.

¹⁴³⁶ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.

Beiträge umrechnet, also die Inflation berücksichtigt) 4 Billionen US-Dollar gekostet hat.¹⁴³⁷

Andere Schätzungen lassen den Kampf gegen den Terrorismus noch teurer erscheinen: Der Nobelpreisträger für Ökonomie, Joseph Stiglitz, kommt auf Gesamtausgaben von 3 Billionen US-Dollar (bis 2011!); Forscher der us-amerikanischen Brown University prognostizieren, dass sich die Ausgaben „am Ende“ ohne Zinszahlungen auf Kredite auf 3,7 Billionen US-Dollar belaufen werden (wann immer dieses Ende sein wird...).¹⁴³⁸

Man muss zu diesen hohen Zahlen noch die sogenannten *Opportunitätskosten* hinzudenken.¹⁴³⁹ Diese stellen den durch die Kriege entgangenen Nutzen dar und sind dementsprechend schwer zu beziffern.

So wären die USA wohl nicht so lange in Afghanistan – inzwischen ist dieser Krieg der längste der US-Geschichte – wenn es *keine* us-amerikanische Invasion in den Irak gegeben hätte. Also muss man nicht nur die dann *nicht* anfallenden Kosten für Irak, sondern auch die verringerten Kosten für Afghanistan berücksichtigen – bzw. den entgangenen Nutzen für die USA.¹⁴⁴⁰

Außerdem schnellten die Ölpreise durch den Irak-Krieg in die Höhe, was zu volkswirtschaftlichen Einbußen der Industrie (höhere

¹⁴³⁷ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.

¹⁴³⁸ Vgl. Ebd.

Die Kosten für den „Krieg gegen den Terror“ sind deshalb so schwer einschätzbar, weil dieser „Krieg“ weltweit auf unbegrenzte Zeit gegen potentiell eine große Menge von nicht-staatlichen (und staatlichen!) Akteuren geführt werden kann. Wann kann man in solch einem „Krieg“ von Sieg sprechen? Wenn es Al-Qaida nicht mehr gibt? Werden dann nicht andere Terrororganisation ihre Nachfolge antreten? Wird es überhaupt so etwas wie ein formelles Ende geben, in einem Krieg, der nur in politischen Reden (von Bush), aber nicht völkerrechtlich durch eine Kriegserklärung erklärt worden ist – zumal solch ein Krieg nur einem *Staat* erklärt werden kann?

¹⁴³⁹ Vgl. Ebd.

¹⁴⁴⁰ Vgl. Ebd.

Herstellungskosten) und zu einer Gefährdung der seit dem 11. September ohnehin angeschlagenen Weltkonjunktur geführt hat.

Der Ölpreis, so Stiglitz, wäre ohne den Irak-Krieg im Jahr 2011 mindestens zehn US-Dollar niedriger.¹⁴⁴¹

Schließlich verweist Stiglitz auf die gestiegenen Staatsschulden: Zwischen 2003 und 2008 (in der Bush-Periode mit den Kriegen in Afghanistan und Irak) stiegen diese um fast 4 Billionen US-Dollar (von 6,4 auf 10 Billionen US-Dollar). Von diesem Anstieg sei ein Drittel auf die Kriege im Irak und Afghanistan zurück zu führen, so Stiglitz.¹⁴⁴²

Hier berührt Stiglitz einen wunden Punkt: die sogenannte *Staatsschuldenkrise*.

Die Kriegskosten, *vor allem* aber der Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise, trieben die Schulden der USA in die Höhe: Die Staatsschulden betragen (Stand: 6. September 2012) 16 Billionen US-Dollar (12,7 Billionen Euro).¹⁴⁴³ Das heißt, von 2008 bis 2012 stiegen die Staatsschulden im Zuge der Krisenbekämpfung¹⁴⁴⁴ (und der fortlaufenden Kriege) um 6 Billionen US-Dollar.¹⁴⁴⁵ Damit hat die größte Wirtschaft der Welt auch die größten Staatsschulden. Dies hört sich noch vergleichsweise harmlos an; aber auch die Schulden *pro Kopf* sind negative Spitze: mit 51.000 US-Dollar Schulden pro Kopf steht nur noch Japan mit 97.000 US-Dollar vor den USA (was die westlichen Industrieländer angeht).¹⁴⁴⁶

Wie steil das Haushaltsdefizit der USA in Folge des „Krieges gegen den Terror“ seit Ende 2001, *vor allem* aber der Finanz- und Wirtschaftskrise

¹⁴⁴¹ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.

¹⁴⁴² Vgl. Ebd.

¹⁴⁴³ Vgl. Amerikanische Staatsschulden übersteigen 16 Billionen Dollar. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 11.

¹⁴⁴⁴ Unter anderem gab es unter Obama ein Konjunkturpaket in der Höhe von 800 Milliarden US-Dollar. Vgl. Ebd.

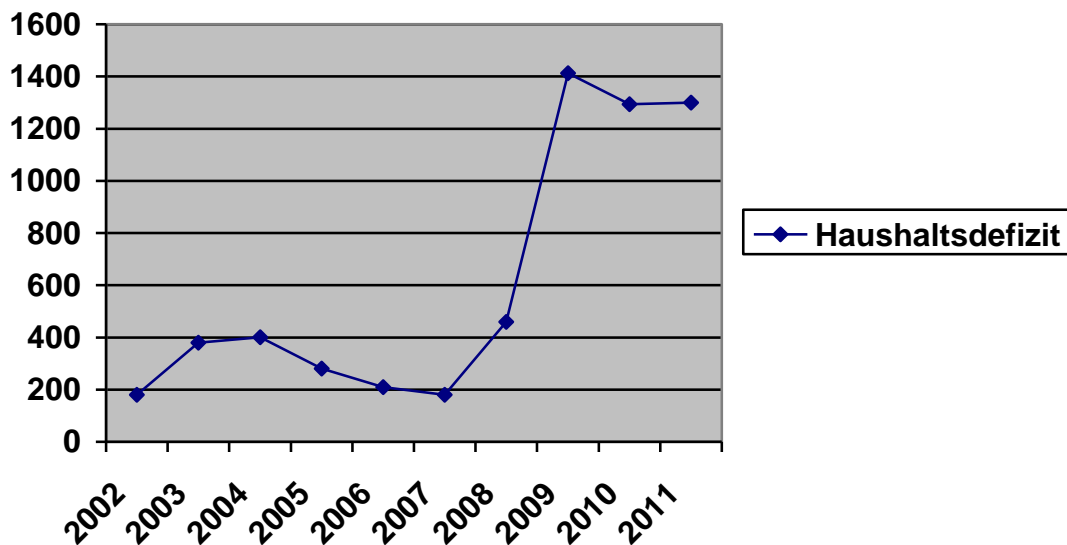
¹⁴⁴⁵ Vgl. Ebd.

¹⁴⁴⁶ Vgl. Ebd.

seit Ende 2008 anstieg – unter Clinton war es 1998-2000 noch positiv, ebenso wie in den ersten beiden Bush-Jahren, 2000 und 2001 – wird an der folgenden Grafik deutlich:¹⁴⁴⁷

Grafik 30: Das Haushaltsdefizit der USA 2002-2011, in Milliarden

US-Dollar¹⁴⁴⁸



Hieraus wird ersichtlich, dass horrende Defizite – ebenso wie ein dramatischer Anstieg der Staatsschulden – erst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ab Ende 2008 zu Stande kamen. Zwar führte der „Krieg gegen den Terror“ wie der Einbruch der Konjunktur nach dem 11. September zu erhöhten Staatsausgaben¹⁴⁴⁹; doch trotz der zusätzlichen

¹⁴⁴⁷ Vgl. Die transatlantischen Beziehungen in der Wirtschaftskrise. In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) (Hg.): Jahresbericht 2011/2012. Themen. Daten. Fakten. Berlin. 2012. S. 28–31; hier: S. 28.

¹⁴⁴⁸ Eigene Grafik. Daten aus: Vgl. Ebd., S. 28-29.

¹⁴⁴⁹ Einige Autoren wie H. Münkler behaupten, dass genau diese wirtschaftliche Schwächung durch den Konjunktur einbruch in Folge des 11. Septembers das Ziel von Al-Qaida gewesen sei. Vgl. H. Münkler: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 204-205. Allerdings muss man sagen, dass sich die Westliche Welt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise selbst mehr Schaden zugefügt hat, als es Al-Qaida (falls sie es plante) vermocht hat.

Belastungen konnte das Haushaltsdefizit in den Jahren 2004-2007 verringert werden.

Im ersten Jahr der Wirtschaftskrise (2008) stieg das Haushaltsdefizit dagegen auf 459 Milliarden Dollar – ein Negativrekord, der im Folgejahr allerdings deutlich übertroffen wurde:

1.413 Milliarden Dollar – und damit eine Verdreifachung des Defizits gegenüber 2008. 2010 und 2011 pendelte sich das Staatsdefizit bei den hohen Beträgen von rund 1,3 Billionen (1.294 Milliarden Dollar 2010 und 1.300 Milliarden 2011) ein.¹⁴⁵⁰

Auf das BIP bezogen wurden ebenfalls Negativrekorde aufgestellt: 9 % Prozent im Jahr 2010 und 2011. Der vorherige Höchststand war 1983 unter Reagan mit 6 % Prozent erreicht worden.¹⁴⁵¹

Zu der auf der Wall Street entstandenen Finanz- und in Folge dessen auch Wirtschaftskrise kam die Blockierung des politischen Systems hinzu. Es kam zu einer (nach wie vor anhaltenden) ideologischen Konfrontation zwischen den zunehmend von der rechtskonservativen Tea Party geprägten Republikanern und den Demokraten. Der Negativhöhepunkt dieser „politischen Schlachten“ wurde im Sommer 2011 erreicht, als die (normalerweise stillschweigend beschlossene) Anhebung der Schuldenobergrenze zu einer Kontroverse führte, die die USA an den Rand des Staatsbankrotts brachte.¹⁴⁵²

Auch als Folge davon kam die Abwertung der Vereinigten Staaten durch die in den USA basierte, weltweit führende Ratingagentur *Standard and Poor's* im August 2011:

¹⁴⁵⁰ Vgl. Die transatlantischen Beziehungen in der Wirtschaftskrise, a.a.O., S. 28.

¹⁴⁵¹ Vgl. Ebd.

¹⁴⁵² Vgl. Ebd.

Auch wenn man einwenden mag, dass Staaten (anders als Unternehmen) gar nicht Bankrott gehen können, war dies doch eine schwerwiegende politische Krise vor den Augen der restlichen Welt.

von AAA (bestmöglicher Kreditwürdigkeitsrating) auf AA+. Damit standen die USA schlechter da als zum Beispiel Deutschland, die führende Volkswirtschaft Europas, das sein „Dreifach-A“ (*triple A*) Rating nach wie vor (trotz der Eurokrise) behalten hat.¹⁴⁵³

Unter diesen wirtschaftlichen (und politischen) Bedingungen ist ein unbegrenzter „Krieg gegen den Terrorismus“ nicht mehr auf Recht zu erhalten. Insofern entsprang die Entscheidung Obamas, sich aus dem Irak und Afghanistan zurück zu ziehen (aus letzterem wohl bedingt, da Basen im Land bleiben werden) mindestens ebenso sehr realpolitischem Pragmatismus wie dem Idealismus eines *change*-Kandidaten.¹⁴⁵⁴

Zumal die Kosten für die Kriege im Grunde genommen noch höher liegen als oben angegeben: In allen obigen Schätzungen wurden die *Aufwendungen für die Veteranen* gar nicht berücksichtigt. Die Folgekosten des Krieges blieben damit unberücksichtigt.

Inzwischen gibt es mehr als zwei Millionen Kriegsheimkehrer aus Afghanistan und Irak.¹⁴⁵⁵

Davon leiden – vorsichtigen Schätzungen zu Folge – 20 % Prozent (jeder Fünfte) an der PTBS (Post Traumatische Belastungs Störung), also an dem, was man gemeinhin „Kriegstrauma“ nennt.¹⁴⁵⁶ Dazu kommen die fast 45.000 physisch Verwundeten. Die Hälfte von ihnen wird medizinische Versorgung für den Rest ihres Lebens brauchen.¹⁴⁵⁷

¹⁴⁵³ Vgl. Die transatlantischen Beziehungen in der Wirtschaftskrise, a.a.O., S. 28.

¹⁴⁵⁴ Siehe hierzu auch die Ausführungen zur *Gesamtstrategie unter Obama*.

¹⁴⁵⁵ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.

¹⁴⁵⁶ Vgl. Ebd.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Ebd.

Die zuständige Veteranenbehörde VA (*Veterans Authority*) versagt bei der sozio-ökonomischen Betreuung der Veteranen. Viele werden arbeitslos, obdachlos, erhalten keine medizinische, psycho-soziale Behandlung.¹⁴⁵⁸

An einem Artikel der größten seriösen US-Tageszeitung, USA Today, kann die Überforderung der VA und die Folgen für die Veteranen aufgezeigt werden.¹⁴⁵⁹

Die Anträge auf Behindertenhilfe (*disability claims*) wuchsen demnach in den vergangenen drei Jahren (2009-2012) um 48 % Prozent.¹⁴⁶⁰ Die VA kommt in der Bearbeitung nicht hinterher – es gab 870,000 Fälle allein im letzten Jahr; 66 % Prozent davon warten seit mehr als 125 Tagen auf ihre Bearbeitung.¹⁴⁶¹

Die Verzögerung bei der Bearbeitung hat laut der VA damit zu tun, dass die Anträge komplexer sind (durchschnittlich 8,5 verschiedene mentale und physische Beschwerden pro Antragssteller, im Zweiten Weltkrieg gab es eins bis zwei; in Vietnam: drei bis vier).¹⁴⁶²

¹⁴⁵⁸ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.; Vgl. **auch** M. B. Marklein; P. Marinova: Some vets feeling shorted by the Army College Fund. In: USA TODAY, 17.07.2012, S. 3A.

¹⁴⁵⁹ Vgl. A. Madhani; G. Zoroya: Backlog of VA disability claims growing. In: USA TODAY, 18.07.2012, S. 2A.

¹⁴⁶⁰ So die offiziellen Angaben der verantwortlichen Abteilung für Veteranenangelegenheiten (Department of Veterans Affairs) vor dem Unterkomitee für Nationale Sicherheit, Heimatschutz und Auslandsoperationen des Repräsentantenhauses. Vgl. Ebd.

¹⁴⁶¹ Vgl. Ebd.

¹⁴⁶² Vgl. Ebd.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Guerillakriege offenbar an Psyche und Physis der Soldaten mehr deformieren als „gewöhnliche“, konventionelle. Man denke hierbei auch an die Diskussion um PTBS bei deutschen Afghanistanheimkehrern. Vgl. J. Korge: Der Kampf des kaputten Kriegers. SPIEGEL ONLINE. 17.04.2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-traumatisierter-afghanistan-veteran-kaempft-um-erkennung-a-827828.html>; zuletzt geprüft am 19.09.2012.

Allerdings könnte dieses Phänomen auch auf eine neue Soldatengeneration zurück zu führen sein, die sich „traut“ über ihre psychischen und physischen Leiden zu sprechen, etwas, was bei Veteranen des Zweiten Weltkriegs möglicherweise nicht der Fall gewesen ist.

Außerdem steigt die Zahl der Anträge laut Vertretern des VA bei schlechter wirtschaftlicher Lage (die nach wie vor in den USA vorherrscht).¹⁴⁶³

Inzwischen ist die mangelhafte Hilfe für Veteranen ein Thema im Wahlkampf.

Die Republikaner werfen Obama vor, er hätte hierbei versagt; Obama entgegnet, dass er zwei Kriege beendet habe und Veteranen bei der Arbeitssuche im Privatsektor helfe, ihr Gehalt verbessere, um für mehr Geld für Bildung zu sorgen und sogar das Geld aus dem Konjunkturprogramm umleite, damit 2.300 Veteranen während der Bearbeitungszeit ihres Antrags materiell überleben können.¹⁴⁶⁴

Während politische Diskussionen weitergehen und der Wahlkampf auf Hochtouren läuft (diese Zeilen entstehen im September 2012) nehmen sich jeden Tag 18 Veteranen des Irak- bzw. Afghanistankrieges das Leben. Damit ist jeder fünfte Selbstmörder in den USA ein Veteran.¹⁴⁶⁵

Die menschlichen „Kosten“ sowie die finanziellen (durch langwierige psychische Programme zur Behandlung von PTBS sowie lebenslängliche medizinische Hilfe) sind nicht abzuschätzen und müssten in der Diskussion um die „Kriegskosten“ mehr berücksichtigt werden als bisher (dies gilt für die Wissenschaft wie für die Politik!).

Zu den Kriegskosten müssen (direkt oder indirekt, für die laufenden Kriege oder für den zukünftigen „Kampf gegen den Terrorismus“) die *Verteidigungsausgaben* hinzugerechnet werden.

Hier stehen die USA seit dem Ende des Kalten Krieges unangefochten an der Weltspitze: 2011 entfielen auf die Vereinigten Staaten 41 % Prozent *aller* weltweiten Rüstungsausgaben;

¹⁴⁶³ Vgl. A. Madhani; G. Zoroya, a.a.O., S. 2A.

¹⁴⁶⁴ Vgl. Ebd.

¹⁴⁶⁵ Vgl. R. Klüver, a.a.O., S. 6.

mit insgesamt 711 Milliarden Dollar gaben sie zehn Mal mehr als z. B. Russland aus.¹⁴⁶⁶

Doch im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise, die zu riesigen Staatsschulden und Haushaltsdefiziten führte, plant die Obama-Administration von 2012 bis 2022 Einsparungen in Höhe von 487 Milliarden US-Dollar (48,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr).¹⁴⁶⁷

Ab Januar 2013 wird es auf Grund automatischer Haushaltskürzungen weitere Budgeteinbußen von 500 Milliarden US-Dollar geben.¹⁴⁶⁸

Trotzdem sind im Haushaltsplan 2012 645,7 Milliarden Dollar für den „globalen Krieg gegen den Terror“ vorgesehen – was einem Fünftel aller Bundesausgaben entspricht.¹⁴⁶⁹

Der Militärisch-Industrielle-Komplex (MIK) ist durch seinen machtpolitischen Einfluss und seine wirtschaftliche Signifikanz viel zu bedeutend, um ihn nicht mit Milliardenbeträgen zu „füttern“.¹⁴⁷⁰

Die Rüstungsindustrie erscheint als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: So hält die US-Luftfahrts- und Verteidigungsindustrie 2010 53,9 % Prozent des weltweiten Umsatzes.¹⁴⁷¹

Beim Rüstungsexport sind die USA mit 90 Milliarden Dollar (2010) weltweite Spitze.¹⁴⁷² Rüstungsexporte machen damit 7 % Prozent aller

¹⁴⁶⁶ Vgl. Die USA von A bis Z. In: Internationale Politik (IP), H. Juli/August 2012 (Länderporträt USA), S. 32–57; hier: S. 46-48 (Stichwort: Militär und Rüstung).

¹⁴⁶⁷ Vgl. Ebd.

¹⁴⁶⁸ Vgl. Ebd.

¹⁴⁶⁹ Vgl. Ebd.

¹⁴⁷⁰ Zum MIK als Koalition von Rüstungsbetrieben und (militärischen) politischen Institutionen, öffentlich bekannt seit der Abschiedsrede des US-Präsidenten (und Generals) D. Eisenhower im Jahr 1961: Vgl. D. Wolf: Militärisch-industrieller Komplex. In: D. Nohlen; Schultze, R.-O. (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Band 1 (A-M). Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. München. 2005. S. 577-578.

¹⁴⁷¹ Vgl. Die USA von A bis Z, a.a.O., S. 46-48 (Stichwort: Militär und Rüstung).

¹⁴⁷² Vgl. Ebd.

us-amerikanischen Exporte aus und schlagen sich positiv in der insgesamt negativen Handelsbilanz nieder.¹⁴⁷³

Der amerikanische Rüstungssektor hielt 2009 einen Anteil von 2,3 % Prozent am BIP – damit war er volkswirtschaftlich bedeutender als zum Beispiel die Automobilindustrie mit ihren 2,2 % Prozent.¹⁴⁷⁴

Daher werden die Rüstungsausgaben weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben, auch wenn mit Kürzungen zu rechnen ist.

Summa summarum lässt sich festhalten, dass die Kosten für den „Krieg gegen den Terrorismus“, wovon der Afghanistankrieg „nur“ ein Teil ist, sich Beträgen von 4 Billionen US-Dollar annähern – und das, ohne die gesellschaftlichen Folgekosten bei der Veteranenbetreuung, ohne den entgangenen Nutzen bei den Opportunitätskosten und ohne die Verteidigungsausgaben.

Unter den Bedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und einer zunehmend kriegsmüden Wählerschaft, die der eigenen humanen, materiellen und finanziellen Opfer ohne Siegesaussicht in Afghanistan überdrüssig ist, lässt sich der „Krieg gegen den Terrorismus“ in der Form wie er unter Bush (und auch noch unter Obama) geführt wird, nicht auf mittelfristige Sicht aufrecht erhalten.

Doch was ist mit dem möglichen **Nutzen** aus dem Krieg in Afghanistan? Kann er wenigstens die aus diesem Krieg herrührenden Kosten (2001-2011: 440 Milliarden US-Dollar) „aufwiegen“ oder gar zu einem Wohlfahrtsgewinn für die Vereinigten Staaten führen?

Ausgelöst durch einen Artikel in der *New York Times* kam 2010 in den USA eine Debatte darüber auf, die inzwischen allerdings wieder verstummt ist.¹⁴⁷⁵

¹⁴⁷³ Vgl. Die USA von A bis Z, a.a.O., S. 46-48 (Stichwort: Militär und Rüstung).

¹⁴⁷⁴ Vgl. Ebd.

In dem Artikel wurde behauptet, ein Team vom Pentagon, das sich vorher um die Anwerbung von privatwirtschaftlichen Investitionen im Irak kümmerte (*Department of Defence Task Force for Stability Operations*, TFBSO) und ab 2009 zum gleichen Zweck nach Afghanistan abgeordnet wurde und us-amerikanische Geologen vom staatlichen *United States Geological Survey* (USGS) hätten zusammen mit den afghanischen Geologen-Kollegen vom AGS (*Afghanistan Geological Survey*) in Afghanistan bislang unentdeckte Rohstoffvorkommen gefunden, deren Gesamtwert sich auf 1 – 3 Billionen US-Dollar belaufen würde.¹⁴⁷⁶

Eisen, Kupfer, Kobalt, Kohle, Gold, Edelsteine wie Lapis, aber auch Barit, Bauxit, Merkurium und die Metalle der sogenannten „Seltene Erden“ wie Lithium, Niobium, Beryllium, Tantalum, die für High-Tech-Produkte wie Laptop-Batterien, BlackBerrys, die Flugzeug- und Rüstungsindustrie, Nuklearindustrie, Mobiltelefone und Computer wichtig sind¹⁴⁷⁷, wurden in relativer Nähe zum Erdboden nachgewiesen:¹⁴⁷⁸

¹⁴⁷⁵ Vgl. J. Risen: U.S. Identifies Vast Mineral Riches in Afghanistan. In: *The New York Times*, 13.06.2010, o.S. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2010/06/14/world/asia/14minerals.html?_r=0; zuletzt geprüft am 20.09.2012.

¹⁴⁷⁶ Vgl. Ebd.

Nach us-amerikanischen Angaben waren es knapp 1 Billion; die afghanische Regierung ging vom Dreifachen aus. Für die US-Einschätzungen Vgl. Ebd.; für die *afghanischen* Schätzungen: Vgl. Afghanistan Home to 24 Precious Mineral Varieties.

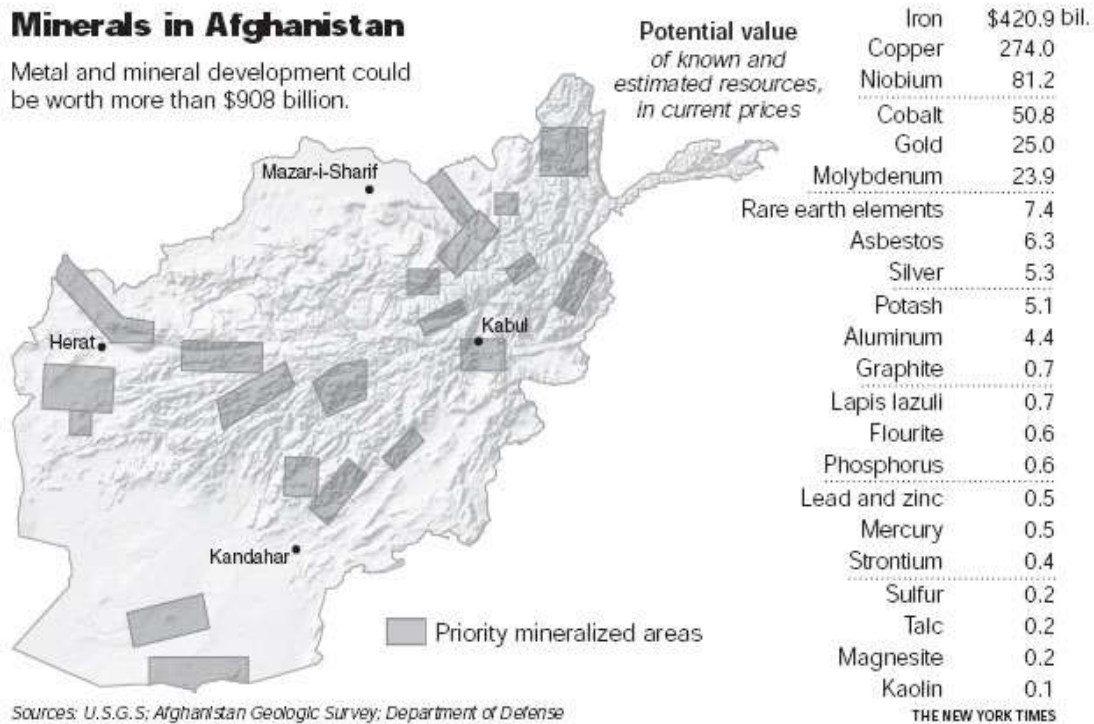
TOLONews.com. 12.05.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.tolonews.com/en/business/2675-afghanistan-home-to-24-precious-mineral-varieties?tmpl=component&print=1&layout=default>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

TOLONews ist eine afghanische Nachrichtenagentur.

¹⁴⁷⁷ „Seltene Erden“ sind von großer geo-ökonomischer Bedeutung. Zum einen brauchen westliche Ökonomien wie die USA oder die Bundesrepublik Deutschland sie für ihre High-Tech-Produkte, zum anderen aber hat China faktisch ein Monopol auf ihre Förderung und ihren Export: 2010 lieferte China 95 % Prozent der „Seltene Erden“ weltweit. Vgl. L. K. Jha: Huge rare-earth material in Helmand: USGS. Pajhwok. 15.09.2011. o.S. Online verfügbar unter:

<http://www.e-ariana.com/ariana/eariana.nsf/allPrintDocs/2D47E02F2DCAC2A88725790C006E238C?OpenDocument>;

Karte 6: Mineralien in Afghanistan¹⁴⁷⁹



Afghanistan, dessen BIP sich 2010 auf schätzungsweise 27 Milliarden US-Dollar belief, dessen Ökonomie zu über 90 % Prozent abhängig von internationaler (vor allem amerikanischer) Entwicklungshilfe ist und dessen

zuletzt geprüft am 06.08.2012. Ariana TV ist ein afghanischer Fernsehsender.

¹⁴⁷⁸ Vgl. Ministry of Mines: Afghanistan Geological Survey 2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.bgs.ac.uk/afghanminerals/raremetal.htm>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

AGS vom afghanischen Minenministerium ist auf der Internetseite des British Geological Survey (BGS) beheimatet, einer öffentlichen Organisation, die die britische Regierung über alle Aspekte der Geowissenschaft berät.

Vgl. **auch** USGS: Preliminary Assessment of Non-Fuel Mineral Resources of Afghanistan, 2007. 2007. Online verfügbar unter:

<http://pubs.usgs.gov/fs/2007/3063/fs2007-3063.pdf>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

¹⁴⁷⁹ Karte aus: The New York Times, 14.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/imagepages/2010/06/14/world/asia/14minerals-graphic.html?ref=asia>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Hauptexportprodukt bislang Opium war, würde demnach auf einer „Goldmine“ sitzen.¹⁴⁸⁰

Allein die unten ausführlich besprochene Aynak-Kupfermine würde dem afghanischen Staat, Schätzungen der Weltbank zu Folge, 240 Millionen britische Pfund pro Jahr einbringen und bis zu 20.000 Arbeitsplätze schaffen.¹⁴⁸¹ Der Gewinn für Afghanistan könnte sich, laut afghanischen Regierungsangaben, auf 1,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016 belaufen, zehn Jahre später sogar auf 3,7 Milliarden.¹⁴⁸² 165.000 Arbeitsplätze würden bis 2016 entstehen, bis 2026 eine halbe Million.¹⁴⁸³ Afghanistan könnte sich von ausländischer Entwicklungshilfe unabhängig machen¹⁴⁸⁴; Rohstoffe würden das Hauptexportprodukt Drogen ersetzen.

¹⁴⁸⁰ Vgl. R. M. Cutler: Kabul starts race for Afghan resources. Asia Times Online. 2011. o.S. Online verfügbar unter:

http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/ML15Df02.html; zuletzt geprüft am 05.08.2012;

Vgl. **auch** J. Risen, a.a.O., o.S.; Vgl. AFP: Afghanistan sitting on a gold mine. AFP. 21.02.2008. o.S. Online verfügbar unter:

http://afp.google.com/article/ALeqM5iFrOtnNs4obPsi8ul_AHEXmOGzQ; zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹⁴⁸¹ Vgl. B. Farmer; A. Spillius: US discovers \$1 trillion in untapped mineral deposits in Afghanistan. In: The Daily Telegraph, 14.06.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/7826782/US-discovers-1-trillion-in-untapped-mineral-deposits-in-Afghanistan.html>; zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹⁴⁸² Vgl. Ch. Pellerin: DOD, U.S. Agencies Help Afghanistan Exploit Mineral Wealth. 31.07.2012. o.S. Online verfügbar unter:

<http://www.defpro.com/news/details/38049/?SID=c5ab00993926de7edab1795f82e2415f>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Defpro.com ist eine Plattform des Militärisch-Industriellen Komplexes. Ch. Pellerin arbeitet für den American Forces Press Service (AFPS), dem Presseservice des US-Verteidigungsministeriums.

¹⁴⁸³ Vgl. Ch. Pellerin: DOD, U.S. Agencies Help Afghanistan Exploit Mineral Wealth, a.a.O., o.S.

¹⁴⁸⁴ Der damalige, später wegen Korruptionsvorwürfen entlassene, afghanische Minenminister Adil verkündigte 2008, dass Afghanistan im Jahr 2013 ausländische Entwicklungshilfe nicht mehr brauchen würde. Bis 2018 würde man dank der Rohstoffvorkommen zum reichsten Staat der Region. Wie man weiß ist ersteres weit davon entfernt einzutreten und letzteres sehr unwahrscheinlich.

Vgl. für die Äußerungen: AFP: Afghanistan sitting on a gold mine, a.a.O., o.S.

Auch die amerikanische Privatwirtschaft könnte sich Gewinnchancen ausrechnen.

Die Nachricht vom afghanischen Ressourcenreichtum war jedoch nichts Neues. Tatsächlich haben die us-amerikanischen Experten auf sowjetischen Forschungen, die Ende der sechziger bis Ende der siebziger Jahre stattgefunden haben (dann kam der sowjetische Afghanistankrieg dazwischen), aufgebaut. Diese Forschungen haben sie mit afghanischer Hilfe in der Bibliothek des AGS in Kabul gefunden. Die afghanischen Geologen haben die Daten vor dem Wüten der Taliban versteckt.¹⁴⁸⁵

Die amerikanischen Geologen unternahmen daraufhin zwischen 2004 und 2007 mehrere Erkundungsflüge, wobei mittels moderner Geologietechnologie die größte geologische Studie Afghanistans erstellt wurde.¹⁴⁸⁶

Die von der *New York Times* zitierten und vom Pentagon mittels eines (eigentlich) internen Memorandums, das an die Zeitung „weiter geleitet“ wurde, öffentlich gemachten Daten waren also schon 2007 bekannt und wurden im Internet, frei für jedermann zugänglich, veröffentlicht.¹⁴⁸⁷

Die USA und EU würden sich über die Verringerung der Entwicklungshilfe an Afghanistan freuen, dürfte es doch im Zuge der Wirtschaftskrise vielen Parlamentariern und der allgemeinen Öffentlichkeit gelegen kommen.

¹⁴⁸⁵ Vgl. Ch. Pellerin: DOD, U.S. Agencies Help Afghanistan Exploit Mineral Wealth, a.a.O., o.S.; Vgl. J. Risen, a.a.O., o.S.

¹⁴⁸⁶ Vgl. J. Risen, a.a.O., o.S.

¹⁴⁸⁷ Vgl. B. Hounshell: Say what? Afghanistan has \$1 trillion in untapped mineral resources? Foreign Policy (FP). 14.06.2010. o.S. Online verfügbar unter: http://blog.foreignpolicy.com/posts/2010/06/14/say_what_afghanistan_has_1_trillion_in_untapped_mineral_resources; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Für das Dokument von 2007 siehe: USGS: Preliminary Assessment of Non-Fuel Mineral Resources of Afghanistan, 2007, a.a.O.

Doch der „Hype“ um das „Saudi-Arabien des Lithiums“ Afghanistan (wie es das Pentagon in seinem „internen“ Memo ausdrückte) begann erst 2010.¹⁴⁸⁸ Warum?

Kritiker verweisen darauf, dass das Pentagon dringend gute Nachrichten aus Afghanistan nötig gehabt hat.¹⁴⁸⁹

Die Geschichte um Afghanistan, das eines der rohstoffreichsten Länder der Welt sei, kam nämlich just heraus, als sich so langsam herausstellte, dass die neue Strategie von Barack Obama nicht zu dem erhofften Zurückdrängen der Taliban führt. Die Offensiven in Kandahar kamen zum Stehen.¹⁴⁹⁰

Hinzu kamen innerafghanische Gerüchte, die vom von Karzai entlassenen Geheimdienstminister, A. Saleh, lanciert wurden: Demnach habe Karzai aufgegeben, er denke nicht mehr, dass der Westen gegen die Taliban gewinnen kann. Also versuche er „den Feind zu umarmen“ (falls man ihn schon nicht besiegen kann) und sich den Taliban und ihren pakistanischen Sponsoren im ISI anzubiedern (weswegen Karzai auch ihn, Saleh, und den Innenminister entlassen hätte).¹⁴⁹¹

¹⁴⁸⁸ Den Daten zu Folge hätte Afghanistan die größten Lithium-Vorkommen weltweit. Allein die Vorkommen in der Ghazni Provinz (Ostafghanistan) würden den gesamten bekannten Reserven Boliviens – den größten Vorkommen Lithiums weltweit – entsprechen. Vgl. K. Sengupta: Afghanistan's resources could make it the richest mining region on earth. In: The Independent, 15.06.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/afghanistans-resources-could-make-it-the-richest-mining-region-on-earth-2000507.html?printService=print>; zuletzt geprüft am 06.08.2010.

¹⁴⁸⁹ Vgl. B. Hounshell, a.a.O., o.S.

¹⁴⁹⁰ Vgl. Ebd.

¹⁴⁹¹ Vgl. Ebd.

Schließlich könnte man auf die allgemein kriegskritische Stimmung in der allgemeinen wie in der parlamentarischen Öffentlichkeit verweisen, die schon detailliert besprochen wurde.¹⁴⁹²

Was hilft da besser als eine Geschichte vom kämpfenswerten, weil lukrativen Krieg?

Kritiker verweisen außerdem darauf, dass die Entdeckung nichts an der Sicherheitssituation in Afghanistan, dem Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan und der Korruption der afghanischen Regierung ändern werde.¹⁴⁹³

Letztere werde im Gegenteil noch steigen, wie es in anderen rohstoffreichen Staaten wie Kongo, Angola oder Somalia geschehen sei.¹⁴⁹⁴

Diese drei und andere von den neuen Kriegen geplagten Staaten stehen außerdem für eine Verschärfung des Krieges *durch* Ressourcen.¹⁴⁹⁵ Die Taliban würden in Afghanistan noch erbitterter kämpfen, wenn sie jetzt wissen, dass es um die Kontrolle von riesigen Ressourcen gehe.¹⁴⁹⁶

Auch die psychologische Auswirkung einer vom Pentagon maßgeblich unterstützten und lancierten Untersuchung – ohne das Pentagon-Team wäre der ökonomische Wert der Ressourcen nicht geschätzt worden, ohne das Pentagon würde die Nachricht nicht in den internationalen Massenmedien verbreitet¹⁴⁹⁷ – geben zu denken:

Schließlich würden viele Afghanen unterstellen, dass es dem Westen in Afghanistan nur um die Ressourcen gehe, weswegen er das Land

¹⁴⁹² Vgl. dazu die *Gesamtstrategie unter Obama*; siehe auch *Die innenpolitische Teilstrategie*.

¹⁴⁹³ Vgl. M. Cohen: That Absurd Afghan Mineral Story... 14.06.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.democracyarsenal.org/2010/06/that-absurd-afghan-mineral-story-.html>; zuletzt geprüft am 06.08.2010.

¹⁴⁹⁴ Vgl. Ebd.

¹⁴⁹⁵ Siehe die Diskussion der neuen Kriege im theoretischen Teil dieser Arbeit.

¹⁴⁹⁶ Vgl. K. Sengupta, a.a.O., o.S.

¹⁴⁹⁷ Vgl. J. Risen, a.a.O., o.S.

(wie das ölreiche Irak) okkupiere.¹⁴⁹⁸ Den Beteuerungen von Freiheit, Demokratie und Frauenrechten würde niemand glauben. Den Taliban würde diese Denkweise der Afghanen praktisch durch neue Rekruten zu Gute kommen.¹⁴⁹⁹

Und was ist mit dem sogenannten „Ressourcenfluch“¹⁵⁰⁰ („*resource curse*“)? Demnach verteuern sich in Staaten, deren Hauptexportprodukt Rohstoffe sind, alle anderen – ohnehin marginalisierten – Exportprodukte wie Industriegüter, weil die Einnahmen aus dem Ressourcenhandel in „harter“ ausländischer Währung (US-Dollar) in das Land reinfließen, wodurch die Kaufkraft der eigenen Währung steigt, diese überbewertet wird – mit der Verteuerung der Exporte als Folge. Dadurch sinkt die internationale Konkurrenzfähigkeit des Staates, der Staat bleibt auf der „Ressourcennagel“ sitzen.¹⁵⁰¹ Besonders frappant

¹⁴⁹⁸ Vgl. B. Farmer; A. Spillius, a.a.O., o.S.

¹⁴⁹⁹ Daher beteuerten die USA nach der Veröffentlichung des Artikels in der *New York Times*, dass die Ressourcen allen Afghanen zu Gute kommen und das Land stabilisieren würden. Vgl. L. K. Jha, a.a.O., o.S.

Vgl. auch E. Najafizada: Afghanistan Says It Locates 1.8 Billion-Barrel Oilfield In Nation's North. Bloomberg, 15.08.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.bloomberg.com/news/2010-08-15/afghanistan-discovers-1-8-billion-barrel-oilfield-in-north-ministry-says.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Die *afghanische Seite* beeilte sich zu betonen, man habe die US-Geologen selbst auf eigene Initiative eingeladen. Vgl. B. Mingxin: Huge mineral resources discovered in Afghanistan. Xinhua. 14.06.2010. o.S. Online verfügbar unter:

http://news.xinhuanet.com/english2010/world/2010-06/14/c_13350319.htm; zuletzt geprüft am 05.08.2012. Die Ressourcen würden für Frieden und Versöhnung sorgen,

indem sie die Afghanen für einen gemeinsamen Zweck einen würden. Vgl. K.

Sengupta, a.a.O., o.S. Eine Behauptung, die durch die Realität der neuen Kriege nicht gedeckt wird (s.o.).

¹⁵⁰⁰ Vor allem im deutschen Sprachraum auch als „Holländische Krankheit“ bezeichnet, da die Niederlande in den 60er/70er Jahren des 20. Jahrhunderts am beschriebenen Phänomen „litt“.

¹⁵⁰¹ Vgl. zu einer Diskussion des „Ressourcenfluchs“ am Beispiel der ehemals sowjetischen zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan: Vgl. K. Westphal: Wettlauf um Energieressourcen. Markt und Macht in Zentralasien. In: M. Sapper; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.): Machtmosaik Zentralasien.

dürften die Auswirkungen bei einem industriell unterentwickelten Staat wie Afghanistan werden, der bislang keine anderen Exportprodukte als Drogen hatte.¹⁵⁰²

Der Gewinn aus dem Ressourcenexport (die Rente) wird von der herrschenden Elite verteilt, um die Opposition einzubinden und die Bevölkerung ruhig zu stellen. Der „Ressourcenfluch“ trägt also maßgeblich zur Etablierung von autoritärer Herrschaft durch Patronage-klientelistische Netzwerke bei.¹⁵⁰³

Schließlich verwiesen die Kritiker darauf, dass die Afghanen kein *Know-How* im Umgang mit Ressourcenausbeutung haben. Es gab zwar wenige handwerklich betriebene Minen, in denen z. B. Gold oder Diamanten (häufig für den illegalen Export nach Indien) gefördert wurden, doch qualifizierte Fachkräfte fehlten ebenso wie eine Bergbautradition und die notwendige Technik.¹⁵⁰⁴

Dass Afghanistan weltweit letzter bei der Produktion des für Entwicklungszwecke dringend notwendigen Zements ist – 2010 lag die Produktion bei 2 kg pro Kopf – spricht in dieser Hinsicht Bände.¹⁵⁰⁵

Hinzu kommt die schlechte Entwicklung der Infrastruktur Afghanistans.¹⁵⁰⁶

Der ausländische Investor muss neben den Investitionen in

Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Bonn. 2007. (Zugleich: Osteuropa, H. 8-9, (2007)) S. 463-478; hier: S. 475-476.

¹⁵⁰² Außerdem sollten die starken Preisschwankungen für Rohstoffe wie Öl oder Kupfer auf den Weltmärkten bedacht werden. Vgl. zum schwankenden Kupferpreis: Vgl. J. S. Landay: China's thirst for copper could hold key to Afghanistan's future. In: McClathy Newspapers, 08.03.2009. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.mcclathydc.com/2009/03/08/63452/chinas-thirst-for-copper-could.html>; zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹⁵⁰³ Vgl. K. Westphal, a.a.O., S. 475-476.

¹⁵⁰⁴ Vgl. J. Risen, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** B. Farmer: Afghanistan claims mineral wealth is worth \$3trillion. In: The Daily Telegraph, 17.06.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/7835657/Afghanistan-claims-mineral-wealth-is-worth-3trillion.html>; zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹⁵⁰⁵ Zum Vergleich: Im benachbarten Pakistan lag die Zementproduktion im gleichen Jahr bei 92 kg pro Kopf. Vgl. B. Hounshell, a.a.O., o.S.

Explorationsstudien und die Erschließung des Vorhabens Straßen, Elektrizitätskraftwerke, Behausungen für die Arbeiter etc. errichten. Das hebt die Kosten enorm.

Außerdem ist die Sicherheitssituation schlecht, Ressourcenausbeutung ist nur bei einem großen und damit teuren Sicherheitsaufwand möglich. So liegen die Vorkommen der „Seltene Erden“ in Ostafghanistan (Provinzen Laghman, Nangarhar, Parwan) und Südafghanistan (Helmand, Uruzgan), also in Gebieten, in denen die Taliban stark sind.¹⁵⁰⁷ Selbst in der ehemals ruhigen Provinz Badakhshan im Norden – wo es ebenfalls „Seltene Erden“ gibt, sind die Taliban inzwischen rund um die Stadt Faisabad aktiv (siehe *Karte 3: Die Ausdehnung der Aktivitäten von Taliban und anderen aufständischen Gruppierungen in Afghanistan und Pakistan 2009*). Die Taliban könnten „Schutzgelder“ abpressen, aus denen sie sich finanzieren würden.¹⁵⁰⁸ So würde die Rohstoffausbeutung nicht zu Frieden, sondern zu einer Stärkung der Taliban führen (was auch in anderen neuen Kriegen in Angola, Kongo, Kenia etc. u.a. mit den sogenannten, weltweit exportierten, „Blutdiamanten“ passiert, durch die sich nicht-staatliche bewaffnete Gruppierungen finanzieren).¹⁵⁰⁹

Auch die rechtliche Lage der internationalen Unternehmen, die die Rohstoffe ausbeuten würden, ist nicht eindeutig geklärt.

Zwar wurde 2005 ein neues Minengesetz verabschiedet, das die Exploration von Mineralien und ihre Ausbeutung regelt.¹⁵¹⁰ Demnach sind

¹⁵⁰⁶ Vgl. B. Farmer: Afghanistan claims mineral wealth is worth \$3trillion, a.a.O., o.S.

¹⁵⁰⁷ Vgl. L. K. Jha, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** Ministry of Mines: Afghanistan Geological Survey 2011, a.a.O., o.S.

¹⁵⁰⁸ Vgl. AFP: Afghanistan sitting on a gold mine, a.a.O., o.S.

¹⁵⁰⁹ Vgl. dazu die Diskussion der neuen Kriege im theoretischen Teil dieser Arbeit.

¹⁵¹⁰ Vgl. Ch. S. Kuo: The Mineral Industry of Afghanistan. In: USGS: 2006 Minerals Yearbook. AFGHANISTAN. 2007. S. 2.1-2.2. Online verfügbar unter: <http://minerals.usgs.gov/minerals/pubs/country/2006/myb3-2006-af.pdf>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

alle Mineralien, die sich auf oder unter der Oberfläche Afghanistans befinden, Eigentum der afghanischen Regierung (außer Kohlenwasserstoffe und Wasser, für die Sondergesetze gelten).¹⁵¹¹ Die Rolle der Regierung sei es, die Entwicklung einer Minenindustrie durch den Privatsektor zu fördern. Das Ministerium für Minen und Industrie ist für die Gesetzesanwendung verantwortlich.¹⁵¹² Es garantiert dem Investor die Sicherheit seiner Investition – die Regierung kann den Investor nicht enteignen, ohne eine nach den internationalen Rechtsgrundsätzen angemessene Kompensation zu zahlen.¹⁵¹³ Das Gesetz schreibt auch eine Abgabe (*royalty*) auf Mineralien vor, die von 5 % Prozent des Umsatzes für industrielle Mineralien bis zu 10 % Prozent für Edelsteine rangieren kann.¹⁵¹⁴ Der Handel mit letzteren wurde übrigens 2006 legalisiert, womit die Kontrolle der Regierung über die Edelsteinindustrie gewährleistet werden sollte (die vorher illegal im „Schattenreich“ operierte).¹⁵¹⁵

Das Problem mit diesen an und für sich begrüßenswerten gesetzlichen Rahmenbedingungen ist das Ministerium für Minen und Industrie, welches sie anwenden soll. Dieses hat sich alles andere als unparteiisch erwiesen – es gilt stattdessen als das korrupteste afghanische Ministerium überhaupt, was zu häufigem Ministerwechsel durch Karzai geführt hat, ohne dass sich etwas an der Korruptionsanfälligkeit des Ministeriums änderte.¹⁵¹⁶ Experten äußerten daher die Befürchtung, dass die Minenlizenzen nicht an Unternehmen, die die Mineralien am besten fördern können und für die

¹⁵¹¹ Vgl. Ch. S. Kuo, a.a.O., S. 2.1-2.2.

¹⁵¹² Vgl. Ebd.

¹⁵¹³ Vgl. Ebd.

¹⁵¹⁴ Vgl. Ebd.

¹⁵¹⁵ Vgl. Ebd.

¹⁵¹⁶ Vgl. M. Rosenberg: Afghanistan to Delay Awarding Concessions for Mineral Deposits. In: The Wall Street Journal, 27.01.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704905604575027673196231564.html#printMode>; zuletzt geprüft am 06.08.2012.

afghanische Bevölkerung vor Ort am meisten tun (z. B. durch Infrastrukturprojekte, Beschäftigungsmöglichkeiten) vergeben werden, sondern an die, die am meisten in „die Taschen der Bürokraten“ zahlen.¹⁵¹⁷

Auf diese Anschuldigungen wird im Weiteren noch zu sprechen sein.

Man könnte auf das Gesagte einwenden, dass die Kritiker zwar Recht hätten – aber die us-amerikanischen Unternehmen ja trotzdem vom Mineralstoffreichtum Afghanistans profitieren könnten (auch wenn sie dafür afghanische Beamte bestechen und private Sicherheitsdienstleister anheuern müssten).

Eine Analyse der bisherigen Mineralienlizenzvergaben durch das afghanische Ministerium für Minen und Industrie führt allerdings zu dem Schluss, dass die US-Wirtschaft vom Mineralienreichtum Afghanistans bislang nicht profitieren konnte. Stattdessen war es der geopolitische Konkurrent China, dessen Staatsunternehmen die „Filetstücke“ der afghanischen Mineralienvorkommen ausbeuten können.

So gewann das chinesische Staatsunternehmen China Metallurgical Construction Corp. (MCC) den öffentlichen *Tender* um das größte bekannte Kupfervorkommen Afghanistans, die Kupfermine *Aynak* in der Logar Provinz südlich von Kabul (30 Kilometer entfernt), welche zugleich eines der weltgrößten Kupfervorkommen darstellt.¹⁵¹⁸ *Aynak* war schon sowjetischen Geologen bekannt, die die Kupferressourcen auf mehr als 11 Millionen Tonnen schätzten.¹⁵¹⁹

¹⁵¹⁷ Vgl. M. Rosenberg, a.a.O., o.S.

¹⁵¹⁸ Vgl. J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵¹⁹ Vgl. AFP: Afghanistan sitting on a gold mine, a.a.O., o.S.

Die Kupferpreise von 2008 vorausgesetzt würde das einen Wert von 88 Milliarden US-Dollar ergeben. China sicherte sich das Ausbeutungsrecht für 30 Jahre.¹⁵²⁰

Karte 7: Die Kupfermine Aynak in der Logar-Provinz¹⁵²¹



China gewann die Ausschreibung im November 2007, nachdem ein Jahr zuvor auf einer Pressekonferenz vom damaligen Minenminister M. I. Adel neun internationale Unternehmen bekannt gegeben wurden, die ihre Vorschläge für die technische Erschließung des Vorkommens und ihre finanziellen und sonstigen Leistungen, die „Afghanistan zu Gute kommen“ nach Kabul ins Ministerium einreichen durften.¹⁵²²

¹⁵²⁰ Vgl. AFP: Afghanistan sitting on a gold mine, a.a.O., o.S.

¹⁵²¹ Karte aus: Vgl. J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵²² Vgl. Nine International Companies Selected For Aynak Copper Tender. 2006. Online verfügbar unter:

Interessanterweise waren unter den neun in dieser „Endrunde“ vertretenen Unternehmen mehr nicht-westliche als westliche vertreten.¹⁵²³

So nahmen allein zwei chinesische (neben der MCC die Zijin Mining Group Company Limited of China), zwei russische (Strikeforce Ltd, auch bekannt als Soyuz Metal Resource und Tyazhpromexport), ein indisches und ein kasachisches Unternehmen teil. Von westlicher Seite war ein kanadisches (Hunter Dickinson, Inc.), ein australisches (Bahar Consortium) und ein us-amerikanisches (Phelps Dodge Corporation) Unternehmen dabei.

Seitens der westlichen Unternehmen wurde nach dem „Sieg“ der MCC verlautbart, man könne eben unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nicht mit den staatlichen chinesischen Unternehmen konkurrieren, die riesige Summen offerierten.¹⁵²⁴

So will die MCC 2,9 Milliarden US-Dollar in Aynak investieren und es damit zum größten afghanischen Investitionsprojekt überhaupt machen.¹⁵²⁵

Die zweitplatzierte kanadische Hunter Dickinson, Inc. bot 70 % Prozent weniger als MCC. Der Vizepräsident B. Schafer sagte, das chinesische Angebot sei „eine Milliarde zu hoch“ für sein Unternehmen gewesen.¹⁵²⁶

MCC bot den Afghanen außerdem eine 40 % prozentige Beteiligung am Gewinn aus der Förderung an, den Bau der ersten nationalen Eisenbahnlinie in Afghanistan, die Afghanistan mit Pakistan und China verknüpfen und über 800 Kilometer laufen würde, den Bau einer

<http://www.bgs.ac.uk/AfghanMinerals/docs/tenders/Aynak/EOISelectionPR19-11-06.pdf>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

¹⁵²³ Vgl. Nine International Companies Selected For Aynak Copper Tender, a.a.O., o.S.

¹⁵²⁴ Vgl. E. Najafizada; J. Rupert: China Builds Lead in Afghan Commodities, Adds Oil to Copper. Business Week, 13.09.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.businessweek.com/news/2011-09-13/china-builds-lead-in-afghan-commodities-adds-oil-to-copper.html>; zuletzt geprüft am 06.08.2012.

¹⁵²⁵ Vgl. Ebd. China ist der größte ausländische Investor in Afghanistan.

¹⁵²⁶ Vgl. Ebd.

Kohlemine und einer 400-Megawatt-starken Elektrostation, die nicht nur die Aynak-Kupfermine, sondern auch Kabul mit Strom versorgen würde und einer Kupferschmelze an.¹⁵²⁷ Außerdem verpflichtete sich MCC, eine Straße in die benachbarte Wardak-Provinz zu bauen, um Aynak mit der Elektrostation und der Kohlemine zu verbinden, Schulen und die öffentliche Infrastruktur wie Hospitäler und Moscheen zu errichten und ab 2015 ausschließlich afghanische Arbeitskräfte zu beschäftigen.¹⁵²⁸ Die Schätzungen gehen von 5.000 bis 20.000 Arbeitnehmern, die gebraucht würden. Ab 2010 werden außerdem afghanische Ingenieurstudenten in China studieren, 60 pro Jahr.¹⁵²⁹

Solch ein „Komplettpaket“ – das sich für die MCC bei einem prognostizierten Gewinn von 42 Milliarden US-Dollar (Kupferpreise von 2007 vorausgesetzt) trotzdem kommerziell rechnen würde¹⁵³⁰ – konnte die westliche Konkurrenz mitsamt dem US-Unternehmen nicht bieten.

Daraufhin wurden seitens der USA Korruptionsvorwürfe gegen den Minenminister Adil laut. Dieser soll eine chinesische Bestechung von 30 Millionen US-Dollar angenommen haben.¹⁵³¹

Zwar stellten unabhängige Experten der Weltbank fest, dass die Ausschreibung fair verlaufen ist¹⁵³², doch wurde Adil auf Grund des amerikanischen Drucks von Karzai entlassen.¹⁵³³

Pikanterweise sichern amerikanische Truppen die von den Taliban bedrohten östlichen Provinzen Logar und Wardak, in denen die Aynak-Mine bzw. das Kraftwerk und die Kohlemine stehen.¹⁵³⁴

¹⁵²⁷ Vgl. E. Najafizada; J. Rupert, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵²⁸ Vgl. Ebd.; Vgl. **auch** J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵²⁹ Vgl. Ebd.; Vgl. **auch** J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵³⁰ Vgl. J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵³¹ Vgl. K. Sengupta, a.a.O., o.S.

¹⁵³² Vgl. J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵³³ Vgl. K. Sengupta, a.a.O., o.S.

Obleich es die Amerikaner nicht tun, um den Chinesen die Rohstoffausbeutung zu ermöglichen – die US-Einheiten wollen den Taliban den militärstrategisch wichtigen Zugang zu Kabul versperren – führt die Situation zu amerikanischen und britischen Anschuldigungen, die Chinesen würden vom „Blut“ und „Geld“ (die USA geben die meiste Entwicklungshilfe für Afghanistan) der Vereinigten Staaten und der westlichen Alliierten profitieren, ohne selbst Entwicklungshilfeleistungen an die Afghanen zu zahlen oder für Sicherheit in Afghanistan zu sorgen.¹⁵³⁵ Allerdings verweisen andere, auch westliche Experten, darauf, dass China eben durch seine Investitionen die Entwicklung in Afghanistan voranbringt (ebenso wie die Chinesen es in Afrika tun, wo es ebenfalls massive chinesische Rohstoffinvestitionen gibt).¹⁵³⁶

Außerdem hätten die chinesischen Staatsunternehmen eben das Geld und seien nicht so risikoavers wie westliche, die um die Sicherheit ihrer Mitarbeiter fürchten würden und daher oftmals gar nicht erst um Rohstoffvorkommen in Afghanistan mitbieten würden.¹⁵³⁷

Das „ressourcenhungrige“ China, das Rohstoffe für sein weiteres industrielles Wachstum und damit auch zur Sicherung des inneren sozialen Friedens (und der Macht der Kommunistischen Partei) braucht, hätte eben

¹⁵³⁴ Vgl. D. Randall; J. Owen: Allies pay in blood while others plot to exploit Afghanistan's rich natural resources. In: The Independent, 18.03.2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/an-ios-investigation-to-the-chinese-and-the-indians-the-spoils-of-a-terrible-war-7576426.html?printService=print>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Außerdem wurden 1.500 Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte von der afghanischen Regierung abgeordnet, um die Mine zu sichern. Vgl. D. Randall; J. Owen, a.a.O., o.S. Bei künftigen Rohstoffausbeutungen sollen es 7.000 pro Förderstätte sein. Vgl. Ch. Pellerin: DOD, U.S. Agencies Help Afghanistan Exploit Mineral Wealth, a.a.O., o.S.

¹⁵³⁵ Vgl. D. Randall; J. Owen, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵³⁶ Vgl. E. Najafizada; J. Rupert, a.a.O., o.S.

¹⁵³⁷ So Dr. F. Starr, Direktor des Central Asia-Caucasus Institute, Johns Hopkins University, Washington. Vgl. D. Randall; J. Owen, a.a.O., o.S.

den größeren Willen auch Risiken wie die unsichere, unbekannte Situation in Afghanistan nach dem westlichen Abzug 2014 in Kauf zu nehmen.¹⁵³⁸

Schließlich würden die chinesischen Investitionen der neuen COIN-Militärstrategie zu Gute kommen, die auf Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Afghanen setze.¹⁵³⁹ Dadurch hätte auch die Obama-Administration nichts gegen chinesische Rohstoffinvestitionen in Afghanistan, würden diese doch den USA den Weg aus Afghanistan ebnen.

Auch könne man es sich nicht mit den Chinesen „verscherzen“, halten diese doch den Großteil der us-amerikanischen Bundesanleihen und sind damit der größte Gläubiger der USA, der die Finanzierung der Kriege im Irak und Afghanistan (und der Konjunktur- und Bankenhilfe im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise) ermöglichen würde, wie es Dr. Leif Rosenberger, der Wirtschaftsberater des US Central Command (welches u.a. für den Afghanistan- und den Irak-Krieg zuständig ist) ausdrückte.¹⁵⁴⁰

Neben China profitiert auch Indien von afghanischen Mineralienvorkommen.¹⁵⁴¹ So gewann ein indisches Stahl- und Minenkonsortium aus sieben Unternehmen die Förderrechte an der Hajigak-Mine in der zentralafghanischen Bamiyan-Provinz (die relativ sicher ist, da es dort keine großen Talibanaktivitäten gibt).¹⁵⁴² Hier liegen 1,8 Milliarden Tonnen Eisenerz, von welchen 62 % Prozent rein sind. Damit ist Hajigak eine weltweit „erstklassige Mine“.¹⁵⁴³

¹⁵³⁸ So die Meinung eines westlichen Diplomaten. Vgl. J. S. Landay, a.a.O., o.S.

¹⁵³⁹ Vgl. Ebd.

Hier muss allerdings erwähnt werden, dass diese Militärstrategie zwar verkündigt, aber nicht umgesetzt wird, wie unter *Die militärische Teilstrategie* aufgezeigt wurde.

¹⁵⁴⁰ Vgl. D. Randall; J. Owen, a.a.O., o.S.

¹⁵⁴¹ Vgl. B. Farmer: Afghanistan claims mineral wealth is worth \$3trillion, a.a.O., o.S.;

Vgl. **auch** R. M. Cutler, a.a.O., o.S.

¹⁵⁴² Vgl. R. M. Cutler, a.a.O., o.S.

¹⁵⁴³ Vgl. B. Farmer; A. Spillius, a.a.O., o.S.

Festzuhalten bleibt, dass us-amerikanische Unternehmen bislang nicht vom afghanischen Mineralienreichtum profitieren konnten. Auf Grund der Sicherheitslage und der unsicheren Zukunftsaussichten, der Korruption im afghanischen Innenministerium und der zahlungskräftigeren und risikotoleranteren chinesischen (und indischen) Konkurrenz zogen US-Unternehmen (so sie mitboten) den Kürzeren.

Doch in Afghanistan gibt es neben Mineralien noch Gas- und Ölvorkommen. Wie sah die Lage für US-Unternehmen bei diesen Energieträgern aus?

Durch den USGS werden die Ölressourcen Afghanistans auf 150 Millionen Barrel geschätzt (1 Barrel = 159 Liter).¹⁵⁴⁴ Dies ist im internationalen Vergleich eher wenig; der „Spitzenreiter“ Saudi-Arabien verfügte laut British Petroleum (BP) 2009 über 264,6 Milliarden Barrel nachgewiesene Reserven.¹⁵⁴⁵

Doch in letzter Zeit wurden in Nordafghanistan (wo sich fast die gesamten Öl- und Gasvorräte Afghanistans befinden) Ressourcen entdeckt, die auf

¹⁵⁴⁴ Vgl. USGS: Assessment of Undiscovered Petroleum Resources of Northern Afghanistan, 2006. Fact Sheet 2006-3031. März 2006. o.S. Online verfügbar unter: <http://pubs.usgs.gov/fs/2006/3031/pdf/FS-3031.pdf>; zuletzt geprüft am 05.08.2012. Sowjetische Spezialisten kamen auf geschätzte 15 Millionen Tonnen Öl und 62 Milliarden Kubikmeter Gas.

Vgl. Afganskie vlasti odobrili sdelku s KNR o dobyče nefi v Amudar'i. RIA Novosti, 27.12.2011. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20111227/527500694.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

¹⁵⁴⁵ Vgl. E. Najafizada: Afghanistan Says It Locates 1.8 Billion-Barrel Oilfield In Nation's North, a.a.O., o.S.

Der Unterschied zwischen Reserven und Ressourcen bei Öl und Gas besteht darin, dass die *Reserven* die unter den gegenwärtigen technischen und ökonomischen Bedingungen förderbaren Vorkommen darstellen, während *Ressourcen* entweder nachgewiesene, aber aus technologischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht förderbare Vorkommen sind oder *nicht* nachgewiesene, aber geologisch mögliche Vorkommen darstellen.

Vgl. zur Definition: Vgl. R. Götz: Mythos Diversifizierung. Europa und das Erdgas des Kaspiraums.

In: M. Sapper; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, a.a.O., S. 449-462; hier: S. 452.

1.596 Milliarden Barrel geschätzt werden (Öl) – und damit das zehnfache der bisher bekannten Reserven darstellen.¹⁵⁴⁶

Auch Gasressourcen im Umfang von 15.687 Milliarden Kubikfuß wurden geschätzt, hinzukommen noch die 562 Millionen Barrel des verflüssigten Naturgases (*natural gas liquids*):¹⁵⁴⁷

Karte 8: Geologisch mögliche, geschätzte Öl- und Gasressourcen Afghanistans in Nordafghanistan¹⁵⁴⁸



¹⁵⁴⁶ Vgl. USGS: Assessment of Undiscovered Petroleum Resources of Northern Afghanistan, 2006, a.a.O., o.S.

Andere Quellen sprechen von 1,8 Milliarden Barrel. Vgl. O. Vjaz'mitinov: Afganistan v pervye v istorii načal dobyvat' neft'. RIA Novosti, 27.08.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20100827/269486111.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

¹⁵⁴⁷ Vgl. USGS: Assessment of Undiscovered Petroleum Resources of Northern Afghanistan, 2006, a.a.O., o.S.

¹⁵⁴⁸ Karte aus: Vgl. Ebd.

Das meiste vermutete Öl befindet sich in der Afghanisch-Tadschikischen Senke (oder Becken: *Afghan-Tajik Basin*), während das meiste vermutete Gas in der Amu Darya Senke (*Amu Darya Basin*) lagert.¹⁵⁴⁹ Die Afghanisch-Tadschikische Senke umfasst, wie der Name schon sagt, neben Afghanistan auch Tadschikistan, aber auch Usbekistan.¹⁵⁵⁰ Die Amu Darya Senke beinhaltet neben afghanischem Staatsgebiet auch turkmenisches.¹⁵⁵¹ *D. h. dass die Schätzungen sich nicht nur auf Afghanistan, sondern insgesamt auf die erwähnten Senken in Afghanistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan beziehen, was neben der Tatsache, dass es sich um geologisch mögliche, vermutete Ressourcen handelt, die Bedeutung der Funde relativiert.*

Doch auch diese vermuteten Ressourcen sichern sich die „ressourcenhungrigen“ Chinesen.

So bekam das chinesische Staatsunternehmen China National Petroleum Corp. (CNPC) 2011 die Lizenz zum Ölbohren in drei Blocks, welche sich im Amu Darya Becken befinden.¹⁵⁵²

CNPC gewann den *Tender* vor der australischen Buccaneer Energy Ltd., indem die Chinesen neben der obligatorischen Abgabe (*royalty*) von 15 % Prozent auf Öl und der 30 % prozentigen Körperschaftssteuer zusätzlich versprachen eine Raffinerie zu bauen.¹⁵⁵³ Für Afghanistan, das bislang nur eine Raffinerie hat, die den Bedürfnissen des Landes nach Treibstoff nicht nachkommen kann¹⁵⁵⁴, ist eine zweite Raffinerie äußerst wichtig. So

¹⁵⁴⁹ Vgl. USGS: Assessment of Undiscovered Petroleum Resources of Northern Afghanistan, 2006, a.a.O., o.S.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Ebd.

¹⁵⁵¹ Vgl. Ebd.

¹⁵⁵² Vgl. E. Najafizada; J. Rupert, a.a.O., o.S.

¹⁵⁵³ Vgl. Ebd.

¹⁵⁵⁴ Die Raffinerie produziert täglich 3.650 Barrel Treibstoff pro Tag; das Land braucht aber 46.000 Barrell (Stand 2011). Vgl. Ebd.

gewinnt man auch an Unabhängigkeit gegenüber Pakistan und dem Iran, die beide schon die Treibstoffzufuhr nach Afghanistan unterbrachen.¹⁵⁵⁵

Außerdem können die Afghanen Erfahrungen in der Ölförderung sammeln, ist doch der Juniorpartner des CNPC die afghanische Watan Group.¹⁵⁵⁶

Afghanistan selbst begann mit der Ölförderung überhaupt erst am 27. August 2010 in der nördlichen Provinz Sari-Pul, wie die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti berichtete.¹⁵⁵⁷

Bedeutender als bei den Öl- und Gasressourcen ist Afghanistan im Hinblick auf den *Energietransit*.

Bei der Vorgeschichte des Afghanistankrieges (siehe: *Der us-amerikanische Afghanistankrieg*) wurde die Geschichte um die TAPI-Pipeline, die vom amerikanisch/saudi-arabischen UNOCAL-Konzern propagiert wurde, schon dargestellt.

Der Konzern kam bei den Verhandlungen mit den Taliban nicht weiter, auch wenn es anfänglich gut aussah.

Nach dem Sturz der Taliban Ende 2001 wurde die Idee der TAPI-Pipeline, die turkmenisches Erdgas über Afghanistan nach Pakistan und Indien liefern würde – und damit potenziell über das Arabische Meer bzw. den Indischen Ozean zum Weltmarkt, vor allem zum schnell wachsenden Markt in Südostasien mit China, Vietnam, Japan und anderen asiatischen „Tigerstaaten“ wie Südkorea – schnell aufgegriffen.¹⁵⁵⁸

¹⁵⁵⁵ Vgl. E. Najafizada; J. Rupert, a.a.O., o.S.

¹⁵⁵⁶ Vgl. Afganskije vlasti odobrili sdelku s KNR o dobyče nefi v Amudar’i. RIA Novosti, 27.12.2011. Online verfügbar unter:

<http://ria.ru/economy/20111227/527500694.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

¹⁵⁵⁷ Vgl. O. Vjaz’mitinov, a.a.O., o.S.

¹⁵⁵⁸ Vgl. E. Pachomov: Pakistan: zasedanie po gazoprovodu Turkmenija-Afganistan-Pakistan. RIA Novosti, 12.04.2005. o.S. Online verfügbar unter:

<http://ria.ru/economy/20050412/39651251.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Ursprünglich sollte es aber eine Ölpipeline werden. Vgl. *Der us-amerikanische Afghanistankrieg*.

Es kam zu wiederholten trilateralen Sitzungen zwischen Pakistan, Afghanistan und Turkmenistan, die die aus Repräsentanten der drei Länder zusammengesetzte Kommission abhielt. Die Amerikaner waren – anders als beim Start der Verhandlungen 1996 – nicht mehr dabei.¹⁵⁵⁹

Im Jahr 2005 besprach die Kommission insbesondere die schwierige Sicherheitslage im afghanischen Hauptabschnitt der Pipeline.¹⁵⁶⁰ TAPI würde sich nämlich – bei einer Gesamtlänge von 1.700 Kilometer – über 830 Kilometer auf afghanischem Boden erstrecken (und 400 Kilometer auf pakistanischem).¹⁵⁶¹ Der afghanische Minen- und Industrieminister M. Siddiki besprach mit dem turkmenischem Minister für Öl- und Gasproduktion und Ressourcen, A. Pudakov und dem pakistanischen Kollegen die Maßnahmen, die die afghanische Regierung zur Sicherung der Pipeline unternehmen will.¹⁵⁶² Dabei waren auch Repräsentanten der Asiatischen Entwicklungsbank, die ebenfalls am Projekt teilnimmt.¹⁵⁶³

Fünf Jahre später – 2010 – kam es zum Abschluss eines intergouvernementalen Übereinkommens zwischen Afghanistan, Turkmenistan, Pakistan und Indien. Der Bau der TAPI, die über alle vier Staatsterritorien verläuft, wurde beschlossen.¹⁵⁶⁴

¹⁵⁵⁹ Vgl. E. Pachomov, a.a.O., o.S.

¹⁵⁶⁰ Vgl. Ebd.

¹⁵⁶¹ Vgl. Ebd.

¹⁵⁶² Vgl. Ebd.

¹⁵⁶³ Vgl. Ebd.

¹⁵⁶⁴ Vgl. M. Kliment'ev: RF mozet obespečit' investicii v gazoprovod TAPI – afganskij ministr. RIA Novosti, 02.09.2011. o.S. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20111227/527500694.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Karte 9: Der Streckenverlauf der TAPI-Erdgaspipeline¹⁵⁶⁵



Turkmenistan hat sich dazu bereit erklärt, sein Erdgas aus dem Vorkommen Daulatabad zu liefern. Damit ist die Versorgung der Pipeline mit Gas sichergestellt, denn die Ressourcen des Vorkommens werden auf 1,7-4,5 Trillionen Kubikmeter geschätzt.¹⁵⁶⁶ Die TAPI wird eine Gasmenge von bis zu 30 Milliarden Kubikmeter durchleiten können.¹⁵⁶⁷ Die Kosteneinschätzungen für dieses große Infrastrukturprojekt schwanken stark, es gibt Angaben von 4 bis zu 7 Milliarden US-Dollar.¹⁵⁶⁸

¹⁵⁶⁵ Karte aus: THE EXPRESS TRIBUNE (Pakistan), 17.12.2010. Online verfügbar unter:

<http://www.tribune.com.pk/story/8852/pakistan-signs-7-6-billion-tapi-gas-pipeline-agreement/>; zuletzt geprüft am 21.09.2012.

¹⁵⁶⁶ Vgl. M. Kliment'ev, a.a.O., o.S.

¹⁵⁶⁷ Vgl. Ebd.

Auch wenn der Streckenverlauf bislang keine Verlängerung zum Arabischen Meer, Indischem Ozean und damit zum Weltmarkt vorsieht (siehe Karte).

¹⁵⁶⁸ Vgl. Ebd.

Nach wie vor sind viele Experten skeptisch, was die Realisierbarkeit von TAPI angeht, hat sich doch die Sicherheitssituation in Afghanistan nicht gebessert (im Norden, wo die Pipeline durchlaufen würde, hat sie sich verschlechtert).¹⁵⁶⁹

Außerdem verläuft TAPI noch durch Kaschmir, was sie einer zusätzlichen Gefahr durch Anschläge von islamistischen Fundamentalisten aussetzt.¹⁵⁷⁰

Die Teilnehmer eines Treffens der Präsidenten Russlands, Afghanistans, Pakistans und Tadschikistans 2011 in Duschanbe waren ebenfalls vorsichtig, was die konkrete Realisierung von TAPI angeht.¹⁵⁷¹ Die anwesende pakistanische Außenministerin Rabbani-Khar antwortete auf die Frage von russischen Journalisten, ob sie sich eine russische finanzielle Beteiligung an TAPI vorstellen könnte, dass eine solche potenziell möglich sei, es aber zu früh wäre darüber zu sprechen, da sich das Projekt noch in einem frühen Stadium befände.¹⁵⁷²

Jedenfalls wurde auf dem besagten Treffen in Duschanbe eine gemeinsame, nicht bindende Erklärung unterschrieben, in der Afghanistan, Pakistan und Tadschikistan (interessanterweise *nicht* der Lieferant der Pipeline, Turkmenistan, das beim Treffen gar nicht dabei war) ihre Unterstützung der Beteiligung Russlands am Bau der TAPI zusicherten.¹⁵⁷³

Der afghanische Außenminister Z. Rasul erklärte bei gleichem Anlass, er könne sich eine „konstruktive Rolle“ Russlands bei dem Ausbau der Energieinfrastruktur in Zentralasien vorstellen, u.a. durch russische Investitionen in solche Projekte.¹⁵⁷⁴

¹⁵⁶⁹ Vgl. M. Kliment'ev, a.a.O., o.S.

¹⁵⁷⁰ Vgl. Ebd.

¹⁵⁷¹ Vgl. Ebd.

¹⁵⁷² Vgl. Ebd.

¹⁵⁷³ Vgl. Ebd.

¹⁵⁷⁴ Vgl. Ebd.

Festzuhalten bleibt, dass sowohl bei der TAPI, als auch bei der Förderung von Gas- und Ölreserven us-amerikanische Unternehmen in Afghanistan bislang keine Rolle spielten.

Demgegenüber tritt die Rolle Chinas, Indiens, Pakistans, auch Russlands und der zentralasiatischen Nachbarstaaten Afghanistans wie Turkmenistan, Tadschikistan oder Usbekistan umso stärker hervor. Diese investieren entweder in afghanische Ölvorkommen wie China oder wirken wie Pakistan, Indien, Turkmenistan (und in der Zukunft auch Russland?) am Aufbau der Energieinfrastruktur, der Pipelines, mit.

Aus amerikanischer Sicht stellt sich die Frage, wie US-Unternehmen in der Zukunft diese Situation verbessern könnten.

Dr. Starr, Direktor des Central Asia-Caucasus Institute an der John Hopkins University in Washington, schlägt dazu eine geo-ökonomische Strategie vor, die für die USA nicht nur einen Wohlfahrtsgewinn bringen, sondern den USA auch langfristig Einfluss am Hindukusch und im gesamten Eurasien sichern würde.¹⁵⁷⁵

Afghanistan, so Starr, würde über eine herausgehobene geostrategische Lage in Eurasien verfügen, es sei „der Herz Zentralasiens“.¹⁵⁷⁶

Historisch gesehen lief die berühmte Seidenstraße durch Afghanistan. Die Handelsrouten aus Indien, China, dem Nahen und Mittleren Osten und Europa kreuzten sich am Hindukusch. Afghanistan war damals – durch

¹⁵⁷⁵ Vgl. S. F. Starr: Afghanistan Beyond the Fog of Nation Building: Giving Economic Strategy a Chance. SILK ROAD PAPER. Central Asia-Caucasus Institute. Silk Road Studies Program. Januar 2011. Online verfügbar unter: <http://www.silkroadstudies.org/new/docs/silkroadpapers/1101Afghanistan-Starr.pdf>; zuletzt geprüft am 21.09.2012.

¹⁵⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 11.

Die westliche Perzeption Afghanistans als ein von der eurasischen Landmasse eingeschlossenes, schwer erschließbares Land ohne Hafenzugang kontrastiert mit dieser Beschreibung. Vgl. Ebd.

Allerdings ist diese Sichtweise Afghanistans auf die jahrzehntelange Isolation des Landes zurück zu führen, die durch äußere wie innere Faktoren bedingt ist (s.u.).

seine herausgehobene Transitstellung im „internationalen“ Handel – ein reiches Land mit Städten, die sogar die weit fortgeschrittenen arabischen Reisenden erstaunten.¹⁵⁷⁷

Doch in der Moderne, besonders in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sei Afghanistan durch externe wie interne Konflikte isoliert worden. Der indisch-pakistanische Konflikt schloss den Zugang zum Osten, das theokratische Regime in Teheran nach 1979 den Zugang zum Nahen und Mittleren Osten im Westen. Im Norden wiederum war die geschlossene Grenze zur Sowjetunion.¹⁵⁷⁸ Der afghanische Bürgerkrieg, die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, danach der andauernde Bürgerkrieg und schließlich die Machtergreifung der Taliban isolierten das Land „von innen her“, könnte man hinzufügen.

Erst die USA hätten das Land nach 2001 „geöffnet“, es dem regionalen und überregionalen Handel wieder zur Verfügung gestellt.¹⁵⁷⁹ Mit der Karzai-Administration sei auch eine handelsfreundliche, liberale Regierung in Kabul eingesetzt worden, so Starr.¹⁵⁸⁰

Nun komme es darauf an, Afghanistans Stellung als zentraler infrastruktureller Knotenpunkt in Zentralasien zu nutzen.¹⁵⁸¹ Die anderen „Spieler“ wie Pakistan, China, Iran, Indien, Turkmenistan würden es längst tun (Starr erwähnt Russland nicht):

Die TAPI-Pipeline, obwohl noch nicht realisiert, wäre ein Beispiel für Starrs These. Diese würde eine „Nord-Süd-Achse“ zwischen dem Energieproduzenten *Turkmenistan* in Zentralasien und den wachsenden Energiekonsumenten *Pakistan* und *Indien*, mit möglichem Weitertransfer

¹⁵⁷⁷ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 11.

¹⁵⁷⁸ Vgl. Ebd.

¹⁵⁷⁹ Vgl. S. 13.

¹⁵⁸⁰ Vgl. Ebd.

¹⁵⁸¹ Vgl. Ebd., S. 11.

von Gas (in seiner verflüssigten Form, als *liquified natural gas*, LNG) zu den „Tigerstaaten“ Südostasiens, entstehen lassen. Afghanistan ist das „zentrale Glied“ in dieser Achse.

Auch die Eisenbahnverbindung, die *China* im Zuge der Förderlizenz für das Aynak-Kupfervorkommen baut (Afghanistan-Pakistan-China), würde in die Reihe passen, lässt es doch eine „Nord-Süd-Achse“ entstehen, die die Landmasse Afghanistans mit dem Arabischen Meer verbindet. Die *Pakistaner* bauen in Verbindung mit dieser Eisenbahnlinie einen neuen Hafen bei Gwadar, der für eine effiziente Verbindung zwischen Zentralasien und den aufstrebenden Ökonomien Südostasiens sorgt.¹⁵⁸²

Irans Antwort auf den pakistanischen Konkurrenten ist wiederum der neue Hafen Chabahar, der vom Golf von Oman durch das Arabische Meer und den Indischen Ozean einen Zugang zu Südostasien böte. Die Anbindung an den Hafen wird durch die neuen Eisenbahn- und Verkehrsverbindungen in die angrenzende westafghanische Provinz Herat sichergestellt.¹⁵⁸³

Indien wiederum hilft Iran bei der infrastrukturellen Anbindung des Hafens, indem es eine Straße baut, die Chabahar mit der afghanischen Ring Straße (*Ring Road*) verbindet (die Ring Straße macht einen „Ring“ um Afghanistan und verbindet alle großen afghanischen Städte von Mazar-e Scharif im Norden über Kabul im Osten, Kandahar im Süden und Herat im Westen miteinander).¹⁵⁸⁴ Hier könnte man eher von einer West-Ost-Achse sprechen, die auch das *politisch* verfeindete Pakistan *ökonomisch* einbinden würde (wie bei TAPI schon geschehen).¹⁵⁸⁵

¹⁵⁸² Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 12.

¹⁵⁸³ Vgl. Ebd.

¹⁵⁸⁴ Vgl. Ebd.

Zur Ring Straße siehe auch die *Außenpolitische Teilstrategie* (dort die Ausführungen zur us-amerikanischen Entwicklungshilfe).

¹⁵⁸⁵ Vgl. Ebd.

Schließlich betätigt sich *Turkmenistan* im Norden neben seiner wichtigen Rolle bei der TAPI (als bislang einziger Gaslieferant) am Bau eines neuen Hafens am Kaspischen Meer. Dieser Hafen ist ein Umschlagsplatz für Waren aus Afghanistan, Pakistan, Indien und China, die vom Hafen weiter ins aserbaidische Baku und von Baku über Georgien zum Schwarzen Meer transportiert würden, um dann Europa zu erreichen.¹⁵⁸⁶

Die ökonomische Zusammenarbeit bei diesen Infrastrukturprojekten führt verfeindete Staaten wie Pakistan und Indien zusammen, indirekt aber sogar die USA (die zusammen mit Saudi-Arabien und Japan die Ring Straße vollendet haben) und Iran (das durch seine eigenen und die indischen Anstrengungen seinen Hafenzugang mit der Ring Straße verbindet).¹⁵⁸⁷

Sie lässt, so Starr, einen eurasischen Marktraum von Hamburg bis Hanoi entstehen.¹⁵⁸⁸

¹⁵⁸⁶ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 12.

¹⁵⁸⁷ Vgl. Ebd.

¹⁵⁸⁸ Vgl. Ebd., S. 13.

Man denke dabei an die amerikanischen und europäischen Infrastrukturprojekte im Kaukasus wie die BTC-Pipeline (Baku-Tbilisi-Ceyhan) oder TRACECA (TRANSPORT Corridor Europe Caucasus Asia) und INOGATE (INTERSTATE OIL AND GAS TRANSPORT TO EUROPE), die aus strategischer Sicht eine „West-Ost-Achse“ entstehen lassen. Diese könnte, wenn Afghanistan an sie angeschlossen ist, in den Osten (Pakistan, Indien, China) und Norden (die ehemals sowjetischen Zentralasienrepubliken) ausgedehnt werden. Eine Inklusion des Irans im Süden ist bei dem andauernden Atomkonflikt jedoch nicht zu erwarten; Russland würde ausgeschlossen, weil es der Konkurrent einer solchen West-Ost-Verbindung wäre. Denn das Land könnte selbst eine Brücke zwischen der EU im Westen und China, Indien im Osten und Süden sein. Damit steht Russland potenziell in Konkurrenz zur zentralasiatischen und (süd)kaukasischen Region.

Vgl. dazu u.a.:

V. *Gusejnov*: *Kaspijskaja neft'. Ekonomika i geopolitika*. Moskau. 2002;

J. *Eyvazov*: *GEOPOLITICAL LESSONS OF THE POST-SOVIET CAUCASUS: FORWARD TO GLOBALIZATION OR BACK TO CLASSICAL EURASIAN GEOPOLITICS?* In: *The Caucasus & Globalization. Journal of Social, Political and Economic Studies*, Jg. 1, H. 1. 2006. Online verfügbar unter http://www.ca-c.org/c-g/2006/journal_eng/c-g-1/03.eyvazoven.shtml, zuletzt geprüft am 21.11.2009;

S. E. *Cornell*; *Tsereteli*, Mamuka; *Socor*, Vladimir: *Geostrategic Implications of the Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline*. In: Starr, Frederick S.; Cornell, Svante E. (Hg.): *The*

Eine solche infrastrukturelle Anbindung würde sicherlich auch Afghanistan selbst erhöhte Transport- und Transiterlöse bringen und könnte laut Untersuchungen der Weltbank zu einer friedlichen Konfliktregelung beitragen.¹⁵⁸⁹ Außerdem könnte es afghanische (Agrar)Produkte nach China, Indien, Pakistan und in die zentralasiatischen Nachbarstaaten bringen (potenziell auch weiter nach Russland bzw. in die EU).¹⁵⁹⁰

Starr mahnt die USA, die Obama-Administration, sich dieser „neuen Seidenstraße“ anzuschließen. Er führt dafür neben ökonomischen auch geostrategische Gründe an:¹⁵⁹¹

- (1) Die USA würden bei Nicht-Beteiligung an infrastrukturellen Projekten sich selbst aus der Region ausschließen, einer Region mit vier feststehenden (Russland, China, Pakistan, Indien) und einer möglichen Atommacht (Iran) und damit von hoher sicherheitspolitischer Bedeutung. Diese Mächte würden im Falle einer Krise auch entscheiden, auf „wessen Seite“ sich Afghanistan und die zentralasiatischen Staaten (und vielleicht sogar Pakistan selbst) stellen, auf „wessen Stimme“ sie hören;¹⁵⁹²
- (2) Die USA sind als globale Wirtschaftsmacht, die für Liberalisierung und freien Handel eintritt, prädestiniert, eine handelsbasierte ökonomische Strategie für Afghanistan und die gesamte Region zu verfolgen. Demgegenüber wäre das exzessive Betonen der militärischen Macht (laut Starr unter Bush *und* Obama) schädlich und entspräche nicht dem „Charakter“ der nationalen

Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline: Oil Window to the West. Washington, D.C, Uppsala, Sweden: Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program. 2005. S. 17–38.

¹⁵⁸⁹ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 10-11; S. 14.

¹⁵⁹⁰ Vgl. Ebd., S. 10-11.

¹⁵⁹¹ Vgl. Ebd., S. 15-16.

¹⁵⁹² Vgl. Ebd., S. 15.

Machtausübung. Außerdem merkt Starr an, könnte man mit einer Handelsstrategie die widerwilligen Europäer mit ins Boot ziehen und damit etwas für die Festigung der NATO tun;¹⁵⁹³

- (3) Die USA sollten mitmachen, damit ihre Unternehmen am durch die infrastrukturelle Vernetzung Afghanistans zu erwartenden Boom partizipieren können: Sowohl in der Versicherung (von Transportgütern), wie bei der Logistik, beim Transport von Rohstoffen, bei der Landwirtschaft und der Industrie, auch im Gaststättengewerbe, würden sich neue Möglichkeiten ergeben. Wenn der amerikanische Staat nicht hinter seinen Unternehmen stehe, dann werden die staatlich unterstützten Unternehmen aus China, Indien, dem Iran und Japan die Chancen nutzen (was schon passiert);¹⁵⁹⁴
- (4) Schließlich haben die USA bisher durch ihre Entwicklungshilfe das meiste von allen Ländern in die afghanische Transportinfrastruktur investiert.¹⁵⁹⁵ Nun sollten sie auch von ihr profitieren¹⁵⁹⁶

¹⁵⁹³ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 15-16.

Ob diese sich ins Boot ziehen lassen ist freilich eine andere Sache. Man denke in diesem Zusammenhang an die erhitzte öffentliche Diskussion in Deutschland, die nach den Äußerungen von Bundespräsident H. Köhler, die Bundeswehr verteidige in Afghanistan auch „geo-ökonomische Interessen“ entbrannt ist und (jedenfalls vordergründig) 2010 zu dessen Rücktritt geführt hat.

Vgl.: Köhler gibt nach Kritik Amt auf. In: Neues Deutschland, 01.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland/koehler.html>; zuletzt geprüft am 21.09.2012. Vgl. dazu die Reaktion des Friedensratschlags: Vgl. Bundesausschuss Friedensratschlag (P. Strutynski): Es trifft die richtigen, aber leider nicht alle. Kassel, 31. Mai 2010. Online verfügbar unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland/koehler.html>; zuletzt geprüft am 21.09.2012.

¹⁵⁹⁴ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 16.

¹⁵⁹⁵ 2002 bis 2007 waren es 1,43 Milliarden US-Dollar für den Straßenbau – oder 24 % Prozent der gesamten amerikanischen Entwicklungshilfe in diesem Zeitraum. 2008-2009 ist der Wert allerdings auf 6 % Prozent der gesamten Entwicklungshilfeausgaben gefallen. Vgl. Ebd.

¹⁵⁹⁶ Vgl. Ebd.

Die afghanische Regierung stehe hinter der „Neuen Seidenstraße Strategie“, so Starr. Dies hätten Karzai und der Finanzminister O. Zakhilwal auf der Internationalen Geberkonferenz 2010 in Kabul deutlich zum Ausdruck gebracht.¹⁵⁹⁷

Nun sei es für die USA an der Zeit, nachzuziehen.

Erste Schritte dazu seien bereits gemacht worden, so Starr. Besonders das Militär um General Petraeus vertrat gegenüber der zivilen Führung in Washington die Handelsstrategie.¹⁵⁹⁸

Auf einer vom Pentagon organisierten Konferenz, die 2010 im deutschen Sonthofen stattfand, sprach sich Admiral Stavridis, Befehlshaber des Europäischen Kommandos der US-Streitkräfte (*U.S. European Command*) für eine solche Strategie aus. Die Mehrheit der Teilnehmer an dieser Konferenz waren Zivilisten und Geschäftsleute.¹⁵⁹⁹

Es böte sich für die neue Handelsstrategie an, die militärische Infrastruktur zu nutzen, so Starr. Das *Northern Distribution Network* (NDN) – ein nördlicher Transportkorridor für das US-Militär, der sich von Lettland über Russland, Kasachstan und Usbekistan nach Afghanistan erstreckt und 2009 wegen der wachsenden Probleme mit der Hauptnachschrubroute über Pakistan aufgebaut wurde¹⁶⁰⁰, sollte nach dem Abzug der USA und der NATO 2014 für die zivile Nutzung durch us-amerikanische Unternehmen genutzt werden.¹⁶⁰¹

¹⁵⁹⁷ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 21-22.

¹⁵⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 22.

¹⁵⁹⁹ Vgl. Ebd., S. 22-23.

¹⁶⁰⁰ Für die Beschreibung dieser Probleme siehe *Die militärische Teilstrategie*.

¹⁶⁰¹ Vgl. Ebd., S. 23.

Starr empfiehlt, dass das Militär als Proponent dieser Strategie und als „Dienstleister“, der die Transportinfrastruktur bereitstellt, auch der zentrale Koordinator dieser Strategie sein soll.¹⁶⁰²

Die Militarisierung der US-Strategie in Afghanistan, die sich schon in der expansiven COIN-Doktrin niederschlägt, wird hier noch einmal offenbar, auch wenn Starr die neue Strategie als eine Aufgabe für die gesamte Regierung begreift – unter Einschluss des Außenministeriums, des Verkehr-, Energie-, Finanzministeriums und der Export-Import-Bank.¹⁶⁰³

Die Koordination soll, wie gesagt, beim Militär liegen. Die neue Strategie soll nach Starr die Militärstrategie auch bloß „verstärken“ und auf ihr „aufbauen“.¹⁶⁰⁴ Folglich verortet Starr das Koordinationsgremium beim NSC, wo das Militär in Gestalt des Verteidigungsministers und des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs traditionell eine wichtige Rolle spielt.¹⁶⁰⁵

Die Rede von der „Integration aller wichtigen regionalen Spieler“, der Kooperation mit Pakistan, Indien, China, Iran, Russland in Afghanistan im Rahmen der Handelsstrategie¹⁶⁰⁶, sollte daher kritisch hinterfragt werden.

Dazu trägt neben der erwähnten Militarisierung auch der Anspruch auf Hegemonie bei – schließlich versteht Starr unter Kooperation eine Zusammenarbeit *unter amerikanischer Führung*.¹⁶⁰⁷

Das Misstrauen der „anderen Spieler“ bezüglich der Präsenz der amerikanischen Supermacht am Hindukusch erscheint also begründet, auch wenn diese in ihren Äußerungen ab und zu „über das Ziel hinausschießen“:

¹⁶⁰² Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 23ff.

¹⁶⁰³ Vgl. Ebd., S. 25.

¹⁶⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 26.

¹⁶⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 25-26.

Zur Rolle des Militärs im NSC siehe die Diskussion der *Gesamtstrategie unter Bush* respektive *Obama*.

¹⁶⁰⁶ Vgl. Ebd., S. 26.

¹⁶⁰⁷ Vgl. Ebd., S. 26-27.

Der russische Forscher A. Arišov vom *Zentrum für strategische Studien* in Moskau sprach 2010 von der US- und NATO-Präsenz in Afghanistan als „Deckmantel“ für die Durchsetzung von strategischen amerikanischen Interessen.¹⁶⁰⁸ Diese würden hauptsächlich in der Kontrolle von Öl und Gas der gesamten Region bestehen bzw. der Verweigerung der Kontrolle dieser wichtigen Energieträger durch Russland und China.¹⁶⁰⁹ Arišov hat die an Energiereserven reiche Region des Kaspischen Meeres mitsamt dem Iran vor Augen¹⁶¹⁰; in Afghanistan selbst jedenfalls ist es, wie aufgezeigt, nicht möglich von einer „US-Kontrolle“ des afghanischen Öls und Gases oder der Pipelines zu sprechen. Ganz im Gegenteil, hier sollte man die chinesische Expansion hervorheben.

¹⁶⁰⁸ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** B. Abdolvand; N. F. Shandi: Londoner Pläne als Wunschdenken, a.a.O., o.S.

Arišov betont weiter, die USA und die NATO hätten in Zentralasien seit dem 11. September sechs Militärbasen, u.a. Manas in Kirgisien und Termez in Usbekistan (wo die Bundeswehr steht). Vgl. Ebd.

¹⁶⁰⁹ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.; Vgl. **auch** M. Lüders, a.a.O., o.S.

Daneben erwähnt Arišov die us-amerikanische Kontrolle über den gesamten eurasischen Luftraum, die mit den Radaren in Südeuropa (Balkan), im Kaukasus, in Zentralasien und in Afghanistan selbst möglich sei und den Ausbau der afghanischen Flughäfen Shindand und Bagram (beides früher wichtige sowjetische Basen), womit potenziell die Landung und der Start von strategischen Langstreckenbomben des Typs B52 ermöglicht werde. Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.

In der Tat wären diese für den Guerillakrieg ungeeignet und lassen an einen konventionellen Gegner denken (China, Russland, Iran).

¹⁶¹⁰ Die Kaspische Region besteht aus den energiereichen Ländern Zentralasiens und des Südkaukasus, den ehemaligen sowjetischen Republiken Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan. Die Energieressourcen werden häufig als das *Definitionskriterium* des Kaspischen Raums genannt. Vgl. M. Aydın: Oil, Pipelines and Security: The Geo-politics of the Caspian Region. In: M. Gammer (Hg.): The Caspian Region. Volume 1. A Re-emerging Region. London / New York. 2004. S. 3-31, hier: S. 3.

Der Leiter des *Chinesischen Instituts für internationale Gegenwartsbeziehungen*, F. Yujun, kritisierte 2009 die amerikanische Präsenz am Hindukusch, die dazu führe, dass sich Extremisten aus Afghanistan nach Zentralasien, in den Nordkaukasus und ins chinesische, uighurische Xinjiang ausbreiteten.¹⁶¹¹

Er hatte dabei wohl vor allem die uighurischen Unruhen in Xinjiang 2009 im Kopf. Die Uighuren sind Muslime, ein Turkvolk, und werden von Peking des Separatismus und islamistischen Terrorismus bezichtigt.¹⁶¹²

Hier stellt sich die Frage, ob Peking mit dieser Kritik von internen Problemen mit den ethnischen Minderheiten ablenken möchte; freilich ist nicht von der Hand zu weisen, dass die NATO-Präsenz am Hindukusch zumindest Pakistan (das Yujun nicht erwähnt) durch das Abdrängen von weiteren Extremisten in die Stammesgebiete nach 2001 weiter destabilisiert hat.¹⁶¹³

Hinzufügen könnte man als weiteren Kritikpunkt aus chinesischer Sicht die militärische Präsenz des (möglichen) globalen Rivalen USA an der westlichen Landesgrenze Chinas, was Peking sicherlich Sorgen bereiten dürfte.

Allerdings haben beide, Russland wie China, durchaus ein Interesse an der amerikanischen Präsenz am Hindukusch:

Für *Russland* ist die Bekämpfung des islamistischen Extremismus in Afghanistan wichtig – sonst könnte sich dieser noch weiter in die Länder des „südlichen Hinterhofs“, die ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Republiken, verbreiten.¹⁶¹⁴

¹⁶¹¹ Vgl. B. Abdolvand; H. Schulz: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik, a.a.O., o.S.

¹⁶¹² Vgl. Ebd.

¹⁶¹³ Siehe dazu die Ausführungen zu Pakistan unter der *Außenpolitischen Teilstrategie*.

¹⁶¹⁴ Vgl. M. Lüders, a.a.O., o.S.

Außerdem ist die amerikanische Präsenz indirekt positiv, weil sie die USA strategisch bindet und auf Russland angewiesen macht.¹⁶¹⁵ Die USA können, besonders unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise, ihre militärische Präsenz weltweit nicht weiter ausbauen, solange ihr Hauptaugenmerk dem Krieg in Afghanistan und dem benachbarten Pakistan gilt. (Zum Beispiel erscheint schon deshalb eine militärische Intervention in Syrien unrealistisch.)

Durch den Afghanistankrieg sind die USA auf der anderen Seite auf Russland angewiesen, denn der pakistanische Transportkorridor erweist sich als unzuverlässig. Das Entgegenkommen Russlands beim Nordkorridor lässt sich Russland einige us-amerikanische Konzessionen kosten: Der (inzwischen ehemalige) russische Botschafter bei der NATO, D. Rogozin, sprach vom „Tauschgeschäft“: Transport über Russland versus Aufgabe der us-amerikanischen Raketenabwehrpläne und der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens. Wie man weiß sind hier die USA unter Obama Russland tatsächlich entgegengekommen.¹⁶¹⁶

China als größter ausländischer Investor hat zumindest ein Interesse an der Sicherheit seiner Investitionen in Afghanistan – und damit an der Sicherheit seiner infrastrukturellen Verbindungen in die instabile Xinjiang-Provinz, deren sozio-ökonomischer Lebensstandard gehoben werden soll.¹⁶¹⁷ Außerdem dürfte ein isolationistisches Regime wie die Taliban ausländische Investitionen abschrecken bzw. nicht zulassen.

¹⁶¹⁵ Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Londoner Pläne als Wunschdenken, a.a.O., o.S.

¹⁶¹⁶ Vgl. Ebd.

¹⁶¹⁷ Vgl. P. Junker: China versucht Xinjiang mit Geld und Knute zu stabilisieren. In: Der Tagesspiegel, 05.07.2010. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/uiguren-china-versucht-xinjiang-mit-geld-und-knute-zu-stabilisieren/1875872.html>; zuletzt geprüft am 21.09.2012.

Ob allerdings eine wirtschaftliche Kooperation in Afghanistan unter militarisierten Vorzeichen und US-Hegemonie von Russland, China und anderen „Spielern“ wie dem Iran wirklich begrüßt wird, bleibt fraglich.

Zumal die „Handelsstrategie“ sich bislang nach „Zukunftsmusik“ anhört. Die Obama-Administration hat sich bislang noch nicht von ihrer „Melodie“ verzaubern lassen.¹⁶¹⁸

Festzustellen bleibt jedenfalls:

Weder im Bereich der Mineralien noch von Öl und Gas konnten us-amerikanische Unternehmen vom Afghanistan-Krieg profitieren. Ob sie es bei einer neuen „Handelsstrategie“, die auf die Errichtung von Infrastruktur abzielt, tun würden, kann zur Zeit nicht bestimmt werden, da diese Strategie bislang weitgehend auf dem Papier existiert, auch wenn sie vom us-amerikanischen Militär (!) und einigen Analysten wie Starr vertreten wird.

Dagegen kann schon heute gesagt werden, dass der us-amerikanische Afghanistankrieg ein „Verlustgeschäft“ darstellt – selbst wenn man es rein finanziell betrachtet – und wie der „Krieg gegen den Terrorismus“ in der Form, wie er insbesondere unter Bush betrieben wurde, unter den Bedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mittelfristig nicht mehr auf Recht zu erhalten ist.

¹⁶¹⁸ Vgl. S. F. Starr, a.a.O., S. 25-27.

6.0 Schlussfolgerungen

In diesem zusammenfassenden und abschließenden Teil der Arbeit wird zunächst eine vergleichende Evaluation der Gesamtstrategie unter Bush und Obama vorgenommen, die auf dem Erfolg/Scheitern der einzelnen Teilstrategien basiert. In einem zweiten Schritt wird eine politische Lösungsmöglichkeit für den Afghanistankonflikt aufgezeigt, die die Interessen aller Konfliktparteien und der „regionalen Spieler“ berücksichtigt.

Nach diesem empirischen Teil erfolgt eine Übersicht über die theoretischen „Lehren“, die sich aus dieser Analyse ziehen lassen. Hierbei wird die Forschungsfrage auf der Grundlage der Hypothesenüberprüfung beantwortet. Schließlich runden Empfehlungen zur Steigerung der Strategiefähigkeit von Demokratien (nicht nur in Guerillakriegen) die Schlussfolgerungen ab.

Zunächst zur **Gesamtstrategie**.

Unter *Bush* (2001-2008) fehlte es nach dem 11. September an einem „Masterplan“ für Afghanistan.¹⁶¹⁹

Zwar wurde als politischer Zweck die Zerstörung der Al-Qaida-Basen im Land und die Vertreibung der die Terroristen unterstützenden Taliban von der Regierungsmacht in Kabul ausgegeben und der Afghanistankrieg somit in den Rahmen eines weltweiten „Krieges gegen den Terrorismus“ eingeordnet. Doch Bush wie andere Vertreter seiner Administration erkannten nur widerwillig, dass in Afghanistan zumindest ein grundlegender Staatsaufbau (*Nation-Building*) erfolgen muss, damit das

¹⁶¹⁹ Vgl. zum Begriff: P. Keller; Voje, Julian: Wo bleibt der Masterplan? Auf der Suche nach einer außenpolitischen Strategie. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 5. 2010. S. 21–25.

Land nicht wieder zur Basis der „dschihadistischen Internationale“ wird. Folglich war der über Terrorismusbekämpfung an Komplexität, zeitlicher Dauer wie Ressourceneinsatz weit hinausgehende politische Zweck des Staatsaufbaus (Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Demokratie, Kampf gegen Korruption, mit einem Wort *good governance*) während der gesamten Dauer der Bush-Administration umstritten. Besonders das Verteidigungsministerium unter Rumsfeld, aber auch der einflussreiche Vizepräsident Cheney standen für eine Anti-Terror-Strategie, die alleine auf die militärische Ausschaltung von Al-Qaida-Mitgliedern durch Spezialeinheiten und verbündete Kriegsherren mit ihren (Stammes)Milizen fokussierte und mit einem geringen personellen, zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden war.

Die *militärische Teilstrategie* schien zunächst aufzugehen, die Taliban wurden schnell von der Regierungsmacht und die Al-Qaida aus dem Land vertrieben und Afghanistan blieb zumindest bis 2006 „ruhig“. Wobei die erzielten Erfolge fragil waren, da die Taliban ab 2006 aus ihrem pakistanischen Rückzugsgebiet in den Stammesgebieten zurück kehrten und die Sicherheitslage sich seitdem zumindest bis 2009 kontinuierlich verschlechterte.

Dies dürfte auch an der amerikanischen Militärstrategie liegen, die sich mit wachsender Truppenpräsenz zu einer konventionellen Strategie wandelte: Die USA und die ISAF gingen mit mechanisierten Truppenverbänden gegen die militärischen Einheiten der Aufständischen vor, sicherten die Hauptverkehrsverbindungen und Städte und widmeten sich hauptsächlich der Bekämpfung der Taliban. Gegen die Guerillastrategie der letzteren war diese Strategie nicht erfolgreich. Wenn man bei der militärischen Teilstrategie der USA von einem Erfolg sprechen kann, dann nur, weil zumindest durch die Verfolgung und Ausschaltung von Al-Qaida-Kadern

ein „zweites 11. September“ verhindert worden ist. Der Aufbau von afghanischen Sicherheitskräften lief unter Bush schleppend voran, bis 2005 gab es hierfür nicht einmal eine Finanzierung seitens der USA.

In der *außenpolitischen Teilstrategie* unter Bush konnten keine Erfolge erzielt werden. Da das grundlegende Ziel nicht klar war (Staatsaufbau oder Terrorismusbekämpfung?), waren auch die Prioritäten der Entwicklungshilfe zwischen den einzelnen Behörden in Washington und vor Ort umstritten. Die Entwicklungshilfeagentur USAID verfolgte einen langfristigen Entwicklungsansatz und fokussierte auf die Entwicklung der für Afghanistan als agrarisch geprägtes Land wichtigen Landwirtschaft, während das Verteidigungsministerium sein Geld lieber für die Finanzierung von verbündeten Kriegsherren und ihren Milizen ausgab, die bei der Terrorismusbekämpfung behilflich waren. Im Rahmen des CIMIC wurde militarisierte Entwicklungshilfe geleistet – das Militär dominierte sowohl die Entwicklungsteams, als auch die Prioritäten. So wurde kurzfristigen Erwägungen (Informationsgewinnung aus der Zivilbevölkerung und ihre Nutzung im Kampf gegen die Taliban) Vorrang vor dem langfristigen Nutzen der Projekte gegeben.

Außerdem fehlte es grundlegend an Koordination zwischen den verschiedenen US-Behörden in Afghanistan ebenso wie an einer effektiven Projektimplementierung, der Rechenschaftspflicht und der Evaluierung der Maßnahmen. Damit entsprach die Situation vor Ort der Lage in Washington, wo verschiedene Ministerien verschiedene Interessen und Ziele verfolgten und es an Koordinationsinstanzen mangelte bzw. die Zuständigkeit für Koordinationsaufgaben beim Wiederaufbau in Afghanistan nicht klar war, da sie ständig „hin- und hergeschoben“ wurde. Dazu kam ein Mangel an Ressourcen wie Personal oder Geld für Entwicklungsaufgaben.

Dies hatte zum einen allgemein mit der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik im Zuge des „Krieges gegen den Terror“ unter Bush zu tun; zum anderen sorgte konkret der Irak-Krieg ab 2003 für die finanzielle, personelle und informationelle Vernachlässigung Afghanistans.

Während die Entwicklung Afghanistans also *nicht* den unrealistisch-technokratischen eigenen Erwartungen von einer „liberalen Demokratie mit Marktwirtschaft am Hindukusch“ entsprach (falls, wie gesagt, jenseits der Rhetorik Bushs überhaupt Interesse am Staatsaufbau bestand), ließen sich doch im Land einige Teilerfolge bei der Entwicklung und der Demokratisierung erzielen.

Das Bildungswesen wurde nach dem Sturz der talibanischen Tyrannei wieder aufgebaut, auch Mädchen durften wieder die Schule besuchen. Die Verkehrsinfrastruktur wurde ausgebaut, die Ring Straße als wichtigste Fernstraße Afghanistans fertig gestellt. Im Gesundheitswesen bekamen viele Afghanen einen Zugang zu grundlegender medizinischer Versorgung. Mehr als zwei Drittel der afghanischen Flüchtlinge sind – vor allem aus Pakistan – zurückgekehrt.

Was die Demokratisierung angeht wurde ein Verfassungsprozess eingeleitet, der mit den afghanischen Gepflogenheiten und Traditionen konform gewesen ist und in der Kreation einer demokratischen Verfassung gipfelte, die Menschenrechte und die Gleichstellung von Mann und Frau betonte. Dabei gibt es durchaus ein Spannungsverhältnis zwischen einer westlichen Konzeption von Demokratie und den afghanischen religiös begründeten Vorstellungen einer „guten Gesellschaft.“

M. Daxner führt für Gesellschaften wie die Afghanistans das Konzept einer *Interventionsgesellschaft* ein. Diese ist eine Gesellschaft, deren Strukturen sich erst während der Intervention herausgebildet haben.¹⁶²⁰

Bezogen auf die verfassungsmäßigen Grundlagen des Gemeinwesens (*polity*) heißt das zum Beispiel, dass sich in der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan (auch der Name drückt widersprüchliche Erwartungshaltungen und Vorstellungen aus) sowohl die Scharia als islamisches Recht, als auch die allgemeinen Menschenrechte widerfinden.

Artikel 2 und 3 führen die Verfassung und jedes Gesetz auf den Islam zurück, während Artikel 7 den afghanischen Staat im gleichen Maße auf die Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer internationaler Abkommen verpflichtet.¹⁶²¹

Doch die ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2004 bzw. 2005 auf der Basis dieser Verfassung waren nach Ansicht der neutralen internationalen Beobachter frei und fair. Auch Frauen durften am politisch-gesellschaftlichen Leben teilnehmen, einige von ihnen wurden auch Parlamentsabgeordnete, Gouverneure, Kabinettsmitglieder.¹⁶²²

Das grundlegende Entwicklungsproblem war neben der inhärenten Widersprüchlichkeit einer solchen hybriden Interventionsgesellschaft (die zu innergesellschaftlichen Konflikten führen kann) auch die grassierende Korruption und der Drogenhandel, der die erstgenannte noch verschlimmerte, ebenso wie die (im Vergleich mit den eigenen Zielen) unzureichenden zivilen Anstrengungen der USA und der internationalen Gemeinschaft, die einen Fortschritt bei der guten Regierungsführung

¹⁶²⁰ Vgl. M. Daxner: Afghanistan Endgame – No Lessons Learned? Working Paper Series of the Centre for Area Studies. No. 3. Universität Leipzig. Leipzig. 2013. S. 34.

¹⁶²¹ Vgl. Ebd., S. 15.

¹⁶²² Vgl. G. W. Bush: President Bush Discusses Progress in Afghanistan, Global War on Terror, a.a.O., o.S.

(*good governance*) nicht zuließen. Das Herrschaftssystem der afghanischen politischen Elite um Karzai basierte auf Patronage-Netzwerken und nicht auf einer leistungsgerechten Postenverteilung. Korruption und Missmanagement erschwerten eine effiziente Erbringung von Gütern für die Zivilbevölkerung in hohem Maße. Folglich sank die Zufriedenheit der Afghanen mit ihrer gewählten Regierung und ihren internationalen Unterstützern, was sich nicht nur in den in dieser Arbeit analysierten Umfragedaten, sondern konkret in neuen Rekruten für die Taliban niederschlug.¹⁶²³

Dazu trug auch die fragile interethnische Balance im afghanischen Vielvölkerstaat bei:

Die Paschtunen fühlten sich nicht in der Regierung repräsentiert, den in Kabul sitzenden ehemaligen Kriegsherren der Nordallianz (Tadschiken und Usbeken) warfen sie Kriegsverbrechen während des Bürgerkrieges (1992-1996) und gegen die (mehrheitlich paschtunischen) Taliban nach 2001 vor. Die Tadschiken und Usbeken wiederum, ebenso wie andere ethnische Minderheiten, die sich noch gut an die Taliban-Massaker an ethnischen Minderheiten wie den Hazaras erinnern können, beklagten eine aus ihrer Sicht zunehmende paschtunische Dominanz. Demnach würden Nicht-Paschtunen nach ihrer anfänglichen Beteiligung an der repräsentativen Regierung Afghanistans im Zuge des Petersberg-Abkommens (2001) nach und nach aus der Regierung entfernt bzw. auf unwichtige Posten abgeschoben.

Die massiven Probleme der Korruption, des Drogenhandels und der mangelnden ethnischen Repräsentativität eingerechnet, könnte man bei der

¹⁶²³ Wobei hier andere Gründe wie fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten, eine im Vergleich zur afghanischen Armee oder Polizei bessere Bezahlung oder ideologisch-kulturalogische Aspekte wie Identität und Fanatisierung – aber auch einfach Zwang – Ausschlag gebend sein könnten.

außenpolitischen Teilstrategie unter Bush von einem Scheitern sprechen: Das verbündete Karzai-Regime konnte nicht durch Entwicklung, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und *gute Regierungsleistungen* stabilisiert werden.

Währenddessen kam es im Nachbarland Pakistan, in den afghanisch-pakistanischen Stammesgebieten an der Grenze, zu einer wachsenden Destabilisierung durch den Afghanistan-Krieg. Al-Qaida-Kader und die Taliban flüchteten über die Grenze und fanden in den Stammesgebieten der FATA einen „sicheren Hafen“.

Pakistanische Armeeeffensiven gegen Extremisten waren wenig erfolgreich und brachten die pakistanische Zivilbevölkerung immer mehr gegen die eigene Armee auf, die als „Handlager der USA“ erschien. Der amerikanische Verbündete Musharraf, Pakistans Militärdiktator, wurde als „Busharraf“ verspottet. In Pakistan selbst kam es durch den „Krieg gegen den Terrorismus“ zu einem Anwachsen der politischen Gewalt, zur weiteren Schwächung des ohnehin schwachen Staates und einem ansteigenden Anti-Amerikanismus.

Unter Bush wurde das 170-Millionen Land rein militärisch als Verbündeter im „Kampf gegen den Terrorismus“ gesehen. Die Hilfe der USA konzentrierte sich folglich auf die Unterstützung des pakistanischen Militärs bei der Aufstandsbekämpfung, ohne daran zu denken, dass die USA und die NATO selbst das Land durch ihren Krieg im Afghanistan destabilisieren. Auch die schlechte sozio-ökonomische Lage in den Stammesgebieten wurde vernachlässigt, die Entwicklungshilfe für Pakistan nicht substantiell erhöht. Die Zölle für das wichtigste pakistanische Exportprodukt, Textilien, blieben auf Grund des protektionistisch gesinnten Kongresses in Kraft, so dass die ökonomische Entwicklung Pakistans stagnierte und nicht zu einer Stabilisierung des Landes beitragen konnte.

Weit davon entfernt, den schwachen pakistanischen Staat zu stärken, trug der Afghanistan-Krieg der USA unter Bush nur zu dessen Schwächung bei. Pakistan destabilisierte durch den Rückzugsraum für die Taliban, Al-Qaida und das Haqqani-Netzwerk in den Stammesgebieten und durch die Unterstützung des pakistanischen Militärs für diese bewaffneten Gruppen wiederum das Nachbarland am Hindukusch.

Ein weiteres Ziel der außenpolitischen Teilstrategie wurde also verfehlt, Pakistan konnte weder gefestigt noch zu einem verlässlichen Verbündeten der USA gemacht werden.

Schließlich scheiterten die USA unter Bush auch am dritten Ziel der außenpolitischen Teilstrategie: dem Aufbau von Beziehungen zur Islamischen Welt.

Diese Beziehungen sind im „Kampf gegen den Terrorismus“ von entscheidender Bedeutung, wäre es doch durch konstruktive Zusammenarbeit möglich, gewalttätigen islamistischen Extremismus wirkungsvoll zu bekämpfen. Eine positive islamische öffentliche Meinung würde zu weniger Rekruten für antiwestliche Terrororganisationen wie Al-Qaida führen, der „Nährboden“ für islamistischen Terrorismus würde entzogen.

Doch im Zuge des exzessiven Betonens des Militärs im „Krieg gegen den Terrorismus“ und der Vernachlässigung der diplomatischen Aspekte, der Entwicklungshilfe und der interkulturellen Verständigung wurde die islamische öffentliche Meinung im Hinblick auf das Image der USA nach dem 11. September immer negativer. Bald hatten sogar klare Mehrheiten der ehemals positiv gegenüber den Vereinigten Staaten gestimmten Türken oder Indonesier eine negative Meinung von der einzigen Weltmacht.

Die „Marke USA“ wurde durch die militaristischen Exzesse ihres Anti-Terror-Krieges unter Bush – man denke an Guantanamo, Abu Ghraib, den

Irak-Krieg und die Beschneidung der Bürgerrechte im Inneren des Landes – weltweit, vor allem aber in der strategisch wichtigen Islamischen Welt beschädigt.

Der Popularität von Bush an der „Heimatfront“ konnte das zunächst freilich nichts anhaben. Seine Zustimmungswerte stiegen nach dem

11. September 2001 im Zuge des „*rally round the flag*“ Effekts, bei dem sich in Krisenzeiten die Bevölkerung um den Amtsinhaber sammelt, zunächst rapide, bevor sie allerdings schnell wieder fielen. Maßgeblich dazu beigetragen hat der Irak-Krieg, dessen Misserfolge – steigendes Gewaltniveau durch einen offen ausgebrochenen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten und die in dessen Folge ansteigenden amerikanischen Gefallenenzahlen und Kriegskosten – massenmedial stark beleuchtet wurden.¹⁶²⁴

Der Afghanistan-Krieg wurde (und wird) dagegen von den amerikanischen Massenmedien vernachlässigt. Folglich hatte dieser keine oder nur marginale Auswirkungen auf die Beliebtheit von G. W. Bush.

Was die *innenpolitische Teilstrategie* angeht, kann man also sagen, dass über die gesamte Bush-Periode hinweg betrachtet, die öffentliche Popularität des Präsidenten durch den Afghanistan-Krieg weder gesteigert noch substantiell in Mitleidenschaft gezogen wurde (letzteres geschah allerdings durch den Irak-Krieg).

Die *ökonomische Teilstrategie* mit ihrem Ziel der Erhöhung des Wohlstandes der Gesamtbevölkerung wird im Zusammenhang mit der Obama-Periode behandelt, da die Diskussion, wie die USA vom Ressourcenreichtum Afghanistans profitieren könnten, in dessen Amtszeit

¹⁶²⁴ Auch die Irreführung der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit – die bis heute nicht belegte Behauptung, dass biologische und chemische Massenvernichtungswaffen im Besitz von Saddam Hussein gewesen seien – dürfte dazu beigetragen haben.

fällt. Hier lässt sich gleichwohl sagen, dass der Afghanistan-Krieg nicht zu einer Steigerung des Gesamtwohlstandes beitrug, sondern diesen verminderte:

Dreistellige Milliardenbeträge wurden für den Krieg aufgewendet, noch viel mehr allerdings für den Irak-Krieg, sodass die Gesamtausgaben für den „Krieg gegen den Terrorismus“ sich bis 2011 auf 1,3 Billionen US-Dollar beliefen. Folglich stiegen auch die Haushaltsdefizite und Staatsschulden der USA nach dem 11. September.¹⁶²⁵

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Afghanistan-Gesamtstrategie der USA unter Bush gescheitert ist. Die Ziele der Teilstrategien konnten – außer für die militärische Teilstrategie, wobei hier die Sicherheitsgewinne fragil waren – nicht erreicht werden:

Tabelle 4: Evaluation der Gesamtstrategie unter Bush (2001-2008)¹⁶²⁶

Teilstrategie	Erfolg	Scheitern
Militärische	✓	
Außenpolitische		✗
Innenpolitische		✗
Ökonomische		✗

► **Gesamtstrategie gescheitert**

¹⁶²⁵ Wobei allerdings von 2004 bis 2007 (also innerhalb Bushs zweiter Amtszeit) eine Verringerung der Defizite stattfand (ausgehend von ihrem durch den „Krieg gegen des Terrorismus“ gestiegenen Niveau). Vgl. die Ausführungen zur *ökonomischen Teilstrategie*.

¹⁶²⁶ Eigene Ausarbeitung.

Unter *Obama*, dessen Amtszeit hier von 2009 bis 2012 untersucht wird, wurde vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit einer neuen, kohärenten Afghanistan-Gesamtstrategie erkannt.

Obama distanzierte sich von dem öffentlich geäußerten (aber doch umstrittenen und halbherzig vertretenen) Ziel des Staatsaufbaus in Afghanistan. Seine neue Gesamtstrategie, unter der Führung des Terrorismusexperten B. Riedel entstanden, fokussierte stattdessen auf den ursprünglich ausgegebenen politischen Zweck der Terrorismusbekämpfung. Eine Machtübernahme der Taliban sollte in Afghanistan verhindert werden, außerdem sollte Al-Qaida in Afghanistan und vor allem in den pakistanischen Stammesgebieten substanziell geschwächt, ihrer Führungsriege beraubt und letztlich zerstört werden.

Diesem beschränkten politischen Zweck stand allerdings die expansive und vom Militär und seinen Vertretern in der Obama-Administration repräsentierte COIN-Doktrin gegenüber.

Ihr zufolge sollte durch eine massive Militärpräsenz der USA in Afghanistan Sicherheit für die afghanische Zivilbevölkerung gewährleistet werden. Auf der Grundlage der verbesserten Sicherheitslage sollen wiederum Wiederaufbauleistungen vollzogen werden, um die Legitimität der afghanischen Regierung zu erhöhen (und die der Aufständischen zu untergraben).

Die „Herzen und Hirne“ der Afghanen sollten also gewonnen werden, indem Sicherheit und Entwicklung seitens der USA und der afghanischen Regierung geboten wird.

Jedem Afghanen sollte klar werden, dass es in seinem Interesse ist mit der Zentralregierung bzw. ihren Vertretern vor Ort zu kooperieren, indem die Regierung zeigt, dass sie stabil und nicht zu vertreiben ist und

Entwicklungshilfeleistungen verteilt, in deren Genuss ihre Unterstützer kommen.

COIN ist also eine militarisierte Version des Staatsaufbaus und erfordert einen langwierigen Einsatz von großen personellen und finanziellen Ressourcen.

Während COIN von den führenden Militärs um die (inzwischen ehemaligen) Kommandierenden der ISAF in Afghanistan, General Petraeus und General McChrystal, aber auch dem damaligen Verteidigungsminister Gates und der Außenministerin Clinton in der Außendarstellung vertreten wurde, sah die Realität der *militärischen Teilstrategie* in Afghanistan nach dem Gegenteil von COIN, nämlich der obigen Anti-Terrorismus-Strategie aus.

Diese wurde in Washington von Obamas Vizepräsident Biden propagiert. Obama selbst, wie seine engsten politischen Berater, standen ob ihrer Skepsis gegenüber einem langwierigen Staatsaufbau in Afghanistan, den durch die Wirtschaftskrise minimierten Ressourcen der USA und des steigenden Widerstands der parlamentarischen wie allgemeinen Öffentlichkeit gegen die langwierige Fortführung des Afghanistankriegs der CT-plus genannten Anti-Terror-Strategie ziemlich positiv gegenüber.

Folglich kam es zwar zu der durch COIN-Proponenten gewünschten Truppenerhöhung in Afghanistan; auf der anderen Seite eskalierte Obama den Krieg in Afghanistan nur, um ihn schneller zu beenden und verkündigte bereits Ende 2009 einen Abzugsplan für Afghanistan. In Afghanistan selbst nahmen Spezialoperationen zu, auch die Bombardements wurden entgegen der COIN-Doktrin vom Schutz der Zivilbevölkerung ausgeweitet. Der Drohnenkrieg wurde vor allem in den pakistanischen Stammesgebieten intensiviert. Die Zahl der afghanischen Sicherheitskräfte sollte schnell erhöht werden, damit diese die

Sicherheitsverantwortung für ganz Afghanistan im Abzugsjahr 2014 und darüber hinaus übernehmen können. Doch auch die CT-plus Militärstrategie führte bislang nur zu fragilen Sicherheitsgewinnen: Zwar konnte die seit 2006 andauernde Taliban-Offensive aufgehalten werden, die Sicherheit wurde allerdings nicht nachhaltig verbessert. Stattdessen scheinen sich die Taliban für die Machtübernahme nach 2014 zu rüsten, ermorden gezielt Regierungssympathisanten und infiltrieren die afghanischen Sicherheitskräfte.

Die letzteren sind nach wie vor nicht in dem Zustand, um Sicherheitsverantwortung für das ganze Land zu übernehmen und die Taliban effektiv bekämpfen zu können. Unprofessionalität, Mangel an Führungskadern, fehlende Kampfmoral und Korruption bleiben schwerwiegende Probleme der afghanischen Sicherheitskräfte, vor allem der Polizei, aber auch der Armee.

Eine zentrale Erfolgsbedingung der neuen „Exit-Strategie“ Obamas scheint bislang also nicht erfüllt worden zu sein.

Im benachbarten Pakistan führt die anti-terroristische Ausweitung des Drohnenkriegs zum weiter ansteigenden Anti-Amerikanismus und neuen Rekruten für Terrororganisationen wie Al-Qaida. Inzwischen hat sich die islamistisch-extremistische Gewalt auf das ganze Land ausgeweitet und destabilisiert eine Nuklearmacht mit 170 Millionen Einwohnern. Das Schreckensszenario einer islamistischen Machtergreifung steht nach wie vor im Raum.

Ob sich die Sicherheitslage der USA also durch die neue antiterroristische Militärstrategie unter Obama nachhaltig verbessert hat, bleibt zu bezweifeln.

Man könnte bestenfalls von einem Teilerfolg sprechen – immerhin hat es auch elf Jahre nach 9/11 keinen größeren Terroranschlag in den USA

gegeben. Allerdings bleibt es ob der Lage in den pakistanischen Stammesgebieten ungewiss, ob es in mittelfristiger Perspektive nicht wieder zu einem kommt.

Zumal die Terrorbekämpfung der USA bislang nach dem „Flaschenhals-Prinzip“ funktioniert: Drückt man die Flasche an einer Stelle (Afghanistan) so strömt das Wasser (der Terrorismus) an einer anderen raus (Pakistan, Somalia, Jemen, Mali, Irak, Syrien...).

Abgesehen von der faktisch stattfindenden Terrorismusbekämpfung enthält Obamas neuer „Masterplan“ in seinem „zivilen Teil“ das Versprechen der Erhöhung von Entwicklungshilfe (*civilian surge*) im Bereich der *außenpolitischen Teilstrategie*. Dieses Versprechen ist allerdings an eine Verbesserung der afghanischen Regierungsleistung (*good governance*) geknüpft.

In der Tat wurde die Entwicklungshilfe unter Obama erhöht, die Ressourcen aus dem laut Obama „unnötigen“ und im „Kampf gegen den Terrorismus“ „schädlichen“ Irak-Krieg wurden nach Afghanistan umgeleitet. Die Zahl der Entwicklungshelfer wurde verdoppelt. Auch gibt es eine bessere Koordination zwischen den einzelnen Behörden vor Ort und in Washington, das Außenministerium und das Pentagon haben nach acht Jahren Krieg einen gemeinsamen Plan für die Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe angenommen, der Posten eines „Chef-Inspektors“ für Afghanistan wurde institutionalisiert (allerdings nicht mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet). Zunehmend gibt es klare Evaluationskriterien; auf die Rechenschaftspflicht, die Kontrolle der Ausgaben, wird geachtet.

Entwicklungshilfe wird zunehmend dezentral vergeben, um sie an der korrupten Zentralregierung in Kabul „vorbeizuschleusen“.¹⁶²⁷

Doch wurden bei zwei zentralen afghanischen Entwicklungshindernissen bislang keine Fortschritte erzielt:

Bei der Drogenbekämpfung wurde statt der militarisierten Bush-Strategie ein ziviler Ansatz gewählt, der versucht, durch ökonomische Anreize wie Beschäftigungsalternativen, staatlich garantierte Preise etc. Bauern vom Drogenanbau „wegzulocken“ und nicht einfach ihre Opiumplantagen zu vernichten. Freilich hat sich bislang an der afghanischen Dominanz des Weltopiummarktes nichts geändert, Erfolge bei der Drogenbekämpfung lassen auf sich warten.

In Verbindung mit dem Drogenhandel bleibt die Korruptionsanfälligkeit der afghanischen Regierung hoch, wie die Obama-Administration selbst in ihren Evaluationsberichten zur neuen Afghanistan-Strategie zugibt.

Auch die Demokratisierung des Landes stagniert:

Die Wahlen von 2009 (Präsident) und 2010 (Parlament) wurden gefälscht, an der klientelistischen Machtausübung Karzais hat sich nichts geändert.

Die Präsidentschaftswahl 2014 wurde von massiven Fälschungsvorwürfen überschattet und führte zu einer ethnischen Polarisierung zwischen den Anhängern des „Kandidaten der Usbeken, Hazara und Tadschiken“,

Dr. Abdullah und den seines Herausforderers (und Siegers), des Paschtunen Dr. Ghani.

Ebenso wie in Afghanistan gibt es in Pakistan kaum Fortschritte unter Obama:

¹⁶²⁷ Dass die Korruption der Zentralregierung für viele internationale Geber nach wie vor ein Hinderungsgrund dafür ist, mehr Projektmittel über den afghanischen Staatshaushalt abzuwickeln bestätigt mir Dr. M. Ryabkov, ehemaliger Mitarbeiter der OSZE in Kirgistan, bei einem Gespräch am 18. September 2014 in Köln.

Pakistan, seit Barack Obama expliziter Teil der *AfPak* - Gesamtstrategie, wurde durch den Drohnenkrieg destabilisiert und konnte auch durch eine Erhöhung der Entwicklungshilfe nicht zu einem US-Verbündeten gemacht werden. Die pakistanische Regierung warf den USA die Verletzung der pakistanischen Souveränität durch Drohnenangriffe vor und sperrte mehrmals den Hauptnachschiebeweg der NATO; die pakistanische Öffentlichkeit blieb ob der vielen zivilen Drohnen-Opfer genauso antiamerikanisch wie unter Bush.

Ebenso wie die Pakistanis blieb die öffentliche Meinung der Islamischen Welt bei ihrer eindeutig negativen Einschätzung der USA. Hieran änderte sich unter Obama nichts.

Die islamische öffentliche Meinung will offensichtlich keine Änderung des Stils, sondern eine der Politik – den vollständigen Abzug aus Afghanistan, eine Aufgabe der Drohnenangriffe und die Schließung von Guantanamo Bay.

Summa summarum ist die außenpolitische Teilstrategie unter Obama also gescheitert:

Weder Afghanistan noch Pakistan konnten stabilisiert werden, letzterer wurde nicht als zuverlässiger Verbündeter gewonnen, ebenso wenig wie die öffentliche Meinung in der Islamischen Welt, die für Terrorismusbekämpfung eine äußerst wichtige Rolle spielt.

Auch *innenpolitisch* kam Obama „nicht vom Fleck“:

Ebenso wie unter Bush blieb der Afghanistan-Krieg in der Öffentlichkeit „vergessen“, auch wenn seine Erklärung zur „nationalen Priorität“ durch den neuen Präsidenten kurzzeitig zu einer leicht erhöhten medialen Aufmerksamkeit führte. Durch die Marginalität des Krieges in den Massenmedien trägt dieser auch wenig zur öffentlichen Meinung über

Obamas Präsidentschaft bei. Wichtiger ist die schwierige wirtschaftliche Lage, die folglich auch den Präsidentschaftswahlkampf 2012 dominierte.

Dass Obama wiedergewählt wurde, ist nicht Afghanistan und Obamas Anti-Terrorismus-Politik zu verdanken; hätte er verloren, würde es genau so wenig am Afghanistankrieg oder der Terrorismusbekämpfung liegen.

Die Popularität Obamas, genauso wie die Bushs, konnte durch den Afghanistan-Krieg weder gesteigert werden, noch wurde sie substantiell gesenkt.

In einer Hinsicht allerdings war der Afghanistan-Krieg ein eindeutiges „Verlustgeschäft“ für den Präsidenten und die USA als Ganzes: Seine *Kosten* überstiegen bei Weitem den gesamtgesellschaftlichen wirtschaftlichen Nutzen.

Den Kriegsausgaben, inzwischen auf über 1,3 Billionen US-Dollar für Irak und Afghanistan angewachsen (davon 700 Milliarden US-Dollar für Afghanistan, Stand Mai 2014¹⁶²⁸), den Folgekosten bei der medizinischen Veteranenbetreuung, den Verteidigungsausgaben standen unter den erschwerenden Bedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit Rekordhaushaltsdefiziten- und Staatsschulden keine ökonomischen Gewinne für US-Firmen in Afghanistan gegenüber.

Diese konnten sich bei den Mineralienlizenzen nicht gegen zahlungskräftigere und risikofreudige chinesische und indische Unternehmen durchsetzen und beschwerten sich über die grassierende Korruption im afghanischen Minenministerium, das für die Durchführung der Lizenzauktionen zuständig ist.

Auch im Gas- und Ölgeschäft blieben US-Unternehmen außen vor. Das vom amerikanisch-saudischen Energieunternehmen UNOCAL noch unter

¹⁶²⁸ Vgl. M. Ganslmeier, a.a.O., o.S.

der Herrschaft der Taliban lancierte TAPI-Pipelineprojekt wurde nach deren Sturz durch die USA ohne us-amerikanische Beteiligung fortgesetzt. Die von amerikanischen Analysten erhobene Forderung nach einer „neuen Seidenstraße-Strategie“ für Afghanistan, die das Land zum infrastrukturellen Zentrum in Eurasien machen würde, und an der US-amerikanische (Logistik)Unternehmen mitverdienen könnten, bleibt derzeit in Washington ungehört. Diese „Seidenstraßen-Strategie“, daraus machen ihre Proponenten keinen Hehl, würde nichts an dem nach wie vor bestehenden Übergewicht des Militärs in Afghanistan ändern. Vielmehr sei gerade das Militär ob seiner infrastrukturellen Kapazitäten wie Nachschubrouten prädestiniert die Koordination der Strategie zu übernehmen.

Ob unter solchen Bedingungen allerdings die anderen Regionalmächte wie Pakistan, China, Russland und der Iran mitmachen, bleibt fraglich. Schließlich misstrauen diese der US-Militärpräsenz am Hindukusch, die sie als Vorwand für die Befriedigung von amerikanischen geopolitischen Interessen betrachten. Zusammengefasst kann also die ökonomische Teilstrategie der USA in Afghanistan als gescheitert gelten.

Insgesamt bringt eine Übersicht über die Gesamtstrategie der USA unter Obama das Verfehlen der eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele deutlich zum Ausdruck:

Tabelle 5: Evaluation der Gesamtstrategie unter Obama (2009-2012)¹⁶²⁹

Teilstrategie	Erfolg	Scheitern
Militärische	✓	
Außenpolitische		✗
Innenpolitische		✗
Ökonomische		✗

► **Gesamtstrategie gescheitert**

Im Vergleich zur Bush-Periode gab es keine Verbesserung.

Ebenso wie unter Bush ist die militärische Teilstrategie die einzige, die als erfolgreich beschrieben werden kann. Dies allerdings auch nur unter der Bedingung, dass man kurzfristigen Erfolg meint. Mittel- und langfristig könnte sich die Einschätzung der Militärstrategie zum Negativen wenden, wenn – was nicht auszuschließen ist – ein größerer Terroranschlag die Vereinigten Staaten trifft und die Planer oder die Ausführenden aus Pakistan oder Afghanistan kommen, auch wenn sie selbst keine Pakistaner oder Afghanen sind. Auch eine Machtübernahme der Taliban nach 2014 und die Rückkehr der Al-Qaida nach Afghanistan würden die kurzfristig positive Evaluation der Militärstrategie vom Standpunkt ihrer Nachhaltigkeit her in Frage stellen.

Nach dieser nicht zu Optimismus verleitenden Bewertung der Afghanistan-Gesamtstrategien unter Bush und Obama stellt sich die Frage: Was tun?

Wie kann eine politische Lösung des Afghanistan-Konfliktes erreicht werden, wenn eine militärische offensichtlich nicht möglich ist?

¹⁶²⁹ Eigene Ausarbeitung.

Nachfolgend der Versuch einer **Politikempfehlung**.

Unter Obama kam es zu ersten Versuchen einer Verhandlungslösung mit den Taliban. Allerdings waren diese Gespräche bislang informell, vom Abbruch bedroht und die Konfliktparteien konnten sich nicht über ihre Verhandlungsbasis einigen:

Die Taliban verlangen einen Abzug aller ausländischen Streitkräfte binnen 18 Monaten, während die USA und Karzai (und wohl auch der neue Präsident Ghani) von den Aufständischen die Aufgabe des bewaffneten Kampfes, das Bekenntnis zur afghanischen Verfassung und die Distanzierung von Al-Qaida fordern.

Doch wieso sollen die Taliban einlenken, solange sie sich auf der Siegerseite sehen?

Folglich ist auch ihre Verhandlungsbereitschaft gering. Vielmehr gilt es aus ihrer Sicht, den Abzug der ausländischen Streitkräfte im Jahr 2014 abzuwarten, um dann die Schlussoffensive gegen die Zentralregierung in Kabul führen zu können.

Da eine Änderung der militärischen Lage unrealistisch erscheint und die Taliban damit nicht an den Verhandlungstisch „gebombt“ werden können, erscheint ein mehrstufiges Vorgehen notwendig, dass bei der Zentralregierung in Kabul selbst ansetzt und bei den nächsten Stufen alle relevanten regionalen Spieler mitsamt ihrer Interessen berücksichtigt.¹⁶³⁰

¹⁶³⁰ Der vom Verfasser entworfene Friedensplan enthält Elemente aus verschiedenen Studien zur Problematik, die vom Verfasser zu einer eigenen Synthese zusammengefügt wurden. Die Werke sind: Vgl. *M. Daxner*, a.a.O., S. 27-28; Vgl. *B. R. Rubin*: *Afghanistan from the Cold War through the War on Terror*. Oxford u.a. 2013. S. 431-433. Rubin ist ein hochrangiger US-Afghanistan-Experte, Berater des UN-Sondergesandten für Afghanistan, L. Brahimi, und der Obama-Administration; Vgl. *B. Abdolvand*; *N. F. Shandi*: *Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen*, a.a.O., S. 23.

- (1) Zunächst gilt es, eine neue repräsentative Regierung in Kabul zu bilden, wobei die Posten in ihr nach libanesischem oder bosnischem Vorbild gemäß der ethno-religiösen Zugehörigkeit vergeben werden sollen. Jede Ethnie sollte gemäß ihrem Gewicht an der Gesamtbevölkerung in Afghanistan an der Regierung beteiligt werden. Auch Tadschiken, Usbeken und Vertreter der anderen ethnischen Minderheiten sollten wichtige Regierungsposten erhalten. Die Regierung der „nationalen Einheit“, die unter Vermittlung des us-amerikanischen Außenministers J. Kerry nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2014 zu Stande kam, ist dazu ein guter Anfang (mit Ghani als Präsident und Abdullah als Premierminister);
- (2) Danach muss der Grundsatz der ethnischen Repräsentativität der Regierung in der afghanischen Verfassung festgeschrieben und durch eine Große Ratsversammlung (Loya Jirga) bestätigt werden;
- (3) Jeder durch den Präsidenten ernannte Gouverneur muss der Mehrheitsethnie in seinem Gebiet angehören. So wird das Prinzip der ethnischen Repräsentativität auf die lokale Ebene übertragen. Insgesamt muss eine Dezentralisierung erfolgen, die der traditionell heterogenen afghanischen Gesellschaft besser gerecht wird;
- (4) Durch die ersten drei Schritte wird eine Regierung installiert, die alle afghanischen Staatsbürger aller Ethnien repräsentiert. Diese repräsentative Regierung kann das Land einen. Gleichzeitig senkt sie die pakistanische Furcht vor einem paschtunischen,

gegen Pakistans Integrität als Staat gerichteten Nationalismus in Afghanistan;

(5) Die neue, vollständig legitimierte Regierung bittet um Friedensverhandlungen unter Schirmherrschaft der UN und der Beteiligung aller regionalen Mächte: Pakistan, Indien, Iran, Russland und China und der USA als wichtigster externer Macht;

(6) Im Zuge der Verhandlungen zwischen den regionalen Mächten, den USA, und der neuen Regierung in Kabul werden folgende Punkte festgeschrieben:

Afghanistan erkennt die Durand-Linie an und nimmt damit Pakistan seine Furcht vor einem „Paschtunistan“, das alle von Paschtunen bewohnten Gebiete in Afghanistan und Pakistan (FATA) vereinen würde;

Die USA verpflichten sich auf einen *vollständigen* Abzug aus Afghanistan im Jahr 2014 und nehmen damit den Regionalmächten Russland, China und Iran die Furcht vor einer geopolitisch motivierten, aus ihrer Perspektive gegen sie gerichteten, militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten am Hindukusch.¹⁶³¹ Außerdem verpflichten sich die USA zu einer Einstellung der Drohnenangriffe in Pakistan, was die pakistanische zivile Regierung stärkt, Pakistan stabilisiert, zu einer Verminderung der extremistischen Gewalt führt und damit wiederum zur Stabilität in Afghanistan beiträgt;

¹⁶³¹ M. Daxner macht darauf aufmerksam, dass eine Aufgabe der umstrittenen Spezialoperationen der USA auch zu einer Erhöhung der Legitimität der afghanischen Regierung führen würde, da diese dann von den Taliban nicht mehr als ein „Handlager der USA“, nicht autonom und dem Westen „ausgeliefert“ denunziert werden könnte. Vgl. M. Daxner, a.a.O., S. 28.

Pakistan, Indien, Iran, Russland, China und USA erkennen die neue afghanische Regierung an, unterlassen alle Bestrebungen, die gegen die Souveränität und Integrität Afghanistans gerichtet sind und verpflichten sich zur langjährigen zivilen Unterstützung der neuen afghanischen Regierung (Entwicklungshilfe), hierbei kann und sollte auch die übrige internationale Gemeinschaft einschließlich der EU ihren Beitrag leisten

Die Taliban fehlen in diesem Stufenmodell, stehen aber in seinem Mittelpunkt:

Durch die Befriedigung von pakistanischen Interessen wird die pakistanische Unterstützung für die Taliban ausgetrocknet; durch die Befriedigung der Interessen der Regionalmächte China, Iran und Russland wird auch deren „Versuchung“ geringer, die Taliban eines Tages zu unterstützen (bzw. im iranischen Falle, es schon jetzt zu tun).¹⁶³²

Durch den Abzug aller ausländischen und US-Streitkräfte wird die Legitimität des Widerstandes der Taliban ebenso verringert, wie durch die breite internationale Unterstützung für die neue Regierung. Da Pakistan durch den Abzug und das Ende des Drohnenkrieges stabilisiert wird, schwindet auch die Unterstützung durch andere Extremisten wie die

¹⁶³² B. Abdolvand und N. F. Shandi machen darauf aufmerksam, dass diese Versuchung sogar im Falle des traditionellen Nordallianz-Verbündeten *Russland* besteht und dass Russland (wie *China*) schon Waffen an die Taliban geliefert haben könnte. Vgl. B. Abdolvand; N. F. Shandi: Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen, a.a.O., S. 22-23.

Für *Indien* dagegen kommt selbst die Erwägung einer Taliban-Unterstützung nicht in Frage. Als Gegengewicht zu den pakistanisch-geförderten Taliban hat es stets die Nordallianz unterstützt und steht bis heute hinter der Zentralregierung in Kabul. Außerdem gilt Indien als Verbündeter der USA. Im Falle Indiens ist also auch in Zukunft nicht mit Hilfe für die Taliban zu rechnen. Gleichfalls wird auch sein Interesse bei einer Verhandlungslösung berücksichtigt: Pakistan gibt seine Unterstützung für die Taliban auf, das verbündete Afghanistan wird stabilisiert, indische Investitionen in Mineralien und Energieträger werden sicherer.

pakistanischen Taliban in Pakistan und die Möglichkeiten des Rückzugs und der Regeneration in den Stammesgebieten verringern sich.

Außerdem trägt die neue repräsentative Regierung in Kabul und auf der lokalen Ebene weiter zu einer Delegitimierung des bewaffneten Widerstandes bei.

Der beschriebene mehrstufige diplomatische Weg führt also zur Stabilisierung Afghanistans und Pakistans und befriedigt die Interessen aller regionalen Mächte, aber auch der USA, die durch die Schwächung der Taliban, Al-Qaidas und der islamistischen Extremisten in Afghanistan und Pakistan an Sicherheit gewinnen und durch ihren Abzug aus Afghanistan und der Aufgabe des Drohnenkrieges in Pakistan mit einem Imagegewinn in der Islamischen Welt – und folglich der Verringerung der Anzahl von Terrorrekruten – rechnen können.

Zwar ist der Weg schwierig – man denke nur an die Schwierigkeit, Pakistan und Indien als „Erzfeinde“ an einen Tisch zu bringen¹⁶³³ – doch er ist möglich und auf jeden Fall der aktuellen Situation und ihrer möglichen künftigen Entwicklung in Afghanistan vorzuziehen.

Was letztere angeht, so ist sie von Ungewissheit und Furcht gekennzeichnet:

Anfang 2012 erschien in der Kabuler Tageszeitung *Outlook* eine pessimistische *Zukunftsprognose*, die im März 2012 von der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti zusammengefasst in übersetzter Form veröffentlicht wurde.¹⁶³⁴

¹⁶³³ Hier müssten die USA und die internationale Gemeinschaft wohl parallel zu den Friedensverhandlungen (oder vor ihnen) versuchen, den Kaschmir-Konflikt politisch zu lösen, indem Indien und Pakistan die jetzigen provisorischen Grenzen völkerrechtlich verbindlich anerkennen und auf Gewaltlösung des Konflikts verzichten.

¹⁶³⁴ Vgl. *Ekonomika Afganistana ždet krach posle vyvoda inostrannykh vojsk* – SMI. RIA Novosti. 01.03.2012. o.S. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20120301/583152845.html>; zuletzt geprüft am 05.08.2012.

Demnach wird von afghanischer Seite befürchtet, dass nach dem Abzug der internationalen Kräfte 2014 auch die Entwicklungshilfe versiegt, die heute bis zu 90 % Prozent der operativen Ausgaben Afghanistans ausmacht. Schon heute, schreibt *Outlook*, leben 40 % Prozent der Afghanen unter der Armutsgrenze.¹⁶³⁵

Wie soll man unter diesen Bedingungen einen quantitativen (und qualitativen) Ausbau der afghanischen Sicherheitskräfte schaffen, die nach Obamas „Exit-Strategie“ die Sicherheitsverantwortung im Land übernehmen sollen?

Für ihre Erhöhung bis 2013 oder 2014 auf 350.000 Mann braucht es eine Verdoppelung der Finanzierung. Eine gleichzeitige effektive Armutsbekämpfung und der Ausbau der Sicherheitskräfte scheinen unmöglich.¹⁶³⁶

Auch die rhetorisch vielbeschworenen Ressourcen werden Afghanistan nicht helfen, schreibt *Outlook*. Die grassierende Korruption würde verhindern, dass diese der afghanischen Ökonomie zu Gute kommen.¹⁶³⁷

Outlook schließt mit einer nostalgisch anmutenden Schlussfolgerung:

„Mit dem Zeitverlauf wird sich die wirtschaftliche Lage der Afghanen, ebenso wie die Sicherheitslage, verschlechtern. Wenn wir all das nutzen könnten, was wir in den letzten zehn Jahren zur Verfügung hatten – für die Festigung der nationalen Infrastruktur, der Ökonomie – dann würden wir heute geschützt sein vor den Herausforderungen, die uns erwarten.

¹⁶³⁵ Vgl. *Ėkonomiku Afganistana ŗdet krach posle vyvoda inostrannyh vojsk* – SMI, a.a.O., o.S.

¹⁶³⁶ Vgl. Ebd.

¹⁶³⁷ Vgl. Ebd.

Die uneffektive Regierung hat diese Möglichkeit verspielt, und die Chance wird nie wieder kommen.¹⁶³⁸

Westliche Kommentatoren und selbst Behörden wie die us-amerikanische SIGAR schlagen ebenfalls einen begründet pessimistischen Ton an und warnen davor, Afghanistan (wieder!) zu vergessen, so wie es schon nach 1989 geschah.¹⁶³⁹ Menschen- und Frauenrechte würden wegen des Bestrebens eines möglichst schnellen Abzugs ignoriert.¹⁶⁴⁰ Der (innenpolitisch motivierte) Wunsch der westlichen Regierungen, Afghanistan möglichst schnell zu verlassen, führt demnach zu dem Verhandlungsangebot an die Taliban, ohne von dieser radikal-islamischen Bewegung die Einhaltung von grundlegenden Menschenrechten einzufordern.¹⁶⁴¹ In dieser Arbeit wurde bereits beschrieben, wie die USA ihre „Verhandlungsbedingungen“ wie die Einhaltung der afghanischen Verfassung 2011 zu „Zielen“ herunterschraubten.

Vor diesem Hintergrund haben die Afghanen, die mit dem Westen kooperiert haben oder ihm positiv gegenüberstanden, Angst um ihre Zukunft in einem „talibanisierten Afghanistan“. Was sollen sie machen? Die Seiten wechseln (was heute bei den afghanischen Sicherheitskräften geschieht)? In den Westen fliehen? Für letzteres würde im Übrigen eine

¹⁶³⁸ Eigene Übersetzung. *Outlook*, zitiert nach: Vgl. *Ěkonomiku Afganistana Źdet krach posle vyvoda inostrannykh vojsk*, a.a.O., o.S.

¹⁶³⁹ Vgl. SIGAR, a.a.O.; Vgl. M. Daxner, a.a.O., S. 27.

¹⁶⁴⁰ Vgl. zur Gefährdung der Frauenrechte nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte 2014:

Vgl. B. Matta: Many Afghan women fear a decline into darker days. In: USA TODAY, 17.07.2012, S. 4A.;

Vgl. **auch** I. Zöttl: Frauen und Kinder zuletzt. In: Financial Times Deutschland (FTD), 12.07.2012, S. 24.

¹⁶⁴¹ Vgl. I. Zöttl, a.a.O., S. 24.

erleichterte Visavergabe nötig sein, die es bis heute weder in den USA, noch in Deutschland gibt.¹⁶⁴²

Vor dem Hintergrund solch negativer Zukunftsaussichten sollten alle diplomatischen Hebel daran gesetzt werden den oben vorgeschlagenen Friedensplan zu verwirklichen, um so zu einem stabilen, *aber auch* grundlegende Menschenrechtsstandards einhaltenden Afghanistan beizutragen.

Nach dem empirischen Teil mit der Evaluation der Gesamtstrategien und der Politikempfehlung in Form eines Friedensplans für Afghanistan wird im Folgenden die theoretische Seite der Arbeit beleuchtet.

Zunächst zur **Beantwortung der Forschungsfrage und der Überprüfung der Hypothesen.**

Die Forschungsfrage ist:

Warum gelang es den USA im Afghanistan-Krieg (2001-2012) nicht ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele zu erreichen?

Die Hypothesen hierzu wurden im theoretischen Teil der Arbeit geschildert und lauten:

- (1) Je weniger zentralisiert das demokratische politische Regime ist, desto niedriger ist die Strategiefähigkeit der Exekutive*
- (2) Je niedriger die Strategiefähigkeit der Exekutive, desto wahrscheinlicher ist es, dass der demokratische Staat in einem Guerillakrieg seine politisch-militärisch-ökonomischen Ziele nicht erreicht*

Beide Hypothesen konnten in dieser Arbeit bestätigt werden.

¹⁶⁴² Vgl. I. Zöttl, a.a.O., S. 24.

Für die Bush-Periode lässt sich ein geringer intrainstitutioneller Zentralisierungsgrad feststellen:

Verschiedene außen- und sicherheitspolitische Organe stritten mit ihren unterschiedlichen Konzeptionen einer Gesamtstrategie um Einfluss auf die Formulierung und Implementierung einer Gesamtstrategie für Afghanistan: Die Befürworter einer Anti-Terrorismus-Strategie, die vom Verteidigungsministerium unter Rumsfeld, dem Vize-Präsidenten Cheney, aber auch der NSA Rice vertreten wurde versus die Proponenten einer Staatsaufbaubastrategie, die vom Außenministerium unter Powell, der USAID, aber auch in der militarisierten COIN-Variante von Militärs getragen wurde. Präsident Bush schwankte zwischen beiden Lagern.

Durch einen geringen intrainstitutionellen Zentralisierungsgrad war auch die Strategiefähigkeit gering – es kam innerhalb der Exekutive zu keinem Konsens über eine kohärente Gesamtstrategie. Eine solche konnte nicht formuliert werden. Sowohl in Washington, als auch vor Ort in Afghanistan kam es deshalb zu gravierenden Koordinierungsschwierigkeiten und Streitigkeiten um die Kompetenzverteilung (zum Beispiel für den Wiederaufbau).

Durch die niedrige Strategiefähigkeit, die im Fehlen einer kohärenten Gesamtstrategie resultierte, wiederum wurden (wie in den Kapiteln zu den einzelnen Teilstrategien deutlich wird) die politisch-militärisch-ökonomischen Ziele der USA in Afghanistan nicht erreicht (Misserfolg).

Für die Obama-Periode lässt sich sowohl ein geringer intrainstitutioneller, als auch ein geringer interinstitutioneller Zentralisierungsgrad feststellen:

Wie unter Bush gab es auch in der Obama-Administration eine gespaltene Exekutive: Eine Koalition um den Vizepräsidenten Biden und die Berater Obamas „kämpfte“ für eine Anti-Terrorismus-Strategie (der auch Obama selbst zuneigte), während die Militärs um McChrystal und Petraeus eine Strategie des militarisierten Staatsaufbaus (was COIN praktisch bedeutet) verfolgten.

Hinzu kam (im Vergleich mit der Bush-Periode) unter Obama ein geringer interinstitutioneller Zentralisierungsgrad, der sich mit dem vom Verfasser entwickelten Modell analysieren lässt (siehe 2.3.2): Vor dem Hintergrund eines durch den Krieg in Afghanistan mit seinen Gefallenen und Kriegskosten und die Wirtschaftskrise zu Hause in der allgemeinen Öffentlichkeit (Wahlbevölkerung) zunehmend unpopulär werdenden Präsidenten wurde der Kongress selbstbewusster und trieb die Obama-Administration in eine strategische Zwickmühle: Sowohl die Republikaner, als auch die eigene Partei (Demokraten) mussten die Afghanistan-Strategie mittragen, damit sie erfolgreich implementiert werden konnte. Während erstere sich jedoch für einen längeren Verbleib in Afghanistan mit Truppenaufstockungen aussprachen, wurden die letzteren nicht zuletzt von ihrer Wählerschaft dazu getrieben, einen schnelleren (wenn nicht gar sofortigen) Abzug einzuleiten. Mit seiner Strategie der Truppenaufstockung (surge) und der Ausweitung der Entwicklungshilfe in Afghanistan (civilian surge), verbunden mit einer klaren Abzugsperspektive (der Abzug ist bereits eingeleitet worden), setzte sich Obama zwischen alle Stühle.

Durch die geschilderten innenpolitischen Restriktionen (geringer interinstitutioneller Zentralisierungsgrad) und die Spaltung innerhalb der Exekutive (geringer intrainstitutioneller Zentralisierungsgrad)

wurde die Strategiefähigkeit der Exekutive geschwächt –

*eine kohärente Gesamtstrategie, die durch Staatsaufbau die Grundlagen für eine strukturelle und nachhaltige Minimierung der aus Afghanistan (und Pakistan) ausgehenden terroristischen Gefahr für die USA legt, konnte auf Grund des fehlenden Konsenses innerhalb der Exekutive und zwischen der Legislative und der Regierung nicht formuliert werden.*¹⁶⁴³

Unter diesen Bedingungen konnten die USA ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele in Afghanistan auch unter Obama nicht erreichen (Misserfolg).

Was kann man allgemein aus diesen Untersuchungsergebnissen lernen?

Demokratien erreichen in Guerillakriegen ihre politisch-militärisch-ökonomischen Ziele nicht, weil ihr Zentralisierungsgrad und folglich ihre Strategiefähigkeit niedrig sind.

Gleichfalls sind Demokratien autoritären Systemen im normativen Sinne vorzuziehen. Es kann also nur darum gehen, *innerhalb* der demokratischen Grundordnung für eine **Verbesserung der Strategiefähigkeit** zu sorgen.

Eine solche Erhöhung der Planungsfähigkeit besonders im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist auf Grund der komplexen, nicht „von heute auf Morgen“ zu lösenden Herausforderungen wie der

¹⁶⁴³ Dass es an einer kohärenten Staatsaufbau-Strategie fehlt, führt auch M. Kipping vom Afghanistan Analysts Network in Kabul aus, der den sowjetischen *State building* Ansatz während der Intervention in Afghanistan mit dem der USA vergleicht (und zum Schluss kommt, dass der sowjetische besser abschneidet). Vgl. M. Kipping: Two Interventions. Comparing Soviet and US-led state-building in Afghanistan. AAN Thematic Report 01/2010. April 2010. Online verfügbar unter: http://afghanistan-analysts.net/uploads/AAN_Two_Interventions.pdf; zuletzt geprüft am 05.10.2014.

Non-Proliferation von (atomaren, biologischen, chemischen) Massenvernichtungswaffen, des internationalen Terrorismus oder des Aufstiegs der autoritären Großmacht China zur Weltmacht dringend geboten.¹⁶⁴⁴

Da eine Änderung des Zentralisierungsgrads des politischen Regimes zwar eine Lösung des Problems darstellen würde, jedoch normativ problematisch, langwierig, komplex und schwer durchsetzbar ist – immerhin müssten verfassungsmäßige Grundlagen geändert werden, ebenso wie die politische Kultur des Landes, die sich nicht technokratisch „von oben ändern“ lässt – wird hier am Beispiel der USA eine politisch gangbare Lösung vorgeschlagen, die sich innerhalb von relativ kurzen Zeiträumen umsetzen lässt:¹⁶⁴⁵

(1) Der Strategieprozess soll direkt beim Regierungschef (Präsidenten) verankert werden.

Im Falle der USA bedeutet es, dass der NSC, der Nationale Sicherheits Rat, vom Executive Office *beim* Weißen Haus ins Weiße Haus *selbst* „geholt wird“. So wird die Führungsrolle des Präsidenten und seines Nationalen Sicherheitsberaters gestärkt; demgegenüber treten ministerielle Partikularinteressen (wie die des Verteidigungsministeriums) zurück.

¹⁶⁴⁴ Man braucht Strategie auch für schwierige innenpolitische Probleme wie den Demographischen Wandel oder die Integration von Zuwanderern, für die Energiewende oder die Elektromobilität.

¹⁶⁴⁵ Bei den Vorschlägen 1-4 lehne ich mich an B. Giegerich und A. Jonas vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) in Strausberg an. Vgl. B. Giegerich; A. Jonas: Auf der Suche nach best practice? Die Entstehung nationaler Sicherheitsstrategien im internationalen Vergleich. In: Sicherheit und Frieden (Security and Peace), Jg. 30, H. 3. 2012. S. 129-134; hier: S. 134. Freilich verstehen Giegerich und Jonas unter einer Gesamtstrategie (*grand strategy*) die Nationale Sicherheits Strategie eines Landes (z.B. die amerikanische NSS), argumentieren also auf einer abstrakten Ebene, während es in dieser Arbeit um die konkrete Afghanistan-Gesamtstrategie geht.

- Es wird also eine straffere Führung institutionalisiert, die die *Leitung* des Strategiefindungsprozesses ermöglicht und nicht bloß seine Koordination;
- (2) Beim Präsidenten sollte auch eine ständige Kommission mit Experten aus dem Bereich der Friedens/Konfliktforschung eingerichtet werden, die mit ihren Vorschlägen den Strategiefindungsprozess im NSC begleitet;
 - (3) Beim Regierungschef ist darüber hinaus ein Implementierungsbüro einzurichten, das über die Umsetzung der im NSC unter Mitwirkung der Experten entstandenen Gesamtstrategie wacht, die einzelnen Teilstrategien auf einander abstimmt und diese, wie die Gesamtstrategie als Ganzes, evaluiert;
 - (4) Die entstandene Gesamtstrategie sollte als ein Rahmendokument betrachtet werden, das der Anpassung bedarf und daher flexibel sein soll (die Strategie „ist nicht ins Stein gemeißelt“);
 - (5) Alle Elemente der nationalen Macht – Ökonomie, Kultur, Militär – sollten in der Gesamtstrategie gleichberechtigt und aufeinander abgestimmt „zum Einsatz kommen“

Eine Militarisierung der Gesamtstrategie ist zu vermeiden; auch im Kriege hört die Politik nicht auf, was bereits Clausewitz wusste.

Neben diesen *organisatorisch-institutionellen* Empfehlungen schlage ich in *informationell-psychologischer* Hinsicht einen Elitendiskurs vor, der die allgemeine öffentliche Meinung von der Notwendigkeit und Unerlässlichkeit eines „langen Atems“ (nicht nur in Guerillakriegen) überzeugt. Dieses Desideratum wird innerhalb der *strategic community*, der Experten, die sich mit Fragen der Strategie (besonders im Hinblick auf die Sicherheitspolitik) beschäftigen, als wichtig und dringend anerkannt.¹⁶⁴⁶

¹⁶⁴⁶ Der Verfasser hat neben dem Studium der Fachliteratur auch die Jahresversammlung der DGAP 2011 miterlebt, wo die Notwendigkeit einer besseren

Die erörterten Vorschläge sind für alle Demokratien empfehlenswert – auch für Deutschland – und können, ohne große politische Schwierigkeiten, von den Regierungen umgesetzt werden.

Ohnehin ist die politische Welt nicht „schwarz oder weiß“:

Der Autor ist mit R. Aron der Ansicht, dass demokratische Systeme hinsichtlich ihrer Strategiefähigkeit durchaus auch einen *inhärenten* Vorteil haben: Sie sind flexibler als autoritäre Systeme, die oftmals „um jeden Preis“ an einer fehlerhaften Strategie festhalten¹⁶⁴⁷ – wie die Sowjetunion in Afghanistan vor Gorbatschow. Dies ist das Ergebnis von exzessiver Zentralisierung ohne demokratische Kontrolle. Gewaltenteilung, Wahlen und die Freiheit der Meinungsäußerung sind insofern nicht nur *normativ* wünschenswert – sie sind auch als Korrektiv einer verfehlten Strategie *effektiv*.

So können Demokratien zwar schlecht über einen längeren Zeitraum an einer Strategie festhalten – de Tocqueville hat zweifellos Recht – doch sie können eine *schlechte* Strategie umso leichter auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgen. Demokratie lebt von Alternativen – dies gilt auch für den Bereich der Strategie.

Mit dieser abwägend-optimistischen Note möchte ich schließen. Noch ist nichts verloren.

Kommunikation der deutschen Afghanistan-Strategie vor dem Hintergrund der Unbeliebtheit des Afghanistankrieges in der deutschen Öffentlichkeit oft geäußert wurde.

¹⁶⁴⁷ Vgl. R. Aron: FRIEDEN UND KRIEG, a.a.O., S. 332-333.

ANHANG

Kurzfassung der Dissertationsergebnisse (Abstract)

Warum erreichen Demokratien in Guerillakriegen ihre eigenen politisch-militärisch-ökonomischen Ziele nicht?

Dieser politisch wie wissenschaftlich relevanten Frage widmet sich die vorliegende Dissertation, indem sie den Afghanistankrieg der USA untersucht.

Hierbei wird die Niederlage von Demokratien in Guerillakriegen, worunter das Nichterreichen der o.g. Ziele verstanden wird, durch ihren niedrigen Zentralisierungsgrad und, in Folge dessen, mangelnde Strategiefähigkeit erklärt.

Praktisch erfolgt die Analyse durch einen Vergleich der Bush- (2001-2008) mit der Obamaperiode (2009-2012).

Dabei wird in beiden Fällen zuerst vor dem Hintergrund der Stellung des Präsidenten der USA im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess der intrainstitutionelle und interinstitutionelle Zentralisierungsgrad des politischen Regimes untersucht. Beim intrainstitutionellen Zentralisierungsgrad wird der Fokus auf eine Analyse der um Einfluss auf die Formulierung und Implementation einer Gesamtstrategie für Afghanistan konkurrierenden außen- und sicherheitspolitischen Organe gelegt. Der interinstitutionelle Zentralisierungsgrad wird anhand eines vom Verfasser entworfenen Modells analysiert. Hier geht es um den Einfluss der Exekutive mit dem Präsidenten im Zentrum versus den Einfluss der Legislative (des Kongresses) auf die Formulierung und Implementation einer Gesamtstrategie für Afghanistan.

Bei der Analyse der Gesamtstrategie sowohl unter Bush, wie unter Obama kommt heraus, dass die Konkurrenz zwischen verschiedenen Organen innerhalb der Exekutive mit ihren unterschiedlichen Strategiekonzeptionen die Formulierung und Anwendung einer kohärenten Gesamtstrategie verhindert hat. In der Obama-Periode kommt noch ein unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise, der steigenden Gefallenenzahlen und der wachsenden Kriegskosten zunehmend selbstbewusster werdender Kongress dazu, der dem unpopulärer werdenden Präsidenten innenpolitische Restriktionen bei der Strategieformulierung und Implementierung auferlegt.

Das Fehlen einer kohärenten Gesamtstrategie unter Bush wie unter Obama schlägt sich in jeder einzelnen der vier Teilstrategien (militärisch, außenpolitisch, innenpolitisch und ökonomisch) nieder: die Ziele der USA in Afghanistan können nicht erreicht werden, weil der geringe Zentralisierungsgrad die Formulierung und Umsetzung einer kohärenten Gesamtstrategie für Afghanistan verhindert. Der vorgeschlagene Erklärungsmechanismus konnte also bestätigt werden.

Im Schlussteil werden neben den Ergebnissen der Arbeit und einer politischen Lösungsmöglichkeit für den Afghanistankonflikt Politikempfehlungen für eine Steigerung der Strategiefähigkeit von Demokratien abgegeben. Die Institutionalisierung von Planungskapazitäten und eine informationell-psychologische Vorbereitung der allgemeinen Öffentlichkeit auf die langwierigen Guerillakriege der Gegenwart und Zukunft ist eine Zukunftsaufgabe, der vor dem Hintergrund komplexer innen- wie außenpolitischer Bedrohungen seitens der Politik und Wissenschaft verstärkte Aufmerksamkeit zukommen sollte.

A Short Summary of Main Findings (abstract) of the PhD-Thesis

Why democracies are not successful in guerilla wars, why they don't reach their own political, military and economical goals against non-state actors, who have only modest political, military and economic resources? The study gives an answer to this both politically and scientifically significant question by analyzing the American Afghanistan War.

The research-leading hypothesis is that the failure of democracies in guerilla wars – their incapacity to reach their goals – can be explained by a low degree of centralization and a resulting loss in strategic capability.

In practical terms, the thesis is a comparative case study comparing the Bush (2001-2008) with the Obama administration (2009-2012).

Hereby, the centralization of the political regime is analyzed through a close look at intra-governmental coordination concerning a grand (comprehensive) Afghanistan strategy, the decision-making process concerning this strategy and the interrelationship between the President and the Congress, which helps shape the strategy and its implementation.

After the examination of the grand strategy, a detailed analysis of strategic capability is taken through the study of its inherent parts: the actual military, political and economical plans in the Afghanistan War.

The PhD thesis concludes by stating that the main hypothesis could be proved: In fact, the United States failed in Afghanistan because of their low centralization (e.g. struggles on the „right” strategy and resources between different authorities within the executive or between President and Congress) and resulting problems with the formulation and implementation of a coherent Afghanistan strategy.

As this project aims at a general explanation and solution of the strategic-capability-problem of democracies, the author derives practical suggestions how the planning process resulting in grand strategies could be improved (after outlining a possible peace plan for Afghanistan). In today's world democracies face numerous strategic challenges and should focus on strengthening their strategic capability.

The American Strategy in the Afghanistan War:

A Questionnaire

Anbei ein vom Verfasser erstellter Fragebogen mit acht Fragen zur us-amerikanischen Gesamtstrategie im Afghanistankrieg.

Ein assoziierter Wissenschaftlicher Mitarbeiter der DGAP e.V. (Berlin), langjähriger Leiter der Forschungsabteilung im britischen Verteidigungsministerium, hat sich die Zeit genommen ihn auszufüllen und elektronisch an den Autoren dieser Arbeit zurück zu schicken.

Der Verfasser hat ihm Anonymität zugesichert, daher wird sein Name nicht veröffentlicht.

An dieser Stelle sei ihm gedankt.

Die Antworten werden unverändert in Anführungszeichen und *kursivem Text* wiedergegeben.

Eine durch den Autoren vorgenommene deutsche Übersetzung des Fragebogens und der Antworten (im Original: Englisch) ist angefügt.

1. Do you think there has been a comprehensive* US-Strategy in the Afghanistan War so far (until today)? What is it like? Has it changed between the Bush and the Obama administrations or even during the administrations themselves?

* „Comprehensive strategy“ means a plan of the government which would integrate political, military and maybe even economical and cultural means to achieve clearly set political goals

„Yes. Huge economic resources have been devoted to economic and social development as well as direct military purposes. Recently, the tilt in US strategy has moved from COIN (which is comprehensive in character) to counter-terror (directly military against insurgents). There are clear domestic (US) political reasons for this change of emphasis by the Obama administration.”

2. In general: How would you evaluate the coordination concerning the Afghanistan War between the State Department and the Department of Defense (DoD) so far?

„Unable to comment.”

3. Is there a consensus between the political elites (Obama, the Democrats on the one and the opposition consisting of Republicans on the other side)* on the political aims of the Afghan War and the military or other means with which to achieve them?

* Or maybe even between Obama on the one and other influential politicians from the Democrats (congressmen and senators) on the other side

„Generally, the Obama administration and the Democrats wish to disown the Afghan campaign (despite earlier claims that Afghan was the ‘good’ war and Iraq the ‘bad’ war) and enter the November 2012 elections on a platform including definite withdrawal. The short-sighted emphasis on counter-terror is to allow some tenuous claim to victory when withdrawal occurs in 2014. The Republican elites would support continuing the COIN strategy for as long as it takes (the Afghan war is actually rather cheap and

is not the cause of US economic budget woes – the huge social entitlement spending is the cause) but this is a difficult argument during election season.”

4. If there is a consensus between the political elites: What is it consisting from? Which are the political aims of the Afghan War and which the military (and possible other) means to achieve them?

„Elite views on the Afghan war are largely split along party lines. The means to achieve are to be found in the Petraeus/Kilcullen COIN strategy adapted to Afghanistan conditions. COIN is today’s war of attrition (‘guerre d’usure’). The Clausewitzian center of gravity in such warfare is the morale of the civilian population, not least back in the homeland of the intervening power. Democracies prefer short, sharp wars with clear, cut victory – hence issues of ‘staying – power’ in Iraq and Afghanistan, despite the economic and casualty costs being relatively low.”

5. Is the public supporting Obama and his Afghanistan Strategy, e.g. the new COIN-approach?

„Disentangling opinion on a faraway, persistent, long low-level conflict from the big economic and social issues of the moment is very difficult when it comes to measuring accurately public support. If Obama loses in November, his Afghan strategy could be a contributory factor in so far as it reinforces a view that his administration has never developed a consistent approach to Afghanistan.”

6. How would you say did the public support develop over the whole time of the Afghan War? Did it shrink, has it remained constant or has it even risen?

„Clearly very high in the early phase after 9/11; but thereafter I cannot comment on the ups and downs.“

7. How has the COIN-approach been implemented so far (under Bush and then Obama)? Have there been enough US-military means (e.g. troops) or other resources to achieve the political aims set (e.g. destroying Al-Qaida bases and throwing the Taliban out of the government, safeguarding the Karzai administration)?

Have these resources been used efficiently and effectively?

„Difficult to judge until the whole campaign is over. However, so far, at relatively low cost, the Taliban have been denied government and AQ [Al-Qaida, Anmerkung des Verfassers] has deeply depleted and denied sanctuary to repeat any outrages on the scale of 9/11. So, success?

There could be an argument that far greater resources would have brought an end to US (and Coalition) involvement before now, but there is a fine ‘judgment-call’ to be made: if the foreign ‘footprint’ is too heavy, and non-Afghans are doing most of the security, economic, social stuff, it takes the locals a lot longer to learn to do it for themselves.

So, greater resources from outside actually delays local self-reliance, and creates a long-term, multi-lateral ‘colonial’ condition.“

8. Was the strategy (or the strategies) implemented so far flexible enough? Have the military or other means and resources used been adapted to the changing security situation in Afghanistan or the political situation at home (USA)?

„The strategies have been adapted to changing conditions in the field and in US politics – and continue to be so. How well remains to be seen.“

Die US-amerikanische Strategie im Afghanistankrieg:

Ein Fragebogen

1. Denken Sie, dass es eine us-amerikanische Gesamt-Strategie* im Afghanistankrieg gegeben hat bzw. gibt? Wie sieht diese aus? Hat sie sich zwischen der Bush-Administration und Obama verändert (oder sogar innerhalb der Amtsperioden von Bush bzw. Obama selbst)?

* Mit Gesamt-Strategie ist ein Plan der Regierung gemeint, der politische, militärische und eventuell auch ökonomische und kulturelle Ressourcen (Mittel) integriert, um klar formulierte politische Ziele zu erreichen

„Ja. Riesige ökonomische Ressourcen wurden sowohl für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, als auch für direkte militärische Zwecke ausgegeben. Vor kurzem hat sich der Schwerpunkt der U.S.-Strategie von COIN (welches in seinem Charakter umfassend ist) zu Terrorismusbekämpfung (direkt militärisch gegen Aufständische) bewegt. Es gibt klare innenpolitische Gründe in den USA für diese Schwerpunktverlagerung durch die Obama-Administration.“

2. Allgemein: Wie würden Sie die Koordination zwischen dem Außenministerium (State Department) und dem Verteidigungsministerium (Department of Defense) im Hinblick auf den Afghanistankrieg bewerten?

„Ich kann es nicht kommentieren.“

3. Gibt es einen Konsens zwischen den politischen Eliten* über die politischen Ziele im Afghanistankrieg und die militärischen oder anderen Mittel, um diese Ziele zu erreichen?

*Obama und die Demokraten auf der einen und die republikanische Opposition im Repräsentantenhaus auf der anderen Seite

„Im Allgemeinen wünscht die Obama-Administration und die Demokraten die Afghanistan-Kampagne loszuwerden (trotz der früheren Behauptungen, dass der Krieg in Afghanistan ‘gut’ und der im Irak ‘schlecht’ sei) und die Wahlen im November 2012 mit einer Plattform anzugehen, die einen garantierten Abzug enthält. Die kurzsichtige Betonung der Terrorismusbekämpfung dient dazu, die (schwer fallende) Rede vom Sieg zu erlauben, wenn der Abzug 2014 stattfindet. Die Eliten der Republikaner würden die Fortsetzung von COIN so lange aufrechterhalten, wie es nötig sein wird (der Afghanistan-Krieg ist tatsächlich eher günstig und ist nicht die Ursache der us-amerikanischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten – die riesigen Sozialausgaben sind die Ursache), aber das ist ein schwieriges Argument während des Wahlkampfes.“

4. Wenn es einen Konsens zwischen den politischen Eliten gibt: Wie sieht dieser aus? Was sind die politischen Ziele des Afghanistankrieges und was die militärischen (oder anderen) Mittel, um die Ziele zu erreichen?

„Die Ansichten der Elite über den Afghanistan-Krieg sind im Großen und Ganzen entlang der Partei-Linien gespalten. Die Mittel um sie [die politischen Zwecke des Afghanistan-Krieges, Anmerkung des Verfassers]

zu erreichen, können in der COIN-Strategie von Petraeus/Kilcullen gefunden werden, die auf afghanische Verhältnisse angepasst ist.

COIN ist der heutige Abnutzungskrieg ('guerre d' usure'). Der Clausewitz'sche Schwerpunkt bei solch einer Kriegsführung ist die Moral der Zivilbevölkerung, nicht zuletzt im Heimatland der intervenierenden Macht. Demokratien präferieren kurze, intensive Kriege mit einem klaren Sieg – daher die Problematik der 'Beharrungskraft' in Irak und Afghanistan, trotz der relativ niedrigen ökonomischen und menschlichen Kosten”

5. Unterstützt die us-amerikanische Bevölkerung Obama und seine Afghanistan-Strategie (zum Beispiel den neuen Aufstandsbekämpfungsansatz COIN)?

„Das Entwirren der Meinung über einen weit entfernten, anhaltenden, langen, auf niedrigem Niveau schwelenden Konflikt von den großen zeitgenössischen ökonomischen und sozialen Themen ist sehr schwierig, wenn es darauf ankommt die öffentliche Meinung akkurat zu messen. Wenn Obama im November verliert, könnte seine Afghanistan-Strategie ein dazu beitragender Faktor gewesen sein, insofern sie die Sichtweise verstärkt, dass seine Administration nie einen konsistenten Ansatz hinsichtlich Afghanistan entwickeln konnte”

6. Wie würden Sie die Entwicklung der öffentlichen Unterstützung über den Zeitraum des gesamten Afghanistankrieges (2001 bis heute) beschreiben? Sank die öffentliche Unterstützung, ist sie gleich geblieben oder hat sie sich sogar gesteigert?

„Auf jeden Fall sehr hoch in der Anfangsphase nach dem 11. September; aber die Schwankungen danach kann ich nicht kommentieren“

7. Wie wurde der COIN-Ansatz bislang implementiert (unter Bush und dann Obama)? Gab es genügend us-amerikanische militärische Ressourcen oder andere Mittel, um die politischen Ziele zu erreichen (z.B. Zerschlagung von Al-Qaida, Stützung der Karzai-Administration)? Wurden diese Ressourcen effizient und effektiv genutzt?

„Schwer zu beurteilen, solange die ganze Kampagne nicht vorbei ist. Jedoch konnte den Taliban die Regierung verweigert werden und Al-Qaida wurde tief erschöpft und ihr wurde ein Rückzugsraum verwehrt, um Verbrechen von der Größenordnung eines 11. Septembers zu verüben – beides zu relativ geringen Kosten. Somit ein Erfolg?

Man könnte argumentieren, dass um ein Vielfaches größere Ressourcen das Ende des U.S.- und Koalitionsengagements vor dem jetzigen Zeitpunkt gebracht hätten, aber es gilt hier eine feine Abwägung durchzuführen:

Wenn der ausländische ‘Fußabdruck’ zu groß ist und Nicht-Afghanen das meiste an Sicherheits-, Wirtschafts-, Sozialangelegenheiten erledigen, dann braucht die Lokalbevölkerung viel länger um zu lernen, die Dinge selbst zu tun. Somit verlängern größere auswärtige Ressourcen tatsächlich die lokale

Selbstständigkeit und schaffen langwierige, multi-laterale 'koloniale' Bedingungen''

8. War die Strategie (oder die Strategien), die bislang angewandt wurde(n), flexibel genug? Wurden die militärischen oder anderen Mittel und Ressourcen an die sich verändernde Sicherheitslage in Afghanistan und die innenpolitische Situation in den USA angepasst?

„Die Strategien wurden auf die sich verändernden Bedingungen in Afghanistan und in der amerikanischen Politik angepasst – und werden es nach wie vor. Wie gut, bleibt abzuwarten''

Liste der Gesprächspartner

Mit den folgenden Afghanistan-Experten wurden vom Verfasser Gespräche geführt. Der Autor dankt den Gesprächspartnern für wertvolle Informationen und Anregungen:

Prof. Dr. Michael Daxner, Freie Universität Berlin,
Berlin, 17.07.2014

Chris Schwab, Projektmanager im Außenministerium der
Vereinigten Staaten von Amerika (Region: Südostasien),
Washington D.C., USA, 23.07.2014

Dr. Maxim Ryabkov, ehemaliger Mitarbeiter der OSZE in
Kirgistan, Köln, 18.09.2014

LITERATURVERZEICHNIS

Quellen und Dokumente

- Afghan troop map: US and NATO deployments. BBC News. Stand: 19.11.2010. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11795066> ; zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- Anonym: CPSU CC Politburo transcript (excerpt), 13 November 1986. Document 18. Aus: TsKhSD, f. 89, per. 42, dok. 16; provided by M. Kramer; trans. by D. Rozas. In: Savranskaya, Svetlana (Hg.): Afghanistan: Lessons from the Last War. The Soviet Experience in Afghanistan: Russian Documents and Memoirs (2). George Washington University. National Security Archive (NSA). Online verfügbar unter: <http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB57/r18.pdf>; zuletzt geprüft am 19.10.2014.
- Anonym: Osobennosti razvedovatel'no-boevoj dejatel'nosti tschastej i podrazdelenij special'noj razvedki v uslovijach Afganistana. In: Potapov, P. P. (Hg.): Borb'ba s NVF. SSSR, Rossija i NATO v lokal'nych konfliktach. Minsk 2010. S. 63-245.
- Basisdaten. Bildung und Gesundheit. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 558–561.
- Basisdaten. Wirtschaft und Umwelt. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 562–565.
- Bundesausschuss Friedensratschlag (Peter Strutynski): Es trifft die richtigen, aber leider nicht alle. Pressemitteilung. Kassel, 31. Mai 2010. Online verfügbar unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland/koehler.html>; zuletzt geprüft am 21.09.2012.
- Bundesverfassungsgericht: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Nr. 15, Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von Durchsuchungen in Presseräumen, Band 20, 1967. S. 162-230.
- Bush, George W.: Address to a Joint Session of Congress and the American People. United States Capitol, Washington D.C., 20. September 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

- Bush, George W.: International Campaign Against Terror Grows. Remarks by President Bush and Prime Minister Koizumi of Japan in Photo Opportunity. The Colonnade. 25. September 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010925-1.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Bush, George W.: Presidential Address to the Nation. The Treaty Room. 07. Oktober 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/10/20011007-8.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Bush, George W.: President Highlights Humanitarian Efforts in Afghanistan. Remarks by the President on U.S. Humanitarian Aid to Afghanistan. Presidential Hall. Dwight David Eisenhower Executive Office Building. 11. Oktober 2002. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/10/20021011-3.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Bush, George W.: President Bush Speaks to United Nations. Remarks by the President To United Nations General Assembly. U.N. Headquarters. New York, New York. 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/11/20011113-9.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Bush, George W.; Putin, Vladimir V.: Joint Statement on Afghanistan. Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on Afghanistan. 13. November 2001. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/11/20011113-9.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Bush, George W.: President Bush Discusses Progress in Afghanistan, Global War on Terror. The Mayflower Hotel, Washington D.C. 15. Februar 2007. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/02/20070215-1.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Bush, George W.: DECISION POINTS. New York. 2010.
- Campbell, Jason u. a.: OP-CHART. The States of Iraq and Afghanistan. In: The New York Times, 18.06.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/imagepages/2009/06/18/opinion/18ohanlon.html>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

- Clement, Scott: President Obama's foreign policy ratings — and what Mitt Romney is trying to do about it. In: Washington Post. Blogs. 02.08.2012. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/blogs/the-fix/post/president-obamas-foreign-policy-ratings--and-what-mitt-romney-is-trying-to-do-about-it/2012/08/02/gJQAA8xCSX_blog.html, zuletzt geprüft am 08.08.2012.
- Der Streckenverlauf der TAPI-Erdgaspipeline. THE EXPRESS TRIBUNE (Pakistan). 2010. Online verfügbar unter: <http://www.tribune.com.pk/story/8852/pakistan-signs-7-6-billion-tapi-gas-pipeline-agreement/>, zuletzt geprüft am 21.09.2012.
- dpa/AFP: De Maiziere: Afghanen überprüfen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.04.2011, S. 6.
- Fact Sheet: President Requests \$72,4 Billion for the Global War on Terror. 2006. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/02/20060216-11.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Fact Sheet: Afghanistan and Pakistan: Strong Allies in the War on Terror. 2006. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/09/20060929-2.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Fact Sheet: 2008 War Funding Request. 2007. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/10/20071022-7.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- FATA DEVELOPMENT AUTHORITY: FATA MAP. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.fatada.gov.pk/FATA%20Map.php>, zuletzt geprüft am 13.09.2012.
- Gates, Robert: Ohne Titel. In: BBC World Service: Superpowers' 'mistakes' in Afghanistan. 2004. Online verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/south_asia/4112117.stm; zuletzt geprüft am 30.04.2011.
- Global Opinion of Obama Slips, International Policies Faulted. Pew Global Research. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.pewglobal.org/2012/06/13/chapter-1-views-of-the-u-s-and-american-foreign-policy-4/>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

- Greshnoff, Andrei: Infografika. artofwar.net.ru. 2011. Online verfügbar unter:
http://www.artofwar.net.ru/profiles/sergei_skripnik_andrei_greshnov_p/view_book/infografika_artofwarnetru_; zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- iCasualties.org: Coalition Military Fatalities By Year. Stand: 15.09.2012. Online verfügbar unter: <http://icasualties.org/OEF/index.aspx>; zuletzt geprüft am 15.09.2012.
- iCasualties.org: Operation Enduring Freedom. IED Fatalities. Stand: 03.10.2012. Online verfügbar unter:
<http://www.icasualties.org/oef/index.aspx>, zuletzt geprüft am 03.10.2012.
- IMI: IMI-Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen. Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V. 2010. Online verfügbar unter: <http://imi-online.de/download/Fact-Sheet-Afghanistan-Juli2010.pdf>, zuletzt aktualisiert im Juli 2010, zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- „In Afghanistan mehr Attentate“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 09.08.2012, S. 5. (dpa).
- Jones, David R.: Why Bush Won. CBSNews. 2009. Online verfügbar unter: http://www.cbsnews.com/2100-250_162-653238.html, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- Jones, Jeffrey M.: In U.S., New High of 43% Call Afghanistan War a „Mistake“. GALLUP. 03.08.2010. o.S. Online verfügbar auf:
<http://www.gallup.com/poll/141716/New-High-Call-Afghanistan-War-Mistake.aspx>; zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- Jones, Jeffrey M.: Americans More Positive on Afghanistan After Bin Laden Death. GALLUP. 11.05.2011. o.S. Online verfügbar unter:
<http://www.gallup.com/poll/147488/Americans-Positive-Afghanistan-Bin-Laden-Death.aspx>; zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- Jones, Jeffrey M.: In U.S., Half Say U.S. Should Speed Up Afghanistan Withdrawal. GALLUP. 15.03.2012. Online verfügbar unter:
<http://www.gallup.com/poll/153260/Half-Say-Speed-Afghanistan-Withdrawal.aspx>, zuletzt geprüft am 08.08.2012.
- Langer, Gary; Phelan, Julie; Tully, David: Afghan Views Worsen as Setbacks Counter U.S. Progress in Helmand. ABC NEWS/BBC/ARD/WASHINGTON POST POLL. 2010. Online verfügbar unter:
http://www.humansecuritygateway.com/documents/ACSOR_Afghanistan_WhereThingsStand2010.pdf, zuletzt geprüft am 13.09.2012.

- McChrystal, Stanley A. : COMISAF'S INITIAL ASSESMENT. Headquarters International Security Assistance Force. Kabul. 30.08.2009. Online verfügbar unter: http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf?sid=ST2009092003140; zuletzt geprüft am 04.10.2014.
- Mineralien in Afghanistan (Minerals in Afghanistan). In: The New York Times, 14.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/imagepages/2010/06/14/world/asia/14minerals-graphic.html?ref=asia>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Ministry of Mines: Afghanistan Geological Survey 2011. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.bgs.ac.uk/afghanminerals/raremetal.htm>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Newport, Frank: Bush Job Approval at 25 %, His Lowest Yet. GALLUP. 2008. Online verfügbar unter: <http://www.gallup.com/poll/110980/Bush-Job-Approval-25-Lowest-Yet.aspx>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Nine International Companies Selected For Aynak Copper Tender. 2006. Online verfügbar unter: <http://www.bgs.ac.uk/AfghanMinerals/docs/tenders/Aynak/EOISelectionPR19-11-06.pdf>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Obama, Barack: REMARKS BY THE PRESIDENT ON A NEW STRATEGY FOR AFGHANISTAN and PAKISTAN. Room 450. Dwight D. Eisenhower Executive Office Building. 27. März 2009. Online verfügbar unter: http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-on-a-New-Strategy-for-Afghanistan-and-Pakistan/, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Obama, Barack: A 'New Beginning' in Cairo. The Full Text of Barack Obama's Speech. Cairo University, 06. April 2009. SPIEGEL ONLINE. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/international/world/a-new-beginning-in-cairo-the-full-text-of-barack-obama-s-speech-a-628538.html>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Obama, Barack: PRESIDENT OBAMA'S FINAL ORDERS FOR AFGHANISTAN PAKISTAN STRATEGY, OR TERMS SHEET. SECRET/NOFORN. November 29, 2009. Abgedruckt in: Woodward, Bob: Obama's Wars. New York u.a. 2010. S. 385-390.

- Obama, Barack: Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan. Eisenhower Hall Theatre, United States Military Academy at West Point, West Point, New York, 01. Dezember 2009. Online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Obama, Barack: Remarks by President Obama in Address to the Nation from Afghanistan. Bagram Air Base, Afghanistan, 01. Mai 2012. Online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/05/01/remarks-president-obama-address-nation-afghanistan>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Office of the Press Secretary (Hg.): Overview of the Afghanistan and Pakistan Annual Review. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2010/12/16/overview-afghanistan-and-pakistan-annual-review>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Party Division in the Senate, 1789-Present. Online verfügbar unter: http://www.senate.gov/pagelayout/history/one_item_and_teasers/partydiv.htm, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Party Divisions of the House of Representatives (1789 to Present). Online verfügbar unter: http://artandhistory.house.gov/house_history/partyDiv.aspx, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Pellerin, Cheryl; Crocker: Afghanistan on Track for Next Stage in Development. American Forces Press Service. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=117344>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- PEW RESEARCH CENTER FOR THE PEOPLE & THE PRESS: Bush and Public Opinion. Reviewing the Bush Years and the Public's Final Verdict. Pew Research. 2008. Online verfügbar unter: <http://pewresearch.org/pubs/1063/bush-and-public-opinion>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- Phelan, Julie; Langer, Gary: Poll: Assessment of Afghanistan War Sour. ABC News. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.langerresearch.com/uploads/1119a6%20Afghanistan.pdf>, zuletzt geprüft am 15.09.2012.

REPORT ON AFGHANISTAN AND PAKISTAN, MARCH 2011. 2011.

Online verfügbar unter:

<http://abcnews.go.com/images/Politics/UNCLASS%20Report%20on%20Afghanistan%20and%20Pakistan.pdf>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Rice, Condoleezza: Dr. Condoleezza Rice Discusses President's National Security Strategy. Waldorf Astoria Hotel. New York. 01. Oktober 2002. Herausgegeben vom Office of the Press Secretary. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/10/20021001-6.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

Rumsfeld, Donald: Known and Unknown. A Memoir. New York u.a. 2011.

Savranskaya, Svetlana (Hg.): Afghanistan: Lessons from the Last War. The Soviet Experience in Afghanistan: Russian Documents and Memoirs (2). George Washington University. National Security Archive (NSA). Online verfügbar unter: <http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB57/soviet.html#docs>, zuletzt geprüft am 19.10.2014.

Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Hamburg. 2007.

SIGAR: Quarterly Report to the United States Congress. 30.07.2014. Online verfügbar unter: <http://www.sigar.mil/pdf/quarterlyreports/2014-07-30qr.pdf>; zuletzt geprüft am 05.10.2014.

THE CONSTITUTION OF THE UNITED STATES OF AMERICA. Gedruckt von der AMERICAN CIVIL LIBERTIES UNION (ACLU). New York. o.J. (1787).

The President: Establishing the Office of Global Communications. Fundstelle: Presidential Documents. Federal Register, Jg. 68, Nr. 16, 24.01.2003. S. 3371–3372.

United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA): Afghan civilian casualties rise 31 per cent in first six months of 2010. 10.08.2010. Online verfügbar unter: <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=1741&ctl=Details&mid=1882&ItemID=9955>, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

U.S. Commitment to Afghanistan. 2008. Online verfügbar unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/infocus/afghanistan/us-commitment.html#democracy>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.

- USGS: Assessment of Undiscovered Petroleum Resources of Northern Afghanistan, 2006. Fact Sheet 2006-3031. 2006. Online verfügbar unter: <http://pubs.usgs.gov/fs/2006/3031/pdf/FS-3031.pdf>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- USGS: Preliminary Assessment of Non-Fuel Mineral Resources of Afghanistan, 2007. 2007. Online verfügbar unter: <http://pubs.usgs.gov/fs/2007/3063/fs2007-3063.pdf>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Washington Post-ABC News Poll. März 2011. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postpoll_03142011.html, zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- Washington Post-ABC News Poll. Februar 2012. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postabcpoll_020412.html, zuletzt geprüft am 15.09.2012.
- Washington Post-ABC News Poll. Mai 2012. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postabcpoll_20120520.html, zuletzt geprüft am 08.08.2012.
- Wike, Richard: Karen Hughes' Uphill Battle. Pew Research. 2007. Online verfügbar unter: <http://pewresearch.org/pubs/627/karen-hughes>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- Wike, Richard: Musharraf's Support Shrinks, Even As More Pakistanis Reject Terrorism... and the U.S. Pew Research. 2007. Online verfügbar unter: <http://pewresearch.org/pubs/561/pakistan-terrorism>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- Woodward, Bob: Bush At War. New York u.a. 2003.
- Woodward, Bob: Obama's Wars. New York u.a. 2010.

Sekundärliteratur

Monographien und Sammelbände

- Adams, Willi Paul u. a. (Hg.): Länderbericht USA. Band 2 - 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. Außenpolitik. Gesellschaft. Kultur - Religion - Erziehung. 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. 2 Bände. Bonn (Studien zur Geschichte und Politik, 293/2). 1992.
- Aron, Raymond: FRIEDEN UND KRIEG. Eine Theorie der Staatenwelt. Frankfurt a. M. 1963.
- Barfield, Thomas: Afghanistan. A Cultural and Political History. Princeton; Oxford. 2010.
- Bartholomees, J. Boone (Hg.): U.S. ARMY WAR COLLEGE GUIDE TO NATIONAL SECURITY ISSUES. VOLUME 2: NATIONAL SECURITY POLICY AND STRATEGY. 5. Aufl. (U.S. ARMY WAR COLLEGE GUIDE TO NATIONAL SECURITY ISSUES, 2). Carlisle, PA. 2012.
- Braml, Josef; Risse, Thomas; Sandschneider, Eberhard (Hg.): Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. München (Jahrbuch Internationale Politik, Band 28). 2010.
- Clausewitz, Carl von: VOM KRIEGE. Neunzehnte Auflage - Jubiläumsausgabe, mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Dr. phil. Werner Hahlweg, Professor für Militärgeschichte und Wehrwissenschaften an der Universität Münster/W. Unveränderter Nachdruck der 19. Auflage. Bonn. 1991 (1832).
- Corwin, Edward S.: The President: Office and Power, 1787-1957. 4. Aufl. New York. 1957.
- Cronin, Thomas E.; Genovese, Michael A.: The Paradoxes of the American Presidency. 3. Aufl. New York u.a. 2010.
- Czempiel, Ernst-Otto: Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Opladen; Wiesbaden. 1998.
- Daase, Christopher: Kleine Kriege - Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden. 1999.

- Dahl, Robert Alan: *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven, Conn. 1971.
- Department of Defence: *Department of Defence Dictionary of Military or Associated Terms*. Joint Publication 1-02. Washington D.C. 2010.
- Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2008.
- Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009.
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) (Hg.): *Jahresbericht 2011/2012. Themen. Daten. Fakten*. Berlin. 2012.
- Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): *The Oxford Handbook of the American Presidency*. Oxford. 2010.
- Enzensberger, Hans Magnus: *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt am Main. 1996.
- Fischer, Sabine: *Russlands Westpolitik in der Krise 1992-2000. Eine konstruktivistische Untersuchung*. Frankfurt a.M.; New York. 2003.
- Friesen, Anton: *Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Die Sowjetunion und die USA im Vergleich*. Reihe Gesellschaftswissenschaften. Saarbrücken. 2012.
- Gallus, Alexander; Lühe, Marion: *Öffentliche Meinung und Demoskopie*. Berlin. 1998.
- Gammer, Moshe (Hg.): *The Caspian Region. Volume 1. A Re-emerging Region*. London, New York (1). 2004.
- Giustozzi, Antonio: *Koran, Kalashnikov and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan*. London. 2007.
- Gresh, Alain u. a. (Hg.): *ATLAS DER GLOBALISIERUNG*. Berlin. 2009.
- Gusejnov, Vagif: *Kaspijskaja neft'. Èkonomika i geopolitika*. Moskau. 2002.
- Heuser, Beatrice: *DEN KRIEG DENKEN. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*. Paderborn u.a. 2010.
- Heuser, Beatrice: *Rebellen - Partisanen - Guerilleros. Asymmetrische Kriege von der Antike bis heute*. Paderborn u.a. 2013.
- Howell, William G.: *Power without Persuasion: The Politics of Direct Presidential Action*. Princeton, NJ. 2003.

- Huntington, Samuel P.: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman. 1991.
- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations*. New York. 1996.
- Irwin, Lewis G.: *DISJOINTED WAYS, DISUNIFIED MEANS: LEARNING FROM AMERICAS'S STRUGGLE TO BUILD AN AFGHAN NATION*. Strategic Studies Institute (SSI), U.S. Army War College. Carlisle, PA. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB1105.pdf>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Jalali, Ali Ahmad; Grau, Lester W.: *AFGHAN GUERRILLA WARFARE. In the Words of the Mujahideen Fighters*. St. Paul, Minnesota. 2001.
- Jean, François; Rufin, Jean-Christophe (Hg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg. 1999.
- Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden*. Erlangen. 1984 (1795).
- Krippendorff, Ekkehart (Hg.): *Internationale Beziehungen*. Köln (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 62). 1973.
- Liddell Hart, B. H.: *STRATEGY*. Second revised edition. 2., revidierte Auflage. New York u.a. 1967.
- Luttwak, Edward: *STRATEGIE. Die Logik von Krieg und Frieden*. Lüneburg. 2003.
- Lyakhovsky, Alexander: *The Tragedy and Valor of Afghan*. Moskau. 1995.
- Maley, William: *The Afghanistan Wars*. Houndmills, Basingstoke; New York. 2002.
- Marcella, Gabriel (Hg.): *AFFAIRS OF THE STATE: THE INTERAGENCY AND NATIONAL SECURITY*. Strategic Studies Institute (SSI). Carlisle, PA. 2008. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB896.pdf>, zuletzt geprüft am 08.08.2012.
- Mausbach, Wilfried u.a. (Hg.): *The American presidency: multidisciplinary perspectives*. Heidelberg (American Studies, 205). 2012.
- May, Ernest M.: *IMPERIAL DEMOCRACY. The Emergence of America as a Great Power*. Chicago. 1991 (1961).
- Mayer, Kenneth M.: *With the Stroke of a Pen: Executive Orders and Presidential Power*. Princeton, NJ. 2001.
- McNamara, Robert S.: *Vietnam. Das Trauma einer Weltmacht*. 2. Aufl., Hamburg. 1996.

- Merom, Gil: How Democracies Lose Small Wars. State, Society, and the Failures of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam. Cambridge. 2003.
- Messner, Evgenij Ėduardovič: Vsemirnaja mjateževojna. Žukovskij, Moskau. 2004.
- Mueller, John E.: War, Presidents and Public Opinion. New York u.a. 1973.
- Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. 5. Aufl. Berlin. 2006.
- Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg. 2010.
- Nelson, Dana D.: Bad for Democracy: How the Presidency Undermines the Power of the People. Minneapolis. 2008.
- Nelson, Michael (Hg.): The Presidency and the Political System. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003.
- Neustadt, Richard: Presidential Power: The Politics of Leadership. New York. 1960.
- Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Band 1 (A-M). Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. 2 Bände. München. 2005.
- Paasi, Anssi: TERRITORIES, BOUNDARIES AND CONSCIOUSNESS. The Changing Geographies of the Finnish-Russian Border. Chichester, UK. 1996.
- Pohly, Michael: Krieg und Widerstand in Afghanistan. Ursachen, Verlauf und Folgen seit 1978. Berlin (Studien zum modernen islamischen Orient, 6). 1991.
- Potapov, P. P. (Hg.): Borb'ba s NVF. SSSR, Rossija i NATO v lokal'nych konfliktach. Minsk 2010.
- Rashid, Ahmed: Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad. München. 2001.
- Rossiter, Clinton: The American Presidency. Revised Edition. 2. Auflage, sechster, revidierter Druck. New York, Toronto. 1962.
- Rubin, Barnett R.: Afghanistan from the Cold War through the War on Terror. Oxford u.a. 2013.

- Rudalevige, Andrew: THE NEW IMPERIAL PRESIDENCY. Renewing Presidential Power after Watergate. Ann Arbor. 2006.
- Ruge, Friedrich: Politik und Strategie. Strategisches Denken und politisches Handeln. Frankfurt a. M. 1967.
- Russett, Bruce: Grasping the Democratic Peace. Principles for a post-cold war world. Princeton, N. J. 1993.
- Russett, Bruce; Oneal, John: Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations. New York; London. 2001.
- Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Zugleich: Osteuropa, H. 8-9/2007. Bonn. 2007.
- Savage, Charlie: Takeover: The return of the imperial presidency and the subversion of American democracy. Boston. 2007.
- Schäfers, Bernhard (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. 6. Auflage. 6. Aufl., Opladen. 2000.
- Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2., überarbeitete Auflage. Opladen, Farmington Hills. 2006.
- Schlesinger, Arthur M.: The Imperial Presidency. With a New Introduction. Boston; New York. 2004 (1973).
- Starr, Frederick S.; Cornell, Svante E. (Hg.): The Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline: Oil Window to the West. Washington, D.C, Uppsala, Sweden: Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program. 2005.
- Stern, Carola u. a. (Hg.): Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. 2 Bände. Band 2. Köln. 1971.
- Sundquist, James: The Decline and Resurgence of Congress. Washington D.C. 1982.
- SUN TZU: THE ART OF WAR. Translated and With an Introduction by Samuel B. Griffith. With a Foreword by B. H. Liddell Hart. London, Oxford, New York. 1971 (402-320 v. Chr.)
- Thornton, Rod: Asymmetric Warfare: Threat and Response in the 21st Century. Basingstoke. 2007.
- Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band. München. 1976 (1835/1840).

- United States Department of the Army (Hg.): The U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual. U.S. Army Field Manual No. 3-24: Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5. Foreword by General David H. Petraeus and Lt. General James F. Amos. Foreword to the University of Chicago Press Edition by Lt. Colonel John A. Nagl. With a New Introduction by Sarah Sewall. Chicago; London. 2007.
- USGS (Hg.): 2006 Minerals Yearbook. AFGHANISTAN. o. O. 2007.
- Ussery, Easton H. (Hg.): War in Afghanistan. Strategy, Military Operations and Congressional Issues. New York. 2010. Zugleich erschienen als CRS Report R40156. 2011. Online verfügbar unter: <http://fas.org/sgp/crs/natsec/R40156.pdf>; zuletzt geprüft am 03.09.2014.
- van Creveld, Martin. Die Zukunft des Krieges. Neuausgabe mit einem Vorwort von Peter Waldmann. 3., überarbeitete deutsche Ausgabe mit einem neuen Vorwort des Autors, September 2004. Hamburg. 2004.
- Van Evera, Stephen: GUIDE TO METHODS FOR STUDENTS OF POLITICAL SCIENCE. Ithaca, London. 1997.
- von Gumpenberg, Marie-Carin; Steinbach, Udo (Hg.): Zentralasien. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Ein Lexikon. München. 2004.
- Wahrig. Fremdwörterlexikon. Herausgegeben, grundlegend überarbeitet und erweitert von Dr. Renate Wahrig-Burfeind. Gütersloh, München. 1999.
- Warber, Adam L.: Executive orders and the modern presidency: Legislating from the oval office. Boulder, Co. 2006.
- Wegner, Bernd (Hg.): Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten. (KRIEG IN DER GESCHICHTE (KRiG), 4). Paderborn, München, Wien u.a. 2000.
- Yoo, John: The Powers of War and Peace. The Constitution and Foreign Affairs after 9/11. Chicago. 2005.

Artikel, Aufsätze, Studien und Beiträge in Sammelbänden

Abdolvand, Behrooz; Shandi, Nima Feyzi: Deutsche Außenpolitik im Tal der Ahnungslosen. In: Eurasisches Magazin (EM), H. 3. 2009. S. 18–23. Online verfügbar unter: <http://eurasischesmagazin.de/pdf/em03-09.pdf>, zuletzt geprüft am 16.09.2012.

Abdolvand, Behrooz; Schulz, Heinrich: Die Bedeutung des Landes am Hindukusch für die Weltpolitik. In: Eurasisches Magazin (EM), H. 12. 2009. Online verfügbar unter: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/drucken.asp?artikelID=20091209>, zuletzt geprüft am 16.09.2012.

Abdolvand, Behrooz; Shandi, Nima Feyzi: Londoner Pläne als Wunschdenken. In: Eurasisches Magazin (EM), H. 3. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/drucken.asp?artikelID=20100305>, zuletzt geprüft am 16.09.2012.

Ackerman, Spencer: New U.S. Plan in Afghanistan: 'Awe and Shock'. Wired.com. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2010/11/new-u-s-plan-in-afghanistan-awe-and-shock/#previous2600e392ce5da0d9cc07186b8097eb2f>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2010, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

Ackerman, Spencer: Afghans Fume As Petraeus Ramps Up Air War. Wired.com. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2010/12/afghans-fume-as-petraeus-ramps-up-air-war/>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2010, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

Ackerman, Spencer: Team Petraeus Brings Body Counts Back. Wired.com. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2011/03/team-petraeus-brings-body-counts-back/#more-42182>, zuletzt aktualisiert am 08.03.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

Ackerman, Spencer: Video: Top General Apologizes for Deaths of Afghan Kids. Wired.com. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.wired.com/dangerroom/2011/03/video-top-general-apologizes-for-deaths-of-afghan-kids/>, zuletzt aktualisiert am 04.03.2011, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

- Afganskie vlasti odobrili sdelku s KNR o dobyče nefiti v Amudar'ı.
RIA Novosti. 2011. Online verfügbar unter:
<http://ria.ru/economy/20111227/527500694.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Afghanistan Home to 24 Precious Mineral Varieties. TOLONews.com. 2011. Online verfügbar unter:
<http://www.tolonews.com/en/business/2675-afghanistan-home-to-24-precious-mineral-varieties?tmpl=component&print=1&layout=default>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Afghanistan profile. BBC. Aktualisiert am 29.09.2014. o.S. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-south-asia-12024253>; zuletzt geprüft am 04.10.2014.
- AFP: Afghanistan sitting on a gold mine. AFP. 2008. Online verfügbar unter:
http://afp.google.com/article/ALeqM5iFrOtnNs4obPsi8ul_AHEXmOGzQ, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Albrecht, Ulrich: Rüstungsforschung und Dritte Welt. In: Wissenschaft & Frieden, H. 5. 1984. Online verfügbar unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0599&PHPSESSID=tf4s0khrms2uhikcdl42kqa7m5>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Albrecht, Ulrich: Militärisches Denken als Antwort auf globale Bedrohungen? In: Wissenschaft & Frieden, H. 1. 2001. Online verfügbar unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0088&PHPSESSID=tf4s0khrms2uhikcdl42kqa7m5>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Albrecht, Ulrich u. a.: INTRODUCTORY REMARKS ON CERTAIN KEY CONCEPTS. In: Instant Research on Peace and Violence, Jg. 2, H. 4. 1972. S. 183–186. Online verfügbar unter:
<http://www.jstor.org/stable/40724664>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Al-Zawahiri named new al-Qaeda chief. ALJAZEERA. 16.06.2011. Online verfügbar unter:
<http://english.aljazeera.net/news/asia/2011/06/20116167027684907.html>, zuletzt geprüft am 23.06.2011.
- Ambos, Kai: Auch Terroristen haben Rechte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 05.05.2011, S. 6.
- Amerikanische Staatsschulden übersteigen 16 Billionen Dollar. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 11.

- Anonym: Ende eines monatelangen Streits. In: Die Welt, 22.09.2014, S. 8.
- Anonym: Moskaus Griff nach Afghanistan. In: Der Spiegel, H. 1-2, 1980. S. 71–85. Online verfügbar unter:
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=14315455&aref=image036/2006/06/16/cq-sp198000100710085.pdf&thumb=false>, zuletzt geprüft am 16.05.2011.
- AP: Gates: No U.S. 'rush for the exits' in Afghanistan. In: USA TODAY, 10.06.2011. Online verfügbar unter:
http://www.usatoday.com/news/world/2011-06-09-robert-gates-afghanistan-nato-troops_n.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Arreguin-Toft, Ivan: How the Weak Win Wars. A Theory of Asymmetric Conflict. In: International Security, Jg. 26, H. 1. 2001. S. 93–128. Online verfügbar unter:
<http://www.stanford.edu/class/polisci211z/2.2/Arreguin-Toft%20IS%202001.pdf>, zuletzt geprüft am 31.05.2010.
- Aubel, Henning: Usbekistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 520–521.
- Aydın, Mustafa: Oil, Pipelines and Security: The Geo-politics of the Caspian Region. In: Gammer, Moshe (Hg.): The Caspian Region. Volume 1. A Re-emerging Region. London, New York (1), S. 3–31. 2004.
- Baraki, Matin: Nation-building in Afghanistan. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 39 (Afghanistan und Pakistan). 2007. S. 11–17.
- Braml, Josef: USA: Mission noch nicht erfüllt. In: Braml, Josef; Risse, Thomas; Sandschneider, Eberhard (Hg.): Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. München (Jahrbuch Internationale Politik, Band 28). 2010. S. 222–231.
- British troops combat the use of IEDs in Afghanistan. BBC News, zuletzt aktualisiert am 01.04.2010. Online verfügbar unter:
http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/8600192.stm; zuletzt geprüft am 28.06.2010.
- Buchsteiner, Jochen: Afghanische Soldaten inhaftiert und entlassen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 6.

- Bumiller, Elisabeth: Intelligence Reports Offer Dim View of Afghan War. In: The New York Times, 14.12.2010. Online verfügbar unter: www.nytimes.com/2010/12/15/world/asia/15policy.html?_r=1&nl=today'shead-lines&emc=a2&pagewanted=print, zuletzt geprüft am 24.05.2011.
- Burke, John P.: The Institutional Presidency. In: Nelson, Michael (Hg.): The Presidency and the Political System. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003. S. 399-424.
- Burns, John F.: McChrystal Rejects Scaling Down Afghan Military Aims. In: The New York Times, 02.10.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/10/02/world/asia/02general.html?pagewanted=print>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Camia, Catalina: Biden says White House must do a good job selling Afghanistan strategy. In: USA TODAY, 28.07.2010. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2010/07/biden-afghanistan-war-progress-/1#.UBI3dUOaNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Cassidy, Robert M.: Counterinsurgency and Military Culture: State Regulars versus Non-State Irregulars. In: Baltic Security & Defence Review, Jg. 10. 2008. S. 53–85. Online verfügbar unter: https://www.bdcol.ee/files/files/documents/Research/3_%20%20Robert%20Cassidy-Military%20Culture%20State%20Regulars%20and%20Non-State%20Irregulars.pdf; zuletzt geprüft am 02.12.2010.
- Cassidy, Robert M.: A Precis on the Logic of the Afghan War. Small Wars Journal. 2010. Online verfügbar unter: <http://smallwarsjournal.com/blog/2010/11/a-precis-on-the-logic-of-the-a/>, zuletzt geprüft am 02.12.2010.
- Caverley, Jonathan D.: The Myth of Military Myopia. Democracy, Small Wars, and Vietnam. In: International Security, Jg. 34, H. 3. 2009/2010. S. 119–157.
- Chandrasekaran, Rajiv: U.S. deploying heavily armored battle tanks for first time in Afghan war. In: Washington Post, 19.11.2010. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/11/18AR2010111806856_pf.html, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

- Coghlan, Tom: Civilians hit by 'warning shots'. In: THE TIMES, 27.07.2010, S. 8.
- Cohen, Michael: That Absurd Afghan Mineral Story... 2010. Online verfügbar unter: <http://www.democracyarsenal.org/2010/06/that-absurd-afghan-mineral-story-.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Cooper, Helen; Sanger, David E.: Obama Fires McChrystal, Citing Need for Unity in Afghan War. In: The New York Times, 23.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2010/06/24/us/politics/24mcchrystal.html?pagewanted=all&gwh=033F4AA8B6D0B7F783FB6AEF15733D13>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Cooper, Helen; Zeleny, Jeff: Obama warns Karzai to Focus on Tackling Corruption. In: The New York Times, 02.11.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/03/world/asia/03afghan.html?gwh=3C3B813E05CDEAE010906C671011582>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Cornell, Svante E.; Tsereteli, Mamuka; Socor, Vladimir: Geostrategic Implications of the Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline. In: Starr, Frederick S.; Cornell, Svante E. (Hg.): The Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline: Oil Window to the West. Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program. Washington, D.C, Uppsala, Sweden. 2005. S. 17–38.
- Crouch, Jeffrey; Rozell, Mark J.; Sollenberger, Mitchel A.: President Obama's Signing Statements and the Expansion of Executive Power. In: Presidential Studies Quarterly, Jg. 43, H. 4. 2013. S. 883-899. Online verfügbar unter: http://www.markrozell.gmu.edu/wp-content/uploads/2011/11/President_Obamas_Signing_Statements.pdf, zuletzt geprüft am 07.08.2014.
- Cutler, Robert M.: Kabul starts race for Afghan resources. In: Asia Times Online, 2011. Online verfügbar unter: http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/ML15Df02.html, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Czempiel, Ernst-Otto: Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 3, H. 1. 1996. S. 79–101.

- Dale, Catherine: War in Afghanistan: Strategy, Military Operations, and Issues for Congress. In: Ussery, Easton H. (Hg.): War in Afghanistan. Strategy, Military Operations and Congressional Issues. New York. 2010. S. 53–121. Zugleich erschienen als CRS Report R40156. 2011. Online verfügbar unter: <http://fas.org/sgp/crs/natsec/R40156.pdf>; zuletzt geprüft am 03.09.2014.
- Danner, Mark: Taking Stock of the Forever War. In: The New York Times Magazine, 11.09.2005, o.S. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2005/09/11/magazine/11OSAMA.html?pagewanted=all&_r=0; zuletzt geprüft am 05.10.2014.
- Darnstädt, Thomas u. a.: Welt-Streit ums Töten. In: DER SPIEGEL, H. 49, 2009. S. 28–35. Online verfügbar unter: <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=67963949&aref=image040/2009/11/28/ROSP200904900280035.PDF&thumb=false>; zuletzt geprüft am 28.03.2011.
- Daxner, Michael: Afghanistan Endgame – No Lessons Learned? Working Paper Series of the Centre for Area Studies. No. 3. Universität Leipzig. Leipzig. 2013.
- Die transatlantischen Beziehungen in der Wirtschaftskrise. In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) (Hg.): Jahresbericht 2011/2012. Themen. Daten. Fakten. Berlin. 2012. S. 28–31.
- Die USA von A bis Z. In: Internationale Politik (IP), H. Juli/August 2012 (Länderporträt USA). S. 32–57.
- Dilanian, Ken: Afghanistan's poppies pose dilemma. In: USA TODAY, 31.03.2009. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/2009-03-30-poppy-fields_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Dilanian, Ken: State Dept. adds more aid workers in Afghanistan. In: USA TODAY, 17.08.2009. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/2009-08-16-aid-surge_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Dilanian, Ken: Afghanistan plan leaves Dems doubtful, Republicans critical. In: USA TODAY, 02.12.2009. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-12-02-afghan-senate_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

- Dube, Christian: Die Zivilmacht Deutschland und der „bewaffnete Konflikt“ in Nordafghanistan. Diskursanalyse politischer Legitimationsmuster beim Einsatz von Streitkräften am Beispiel des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan. Herausgegeben von u. a. Helmut Breimeier. FernUniversität Hagen. (Polis. Arbeitspapiere aus der FernUniversität Hagen, 69). 2012.
- Ehrhardt, Christoph: „Ein schwieriges Jahr mit Amerika“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 6.
- Eichenberg, Richard C.: Victory Has Many Friends: U.S. Public Opinion and the Use of Military Force, 1981-2005. In: International Security, Jg. 30, H. 1. 2005. S. 140–177.
- Èkonomiku Afganistana ždet krach posle vyvoda inostrannykh vojsk – SMI. RIA Novosti. 2012. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20120301/583152845.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Engelhardt, Tom: How to Schedule a War. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, 24.11.2010. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/openpage/how-to-schedule-a-war>, zuletzt geprüft am 29.11.2010.
- Enterline, Andrew J., and Joseph Magagnoli: Reversal of Fortune?: Strategy Change & Counterinsurgency Success by Foreign Powers in the Twentieth Century. Manuskript. 2010. S. 1–52. Online verfügbar unter: <http://www.psci.unt.edu/enterline/em-freshlook-v58-identified.pdf>; zuletzt geprüft am 17.04.2011.
- Eschenhagen, Wieland: Vereinigte Staaten von Amerika. In: Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2008. S. 500–511.
- Eyvazov, Jannatkhan: GEOPOLITICAL LESSONS OF THE POST-SOVIET CAUCASUS: FORWARD TO GLOBALIZATION OR BACK TO CLASSICAL EURASIAN GEOPOLITICS? In: The Caucasus & Globalization. Journal of Social, Political and Economic Studies, Jg. 1, H. 1. 2006. Online verfügbar unter: http://www.cac.org/c-g/2006/journal_eng/c-g-1/03.eyvazoven.shtml, zuletzt geprüft am 21.11.2009.

- Farmer, Ben: Afghanistan claims mineral wealth is worth \$3trillion. In: The Daily Telegraph, 17.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/7835657/Afghanistan-claims-mineral-wealth-is-worth-3trillion.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Farmer, Ben; Spillius, Alex: US discovers \$1 trillion in untapped mineral deposits in Afghanistan. In: The Daily Telegraph, 14.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/7826782/US-discovers-1-trillion-in-untapped-mineral-deposits-in-Afghanistan.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Feldmann, Linda: Is Barack Obama an imperial president? In: The Christian Science Monitor Weekly, 26.01.2014, o.S. Online verfügbar unter: <http://www.csmonitor.com/USA/Politics/2014/0126/Is-Barack-Obama-an-imperial-president>, zuletzt geprüft am 12.07.2014.
- Frankenberger, Klaus-Dieter: Der große Rückzug. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.06.2011, S. 1.
- Freuding, Christian: Wie Goliath gewinnen kann. Westliche Demokratien und ihr Einsatz in Kleinen Kriegen. In: Internationale Politik (IP), Jg. 66, H. 6. 2011. S. 18–25.
- Friederichs, Hauke: Erfolgsverwöhnter General mit schwierigem Job. In: ZEIT ONLINE, 23.11.2010, S. 1–4. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/petraeus-coin>, zuletzt geprüft am 25.03.2011.
- Friedrich, Dirk: Sackgasse am Hindukusch: Falscher Stolz auf dem Rücken der Soldaten. In: eigentümlich frei, Jg. 13, Nr. 102. 2010. S. 18–19.
- Friesen, Anton: Ins Grab der Supermächte. Warum sich in Afghanistan Geschichte wiederholt. In: 360°. 6. Jahrgang, Nr. 1/2011 (1001 Orient). Themenausgabe Naher und Mittlerer Osten. S. 61-71.
- Friesen, Anton: Wem die Stunde schlägt. Warum Supermächte gegen Aufständische verlieren – Lehren aus Afghanistan. In: Denkwürdigkeiten. Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft (pmg), H. 79. Juli 2012. S. 5–6. Online verfügbar unter: <http://www.pmg-ev.com/deutsch/dw/2012-79-Denkwaerdigkeiten.pdf>, zuletzt geprüft am 03.09.2012.
- Ganslmeier, Martin: Fast 10.000 Soldaten sollen bleiben. Tagesschau.de, 28.05.2014. o.S. URL: www.tagesschau.de/ausland/us-truppen-afghanistan102.html; zuletzt geprüft am 05.07.2014.

- Gantzel, Klaus Jürgen: Über die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg: Tendenzen, ursächliche Hintergründe, Perspektiven. In: Wegner, Bernd (Hg.): *Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten. (KRIEG IN DER GESCHICHTE (KRiG), 4)*. Paderborn, München, Wien u.a. 2000. S. 299–318.
- Gardner, Frank: Success before surprise in Afghan operation. BBC. 2010. Online verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/south_asia/8505179.stm, zuletzt geprüft am 29.03.2011.
- Gelpi, Christopher; Peter D. Feaver; Jason Reifler: Success Matters: Casualty Sensitivity and the War in Iraq. In: *International Security*, Jg. 30, Nr. 3. 2005/2006. S. 7–46. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/4137486>; zuletzt geprüft am 21.03.2011.
- Giegerich, Bastian; Jonas, Alexandra: Auf der Suche nach best practice? Die Entstehung nationaler Sicherheitsstrategien im internationalen Vergleich. In: *Sicherheit und Frieden (Security and Peace)*, Jg. 30, H. 3. 2012. S. 129–134.
- Götz, Roland: Mythos Diversifizierung. Europa und das Erdgas des Kaspiraums. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Zugleich: Osteuropa*, H. 8-9/2007. Bonn. 2007. S. 449–462.
- Gräf, Bettina: Begriffe aus der islamischen Rechtsordnung. In: *Das Parlament, Ausgabe Weltreligion Islam*, 18./25.01.2002, S. 7.
- Grey, Stephen: Hearts, minds and the same old warlords. In: *Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition*, 04.07.2010. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/2010/07/04/afghanistan>, zuletzt geprüft am 29.11.2010.
- Griffith, Samuel B.: INTRODUCTION. In: *SUN TZU: THE ART OF WAR*. Translated and With an Introduction by Samuel B. Griffith. With a Foreword by B. H. Liddell Hart. London, Oxford, New York. 1971 (402-320 v. Chr.). S. 1-55.
- Gundarova, Ljudmila: Čelovečeskij faktor protiv strategii. In: *Krasnaja Zvezda*, 16.03.2012. Online verfügbar unter: <http://www.redstar.ru/index.php/2011-07-25-15-55-34/item/1161-chelovecheskij-faktor-protiv-strategii>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.

- Hacke, Christian: Zuviel Theorie? Zuwenig Geschichte? Eine kritische Zwischenbilanz der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland. In: Studien zur Internationalen Politik, herausgegeben vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, Heft 2. 2003. S. 7-90. Online verfügbar unter: <http://www.politik.uni-bonn.de/institut/lehrkoerper/theorie.pdf>, zuletzt geprüft am 15.11.2011.
- Hahlweg, Werner: DAS CLAUSEWITZBILD EINST UND JETZT. Mit textkritischen Anmerkungen. In: Carl von Clausewitz: VOM KRIEGE. Neunzehnte Auflage - Jubiläumsausgabe, mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Dr. phil. Werner Hahlweg, Professor für Militärgeschichte und Wehrwissenschaften an der Universität Münster/W. Unveränderter Nachdruck der 19. Auflage. Bonn. 1991 (1832). S. 1-172.
- Halimi, Serge: USA - eine Marke ist beschädigt. In: Gresh, Alain u. a. (Hg.): ATLAS DER GLOBALISIERUNG. Berlin. 2009. S. 38–39.
- Hanagan, Deborah: The Changing Face of Afghanistan, 2001-08. Strategic Studies Institute (SSI), U.S. Army War College. (CARLISLE PAPERS). 2011. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=1079>, zuletzt geprüft am 31.07.2012.
- Hartman, Andrew: 'The Red Template': US Policy in Soviet-Occupied Afghanistan. In: Third World Quarterly, Jg. 23, H. 3. 2002. S. 467–489. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/3993537>, zuletzt geprüft am 31.05.2010.
- Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“. In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2., überarbeitete Auflage. Opladen, Farmington Hills. 2006. S. 213–241.
- Hastings, Michael: The Runaway General. In: Rolling Stone, H. RS 1108/1109 (8-22 Juli 2010). Online verfügbar unter: <http://www.rollingstone.com/politics/news/the-runaway-general-20100622?print=true>, zuletzt geprüft am 15.08.2012.
- Hendrickson, Ryan C.: War Powers in the Obama Administration (Faculty Research and Creative Activity, 2). 2010. Online verfügbar unter: http://thekeep.eiu.edu/polisci_fac/2, zuletzt geprüft am 05.08.2014.

- Hetherington, Marc J.; Globetti, Suzanne: The Presidency and Political Trust. In: Nelson, Michael (Hg.): The Presidency and the Political System. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003. S. 259-277.
- Hippler, Jochen: Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistankrieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 21-22. 2010. S. 3–8.
- Hippler, Jochen: Pakistan: Ein scheiternder Nuklearstaat? In: Braml, Josef; Risse, Thomas; Sandschneider, Eberhard (Hg.): Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. München (Jahrbuch Internationale Politik, Band 28). 2010. S. 123–128.
- Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 291 (Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert). 2006. S. 24–30.
- Hohmann, James: John McCain looks bad in George W. Bush's book. POLITICO. 11.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.politico.com/news/stories/1110/44781.html>; zuletzt geprüft am 16.09.2014.
- Hounshell, Blake: Say what? Afghanistan has \$1 trillion in untapped mineral resources? In: Foreign Policy (FP), 14.06.2010. Online verfügbar unter: http://blog.foreignpolicy.com/posts/2010/06/14/say_what_afghanistan_has_1_trillion_in_untapped_mineral_resources, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Housden, Tom: Afghanistan: Taliban tactics. BBC News. 2009. Online verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/8143229.stm, zuletzt aktualisiert am 10.07.2009, zuletzt geprüft am 30.04.2011.
- Howell, William G.; Johnson, Tana: War's Contributions to Presidential Power. In: Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.
- Howell, William G.; Lewis, David E.: Agencies by Presidential Design. In: Journal of Politics, Jg. 64, Nr. 4. 2002. S. 1095-1114.
- Hult, Karen M.; Walcott, Charles E.: Influences on Presidential Decision Making. In: Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.
- Hurst, Fabienne: Drogenkrieg am Mittelmeer. In: SPIEGEL ONLINE. 04.09.2012. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/drogenkrieg-in-marseille-mordserie-erschuettert-frankreich-a-853547.html>, zuletzt geprüft am 04.09.2012.

- „information operations“. In: Department of Defence (DoD): Department of Defence Dictionary of Military and Associated Terms. Joint Publication 1-02. Washington D.C. 2010. S. 225.
- Jackson, David: Congress to Obama: First strategy, then more troops. In: USA TODAY, 06.10.2009. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2009/10/68500468/1#.UBI-TE0aNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Jackson, David: New target in Afghanistan: Obama. In: USA TODAY, 15.10.2009. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2009/10/68501022/1#.UBI-E00aNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Jackson, David: Pelosi: Obama 'must make his case' on Afghanistan. In: USA TODAY, 16.12.2009. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2009/12/pelosi-obama-must-make-his-case-on-afghanistan/1#.UBI4VEOaNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Jackson, David: Obama and Afghanistan: New debate, same strategy. In: USA TODAY, 27.07.2010. Online verfügbar unter: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2010/07/obama-and-afghanistan-new-debate-same-strategy/1#.UBI3s00aNql>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Jackson, David; Michaels, Jim: Obama: U.S. on track in Afghanistan. In: USA TODAY, 17.12.2010. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/afghanistan/2010-12-17-rw_afghan16_ST_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Jha, Lalit K.: Huge rare-earth material in Helmand: USGS. Pajhwok. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.e-ariana.com/ariana/eariana.nsf/allPrintDocs/2D47E02F2DCAC2A88725790C006E238C?OpenDocument>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Joffe, Josef: Schießen und Tee trinken. In: ZEIT ONLINE, Nr. 20, 07.05.2009. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2009/20/Petraeus>, zuletzt geprüft am 28.03.2011.
- Joffe, Josef: Mach's noch einmal ...aber besser! In: DIE ZEIT, Nr. 46/2012, 08.11.2012, S. 1. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2012/46/USA-Praesident-Barack-Obama>; zuletzt geprüft am 27.11.2011.

- Johnson, Loch K.; McCormick, James M.: The Making of International Agreements: A Reappraisal of Congressional Involvement. In: Journal of Politics, Jg. 40, Nr .2. 1978. S. 468-478.
- Junker, Peer: China versucht Xinjiang mit Geld und Knute zu stabilisieren. In: Der Tagesspiegel, 05.07.2010. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/uiiguren-china-versucht-xinjiang-mit-geld-und-knute-zu-stabilisieren/1875872.html>, zuletzt geprüft am 21.09.2012.
- Karl, Wilfried: Die sicherheitspolitische Berichterstattung der Deutschen Presse-Agentur. Berghof-Stiftung für Konfliktforschung. (Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, 38). 1989. Online verfügbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2638/pdf/ap_38.PDF, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Karzai, Hamid. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 793.
- Kassop, Nancy: The War Power and Its Limits. In: Presidential Studies Quarterly, Jg. 33, H. 3. 2003. S. 509–529. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/27552511>, zuletzt geprüft am 31.07.2012.
- Katzman, Kenneth: Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy. CRS Report RL30588. Washington D.C. 2014. Online verfügbar unter: <http://fas.org/sgp/crs/row/RL30588.pdf>; zuletzt geprüft am 03.10.2014.
- Keller, Bill: The Pakistanis Have a Point. In: The New York Times, 14.12.2011. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/12/18/magazine/bill-keller-pakistan.html?pagewanted=all&gwh=FBE0C6151A8B25A170A0798B4314A7>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Keller, Patrick; Voje, Julian: Wo bleibt der Masterplan? Auf der Suche nach einer außenpolitischen Strategie. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 5. 2010. S. 21–25.
- Kelley, Christopher S.: Rethinking Presidential Power: The Unitary Executive and the George W. Bush Presidency. Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association. Chicago, IL. 2005.
- Kende, Istvan: Fünfundzwanzig Jahre lokaler Kriege. In: Krippendorff, Ekkehart (Hg.): Internationale Beziehungen. Köln (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 62). 1973. S. 242–269.

- Key themes of the Afghan war logs. In: THE TIMES, 27.07.2010, S. 6–7.
- Kipping, Martin: Two Interventions. Comparing Soviet and US-led state-building in Afghanistan. AAN Thematic Report 01/2010. April 2010. Online verfügbar unter: http://afghanistan-analysts.net/uploads/AAN_Two_Interventions.pdf; zuletzt geprüft am 05.10.2014.
- Khalatbari, Babak; Kazim, Janna: AFGHANISTAN AND PAKISTAN - A PARADIGM SHIFT IN THE FIGHT AGAINST TERRORISM ? In: KAS INTERNATIONAL REPORTS, H. 8. 2010. S. 85–101.
- Kleinsteuber, Hans J.: Öffentlichkeit. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Band 1 (A-M). 2 Bände. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. München. 2005. S. 628-629.
- Kliment'ev, Michail: RF mozet obespečit' investicii v gazoprovod TAPI – afganskij ministr. RIA Novosti. 2011. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20111227/527500694.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Klüver, Reymer: Der Kriege müde. In: Süddeutsche Zeitung, 28.07.2011, S. 6.
- Köhler gibt nach Kritik Amt auf. In: Neues Deutschland, 01.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland/koehler.html>; zuletzt geprüft am 21.09.2012.
- Korge, Johannes: Der Kampf des kaputten Kriegers. In: SPIEGEL ONLINE. 17.04.2012. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-traumatisierter-afghanistan-veteran-kaempft-um-erkennung-a-827828.html>, zuletzt geprüft am 19.09.2012.
- Kraft, Ekkehard: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2008. S. 44–46.
- Kraft, Ekkehard: Afghanistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 74–76.
- Kraft, Ekkehard: Pakistan. In: Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen. Daten. Fakten. Frankfurt am Main. 2009. S. 398–401.

- Krasner, Stephen D.: Verantwortliche Souveränität. Ein Orientierungsprinzip für das 21. Jahrhundert. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 5. 2010. S. 10–20.
- Kriner, Douglas L.: Presidents, Domestic Politics, and the International Arena. In: Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.
- Krippendorff, Ekkehart: Ist Außenpolitik *Außenpolitik*? Ein Beitrag zur Theorie und der Versuch, eine unhaltbare Unterscheidung aufzuheben. In: Krippendorff, Ekkehart (Hg.): Internationale Beziehungen. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 62). Köln. 1973. S. 189–213.
- Kuo, Chin S.: The Mineral Industry of Afghanistan. In: USGS (Hg.): 2006 Minerals Yearbook. AFGHANISTAN. o. O. 2007. S. 2.1-2.2.
- Lammert, Christian: Government Shutdown in den USA. 02.10.2013. Online verfügbar unter: <http://blogs.fu-berlin.de/jfkpol/2013/10/02/government-shutdown-in-den-usa/>; zuletzt geprüft am 16.09.2014.
- Landay, Jonathan S.: China's thirst for copper could hold key to Afghanistan's future. In: McClathy Newspapers, 03.08.2009. Online verfügbar unter: <http://www.mcclatchydc.com/2009/03/08/63452/chinas-thirst-for-copper-could.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Leigh, David: Afghanistan war logs: Secret CIA paramilitaries' role in civilian deaths. In: The Guardian, 25.07.2010. Online verfügbar unter: <http://www.guardian.co.uk/world/2010/jul/25/afghanistan-civilian-deaths-rules-engagement/print>, zuletzt geprüft am 28.03.2011.
- Lerch, Wolfgang Günter: Der spirituelle Führer des Massenmords. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.05.2011, S. 3.
- Levy, Jack S.: Domestic Politics and War. In: The Journal of Interdisciplinary History, Jg. 18, H. 4, S. 653–673. 1988. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/204819>, zuletzt geprüft am 31.10.2011.
- Literaturempfehlungen. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 5. 2010. S. 46-47.
- Lüders, Michael: Zwischen Stammesinteressen und Großmachtpolitik: Afghanistans gefährdeter Frieden. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). (Politikinfo / Internationale Politik-Analyse.) 2001/2002. Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/fulltext/id/01155.htm#E9E6>, zuletzt geprüft am 16.09.2012.

- Lyakhovsky, Alexander: On the Changing Mission of the Soviet Forces in Afghanistan. Document 14. Aus: Lyakhovsky, Alexander: The Tragedy and Valor of Afghan. Moskau. 1995. S. 176-177. In: Savranskaya, Svetlana (Hg.): Afghanistan: Lessons from the Last War. The Soviet Experience in Afghanistan: Russian Documents and Memoirs (2). George Washington University. National Security Archive (NSA). Online verfügbar unter: www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB57/r14.doc, zuletzt geprüft am 19.10.2014.
- Lyall, Jason; Isaiah Wilson: Rage Against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars. In: International Organization, Jg. 63, Nr. 1. 2009. S. 67–106.
- Maaß, Citha D.: Gespräche mit Taleban. Risikoreiche Kurskorrektur der US-Politik in Afghanistan. SWP. (SWP-Aktuell, 14). 2009. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A14_mss_ks.pdf, zuletzt geprüft am 13.09.2012.
- Mack, Andrew: Why Big Nations Lose Small Wars: The Politics of Asymmetric Conflict. In: World Politics, Jg. 27, H. 2. 1975. S. 175–200.
- Madhani, Aamer; Zoroya, Gregg: Backlog of VA disability claims growing. In: USA TODAY, 18.07.2012, S. 2A.
- Malinowski, Stephan: Siegen lernen. In: ZEIT ONLINE, 05.01.2011. S. 1-4. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2011/02/Kolonialkrieg>, zuletzt geprüft am 25.03.2011.
- Marcella, Gabriel: UNDERSTANDING THE INTERAGENCY PROCESS: THE CHALLENGE OF ADAPTATION. In: Marcella, Gabriel (Hg.): AFFAIRS OF THE STATE: THE INTERAGENCY AND NATIONAL SECURITY. Strategic Studies Institute (SSI). Carlisle, PA. 2008. S. 1-52. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB896.pdf>, zuletzt geprüft am 08.08.2012.
- Marklein, Mary Bath; Marinova, Polina: Some vets feeling shorted by the Army College Fund. In: USA TODAY, 17.07.2012, S. 3A.
- Martin, Lisa L.: The president and international commitments: Treaties as signaling devices. In: Presidential Studies Quarterly, 35. Jg., Nr. 3, 2005. S. 440-465.

- Matta, Bethany: Many Afghan women fear a decline into darker days. In: USA TODAY, 17.07.2012, S. 4A.
- Mausbach, Wilfried; Schloss, Dietmar; Thunert, Martin: The American Presidency: History, Politics, Culture. In: Mausbach, Wilfried u.a. (Hg.): The American presidency: multidisciplinary perspectives. Heidelberg (American Studies, 205). 2012. S. 1-54.
- Mayer, Kenneth M.: Going Alone: The Presidential Power of Unilateral Action. In: Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.
- Mazzeti, Mark: No Firm Plans for a U.S. Exit in Afghanistan. In: The New York Times, 06.12.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/12/07/world/asia/07afghan.html?gwh=A2B17BE2D0B439E2F8B296A3878F17B0>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Merkel, Wolfgang: Das Ende der Euphorie. Der Systemwettbewerb zwischen Demokratie und Diktatur ist eingefroren. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 3. 2010. S. 18–23.
- Michaels, Jim: Time working against Taliban. In: USA TODAY, 25.05.2011. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/world/afghanistan/2011-05-25-afghanistan-strategy-US-taliban_n.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Michaels, Jim: Gates predicts gradual shift in Afghan strategy. In: USA TODAY, 27.06.2011. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2011-06-26-Afghanistan-drawdown-Robert-Gates-troop-withdrawal_n.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Mingxin, Bi: Huge mineral resources discovered in Afghanistan. Xinhua. 2010. Online verfügbar unter: http://news.xinhuanet.com/english2010/world/2010-06/14/c_13350319.htm, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Moe, Terry M.: The Politicized Presidency. In: Chubb, John E.; Peterson, Paul E. (Hg.): The New Direction in American Politics. Washington D.C. 1985. S. 269-271.
- Moe, Terry M.: The Presidency and the Bureaucracy: The Presidential Advantage. In: Nelson, Michael (Hg.): The Presidency and the Political System. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003. S. 425-457.

- Morelli, Vincent; Belkin, Paul: NATO in Afghanistan: A Test of the Transatlantic Alliance. In: Ussery, Easton H. (Hg.): War in Afghanistan. Strategy, Military Operations and Congressional Issues. New York. 2010. S. 1-32. Zugleich erschienen als CRS Report R40156. 2011. Online verfügbar unter: <http://fas.org/sgp/crs/natsec/R40156.pdf>; zuletzt geprüft am 03.09.2014.
- Morozov, E. F.: Predislovie komentatora. In: Messner, Evgenij Eduardovič: Vsemirnaja mjateževojna. Žukovskij, Moskau. 2004. S. 3-12.
- Moskaus Griff nach Afghanistan. In: Der Spiegel, H. 1-2, 1980. S. 71–85. Online verfügbar unter: <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=14315455&aref=image036/2006/06/16/cq-sp198000100710085.pdf&thumb=false>, zuletzt geprüft am 16.05.2011.
- Mühlmann, Sophie: Afghanen trotzen der Taliban-Gewalt und strömen in die Wahllokale. In: Die Welt, 16.06.2014. S. 6.
- Najafizada, Eltaf: Afghanistan Says It Locates 1.8 Billion-Barrel Oilfield In Nation's North. Bloomberg. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.bloomberg.com/news/2010-08-15/afghanistan-discovers-1-8-billion-barrel-oilfield-in-north-ministry-says.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Najafizada, Eltaf; Rupert, James: China Builds Lead in Afghan Commodities, Adds Oil to Copper. In: Business Week, 13.09.2011. Online verfügbar unter: <http://www.businessweek.com/news/2011-09-13/china-builds-lead-in-afghan-commodities-adds-oil-to-copper.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Nelson, Dana D.: Democracy*Presidentialism*War. In: Mausbach, Wilfried u.a. (Hg.): The American presidency: multidisciplinary perspectives. Heidelberg (American Studies, 205). 2012. S. 55-76.
- Neumann, Robert G.: Leadership: Franklin Roosevelt, Truman, Eisenhower and Today. In: Presidential Studies Quarterly, Jg. 10, H. 1. 1980. S. 10–19. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/27547529>, zuletzt geprüft am 31.10.2011.
- „New York Times“ und „Washington Post“ verkünden Einschnitte. In: SPIEGEL ONLINE. 26.03.2009. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/us-zeitungskrise-new-york-times-und-washington-post-verkuenden-einschnitte-a-615765.html>, zuletzt geprüft am 04.09.2012.

- Pachomov, Evgenij: Pakistan: zasedanie po gazoprovodu Turkmenija-Afganistan-Pakistan. RIA Novosti. 2005. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20050412/39651251.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Page, Susan: Approval of Obama on Afghan war dives. In: USA TODAY, 25.11.2009. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-11-24-Poll_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Page, Susan; Kiely, Kathy: Dems balk at deployment plan. In: USA TODAY, 02.12.2009. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-12-01-obama-democrat-reaction_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Partlow, Joshua: Despite friendly rhetoric, suspicion abounds between Afghan and U.S. troops. In: Washington Post, 18.11.2010. Online verfügbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/11/18/AR2010111803837_pf.html, zuletzt geprüft am 28.03.2011.
- Pellerin, Cheryl: DOD, U.S. Agencies Help Afghanistan Exploit Mineral Wealth. Defpro.com. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.defpro.com/news/details/38049/?SID=c5ab00993926de7eda b1795f82e2415f>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Perlez, Jane; Sanger, David E.; Shanker, Thom: From Many Voices, One Battle Strategy. In: The New York Times, 23.09.2001. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2001/09/23/us/a-nation-challenged-the-advisers-from-many-voices-one-battle-strategy.html?pagewanted=1>; zuletzt geprüft am 17.09.2014.
- Pevehouse, Jon C.: Presidents and International Cooperation. In: Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.
- Pfiffner, James P.: President George W. Bush and His War Cabinet. Paper prepared for presentation at the conference on The Presidency, Congress, and the War on Terrorism. University of Florida, 07.02.2003. Online verfügbar unter: <http://www.clas.ufl.edu/users/rconley/conferencepapers/Pfiffner.PDF>, zuletzt geprüft am 03.09.2014.
- Politics. In: Online Dictionary of the Social Sciences. Online verfügbar unter: <http://bitbucket.icaap.org/dict.pl?alpha=P>; zuletzt geprüft am 02.10.2014.

- Polity. In: Online Dictionary of the Social Sciences. Online verfügbar unter: <http://bitbucket.icaap.org/dict.pl?alpha=P>; zuletzt geprüft am 02.10.2014.
- Preuß, Hans-Joachim: Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan. Eine Zwischenbilanz. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS), Jg. 1, H. 1. 2008. S. 26–35.
- Q&A: Foreign forces in Afghanistan. BBC. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11371138?print=true>, zuletzt geprüft am 29.03.2011.
- Randall, David; Owen, Jonathan: Allies pay in blood while others plot to exploit Afghanistan's rich natural resources. In: The Independent, 18.03.2012. Online verfügbar unter: <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/an-ios-investigation-to-the-chinese-and-the-indians-the-spoils-of-a-terrible-war-7576426.html?printService=print>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Rashid, Ahmed: The Taliban: Exporting Extremism. In: Foreign Affairs, Jg. 78, H. 6. 1999. S. 22–35. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/20049530>, zuletzt geprüft am 07.09.2012.
- Risen, James: U.S. Identifies Vast Mineral Riches in Afghanistan. In: The New York Times, 13.06.2010. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2010/06/14/world/asia/14minerals.html?_r=0, zuletzt geprüft am 20.09.2012.
- Risse-Kappen, Thomas: Public opinion, domestic structure, and foreign policy in liberal democracies. In: World Politics, Jg. 43, H. 4. 1991. S. 479-512.
- Risse-Kappen, Thomas: Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB), Jg. 1, H. 2. 1994. S. 367–379.
- Risse-Kappen, Thomas: Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war. In: International Organization, Jg. 48, H. 2. 1994. S. 185-214.
- Rosenberg, Matthew: Afghanistan to Delay Awarding Concessions for Mineral Deposits. In: The Wall Street Journal, 27.01.2010. Online verfügbar unter: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704905604575027673196231564.html#printMode>, zuletzt geprüft am 06.08.2012.
- Rossiter, Clinton: The Presidency - Focus of Leadership. In: The New York Times Magazine, Jg. 6. 1956. S. 146-150.

- Roy, Olivier: The Lessons of the Soviet/Afghan War. London (ADELPHI PAPER, 259). 1991.
- Roy, Olivier: Early American Support for the Taliban. In: Internationale Politik. Transatlantic Edition., Jg. 3, H. 1. 2002. S. 76–80.
- Rüb, Matthias: Verbündete Amerikas bekräftigen eigene Rückzugspläne für Afghanistan. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.06.2011, S. 1–2.
- Rüb, Matthias: Der vergessene Krieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.08.2012, S. 3.
- Rudalevige, Andrew: The Contemporary Presidency: The Decline and Resurgence and Decline (and Resurgence?) of Congress: Charting a New Imperial Presidency. In: Presidential Studies Quarterly, Jg. 36, H. 3. 2006. S. 506–524. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/27552243>, zuletzt geprüft am 31.07.2012.
- Rudolf, Peter: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). SWP-Studien, 11. 2010. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S11_rdf_ks.pdf, zuletzt geprüft am 03.09.2012.
- Rudolf, Peter: War Weariness and Change in Strategy in US Policy on Afghanistan. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). SWP Comments, 31. 2011. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2011C31_rdf_ks.pdf, zuletzt geprüft am 03.09.2012.
- Rudolf, Peter: Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). SWP Studie S 2. 2011. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S02_rdf_ks.pdf, zuletzt geprüft am 22.03.2011.
- Ruge, Friedrich: Strategie. In: Stern, Carola u. a. (Hg.): Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. 2 Bände. Band 2. Köln. 1971. S. 761.
- Rühl, Lothar: Auflösungserscheinungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 06.09.2012, S. 10.
- Rutschky, Michael: Das Aggressionstabu. In: MERKUR. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 39, H. 9/10. 1985. S. 755–763.

- Ruttig, Thomas: Zu wenig, reichlich spät - Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan zwischen Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, H. 21-22 (Pakistan und Afghanistan). 2010. S. 29–34.
- Sands, Chris: Afghanistan: chaos central. In: *Le Monde Diplomatique (LMD)*. English Edition, 16.02.2009. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/2009/02/16talibans>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.
- Sands, Chris: Afghanistan's own national army. In: *Le Monde Diplomatique (LMD)*. English Edition, August 2010. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/blogs/afghanistan-s-own-national-army>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.
- Sands, Chris: Afghanistan nine years on. In: *Le Monde Diplomatique (LMD)*. English Edition, October 2010. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/blogs/afghanistan-nine-years-on>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.
- Sanger, David E.: Afghan Strategy Will Contain Messages to Several Audiences. In: *The New York Times*, 24.11.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/25/world/asia/25rollout.html?gwh=F50DCFC0665C2D8343AF4119E4EA1E43>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Savage, Charlie; Landler, Mark: White House Defends Continuing U.S. Role in Libya Operation. In: *The New York Times*, 15.06.2011. S. A16. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2011/06/16/us/politics/16powers.html?pagewanted=all&_r=0, zuletzt geprüft am 06.09.2014.
- Schäfers, Bernhard: Öffentlichkeit. In: Schäfers, Bernhard (Hg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 6. Auflage. 6. Aufl., Opladen. 2000. S. 259–261.
- Schetter, Conrad: Afghanistan. In: von Gumpfenberg, Marie-Carin; Steinbach, Udo (Hg.): *Zentralasien. Geschichte. Politik. Wirtschaft*. Ein Lexikon. München 2004. S. 11-19.
- Schmitt, Eric; Cooper, Helen: Pressure Builds Over Obama's Afghanistan Plan. In: *The New York Times*, 23.11.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/24/world/asia/24policy.html?gwh=32D83BC5539BA8090D4D2100A8FC1677>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

- Schmitt, Eric; Shanker, Thom: Bush Administration Reviews Its Afghanistan Policy, Exposing Points of Contention. In: The New York Times, 23.09.2008. Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2008/09/23/washington/23policy.html?_r=1&pagewanted=print, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- Schweigler, Gerhard: Institutionen, Entscheidungsprozesse und Instrumente der Außenpolitik. In: Adams, Willi Paul u. a. (Hg.): Länderbericht USA. Band 2 - 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. Außenpolitik. Gesellschaft. Kultur - Religion - Erziehung. 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. 2 Bände. Bonn (Studien zur Geschichte und Politik, 293/2). 1992. S. 3–31.
- Seeling, Luisa: Demokratie-Indizes: Die schwierige Vermessung der Grauzone. In: Internationale Politik (IP), Jg. 65, H. 3. 2010. S. 24–25.
- Sengupta, Kim: Afghanistan's resources could make it the richest mining region on earth. In: The Independent, 15.06.2010. Online verfügbar unter: <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/afghanistans-resources-could-make-it-the-richest-mining-region-on-earth-2000507.html?printService=print>, zuletzt geprüft am 06.08.2010.
- Shahzad, Syed Saleem: Afghanistan: the neo-Taliban campaign. In: Le Monde Diplomatique (LMD). English Edition, 08.10.2008. Online verfügbar unter: <http://mondediplo.com/2008/10/08neotalibans>, zuletzt geprüft am 24.03.2011.
- Shahzad, Syed Saleem: In Afghanistan kann die Nato nicht gewinnen. In: Gresh, Alain u. a. (Hg.): ATLAS der GLOBALISIERUNG. Berlin. 2009. S. 192–193.
- Shane, Scott: A Dogged Taliban Chief Rebounds, Vexing U.S. In: The New York Times, 11.10.2009. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/10/11/world/asia/11mullah.html?pagewanted=print>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Shanker, Thom; Savage, Charlie: After Bin Laden, U.S. Reassesses Afghan Strategy. In: The New York Times, 10.05.2011. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/05/11/world/middleeast/11military.html?pagewanted=all&gwh=13564E7B65CAF7785E7984B1B64E01D5>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

- Shukla, Paraag: FACT SHEET. THE UPCOMING U.S.-AFGHAN STRATEGIC AGREEMENT. INSTITUTE FOR THE STUDY OF WAR (ISW). 2012. Online verfügbar unter: <http://www.understandingwar.org/reference/fact-sheet-upcoming-us-afghan-strategic-agreement>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Sisco, James: Karzai's Governing Strategy: A Threat to ISAF COIN Implementation. In: Small Wars Journal. 31.01.2011. S. 1–12. Online verfügbar unter: <http://smallwarsjournal.com/blog/journal/docs-temp/662-sisco.pdf>, zuletzt geprüft am 28.06.2011.
- Skowronek, Stephen: Presidential Leadership in Political Time. In: Michael Nelson (Hg.): The Presidency and the Political System. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003. S. 111-157.
- Starke, Erwin: Zum letzten Gefecht. In: Der Tagesspiegel, 07.12.2009. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/zum-letzten-gefecht/1644132.html>, zuletzt geprüft am 31.05.2010.
- Starr, Frederick S.: Afghanistan Beyond the Fog of Nation Buidling: Giving Economic Strategy a Chance. Central Asia-Caucasus Institute. Silk Road Studies Program. (SILK ROAD PAPER). 2011. Online verfügbar unter: <http://www.silkroadstudies.org/new/docs/silkroadpapers/1101Afghanistan-Starr.pdf>, zuletzt geprüft am 21.09.2012.
- Stelter, Brian: Afghan War Just a Slice of U.S. Coverage. In: The New York Times, 19.12.2010. Online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2010/12/20/business/media/20coverage.html?gwh=5EE4D60ED61945B7B91769CFC7F416A6>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Strategie. In: Wahrig. Fremdwörterlexikon. Herausgegeben, grundlegend überarbeitet und erweitert von Dr. Renate Wahrig-Burfeind. Gütersloh, München 1999. S. 898.
- Thibaut, Bernhard: Regimewechsel. In: Nohlen, Dieter / Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Band 2 (N-Z). München. 2005. S. 846-847.

- Thunert, Martin: Beyond the Imperial Presidency: Presidential Power and Its Limits during the George W. Bush Presidency. In: Mausbach, Wilfried u.a. (Hg.): The American presidency: multidisciplinary perspectives. Heidelberg (American Studies, 205). 2012. S. 135-166.
- Tristram, Pierre: Obama's Afghanistan: From Nightmare to Inferno. 01.11.2009. Online verfügbar unter: <http://middleeast.about.com/b/2009/11/01/obamas-afghanistan-from-nightmare-to-inferno.htm>; zuletzt geprüft am 20.08.2012.
- Tulis, Jeffrey K.: The Two Constitutional Presidencies. In: Nelson, Michael (Hg.): The Presidency and the Political System. Seventh Edition. 7. Aufl. Washington D.C. 2003. S. 79-110.
- Ulrich, Marybeth P.: RETOOLING U.S. PUBLIC DIPLOMACY AS A STRATEGIC INSTRUMENT OF FOREIGN POLICY. In: Bartholomees, J. Boone (Hg.): U.S. ARMY WAR COLLEGE GUIDE TO NATIONAL SECURITY ISSUES. VOLUME 2: NATIONAL SECURITY POLICY AND STRATEGY. 5. Aufl. 2012 (U.S. ARMY WAR COLLEGE GUIDE TO NATIONAL SECURITY ISSUES, 2). Carlisle, PA. S. 265–274.
- Vanden Brook, Tom; Dilanian, Ken: WHAT THE PRESIDENT SAID AND THE CONTEXT. In: USA TODAY, 01.12.2009. Online verfügbar unter: http://www.usatoday.com/news/washington/2009-12-01-obama-democrat-reaction_N.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.
- Vjaz' mitinov, Oleg: Afganistan v pervye v istorii načal dobyvat' neft'. RIA Novosti. 2010. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20100827/269486111.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2012.
- Wagner, Christian: Außenpolitik Pakistans zwischen Kaschmir und Afghanistan. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 39. 2007. S. 32–39.
- Wagner, Jürgen: Lackmustest Afghanistan. Der Hindukusch als Experimentierfeld für Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung und Neoliberalen Kolonialismus. Herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. (IMI-Studie, 11). 2008. Online verfügbar unter: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-2008-11.pdf>, zuletzt geprüft am 28.06.2011.

- Wasmuht, Ulrike C.: Wider den westlichen Fundamentalismus. Über den Zusammenhang von Krieg, Bellismus und dualistischem Denken. In: DIALOG. Beiträge zur Friedensforschung, Jg. 22, H. 1-2. 1992. S. 15–29.
- Waterman, Richard W.: Assessing the Unilateral Presidency. In: Edwards, George C.; Howell, William G. (Hg.): The Oxford Handbook of the American Presidency. Oxford. 2010. o.S.
- Westphal, Kirsten: Wettlauf um Energieressourcen. Markt und Macht in Zentralasien. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Zugleich: Osteuropa, H. 8-9/2007. Bonn. 2007. S. 463–478.
- Wildavsky, Aaron: The Two Presidencies. In: Trans-Action 4, 1966. S. 7-14.
- Whittaker, Alan G.; Smith, Frederick C.; McKune, Elizabeth: THE NATIONAL SECURITY POLICY PROCESS: THE NATIONAL SECURITY COUNCIL AND INTERAGENCY SYSTEM. In: Marcella, Gabriel (Hg.): AFFAIRS OF THE STATE: THE INTERAGENCY AND NATIONAL SECURITY. Strategic Studies Institute (SSI). Carlisle, PA. 2008. S. 97–170. Online verfügbar unter: <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB896.pdf>, zuletzt geprüft am 08.08.2012.
- Who are the Taliban? BBC. 2010. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-11451718?print=true>, zuletzt geprüft am 29.03.2011.
- Wolf, Dieter: Militärisch-industrieller Komplex. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Band 1 (A-M). 2 Bände. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage. München. 2005. S. 577–578.
- Wyatt, Caroline: Can Afghan National Army survive Nato exit? BBC. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-12681599?print=true>, zuletzt geprüft am 29.03.2011.
- Zöttl, Ines: Frauen und Kinder zuletzt. In: Financial Times Deutschland (FTD), 12.07.2012, S. 24.